



Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM
Förderpr.
DM 5

Jg. 13, Nr. 235, 27.6.83

Bremer Entscheidung:
Wie sollen sich
die Bremer Linken
zu den
Bürgerschaftswahlen
verhalten
S. 34

Im Dezember kommen die ersten Raketen

Während in Genf noch die rein propagandistischen Schein-Verhandlungen weitergeführt werden, haben in Europa die Vorbereitungen für die planmäßige Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missile schon begonnen. Im Dezember werden die ersten Pershing 2 in die BRD eingeflogen werden, im Januar sollen sie einsatzbereit sein. Gleichfalls im Dezember werden in Großbritannien die ersten Cruise Missiles erwartet. Die Betonbunker, die sie dann aufnehmen sollen, waren schon im Mai fast fertiggestellt.

Reichlich propagandistischen Budezauber wird es schon noch geben in den nächsten Monaten, je mehr der Beginn der Stationierung selbst näherückt. Einen ganz neuen Vorschlag von Reagan vielleicht — einen, der ein klein bißchen intelligenter und komplizierter ist als die bisherigen Null- oder Zwischen-Lösungen, mit denen in Europa kein Hund hinterm Ofen hervorzulocken war. Oder vielleicht eine spektakuläre Geste, die als einseitige Abrüstung zu verkaufen ist und wirkliche Verwirrung im europäischen Publikum stiftet. Der Abzug von 1.000 oder mehr atomaren Kurzstreckenwaffen der USA aus Europa, über den in der NATO beraten wird, könnte ein solches Täuschungsmanöver werden.

Die Sowjetunion hat sich offensichtlich schon darauf eingestellt, daß die planmäßige Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missile nicht mehr zu verhindern ist. Sie droht mit entsprechenden Gegenmaßnahmen, und sie scheint es damit ernst zu meinen.

Fortsetzung S. 8



Krefeld, 25.6.1983: 134 Festnahmen, 6 Haftbefehle, zahlreiche Schwerverletzte!

PLO vor der Spaltung?

In der schwierigsten Phase der PLO seit ihrem Bestehen finden innerhalb Al-Fatahs, der größten Organisation in der PLO, tiefgreifende Auseinandersetzungen statt, die inzwischen auch bewaffnet ausgetragen werden. Insbesondere PLO-Chef Arafat, zugleich erster Mann Al-Fatahs, ist schwerwiegenden, öffentlich vorgebrachten Kritiken von Teilen seiner eigenen Organisation ausgesetzt. Arafat selbst beschuldigte zunächst den libyschen Staatschef Ghaddafi, inzwischen aber auch den syrischen Präsidenten Assad, Drahtzieher der Opposition zu sein und die PLO spalten zu wollen. Die Oppositionellen werden von der Fatah-Führung als „Meuterer“ disqualifiziert, denen man nicht allzu viel Bedeutung beimessen sollte. Sie werden außerdem für die bewaffneten Auseinandersetzungen verantwortlich gemacht. Der folgende Artikel versucht, die Eskalation der Auseinandersetzungen zu beschreiben und Ursachen und Hintergründe für die Zuspitzung der Widersprüche in Al-Fatah zu beleuchten, die durch die Ausweisung Arafats aus Syrien noch weiter verschärft worden sind. Schließlich wird nach der Rolle Syriens gefragt werden, was auch die Frage nach den Abhängigkeiten der verschiedenen Strömungen innerhalb der PLO von den arabischen Regimes einschließt.

Der Anlaß

Der relativ geringfügige Anlaß für die Bildung einer offenen Opposition innerhalb Al-Fatahs wirft ein bezeichnendes Licht auf tiefgehende Widersprüche, die schon seit Jahren innerhalb Al-Fatahs existieren und verschiedentlich zu kleineren Abspaltungen geführt haben. Mitte Mai wollte Arafat die militärischen Kommandoposten in Nord- und Ostlibanon neu besetzen, mit ihm ergebenden, bei den Kämpfen allerdings verletzten Offizieren: Hajj

Ismail, vor Beginn der israelischen Invasion Kommandeur in Sidon, und Abu Hajem, ehemals Kommandeur der Süd-Bekaa-Front. Beiden wird der Vorwurf gemacht, sie seien schon am ersten Tag der israelischen Invasion geflohen, sie seien militärisch unfähig und feige; in ihren Einheiten habe Korruption und Erpressung geherrscht. Hajj Ismaels Onkel und Adjutant war als israelischer Agent erschossen worden (1).

Die Ernennung dieser beiden Offiziere brachte das Faß zum Überlaufen: Abu Mussa, stellvertretender Stabschef der PLO und Bataillonskommandeur, protestierte und erklärte, weitere Befehle Arafats nicht ausführen zu wollen. Andere Offiziere und Einheiten schlossen sich der Kritik an. Darunter Abu Raad, Chef der Artillerie, der sich während der Belagerung Beirut's hohes Ansehen erworben hatte, und — als politischer Führer — Abu Saleh. Abu Saleh war im Februar aus dem Exekutivkomitee Al-Fatahs ausgeschlossen worden, da er Arafat Verrat vorgeworfen hatte. Er gilt, seit der Ermordung Majid Abu Sharas in Rom im Herbst 1981, als führende Figur des linken Flügels von Al-Fatah.

Die opponierenden Offiziere forderten eine Sondersitzung der Fatah-Führung, die Arafat ablehnte. Statt dessen unternahm Arafat eine Rundrei-

Fortsetzung S. 3

Krefelder Bushfeuer:

Friede, Freude, Polizeiterror

Der Vize kam und es ward dunkel. Wovon Raketenegger nur geträumt hatten, bescherte ihnen das angeblich überlastete Stromnetz: Als vor George Bush, Kanzler Kohl, Oberhaupt Carstens und 1.000 geladenen Gästen zum Auftakt der deutsch-amerikanischen Jubelshow die amerikanische Nationalhymne gespielt wurde, gingen die Lichter aus. Aber dann herrschte vorerst

Spezialkommandos hatten nur gewartet, bis sich die gewalttätige Spreu vom friedlichen Weizen getrennt hatte. Bilanz: 134 Demonstranten festgenommen, mindestens sechs Haftbefehle und ein paar Dutzend Verletzte, davon vier krankenhaufreif. Dem "Terror der Straße" werde man sich nicht beugen, höhnte der Kanzler. Diese Demonstrationen hätten "unser Land in

Volksbefragung!

Es sind noch viele Hürden zu nehmen S. 2

Die Schwierigkeiten der Linken mit der Demokratie S. 15

Nachrichten und Dokumente S. 16 - 18

Kurdistan

Krieg und Völkermord

Es besteht mehr als eine zufällige zeitliche Nähe zwischen verschiedenen Ereignissen, die Ende Mai erneut auf das traurige Schicksal der Kurden aufmerksam machen. Innerhalb einer Woche wurden in Diyarbakir im Massenprozeß gegen die kurdische Arbeiterpartei (PKK) 35 Todesurteile ausgesprochen, insgesamt 572 Angeklagte wurden vor dem Militärgericht verurteilt; sieben weitere Todesurteile gegen

PKK-Angehörige wurden zur selben Zeit in Diyarbakir ausgesprochen. Gleichzeitig wurde der Einmarsch türkischer Spezialeinheiten der Armee in Süd-Kurdistan bekannt, zeitgleich mit dem Beginn der NATO-Manöver „Adventure Kypres 83“ in Türkisch-Kurdistan.

Fortsetzung S. 3

Fortsetzung S. 4

nur noch Harmonie: Von der Verteidigung der Freiheit war die Rede, von festen Verhandlungspositionen, von der sowjetischen Überlegenheit und von jener unverbrüchlichen deutsch-amerikanischen Freundschaft, die mit 13 Familien begonnen hatte, die vor 300 Jahren vom Niederrhein in die Neue Welt ausbrachen. Musik, Beifall und Abtreiben ans Buffet.

Die nächste Panne im sorgfältig geplanten Kontrapunkt zum Krefelder Appell: Auf dem Weg zum Empfang trifft die Kolonne des ehemaligen CIA-Chefs unvermutet auf einen Zug Autonome, Luftkrieger, her mit den Klamotten und schon haben die Sicherheitskräfte ihren Skandal. Die Luftaufklärung hatte noch "Freie Fahrt" gegeben...

Eine gute Stunde zuvor war die 1.300 köpfige Demonstration autonomer und antijunkeralistischer Gruppen eiskalt und brutal in einer Polizeifalle zusammengeknüpelt worden. NRW-

Verurft“ gebracht, fiel SPD-Friedensengel Brandt ein.

Und die legalistische Friedensbewegung? Sie feierte ungerührt ihr Fest mit dem "anderen Amerika" und lauschte den Beiträgen der Altvorderen. Robert Jungk: Aufgabe der Friedensbewegung sei es herauszufinden, wer die Provokateure vom Vormittag bezahlt habe. Ganz staatstragend auch Gerd Bastian, der "mit denen nichts zu tun haben" will. Das versammelte Friedensvolk belohnte es wenige Monate vor den Stationierungen mit Beifall, das "Die In" entlang der Bannmeile war ja auch genug der Zivilcourage.

Nur der Vize selbst zeigte sich ungerührt, obwohl ihm immerhin das "Bad in der Menge" versaut worden war. Er komme aus einem Land, trompetete er medienprofessionell, in dem ebenfalls viel demonstriert werde. Er fühle sich jedenfalls wie zu Hause. Unrecht hat er damit gar nicht einmal — seine Regierung verhält sich jedenfalls so.

Polnische
Mehlbeutel

Volksbefragung

Es sind noch viele Hürden zu nehmen

Die Kampagne für eine Volksbefragung über die ab Dezember dieses Jahres beginnende Stationierung neuer Atomraketen ist auf dem Weg. Wichtige Gruppen haben ihre Unterstützung der Kampagne erklärt. So die Grünen, in deren Bundestagsfraktion vor ein paar Wochen noch skeptische Bedenken oder schlichtes Desinteresse überwogen hatten. Die Grünen wollen nun einen Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung in den Bundestag einbringen. Zustimmung zu Stellungnahmen für eine Volksbefragung gibt es außerdem u.a. vom Initiatorenkreis des Kreiskomitees Appell und vom Bundesvorstand der DFG-VK, also auch aus dem eher traditionellen z.T. von der DKG beeinflussten Spektrum der Friedensbewegung. In Bremen soll ein Antrag in die Bürgerschaft eingebracht werden, die Wahlen im September mit einer Volksbefragung zur NATO-"Nachrüstung" zu verbinden. In ähnlicher Weise ist für Hessen eine Volksbefragung parallel zu den Landtagswahlen im Herbst beschlossen worden.

Ohne nennenswerte inhaltliche Debatten ist allerdings schon im Vorwege die Idee gekippt worden, nicht nur eine konsultative (d.h. beratende, unverbindliche) Volksbefragung zu fordern, sondern auch einen Volksentscheid, der die Politik der Bundesregierung bindend verpflichten würde. Das bekannte und bewährte Prinzip des "Minimalkonsens" errang erneut einen Sieg durch K.O. — Der KB blieb mit seiner Argumentation, sich nicht schon vor Beginn einer Kampagne freiwillig selbst zu reduzieren, allein auf weiter Flur. Groß ist der Schaden wohl nicht, sofern es nun wenigstens beim Eintreten für eine Volksbefragung bleibt. Denn das Ergebnis einer Volksbefragung wäre zwar formal betrachtet nicht bindend, würde die Bundesregierung aber realpolitisch kaum

weniger stark unter Druck bringen als ein Volksentscheid. Die Frage ist jedoch, ob die Friedensbewegung jetzt offensiv und zügig die Forderung nach einer Volksbefragung vorantreibt, oder ob demnächst noch mehr politische Substanz und auch Zeit verschenkt werden. Einige Indizien geben zu starker Skepsis Anlaß.

Es hat am 12./13. Juni ein erstes bundesweites Treffen gegeben, bei dem praktisch alle Gruppen vertreten waren, die an einer Volksbefragungskampagne interessiert sind. Einer der Streitpunkte auf diesem Treffen bezog sich auf die wichtige Frage, wann und wie ein entsprechender Antrag in den Bundestag eingebracht werden soll. Dabei standen sich als Extreme zwei Positionen gegenüber, die uns bei der gefährlich zu sein scheinen:

+1. Die grüne Bundestagsfraktion hatte noch schnell vor dem Treffen vom 12./13. Juni beschlossen, sehr rasch — womöglich noch im Juni — einen Antrag im Parlament einzubringen, der eine Volksbefragung im September vorsah. Daß sich für dieses Eilverfahren ausgerechnet die Abgeordneten Reents und Schilly stark machten, die zunächst an der Kampagne wenig interessiert gewesen waren oder direkt dagegen argumentiert hatten, konnte schon Anlaß zu kritischem Mißtrauen geben. Daß kein Versuch gemacht worden war, Kooperationsmöglichkeiten mit einzelnen sozialdemokratischen Abgeordneten vorher auszutesten, gehört zu den problematischen Punkten dieses Vorgehens. Ebenso der allzu offensichtliche Versuch, den Antrag noch gerade eben vor dem anstehenden Bundestreffen unter Deck und Fach zu bringen, um "vollendete Tatsachen" zu haben. Hinter diesem überstürzten Vorgehen steht — wie von einigen führenden Grünen auch halböffentlich gesagt wird — die Absicht, das Problem

Volksbefragung möglichst schnell hinter sich zu bringen. Ihrer Meinung nach sollte der Antrag im Bundestag nämlich nicht etwa der Auftakt, sondern schon der Schlußpunkt der ganzen Kampagne sein.

+2. Das Vorgehen der Grünen bot auf dem Treffen am 12./13. Juni natürlich bereits Angriffsflächen für Kritik von allen Seiten. Herausgekommen ist dabei praktisch, daß die Grünen ihren Beschluß erst einmal wieder kippen mußten, sodaß nun völlig offen ist, wann und unter welchen Umständen die Forderung nach einer Volksbefragung im Bundestag verhandelt werden soll. Alle Zeichen stehen jedenfalls auf Verzögerung. Dabei vermissen wir unterschiedliche Interessen und Argumentationen. Auf der einen Seite sind die Leute, die mehr "basisbezogen" diskutieren möchten. Für sie muß eine solche Kampagne vor allem "von unten" kommen. Sie verlangen, daß erst eine große Massenmobilisierung da sein muß, bevor man mit der Forderung auch ins Parlament geht. Auf der anderen Seite stehen eher "traditionelle" Interessen, die vor allem aus dem sozialdemokratischen und DKP-nahen Spektrum kommen. Für sie ist wichtig, daß ein Antrag in den Bundestag erst dann eingebracht wird, wenn schon möglichst viele SPD-Gremien und -Abgeordnete fest gewonnen sind. Ihrer Strategie entspricht ein maximales Warten und Rücksichtnehmen auf die SPD. Das kann nach Lage der Dinge natürlich leicht auch mit "basistnahen" Sprüchen garniert werden.

Die Notwendigkeit, sowohl "von unten" her zu mobilisieren wie auch SPD-Politik zu gewinnen, soll nicht bestritten werden. Die Gefahr ist aber, daß das Unternehmen Volksbefragung jetzt kaputtgezogen wird. Da im Dezember die ersten Raketen stationiert

werden und jetzt schon die Bauvorarbeiten begonnen haben, drängt die Zeit. Das Interesse der SPD ist jedoch, sich vorerst überhaupt nicht festzulegen und auf ihren Parteitag im November zu vertrösten. Der kommt wahrscheinlich auf jeden Fall zu spät, um den Kampf gegen die "Nachrüstung" noch zu beeinflussen. Die Friedensbewegung würde sich zum Narren machen, wenn sie sich auf dieses Spiel einlassen und sich mit leeren Sprüchen darauf vertragen lassen würde, immer noch einmal abzuwarten, womöglich vor dem SPD-Parteitag keine parlamentarische Initiative zu unternehmen. Ebenso schlimm wäre es, sich von der SPD auch noch die Volksbefragung abhandeln zu lassen und das Unternehmen auf eine "Petition" zu reduzieren, wie von SPDlern schon vorgeschlagen wird.

Die SPD als Ganzes ist im Kampf gegen die "Nachrüstung" alles andere als ein Verbündeter. Die Neigung einzelner Sozialdemokraten, sich der Parteidisziplin zu entziehen, ist normalerweise nur schwach entwickelt. Zu einem möglichst frühzeitigen Zeitpunkt das Thema Volksbefragung in den Bundestag zu tragen, ist das sinnvollste Mittel, um der SPD eine Debatte darüber aufzuzwingen. Bei den bekannten Strukturen der öffentlichen Meinung in der BRD ist eine Parlamentsdebatte außerdem das wirksamste und schnellste Mittel, breite Bevölkerungsschichten mit unserer Forderung zu konfrontieren und Interesse dafür zu wecken. Natürlich darf eine solche Parlamentsdebatte nicht als Schlußpunkt verstanden werden. Der Antrag, der zum jetzigen Zeitpunkt sicher auch von den meisten SPD-Abgeordneten abgelehnt würde, müßte spätestens im Herbst erneut vor den Bundestag gebracht werden.

Systemvergleiche gehörten Anfang der siebziger Jahre zum festen Bestandteil des Gemeinschaftskundeunterrichts. Das Ergebnis stand zwar bereits von vornherein fest, aber das war ja auch der Zweck der Übung. Später wärmten Slogans wie "Freiheit oder Sozialismus" diese Systemandachten wieder auf.

Dem SPIEGEL gebührt nun das Verdienst, eine aktuelle Form westlicher Humanismuspropaganda geschaffen zu haben, diesmal zum Stichwort "innere Repression". In seiner Ausgabe vom 6. Juni d.J. berichtet das Blatt über insgesamt neun Spalten von den schreckenverbreitenden polnischen "Motorisierten Einheiten der Bürgermilizen", kurz "ZOMO" genannt. Mindestens 60 Tote gehen seit der Ausrufung des Kriegsstatus im Dezember 1981 auf ihr Konto, bei blutig niedergeschlagenen Demonstrationen ebenso wie unlangst in Warschau, als der 19-jährige Schüler Grzegorz Przemyslaw nach einem Verhör an inneren Verletzungen starb. Die ZOMO, im Volksmund auch "das schlagende Herz der Partei" genannt, beschließt dabei eine Kombination altertümlicher und hochmoderner Unterdrückungstechnologien: Wasserwerfer, die hierzulande gerade noch von Gartenbauärzten zur Beresung öffentlicher Grünanlagen genutzt würden, gehören ebenso zum Repertoire wie im Westen bewährte Helme, Schilde, Knäpfe und Reizkampfstoffe. Sozialistischen Fortschritt hat nun der SPIEGEL ausgemacht: "Gegen Demonstrationen in Lublin und Grünberg (die auch polnische Namen haben, Anm.) im August vorigen Jahres stellte sie (die ZOMO, Anm.) eine besonders heimtückische Waffe vor: auf Panzerwagen montierte Linsenreflektoren, deren Strahlen in wenigen Sekunden die Kleider von Menschen in Brand setzen. Die Lichtkanone stammt aus der DDR." Wenn die Kollegen vom Stern schon an der Geschichtsschreibung vergriffen, so mag man sich beim Deutschen Nachrichtenmagazin gedacht haben, dann sind für uns die physikalischen Grundgesetze der Optik gerade gut genug. Wir stellen uns in Gedanken vor, wie diese Geschichte beispielsweise aus dem Munde eines westdeutschen Demonstranten für uns die physikalischen Grundgesetze der Optik gerade gut genug. Wir stellen uns in Gedanken vor, wie diese Geschichte beispielsweise aus dem Munde eines westdeutschen Demonstranten, dem sein Molotow-Cocktail vorzeitig explodiert, auf einen Richter hierzulande wirken könnte. Als schlecht konstruierte Science-Fiction sollte nur mit viel Glück.

Wo der SPIEGEL Zeichen setzt, mag das jetzt nicht absurd sein. Zwei Tage nach dem Report über die ZOMO druckte unser linksradikales Blatt mit Herz für abweichende Meinungen eine Depa/afp-Meldung ab, in dem angebliche Demonstrationstips der Solidarnosc zitiert werden: "Besonders empfohlen wird der Einsatz von Mehl. Mehl bleibt diesen Angaben zufolge an den Plastikschildern (der Schild, die Schilder, Anm.) der Militärschilde kleben und ist wegen seiner elektrostatischen Wirkung kaum zu entfernen, einmal auf dem Boden mit Wasser vermischt, wird das Mehl außerdem zu einem klitschigen Teig, auf dem die Soldaten nur schwer vorankommen." Nur schwer können wir angesichts dieser Meldung jene Bilder langer Schlangen vor polnischen Bäckereien aus dem Gedächtnis verdrängen, aber vielleicht unterschätzen wir auch nur die Leidenbereitschaft des polnischen Volkes, das lieber auf seine Frühstücksbrotchen denn auf eine Distanzwaffe verzichtet.

Wie schon mutet dagegen westlicher Fortschritt an, der uns unlangst wieder einmal anläßlich einer Nicaragua-Demonstration in Hamburgs Innenstadt auffiel. Den am Rande des Umzuges wartenden Fahrgästen des städtischen Busnetzes wurde unvermutet über zwei in den Fahrgastautomaten eingebaute Lautsprecher mitgeteilt, daß der Linienverkehr während der Demonstration um die Ecke bei Karstadt abfährt. Für die Dauer der Durchsage wurden selbst die Parolen des Protestmarsches übertönt.

In Aldous Huxleys "Schöne Neue Welt" wurde derartiges Gerät bereits vor 50 Jahren als "Synthetophon" mit "synthetischer Aufnahmefähigkeit" prophetisiert. Wer mag da noch an der Überlegenheit des kapitalistischen Systems zweifeln?

★★★★★

★★★★★

\$129a jetzt gegen Journalisten

Am 13. bzw. 14.6. sind Michael Klöckner und Benny Härlin, zwei der Gründungsmitglieder der Zeitungs-kooperative e.V., in der auch die "radikal" herausgegeben wird, verhaftet worden. Am 20.6. wurde entschieden, daß sie weiterhin in Haft bleiben müssen. Begründung für die vorliegende "Fluchtgefahr" ist, daß sie in bindungslosen Zusammenhängen (Wohngemeinschaften) leben. Obwohl beide nicht mehr aktiv an der inhaltlichen Gestaltung der "radikal" beteiligt sind, werden sie beschuldigt, diverse Nachdrucke und Diskussionsbeiträge über und von den Revolutionären

Zellen(RZ) veröffentlicht zu haben. Der AL-MdB Dirk Schneider, zur selben Zeit wie die verhafteten Journalisten eingetragenes Gründungsmitglied der Zeitungs-kooperative e.V., hat am 23.6. Selbstanzeigen eingelegt. Der Bundestag muß nun über die Aufhebung seiner Immunität als MdB entscheiden. Voraussichtlich wird schon am Wochenende (also zeitgleich mit der Herausgabe dieser Ausgabe des AK) das Westberliner Kammergericht darüber entscheiden, ob die Anklage gegen Benny und Michael zugelassen wird.

antirap

Erklärung zur Festnahme

von Benny Härlin und Michael Klöckner

tas, 24.6.83

„Eine Zeitung ist keine Bombe“

Benny Härlin und Michael Klöckner, zwei Gründungsmitglieder des Vereins Zeitungs-kooperative e.V., sind inhaftiert und von der politischen Staatsanwaltschaft beim Berliner Kammergericht wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) angeklagt worden. Der Verein gibt neben anderen Zeitungen die Monats-schrift „radikal“ heraus, die vor allem von den etablierten Medien vernachlässigt und unterschätzte Informationen veröffentlicht: Berichte von Bürgeraktivismus, Hausbesetzern, Friedens- und Frauengruppen, sozialen Minderheiten, Befreiungsbewegungen und auch Erklärungen der Revolutionären Zellen. Zeitschriften wie „radikal“ sind unentbehrlich, sie sind Brückenteile im öffentlichen Mediennetz, in denen die Zweite Kultur ihren unzensurierten Ausdruck findet.

Fünfzig Jahre nach der nationalsozialistischen Bücherververbrennung wird in Deutschland wieder eine vermeintliche Gefährdung des Staates wichtiger genommen als die Freiheit des Wortes. Wie 1978 im Verfahren gegen die Aft-Drucker — die nach 125 Jahren das bloße Drucken einer Zeitung verurteilt wurden! — folgen Anklage und Haftbefehle dem Prinzip: Wenn Leute, denen man strafrechtlich relevante Taten nachweisen könnte, nicht zu ermitteln sind, hält man sich einfach an diejenigen, die vor vier Jahren eines eingetragenen Verein gegründet haben.

Wir verlangen die Freilassung von Michael Klöckner und Benny Härlin und die Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen die „radikal“.

Bisher haben unterschrieben:

Lothar Baier, Kurt Barich, Manfred Binsinger (kopkret), Walter Boeblich, Hans Christoph Buch, Peter O. Chotjewitz, Sebastian Cobler, Ingeborg Drewitz, Hans Magnus Enzensberger, Jörg Fauser, Prof. Olaf K. Flechtheim, Christian Geißler, Achim Gerner (Landesvorstand der Grünen Niedersachsen), Prof. Helmut Gollwitzer, Günter Gram, Hermann L. Grottel (konkret), Rudolf Henning (SPD-Sprecher Niedersachsen), KP Herbach, Richard Hey, Margarete Herzog, Prof. Urs Jaeggi, Anna Jom, Robert Jung, Yask Karwanko, Ernst Köhler, Jo Leinen (BÜ-Vorstand), Volker Ludwig, Werner Mathes (tip Berlin), Detlef Michel, Karl Markus Michel, Prof. Wolf-Dieter Nahr, Arne Oren, Leonie Osofski, Wolfgang Porth, Karin Reichte, Ronald M. Schernikau, Henning Schierhol (Grünen-Nachrücker Bonn), Klaus Schneider, Peter Schneider, Wolfram Schütte (Frankfurter Rundschau), Gerhard Seyfried, Tilman Spengler, Bettina Wegner, Prof. Uwe Wesel, Harald Wieser (Spiegel), Autorenbuchhandlung Berlin (die Mitarbeiter), die Zeitschriften „Ästhetik & Kommunikation“, „Courage“, „Emma“, „Kursbuch“, „Moderne Zeiten“, „Prokla“, „Tumult“, die Frankfurter Stadtzeitung „Pflasterstrand“, „Die Tageszeitung“ Berlin, alternative Verlage (Itami Verlag, Rotbuch Verlag, Barbara Herzbruch, Thomas Schmid (für den Wagenbach Verlag), GAL-Fraktion der Bürgerschaft Hamburg, Die Grünen im Bundestag, Die Grünen im Niedersächsischen Landtag, Gaby Gotwald (Grüne MdB), Wolfgang Fabig (F.D.P., Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus), Kurt Neumann (SPD, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus), Alternative Liste im Berliner Abgeordnetenhaus, Dr. Wilhelm Wiegrefe (SPD-Sprecher Berlin), Annette Humpe (Ideal), Rio Reiser (Ton Steine Scherben), Tillmann Fichter, Baustadtrat Werner Orłowski (Kreuzberg) und 19 Rechtsanwälte.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; ©: Redaktion/Verlag 040/435320, Abrechnung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 60,-, beiläufig DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27173-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00.

Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterschienen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6000

Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abnehmers, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Krieg und Völkermord

Fortsetzung von S. 1

Donnerstag, den 26. Mai, gab die türkische Regierung zu, daß türkische Militäreinheiten eine „zeitlich begrenzte militärische Operation“ gegen „bewaffnete Gruppen“ im Grenzgebiet zum Irak begonnen hätten („Le Monde“ — „LM“, 28.5.83). Zu dieser Erklärung kam es, nachdem Meldungen über den Einmarsch türkischer Militärs in irakisch-kurdischen international verbreitet worden waren.

Ca. 4.000 Mann der Spezialeinheit „Blau Barett“ drängen mit Hubschraubern und Panzern 30 km weit in irakisches Territorium ein („LM“, 28.5.83). Andere Quellen sprechen von rund 10.000 Soldaten, die 200 km tief in den Irak bis zur Stadt Dohuk vorgedrungen seien („Tagesspiegel“, Westberlin, 28.5.83).

1.500 bis 2.000 Menschen, kurdische Freiheitskämpfer wie auch Kämpfer in der Türkei verbotener revolutionärer Organisationen sollen dabei festgenommen und in türkische und irakische Gefängnisse geschleppt worden sein („LM“, 31.5., „Süddeutsche Zeitung“, 31.5., „Neue Zürcher Zeitung“, 31.5., „NZZ“, 1.6.). Die türkische Regierung spricht von der Festnahme „türkischer Linksextremisten“ und „armenischer Terroristen“. Während des Einmarsches sollen wenigstens sechs Soldaten getötet worden sein, eine weitere Militäreinheit aus dem Westen der Türkei wurde zur Verstärkung angefordert („LM“, 28.5.).

In Diyarbakir wurde am 27.5. den ganzen Tag über im Radio zu Blutspenden aufgerufen, schon zuvor waren an verschiedenen Orten Lazarette aufgebaut worden. Offensichtlich haben die türkischen Militärs mit Widerstandsaktionen gerechnet (Komkar/Birkom-Presemitteilung). Schon eine Woche zuvor war über das Grenzgebiet eine strikte Nachrichtensperre verhängt worden.

Obwohl die türkische Regierung am 29. Mai den erfolgreichen Abschluß der Operation und den Rückzug ihrer Soldaten auf türkisches Territorium bekanntgab, ist davon auszugehen, daß der Einmarsch andauert („LM“, 2.6.83). Die türkischen Truppen im Irak sind sogar — nach Angaben der irakischen Kurdischen Demokratischen Partei/KDP — verstärkt worden, in der Gegend von Zakko, Patofa und Kant Masi befinden sich kurdische Freiheitskämpfer zwischen irakischen und türkischen Truppen in der Zange („SZ“, 8.6.83).

Vertreter der türkischen und irakischen Regierungen beizien sich, offiziell mitteilen, die Aktion sei abgesprochen gewesen und diene der Wiederherstellung von „Sicherheit und Ordnung“ im Grenzgebiet. Am 29. Mai reiste der türkische Außenminister Turgut Ersoy zu einem Stützbesuch nach Ankara. Nach seiner Rückkehr betonte er, auch in Zukunft werde die Zusammenarbeit mit dem Irak zur Herstellung von „Ruhe und Ordnung“ im Grenzgebiet fortgesetzt werden („Newspot“, 10.6.83). Der irakische Botschafter in Ankara überbrachte einen „herzlichen“ Dank seiner Regierung für den „Erfolg der Operation“ („SZ“, 31.5.83).

Von verschiedenen kurdischen Befreiungsorganisationen wird seit einiger Zeit mit der Möglichkeit eines Einmarsches türkischer Truppen im Irak bzw. irakisch-kurdischen und der Besetzung Süd-Kurdistan gerechnet (siehe dazu auch nebenstehende Ausgabe aus der kurdischen Zeitung „Serxwebun“). Schon früher hatte es „Strafexpeditionen“ türkischer Gendarmen z. B. in kurdische Gebiete in Syrien hinein gegeben. Im Februar dieses Jahres wurden Überlieferungen mit dem Irak zur „Neubestimmung und Neufestlegung des Grenzverlaufs“ bekanntgegeben. Auf diese Überlieferungen, die auch das Recht türkischer Polizei- und Mil-

itäreinheiten zur Überschreitung der irakischen Grenze einschlossen, stützt sich offensichtlich die nun durchgeführte Aktion („Kurdistan Report“, Extrablatt, Komkar-Info). In Bolu hat eine Spezialeinheit zur Durchführung von Razzien in Kurdistan ihren Sitz („LM“, 28.5.83). Schon Mitte der 70er Jahre waren Abkommen zwischen dem Irak und der Türkei geschlossen worden, jeweils 30 km auf jeder Seite der Grenze zu entvölkern, die Kurden zu vertreiben und eine riesige militärische Sperrzone zu schaffen. Diese Pläne konnten nicht zufriedenstellend durchgeführt werden.

Die Kurden, deren Wohngebiete in der Zwischenkriegszeit unter den Ländern Türkei, Iran, Irak und Syrien verteilt wurden, sind traditionell den Regimes in diesen Ländern ein Dorn im Auge. Dies rührt zum großen Teil her von ihrer von jeder Zentralgewalt unabhängigen Lebensweise, die es bislang unmöglich machte, kurdische Gebiete anders als mit Waffengewalt zu regieren. Der „Unruhefaktor“, der die innenpolitische Lage der Länder beeinflusst, hat schon früher Zweckbündnisse der Besatzer-Regime hervorgebracht. Kurdenaufstände und ihre blutige Zerschlagung gab es in der Türkei während der 20er und 30er Jahre, 1979/80 starteten die Armeen Chomeinis zwei Versuche, autonome Gebiete der Kurden im Iran zu zerschlagen (vgl. AK 161, 172, 176 und 182).

In der Türkei, zu deren Territorium der größte Teil Kurdistan gehört, zählt die Unterdrückung der Kurden zu den Grundpfeilern „kemalistischer“ Politik seit Atatürk. Zahlreiche Kurden hatten den Unabhängigkeitskampf Atatürks unterstützt, der ihnen Autonomie versprach. Ihre Hoffnungen, so Autonomie für Kurdistan zu erreichen, wurden blutig zerschlagen. Von Anfang an waren die Kurden im Sinne des Kemalismus „Bergtürken“, die Existenz eines kurdischen Volkes wurde geleugnet. 1924 wurde die Benutzung der kurdischen Sprache, ebenso jede Organisation als Kurden zum kriminellen Delikt der „Zerstörung der nationalen Einheit“ erklärt. Aufstände der Kurden wurden 1925, 1930 und 1937 blutig niedergeschlagen, zehntausende wurden in den Westen der Türkei verschleppt, Kurdistan zum militärischen Sperrgebiet erklärt und bis 1965 jeder Zutritt Fremder verboten. Bis in die 70er Jahre hinein glaubten die türkischen Herrscher, das „Kurdenproblem“ durch Verschleppungen und Assimilationspolitik weitgehend gelöst zu haben. Die unerträglichen Lebensbedingungen bewirkten zudem eine starke Abwanderung kurdischer Familien in den Westen der Türkei. Ein neues Entstehen von zahlreichen Befreiungsorganisationen erschütterte diesen Glauben und seit dem Militärputsch vom 11. September 1980 wurde Türkei-Kurdistan systematisch „erobert“. Dreiviertel der über 600.000 Mann star-

ken türkischen Streitkräfte wurden in Kurdistan stationiert. In Erzurum, Mus und Batman wurden in den letzten Jahren die NATO/US-Stützpunkte als Basen für die „Schnelle Eingreiftruppe“ ausgebaut. Große Mengen Waffen, darunter Atomsprenköpfe, biologische und chemische Kampfstoffe, sind hier gelagert („Komkar-Info“, „Türkei-Informationen“). Ein Großteil der NATO-Prüfungssysteme der Türkei befindet sich in kurdischem Gebiet. Armer und Kontingent-Spezialeinheiten führen ständig Razzien unter den Kurden durch. Bei diesen Operationen werden die Bewohner ganzer Dörfer mißhandelt, gefoltert, ermordet oder zwangsumgesiedelt. Im Gefängnis von Diyarbakir vegetieren politische Gefangene unter grausamen Haftbedingungen. Morde und Tote nach Folterungen sind in den Militärgefängnissen in Türkei-Kurdistan weitaus häufiger, als in den westlicher gelegenen, das Ziel der faschistischen Militärs ist hier die physische Vernichtung der Köpfe der kurdischen Bewegung. Seit der Ausrufung des Kriegsrechts 1979 sind 120.000 Häftlinge durch das „Todeslager“ Diyarbakir gegangen. Seit dem Putsch wurden mehr als 11.000 Haftbefehle ausgestellt („sz“, 3.5.83).

Kurdistan ist nicht nur wegen seiner unbeugsamen Bewohner und der Existenz von Autonomiebestrebungen militärisches Einsatzgebiet. Wirtschaftliche Gründe, die Existenz relevanter Bodenschätze sowie wichtiger Handels-

wege (alte „Seidenstraße“, Erdölpipelines nach Europa), aber vor allem militär-strategische Erwägungen machen das Gebiet für NATO-Interessen im Nahen und Mittleren Osten bedeutend. Wenn von NATO-Interessen im Zusammenhang mit der Türkei die Rede ist, ist hauptsächlich „Ostanatolien“, d. h. Türkei-Kurdistan gemeint. In diesem „Südostpfeiler der NATO“ verfügt die NATO über mehr als 100 Stützpunkte, Radarfrühwarnsysteme und Atomwaffenlager, deren Aufgabe als „Brückenkopf“ gegenüber der Sowjetunion und dem Unruheherd Nahost zu einer Militarisierung aller Lebensbereiche in der Türkei geführt hat. Ständig finden NATO-Manöver in Kurdistan statt.

Mit dem Aufbau der Schnellen Eingreiftruppe wurden Stützpunkte in Kurdistan als Basen ausgebaut. Bei dem Ende Mai bis Ende Juni durchgeführten NATO-Manöver „Adventure Express 83“ waren neben Fallschirmjägern u. a. Soldaten aus der Bundesrepublik, Italien, Belgien, Großbritannien und USA auch Teile der Schnellen Eingreiftruppe an Luftübungen und Bodenmanövern zur Erprobung der „Verteidigung“ der Südostflanke der NATO eingesetzt („Komkar-Info“, „SZ“, 10.6.83).

Vertreter der Kurdischen Befreiungsbewegung wollten zu berichten, daß in diesen Manövern auch Aufstandsbe-kämpfung gegen Kurden geprobt wurde (Pressekonferenz 10.6.83 in Hamburg).



Waffen aus der BRD an die Türkei

Während sich die Friedensbewegung auf die Ankunft der US-Raketen im Herbst vorbereitet, läuft der Transport von Militärmaterial in umgekehrter Richtung ungehindert. Eine Woche vor Beginn der Manöver in Kurdistan wurden 200 Radfahrzeuge mit der Deut-

HDW und zwei auf türkischen Werften gebaut werden. Die BRD will für das Geschäft einen Kredit von 600 Millionen DM beisteuern (7), den Aufbau der nationalen Kriegsindustrie unterstützen hauptsächlich die USA und die BRD. Daneben werden auch ausrangierte

Waffen aus der BRD an die Türkei

Während sich die Friedensbewegung auf die Ankunft der US-Raketen im Herbst vorbereitet, läuft der Transport von Militärmaterial in umgekehrter Richtung ungehindert. Eine Woche vor Beginn der Manöver in Kurdistan wurden 200 Radfahrzeuge mit der Deutschen Bundesbahn nach Emden transportiert. Diese „sollen bei einem NATO-Manöver in der Türkei eingesetzt werden. Dort übt die Eingreiftruppe Allied Mobile Force (AMF)“ (1).

Auf ähnlichem Wege wurden schon im letzten Jahr 400 Panzertransporter der Firma Faun und Militäruniformen von Daunier Benz über Bremen in den Irak verschifft (2). Mit beim Geschäft ist die senatsgehe Bremer Lagerhaus Gesellschaft.

Die BRD als wichtigster Handelspartner der Türkei in Europa hat ein Interesse an den stabilen Verhältnissen, wie sie die Militärjunta garantiert. H. O. Thierbach, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, reiste mit einer Wirtschaftsdelegation Ende April nach Ankara und konnte dort feststellen: „Wir können nur hoffen, daß sich alle hochverschuldeten Länder an der Türkei ein Beispiel nehmen und sich so positiv entwickeln“ (3). Damit wäre wohl auch der Weg zu neuer finanzieller Unterstützung geebnet. Allein 1982 betrug die Wirtschaft- und Militärhilfe der BRD 600 Millionen DM, die benötigt werden, um die Türkei nach dem Iran-Desaster als neue Ordnungsmacht im Nahen Osten aufzubauen.

Aber die Kontakte unter NATO-Partnern sind natürlich intimer. Seit 1972 unterhalten die türkischen Streitkräfte in Koblenz einen Verbindungsstab für den Kontakt mit der deutschen Rüstungsindustrie (4). Die Bundeswehr ihrerseits hat „Mobile Training Teams“ in die Türkei geschickt, um deren „niedrigen Ausbildungsstand an den Leistungsstand anderer NATO-Luftwaffen“ heranzuführen (5). Als Beigabe gab es im Februar 1983 fünf ausrangierte Flugzeuge vom Typ F-104, insgesamt sollen 120 Starfighter der Türkei zu symbolischen Preisen überlassen werden.

Die türkische Marine will vier MEKO-Fregatten Typ 200 kaufen. Eine soll bei Blohm & Voß, eine bei

HDW und zwei auf türkischen Werften gebaut werden. Die BRD will für das Geschäft einen Kredit von 600 Millionen DM beisteuern (7), den Aufbau der nationalen Kriegsindustrie unterstützen hauptsächlich die USA und die BRD.

Daneben werden auch ausrangierte Marineschiffe übergeben, so z. B. der Tender ISAR (Reserveflottille Wilhelmshaven) (8) und die Fregatte KARLSRUHE (2. Geleitzgeschwader Wilhelmshaven) an den Marinestützpunkt Gökçek bei Istanbul (9).

Verdient hat sich die Türkei diese Unterstützung, weil sie „wie alle Mitglieder des Atlantischen Bündnisses eine besondere Verantwortung zur Wahrung der Grundsätze der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte übernommen hat“.

So jedenfalls Wolf Reckzeh in der „Europäischen Wehrkunde“, Januar 1982.

Für alle die, die anderer Meinung sind: Am 10.7. sollen Teile der AMF nach Emden vom Manöver zurückkommen!

21.6., Antizell KB/Bremen

Anmerkungen

- 1) „Emdener Zeitung“, 30.5.83
- 2) „Bremer Blatt“, November 1982
- 3) „Deutsche Tagespost“, 20.4.82
- 4) „Alternative Türkische“, 8.5.82
- 5) „Europäische Wehrkunde“, 182
- 6) entfällt
- 7) „Türkei-Information“, 7.9.82
- 8) „Marine“ 182
- 9) „Marine“ 463

Nato-Manöver in der Türkei

Frankfurt, 19. Juni (ap) Nato-Oberbefehlshaber Luft und der Nato-Oberbefehlshaber Europa, General Bernard Rogers, haben am Sonntag mit weiteren Vertretern des Nordatlantischen Pakts das türkische Militär Manöver in der Osttürkei rund 100 Kilometer von der sowjetischen Grenze entfernt beobachtet. Sie verfolgten, wie Einheiten der in der Bundesrepublik stationierten schnellen Mobilen Einsatztruppe der Nato und türkische Soldaten einen simulierten Angriff von jenseits der Grenze zurückschlagen. Die Manöver, die unter dem Namen „Adventure Express 83“ laufen, sind seit dem 28. Mai im Gange.

NZZ, 21.6.83



PKK-Hauptprozeß: 578 kurdische Revolutionäre angeklagt



PKK-Hauptprozeß: 578 kurdische Revolutionäre angeklagt

Was passiert an der irakischen Grenze?

(Auszüge aus einem Artikel eines Genossen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK aus irakisch-kurdischen, erschienen in der Mai-Ausgabe von „Serxwebun“)

„... Der Schauplatz der absehbaren Abenteuer der türkischen Bourgeoisie sind Süd-Kurdistan und der Irak. Der Irak zählt heute zu den innenpolitisch konfliktreichsten Ländern, in denen ein ständiger Kampf von revolutionären mit den antirevolutionären Kräften abläuft. Die Saddam-Diktatur, die unter dem Einfluß des Imperialismus und der arabischen Reaktionäre die 1975 gemachten Zugeständnisse zurücknehmen und die eigene Lage am persischen Golf durch den iranisch-irakischen Krieg stärken will, sieht heute vor dem Zusammenbruch. Diese Situation des Irak lenkt die Aufmerksamkeit der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte des Nahen Ostens, die einer Antirevolutionäre, des Imperialismus und der regionalen Reaktion auf sich. Jede dieser Kräfte trifft eigenständige massive Maßnahmen. Der USA-Imperialismus möchte nicht wieder die gleiche Niederlage wie im Iran erleben.

... Die Türkei beobachtet die Entwicklung im Irak aus der Nähe. Sie ist eine der wichtigsten Kräfte, die eine reaktionäre Handlanger-Regierung gern sehen. Der Sturz der Saddam-Diktatur, die Einführung einer antirevolutionären Regierung im Irak wäre ein schwerer Schlag für den türkischen Faschismus:

1. Der einzige auswärtigführende Landweg wäre verschlossen und die Türkei von verfeindeten bzw. Ländern, mit denen sie Konflikte hat, umgeben.

2. Die Türkei würde wirtschaftliche und geschäftliche Verluste erleiden, weil der Irak der Exportpartner Nr. 1 der Türkei ist. Die Türkei liefert Produkte der mittleren Industrie an den Irak und deckt einen wichtigen Teil ihres Erdölbedarfs aus dem Irak.

3. Der Sturz der irakischen Reaktionäre wäre ein bedeutender Schlag für die regionalen Reaktionäre und somit eine Stärkung der antirevolutionären Kräfte.

... Die Vorbereitungen auf den Eingriff und die Besetzung durch die faschistische Junta und ihre Verbündeten wurden oben erläutert. Wie sonst soll man die Bemühungen deuten, die die USA-Imperialisten auf dem Wege der „Modernisierung der türkischen Streitkräfte“ führen, die steigende Militärausgaben, den Kauf von 160 F-16-Kriegsflugzeugen, die Errichtung militärischer Flughäfen in fast allen Provinzen in Nordwest-Kurdistan, die Stationierung von Kommando-Einheiten usw.? Läßt sich dies alles als Schutz gegen die „Gefahr Sowjetunion“ oder gegen den von den faschistischen Machthabern ohne Zögern behaupteten Bürgerkrieg im Land erklären? Das Ziel der bewaffneten Soldaten und der errichteten Flughäfen ist keineswegs die Sowjetunion, sondern Kurdistan, Irak und der Persische Golf.

... Auf die Möglichkeit hin, daß die irakische reaktionäre Regierung gestürzt wird, plant die faschistische Junta mit größter Wahrscheinlichkeit, sich in irakischen Angelegenheiten einzumischen, um somit Süd-Kurdistan zu besetzen. Dies begann im Frühjahr. Die faschistische Junta beabsichtigt, während der „Neubestimmung des Grenz-

verlaufs und der Neubefestigung der Grenzlinie“ zahlreiche Sammelplätze für Soldaten zu errichten, das Militär auf allen strategisch wichtigen Gebieten zu stationieren, erforderliche Verbindungslinien zu erweitern, was die Manövrierfähigkeit der Streitkräfte stärken würde und wodurch viele Gebiete leichter anzugreifen wären. Deswegen wird sie, wenn nötig, „zig Kilometer breite Landstriche in Nordwest-Kurdistan entvölkern, die heimische Bevölkerung durch Massaker zur obligatorischen Umsiedlung zwingen, hunderte von Kilometern lange, „zig Kilometer breite Gebiete absperren und zu militärischem Gebiet erklären. Bei der Wahl der Gebiete für die Stationierung der Soldaten wird kein Unterschied zwischen den türkischen und irakischen Territorien gemacht, sondern die Truppen auf strategisch wichtigen Punkten aufgestellt, die Machtlosigkeit der irakischen Regierung ausgenutzt und die Ohnmacht der Opposition im Volk ausgenutzt und Süd-Kurdistan besetzt. Die schwache Saddam-Regierung, die eine unterstützende Kraft bei der Bekämpfung der Opposition, aber wiederum gegen die faschistische Junta ist, überläßt freiwillig die Kontrolle vieler Gebiete den türkischen Machthabern. Sehr bemerkenswert ist auch, daß die Saddam-Diktatur nicht nur das Eindringen der türkischen faschistischen Regierung in ihre Territorien duldet, sondern auch die durch die Stationierung der Truppen entstehenden Kosten trägt.“

(Übersetzung nach „Kurdistan Report“, Extrablatt, Juni 1983)

- 1) „Middle East International“, 27.5.83
- 2) „Süddeutsche Zeitung“, SZ, 27.5.83
- 3) SZ, 27.5.83; taz, 30.5.83
- 4) „Neue Zürcher Zeitung, NZZ, 4.6.83
- 5) „Le Monde“, LM, 3.6.83
- 6) Diese Position wurde in einem Interview mit Khalid al-Hissain vor einigen Monaten vertreten.
- 7) LM, 31.6.83
- 8) LM, 14.6.83
- 9) NZZ, 12/13.6.83
- 10) Colin Legum, Middle East Contemporary Survey, 1977/78, S. 253 — 261
- 11) LM, 8.6.83
- 12) LM, 4.6.83
- 13) taz, 21.6.83
- 14) LM, 21.6.83
- 15) Interview mit dem Sekretär des Politbüros der PFLP/DG, aus: Michael Lüders, PLO, Paktenträger-Verlag, 1982, S. 112
- 16) LM, 7.6.83
- 17) SZ, 21.6.83
- 18) LM, 8.6.83
- 19) LM, 4.6.83
- 20) taz, 21.6.83
- 21) SZ, 22.6.83
- 22) „Palästina-Bulletin“, 24.6.83, Nachdruck aus: „Emder Zeitung“, 11.6.83
- 23) „Frankfurter Rundschau“ und NZZ, 26.6.83
- 24) LM, 31.6.83

Unterhauswahlen 83 in Nordirland:

Die Wahlurnenbombe

AK-Interview mit Gerry Adams (Sinn Féin), Abgeordneter für West-Belfast im Unterhaus



„Wenn die britische Regierung auf das Wahlergebnis hören würde, griffe auch niemand zum Annullate-Gewehr.“ Gerry Adams nach seinem Erfolg in West-Belfast

Fünf Tage vor der diesjährigen Unterhauswahl nahmen Londoner Buchmacher keine Werten mehr an; Niemand stellte den Sieg der Konservativen im Zweifel, lediglich die Höhe gab noch Anlaß zu Spekulationen. Das Ergebnis vom 9. Juni ergab einen Erdrutsch in der Sitzverteilung: Mit einer Mehrheit von 144 Abgeordneten wird Margaret Thatcher und ihr Kabinett in den nächsten vier Jahren regieren können, ein Votum, das in einem paradoxen Mißverhältnis zu der Anzahl derjenigen Wählerinnen und Wähler steht, die bereits in den letzten vier Jahren von der knallharten Wirtschaftspolitik der Tories getroffen wurden. Über drei Millionen Arbeitslose zählen die offiziellen Statistiken für das Vereinigte Königreich, und die Pläne der alten und neuen Regierung lassen noch Schlimmeres erwarten: Ehemalig verstaatlichte Schlüsselindustrien sollen privatisiert werden, wobei nicht profitabile Bereiche den „Selbstheilungskraften“ der freien Marktwirtschaft zum Opfer fallen werden. Radikale Kürzungen im Wohlfahrtswesen sollen das Haushaltsdefizit abdecken. Gesetzgebungen sehen vor, die Rechte der britischen Gewerkschaften einzuschränken und insbesondere die Ausübung von Arbeitskämpfen in engen Grenzen zu halten. Der Kern des ehemaligen Vielvölker-Commonwealth wird in Sachen Einwandererpolitik ein weiteres Mal die Schrauben anziehen und — laut not least — hat Margaret Thatcher als bedingungslose Gefolgshand der Reagan-Regierung die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses angekündigt (auch unabhängig von einem Ergebnis bei den Gensfer-Verhandlungen), der der britischen Insel ein paar Dutzend Cruise Missiles beschert wird.

In Erwartung ihres Sieges hatte Mrs. Thatcher ihre neue Kabinettsliste bereits vorbereitet und führte zwei Tage nach den Wahlen bemerkenswerte Umbesetzungen durch: Kritiker ihre Politik, die „Weis“, zu deutsch „Waschlappen“, wurden entweder in die Wüste geschickt, wie der ehemalige Außenminister Pym, oder aber aus ihrem Amt hinausgelobt, wie der bisherige Innenminister Whitelaw, der jetzt als Viscount die Tory-Lords im Oberhaus anführen wird. Schlüsselmministern wurden mit treuen Thatcher-Gefolgsgelanten besetzt: Der neue Mann im Innenministerium, Leon Brittan, wird sich verstärkt um die Aufrüstung der vergleichsweise altmodischen britischen

Verfügungen bezieht. Der neue Mann im Innenministerium, Leon Brittan, wird sich verstärkt um die Aufrüstung der vergleichsweise altmodischen britischen Bereitschaftspolizei gegen aufständische Farbige und unruhige Arbeitslose kümmern, wobei manche Erfahrung aus Nordirland jetzt auch Eingang in die Slums britischer Großstädte finden wird.

Als neuer „Superminister“ eines fusionierten Ministeriums für Industrie und Handel fungiert Cecil Parkinson, bisheriger Parteivorsitzender der Konservativen, dem die Aufgabe zufällt, den Thatcher-Monetarismus fortzuführen und ein paar zehntausend Arbeiter mehr aus den „unproduktiven“ Wirtschaftssektoren „freizusetzen“. Nachdem bereits in der vergangenen Legislaturperiode Teile der staatlichen Nordseeförderergesellschaft Britoil privatisiert wurden, sollen Parkinson und sein Kollege im Schatzamt, Nigel Lawson, nun weitere staatliche Betriebe wieder in Privatbesitz überführen: u.a. die Fluggesellschaft British Airways, die Fernmeldestation Telecom, British Steel, British Shipbuilders und die Automobilhersteller British Leyland.

Das Wahlergebnis ist auch hiernach als „Erdrutsch“ bezeichnet worden, die Sitzverteilung nach dem Mehrheitswahlrecht spiegelt allerdings die tatsächlichen Stimmanteile nur sehr verzerrt wider. Die prozentuale Aufschlüsselung läßt erkennen, daß die Regierung gegenüber der Labour Party und der bürgerlichen liberal-konservativen demokratischen Allianz sogar in der Minderheit ist: 43,5 Prozent stimmten für die Tories (das sind 1,2 Prozent weniger als 1979), 28,3 Prozent der Stimmen entfielen auf die Labour Party (-9,5%) und für das neue Bündnis von Liberalen und ehemaligen Labour Abgeordneten stimmten 26,1 Prozent der Wähler. In Sitzen: 397:209:23. Auf ein prozentuales Mehrheitsmandat

wird sich die Regierung jedenfalls nicht berufen können.

Weitgehend unbemerkt blieb auch das Wahlergebnis in Nordirland. Hier standen sich die Parteien der loyal zur britischen Krone stehenden Protestanten-Mehrheit („Loyalisten“) den Parteien der katholisch-republikanischen Minderheit gegenüber. Nach einer Neuaufteilung der Wahlkreise waren für 17 nordirische Vertreter im Unterhaus die Stimmzettel auszufüllen. In drei von sechs Wahlkreisen mit katholischer Mehrheit einigten sich die Loyalisten auf einen Vorschlag Ian Paisleys, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Sie gewannen prompt das Mandat, weil die Sozialdemokratische Labour Party (SDLP) ein Angebot der sozialistisch-republikanischen Sinn Féin ausschlug, ebenfalls eine kurzfristige Wahlabsprache zu treffen. So wurde nur der Vorsitzende der SDLP, John Hume, in Derry gewählt, und in West-Belfast errang Gerry Adams, Vizepräsident der Sinn Féin, die Mehrheit. In einem weiteren Wahlkreis, Mid Ulster, verfehlte ein Sinn Féin Kandidat nur um 87 Stimmen die Mehrheit. Owen Carron, Nachfolger Bobby Sands' als Abgeordneter für Fermanagh und South Tyrone im Unterhaus, fiel einer loyalistischen Allianz und der Neuaufteilung seines Wahlkreises zum Opfer.

Von den knapp über 700.000 abgegebenen Stimmen entfielen 137.000 auf die SDLP und 102.000 auf die Sinn Féin Party. In Prozenten: 38 Prozent wählten die Parteien der Republikaner, diese Stimmen wiederum fielen zu 48 Prozent auf die SDLP und zu 42 Prozent auf Sinn Féin. Die „Officials“ (Sinn Féin — The Workers Party) blieb mit unter einem Prozent auf der Strecke.

Das folgende Interview mit Gerry Adams fand zwölf Tage nach den Wahlen statt und wurde am Telefon aufgezeichnet. Gerry Adams ist einer der bekanntesten Vertreter der republikanischen Bewegung. Der heute 33-Jährige wurde 1971 von der britischen Armee interniert, ein Jahr später wieder freigelassen und soll — laut Times vom 11.6.83 — kurz darauf an den Geheimgesprächen zwischen Vertretern der Provisional IRA und der britischen Regierung teilgenommen haben. Von 1973-76 saß er erneut ein, wurde 1978 ein drittes Mal der angeblichen Mitgliedschaft in der IRA beschuldigt und inhaftiert. Noch im selben Jahr kam er 1973-76 wieder frei, wurde 1978 ein drittes Mal der angeblichen Mitgliedschaft in der IRA beschuldigt und inhaftiert. Noch im selben Jahr kam er wieder frei und wurde zum Vizepräsident von Sinn Féin gewählt. Bereits im letzten Oktober eroberte er bei den Wahlen zur Nordirland-Versammlung, einem Scheinparlament von Londons Gnaden, den West-Belfast Wahlkreis für Sinn Féin.

AK: Gerry Adams, herrlichen Glückwunsch zu Ihrem und Deinem Erfolg! Ein Anti-Thatcher-Wahlplakat von Euch in Belfast lautet: „Give her a beating on June 9 — Vote Gerry Adams!“ Hat Maggie Thatcher jetzt Kopfweh?

Gerry Adams: Ich glaub schon. Aber das ist nicht so wichtig. Alles andere ist vor dem Hintergrund der Situation hier zu betrachten und daß Maggie Thatcher während des Hungerstreiks noch sagte, die Republikaner spielen ihre letzte Karte aus. Wir haben das Gegenteil bewiesen und gezeigt, daß wir in einer Reihe von Fragen richtig gelegen haben.

AK: Was sagt der Unterhausabgeordnete für West-Belfast zum Erdrutsch bei den britischen Wahlen?

Gerry Adams: Für die britische Arbeiterklasse sieht es düster aus, daß die Thatcher-Regierung ein Mandat erhalten hat für weitere einschneidende Maßnahmen, die die schwächeren treffen werden: die Alten wird es treffen, im Wohnungswesen wird es zu Verschlechterungen kommen, auch im Sozial- und Gesundheitswesen und nicht zuletzt stehen Pläne an, die Autorität und Solidarität der Gewerkschaften zu unterminieren. Angesichts der drei Millionen Arbeitslosen gehen die Gewerkschaften davon aus, daß die Tory-Regierung alles daransetzen wird, die britische Arbeiterklasse in die Knie zu zwingen.

AK: Wie wird sich dieses Wahlergebnis auf Nordirland auswirken?

Gerry Adams: Im Prinzip herzlich wenig.

AK: Aber die „Elsterne Lady“ zeigt doch in der Nordirlandfrage nicht gerade Aufweichungstendenzen und ihr neuer Innenminister ist auch nicht gerade von Papper ...

Gerry Adams: Ganz im Gegenteil! Aber so einfach ist es nicht. Die anderen republikanischen Parteien, die wir pseudorepublikanisch nennen, haben es immer darauf angelegt, Zugeständnisse von der britischen Regierung zu erhalten, um bei ihren Wählern einen guten Eindruck zu machen. Hinsichtlich der nationalen Frage Irlands werden sich die SDLP und die anderen irischen Parteien aber einer Regierungsscheitern gegenüber sehen, die wahrscheinlich überhaupt keine Zugeständnisse einräumen wird. Und das wird der Bevölkerung nur noch mehr zeigen, daß nur der republikanische Weg richtig ist: In der nationalen Frage wollen wir überhaupt keine Zugeständnisse!

AK: Aber wird in den nächsten vier Jahren die britische Repression nicht noch härter werden?

Gerry Adams: Die britische Regierung wird — wie jedesmal, wenn sie sich einer vereinten Opposition gegenübersteht — die Repression steigern. Nach den letzten Wahlen im Oktober, als Sinn Féin gerade die Hälfte der jetzigen Stimmen erhielt, kehrte die Regierung beispielsweise zu ihrer „Shoot-to-kill-Kampagne“ zurück — das heißt, in mehreren Fällen wurde auf Menschen aus republikanischen Gebieten das Feuer eröffnet, obwohl sie unbewaffnet waren und auch nicht der IRA angehörten. In anderen Fällen wurden IRA-Volunteers einfach abgeknallt.

AK: Worin besteht der Unterschied zwischen der „Shoot-to-kill-Kampagne“ und dem sonst üblichen Verhalten von Armen und Polizei, beispielsweise in katholisch-republikanischen Gebieten mit Plastikgeschossen rumschüttern, mit denen insgesamt sieben Kinder auf offener Straße ermordet wurden?

Gerry Adams: Es entspricht nicht unbedingt unserer Meinung, sondern wurde von einigen Journalisten vertreten, daß die Briten glauben, diese Kampagne wieder aufnehmen zu müssen, weil die republikanische Bevölkerung auf andere Weise nicht mehr eingeschüchtert werden konnte. Immerhin hatten bei den Oktober-Wahlen fast 64.000 Menschen für uns gestimmt. Jetzt haben wir über 100.000 Stimmen erhalten und — unglücklicherweise für uns — die Regierung wird ihre Unterdrückung verschärfen.

AK: Nordirland hat mit durchschnittlich 20 Prozent Arbeitslosigkeit die höchste Quote im Vereinigten Königreich. Je nach Zählweise sind in einigen Gebieten bis zu 80 Prozent der katholisch-republikanischen Bevölkerung ohne Arbeit. Wird die Wirtschaftspolitik der Tories bei Euch noch stärker einschlagen?

Gerry Adams: Es hat immer eine sehr hohe Arbeitslosigkeit in den sechs nördlichen Provinzen gegeben, weil Nordirland eben keine lebensfähige soziale und ökonomische Einheit bildet und völlig von der irischen Wirtschaft abgeschnitten ist. Weil die Briten es als notwendig ansahen, hier einen Zustand festzuschreiben, der von den loyalistischen Protestanten akzeptiert werden konnte, mußten alle Investitionen und sozialen Pläne erstmal Unterstützung bei den Loyalisten finden, um ihnen in jedem Fall die Privilegien zu erhalten. Das wiederum wirkte sich dahingehend aus, daß republikanische Gebiete wie West-Belfast, Derry, Strabane und Newry immer eine bemerkenswert hohe Arbeitslosenquote hatten, selbst im Vergleich mit dem aktuellen Stand. Die fortgesetzte Wirtschaftspolitik des Thatcher-Monetarismus wird diese Zahlen nur noch weiter steigern und es wird noch mehr Menschen sozial und ökonomisch schlechter gehen.

AK: Was für Themen haben im Mittelpunkt Euer Wahlkampf gestanden?

Gerry Adams: Punkt 1: Gegen die britische Verwicklung in Irland und gegen das loyalistische Veto...

AK: Veto oder Vorherrschaft?

Gerry Adams: Laß mich erklären: Großbritannien hat Irland aufgeteilt und zwar hauptsächlich nach ökonomischen Gesichtspunkten. (1) In unserem Teil der geteilten Irland verblieb eine republikanische Minderheit, während die Loyalisten zur Mehrheit wurden. Wenn man die britische Position genau untersucht, dann stellt man fest, daß wir also eine Situation haben, in der die Loyalisten ein Veto gegen die Wünsche der Mehrheit des irischen Volkes haben. Außerdem sind wir für das Überleben der irischen Kultur und ihrer Sprache eingetreten und nicht zuletzt für das Recht auf eine eigene Repräsentation. Wir haben das in dem Slogan „The Voice Of Principle Leadership“ zusammengefaßt. (2)

AK: Da ihr die britische Herrschaft in den sechs nördlichen irischen Provinzen nicht anerkennt und folglich auch nicht das Unterhaus als Parlament für eure Interessen, warum habt ihr euch dann an den Wahlen beteiligt, zumal ihr von vornherein festgelegt habt, daß ihr eure Sitze in Westminster nicht einnehmen würdet?

Gerry Adams: Es gibt eine ganze Reihe Gründe dafür, wobei meine Reihenfolge keine Prioritätensetzung bedeuten soll. Zum einen erkannte Sinn Féin vor einigen Jahren die Notwendigkeit, seine Politik zu verbreitern und an Wahlen teilzunehmen. Der direkte Anlaß dafür war, daß die britischen Regierungen in all den Jahren behaupten konnten, daß unser Kampf ein krimineller und terroristischer Kampf sei...

AK: ...der in der Bevölkerung keine Unterstützung findet...

Gerry Adams: Genau. Und deshalb mußten wir diese Propaganda durchbrechen und zeigen, daß wir — das heißt die republikanische Bewegung — eben doch unterstützt werden.

Zum Zweiten: Die Briten müssen vom Kern des Problems ablenken. Aus unserer Sicht haben sie kein Recht auf Nordirland, aber um diese historische Tatsache zu verschleiern, behaupten sie eben, daß Nordirland Teil des Vereinigten Königreiches sei. Das genau ist das Problem. Um ihre koloniale Kontrolle aufrecht zu erhalten, übertragen sie die Macht, wodurch sie sich aus den Auswirkungen einer direkten Verwicklung raushehalten. Aber um damit erfolgreich zu sein, um die Macht „übertragen“ zu können, um diesem Teil Irlands einen britischen Heimanspruch aufbürden zu können, dafür benötigten die Briten eine Partei, die als Vertreterin der Republikaner angesehen werden kann. Die SDLP hat diese Rolle im großen und ganzen 12 Jahre lang gespielt. Sie hat mit den Briten bei einer ganzen Reihe Anlässe kollaboriert, sie hat diese Rolle akzeptiert.

AK: Worin unterscheidet sich Sinn Féin sonst noch von der SDLP?

Gerry Adams: Die SDLP akzeptiert die Existenz Nordirlands und glaubt, mit Reformen vorwärts zu kommen. Die SDLP besteht nur in Nordirland, wir sind in ganz Irland organisiert. Die SDLP repräsentiert mehr oder weniger die Sichtweise des Dubliner Establishments und der katholischen Bourgeoisie, während wir für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und für eine demokratische sozialistische Republik in ganz Irland eintreten. Und damit die SDLP nicht weiter behaupten kann, die republikanische Bevölkerung zu vertreten, mußten wir das in Wahlen

überprüfen. Seit dem 9. Juni hat diese Propaganda nun ein Ende gefunden, weil Sinn Féin 42 Prozent der republikanischen Bevölkerung repräsentiert.

AK: Wer hat euch gewählt? Gerry Adams: Unsere größte Unterstützung haben wir auf dem Lande von Landarbeitern, kleinen Farmern und einigen Geschäftsleuten mit Familienbetrieben erhalten und in den Städten von den Arbeitern und Arbeitslosen.

Das ist ein weiterer Grund für unsere Wahlbeteiligung: für unsere Wähler ist es notwendig, organisiert zu werden und eine eigene Vertretung zu erhalten, die sich für sie einsetzt, um das Mögliche innerhalb des bestehenden Systems zu erreichen. Das betrifft beispielsweise Ansprüche auf Arbeitslosengeld ebenso wie ein gemeinsames Vorgehen für bessere Wohnverhältnisse oder den Widerstand gegen die täglichen Schikanen der Briten.

Keine der anderen Parteien war fähig, dafür einzutreten, während wir jetzt, da die Briten direkt mit uns zu tun haben, in der Lage sind, ihnen bei diesen Alltagsproblemen eine vernünftige Anleitung zu geben.

Schließlich: Sinn Féin und die IRA, also die republikanische Bewegung, sind keine ausschließliche „Briten-raus-Bewegung“. Wir sind eine Partei mit einem zusammenhängenden Programm. Wir machen Politik für unser lokales und politisches Umfeld, wir machen Politik zur allgemeinen Lebensqualität, sowohl in ökonomischer als auch in sozialer Hinsicht. Wir bauen jetzt eine politische Basis für den

nördlichen „Politik“ zu „angenehmer“ Lebensqualität, sowohl in ökonomischer als auch in sozialer Hinsicht. Wir bauen jetzt eine politische Basis für den Tag des britischen Abzugs auf, anstatt einfach nur darauf zu warten. In diesem republikanischen Kampf spielt der bewaffnete Kampf eine ziemlich große Rolle und kann in einem politischen Vakuum nicht ordentlich funktionieren. Deswegen braucht er die Unterstützung der Bevölkerung, kann aber nur eine — sagen wir mal — militärische Alternative gegen die britische Kriegsmaschine bilden. Deshalb meinen wir, daß Sinn Féin eben eine Alternative gegen die britische soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Unterdrückung bilden muß.

AK: Tatsächlich ist die irische republikanische Bewegung die derzeit einzige, bei der Wahlkampf und militärischer Widerstand gleichzeitig stattfinden. Bedeutet die Wahlurne für euch eine andere Art von Bombenanschlag?

Gerry Adams: Die britische Regierung schickt ihre Truppen in unsere Straßen, bewaffnet für einen ständigen Krieg gegen uns. Das ist der Grund, warum das politische Vertrauen in Sinn Féin und der bewaffnete Kampf der IRA miteinander verbunden sind, und daß die Menschen hier wissen, daß wir nicht in einer normalen Situation leben. Wir wissen, daß es eine Art Präzedenzfall ist, daß eine Organisation im Befreiungskrieg am Wahlkampf teilnimmt. Aber es scheint bislang ja ganz gut zu laufen...

AK: Gerry Adams, wir danken dir für das Gespräch und wünschen euch „all the best“!

Anmerkungen:
(1) Als 1820 die Republik Irland ausgerufen wurde, verblieben die sechs nördlichen Grafschaften (Ulster) im Vereinigten Königreich. Hier befand sich die seinerzeit noch blühende irische Industrie, v.a. Wollen und Spinnereien.
(2) Sinn Féin: Übersetzung: Sinn Féin — die Stimme des republikanischen Politikers.

Zur Entwicklung der Opposition in Honduras

Der US-Senat und das Repräsentantenhaus bewilligten am 12.5. 76,3 Mio. Dollar Militärhilfe für das Terrorregime in El Salvador. Da diese Summe unterhalb des von der Reagan-Administration geforderten Betrages von 120 Mio. Dollar liegt und auch keine Aufstockung der Anzahl der US-Militärberater (z.Z. 55) zugestimmt wurde, weichen die US-Strategen einmal mehr nach Honduras aus.

In diesem Jahr sollen nach den Plänen der Reagan-Regierung 17.000 salvadorische Soldaten im Anti-Guerillakampf in Honduras ausgebildet werden. Aus diesem Grund wird die Anzahl der in Honduras tätigen US-Militärberater auf 200 verdoppelt.

Angesichts der Tatsache, daß ein direktes Eingreifen der honduranischen Armee sowohl gegen die Befreiungsbewegung in El Salvador als auch in Nicaragua im Bereich des Möglichen liegt — zumal sich ein Scheitern der Angriffe der von Honduras aus operierenden konterrevolutionären Gruppen gegen die Sandinisten abzeichnet — stellt sich die Frage nach der Entwicklung und derzeitigen Stärke der honduranischen Opposition.

Militärstaat mit demokratischer Fassade

Bei den nach 18jähriger Militärherrschaft im November 1981 abgehaltenen Parlamentswahlen konnten die beiden Parteien der Oligarchie — die Nationale Front und die Liberale Partei — 95% der Stimmen auf sich vereinen. Die linken Parteien lehnten (mit einer Ausnahme) die Wahl als imperialistisches Manöver ab. Mit 54% ging die Liberale Partei als Wahlsieger hervor; dieser Sieg erklärt sich aus dem noch aus den 50er Jahren resultierenden „antimilitaristischen“ Image der Liberalen. (1) Dennoch blieben die Machtbefugnisse der Militärs unangestastet; der Oberbefehlshaber der honduranischen Armee, Gustavo Alvarez, verfügt über uneingeschränkte Entscheidungsgewalt und ist keinerlei Kontrolle durch das Parlament unterworfen.

Während die Nationale Front sich auf die reaktionären Großgrundbesitzer und auf die Kompradonbourgeoisie stützt, vertritt die Liberale Partei eher die Interessen des bürgerlichen Teils der Oligarchie sowie des städtischen Handelskapitals; beide Parteien genießen den Schutz des Militärs. Nach der Installation dieses Militärstaates mit demokratischer Fassade verschlechterte sich die materielle Situation der Bauern und Arbeiter zusehends. Im April meldete die Gewerkschaftszentrale der Arbeiter (CGT), daß ein Drittel aller Campesinos keinerlei Land besitzt und daß von den 1 Million Arbeitern 60% arbeitslos sind, wobei die Unterbeschäftigung der restlichen 40% sehr hoch ist. (2)

Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der Marginalisierung (Verarmung) der Bauern häuften sich die Anzahl der Landbesetzungen, insbesondere im Norden des Landes, die größtenteils jedoch mit militärischer Gewalt rückgängig gemacht wurden.

Die Linke formiert sich

Mit der verstärkt betriebenen Verarmung der Industrie- und Landarbeiter und dem immer offensichtlicher wer-

denden Ausbau Honduras' zum Aufmarschgebiet der Konterrevolution in Mittelamerika (vgl. AK 231) setzte ein Prozeß der Vereinigung der linken Opposition ein.

In der am 15.8.82 gegründeten Frente de Unidad Popular-25 de junio (FUP-25) sind sowohl Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern als auch verschiedene Verbände der Lehrer, Studenten und linken Christen vertreten. Die vorrangigen Ziele der FUP bestehen darin, einmal einen offenen Krieg zwischen Honduras und Nicaragua zu verhindern, zum anderen die linken Massenbewegungen zu einem schlagkräftigen Instrument zu machen. Denn traditionell sind die Massenbewegungen in Honduras in zwei Lager gespalten; auf der einen Seite die unabhängigen Gruppen, die sich fast sämtlich in der FUP-25 organisiert haben, auf der anderen Seite die staatsloyalen Organisationen (officialistas), deren Struktur und politische Ausrichtung unter dem Einfluß der ORIT stehen.

Die ORIT (Organización Regional Interamericana de Trabajo) ist eine gelbe Gewerkschaftsachorganisation für Lateinamerika. Sie wurde vom US-amerikanischen Gewerkschaftsverband AFL-CIO ins Leben gerufen und ist maßgeblich an der Bildung von sog. offiziellen Gewerkschaften in Honduras sowie an der Durchführung von Bildungsprogrammen bzw. der Ausbildung von Gewerkschaftskadern beteiligt.

Verstärkung der Repression und ...

Die FUP-25 führte von Oktober bis Dezember des letzten Jahres mehrere Demonstrationen in der Hauptstadt Tegucigalpa durch, die vom Militär und den Sicherheitskräften anfangs geduldet, später zerschlagen wurden. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Verschwundenen und der politischen Morde sprunghaft; prominentes Opfer der Repression wurde der Führer der KP-Honduras, Herminio Deras, der am 29.1. auf offener Straße erschossen wurde. Für die politischen Morde und die Entführungen, die sich seit Anfang des Jahres auf über 150 belaufen, zeichnet die honduranische Sicherheitspolizei FUSEP verantwortlich.

Aufgrund der zunehmenden Repression und der Verhaftung einzelner Mitglieder verzichtete die FUP in diesem Jahr auf Großdemonstrationen. Das Schwerkraft ihrer Arbeit legte sie neben der Herausgabe einer Zeitung auf, gliedert verzichtete die FUP in diesem Jahr auf Großdemonstrationen. Das Schwerkraft ihrer Arbeit legte sie neben der Herausgabe einer Zeitung auf die Gewerkschaftsarbeit und den Vereinheitlichungs- und Konsolidierungsprozeß innerhalb der honduranischen Linken.

Tendenzen zur Vereinheitlichung des Widerstands

Der gleiche Prozeß, der bei den politischen Massenorganisationen im letzten Jahr mit der Gründung der FUP einsetzte, zeichnet sich auch bei den politisch-militärischen Organisationen ab.

Ende März dieses Jahres schlossen sich sechs Guerillagruppen zu einer ein-

heitlich geführten Organisation, der „Movimiento Revolucionario de Honduras“ (MRH) zusammen (zur Beteiligung der einzelnen Organisationen siehe Kästen).

Nach einigen spektakulären Aktionen einzelner Guerillaverbände in den letzten Jahren wie beispielsweise die Sprengung des Elektrizitätswerkes von Tegucigalpa, die innerhalb der linken Opposition nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß, bahnten sich zwei Entwicklungen an:

erstens eine bessere Koordination und Abstimmung zwischen den Aktionen der FUP als politische Massenorganisation und dem bewaffneten Widerstand; und zweitens eine Verschiebung der Operationsbasis der Guerilla von der Hauptstadt ins Landesinnere, um eine solide Massenbasis in der Landbevölkerung zu gewinnen.

In einer ersten Erklärung wandte sich die „Vereinigte Nationale

Leitung“ der MRH gegen die von honduranischen Territorium ausgehenden Angriffe gegen Nicaragua.

Mitte Mai führte die MRH schließlich einen Anschlag auf das militärische Ausbildungslager in Morocón aus. Morocón liegt an der Grenze zu Nicaragua; dort werden somozistische Gruppen und Soldner von US-Militär „beratern“ zum Kampf gegen die Sandinisten ausgebildet.

Inwieweit der Vereinigungsprozeß der Guerilla in Honduras fortgeschritten ist bzw. ob die Guerilla in der Landbevölkerung stärker Fuß fassen wird und sich eine Zusammenarbeit mit der FUP-25 herausbilden wird, läßt sich derzeit definitiv noch nicht abschätzen.

Internationalismus-Kommission, KB Göttingen

Die Front der Volkseinheit

Interview mit Angel Castro, aufgezeichnet in Göttingen am 24.5

Angel Castro ist Mitglied der „Bewegung Christen für Gerechtigkeit“ (MCJ). Die MCJ ist ein Zusammenschluß von linken Basisorganisationen, die in der „Front der Volkseinheit“ (FUP-25) organisiert sind.

Nach seiner Teilnahme am Mittelamerika-Kongreß der Solidarischen Kirche am 14./15. Mai in Limburg führte Angel Castro in mehreren Städten der BRD Informationsveranstaltungen durch.

AK: Wann und warum bildete sich die FUP-25?

Angel Castro: Die FUP bildete sich im August 1982; ihr sind progressive Organisationen von national-demokratischer und revolutionärer Ausrichtung eingegliedert. Wir stehen in Opposition zum Regime. Zwar sind wir in einer Organisation zusammengeschlossen, aber wir haben noch keine einheitliche politische Linie — eine Front eben, die aber vielleicht in eine andere Sache münden könnte.

Ähnlich wie die salvadorische FDR? (Anm.: Die FDR ist der politische Arm der Guerilla FMLN.)

Ähnlich wie die salvadorische FDR? (Anm.: Die FDR ist der politische Arm der Guerilla FMLN.)

Ja, aber das können wir im Moment noch nicht voraussagen. Ein großer Unterschied zur FDR besteht darin, daß die FUP-25 bei ihrer Gründung nicht sofort eine politische Konzeption entworfen hat. Der Name entspringt der Erinnerung an die Ermordeten des Massakers vom 25. Juni 1975, 9 Bauern, 2 Priester und 2 Frauen. Sie waren Opfer der Repression der Militärs. Um an dieses Massaker zu erinnern, gaben wir uns den Namen FUP-25. Juni.

Hauptziel der FUP ist die Stärkung der unabhängigen Massenorganisationen. Trotz einer sehr alten Kampftradition steht die honduranische Volksbewegung unter dem Einfluß der „freien“ Gewerkschaften der USA. (Anm.: Gemeint sind die gelben Gewerkschaften, die vom US-amerikanischen AFL-CIO gebildet wurden.) Dies führte dazu, daß sich die Volksbewegung in zwei Lager spaltete: einmal der officialistische Syndikalismus, der staatsloyal ist und nur ökonomische Forderungen erhebt; auf der anderen Seite die unabhängige Volksbewegung, deren Ziel eine Veränderung der alten Machtstrukturen ist.

Welche Rolle spielen die Christen in der FUP-25?

Die Bewegung (Christen für Gerechtigkeit) geht nicht offiziell von der Kirche aus. Wir Christen glauben nicht, daß es richtig ist, eine christliche Bewegung zusätzlich zu bilden; vielmehr sehen wir unsere Aufgabe darin, uns in Organisationen einzugliedern, die wirklich in ihrer Praxis konsequent sind und ein revolutionäres Ziel verfolgen.

Erklärtes Ziel der FUP ist, einen offenen Krieg zwischen Honduras und Nicaragua zu verhindern!

Natürlich haben sich die Organisationen, die in der FUP zusammengeschlossen sind, immer für den Frieden und die Entmilitarisierung ausgesprochen. Wir kämpfen gegen die Unter-

stützung, die von der honduranischen Regierung den Somozisten und dem salvadorischen Regime gewährt wird. Doch die Lage ist sehr schwierig. Die staatliche Propaganda verkündet jeden Tag, daß der Feind der Honduraner die FMLN sei und daß man eine „demokratische“ Regierung wie die salvadorische unterstützen müßte. General Alvarez (Anm.: honduranischer Kriegsminister) erklärte als erster, daß Honduras bereit wäre, sein Territorium für den Durchmarsch von US-Truppen zur Verfügung zu stellen.

Welche reale Kraft haben die Massenorganisationen?

Ich würde sagen, daß durch den Einfluß der gelben Gewerkschaften es nicht einfach ist, die reale Kraft der Volksorganisationen einzuschätzen. Aber durch die Repression, die sich jeden Tag mehr verschärft und die nicht nur diejenigen Organisationen trifft, die strukturelle Veränderungen herbeiführen wollen, sondern auch sehr konservative Organisationen, besteht die Möglichkeit, neue Kampfformen zu finden. Dies würde notwendigerweise zu einer sehr ernsthaften Konfrontation mit servativen Organisationen, besteht die Möglichkeit, neue Kampfformen zu finden. Dies würde notwendigerweise zu einer sehr ernsthaften Konfrontation mit dem Regime führen und unter Umständen eine Operation der Guerilla-Organisationen nach sich ziehen.

Gibt es bereits Verbindungen zwischen den Guerilla-Organisationen und den Massenorganisationen, und wie schätzt Du die Perspektiven des bewaffneten Volkskampfes ein?

Die Politisch militärischen Organisationen in Honduras

MPL-Cinchero (Movimiento Popular de Liberación)
Ende 1980 gegründet; spektakuläre Aktionen zur Befreiung politischer Gefangener; Flugzeugentführung im März 1981 und Besetzung und Geiselnahme in der honduranischen Handelskammer im August 1982.

FPR-Lorenzo Zelaya (Fuerzas Populares Revolucionarias)
Ende 1980 aus Mitgliedern von Studentenorganisationen entstandene Guerilla. Mehrere Bombenanschläge auf US-amerikanische und transnationale Konzerne, Sabotageakt auf das Elektrizitätswerk in Tegucigalpa.

PCH (Partido Comunista de Honduras)
1954 gegründet, seitdem der Repression ausgesetzt und mehrmals verboten. Einfluß in einigen Gewerkschaften. Anfang der 70er Jahre spaltete sich die PCH-Marxisten-Leninisten (PCH-ML) von der KP ab. Während die PCH-ML ihre Basis eher bei den Bauern suchte, blieb die „moskauorientierte“ PCH in Teilen der Arbeiterklasse verankert. Im Laufe dieses Jahres sind beide Organisa-

Anmerkungen:

1) Der liberale Präsident Villeda Morales begann Ende der 50er Jahre ansatzweise mit der Durchführung von Reformen, deren Absicht vor allem darin bestand, die erstarrte Volksbewegung zu paralysieren. Schon dieser „Reformer“ ging dem reaktionären Teil der Bourgeoisie zu weit; mit Hilfe der Militärs wurde die Liberale Regierung 1963 gestürzt. Direkt nach dem Militärputsch setzte eine scharfe Repression gegen die Volksbewegung ein, von der auch die Liberale Partei nicht verschont blieb.

2) Ideo 134

Quellen: Mittelamerika-Magazin, Heft 23 und 25; AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) 3/1983; Ideo 130-138; Honduras-Infoblatt Nr.2.

Solche Verbindungen haben sich noch nicht bemerkbar gemacht, weil die Funktionsweise einer Guerilla auch eine andere sein muß als die von Massenorganisationen. Gegenüber einer Kriegspolitik, die sich in Hunger, Arbeitslosigkeit und in der Unfähigkeit, die Grundbedürfnisse zu befriedigen, ausdrückt, wird es einen Kampf geben, der wahrscheinlich nicht der gleiche sein wird, den Guatemala und El Salvador verfolgen. (Anm.: Gemeint sind die Guerilla-Organisationen in Guatemala und El Salvador.)

Die politisch-militärischen Organisationen haben ihre Einheit angekündigt (siehe Kästen). Doch bis auf die Existenz von Kommunikern gibt es noch nichts Konkretes. Sicher ist, daß es Gespräche zwischen den Repräsentanten dieser Organisationen gibt, um eine effektivere Einheit herzustellen. In den letzten Monaten hat es kaum militärische Aktionen gegeben, was den Eindruck vermittelt, daß die Guerilla eher Kräfte sammelt.

Die politisch-militärischen Organisationen müssen Strategien entwickeln, die dahin führen, daß der Guerillakampf nicht isoliert von den Massen geführt wird. Denn eine Guerilla ohne die Unterstützung der Massen würde in einen gefährlichen Militarismus ausarten, der die Massen enttäuscht und frustriert.

Aber ich habe den Eindruck, daß die politisch-militärischen Organisationen ernsthaft daran denken, den Kampf der Massen mit dem bewaffneten Kampf zu verbinden.

Internationalismus-Kommission, KB Göttingen



Auslieferungspolitik der BRD an die Türkei

Zwei Monate vor dem Militärputsch am 11. September 1980 wurde der türkische Antifaschist Levent Begen von der Bundesregierung an die Türkei ausgeliefert. Levent Begen war aus der Türkei geflohen, wo er als bekannter Linker wiederholt gefoltert und ins Gefängnis geworfen worden war.

Die Türkei hatte seine Auslieferung wegen "gemeinschaftlicher Tötung", "unerlaubtem Waffenbesitz" u.a. Delikten gefordert. Das OLG Stuttgart verneinte politische Hintergründe der Vorwürfe und beschloß die Auslieferung, gestützt auf Auskünfte der deutschen Botschaft in Ankara, Folterungen oder Todesurteile seien bei Ausgelieferten noch nie vorgekommen.

Levent Begens Auslieferung konnte nicht verhindert werden. Nach seiner Ankunft verschwand er spurlos. Erst einhalb Jahre später ergaben intensive Nachforschungen von amnesty international, daß Levent Begen überhaupt noch am Leben war. Er war jedoch nicht nur mehrmals schwer gefoltert und zu falschen Geständnissen gezwungen worden, man hatte gegen ihn auch — entgegen dem Auslieferungserzuchen — ein politisches Verfahren wegen "Gründung, Steuerung und Leitung eines Vereins oder Beitritt und Mitgliedschaft in einem Verein zur Errichtung der Gewalt Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere" und weiterer Staatschutzdelikte eröffnet.

Amnesty gelangte an die Protokolle der Militärgerichtsverhandlung, in der Levent die erlittenen Folterungen und Mißhandlungen schilderte: "Ich wurde im Februar 1980 in Deutschland gefaßt und im Juni 1980 ins Heimatland gebracht. Bei meiner Vernehmung bei der Polizei wurde mir ein Knüttel in den After gesteckt. 15 Tage lang wurde ich verhört. Danach wurde ich ins Gefängnis Mamak überführt. Von dort wurde ich fünfmal zum Verhör gebracht wegen anderer Beschuldigungen. Während meiner Verhöre auf der Polizeistation wegen dieser Beschuldigungen ließ man mich 25 Tage lang nur mit den Fingern gegen die Wand gelehnt auf den Beinen stehen..." (1)

Fingern gegen die Wand gelehnt auf den Beinen stehen..." (1)

Gegenüber amnesty hatte das Bundesjustizministerium noch im Oktober 1982 die Stimmzettel: "...Nachforschungen zu dem Vorwurf, der Verfolgte sei nach seiner Auslieferung in türkischem Polizeigewahrsam gefoltert worden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt..." und verwies darauf, daß die türkische Regierung nochmals auf "das gesetzliche Verbot von Folterungen" hingewiesen hätte. Mit dieser Erklärung begünstigte Bonn sich ebenso gerne wie mit der Zusicherung, die Beschuldigungen gegen Levent Begen, die nicht Gegenstand des Auslieferungsverfahrens gewesen wären, würden nunmehr niedergeschlagen. Ein diesbezüglicher Nachweis steht bis heute aus. Levent Begen sitzt weiterhin in politischen Prozessen auf der Anklagebank.

Gerade weil im Fall Levent Begen die politische Absicht des Auslieferungserzuchens offensichtlich und die Lebensgefahr für ihn vorher absehbar war, hätte spätestens sein Schicksal den sofortigen Stopp aller Auslieferungsverfahren bewirken müssen. Doch weit gefehlt. Weiterhin bemühten sich bundesdeutsche Behörden und Regierungseinrichtungen mit allen Kräften, Auslieferungsverfahren für die Türkei zu entscheiden und Hinweise für Auslieferungserzuchen an die Türkei zu geben.

Zeynel Adindag

Da ist der "Fall" Zeynel Adindag zu nennen, der inzwischen seit 1976 die Justiz beschäftigt. Z. Adindag war 1975 in die Bundesrepublik geflohen, weil er in der Türkei als führendes Mitglied der nach dem Putsch 1971 verbotenen Jugendorganisation DevGen verfolgt wurde. 1976 ersuchte die Türkei um Zeynel Adindags Auslieferung wegen "Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation" und anderer Staatschutzdelikte. Tatsächlich wurde er daraufhin im Januar 1978 in Auslieferungshaft genommen und erst im September wieder freigelassen, nachdem das OLG Düsseldorf die Auslieferung gemäß europäischem Auslieferungsbereinkommen für unzulässig beschied. Nach geltendem Recht darf wegen politischer Taten und Taten, die in politischem Zusammenhang stehen, nicht ausgeliefert werden. Für die Bundesregierung war der Fall damit jedoch nicht erledigt. Das Justizministerium wandte sich mehrmals auffordernd an die Türkei, bis diese eine juristisch annehmbare Auslieferungsbegründung zustande brachte.

Im Februar 1982 wurde Zeynel Adindag an seinem Arbeitsplatz verhaftet. Insgesamt dreimal hatte die Türkei zwischenzeitlich erneut seine Auslieferung verlangt und als Begründung "nur" noch den Vorwurf der Beteiligung an einem Mord angegeben. Außerdem hatte sie verbal beteuert, Adindag in der Türkei nur wegen diesem Strafvorwurf anzuklagen und im Falle einer Todesstrafe diese in 30 Jahre Haft umzuwandeln. Diese Erklärungen reichten dem OLG Düsseldorf aus, im Juli 1982 die Auslieferung für zulässig zu erklären. Zeynel Adindag legte daraufhin Verfassungsbeschwerden ein, gestützt auf den im Grundgesetz garantierten Schutz vor politischer Verfolgung. Das Bundesverfassungsgericht hob tatsächlich im Februar 1983 den Auslieferungsbefehl auf, weil die Gefahr der politischen Verfolgung nicht ausreichend geprüft worden sei, und verwies den Fall zurück an das OLG.

Zeynel Adindag jedoch sitzt nach wie vor, inzwischen seit über 16 Monaten in Einzelhaft, im Interesse der guten Beziehungen zwischen zwei NATO-Ländern (2).

Zuarbeit des Staatsschutzes

Cemal Kemal Altun, dem Bruder eines bekannten sozialdemokratischen Abgeordneten, gelang Anfang 1981 die Flucht aus der Türkei nach Westfalen. Aus türkischen Zeitungen erfuhr er, daß die Türkei ihn der Beteiligung an einem Attentat auf Gün Sazak, einem ehemaligen Minister und dem zweiten Mann der faschistischen MHP nach Türkei beschuldigte, und stellte daraufhin im September 1981 einen Antrag auf Asyl. In der Begründung des Antrags ging Kemal Altun auf die ihm bekanntgewordenen Vorwürfe und auf das offensichtliche Bestreben ein, über seinen Bruder einen Zusammenhang zwischen dem Attentat und der CHP herzustellen.

Als 1982 Kemal Paß abgelaufen war, wandte sich sein Anwalt an die Ausländerbehörde und bat um einen Fremdenpaß. Ausdrücklich wies er darauf hin, daß das türkische Konsulat Altuns Aufenthaltsort nicht erfahren dürfe, da ein Auslieferungsbegehren zu befürchten sei. Diesen Hinweis griffen die Westberliner Staatsbeamten begierig auf. Sie alarmierten den Staatsschutz, dieser schaltete das Bundeskriminalamt ein, das sich seinerseits an das Justizministerium wandte, um eine Anfrage an Interpol Ankara zu richten. In dieser Anfrage wurde anhand des Asylantrags Altuns den türkischen Behörden detailliert erläutert, daß man Kenntnis von angeblichen Vorwürfen hätte und es wurde angefragt, ob diese stimmen würden und ob die türkischen Behörden nicht ggf. einen Antrag auf Auslieferung stellen wollten.

Dankend nahm die Türkei diese Anregungen auf, ein Haftbefehl wurde ausgestellt wegen "Anstiftung zum Mord".

Am 3. Juli 1982 wurde Altun in Westberlin verhaftet, am gleichen Tag wurde in Ankara ein neuer Haftbefehl ausgestellt, denn inzwischen war aufgefallen, daß auf "Anstiftung zum Mord" die Todesstrafe steht. Der zweite Haftbefehl bezieht sich nun auf den Vorwurf, die Attentäter versteckt und Beweismaterial beiseite geschafft zu haben. Welche Rolle die bundesdeutschen Helfer bei dieser Umformulierung spielten, ist nicht bekannt (3).

Bis heute sitzt Kemal Altun in Auslieferungshaft. Nachdem seine Auslieferung von Berliner Richtern für zulässig erklärt wurde, stimmte auch die Bundesregierung am 21.2.83 einer Auslieferung zu. Eine Verfassungsbeschwerde wurde vom BVG nicht angenommen (weil dieses sich für Westberlin nicht zuständig erklärte). Die daraufhin eingeleitete Beschwerde vor der Europäischen Menschenrechtskommission wurde Anfang Mai für zulässig erklärt. In der Verhandlung argumentier-

ten die Vertreter der Bundesregierung ausgerechnet mit der großen Öffentlichkeit, die Altun bei Auslieferung in die Türkei vor politischer Verfolgung und Folter schützen würde... (4)

Mitte Juni wurde Kemal Altun als politischer Flüchtling anerkannt. Trotzdem wird er jetzt bald ein Jahr in Auslieferungshaft sitzen, weil die Bundesregierung sich trotz der Empfehlung der Europäischen Menschenrechtskommission weigert, die Auslieferungsbegründung zurückzunehmen. In nächster Instanz wird der Europäische Gerichtshof zu entscheiden haben (5).

Die Bekanntgabe der Weitergabe von Asylanträgen an "befreundete Geheimdienste" wirft nachträglich auch ein klareres Licht auf das Auslieferungsverfahren gegen den Kurden Ibrahim Yüksel Sen. Yüksel Sen war 1974/75 an der Pädagogischen Hochschule in Ankara Sprecher des demokratischen Studentenrates. Im November 1975 kam ein faschistischer Student bei Auseinandersetzungen an der Schule um, von Faschisten wurde Yüksel Sen demunziert und in einem Scheinverfahren, in dem allein Faschisten gehört und Entlastungszeugen nicht zugelassen wurden, zu 27 Jahren Gefängnis verurteilt.

Mitte 1976 wurde Yüksel auf Intervention von Anwälten der sozialdemokratischen CHP gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt und tauchte unter. 1978 wurde das Urteil gegen ihn in Abwesenheit bestätigt. Nach seiner Flucht in die BRD erfuhr Yüksel 1979 vom Mord an einem Vetter und stellte daraufhin einen Asylantrag. Als das Bundesamt seinen Antrag im Oktober 1981 abgelehnt hatte, folgte zwei Monate später das Auslieferungsbegehren der Türkei, wohlweislich begründet mit der Verurteilung wegen "Raufhandels".

Sieben Tage nach Ausstellung des Auslieferungsbegehrens wurde Yüksel Sen zu Hause verhaftet und 16 Monate

in Einzelhaft gehalten. Bei seinem ersten Verhör im Polizeipräsidium in Köln waren auch fünf türkische Polizisten oder Geheimdienstler anwesend. Im Juli 1982 erklärte das OLG Köln seine Auslieferung für zulässig. Schließlich sei über gegen Sen geführte Prozedur von einem "ordentlichen Gericht" mit einem "Mindestmaß an Verfahrensgerechtigkeit" durchgeführt worden. Dabei kümmerte das Gericht sich nicht um augenfällige Ungereimtheiten in dem Verfahren gegen Yüksel Sen und beileibe nicht um die politischen Zusammenhänge. Auch die Bundesregierung stimmte der Auslieferung zu und erst die daraufhin eingereichte Verfassungsbeschwerde hatte Erfolg. Das BVG beschloß die Aufhebung des Auslieferungsurteils mit Verweis auf die Mißachtung internationaler Abkommen ("Spezialität") im Fall Levent Begen (6). Nun muß das Kölner OLG erneut entscheiden. Bis dahin wurde Yüksel Sen auf freien Fuß gesetzt.

(1) Vgl. die ausführliche Dokumentation des Falles in Türkei-Spiegel 7/8, Dez.82, Hrg. von amnesty international - Türkei-Koordination

(2) Infos nach Türkei-Komitee Wuppertal, Sommer 1982; BVG-Urteil v. 23.2.1983 / 1 BvR 1010/82 / in Informationsbrief Ausländerrecht, Heft 5, Mai 1983

(3) Infos nach Dokumentation der Arbeitsgemeinschaft Türkei-Flüchtlinge, Basel, 1982; taz, 24.1.83; taz, 14.3.83; taz, 13.4.83

(4) Vgl. taz, 5.5.83

(5) Vgl. taz, 21.8.83

(6) Infos nach Dokumentation der AG Türkei-Flüchtlinge a.a.O. (auch taz, 10.9.82, 8.12.82, 8.4.83); Interview mit Yüksel Sen in Volkfront 6/83; BVG-Urteil v. 23.2.83 / 1 BvR 990/82, in Informationsbrief a.a.O.

Komplizenschaft mit den Folterern

Die Auslieferungspolitik der BRD stützt sich juristisch auf das "Deutsche Auslieferungsgesetz" (das ab 1. Juli durch ein neues "Internationales Rechtshilfegesetz"/IRG abgelöst wird) und auf das Europäische Auslieferungsbereinkommen und weitere internationale Abkommen. Bedeutend für den Auslieferungsverkehr mit der Türkei sind dabei folgende Bestimmungen:

— Auch wenn jemand ein politischer Flüchtling anerkannt ist, schützt dies nicht vor Auslieferung. Ein politischer Flüchtling darf gemäß Asylverfahrensgesetz ausgeliefert werden, wenn er wegen krimineller Delikte verfolgt wird. Damit ist der Leugnung politischer Zusammenhänge und dem Vorschleichen "krimineller Taten" in türkischen Auslieferungsberechnungen Tür und Tor geöffnet.

— Gleichzeitig dürfen Ausgelieferte nach der Auslieferung nur wegen der Vorwürfe vor Gericht gestellt werden, die auch im Auslieferungsberechnungen genannt wurden ("Spezialität"), allerdings kann auch nachträglich vom Auslieferungsstaat eine Genehmigung für weitere Strafverfolgung erteilt werden.

— Das Verbot der Todesstrafe in der Bundesrepublik verbietet eine Auslieferung, wenn nicht ausdrücklich zugesichert wird, keine Todesstrafe gegen den Ausgelieferten zu vollstrecken. Dies ist im Falle der Türkei besonders problematisch, da sie das entsprechende europäische Abkommen mit der Einschränkung unterzeichnet hat, daß in der Türkei die "Große Nationalversammlung" die Todesurteile bestätigen muß, und deshalb türkische Behörden oder Regierungen gar nicht mit Bestimmtheit eine Todesstrafe ausschließen können.

Inzwischen ist hinreichend bekannt, daß das türkische faschistische Regime Auslieferungserzuchen als Instrument benutzt, die Verfolgung der linken Opposition international auszuweiten. Hierbei zeigen auch die zuvor angeführten Einzelfälle, wie angebliche kriminelle Taten zur Hebbhaftwerdung politischer Gegner benutzt werden und weder der Grundsatz der "Spezialität" noch das Verbot der Todesstrafe gewährleistet ist. Übergeordnet gegenüber den Auslieferungsberechnungen bleibt das Grundrecht auf Schutz vor politischer Verfolgung gemäß Art. 16, Abs. 2,2 des GG. Hierzu kommt, daß

nach Maßstäben des Völkerrechts eigentlich sowieso niemand (ob als Krimineller oder politisch Verfolgter) in die Türkei abgeschoben oder ausgeliefert werden darf, solange dort massenhafte Folterungen an der Tagesordnung sind.

Das Interesse der Türkei an der Verfolgung linker Oppositioneller im Ausland ist immens. Politische Flüchtlinge in anderen Ländern zu verfolgen und sie möglichst in die Türkei zurückzuschaffen und so die äußerst störende Aufklärungsarbeit im Ausland über die Verhältnisse in der Türkei zu stoppen, wird von dem faschistischen Regime sehr intensiv verfolgt.

Neben der Existenz zahlreicher Polizisten und Geheimpolizisten im Ausland und einem unüberschaubaren Spitzelnetz unter den türkischen und kurdischen Arbeitsmigranten bedient sich die Türkei hierbei Praktiken wie: Verfolgung von Angehörigen in der Türkei, um den Aufenthaltsort der Flüchtlinge zu erpressen; Ausbürgerung bekannter Gewerkschafter, Intellektueller und Künstler, die trotz Aufforderung sich den Militärs nicht gestellt haben; Festnahmen, Folterungen und Scheinprozesse gegen Menschen, die zum Urlaub in die Türkei zurückkommen und nicht zuletzt eben auch internationaler Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Regierungen.

Dies alles hat bisher weder die Schreibtischträger in der Justiz, noch die Bundesregierungen gehindert, die Freundschaft mit den faschistischen Generälen durch Auslieferungs- und Abschiebungsgeschenke zu fördern.

unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Sowohl die alte sozialliberale wie auch die gewendete christliche Regierung versuchten bzw. versuchen ihre Auslieferungsgeschenke an die türkischen Militärs gegenüber der Öffentlichkeit weitestmöglich zu vertuschen. Die bekanntgewordenen Fälle sind nur ein Bruchteil der in die Folterkammern der faschistischen Militärs ausgelieferten und abgeschobenen Antifaschisten und Linken aus der BRD.

Die Vertuschung bezieht sich auch auf die Angabe über die jeweils in Auslieferungshaft Sitzenden sowie über eingeleitete Auslieferungsverfahren. Jüngst bestätigte die Bundesregierung auf Anfrage, daß zur Zeit 12 türkische Staatsbürger in bundesdeutschen Knästen in Auslieferungshaft sitzen (FR, 26.5.83). Obwohl davon ausgegangen werden muß, daß diese Personen in der Mehrheit linke Türken und Kurden sind, ist nur ein kleiner Teil davon namentlich bekannt. Solidaritätsaktionen konzentrieren sich auf wenige Fälle. Zu den zugegebenen 12 Inhaftierten müssen zumindest die elf Antifaschisten addiert werden, die wegen der Besetzung des Kölner Konsulats in Untersuchungshaft sitzen. Ihre Auslieferung fordert die Türkei ebenfalls (Milliyet, 6.11.82; nach taz 43).

Offiziellen Angaben zufolge wurden im Jahr 1981 acht Menschen an die Türkei ausgeliefert, wobei die Bundesregierung gegenüber amnesty international betonte, "politische Motive der Verurteilten bzw. Beschuldigten sind in keinem Fall zu Tage getreten." (Türkei-Spiegel 7/8, Dez.82). Der Wahrheitsgehalt dieser Behauptung wird angesichts des Ausschusses der Öffentlichkeit schwer zu überprüfen sein. Eine gesicherte Absprache mit dem Bündelspartener Türkei in diesen Fällen wäre jedoch angebracht, denn von dort lautete im November 1982: 16 als Terroristen über Interpol gesuchte türkische Staatsbürger seien seit dem Putsch durch die Bundesregierung ausgeliefert worden (Hürriyet, 1.11.82; nach taz 42). Obwohl diese Zahl weitaus wahrscheinlicher klingt als die von der Bundesregierung angegebene, ist zu berücksichtigen, daß zumindest in einigen Fällen auch Faschisten ausgeliefert wurden.

Ende 1982 gab die Türkei bekannt, sie würde die Auslieferung von weiteren 96 "Terroristen" von der BRD fordern. Unter den 20 namentlich genannten befinden sich 14 bekannte Linke, die unter Angabe ihrer Organisationszugehörigkeit in türkischen Veröffentlichungen aufgeführt werden — und es ist mehr als ignorant, wenn hierzulande immer noch Auslieferungen nach einer rein formal-juristischen Prüfung gerechtfertigt werden (Milliyet, 29.10.82, nach Türkei-Spiegel 7/8, Dez.82).

Die Bundesrepublik als Spitzenreiter politischer Verfolgung

Im Mai 1982 wurde der türkische Gewerkschafter Sevim Akbar aus der Schweiz, wo er Asyl beantragt hatte, in die Türkei abgeschoben. Dort wurde er wegen Beteiligung an Streiks und Mitgliedschaft im Istanbul DISK gesucht. Ende des Monats wurde die Leiche Sevim Akbars in Istanbul seiner Familie überstellt, behauptete Todesursache: Selbstmord.

Ein Arzt und Sevim Akbars Angehörige fanden an der Leiche Folterspuren: Spuren ausgedrückter Zigaretten auf der Haut, klaffende Wunden am rechten Oberarm, in die ätzende Flüssigkeit gestrichen worden war (FR, 18.8.82).

Das Europaparlament sprach sich am 10. Februar 1983 einstimmig gegen Auslieferungen an die Türkei aus. Mit Hinweis auf etwa 90 Personen, deren Auslieferung aus EG-Ländern die Türkei fordert, wurde speziell an die Adresse der Bundesregierung "die mit Auslieferungserzuchen befaßten Instanzen der Mitgliedstaaten" aufgefordert, türkische Auslieferungserzuchen besonders sorgfältig zu prüfen, jeder Gefahr politischer Verfolgung nachzugehen und zu berücksichtigen, wie Auslieferungsberechnungen der Türkei zustande kommen (Vgl. Sitzungsdokument des Europäischen Parlaments v. 10.2.83).

Diese, mit den Stimmen der bundesdeutschen Abgeordneten gefaßte Entscheidung hindert die Bundesregierung weder daran, am 21. Februar der Auslieferung von Kemal Altun zuzustimmen, noch in den Verfassungsbeschwerden von Yüksel Sen und Zeynel Adindag am 23. Februar für die Auslieferung beider an die Türkei einzutreten und sich dabei auf Auskünfte der türkischen Generäle zu stützen, daß die Verantwortlichen für die offiziell zugegeben 15 Folteropfer seit dem Putsch schließlich vor Gericht gestellt, durch Folter erzwungene Geständnisse nicht als Beweismaterial zulässig seien und Folter überhaupt in der Türkei gesetzlich verboten sei. Gemäß dieser Komplizenschaft der BRD bei der Verfolgung türkischer und kurdischer Linker

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite
wurde im vergangenen September Hüseyin İnci an der französischen Grenze festgenommen und sollte an die Türkei ausgeliefert werden, obwohl er einen UNO-Flüchtlingspaß und Aufenthaltserlaubnis in Frankreich sowie ein dort ausgestelltes Visum für den Besuch von Verwandten in der BRD hatte. Dem bekannten Regisseur Yilmaz Güney, der in Griechenland Asyl und Aufenthalt hat, wurde vor kurzem für den Fall der Einreise in die BRD von der Bundesregierung angedroht, ihn umgehend an die Türkei auszuliefern.

Es hat in jüngerer Zeit eine Reihe von Entscheidungen in Asylverfahren gegeben, in denen Folterungen und politische Verfolgung in der Türkei berücksichtigt wurden. Einiges deutet darauf hin, daß zumindest zum Teil die jahrelange Informationsarbeit der türkischen und kurdischen Emigranten und Flüchtlinge, die Sammlung von Gutachten etc. Früchte trägt und eine schärfere Konfrontation mit den Zielen der Bundesregierung zu erwarten ist, deren internationale Zusammenarbeit gegen "Terrorismus" und "Extremismus" die Gewährung von Asyl für politische Flüchtlinge ausschließt.

Eine Verschiebung von Asyl- zu Auslieferungsverfahren kann eine Möglichkeit sein, kurzfristig dem Standpunkt der Bundesregierung mehr Geltung zu verschaffen. Während eine Reihe von Verwaltungsgerichten sich in den letzten Jahren ständig mit der Situation in der Türkei beschäftigen mußten und allmählich nicht mehr davon vorbeikönnen, Beweise der brutalen Verfolgung der linken und nationalen Opposition zur Kenntnis zu nehmen, sind die für Auslieferungsverfahren zuständigen Strafgerichte da gänzlich unbesetzt.

Damit besteht die Gefahr, daß in nächster Zeit noch mehr Auslieferungsverfahren von BRD-Behörden angeschoben werden, um mißliebige politische Flüchtlinge auszuschalten. Durch die Weitergabe von Asylanträgen an den türkischen Geheimdienst fällt die Begründung von Auslieferungsversuchen leicht, die dort gemachten Aussagen brauchen lediglich in kriminelle Straftatbestände umgewandelt werden.

Die Partnerschaft im Rahmen der NATO bleibt die Triebkraft für die hervorragende Rolle der BRD bei der Stützung der faschistischen Machthaber in der Türkei: Freigabe der Militär- und Wirtschaftshilfe, umfangreiche Waffenlieferungen, vom Halse schaffender störender Kritiker durch Organisationsverbote (DevSol/HalkDer), Abschiebung und Auslieferung. Die Spitzenposition der Bundesrepublik im europäischen Lager in der Förderung der türkischen Mörder und Folterer erklärt sich aus der über die Gesamt-NATO-Interessen hinausgehende Strategie der BRD im Nahen Osten. Sie erklärt sich auch aus der Ballung türkischer und kurdischer Arbeitsemigranten und Flüchtlinge in der BRD und dem Bemühen, aus Eigeninteresse erbrachte Geschenke an die Junta auszunutzen für die Bereitschaft, die geplante Massenausweisung der ausländischen Menschen aus der BRD zu akzeptieren. Absprachen bei der Verfolgung linker sollen es der Türkei erleichtern, die Kräfte der "Rückführung" von Arbeitsemigranten zu schlucken.

Die von Innenminister Zimmermann vorbereiteten Gesetze zur Regelausweisung ausländischer Extremisten werden kurzfristig Widersprüche zum Asylrecht ergeben. Politische Betätigung im Ausland ist z.B. in der Türkei Straftatbestand und zur Zeit als Gefahr der Nachverfolgung Gegenstand von Asylverfahren. Aber auch das wird die schwarz-braune Mehrheit in Bonn schon in den Griff kriegen.

Am 15. Juni wurde Hüseyin İnci gegen 5000 DM Kaution und Meldeanfragen aus der Haft entlassen. Dies ist ein Erfolg der verschiedensten Solidaritätsaktionen, seit denen seit dem 18. Mai Hüseyins Freilassung gefordert wurde. Die Hamburger Staatsanwaltschaft am Oberlandesgericht hatte mit einem von Interpol Ankara per Fernschreiben übermittelten Auslieferungsversuchen vom 16.5.83 sofort eine „vorübergehende Auslieferungshaft“ angeordnet. Die türkischen Behörden behaupteten, seit Mai 1979 läge gegen İnci in Erzurum/Sivas ein Haftbefehl wegen einer versuchten Tötung an einem Faschisten vor.

Die Aussetzung der Auslieferungshaft gegen Auflagen ist ein Versuch, die recht aufmerksam geführte, öffentliche Debatte um die Auslieferungspolitik der Bundesrepublik in Hamburg, wie sie am „Fall“ İnci begonnen wurde, ein Ende zu setzen. Die Richter am Oberlandesgericht schoben vor, eine Fortsetzung der Haft sei angesichts der noch zur endgültigen Entscheidung zu führenden Ermittlungen nicht zumutbar.

Der „Fall“ Hüseyin İnci

İnci kam 1979 in die Bundesrepublik, er lebt seitdem mit seiner Familie in Hamburg und studiert seit Herbst 1982 an der Hochschule für Wirtschaft und Politik. Hüseyin İnci hatte in der Türkei für die linke Organisation DevYol politisch gearbeitet, nachdem er in die BRD kam, setzte er sich aktiv gegen die faschistische Junta ein. Verschiedene Ereignisse des vergangenen Jahres werfen Licht auf die Bundesrepublik, er lebt seitdem mit seiner Familie in Hamburg und studiert seit Herbst 1982 an der Hochschule für Wirtschaft und Politik. Hüseyin İnci hatte in der Türkei für die linke Organisation DevYol politisch gearbeitet, nachdem er in die BRD kam, setzte er sich aktiv gegen die faschistische Junta ein. Verschiedene Ereignisse des vergangenen Jahres werfen Licht auf die Methoden, mit denen die türkischen Verfolgungsbehörden versuchen, politischen Gegner im Ausland habhaft zu werden:

H. İnci lebte mit einer gültigen Aufenthaltserlaubnis in Hamburg und berechnete sich auf die Aufnahmeprüfung an der Hochschule für Wirtschaft und Politik vor. Von der Türkei wurde ihm eine Rückstellung vom Wehrdienst bis Juli 1983 erteilt. Als er im Mai 1982 seinen Paß zur Verlängerung beim türkischen Konsulat einreichte, wurde ihm der Paß abgenommen. Daraufhin beantragte Hüseyin bei der Ausländerbehörde einen Fremdenpaß. Auf Nachfrage dieser Behörde erklärte das Konsulat, İnci habe zum Wehrdienst in die Türkei zurückzukehren, anschließend könne er wieder nach Hamburg. Gegenüber İncis Rechtsanwalt erklärte das türkische Konsulat im August 1982, im Juli wäre ein Schreiben des türkischen Verteidigungsministeriums eingegangen, das die Wehrdienstaussetzung aufhebe und İnci zum sofortigen Ableisten seines Militärdienstes auffordere. Dasselbe wurde der Ausländerbehörde schriftlich im Oktober mitgeteilt, wobei offen blieb, warum ein Schreiben vom Juli 1982 die türkischen Konsulsbeamten schon im Mai 1982 veranlaßt hatte, İncis Paß einzubehalten.

Die Ausländerbehörde weigerte sich daraufhin, İnci einen Fremdenpaß auszustellen und teilte ihm mit: „Sie sollen nur in die Türkei zurückkehren, um dort Ihren Wehrdienst abzuleisten. Im

Auslieferung vorläufig verhindert

Hüseyin İnci auf freiem Fuß

Anschluß an Ihren Wehrdienst können Sie dann ggf. erneut in das Bundesgebiet einreisen. Ihre Trennung von der Familie wäre also nur vorübergehend...“ und drohte mit Abschiebung. Das Täuschungsmanöver der türkischen Behörden, Hüseyin İncis Abschiebung mit dem Vorwand des Militärdienstes zu erreichen, schien erfolgversprechend.

Bevor es zur Abschiebung kam, stellte Hüseyin İnci im Dezember 1982 Antrag auf politischen Asyl. Anfang Februar 1983 erhielt das Bundesamt für die Anerkennung von Asylbewerbern die Begründung des Asylantrages, am 8. März wurde Hüseyin İnci einen Tag lang ausführlich angehört. In der neun Stunden dauernden Anhörung redete İnci offen über seine politischen Aktivitäten in der Türkei und sein Engagement in der Bundesrepublik gegen die Militärjunta.

Von diesem Tag an brauchten die türkischen Behörden neun Wochen bis zu ihrem Fernschreiben, mit dem sie am 16. Mai unter Verweis auf einen angeblich seit 1979 existierenden Haftbefehl die Auslieferung İncis verlangten.

Dieses Fernschreiben nahm die Staatsanwaltschaft am Oberlandesgericht zum Anlaß, H. İ. sofort in „vorübergehende Auslieferungshaft“ zu nehmen. Das nicht abgeschlossene Asylverfahren blieb unberücksichtigt. Die Behauptung, der angeführte Haftbefehl stamme aus dem Jahre 1979 ist dabei mehr als zweifelhaft, hinderte er doch weder H.'s Ausreise aus der Türkei noch seine Wehrdienstbefreiung.

Solidarität und Windungen

Hamburger Sozialdemokraten
Esaupung, der angestammte Haftbefehl stamme aus dem Jahre 1979 ist dabei mehr als zweifelhaft, hinderte er doch weder H.'s Ausreise aus der Türkei noch seine Wehrdienstbefreiung.

Solidarität und Windungen

Hamburger Sozialdemokraten

Unmittelbar nach Bekanntgabe der Verhaftung İncis regte sich in Hamburg der Protest. Studenten der Hochschule für Wirtschaft und Politik nutzten eine anläßlich der Rückkehr einer „Unabhängigen Untersuchungskommission“ aus der Türkei durchgeführte Pressekonferenz, um den „Fall“ İnci bekanntzumachen. Die Ergebnisse der mit Geldern der Bürgerschaft unterstützten Türkeireise von Wulf Damskowski (SPD), Jürgen Schneider (GAL, Grüne) und Peter O. Chojevitz (DJU, Pen-Zentrum) über die brutale Verfolgung türkischer und kurdischer Oppositioneller durch das Militärregime und über die erschreckende Mißachtung rechtsstaatlicher Prinzipien in den durchgeführten Massenprozessen unterstrich eindrucksvoll die Gefahr, die eine Auslieferung türkischer Antifaschisten an die Türkei bedeutet. In der folgenden Woche begann Helmut Franke einen unbefristeten Sitestreik in der Hamburger Innenstadt für die Freilassung von Hüseyin İnci und auf der am 11. Juni in Hamburg durchgeführten Solidaritätsdemonstration mit den antifaschistischen Gefangenen in der Türkei und in Türkei-Kurdistan lautete die Parole „Eins, zwei, drei - laßt İnci frei!“

Die Reaktion der Staatsanwaltschaft war lapidar. Man warte auf die Auslieferungsbegründung der Türkei und schließlich sei İnci ein „gefährlicher Mensch“. Gänzlich in Schweigen hüllte sich der Hamburger Senat und SPD-Justizsenatorin Leithäuser, in deren Kompetenzbereich eine Anweisung auf sofortige Einlieferung İncis aus der Haft fällt. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion schloß sich zwar der Forderung an, H. İ. nicht an die Türkei auszuliefern, weil die Militärregierung einen „totalitären Staat“ repräsentiere, ihre konkreten Forderungen klangen mehr als zurückhaltend. Es wurde die Bitte an die Parteigenossin Senatorin Leithäuser gerichtet, „sich dafür einzusetzen, daß die Staatsanwaltschaft überprüft, ob die Vorwürfe gegen İnci begründet und nachgewiesen werden können.“

Vollends peinlich wurde das Auftreten von Sozialdemokraten bei der Bürgerschaftssitzung am 15. Juni, wenige Stunden nach der Haftentlassung Hüseyin İncis. Frau Leithäuser beschwor die „Unabhängigkeit der Gerichte“ und erhielt für ihre Abstinenz im Fall İnci Beifall von der CDU. Wulf Damskowski, der seine Erlebnisse in der Türkei als „erschreckend“ und weit über das erwartete Maß hinaus erschütternd bezeichnete, sprang in die Bresche, um den Senat gegen Vorwürfe der GAL zu verteidigen, bei der Komplizenschaft

deutscher und türkischer Behörden bei der Verfolgung Oppositioneller mitzumischen.

Seine Empörung über diesen Vorwurf ist umso unverwundlicher, da bekannt ist, daß auch in Hamburg der türkische Konsul über Asylverfahren Informationen besitzt. Im vorliegenden Fall hat sich die Ausländerbehörde vom türkischen Konsulat täuschen lassen. Eine Sendung über den Paß im NDR-Fernsehen wurde auf Intervention des türkischen Konsuls beim NDR kurzfristig abgesetzt.

Die Aussetzung der Auslieferungshaft gegen Hüseyin İnci bedeutet nicht etwa die Beendigung der Gefahr der Auslieferung. Im Gegenteil hat das OLG die Türkei aufgefordert, Unklarheiten in der vorliegenden Auslieferungsbegründung zu bereinigen und Material „nachzuschicken“. Zur Prüfung der Verhältnisse in der Türkei wurde lediglich an die Bundesregierung die Bitte gerichtet, darüber Auskunft zu geben, ob die Türkei Auslieferungen mit „unzutreffenden Angaben“ versucht durchzusetzen, ob es eine politische Verfolgung der Organisation DevYol überhaupt gibt etc.

Mit der Anerkennung Hüseyin İncis als politischer Flüchtling ist allerdings die Möglichkeit einer Auslieferung wegen vorgeschobener „krimineller“ Taten nicht ausgeschlossen.

Auf dem Wege der Geheimdienste Asylanträge gehen an die Militärjunta Auf dem Wege der Geheimdienste Asylanträge gehen an die Militärjunta

Akten' von Asylbewerbern wandern über die Schreibtische von Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst direkt in die Hände der Geheimdienste der Staaten, vor deren Verfolgung Asylbewerber hier Schutz suchen. Diese Aussage des stellvertretenden Leiters des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, der in einem Asylverfahren vor dem Berliner Verwaltungsgericht im Februar als Zeuge auftrat, hat in der bundesdeutschen Öffentlichkeit wenig Staub aufgewirbelt (1). Dabei sind die Konsequenzen einer derartigen „Zusammenarbeit befreundeter Geheimdienste“ im Rahmen der NATO für die Betroffenen fundamental: Im Falle der Ablehnung des Asylantrages (und das betrifft ca. 80% der Fälle) wird der Verfolgung im Heimatland die Munition zur Verfügung gestellt. Folter, Gefängnis und Tod warten auf die Rückkehrer. Spezielle Übereinkommen über den 'Informationsaustausch' betreffen Linke, Arbeiter u.a. mit dem Irak und der Türkei seit Jahren. Allein die Kenntnisnahme eines Asylantrages rechtfertigt z.B. in der Türkei politische Verfolgung wegen "Türkefeindlicher Bestrebungen im Ausland". Die in den Verhandlungen

im Asylverfahren von Antragstellern und Zeugen gemachten Aussagen konnten für die Verfolgung im Heimatland Oeständnisse gleich, muß ein Asylbewerber doch zur Begründung seiner politischen, kulturellen und/oder sozialen Verfolgung hier ausführlich darlegen, was ihm gegenüber dem Verfolgerstaat nicht über die Lippen kommen würde.

Welche Dienstleistungen z.B. deutsche Behörden an die faschistische Türkei noch pflegen, bekannte das Auswärtige Amt in puncto Abschiebung abgelehnter Asylbewerber: Über das deutsche Generalkonsulat erhalten die türkischen Behörden Kenntnis über Anzahl, Datum und Flugnummer der Abschiebe-Transporte. Entsprechend vorbereitet können die türkischen Militärs die Zurückgekehrten gleich aus dem Flugzeug heraus festnehmen. So geschehen Anfang März mit 40 nach Istanbul abgeschobenen Türken sowie in zahlreichen bezugten Einzelfällen (2). Was mit den abgeschobenen politischen Flüchtlingen geschieht, hat die Bundesregierung auf dem Gewissen.

(1) Große Teile der Aussagen sind dokumentiert in der taz, 22.3.83.
(2) Vgl. taz, 22.4.83 und 24.4.83

Zum Kongreß "Ausländerpolitik und Menschenrechte"

Ofters erscheint, immer wieder vermag, jetzt geschehen: die erste bundesweite öffentliche Versammlung von Ausländern und Deutschen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in der BRD. Anlaß zum 3-tägigen Kongreß in Frankfurt Anfang Juni (3. bis 5.6.) bot die sogenannte „menschlich anstößige“ Ausländerverdrängungspolitik des Staates.

Bis 1990 sollen laut Zimmermann — aber die Vorarbeiten wurden noch vor seiner Amtszeit geleistet — die Hälfte aller in der BRD lebenden Ausländerinnen und Ausländer „raus“. Die erste Welle soll Kranke, Arbeitslose und politische Engagierte treffen. Das Asylgesetz soll aufgehoben, Trennungszeiten für Ehepaare sollen bis auf 6 Jahre ausgeweitet und bei „freiwilliger“ Rückkehr sogenannte „Rückkehrprämien“ bezahlt werden. Ursprünglich war ein regelrechtes

Tribunal konzipiert worden; aufgrund der knappen Zeit einigten sich die Initiativen aber auf einen Kompromiß zwischen öffentlicher Anklage und Arbeitskreis-Treffen.

Rund 600 Menschen aus allen Landesteilen sowie zahlreichen Initiativen und Organisationen nahmen an den 3 Tagen teil.

Eröffnet wurde der Kongreß mit einer Veranstaltung zur Anklage der bereits jetzt existierenden Behörden- und Regierungspraxis. Pastor D. Luderwald vom „Initiativanschluß ausländischer Mitbürger in Hessen“ bezeichnete es als „staatliche Beihilfe zum Mord“, wenn Ausländer in Länder ausgeliefert werden, wo sie Folter und Gefängnis erwarten. Der Betriebsratsvorsitzende Heinz Göppner von Rockwell-Golde in Frankfurt (wo 1982 Türken und Deutsche gemeinsam gegen Masseneinweisungen kämpften)

rief zum gemeinsamen Widerstand von Deutschen und Ausländern auf — von Entlassungen, Rationalisierung, Überwachung und Entrechtung seien beide gleichermaßen betroffen. Dazu müßte endlich „der Beamtenapparat der Gewerkschaften in Schwung gebracht werden“. Das gute Dutzend Arbeitsgruppen befaßte sich am nächsten Tag mit Themen und Fragestellungen wie: „Arbeitslosigkeit, Betrieb und Gewerkschaft“, „Ausländische Frauen und ihre Probleme“, „Türkei/BRD: Ursachen der Emigration“, „Multikulturelle Gesellschaft“ als Zielvorstellung“, „Minderheiten und Nationalstaat“, „Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“. Abgeschlossen wurde die Veranstaltung mit einem Ple-

Fortsetzung letzte Seite

Ein Schlag ins Gesicht der Hamburger Ausländerjustiz in der Bescheid des Bundesamtes für die Anerkennung Ausländischer Flüchtlinge vom 16.6.83, in welchem Hüseyin İnci als Asylbewerber aner-



Wieder auf freiem Fuß: Hüseyin İnci.

kannt wird. In dem Bescheid heißt es unter anderem: „Aufgrund des vom Antragsteller im Asylverfahren glaubhaft vorgelegten Sachverhaltes und des von ihm vorgelegten Beweismaterials steht zur Überzeugung des Amtes fest, daß der Antragsteller aus begründeter Furcht vor politischer Verfolgung im Sinne der Genfer Konvention seine Heimat verlassen hat und daß er allein aufgrund seiner nachgewiesenen politischen Aktivitäten in der Bundesrepublik zu dem jüngsten Personenkreis zu rechnen ist, der im Falle seiner Rückkehr in den Heimatstaat mit andauernder politischer Verfolgung im Sinne der Genfer Konvention zu rechnen hat.“

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, daß der Antragsteller im Falle einer Rückkehr in die Türkei von Seiten der türkischen Sicherheitsorgane unter vorgeschobenen Strafverurteilungen mit Strafmaßnahmen und der Verurteilung zu einer erheblichen Freiheitsstrafe zu rechnen hat.“

taz-Hamburg vom 24.6.83

Fortsetzung von S. 1

Der „Fahrplan“ ist angelaufen

Schon im Dezember des vorigen Jahres meldete der „Stern“, daß in der BRD mit Vorarbeiten für die Raketenstationierung begonnen worden sei, und zwar in Wüschheim im Hunsrück (Rheinland-Pfalz). „... Bodenproben an den geplanten Bauplätzen sind bereits unternommen, die Plätze vermessen, unter Tarnnamen werden Baupläne gezeichnet, erste Aufträge sind schon ausgeschrieben“ („Stern“, 2.12. 82). In Wüschheim sollen 96 Cruise Missiles stationiert werden.

Aus neueren Informationen, die vor allem seit Mal dieses Jahres kräftig sprudeln, gehen viele Details über den Stationierungs-Fahrplan und die Vorbereitungen hervor. Wie der „Spiegel“ am 24.5. berichtete, „haben die ersten Pershing-2-Experten der US-Armee auf deutschem Boden schon mit der Arbeit begonnen. Bei den drei Bataillonen der 36. US-Field Artillery Brigade in der Nähe von Heilbronn, in Neu-Ulm und Murlang bei Schwäbisch-Gmünd vermessen die die künftigen Feuerstellungen und installieren die zusätzliche elektronische Ausrüstung...“. Auch die ersten Transport- und Abschluß-Fahrzeuge für die Pershing 2 seien schon in Arbeit. „Im September beginnt... die Einweisung des Bedienungs- und Instandhaltungspersonals in der Bundesrepublik. Im Oktober kommen, zusammen mit ersten Teilen der Ausrüstung, die in den USA geschulten Spezialisten“. Ab Dezember dieses Jahres werden die Pershing 2 in Teile zerlegt eingeflogen; die letzten der für die BRD vorgesehenen 108 Raketen sollen Ende 1985 geliefert werden. In der Stationierung von Pershing 2 ist nur in der BRD geplant.

Die Cruise Missiles werden zuerst in Großbritannien (160 Stück) und in Italien (112 Stück) in Stellung gebracht. In Großbritannien sollen die ersten CM schon im Dezember dieses Jahres, in Italien Anfang 1984 einsatzbereit sein.

In der BRD soll noch in diesem Jahr mit den direkten Baumaßnahmen für die CM-Stationierung begonnen werden. Aber erst vom Frühjahr 1986 an sollen die geplanten 96 CM angeliefert werden. Es wird sich dann um den modernisierten Typ 2 der CM handeln. Zeitgleich soll dann auch in Belgien und in den Niederlanden (je 48 Stück) die CM-Stationierung beginnen. Diese beiden Länder haben sich aber noch nicht eindeutig entschieden, die Stationierung zuzulassen.

Aus dem „Fahrplan“ geht hervor, daß die CM-Stationierung beginnt, wenn die beiden Länder haben sich aber noch nicht eindeutig entschieden, die Stationierung zuzulassen.

Aus dem „Fahrplan“ geht hervor, daß die Genfer Verhandlungen nur gerade noch als Pflichtübung bis zum November weitergeführt werden, aber daß dann a o f o r t und massiv vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen. Alle Denkspiele über ein Moratorium — d.h. Verlängerung der Verhandlungsphase, Verschiebung des Stationierungsbeginns — sollen von Anfang an praktisch durchkreuzt werden. Die Sowjetunion soll zu Gegenmaßnahmen gezwungen werden, um die 1979 beschlossene NATO-„Nachrüstung“ im vollen Umfang — und womöglich sogar noch über den beschlossenen Umfang hinaus — durchführen zu können.

Abrüstung durch Aufrüstung?

Um den Widerstand so gering wie möglich zu halten, soll den direkt betroffenen Völkern Europas weisgemacht werden, es handle sich bei der demnächst beginnenden Stationierung schließlich nicht um eine e n d g ü l t i g e Maßnahme. Ganz im Gegenteil: Die Stationierung sei geradezu d e r notwendige Schritt, um doch noch zu einem vernünftigen Verhandlungsergebnis in Genf zu kommen. Denn erst, wenn „die Russen“ handfest vorgeführt bekommen, daß „wir“ es mit dem Raketen-Doppelbeschluß ernst meinen, werden sie zur Vernunft kommen und Zugeständnisse machen. Diesbezüglich wird von führenden NATO-Politikern frohlicher Optimismus geschaukelnd: Man sei ziemlich überzeugt, daß es in Genf doch noch zu einem brauchbaren Kompromiß kommt — aber eben erst n a c h Stationierungsbeginn. Die SPD trägt diese auf Volksverdummung zielende offizielle Argumentation mit: Man dürfe sich im jetzigen Stadium der Verhandlungen nicht schon kategorisch gegen die Raketenstationierung aussprechen, denn sonst würde der Sowjetunion jeder Anreiz zu Zugeständnissen genommen.

Man weiß natürlich, daß die politische heikelste Phase d i e sein wird, wenn die ersten Raketen in Europa aufgebaut werden, also Ende 83/Anfang



Im Dezember kommen die ersten Raketen

84. Diese Phase soll auf jeden Fall entschärft werden, indem der Stationierungsbeginn als lästiges, aber leider unvermeidliches Durchgangsstadium zu einer Abrüstungslosung präsentiert wird.

Dabei wissen alle zuständigen Politiker, daß es kein Verhandlungsergebnis in Genf geben wird und geben soll. Zwischen den sowjetischen Vorschlägen, die auf ungünstigem Gleichstand (unter Einrechnung der französischen und britischen Atomraketen) aufbauen, und den Forderungen der USA, die auf einseitige Abrüstungsleistungen der Sowjetunion hinauslaufen, gibt es absolut keine Kompromiß-Möglichkeiten. Was die sowjetische Position angeht, so sollte man davon ausgehen, daß die weitestgehenden Angebote der Sowjetunion hinauslaufen, gibt es absolut keine Kompromiß-Möglichkeiten. Was die sowjetische Position angeht, so sollte man davon ausgehen, daß die weitestgehenden Angebote schon im Winter 82/83 vollständig ausgereizt worden sind. D.h. alle Ziele der sowjetischen Führung u.a. auf Beeinflussung der Stimmung in der BRD vor den Neuwahlen. Es würde der politischen Logik entsprechen, daß die Sowjetunion dabei mit ihren Vorschlägen bis an die äußerste Grenze gegangen ist, sodaß keine weiteren „Reserven“ mehr vorhanden sind.

Es ist hierzulande üblich, die Regierungen der Sowjetunion als Idioten darzustellen, die sich völlig falsche Vorstellungen über die Verhältnisse im freien Westen machen, und die immer erst durch eine Politik der Stärke zur Vernunft gebracht werden können. In Wirklichkeit sind die Hoffnungen der sowjetischen Führung, die „Nachrüstung“ könne noch politisch verhindert werden, wohl niemals sehr groß gewesen — und spätestens seit dem 6. März dürften sie kaum größer als Null sein. Daß die Sowjetunion nach westlichen Angaben mit der Produktion von SS 20 fortfährt — wobei wohl nur umstritten ist, in welchen Teilen der Sowjetunion sie stationiert sind — demonstriert hinreichend, daß die Sowjetunion sich auf nichts und niemanden verlassen kann. Man sollte es ruhig ernst nehmen, wenn der sowjetische Außenminister Gromyko — ein üblicherweise betont maßvoller auftretender Mann — erklärt: es sei ein Irrtum und verrate „Unkenntnis unserer Charaktere“, wenn man der Meinung sei, die Sowjetunion unter Druck setzen zu können. Es sollte sich also wirklich niemand darüber täuschen, daß der Stationierungsbeginn im Dezember der Auftakt zu einer „neuen Runde des Wettrüstens“ sein wird. Die Sowjetunion hat angekündigt, auf den Stationierungsbeginn „rechtzeitig und effektiv zu antworten“ (Verteidigungsminister Ustinow). Es ist daher die Rede, Atomraketen in der Nähe der USA zu stationieren, die mit einer extrem kurzen Flugzeit der Bedrohung der Sowjetunion durch die Pershing 2 entsprechen würden. In einer sowjetischen Regierungsdeklaration vom Ende Mai heißt es außerdem, daß „die Vereinbarung mit anderen Mitgliedstaaten des

Warschauer Vertrags“ erwogen werde, „zusätzliche Mittel“ als Gegengewicht gegen die neuen US-Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren. Diese Ankündigung wird in den westlichen Medien im allgemeinen so interpretiert, daß im Vorfeld der Sowjetunion, vor allem in der DDR, Atomraketen gegen Westeuropa stationiert werden sollen.

Der „Waldspaziergang“ der SPD

Der SPD wird bei der politischen Durchsetzung des Stationierungsbeginns eine tragende Rolle zufallen. Neben klassischen Ablenkungsmanövern, mit denen ein eindeutiges NEIN zur Stationierung verschleift werden soll (Freeze, Moratorium) ist dabei ein seltsames Ereignis namens „Waldspaziergang“ von zentraler Bedeutung. Angeblich soll im Herbst 1982 zwischen den Genfer Verhandlungsführern Nitze und Kvitizinski ein Kompromiß schon so gut wie ausgehandelt gewesen sein — besprochen bei beigem „Waldspaziergang“. Der Kompromiß, der niemals öffentlich bekanntgemacht wurde, sei dann jedoch daran gescheitert, daß die „Falken“ auf beiden Seiten dagegen waren.

Seit einigen Wochen bieten alle führenden SPD-Politiker, inklusive Ex-Kanzler Schmidt, den damals angeblich beinahe erreichten Kompromiß als bestmögliche Lösung an. Mit diesem Kompromiß könne der Westen ganz gut leben, wird versichert. Die US-Regierung wäre gut beraten, auf den „Waldspaziergang“ zurückzukommen und den damals ganz knapp gescheiterten Kompromiß jetzt noch einmal ganz offiziell (und öffentlich) als Vorschlag an die Sowjetunion zu richten.

Daß es jemals die behauptete Beinahe-Vereinbarung in Genf gegeben hat, sollte man lieber anzweifeln: Die angeblich zwischen Nitze und Kvitizinski ausgehandelten Details waren so extrem ungünstig für die Sowjetunion gewesen, daß schwer vorstellbar ist, Kvitizinski könnte sich darauf auch nur eine Minute lang eingelassen haben. Laut „Frankfurter Rundschau“ (27.5.) soll die Vereinbarung im wesentlichen in folgendem bestanden haben: Die Sowjetunion hätte ihre gegen Europa gerichteten SS 20 auf 75 Träger mit insgesamt 225 Sprengköpfen reduziert. (Angewiesen verfügt die SU gegenwärtig im europäischen Raum über 250 SS 20-Träger mit 750 Sprengköpfen). In ihrem asiatischen Teil hätte die Sowjetunion einer Begrenzung auf 90 SS 20-Träger mit 270 Sprengköpfen zugestimmt. Der NATO wäre die Stationierung von 300 Cruise Missiles in Europa — statt der im Doppelbeschluß vorgesehenen 464 — zugestanden worden. Auf die geplante Stationierung von 108 Pershing 2 (alle in der BRD) wäre ganz verzichtet worden. Die britischen und französischen Atomraketen wären

nicht in das Abkommen einbezogen worden.

Dieses Resultat wäre für die Sowjetunion kaum günstiger als Reagan's „Zwischenlösung“ gewesen. Jene sieht vor, die SS 20 auf 100 Träger (= 300 Sprengköpfe) zu reduzieren. Die NATO würde dann eine entsprechende Zahl von Pershing 2 und Cruise Missiles stationieren. Besonderer Wert wird dabei auf den „Mix“ gelegt, d.h. es sollen unbedingt auch Pershing 2 dabei sein, denn nur diese garantieren mit ihrer extremen Schnelligkeit den vollen Erstschlags-Effekt. (Die CM sind sehr viel langsamer und verwundbarer). Die von der SPD vorgetragene Idee ist nun gerade, daß — im Sinne des „Waldspaziergangs“ — doch auf die Stationierung der Pershing 2 verzichtet werden könnte, die eine besonders akute Bedrohung der Sowjetunion bedeuten würde.

Die Argumentation der SPD unterstellt, daß die sowjetische Führung einer Verhinderung der Pershing 2-Stationierung einen extrem hohen Wert beimessen würde — so extrem hoch, daß sie dafür bereit sein könnte, eine erhebliche einseitige Abrüstung in Kauf zu nehmen. Das ist vermutlich eine Fehlkalkulation. Aber auf der Ebene der Diplomatie und der propagandistischen Täuschungsmanöver ist die Forderung der SPD, auf den „Waldspaziergang“ zurückzukommen, gar nicht so uninteressant: Seine Daten sind so, daß die Sowjetunion nicht darauf eingehen kann, aber man diesen Vorschlag ganz gut als neue Flexibilität und Kompromißbereitschaft der USA ausgeben könnte. Die Bundesregierung hat zwar, bündnistreu und amerikanisch bis in die Knochen, empört bekundet, daß sie sich einen Verzicht auf die Pershing 2 nicht zumuten lassen will. Aber dieses Gequakel braucht die US-Regierung ja nicht zu hören, irgendwann in den kommenden Wochen und Monaten ein neues Verhandlungsangebot zu machen, das der Konstruktion „Waldspaziergang“ zumindest nahekommt.

NATO plant „einseitige Abrüstung“

Mit Sicherheit wird die NATO in den nächsten Monaten eine umfangreiche „einseitige Abrüstung“ in die propagandistische Waagschale werfen: eine große Zahl von taktischen Atomwaffen, möglicherweise weit über 1.000, soll aus Europa abgezogen werden.

Die Überlegung an sich ist keineswegs neu. Schon 1980 hatte die NATO 1.000 von damals 7.000 taktischen Atomwaffen aus Europa entfernt. Das geschah aus rein militärischen Erwägungen, und niemand kam damals auf den glorreichen Gedanken, es gleichzeitig für eine Propaganda-Kampagne auszunutzen. Das darf diesmal selbstverständlich nicht passieren:

„... Eine zweite Verringerung verdiente freilich, der eigenen Bevölkerung besser als damals präsentiert zu werden. Sie sollte helfen, vielfach gehegte Vorstellungen zu widerlegen, der westlichen Sicherheitspolitik falle nichts Besseres ein, als immer mehr Atomwaffen anzuhäufen.“ Eine deutliche Verringerung der taktischen Atomwaffen — etwa um die Hälfte, von 6.000 auf 3.000 — könne die politische Durchsetzung der „Nachrüstung“ sehr erleichtern. („Frankfurter Allgemeine“, 6.6. und 10.6.).

Der Gedanke ist in der NATO sehr populär. Amerikanische Senatoren haben dafür bereits im März plädiert, ohne den wichtigen Hinweis zu vergessen, „daß auf diese Weise in der europäischen Öffentlichkeit Unterstützung für die Stationierung der Mittelstreckenwaffen gewonnen werden könne“ („Welt“, 31.3.). In dieselbe Richtung argumentiert z.B. der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Falls. „Auf diese Weise könnte der Sowjetunion gezeigt werden, daß beide Seiten in der Lage seien, die Ausweitung der nuklearen Rüstung zu stoppen.“ („FR“, 22.6.).

Einig sind sich alle, daß diese „einseitige Abrüstung“ die NATO nicht im geringsten schwächen würde. Es ist einfach so, daß ein Großteil der taktischen Atomwaffen in Westeuropa überflüssig geworden sind oder es demnächst sein werden. Rund 60 % (laut „FAZ“, 10.6.) der amerikanischen Atomwaffen in Europa haben eine extrem kurze Reichweite, beispielsweise für Atomgranaten 25-30 km. Diese Waffen sind im Grunde militärisch gar nicht zweckmäßig. Mit der angekauften gigantischen konventionellen „Nachrüstung“ in Europa wird die NATO über ausreichend neue Waffen verfügen, die im Zerstörungseffekt den taktischen Atomwaffen gleichkommen, ohne deren unerwünschten „Nebenwirkungen“ zu unterliegen. Ähnliches gilt für die atomare Munition der NATO-Flugabwehr.

Eine Abrüstung der taktischen Atomwaffen also überhaupt nicht. Denn sie wird durch die neuen konventionellen Waffen weit mehr als bloß wettgemacht. Man sollte eher von Modernisierung und Erweiterung als von Reduzierung sprechen. Die Frage ist aber, wieviel sich dieser im Grunde ganz einfache Sachverhalt in die Bevölkerung hinein vermiteln lassen wird. Daß manche auf die „einseitige Abrüstung“ hereinfallen werden, muß wohl befürchtet werden.

Und was ist mit der Neutronenbombe?

Und was ist mit der Neutronenbombe?

Um die Neutronenbombe, die vor wenigen Jahren viel Lärm verursachte, ist es seither völlig still geworden. Allerdings ist es, selbst nach Auskunft der Bundesregierung, „kein Geheimnis, daß die Vereinigten Staaten Neutronenmunition für Panzerkanonen produzieren“ („FAZ“, 31.5.). Heftigst demontiert wurde jedoch, was die „Washington Post“ Ende Mai meldete: Die Regierungen der BRD, Italiens und Großbritanniens hatten den USA „die Herstellung einer neuen Neutronenwaffe als 155-mm-Artilleriegeschöß nahegelegt“ („FR“, 30.5.). Die „Washington Post“ hatte sich bei dieser Meldung auf eine Erklärung des für die Atomwaffenproduktion zuständigen US-Staatssekretärs Roser vor einem parlamentarischen Ausschuss berufen. Es gebe weder eine Forderung dieser Art noch gar Absprachen darüber, behauptete daraufhin die Bundesregierung. Für die Stationierung solcher Waffen in Europa bräuchten die USA die Zustimmung ihrer Verbündeten, und diese Zustimmung sei weder gegeben worden noch auch nur beabsichtigt. („FAZ“, 31.5.). Damit wird allerdings etwas demontiert, was die „Washington Post“ so auch gar nicht behauptet hatte. Dort war nämlich gesagt worden, daß die Neutronen-Munition in den USA gelagert werden solle („FR“, 30.5.). Sie dann bei Bedarf nach Europa einzuführen, würde nur eine Sache von wenigen Stunden sein. Insofern ist die Frage ziemlich uninteressant, ob das Zeug offiziell in Europa stationiert werden soll.

Die Neutronenbombe wäre eine ideale Komplettierung für die laufenden Rüstungsvorhaben der NATO, die speziell darauf ausgerichtet sind, einen „Blitzkrieg“ im Vorfeld der Sowjetunion zu führen, bei dem innerhalb von wenigen Stunden die militärische Infrastruktur des Gegners völlig zerstört werden soll. Die zu erwartende Verringerung der taktischen Atomwaffen in Europa ist also auch unter dem Aspekt zu sehen, daß sie zum Teil durch Neutronenwaffen ersetzt werden könnten.

„Heißer Herbst“ oder legaler „Widerstand“?

Glaubt man der rechten Presse bzw. allen Verlautbarungen von geplantem Widerstand, so ist ein „heißer Herbst“ sicher. „Besetzungen, Belagerungen, Straßensperren gegen Militärtransporte“ werden z.B. im „Capital“ (in 7/83) vorausgesagt. Von möglichen Toten, wenn in US-Einrichtungen eingedrungen würde, sprach das Innenministerium.

Erhard Eppler erklärte, er warte gespannt auf die Reaktionen, wenn er sich mit anderen Friedenskämpfern „irgendwo auf die Straße hockt und sich wegtrennen läßt“ (Spiegel, 25.4.). Nach dem Vorbild des früheren „Komitees der 100“ in Großbritannien mit Bertrand Russell an der Spitze planen Prominente Blockade-Aktionen im Herbst, beginnend mit einer Blockade im September in Heilbronn (darunter

Teilnehmern im Februar) zur Diskussion des Widerstandes darauf bestanden, dieses Zugeständnis für konkrete Bündnisse nicht in einer generell „gewaltfreien“ Plattform festzuschreiben, da diese Teile keineswegs allgemein ein „gewaltfreies“ Verständnis besitzen, sie könnten sich darauf festlegen, keine Gewalt gegen unbeteiligte Sachen, bzw. Personen in solchen Bündnissen zu praktizieren. Dies wurde seinerzeit von den gewaltfreien Kräften abgelehnt, die aber auch ihren gewaltfreien aktiven Widerstand als Konfrontation gegen den Staat verstehen, dessen „Grenzlinie keinesfalls der Legalismus der Herrschenden“ sei (ASchu II. Welt vom 29.4.83 auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung).

Nachdem auf der Aktionskonferenz zur Vorbereitung des Reagan-

„eher sich selbst“ (statt Militäreinrichtungen und Kriegsmaschinerie), eine Unterscheidung zwischen personen- und sachverletzender Gewalt sei „nicht nachzuvollziehen, weil künstlich“. Der Witz dabei ist, daß intern das Papier vom Tisch genommen wurde, dann aber öffentlich genau dieses als Plattform der Friedensbewegung verkündet wurde und dann gleich namens der Koordination, wovon bekanntlich ein erheblicher Teil Positionen des aktiven Widerstands vertritt, bzw. auf dem Frankfurter Widerstandstreffen vertreten hat. Am weitesten auch in der Öffentlichkeit hat sich Aktion Süddeutsche Widerstände (s. FAZ 3.6.83) dazu. „Widerstandsrecht und Widerstandspflicht“ würde Aktion Süddeutsche nicht aus der Verfassung ableiten, (wo dies im Falle der Gefährdung der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ zugelassen ist) erklärte Willy Brandt (1.6.83). Aktion Süddeutsche erklärte wörtlich: „Wer Gewalt in der Auseinandersetzung um die Stationierung plant, stellt sich außerhalb der Friedensbewegung. Die Polizei ist nicht der Gegner der Friedensbewegung. Wir wollen eine Änderung der Friedens- und Sicherheitspolitik. Unser Adressat sind die Regierungen, die NATO und der Warschauer Pakt“ (zitiert nach Mediatext 30.4.83). Bei dieser Vorstellung handelt es sich bestenfalls um eine opportunistische Selbstverleumdung der Friedensbewegung. Bereits bei den Genfer Verhandlungen betreiben diese angeblich zu überzeugenden Adressaten der Friedensbewegung atomaren Poker, um die Sowjetunion zum einseitigen Abrüsten zu zwingen (SS-20-Verschöpfung). Die NATO-Rüstung und NATO-Pläne, der Sowjetunion weitest „Wohlfühlen“ mit der Drohung eines Atomkrieges (auch in Europa) anzudrohen, wären ansonsten bestenfalls sinnlos aber teurer Schrott. Der Widerstandgedanke ruht ja gerade daher, daß Appelle offensichtlich nichts genutzt haben. Man kann es auch wie Lafontaine ausdrücken, daß „Aufstand ... gegen Hochrüstung und Krieg“ ebenso „ehrenhaft“ sei, wie die Idee, „Krieg zu verhindern, indem man anderen millionenfach den Tod androht“ (FR, 25.4.83).

Während die Anti-AKW-Bewegung kurz und bündig formulierte, „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, wird heute allenorten daran gearbeitet, den Widerstand auf legale Rechtsnormen hin zu basteln.

Während die Anti-AKW-Bewegung kurz und bündig formulierte, „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, wird heute allenorten daran gearbeitet, den Widerstand auf legale Rechtsnormen hin zu basteln. Bloß, wo es gegen den Staat und dessen Entscheidungen geht, wird es im Widerstand auch gegen Gesetze und dessen Vollzugsorgane (sprich gegen die Polizei) gehen. Es ist schon ein witziger Irrglaube, der davon ausgeht, als sei diese Staatsmacht durch besondere Friedfertigkeit, durch Abbau unserer Feinddenken zu brechen, während sich der Staatsapparat für eine Konfrontation rüstet. Das Komitee für Grundrechte argumentiert dazu, daß in bestimmten Fällen sich „die Legitimität der Verfassung von der Legalität einzelner Gesetze“ trenne. Eine rein parlamentarische Entscheidung für die Nachrüstung gegen große Minderheiten oder „unterschlagnen Mehrheiten“ verletze „den Boden der Verfassung und wird gewalttätig“. Dagegen sei gewaltfreier Widerstand und „gezielter Gesetzesbruch“ legitim. Die Gewaltfreiheit aber sei dabei „keine Finte“, sondern wegen der „Legitimität“, „schlechterdings essentiell. Hier gibt es keine Ausnahmen und keine Kompromisse“. Jede Gewaltaktion „setzt gewaltfreie Blockaden ins Unrecht und raubt deren Sinn“. Nun, das Komitee setzt trotzdem nicht darauf, daß wirklich alles gewaltfrei bleibt, sondern will entsprechend Beobachter entsenden, um festzustellen, wie weit dies durch das Verhalten der Staatsmacht provoziert werde (aus „Sieben Thesen“, abgedruckt in FR, 23.6.83).

In einem Brief an die Grünen hatte Klaus Vack für das Komitee ihre Haltung begründet: „Wir halten es angesichts der bevorstehenden Auseinandersetzungen für wichtig, daß aus der Friedensbewegung keine Forderungen aufgestellt werden, die mit den Grundrechten nicht vereinbar sind, vor allem deshalb, weil wir ja in Bezug auf De-

monstrationsrecht ebenfalls rechtstadiomatisch argumentieren“ (s. Abdruck in diesem AK). Wenn man das nun schon für klug hält, so müßte man sich schon auf das Widerstandsrecht im Grundgesetz dabei berufen, da ja kaum jemand von der Illusion ausgehen wird, er könne die „Rechtsordnung“ durch Widerstand dann noch schützen, wenn die Raketen tatsächlich eingesetzt würden, aber nein, gerade dies wird von diesen Legalitätsdogmatikern ausgeschlossen.

In diesem Sinne hielt auch Verfassungsrichter Simon auf dem Kirchentag vor 12.000 Zuhörern eine vielumjubelte Rede. Auch für ihn bleibt die Friedensbewegung „innerhalb der besten Traditionen der rechtsstaatlichen Demokratie“. In diesem Sinne trat er ebenfalls dafür ein, daß „nicht die Polizisten“ der Gegner seien, ebenso lobte er die „faire Kooperation“ der Friedensanhänger mit den Rüstungsbefürwortern auf dem Kirchentag. Es wies ausdrücklich darauf hin, daß „ein Widerstand durch bürgerlichen Ungehorsam“ nicht durch ein verfassungsmäßiges Widerstandsrecht abgedeckt sei, und es einen Rechtschutz dafür nicht gebe. Immerhin erklärte Simon, der wohl als Verfassungsrichter nichts anderes sagen kann, seine „Sympathie“ mit solchen Aktionen.

Genauso argumentierte Peter Glotz in der „Zeit“, der gewaltfreie Widerstand sei eine „individuelle Gewissensentscheidung“, wozu eine Partei „als Kollektiv ... niemals auffordern“ könne. Dieser dürfte aber nicht „moralisch disqualifiziert“ bzw. als Gegnerschaft der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ stilisiert werden. Aber für Glotz ist der Widerstand gegen einen Atomkrieg im Vergleich zum Kapp-Putsch, zum Kampf gegen die Sozialistengesetze unter Bismarck, bzw. gar im Vergleich zum Existenzkampf der demokratischen Opposition unter Hitler etwas vergleichbar Lächerliches, auf all dieses, bloß nicht auf die atomare Kriegsrüstung würde nach Glotz Ansicht das grundgesetzliche Widerstandsrecht zutreffen. Bei seinem Respekt vor bestimmten begrenzten und gewaltfreien Widerstandsaaktionen geht es sowieso nur um Taktik: In diesem Sinne erklärte er die Absicht, vor dem Herbst ein neues verklärtes Demonstrationsrecht zu verabschieden, zu einer „lebensgefährlichen Dummheit“. Was wir brauchen, ist der Prozeß der stets neu erforderlichen Versöhnung

von Legalität und Legitimität“, es sei deshalb „alles ... (zu) unterlassen, was zur Eskalation der Gewalt führen könnte, und alles zu tun, was den Gemeinschaftsfrieden mit politischen Mitteln herstellt“. Deshalb will die SPD davon „warnen, ... zu schnell aus der Politik ins Gewissen zu reitern und die Gewissensfreiheit als Grundrecht zu verstehen, das alle anderen Grundrechte aushebelt“ (das könnte nämlich Schule machen). „Der eifertige Rückzug auf das Gewissen gefährdet die Kulturleistung des staatlichen Gewaltmonopols“ (aus Zeit, 24.6.83). Und für diese „Kulturleistung“ wird die SPD (einschließlich ihrer Linken) kämpfen. Eine Reihe Bundestagsabgeordneter will sich ggf. an solchen Aktionen beteiligen, sie bieten sich „den Organisationen der Friedensbewegung an, auch im Vorfeld von Aktionen durch Gespräche mit Polizisten und amerikanischen Dienststellen, ... erklärend, Beiträge zu liefern“, mit denen Ausschreitungen vorgebeugt werden könne“ (FAZ, 3.6.83). Zudem ist an die Bildung eines Rechtshilfsfonds gedacht, in den auch viele Sozialdemokraten Geld einzahlen könnten, „die sich schenken, selbst zu Aktionen aufzurufen oder an ihnen teilzunehmen“. Vor dem Parteitag der SPD (am 1. November voraussichtlich in Bonn) werde die SPD nicht „vorher offiziell zu Aktionen aufrufen“ (FAZ, 25.4.83).

Sicherlich ist es richtig, daß viele engagierte „Nachrüstungs“-Gegner in der SPD und in anderen wohletablierten Vereinen objektiv Fesseln auferlegt sind, der Versuch aber, der Friedensbewegung insgesamt solche Fesseln aufzuerlegen, macht nicht nur ihre Argumentation von der tödlichen Bedrohung durch die atomare Hochrüstung der NATO unglaubwürdig, sondern bote auch die beste Voraussetzung für Integrationsmanöver, wie sie sich die SPD erhofft.

Das muß zum einen ganz praktisch in Aktionen durchbrochen werden, zum anderen aber muß deutlich gegen diesen Kurs von radikalen Kräften Stellung bezogen werden. Dazu sind auch insbesondere die Kräfte aufgerufen, die eine gewaltfreie Plattform der Friedensbewegung fordern, dies aber als einen antistatlichen Widerstand verstehen. Es muß dabei bleiben: „Wo Recht zu Unrecht wird — wird Widerstand zur Pflicht!“

Ruft der DGB zu den Herbstaktionen auf?

Die SPD, deren Präsidium die Friedensbewegung inzwischen als „unbequemen Bündnispartner“ sieht, wird trotzdem nicht zu den Herbstaktionen der Friedensbewegung aufrufen. Allerdings — so das Präsidium — könnten „sich Sozialdemokraten ruhigen Gewissens an „Diskussionsrunden und Podiumsdiskussionen“ beteiligen“, sofern der „pluralistische Charakter“ dabei gewahrt sei („FR“, 15.6.). Ansonsten wolle die SPD bei den Herbstaktionen auf „Gewaltfreiheit drängen, und dafür wirken, daß sich bei den ... Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß „Polizisten und Demonstranten nicht als Gegner begegnen“ („FAZ“, 1.6.). Im Gewerkschaftsrat der SPD kam es dazu am 13.6. zum Streit, SPD-Spitzenfunktionären im DGB ging das alles zu weit: „Der Streit nahm ziemlich harte Formen an, die Stufe der totalen Konfrontation konnte gerade noch vermieden werden“. IG-Chemie-Chef Hermann Rappa war „auf keinen Fall einverstanden“ damit, die Friedensbewegung als „kritischen Bündnispartner“ zu sehen. Mit der Friedensbewegung könnten weder „wir noch die Partei ein Bündnis machen“. Textil-Keller dazu: „Kann die DKP vielleicht als Bündnispartner in Frage kommen? Für mich ist das undenkbar“. Gewerkschaftsbewegung Abgrenzung: „Wir noch die Partei ein Bündnis machen“. Textil-Keller dazu: „Kann die DKP vielleicht als Bündnispartner in Frage kommen? Für mich ist das undenkbar“. Geboten sei „massive Abgrenzung gegenüber einem großen Teil der Friedensbewegung, wenn die SPD weiterhin bei großen Teilen der Arbeitnehmer auf Rückhalt bauen will“. Rappa, Keller und der Chef der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Günter Döding protestierten unisono gegen den Präsidiumsvorschlag, wonach „ein

Interesse an der Stärkung der Friedensbewegung“ bestehe. „Überdies“, so schreibt der berichtende „Spiegel“ (v. 20.6.) weiter, „lehnten die Gewerkschafter ... die Passage ab, die Parteigliederungen erlaube, Gruppen der Friedensbewegung, sofern sie nicht parteipolitisch ausgerichtet sind, technische und organisatorische Hilfe“ zu leisten. Keller: „Ihr macht euch so langsam zur Hilfsorganisation der sogenannten Friedensbewegung“.

Jetzt will die SPD nicht mehr die Friedensbewegung, sondern vielmehr den „Friedensgedanken“ stärken, aus Bündnispartner wurde „Bundesgenosse“, die technische Hilfeleistung ist gestrichen.

Um so erstaunlicher und verblüffender ist es, daß der Bundesausschuß des DGB Anfang Juni erklärte, der DGB sei prinzipiell „bereit, seinen Mitgliedern die Teilnahme an den drei Großveranstaltungen am 22. Oktober zu empfehlen“. Zu vor soll „aber im Gespräch mit Vertretern der „außergerwerkschaftlichen Friedensbewegung“ geklärt werden, ob die Anwendung von „Gewalt in jeder Form“ ausgeschlossen werden kann. Außerdem will der DGB vor einem entsprechenden Aufruf sicherstellen wissen, daß seine Positionen zu Frieden und Abrüstung auf diesen Kundgebungen durch eigene Redner vertreten werden können.“

Solche Gespräche sollen in Hamburg, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen geführt werden. Die Position des DGB (s. Artikel) geht nicht gegen die „Nachrüstung“ sondern gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in ganz Europa.

Empfangs in Bonn (im Juni 82) ein Vorstoß, die Friedensbewegung auf die „Prinzipien Martin Luther Kings“ festzulegen (durch Petra Kelly) mehrheitlich abgelehnt worden war, wurde auf der letzten Aktionskonferenz auf einen erneuten Streik darum gleich verzichtet. Umso erstaunlicher war es dann, als der Bonner Koordinationskreis für die Herbstaktionen (erweitertes „Frühstückskartell“) selbstherrlich die Friedensbewegung auf die Gewaltfreiheit „im Sinne von Gandhi und Martin Luther King“ festzuschreiben wollte und diese Festschreibung auf der Pressekonferenz am 14.6. öffentlich verkündet hat (wobei Gandhi bekanntlich ein glühender Anhänger einer staatlichen Armes war und auch Kriege geführt hat). Doch damit nicht genug, die Gewaltfreiheit wurde gleich noch als „passiver Einsatz des Körpers“ definiert, wonach nicht einmal eine Barrikade abgeräumt, noch ein Zaun durchschnitten werden dürfte. Schon vorher hatte es im Koordinationsausschuß einen Vorstoß gegeben, indem erklärt wurde, daß Aktionen des zivilen Ungehorsams nur soweit „sinnvoll“ seien, als sie „die Bevölkerung und die Politiker aufklären und überzeugen helfen“. Aktionen dürften nur „symbolisch“ sein, „anderen keinen Schaden“ zufügen, sondern

Ingeborg Drewitz, Inge Aicher-Scholl, Barbara Rütting, Dorothee Sölle, Heinrich Albertz, Ulrich Albert, Heinrich Böll, William Borm, Volkmar Deile, Helmut Goldwitzer, Günter Grass, Walter Jens, Robert Jungk, Oskar Lafontaine, Alfred Mechterheimer und Horst-Eberhard Richter (s. FR, 20.5.83). Selbst Egon Bahr erklärte (am 8.2.83 in Cuxhaven) „Wir werden einen Widerstand auf der Straße entfachen, der die Stationierung der Nachrüstungswaffen politisch und durchführbar machen wird.“ (FAZ, 17.5.83).

Das klingt sehr vielversprechend. Im Sinne der bürgerlichen Republikerheit und beabsichtigter Bündnisse mit der SPD und DGB wird von tragenden Kräften der Friedensbewegung aber bereits eifrig daran gearbeitet, diesen Widerstand auf eine legale Argumentation herunterzuschrauben, ein Widerstand, der weder das Gewaltmonopol des Staates noch die Entscheidungen des Parlaments infrage stellen soll. Wie Paul Hefty (FAZ, 23.6.83) feststellt, herrscht (auch im militanten Lager) „Übereinstimmung“, daß in Bündnissen für die Herbstaktionen „Widerstand“ und „direkte Aktionen des zivilen Ungehorsams“ „gewaltfrei“ geplant werden solle. Allerdings hatten diese Teile der Friedensbewegung auf einem Treffen in Frankfurt (mit 500



Friedensbewegung und Landfriedensbruch

Bekanntlich gehörte die Änderung des Landfriedensbruchparagrafen zu einer der wesentlichen Errungenschaften, die von der APO erkämpft wurde. Vorher war jeder Teilnehmer einer Demonstration mit „Gewaltstrijkeiten“ zu bestrafen. Anschließend mußte eine Beteiligung an solchen Taten, bzw. die Aufforderung dazu nachgewiesen werden.

Jetzt sollen (rechtzeitig vor dem Herbst) wiederum alle Beteiligten an einer solchen Aktion dran sein,

es sei denn, sie hätten als Beteiligte nachweislich Frieden stiften wollen. Nun hat zwar die Bonner Koordination für die Herbstaktionen auf ihrer letzten Pressekonferenz gegen diese Verschärfung protestiert (dies führte zur „Vergiftung des innerpolitischen Klimas“), just aber diese neuen Vorschriften zum Maßstab des Handelns der Friedensbewegung machen wollen, bzw. Abgrenzungen gegen andere propagiert! Das paßt nicht gut zusammen!

Friedensbewegung und Herbstaktionen

Um die regionalen Großdemonstrationen („Volksversammlungen“) im Rahmen der bundesweit geplanten Aktionswoche in der Zeit vom 15.-22. Oktober 1983 gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen vorzubereiten, trafen sich am ersten Juni-Wochenende Vertreter/innen der Friedensbewegung im Süden (Ulm) und Norden (Hannover) zu Aktionskonferenzen. In regionaler Autonomie — aber eingebettet in die Beschlüsse der Kölner Konferenz der Friedensbewegung — ging es sowohl in Ulm als auch in Hannover vor allem darum, Zielrichtung, Form und den Ort der Protestaktionen am 22. Oktober 1983 festzulegen.

1.300 Menschen nahmen in Hannover an der Beratung teil — in Ulm waren es 1.000 (das sind jeweils mehr, als bisher in den zurückliegenden Jahren an bundesweiten Aktionskonferenzen gekommen sind).

Um die z.T. sehr scharfen Auseinandersetzungen auf diesen Beratungstreffen, die vor allem in Hannover an die Grenze der Spaltung der Friedensbewegung gestoßen waren, auch für diejenigen nachvollziehbar und verständlich zu machen, die nicht in die „Internas“ der Friedensbewegung eingeweiht sind, seien hier stichwortartig einige Bemerkungen zu den grundsätzlichen Problemen/Streitpunkten der Friedensbewegung den Konferenzberichten vorangestellt. Schon bei der ersten zentralen Bonner Großaktion im Oktober 1981 war es das erklärte Ziel der maßgeblichen Organisatoren (der kirchlichen, stark sozialdemokratisch beeinflussten Gruppen 'Aktion Sühnezeichen' und 'Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden'), relevante Teile der SPD und von den Gewerkschaften zumindest die DGB-Jugend als Träger der Demonstration zu gewinnen. Scheiterte konnten jedoch „nur“ Redner aus diesen Kreisen aufgerufen werden. Die SPD-Führung und die von ihr geführte Bundesregierung hielten weiter am NATO-Doppelbeschluss fest — und die DGB-Oberen starteten ihr Konkurrenzunternehmen zum Krefelder Appell (Unterschriftenausammlung mit „ausgewogenen Forderungen“ an beide Großmächte).

Im Herbst dieses Jahres — also unmittelbar vor Stationierungsbeginn — soll offenbar ein zweiter Anlauf gemacht werden, die Annahme der Regierungsverantwortung entledigte SPD an die „Spitze der Bewegung“ zu hieven. Austragungsort für dieses Unternehmen sollte ursprünglich Bonn sein, wohin aus dem gesamten Bundesgebiet mehr als 1 Million Menschen mobilisiert werden sollten. In den Stellungnahmen des 'Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit' (KOFAZ), das als bestorganisierte Kraft in der Friedensbewegung diesen Kurs organisatorisch absichert, heist es dazu so: „Die Friedensbewegung in unserem Land wird umso erfolgreicher sein, je mehr es gelingt, die parlamentarischen und politischen Institutionen unseres Landes durch kraftvolle Aktionen unter Druck zu setzen“ (am 23.3.83). „Mit einer riesigen Volksversammlung für den Frieden am 22. Oktober '83“ in Bonn müsse die Friedensbewegung „den Raketenbefürwortern demonstrativ das Mandat für die Stationierung ... entziehen“, heist es auch vor der Kölner Aktionskonferenz dazu (am 5.4.83). „Das demokratische Potential in der BRD muß zusammengeführt werden“; insbesondere SPD und Gewerkschaften wolle man gewinnen, heist es im „Forum“, einem Rundbrief aus Schleswig-Holstein.

Die SPD selbst, die sich früher als Regierungspartei der „Sorgen“ der Friedensbewegung bedauert annehmen wollte, hat sich — die Zeiten ändern sich — inzwischen zu einem „Bundesgenossen“ der Friedensbewegung hochgearbeitet. Nur „unbequem“ und „unpolitisch“ sei diese Bewegung, was nichts anderes heißen will, als daß die SPD aus immerhin eine Verschiebung der „Nachrüstung“ erreichen will, keineswegs aber zu den „Nachrüstungs“-Gegnern übergetreten ist. Aktuell hat sie ihren Bundestagsabgeordneten et-

ne Beteiligung an den Herbstaktionen freigestellt, sogar an Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ dürfen sie sich beteiligen, wenn sie das „individuell vertreten“ könnten ...

Um eine Beteiligung unter bestimmten Bedingungen (z.B. strikte Festlegung auf Gewaltfreiheit) will auch der DGB in Hinblick auf den Herbst mit der Friedensbewegung verhandeln. DGB- und SPD-Spitzen verstehen natürlich ihr Eingreifen in die Friedensbewegung taktisch, optimal integrierend wollen sie wirken und es darf alles nicht so radikal sein. Objektiv verfolgen sie damit das Ziel der Abschwächung der (für den Herbst zu erwartenden) Konfrontation. Das wird nun in Teilen der Friedensbewegung ganz anders verstanden: daß SPD und DGB mitmachen wollen, wird euphorisch als Erfolg der Breiheits der Friedensbewegung verkauft, und nur so könnten die herrschenden Politiker zum Fallenlassen der „Nachrüstung“ bewegt werden. In der Auseinandersetzung mit diesen Kräften konnte das „linke Spektrum“ auf der zentralen Aktionskonferenz in Köln durchsetzen, daß im Herbst nicht nur in Bonn demonstriert wird. Eine Appellationsdemonstration in Bonn unmittelbar vor der Stationierung sei ein Rückschritt und würde zudem zu einer starken Profilierung der SPD führen, wurde argumentiert. Folglich wurden neben Bonn „Volksversammlungen“ in Nord- und Süddeutschland beschlossen.

Schon wenig später wurde deutlich, daß DKB- und SPD-orientierte Kräfte auch in Nord und in Süd das Bonner Konzept durchsetzen wollen: kurz gesagt große Demonstrationen in den Städten (Hamburg und Stuttgart), möglichst mit ganz prominenten Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern an der Spitze.

Demgegenüber wird von den linken Kräften das Gewicht auf Aktionen an militärischen Standorten und auf Widerstandsaktionen gelegt. Tatsächlich ist heute die Forderung nach Widerstand in der Friedensbewegung unumstritten. Gewaltfreie Blockaden, passiver Widerstand, gegebenenfalls sogar Verstoße gegen das Versammlungsgesetz gehören heute zum selbstverständlichen Repertoire. Selbst SPD-Abgeordnete sind bereit, an solchen Aktionen teilzunehmen — unter bestimmten Bedingungen natürlich —, bzw. einen Rechtshilfefond dafür einzurichten.

Aber es muß sich alles hubsch auf dem Boden der Staatsloyalität bewegen. Dementsprechend wird auf die radikalen Kräfte, die ihren Widerstand als gegen den Staat und dessen (Un)Gesetzlichkeit verstehen, massiver Druck ausgeübt: da wird die Gewaltfreiheit penetrant zum Dogma der Friedensbewegung erhoben, da wird der Abbau jeder Konfrontation und „Feindbilder“ gefordert, bis dahin, daß sich die Friedensbewegung als Plattform des „Widerstands“ (!) auf symbolisches Widerstehen festlegen soll.

Der Kirchentag in Hannover war der jüngste (aberige Höhepunkt dieser neuen Verständigungsbereitschaft, die letztlich nur darauf zielt, den Druck auf die politischen Entscheidungsträger (Parlaments- und Staatsebene) zu erhöhen, und gerade nicht deren Entscheidungskompetenz über diese lebenswichtige Frage infrage stellt.

Zwar ist sich das radikale Lager innerhalb der Friedensbewegung verbal einig, daß gegen die SPD-Integrationspolitik, gegen Appellationspolitik an staatliche und parlamentarische Ebenen Front bezogen werden muß, daß es gilt, einen antiautoritären Widerstand durchzusetzen und zu verbreitern. Auf der anderen Seite ist dieses Lager z.B. im Vergleich zu der Anti-AKW-Bewegung, wo eigene Aktionsvorstellungen notfalls in Konfrontation durchgesetzt werden konnten, vergleichsweise schwach innerhalb der Friedensbewegung vertreten. Zum anderen gibt es keineswegs einheitliche Vorstellungen von Widerstand, bzw. wie auf die Gesamtfriedensbewegung entsprechender Druck gegen sozialdemokratische Beeinflussung zu entwickeln sei, die Tendenzen zur eigenen Absonderung und damit vollkommenen Isolierung sind lautstark vertreten.

Hamburg und Bremerhaven Zwei gleichberechtigte Aktionen?

Schon vor der Nordkonferenz war die Vorstellung der KOFAZ-Kreise klar. Der Vorschlag für eine Hamburg-Aktion am 22.10. war im Trägerkreis des Hamburger Forums ausgearbeitet worden. Höhepunkt der Abschlusssaktion sollte danach eine Kundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt sein (der bisher der Friedensbewegung wegen des Bannmißbrauchs verweigert wird). Das „Zusammenwirken von parlamentarischer und außerparlamentarischer Friedensbewegung“ sollte mit Dohnanyi (SPD-Bürgermeister Hamburg) als Redner demonstriert werden. Es könnte dann brandaktuell erstmals eine Stellungnahme gegen die „Nachrüstung“ bzw. für ein atomwaffenfreies Hamburg verkündet (wenn er will).

Der Vorschlag nahm (für das „Rahmenprogramm“ der Volksversammlung) integrative Gedanken aus der Hamburger Friedenskoordination auf, am 21.10. bereits mit „Blockaden, Mahnwachen, Menschenketten, Besetzungen, Lie-In's, Fall-Out's, Hungerstreiks“ zu beginnen. Andere Vorstellungen aus dem radikaleren Lager (eine Aktion am A-Waffenlager in Kellinghusen oder vor militärisch brennenden Einrichtungen in Bremerhaven) sollten nach diesem Konzept am 15.10. als „Aufakt“ der Aktionswoche gemeinsam durchgeführt werden.

Ein gleichberechtigtes Podium, eine gleichberechtigte Rednerliste etc. — alles dies wurde von ihnen für die Nordkonferenz akzeptiert, allerdings in der inhaltlichen Konzeption war ihr Lager entsprechend kompromisslos eingestimmt und zahlreich nach Hannover am 5.6. zur Regionalkonferenz mobilisiert worden. Das grün/alternative und autonome Lager in der Friedensbewegung, das andere Schwerpunkte im Auge hatte, konnte sich schon vorher ausrechnen, wie es sich dazu verhalten wollte — auf Teufel komm raus eine Gegenmobilisierung versuchen, um

ggf. ein Patt zu erreichen? Es spricht für die Uneinheitlichkeit und Schwäche dieses Flügels, daß er dann maximal ein Viertel der Konferenzteilnehmer stellte, darüber kann auch das empörte Geschrei über die „angekarrten Busse“ nicht hinwegtäuschen.

Schon am Vortage hatten sich rund 100 Vertreter/innen von Befürwortern von Widerstands- bzw. Standortaktionen zusammengefunden, um ein möglichst einheitliches Vorgehen zu beraten. Sehr schnell war deutlich, daß nur Bremerhaven als Abschlusssaktion einer Herbstaktion in diesem Kreis eine gemeinsame Basis finden könnte, obwohl auch eine Aktion am Atomwaffenlager in Kellinghusen (Göttinger Antikriegsbündnis bzw. von KB favorisiert) und Widerstandsaktionen in Hamburg (Teile der Hamburger Friedenskoordination) vorgeschlagen worden waren.

Für Bremerhaven/Nordsee wurde einmal ins Feld geführt, daß dieser zentrale Nachschubhafen zu einem Symbol der Friedensbewegung (wie Brokdorf und Gorleben für die Anti-AKW-Bewegung) gemacht werden sollte (a die auf der Regionalkonferenz dazu vorgetragene Begründung im Wortlaut). Von Grundrissen der Versammlung wurde Bremerhaven mit „Widerstand“ und eine Aktion in Hamburg mit „Leblich-Demo“ und „Anpassung“ pauschal gleichgesetzt. Dabei war überhaupt nicht klar, was unter Widerstand in Bremerhaven/Nordsee zu verstehen sei, sieht man mal davon ab, daß von Blockaden, „zivilen Ungehorsam“ etc. die Rede war. Die Antimilitar-Kräfte auf der einen Seite meinten sicherlich nicht dasselbe wie etwa Henning Scherholz (Die Grünen, MdB) auf der anderen, der in einem Auswertungspapier an die Grünen Niedersachsen für die Volksversammlung in Bremerhaven verlangte, „auf strikte Gewaltfreiheit und Akzeptanz

für unser bürgerlich-liberales Wahlerpotential“ zu achten.

Teile wollten aber mit der Aktion in Bremerhaven nicht nur den Willen direkt gegen die Aufstellung neuer Waffensysteme demonstrieren, sondern gleich generell eine „Zuspitzung des Kampfes gegen die NATO“ erreichen, teilweise wurde ausdrücklich vertreten, daß Cruise Missiles und Pershing II nicht mehr zu verhindern seien, weshalb der linke Flügel auf „die Zeit nach der Stationierung“ orientieren müsse. Trotzdem konnte am kommenden Tag auf der Regionalkonferenz der Vorschlag Bremerhaven so vorgestellt werden, daß er nicht Spezialinteressen bestimmter linker Teile entsprach, sondern eine Plattform für die gesamte Friedensbewegung bot (s. Redetext). Nicht einzig wurde auch das Spektrum, wie es damit umgehen wolle, wenn Hamburg als Abschlusssaktion auf der Regionalkonferenz eine Mehrheit fände (80% stimmten dann dafür). Mindestens die Hälfte wollte unbedingt, ggf. auch allein und in Konkurrenz zu Hamburg, die Bremerhaven-Aktion durchsetzen. Dazu gehörten nicht nur die Kräfte, die eine Anti-NATO-Plattform verbindlich machen wollten, sondern auch Kräfte wie die Grünen Niedersachsen, die eine Kraftprobe gegen das KOFAZ herbeiführten wollten. Henning Scherholz schloß sich auch schriftlich nach der Konferenz der Bahn-Thema an, daß die „Polarisierung“ gegen die DKB-Politik (sprich ihr Ratschluß) „die Voraussetzung für jeden größeren Fortschritt“ für die Friedensbewegung sei.

So kam es dann auf der Regionalkonferenz nach der Abstimmungsbereitstellung der Bremerhaven-Befürworter zum Eklat. Angeführt durch die Vertreterin des Göttinger AK im Podium der Versammlung wurde der Auszug dieses Flügels propagiert. Die Restversammlung nahm nahezu einstimmig

den Antrag an, nochmals in einer zweiten „Einigungsrunde“ mit diesem Spektrum zu verhandeln. Bei den Ausgezogenen gab es neben der Meinung, dann eben am 15.10. in Bremerhaven zu demonstrieren, die Meinung, auf dem 22.10. zu verharren bzw. sich gleich in diesem Spektrum 14 Tage später zu treffen (womit die Spaltung perfekt gewesen wäre). Es wurde dann

Das Bremer Heimespiel

Rund 200 Leute kamen dann am 19.6. in Bremen zusammen. Hatte auf der Regionalkonferenz noch die Stimmung für eine Alleinaktion am 22.10. in Bremerhaven die Oberhand, sah es inzwischen erheblich anders aus: In Bremerhaven selbst hatte sich die BfA auf den 15.10. festgelegt und jede Konkurrenz-



„Alljährlich finde ich diesen Friedensgespräch lebensgefährlich.“

noch einmal gemeinsam den Antrag eingebracht, beide Aktionen in Hamburg und Bremerhaven ggf. auch parallel am 22.10. durchzuführen. Das wurde von der Mehrheit abgelehnt, sie wollten am 15. in Bremerhaven und am 22.10. in Hamburg zwei „gleichberechtigte“ Aktionen zum Aufakt bzw. Abschluß der Aktionswoche durchführen. Die Bremerhaven-Befürworter nahmen eine Vertagung um 14 Tage in Anspruch.

veranstaltung am 22.10. abgelehnt, ebenso waren Gruppen wie Krieg dem Krieg (Bremen), der Göttinger AK u. a. auf diesen Kurs eingeschwenkt. Für den 22.10. plädierten weiterhin Teile der Grünen (vor allem aus Niedersachsen), autonome und antimilitaristische Gruppen. Das Abstimmungsergebnis brachte eine klare Mehrheit für

Fortsetzung von vorheriger Seite

Hamburg und Bremerhaven

den 15.10. in Bremerhaven, immerhin eine relevante Minderheit, aber ein politisch eingegrenztes Spektrum nimmt für einen Konfrontationskurs am 22.10. Eine „blitzblanke“ Begründung stammte aus einem Beschluß des grünen niederdeutschen Landesvorstandes: Sie wollten auf alle Fälle am 22.10. nach Bremerhaven, denn es ginge darum, sich keine Illusionen über die SPD zu machen, die es immer wieder verstanden habe, Protestbewegungen zu kanalisieren. Es müsse auch über die Stationierung hinaus gedacht und verhindert werden, daß sich die SPD an die Spitze der Bewegung setzt. Deshalb dürfe auf keinen Fall etwas mit der SPD zusammen gemacht werden. Um das zu verdeutlichen, mußten wir am 22.10. nach Bremerhaven.

Als Konzept lag ein Vorschlag der Bremerhavener vor: „Beginn am 14.10. mit Blockaden in Nordholz, Nordenham, Garlsstedt (wenn kräftig möglich, sind auch mehr Blockaden denkbar). Am 15.10. große Volksversammlung in Bremerhaven“

Aktionen des zivilen Ungehorsams am 21./22.10. zu organisieren“

Einige (u.a. Grüne) vertraten, daß die Planung für Bremerhaven völlig autonom und ungetriggert von dem Hamburger Bündnis zusammengebastelt werden sollte. „Den anderen könne man dann ja hinterher die Ergebnisse mitteilen. Sie können sich dann entscheiden, ob sie mitmachen wollen oder nicht“. Immerhin soll jetzt doch in dem Arbeitsaustausch, der aus acht regionalen Initiativen besteht, auch das KÖFAZ-SPD-Spektrum mitvertreten sein, um tatsächlich ihren Hannoveraner Beschluß zweier gleichberechtigter Volksversammlungen durchführen zu können.

Die eigenen Strukturen sollen insofern aufrechterhalten werden, als vor der nächsten Regionalkonferenz im August ein weiteres Treffen vereinbart ist. Zwei Vertreter des Bremerhaven-Ausschusses (von der BiPa und Krieg dem Krieg) sollten die Versammlungen im zentralen Koordinationsaustausch mitvertreten. Auch ein Redner dieses

„Eine Demonstration in Bremerhaven wird hohe Wellen schlagen“

Redebeitrag von Gisbert Mrozek für eine Bremerhaven-Aktion auf der Nordkonferenz der Friedensbewegung am 5.6.83

Ich will hier eine Begründung für unseren Vorschlag, am 22.10. in Bremerhaven/Nordenham zu demonstrieren, vortragen. Ich arbeite mit im AKW-Arbeitskreis Wesermarsch, Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen Umweltschutz — und im KGB — Komitee gegen die Bombentransporte Bremen, einem Zusammenschluß von 8 Krieg-dem-Krieg-Gruppen, 3 Friedensinitiativen, 8 gewaltfreien Aktionsgruppen, einigen Anti-AKW-Gruppen und anderen...

Nicht Spaltung ist unser Ziel, dem Material vorzulegen für eine gut begründete Entscheidung. Ausgangspunkt für unseren Vorschlag ist die Vorstellung, daß wir im Widerstand gegen die Stationierung einen Schritt weiter gehen müssen. Wir als Bewohner Europas, das als Schießplatz und Schlachtfeld vorgesehen ist, müssen, weil uns unser Leben lieb ist, entschiedensten Widerstand leisten

gegen den Kurs der atomaren Hochrüstung, mit dem die USA versuchen, einen Atomkrieg hier führbar und gewinnbar zu machen. Von den sogenannten Abrüstungsverhandlungen in Genf können wir nichts Gutes erwarten. Sie funktionieren nur als beruhigende Begleitmusik zu konkreten Stationierungsmaßnahmen. Je länger sie dauern, je unglaubwürdiger werden sie. Diesen massenhaften Unglauben und unseren Willen zum Widerstand wollen wir am 22. in Bremerhaven/Nordenham ausdrücken — nicht zuletzt, weil ein möglicher Weg zur Stationierung über die Unterwasser führt.

Wir wissen, daß die Perahing 1 auf dem Seeweg nach Europa kam. Wir wissen und können belegen, daß ständig atomare Sprengköpfe über Nordenham angeliefert werden. Möglicherweise kommen auf diesem Weg auch die neuen Raketen, sicherlich aber Teile von

ihnen, nämlich Infrastrukturmateriale.

Prinzipiell sind 2 Wege denkbar „see-lift“ und „air-lift“. Für welchen Weg die Nato sich entscheidet, ist nicht mit Gewißheit zu sagen. Das hängt auch ein wenig von uns ab. Aber sicher ist es sinnvoll, daß die norddeutsche Großdemonstration gegen die Stationierung in der Region, in den Städten stattfindet, die auf dem Weg liegen und nicht abseits davon! Das wäre ein Schritt weiter, als die vergangenen großen Bonner Friedensdemonstrationen, aber jetzt notwendig. Es wäre erstens Ausdruck unserer gegenläufigen Entscheidung und zweitens Dokumentation der Erweiterung des Horizontes der ganzen Friedensbewegung. Wir würden den ganzen Wahnsinn der Aufrüstung auf allen Ebenen in den Blick rücken — nicht nur die ato-

Fortsetzung nächste Seite

Stellungnahme zum Ergebnis der Nordkonferenz vom 5.6.

Schlechte Argumente gegen Bremerhaven

Wir bedauern und kritisieren, daß auf der Regionalkonferenz Nord eine Mehrheit Bremerhaven (zugunsten Hamburgs) als zentralen norddeutschen Demonstrationsort für die Herbstaktionen am 22.10.83 ablehnte ohne dafür stichhaltige Argumente vorzubringen.

Insbesondere kritisieren wir, daß (einmal mehr) unter der Hand gehandelt wurde, in Bremerhaven solle es „Putz“ geben, um Delegierte gegen Bremerhaven einzustimmen.

Die Vorstellung der Mehrheit von einer möglichst breiten Demonstration wäre u.E. genauso gut in Bremerhaven zu verwirklichen gewesen.

Dank wäre außerdem dem Wunsch vieler Kräfte in der Friedensbewegung, neben Bonn am 22.10. auch an zentralen militärischen Standorten zu demonstrieren, Rechnung getragen worden.

Aus denjenigen Kräfte, die auf der bundesweiten Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln nicht nur eine Appellationsdemonstration an die verantwortlichen Politiker in Bonn wollten, sehen sich durch das Hannoveraner Ergebnis geärgert. Viele sind dafür eingetreten, daß es bei der Nord- und bei der Südkonferenz zu einer Abschlusssitzung an zentralen militärischen Einrichtungen kommen müsse.

Bremerhaven als zentraler militärischer Nachschubhafen mit Kommandozentrale, über den Giftgas, Atomwaffen und Raketen transportiert werden, wäre durch eine Demonstration am 22.10. mehr ins Blickfeld der Friedensbewegung gestellt worden.

Die Ablehnung der Mehrheit, am 22.10. dann ggf. sowohl in Bremerhaven als auch in Hamburg zu demonstrieren, erscheint uns ebenfalls wenig glaubwürdig. Das gleiche Spektrum hat auf der Südkonferenz (als Minderheit) darauf bestanden, daß am 22.10. unbedingt zu zwei Demonstrationen, nämlich nach Stuttgart und Neu-Ulm aufgerufen werden müsse, alles andere sei eine Abwertung der von ihnen vorgeschlagenen Stuttgarter Demonstration.

Nicht blind ärgern!

Gleichzeitig wenden wir uns dagegen, unsere Kritik an dem Ergebnis der Versammlung mit Selbstbetrug über die eigene Stärke und die eigenen Fähigkeiten zu verbinden.

„Mit ihren Bussen sollen die mal Leute zu einem militärischen Standort karren statt auf eine Regionalkonferenz der Friedensbewegung!“ zitiert die „ta“ (vom 7.6.) eine empörte Friedenskämpferin. Tatsächlich ist es ärgerlich, wenn eine erst mal in Gang gesetzte Abstimmungsmaschinerie nicht mehr aufzuhalten ist und eine Stimmung im Saal herrscht, die den Austausch von Argumenten zur Farce werden und den Eindruck erwecken läßt, als hätte man genauso am Anfang der Debatte abstimmen oder sich die ganze Konferenz sparen können.

Das Argument vom „angekärnten Stimmvieh“ unterstellt Hand aufs Herz — aber auch, daß eigentlich unsere Vorstellungen des Mehrheitswillens der Friedensbewegung widerspiegeln. Wo soll das stimmen? In den Friedensinitiativen, im Hamburger oder ähnlichen Friedensforen? Unter den Teilnehmern von Massenversammlungen der Friedensbewegung? Unter den Wählern oder gar im Volk? Das Gegenteil scheint uns richtig.

Gegen Parallel-Demonstrationen am 22.10. in Bremerhaven und Hamburg

Trotz des ärgerlichen Ergebnisses der Regionalkonferenz halten wir es für falsch, wenn wir aus Trotz in Bremerhaven am 22.10. allein demonstrieren wollten, und uns aus gemeinsamen Herbstaktionsplanungen verabschieden würden.

Gegen Parallel-Demonstrationen am 22.10. in Bremerhaven und Hamburg

Trotz des ärgerlichen Ergebnisses der Regionalkonferenz haben wir es für falsch, wenn wir aus Trotz in Bremerhaven am 22.10. allein demonstrieren wollten, und uns aus gemeinsamen Herbstaktionsplanungen verabschieden würden.

Für falsch halten wir vorgetragene Argumente, die wieder einmal die DKP aus der Friedensbewegung akkommodieren wollen, für ebenso falsch die Kritik an einer zentralen Stationierung der Herbstaktionen gegen die geplante „Nachrüstung“.

Wir haben es für unangenehm und ein wertiges Los anzunehmen, daß unser Spektrum in der Friedensbewegung ausge-rechnet zu einer Aktion in die Puschen kommen bzw. darüber hinaus große Austrahlungskraft entwickeln könnte, wenn es sich in direkte Konfrontation und Konkurrenz zu einer anderen zentralen Friedensaktivität begibt.

Gerade aus Bremerhaven als zentralen militärischen Nachschubhafen zu einem Symbol des Widerstands für die gesamte Friedensbewegung zu machen, schlagen wir vor, am 15.10.83 dort eine (zentrale) Demonstration der Aktionswochen zu organisieren.

Die richtige Akzentuierung der Auftaktveranstaltung in Bremerhaven kann für die ganze Aktionswoche der Bezugspunkt für die Debatte um den notwendigen Fortschritt der Friedensbewegung werden. Dieser Kraftanstrengung sollten wir aufrufen.

Für Widerstandskaktionen in Hamburg

Wir sollten nicht denjenigen in Hamburg das Feld überlassen, die am Ende einer braven Demonstration dem Herrn Bugle-mester (der SPD) den roten Teppich ausrollen wollen.

Für uns ist ein zentrales Anliegen, daß die Friedensbewegung unmittelbar vor der beginnenden Stationierung ihren Widerstand aktiv deutlich macht. Für viele von uns hat dieses Anliegen sogar Vorrang vor der Auseinandersetzung um die Frage einer Standortaktion in den Herbstaktionswochen.

Wir wollen durch eine Aktionsplanung durch was verhindern, daß ihre Ankündigung der Hamburg-Befürworter, auch hier Aktionen des zivilen Ungehorsams im Rahmen des zentralen Abschlusses der Aktionswoche zu organisieren, nur schöne Worte sind.

Deshalb wollen wir am 21. und 22.10. möglichst mit allen Kräften unseres Spektrums versuchen, auch Hamburg zu einem zentralen Ort des Widerstands zu machen. Aktionen des Widerstands an einem oder mehreren Brennpunkten in Hamburg sollen eine Diskussion und Beteiligung von Kräften aus der gesamten Friedensbewegung erreichen. Wir haben bei der Organisation der Kellnerhakenblockade zu Ostern die Erfahrung gemacht, welche Ausstrahlung solche Aktionen in die gesamte Friedensbewegung hinein haben können.

Keinen roten Teppich für die SPD

Dies ermöglicht es zudem, unserer Forderung gemeinsam Nachdruck zu verleihen, keine Abschlusssitzung durchzuführen, wo möglichst viele Menschen zu dem Zweck mobilisiert werden, einer Ansprache des Bürgermeisters von Dohnanyi zu lauschen.

Wenn Sozialdemokraten zu Wort kommen sollen, dann müssen es schon engagierte „Nachrüstungs“-Gegner sein. Ebenso erwarten wir, daß auch aus unserem Spektrum ein Redner vorgesehen wird, wobei neben der Atomraketen-„Nachrüstung“ auch der Zusammenhang zu anderen Formen der Kriegsrüstung (Stichwort: „Rogers-Plan“) thematisiert werden wird. Auch hier sollten wir das Angebot für eine gemeinsame Vorbereitung und Koordination, die die Vorstellungen beider Seiten berücksichtigt beim Wort nehmen bzw. falls zu einer Auseinandersetzung nutzen.

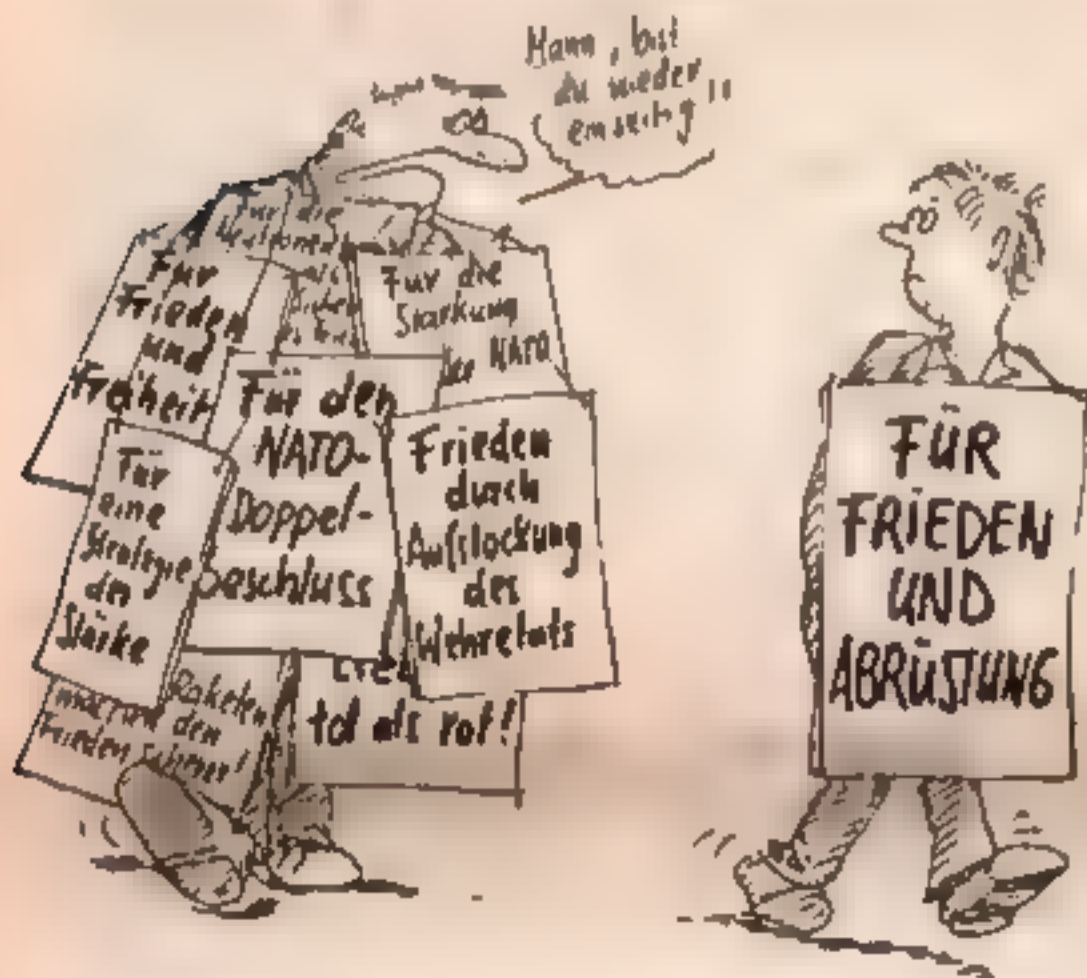
Die Zusammensetzung des Koordinationskreises muß nach Möglichkeit gleichberechtigt sein, auf keinen Fall darf dieser Kreis allerdings so aussehen, daß der Bremerhaven-Befürworter zwar mitreden dürfen, aber im Zweifelsfall pfeffergestimmt werden.

Hamburger Friedenskoordination, 17.6.83

Um dem Text geb es erhebliche Diskussionen und Auseinandersetzungen, die Außenstehenden kaum verständlich zu machen ist.

Ein Teil trägt diese Erklärung nur unter Bauchschmerzen mit. Das Anliegen dieses Teils war weniger die Hannover zentrale Auseinandersetzung um die „Standortfrage“, sondern Primat hat für diesen Teil die Planung und Durchführung von Aktionen des Widerstands im Rahmen der zentralen Abschlusssitzung. Dieser Anliegen sah dieser Teil in Hannover von beiden Seiten kaum berücksichtigt.

Dieser Text sollte auf einem Treffen am 16.6. zusammen mit anderen Gruppen in Hamburg verabschiedet werden, was dort aufgrund von Differenzen innerhalb der Friedenskoordination nicht möglich gewesen ist. Es wurde ein Kreis beauftragt, für Hamburg einen konkreten Aktionsvorschlag auszuarbeiten. Das Hamburger Blockaden-Plenum wird gebeten, sich als Forum zur Vorbereitung der Widerstandskaktionen in Hamburg für den 21. und 22.10. zur Verfügung zu stellen.



Fortsetzung von vorheriger Seite

mare Hochrüstung — was alles seinen konkreten Niederschlag in Bremerhaven/Nordenham findet wie in keiner anderen Gegend Norddeutschlands. Sie ist seit 1945 als amerikanische Zone reserviert und seitdem ausgebaut worden zum europäischen Hauptbrückenkopf der US-Army. Über Bremerhaven kommen jährlich 2 Millionen Tonnen an Militärmaterial und Waffensystemen, durch das gegenüberliegende Nordenham die dazugehörige Munition und zwar 90000 t jährlich. Im Falle eines Krieges würden 90 bis 95 % des Nachschubs per „sea-lift“ aus den USA herbeigeschafft — ein großer Teil davon via Unterwasser und was die Gegenwart betrifft, die Vorbereitungen:

- die Nato rüstet atomar hoch — die Sprengköpfe kommen über Nordenham;
 - die Nato bereitet den Chemiekrieg vor — VX-Fässer und demnach auch binäre Gasgranaten kommen durch Nordenham;
 - die Nato plant den Einsatz schneller Eingreiftruppen, baut die Munitionsdépôt aus, um das dazugehörige Material in der Transitstapel BRD voranzubringen — das Material kommt über Bremerhaven/Nordenham.
- Die zentrale Kommandostelle für die Organisation des US-Nachschubs über Nordatlantik und Mittelmeer — das MSC — military sea lift command — sitzt seit 1983 in Bremerhaven. Und das ist alles nicht nur Zukunftsmusik. Über Bremerhaven wurde die US-Intervention im Libanon 1958 abgewickelt. Über Bremerhaven wurden 1973 Panzer und LKWs für den israelischen Krieg verschifft. Über Nordenham kam im vergangenen Jahr ein Teil des amerikanischen Nachschubs für Israels Angriff auf den Libanon und die Palästinenser. Über Nordenham lief einiges Militärmaterial zur Absicherung der jüdischen Massaker gegenwärtig in Kurdistan.

Und es geht wirklich nicht nur um US- und Nato-Sachen, sondern um Waffen und Rüstungsexport aller Art in aller Herren Länder, nach Chile, Argentinien, Südafrika, den Irak u.a. Es geht um reichlich Rüstungsindustrie. Es geht darum, daß dies eine Hauptfahrbahn der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung ist, abgesichert durch die US-Garnison in Garlistedt, Bundeswehrkaserne und 5 oder 6 Atom-Raketen-Stellungen drumrum.

Es gibt in Norddeutschland keinen wichtigeren Ort für die Stationierung, keinen insgesamt NATO-militärstrategisch wichtigeren. Das scheint mir unmittelbar anleuchtend für den gesunden Menschenverstand. Und auch, daß an diesem Ort eine Demonstration die größte politische Brisanz entfalten kann, ich sage dreifach unterstrichen politische Brisanz. Dieser Ort kann für die Friedensbewegung zu einem Symbol werden ähnlich der Starbahn-West oder was Brokdorf für die Anti-AKW-Bewegung war. Und zwar aus drei Gründen.

Erstens drückt allein die Wahl des Ortes eine neue Qualität aus, löst Diskussionen aus, vermittelt politische Inhalte auf breiterer Ebene, bedeutet nämlich die politische Konfrontation mit der Nato.

Zweitens wäre eine Demonstration von Hunderttausend selbst schon eine vorübergehende Blockade der Kriegsmaschinerie.

Drittens ist dort die Kombination verschiedener Widerstandsebenen in einem integrierten Ganzen möglich. Möglich sind Blockaden und Behinderungen von wichtigen militärischen Einrichtungen, durch kleinere und größere Gruppen und gleichmaßen, gleichzeitig Massenkundgebung und Demonstration.

Nach dem 10.6., nach dem Nato-Gipfel haben wir gesagt und so wurde überall diskutiert — demnächst müssen wir einen Schritt weiter gehen. Wenn die Nato ernst macht mit der Stationierung, machen wir ernst mit Widerstand. Die Nato macht ernst. Die Nato macht todernt. In dieser Situation in Hamburg zu demonstrieren, ist kein Schritt vor, sondern eher einer zurück. Denn es ist ein Hocker-Hill, wenn wir bei den angewohnten Formen und Mitteln der Friedensbewegung stehenbleiben, während die Nato fortschreitet mit konkreten Stationierungsvorbereitungen.

Eine Demonstration in Hamburg, deren Hauptbestimmung ist, mit noch mehr Menschen durch die

Straßen zu ziehen, mit Massenaufmärschen die Verantwortlichen unter Druck setzen zu wollen, ist nichts qualitativ neues gegenüber beispielsweise der letzten Massenversammlung auf den Rheinweiden. Und einige sozialdemokratische Spitzenpolitiker in der ersten Reihe, ein Bürgermeister Dohnanyi voran, worauf manche ja bauen, das macht den Kohl auch nicht fett.

Eine Demonstration in Hamburg läge auf der altbekannten Linie einer Bündnispolitik Richtung Sozialdemokratie, die über Minimalkonsens nicht rauskommt — und das auch nicht unter einer CDU-Regierung. Die Fortschreibung dieser Politik im Stationierungshorizont 83 macht die Friedensbewegung und alle Ankündigungen von heißen Herbstern erstens unglaublich und zweitens für die Nato-Strategen gut kalkulierbar. Der politische Schaden der Raketenstationierung wird berechenbar und zählbar. Was wir aber brauchen, ist eine praktische Dokumentation des Abbröckelns der Loyalität gegenüber diesem politischen und Bündnisystem. Wenn wir den Krieg verhindern wollen, müssen wir den inneren Frieden stören. Wenn wir unsere eigenen Aussagen über die Gefahren atomarer Hochrüstung ernst nehmen, müssen wir im Herbst zulegen. Können nicht den Konflikt mit Staat und Nato-treuen Kräften meiden, sondern müssen die politische Konfrontation mit der Nato suchen. Das tun wir, indem wir mitten auf einer der Hauptdrehachsen der Kriegsvorbereitungen demonstrieren. Nicht nur demonstrieren und kluge Reden hören, sondern auch behindern und blockieren, was da abläuft.

hören, sondern auch behindern und blockieren, was da abläuft.

In dem Dreieck Bremerhaven/Garlistedt/Nordenham sind Möglichkeiten zu vielfältigen Aktionen in einem integrierten Ganzen mit folgendem möglichen Ablauf: Beginnend die Volksversammlung am Freitag mit Blockaden an verschiedenen Stellen. In Nordholz, Bremerhaven, Nordenhamer Hafen, Garlistedt, Rodenkirchener Raketen u.a. Fortsetzend das Ganze am Samstag mit einer großen Versammlung in Bremerhaven, sternförmig von allen Blockadenstellen, Übersetzen von Nordenham aus. Demonstration durch den Bremerhavener Hafen zur Kaserne, am Tropaschiller vorbei zum Military Sealift Command, das alles blockierend. Zum Abschluß ein Volksfest in Weddewarden, unmittelbar nördlich vom militärisch genutzten Teil des Hafens.

Für diesen Ablauf wichtig ist, daß es überall in der Gegend arbeitende Gruppen gibt. Diese regionalen Strukturen zu verstärken, wäre auch ein Ergebnis der Demonstration. Zu den politischen Bedingungen wird Joachim gleich noch etwas sagen. Ich nenne nur zwei Stichworte: Bürgerschaftswahl und Volksentscheid. Aber wichtiger ist mir jetzt, noch einen Trugschluß auszuräumen, der im Saal hängt. Der Trugschluß nämlich, eine Demonstration in Hamburg würde notwendigerweise größer und breiter ausfallen, als an der Unterweser möglich. Was bundesgemäß vielleicht stimmt, ist politisch eine lokalpatriotische Fehleinschätzung. Mag sein, daß Dohnanyi nicht nach Bremerhaven kommen mag. Auch mit Hans Kerschick ist nicht zu rechnen. Dem wäre wohl peinlich, nach all seinen Gesprächen mit Weinberger. Große Teile der Bremer SPD wollen sich nicht praktisch gegen die Nato-Infrastruktur hier wenden und argumentieren absurderweise mit den Arbeitsplätzen — ebenso die Nordenhamer DKP gegenüber dem Munitionsumschlag.

Wir aber können viele Menschen — auch jetzt noch abseits stehend — zur Teilnahme gewinnen: weil die Demonstration dort ein Schritt voran ist, weil die Wahl des Ortes unmittelbar einleuchtet, weil sich mit einem solchen 22. Hoffnungen verbinden können, langfristige und durch praktischen Widerstand die Kriegsmaschine zum Stehen zu bringen. Eine Demonstration in Bremerhaven wird sehr groß werden, denn die Erkenntnis ist weit verbreitet, daß die Herrschenden auch massenhaft vorgelegene gute Argumente nicht hören wollen und darum unseren Widerstand spüren müssen. Eine Demonstration in Bremerhaven wird hohe Wellen schlagen auf beiden Seiten des Atlantika und uns in unserem Kampf wichtige langfristige Impulse geben.

„Volksversammlung Süd“:

Menschenketten, Blockaden, Demos

Gut 1000 Leute kamen am ersten Juni-Wochenende in Ulm/Neu-Ulm zusammen, um auf einer Aktionskonferenz den Ablauf der Friedenswoche im Oktober zu planen und insbesondere darüber zu beschließen, was am 22.10. zum Abschluß und Höhepunkt geschehen sollte. Was am Ende des Treffens zu einem einzigen Aktionspaket für den 22.10. verschmolzen wurde — von dem sich freilich noch etwas erweisen muß, ob es wirklich aus einem Guß ist —, stand sich am Anfang kontrovers gegenüber:

1. Eine traditionelle Großdemo in Stuttgart,
2. Demonstrationen und Blockaden in Ulm, wobei der Protest sich hauptsächlich gegen die Wiley-Barracks richten sollte (für Pershing II vorgesehener Stationierungsort in Neu-Ulm),
3. eine fast 100 km lange Menschenkette von EUCOM in Stuttgart („Hirn“) zu den Wiley-Barracks in Neu-Ulm („Standort“).

Vorschlag Nr.1 wurde (selbstredend) vom KOFAG eingebracht und von Kräften aus dem DGB-Apparat und der SPD unterstützt. Aber auch die im

gen in den Betrieben, sondern über die Bereitschaft der Führungen von DGB und SPD, ernsthaft am Kampf teilzunehmen und ihre Basis zu mobilisieren, wie der grüne Bundestagsabgeordnete Willi Hoss kritisierte. Freilich verhallen diese Sirenentöne nicht ungehört. Linke Sozialdemokraten hielten es für skurril, „den DGB vor den Kopf zu stoßen“ (was nicht in der Absicht der Kritiker lag); Alt-MLern pochte das Herzerl, wenn das Wort Generalstreik fiel. Vorschlag Nr.2 wurde als ein „Friedensnetz über Ulm/Neu-Ulm“ vorgestellt. Die vielfältigsten Aktionen konnten miteinander verbunden werden: eine direkte gewaltfreie Blockade der Wiley-Barracks, Blockaden und Umzingelungen anderer Militäreinrichtungen in der Stadt, ein Sternmarsch zum Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes, der von der nahegelegenen Stätte eines ehemaligen KZs ausging, Menschenketten, die-ins, Demonstrationen usw. Am Abend sollten sich alle Menschen auf dem „Volksfestplatz“ in Neu-Ulm versammeln (etwa einen halben km von den Wiley-Barracks ent-

Menschenkette. Diese Aktion verbinde dezentrale und zentrale Elemente. Die Friedensgruppen aus dem gesamten süddeutschen Raum könnten Patenschaften mit den Initiativen in den Ortschaften zwischen Stuttgart und Ulm schließen, dort könnten die unterschiedlichsten vorbereitenden und begleitenden Aktivitäten laufen, man werde gerade die Bevölkerung auf dem Land viel direkter ansprechen können und dennoch durch das Schließen der Menschenkette über eine so große Distanz eine enorme Öffentlichkeitswirkung, gerade auch in den Medien, erzielen.

Als das Plenum am 3.6. auf eine erste Abstimmung zusteuerte, schlossen sich die Befürworter der Menschenkette und die des Ulmer Friedensnetzes zu einer gemeinsamen Position zusammen: Die Menschenkette sollte in einer Kundgebung vor den Wiley-Barracks am Abend des 22.10. ihren Abschluß finden. Dieser Vorschlag wurde alternativ zu Stuttgart abgestimmt und es ergab sich ein ziemlich genaues 50/50 Verhältnis im Plenum. Mit dem Auftrag an beide Seiten, einen Kompromiß



Ein Bild, das uns im Herbst noch öfters geboten werden wird: GIs stellen sich Friedensdemonstranten an der US-Rhein-Main-Airbase im Dezember 1982 gegenüber — mit aufgesteckten Bajonetten

Süden besonders ruhige MLPD reichte sich in dieses Lager ein. Als Argument für Stuttgart wurde im wesentlichen ins Feld geführt, daß man auf einer „richtigen“ Demo in einem industriellen Ballungszentrum die größte Massenbeteiligung wie auch die beste Breitenwirkung erreichen könne. In dem Bemühen, ihren Vorschlag in den allerschönsten Farben auszumalen, glichen die Stuttgarter Befürworter teilweise freilich um Märchenhafte ab. „Kollegen, ich spreche im Namen von 43000 Nürnbergern“, meinte etwa ein Redner, der sich auf die Unterschrift einiger Vertrauensleute stützen konnte. Ein anderer versprach, die Kollegen würden sich einrichten, wenn man durch die Stuttgarter Arbeitsviertel ziehe. „Nur so können wir es schaffen, daß am Abend des 22.10. der NATO-Doppelbeschluß fällt!“ Wundersam konnte man die Kollegen aber nicht kriegen, weil die gewerkschaftlichen Demonstrationen halt immer in Stuttgart und. Schließlich war sogar eine Vertretung der IOM-Bezirksleitung Stgt. persönlich da, die dem Anwesenden den Mund wässern machte, indem sie auf die anlaufende Generalstreiks-Diskussion hinarbeiteten: „In den Gewerkschaften sind echte Lernprozesse im Gang“. Warum solche Lernprozesse zwingend mit einem Marsch durch die Landeshauptstadt verknüpft seien, wurde allerdings nicht schlüssig erklärt. Hier wurden handfeste Illusionen geschürt — nicht so sehr über die Kolle-

fernt) und die Blockierer gewissermaßen „abholen“. Die Befürworter von „Ulm“ machten geltend, daß auf diese Weise der Wille der Friedensbewegung bekundet werden könne, die Stationierung nicht hinzunehmen und den Widerstand an die Standorte zu tragen. Man könne und dürfe sich nicht um den Widerstand vor Ort herumdrücken. „Das Dilemma in diesem Land ist, daß wir eigentlich genau hier in Stuttgart, Nürnberg, München, Heidelberg, Frankfurt und anderswo demonstrieren können, weil sich überall militärische Einrichtungen befinden. Aber nach Neu-Ulm sollen die Pershing-Raketen. Unsere Botschaft muß sein, daß was an dieser Stelle vor der Weltöffentlichkeit unser Nein bezeugt“. Es sei auch nicht der Sinn des Kölner Beschlusses gewesen, neben Bonn am 22.10. zwei weitere, gleichartige Demonstrationen durchzuführen. Sondern dieser Tag sollte zeigen, daß die Friedensbewegung über die traditionellen Aufmärsche hinaus auch direkten Widerstand leistet. „Ulm muß zum Symbol unseres Widerstandes werden“. Hinter dieser Position standen die Vereinigungen Münchner Friedensinitiativen, die Gewaltfreie, weitere Gruppen aus dem Spektrum der unabhängigen Initiativen und Sprecher der bayrischen Grünen. Drittens machten die DtO-VK und die Grünen Baden-Württemberg, unterstützt vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, den Vorschlag der

zu finden, gingen die Leute in die Arbeitsgruppen, um die anderen Aktivitäten in der Friedenswoche zu erörtern (was später im Plenum leider nicht mehr zur Sprache kam).

Bei der Suche nach einer Einigung ergab sich eine interessante Episode. Die Anhänger von Ulm + Menschenkette schlugen nämlich vor, die Stuttgarter Großdemonstration auf den 15.10. vorzulegen, Triffung an den Argumenten für Stuttgart seien ja diejenigen gewesen, die auf eine gewerkschaftliche Mobilisierung Bezug nahmen. Also sollte die Stuttgarter Demo — auf den 15.10. vorverlegt — einen noch viel stärkeren gewerkschaftlichen Akzent erhalten als bisher vorgesehen. Auf dieser Demo sollten dann alle Kampfmaßnahmen, die von einzelnen Belegschaften für den „Tag der Betriebe“ innerhalb der Friedenswoche geplant seien, öffentlich angekündigt werden. Das werden auch allen anderen Belegschaften, die eigentlich etwas machen wollten, sich aber noch nicht so recht entschließen könnten, unwahrscheinlich den Rücken stärken. Auf diese Weise könnte man die gesamte Friedenswoche mit einem „Paukenschlag der Arbeiterbewegung“ eröffnen und gleichzeitig dafür sorgen, daß der „Tag der Betriebe“ optimal vorbereitet wird. In der Diskussion um diesen Kompromißvorschlag zeigte sich, wie wenig ernsthaft die Stuttgarter-

Fortsetzung nächste Seite

Nachtrag zu "Spione, U-Boote, Herzinfarkte" (AK 234, S. 12)

U-Boot auf der Alster

Viele Hamburger wurden Augenzeugen des dreisten Eindringens eines russischen Minen-U-Bootes in die Binnenalster. Aber der SPD-Senat beteuert: „Wir wissen von nichts!“ U-Boot-Experte Reginald Rudolf meint: „Ich habe das lange kommen sehen. Wer will jetzt noch einen Verzicht auf die Nachrüstung fordern?“



Im AK wurde berichtet von inszenierten Jagden auf — offensichtlich überhaupt nicht vorhandene — sowjetische U-Boote vor den Küsten Norwegens und Schwedens. Einige weitere Details mögen das Bild ergänzen.
* In verschiedenen Zeitungen wurde inzwischen ausführlich dargestellt, daß und warum es praktisch unmöglich ist, in der Ostsee vor den Küsten Schwedens und Norwegens U-Boote mit hinreichender Bestimmtheit zu orten bzw. auch nur sicher festzustellen, daß irgendwo ein U-Boot anwesend ist. Beispielsweise die Artikel: „Das U-Boot muß nur in die richtige Einlauchtiefe tauchen“ (FAZ, 10.5.83 und „Warum U-Boote in der Ostsee ihren Häusern entkommen“ („Welt“, 28.5.83). Hierzu paßt bestens die folgende Meldung, die sich auf die im AK 234 erwähnte norwegische U-Boot-Jagd Anfang Mai bezieht: Der norwegische Admiral Breivik erklärte der Presse, „möglichst sei als ein ausländisches Unterseeboot in die norwegischen Hoheitsgewässer eingeschlagen und das geortete Objekt sei eventuell ein Wal oder ein Flachsenwurm gewesen“ (FR, 4.5.83).
* Das einzige U-Boot, das sich im Zeitraum der mediengerecht inszenierten skandinavischen U-Boot-Jagden

tatsächlich in fremden Gewässern aufhielt, machte in der Presse keine Schlagzeilen und wurde fast nirgendwo — und wenig überhaupt, dann klein und am Rande — erwähnt. „Unter dem Titel ist ein U-Boot der deutschen Bundesmarine, das bei Falkenberg südlich von Göteborg offenbar aus Versehen in schwedische Territorialgewässer geriet war, am vergangenen Sonntag von einem Hubschrauber der schwedischen Luftwaffe zum Abtreiben aufgefordert worden“ (FAZ, 3.5.83). Dies könnte die Behauptung des schwedischen Marinekapitän Brzezinski unterstützen, wonach Schwedens Gewässer eines „sechsspürigen Unterwasser-Autobahn für die U-Boote der NATO“ gleichen („Marin Nytt“, nach UZ vom 18.1.83).
* Daß es sich mit den U-Boot-Sichtungen vor skandinavischen Küsten mitunter ähnlich verhält wie mit der Seeschlange vom Loch Ness, zeigt eine weitere Meldung: Im schwedischen Sundsvall, wo Anfang Mai tagelang mit riesigem Aufwand und Medienekstase ein „rotes“ U-Boot gesucht worden war, gab es Ende Mai erneut U-Boot-Alarm. Ausgelöst wurde er durch Spaziergänger, die angeblich ein U-Boot-Periskop im Wasser gesehen hatten. Nachträglich stellte sich heraus,

daß das obskure Objekt der antihegemonistischen Wachsamkeit nur ein Paddler gewesen war. Daß nicht nur zivile Spaziergänger Probleme mit den Augen haben, zeigt eine weitere Meldung: „Auf dem schwedischen Marinestützpunkt Karlskrona werden inzwischen Kurse »Wie erkenne ich ein U-Boot?« abgehalten, nachdem sich in dem bereits mehrmals von fremden Eindringlingen heimgesuchten Gebiet die Fehalarme häuften“ (beide Meldungen aus FR, 30.5.83).
* Angesichts ständiger Hinormeldungen über das Treiben „roter“ U-Boote in der Ostsee ist ein Blick auf die wirklichen Kräfteverhältnisse interessant. Die Anzahl östlicher U-Boote in der Ostsee wird von der „FAZ“ (28.4.) mit 49 angegeben: 43 sowjetische und 4 polnische. Selbsterweise heißt es in der bundeswehnrunden „Europäischen Wehrkunde“ (4/83) lediglich, daß von der NATO bisher 23 sowjetische U-Boote in der Ostsee „festgestellt“ worden seien (kein Wunder, wo die doch so schwer zu orten sind! - d.s.z.). Auf Seiten der NATO gibt es in der Ostsee laut „FAZ“ (28.4.) 24 bundesdeutsche U-Boote und 5 dänische; die „UZ“ (18.1) gibt 6 dänische U-Boote an. Außerdem behauptet sie, daß in der Ostsee „häufig“ französische

U-Boote sich aufhalten, „da deren ballistische Raketen auf „Ziele“ der Sowjetunion angewiesen seien“ (Die „UZ“ beruft sich dabei auf den schon erwähnten Artikel in der offiziellen schwedischen Marine Zeitung „Marin Nytt“).
Weder die „FAZ“ noch die „UZ“ erwähnen in diesem Zusammenhang norwegische U-Boote in der Ostsee. Das NATO-Mitglied Norwegen verfügt über 14 U-Boote (laut „Europ. Wehrkunde“ 4/83), wieweit einige davon gelegentlich auch in der Ostsee auftauchen, ist uns unbekannt. Hinzu kommen noch 12 U-Boote der formell neutralen, tatsächlich aber pro-westlichen schwedischen Marine in der Ostsee (FAZ, 28.4.). Insgesamt also ein ziemlich ausgewogenes Verhältnis, wenn man die Angaben der „FAZ“ zugrundelegt. Für die kommenden Jahre sind Modernisierungen und Erweiterungen in großem Umfang geplant:
1. Die Bundesmarine erhält ab 1991 sechs neue, supermoderne U-Boote, die vor allem auf dem Gebiet der Zieltechnologie Spitzenprodukte sein werden. Angeblich soll durch die Neubauten die Gesamtzahl von 24 bundesdeutschen U-Booten nicht steigen, da gleichzeitig 6 ältere U-Boote „ausge-

mustert“ werden sollen (Angaben nach FAZ, 9.6.83). Ganz glaubwürdig ist diese Behauptung nicht, denn die 24 U-Boote der BRD sind bisher ausschließlich in der Ostsee stationiert. Zukünftig soll jedoch das Aktionsfeld der Bundesmarine erheblich ausgeweitet werden. Die sechs neu zu bauenden U-Boote sollen (laut FAZ, 9.6.) vor allem in den Gewässern nördlich von Norwegen eingesetzt werden. Das würde allerdings eine offenkundige Schwächung der NATO-Präsenz in der Ostsee zur Folge haben, falls dort tatsächlich, wie behauptet wird, sechs bundesdeutsche U-Boote verschrottet werden. Zu diesem Problem wird man sich sicher auch rechtzeitig etwas einfalten lassen.
2. Norwegen erhält ab 1989 mindestens sechs neue U-Boote, die bei Thyssen in Emden gebaut werden; es besteht außerdem noch eine Option auf zwei oder drei weitere neue U-Boote. Einsatzgebiet sollen die Gewässer von Nordnorwegen sein (nach „Europ. Wehrkunde“ 4/83 und „FAZ“, 9.6.).
3. Schweden baut vier neue Angriffs-U-Boote einer neuentwickelten Klasse. Sie sollen zwischen 1987 und 1989 in Dienst gestellt werden (nach „Europ. Wehrkunde“ 4/83).

Frauentreffen in Köln
Der gleiche Kack im Frauenfrack!

Fortsetzung von vorheriger Seite
Befürworter zu ihrer gewerkschaftlichen Argumentation standen. Da ein solches Vorgehen dem gewerkschaftlichen Anliegen sehr viel mehr entsprechen würde, als lediglich am 22.10. neben die Bonner Demo noch eine Stuttgarter zu setzen, auf der einige DGB-Oberen schöne Worte finden, hätten sie eigentlich darauf einsteigen müssen. Aber weit gefehlt! Nicht einmal die tapferen MLPDler mochten sich dafür erwärmen. Umgekehrt war es so, daß das KOFAZ-Lager, nachdem dieser Kompromiß im Raume stand, auf die traditionelle gewerkschaftliche Argumentation gänzlich verzichtete, und lediglich darüber klagte, daß man bei diesem Verfahren „nicht gleichberechtigt“ berücksichtigt wurde.
Die baden-württembergischen Grünen und DFG-VKler schlugen schließlich vor, was dann auch eine sehr klare Mehrheit der Vollversammlung fand: - Die Menschenkette wird von allen gemeinsam getragen und durchgeführt; sie reicht vom Stuttgarter EUCOM zu den Neu-Ulmer Wiley-Barracks.
- Parallel zur Menschenkette findet eine direkte gewaltfreie Blockade der Wiley-Barracks statt, die in allen Flugblättern und Aufrufen angekündigt wird.
- Gegen Mittag wird die Menschenkette aufgelöst: eine Hälfte fährt nach Ulm, die andere nach Stuttgart. In beiden Städten finden abends massenhafte Demos/Kundgebungen statt.

Diese politische Einigung überstand auch die sehr unglücklichen Diskussionen um eine ausgewogene Bezeichnung des Koordinationsausschusses, der für die gesamte Aktion verantwortlich ist. Freilich muß noch einiges getan werden, damit sie auch in der Praxis durchgehalten wird: Entgegen den Versicherungen von Leuten aus dem DGB-Apparat in Ulm, man werde sich an diese Beschlüsse halten, lief der DGB inzwischen nur für Stuttgart, nicht aber für die Menschenkette und für Ulm auf. Der „Spiegel“ freilich stellte die Beschlüsse richtig dar. Wichtig ist vor allem, von Anfang an den Eindruck zu vermeiden, als fände in Stuttgart die Massendemonstration, in Ulm/Neu-Ulm hingegen die „kontingente Aktion“ weniger entschlossener statt. Stattdessen muß — nach der Menschenkette — der Abend des 22.10. in Ulm einen (mindestens) ebenso massenhaften Charakter haben wie die Aktion in Stuttgart. Vielleicht kann dazu ein Vorschlag hilfreich sein, der auf dieser Konferenz erstmals zur Diskussion gestellt wurde: nämlich in Ulm ein Anti-Kriegs-Denkmal zu errichten, das an alle stattgefundenen Kriege und die Opfer, die sie forderten, erinnert, um die Menschen zum Nachdenken darüber zu bringen, ob nicht mit diesem trügerischen Kapitel ihrer Geschichte ein für alle Mal Schluß gemacht werden muß, bevor umgekehrt der Krieg mit der

Ca. 180 Frauen aus der ganzen BRD sind am 28./29.5. nach Köln gekommen. Der Anspruch dieses Treffens war, die inhaltlichen Kontroversen zu Friedensfragen zwischen Frauen aus sehr unterschiedlichen Lagern zu diskutieren und zu einer gemeinsamen Vorbereitung der Herbstaktionen zu kommen. Dieser Anspruch ist nicht eingelöst worden! Unter dem Druck, unbedingt etwas „gemeinsames“ mit nach Hause nehmen zu wollen, ist kurz vor Schluß trotz einer nachtragenden Erklärung mit einem Aktionskatalog möglicher Aktionen verabschiedet worden. Die Strukturen und Diskussionsmöglichkeiten unterscheiden sich an keinem Punkt von jeder anderen Konferenz der Friedensbewegung. Die Initiative „Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen Nein!“ — das weibliche KOFAZ-Spektrum — hat die Diskussion völlig an sich gerissen und über dieses Machtinstrument alle ihr unbedingten Diskussionen verhindert. Schon um die Einrichtung einer AG Blockaden mußten wir kämpfen. Erst war angeblich kein Raum da, dann sollte abgestimmt werden, ob eine solche AG überhaupt stattfinden darf — schließlich war dies die mit Abstand größte AG. Am nächsten Tag wieder holte sich der gleiche Machtkampf bei den Berichten aus den AG's: die Sprecherin wurde mehrere Male unterbrochen, der Bericht zu dem Punkt Volksentscheid sollte überhaupt nicht zugelassen werden, angeblich waren das alles „inhaltliche Beiträge und keine Berichte“. Nur durch massive Proteste

vieler Teilnehmerinnen konnte das Ergebnis der Blockade-AG dargestellt werden. Dem Unmut gegenüber der selbsternannten Diskussionsleitung, die über allen Frauen auf einem Tisch thronierte und die sonst übliche Anrede „Schätzchen“ wieder einführte, wurde stets entgegengehalten: „Ihr dürft mir doch nicht böse sein, so wollen wir doch nicht miteinander reden.“
Wollen wir uns wirklich nicht streiten? Ich glaube, wir kommen gar nicht daran vorbei. Wir sind im Gegenteil viel zu gutgläubig und naiv nach Köln gefahren und haben darauf vertraut, daß wir die Herbstaktionen tatsächlich auf der Grundlage der verschiedenen Einschätzungen gleichberechtigt planen können. Stattdessen hat eine Strömung versucht, allen anderen ihr Konzept aufzuzwingen. Das ist nichts anderes als zu der Zeit bei allen Treffen der Friedensbewegung praktiziert wird! Da macht es auch keinen Unterschied, ob dieser Druck von Frauen oder von Männern ausgeht.
Mit den Ansprüchen und Erfahrungen der Frauenbewegung hat das, was in Köln durchgeführt wurde, jedenfalls nichts mehr zu tun gehabt. Es ist an keinem Punkt diskutiert worden, welche Auswirkungen die verstärkte Militarisierung der Gesellschaft auf die alltägliche Gewalt gegen Frauen hat. Auch eine alte Erkenntnis der Frauenbewegung, daß wir erstmal bei uns selber anfangen müssen und überlegen, wie wir uns wehren, scheint völlig unbekannt zu sein. Stattdessen ist diskutiert worden, wie wir andere Frauen,

am besten die Hausfrau, die noch nie was mit der Friedensbewegung zu tun hatte, zu irgendwelchen Aktionen bewegen können. Ausnahme war die AG Blockaden. Frauen haben über ihre konkreten Erfahrungen berichtet und davon ausgehend Vorschläge entwickelt. Die große Beteiligung an dieser AG zeigt das Interesse vieler Frauen, in ihren Widerstandsformen einen Schritt weiter zu kommen. Hieran müssen wir gemeinsam weiterarbeiten. Vorbereitungspläne und Veranstaltungen von Frauen in den verschiedenen Städten, wo über Blockaden, Frauenblöcke, Verweigerungsaktionen und andere Protestmöglichkeiten diskutiert wird, sind vielleicht eine Möglichkeit.
In Köln ist nur über den Frauentag diskutiert worden. Die Kontroversen um die Abschlussveranstaltungen am 22.10. wurden völlig ausgeklammert. Diese Reduzierung nimmt uns viele Möglichkeiten, die Herbstaktionen mit zu planen. Sie entspricht auch nicht dem Interesse der meisten Frauengruppen. Die Frage „Blockaden oder Latschdemo“ wird in den Frauengruppen genau wie in allen anderen Gruppen zur Zeit beraten. Wir haben keine Lust, uns auf das Abstellgleis Frauentag — noch dazu ist dieser Tag auf einen Montag gelegt worden — abschließen zu lassen. Wir wollen auch zu allen anderen Themen der Friedensbewegung unsere Ideen und Forderungen einbringen!

Eine Göttinger Genomin

Ein Gen. des KB/Gruppe Frankfurt

Die Schwierigkeiten der Linken mit der Demokratie

Als wir uns entschlossen, für die Idee eines Volksentscheides/einer Volksbefragung über die NATO-„Nachrüstung“ Initiative zu werden, rechneten wir mit totalen Widerstand der Herrschenden. Wir sahen voraus, daß die etablierten Parteien in voller Einmütigkeit darauf verweisen würden, daß dies hier eine repräsentative, parlamentarische Demokratie ist, in der dem höchsten Souverän, also dem Parlament, keine plebiszitäre Knüppel zwischen die Beine geworfen werden dürfen. Wir sahen alle möglichen und unmöglichen Schein-Argumente gegen die Einführung plebiszitärer Elemente auf Bundesebene voraus: Regierungspolitik muß stabil sein und darf sich nicht emotionalen Stimmungen und zufälligen Mehrheiten in der Bevölkerung unterwerfen; Erinnerungen an die Weimarer Republik, die bekanntlich nicht nur am Kampf der Extreme KPD und NSDAP, sondern auch an einem zivilen plebiszitären Element gescheitert sein soll; drohende Verwerse, daß man dann ja auch die Todesstrafe per Volksentscheid einführen könnte usw. ufm. Bis hin zum absolut ideologischen Winkeln mit dem Sachzwang, daß nämlich ein Volksentscheid auf Bundesebene in der Verfassung nicht vorgesehen sei — als ob der Bundestag nicht schon x-mal Verfassungsänderungen beschlossen hätte, die zum Teil weit schwerwiegender sind als die Einführung von plebiszitären Elementen wäre.

Alles das haben wir vorausgesehen, denn die Argumentationsmuster der Herrschenden und seit Jahr und Tag die gleichen. Daß denen etwas Neues einfallen würde, war nicht zu erwarten. Womit wir jedoch überhaupt nicht gerechnet hatten, das sind die heftigen intellektuellen und emotionalen Widerstände, die der Gedanke „Volksentscheid“ offensichtlich bei vielen Linken ausgelöst hat. Denn was kann die Linke eigentlich dagegen haben, daß wenigstens ein kleiner Schritt getan wird, um in diesem Land ein bißchen mehr Demokratie als bloß den Gang zur Wahlurne in jedem vierten Jahr einzuleiten? Was kann die Linke eigentlich dagegen haben, daß wenigstens ein A n f a n g gemacht wird, um politische Existenzfragen der a l l e i n i g e n Entscheidungsmacht der Herrschenden zu entziehen? Was kann sie zumal dagegen haben unter dem unmittelbaren praktischen Aspekt, daß im Fall der „Nachrüstung“ ein Volksentscheid vorhandene Mehrheiten gegen die Raketen-Staumierung materialisieren könnte?

Und doch, die Idee des Volksentscheides scheiterte in der Linken und in der Friedensbewegung, bevor überhaupt eine inhaltliche Debatte zustande kommen konnte. Eine — formell unverbindliche — Volksbefragung darf zwar gefordert werden, aber keinesfalls ein Volksentscheid. Und man machte es sich so einfach wie möglich. Inhaltliche Argumente kamen gar nicht erst öffentlich auf den Tisch, wurden höchstens am Rande mal angesprochen. Es triumphierte der angebliche Sachzwang. Ein Volksentscheid ist im herrschenden System überhaupt nicht vorgesehen. (In der Volksbefragung allerdings auch nicht, aber das stört die Beschwörer der Sachzwänge nicht.) Also soll man doch bitte jetzt keine Gefechte an einer falschen Front eröffnen, die vom eigentlichen Gegenstand der „Nachrüstung“, nur ablenken würden (berühmtes nicht gut, jetzt an der Frage der „Nachrüstung“ eine Demokratie-Debatte zu eröffnen, lenkt alles bloß ab, selbstverständlich. Und außerdem wissen wir doch von vornherein, daß für viele potentielle Ansprechpartner ein Volksentscheid nicht akzeptabel ist, sodaß wir schon aus bindungspolitischen Kalkül von vornherein nicht mehr verlangen dürfen als eine Volksbefragung. Es lebe mal wieder der Minimalkonsens!

Es hat bisher kaum jemanden gegeben, der sich wirklich hingestellt hätte, um eine ganz persönliche Einwände gegen einen Volksentscheid in die Debatte zu bringen. Alles verstauch sich hinter Sachzwängen, taktischen

Kalkülen, hinter Andeutungen, daß andere vielleicht der Meinung seien usw.... Ein Streik um Argumente läßt sich also in diesem Stadium kaum führen, höchstens lassen sich einige Argumentationslinien rekonstruieren.

Droht die Todesstrafe?

Ein sehr vordergründiges Argument operiert mit der Angst, was das dumme Volk am Ende alles mit seiner plebiszitären Macht anstellen könnte, wenn die Schleusen erst einmal geöffnet sind. Das Argument ist so vordergründig und naheliegend, daß rechte und linke Kritiker des Volksentscheides sich darin teilen müssen: „Wer über Atomwaffen abstimmen läßt, wird eines Tages auch über die Wiedereinführung der Todesstrafe abstimmen müssen“, schreibt der Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Prof. Dr. Hans Klein. Genau dieselbe Drohung ist auch dem Rechtsanwalt Otto Schily, grüner Abgeordneter in Bonn, eingefallen. Daß beide ausgerechnet auf das Argument Todesstrafe verfallen sind, ist sicher kein Zufall: Es ist seit Jahr und Tag d a s Standardargument, wenn die Frage beantwortet werden soll, warum es in der BRD auf Bundesebene kein Recht zum Volksentscheid geben darf — im Gegensatz zu Nachbarländern wie Österreich und der Schweiz, die jedenfalls auch nicht undemokratisch sind als die BRD, und auch im Gegensatz zu Regelungen in einzelnen Bundesländern. So uralt und abgedroschen wie das ganze Argument ist auch das Mehrheitsverhältnis, auf das es sich wagt. Im Gegensatz noch zu den 60er Jahren ist heute nämlich überhaupt nicht ausgemacht, daß bei einem Volksentscheid eine Mehrheit für die Todesstrafe herauskommen könnte. Und zwar selbst dann nicht, wenn die CDU/CSU einen derartigen Volksentscheid offensiv unterstützen würde, wozu sie aber überhaupt keine Anstalten macht. Letzteres weist auf den eigentlichen Schwachpunkt sämtlicher Droh-Argumentationen, die mit dem Stichwort Todesstrafe operieren: Das Risiko, daß das dumme Volk gegen den gemeinsamen Willen der etablierten Parteien per Volksentscheid reaktionäre Maßnahmen durchsetzen könnte, ist denkbar gering, praktisch Null. Das Risiko besteht nur darin, daß eine parlamentarisch ohnehin mehrheitsfähige Maßnahme per Maßnahme per Volksentscheid bestätigt werden könnte. Dann aber geht es genau genommen um die Risiken der parlamentarischen Demokratie, und nicht um die behauptete spezielle Gefährlichkeit des Plebiszits. Die Drohung mit der Todesstrafe ist nicht an den Haaren herbeigezogen. Denjenigen, die damit argumentieren, dürfte es wohl schwerfallen, Beispiele aus der Wirklichkeit für die Einführung der Todesstrafe per Plebiszit zu finden. Hingegen ist es ganz normal, daß über die Einführung und Praktizierung der Todesstrafe von „demokratisch“ gewählten Parlamenten und Regierungen entschieden wird. Also müßte man doch schlußfolgern, daß die üblichen Parlamentswahlen sehr viel gefährlicher sind als die Risiken des Plebiszits. Es wird wohl niemand bestreiten, daß es in der Geschichte der BRD Abschnitte gegeben hat, wo die Einführung der Todesstrafe theoretisch mehrheitsfähig im Bundestag gewesen wäre. Daß von dieser Mehrheit letztlich niemals praktischer Gebrauch gemacht wurde, dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die alle mit der Ausgangssituation nach der Niederlage des deutschen Faschismus zusammenhängen. Hatte trotz dieser Gründe die CDU/CSU die Wiedereinführung der Todesstrafe durchsetzen wollen, so wäre sie dazu parlamentarisch in der Lage gewesen, ohne für ihr Anliegen plebiszitäre Mittel nötig zu haben (vergleiche jetzt Mrs. Thatcher in Großbritannien). Andererseits wäre es kaum jemals möglich gewesen, mit dem Mittel des Volksentscheides — falls dieses zulässig gewesen

wäre — die Wiedereinführung der Todesstrafe gegen eine gemeinsame ablehnende Haltung der etablierten Parteien durchzusetzen.

Mißbrauch durch Faschisten?

Eine andere Argumentationslinie unterstellt den Mißbrauch von Plebisziten durch faschistische Regimes, als ob sich dies in der Geschichte besonders häufig ereignet hätte. Das Argument ist offensichtlich schlecht gewählt, denn faschistische Regimes unterscheiden sich im Allgemeinen von parlamentarisch-demokratischen Systemen gerade darin, daß sie noch weniger als jene darauf angewiesen sind, den Volkswillen erkunden und ihm Rechnung tragen zu müssen. Es ist trotzdem vorgekommen, daß faschistische Regimes „Volksabstimmungen“ vorgeführt haben, um ihre Unterstützung durch das Volk zu demonstrieren. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder das Plebiszit beruhte im Wesentlichen auf Terror und Fälschung des Abstimmungsergebnisses. In diesem Fall sind Terror und Fälschung zu verurteilen, aber nicht das Mittel des Plebiszits als solches. Ebenso sind von faschistischen Regimes auch Pseudo-Parlamentswahlen durchgeführt worden, ohne daß dies unsere Wähler bisher irgendjemand als Argument gegen das Stillschicken von Parlamenten ins Feld führen wollte. Oder aber, auch das ist schon vorgekommen: Faschistische Regimes konnten Plebiszite wagen, weil sie tatsächlich über eine Massenbasis verfügten, die in Verbindung mit Demagogie und Einschüchterung zu einer „echten“ Mehrheit reichte. In diesem Fall liegt das Problem in der Mehrheitfähigkeit faschistischer Ideologie und Politik, aber wiederum nicht im Instrument des Volksentscheides. Kein faschistisches Regime ist jemals durch Plebiszit zur Herrschaft gelangt. Wohl aber ist das Schlimmste aller faschistischen Systeme, der deutsche „Nationalsozialismus“, auf dem Weg der parlamentarischen Demokratie zu Macht gekommen.

Jedes Argument, das sich gegen Plebiszite finden läßt, läßt sich mit mindestens ebenso viel Recht auch gegen das parlamentarisch-demokratische System einwenden. Daß sich eine Mehrheit im Volk findet, die bloß manipuliert genug ist, um eine plebiszitäre Maßnahme zu steuern, bleibt möglich, solange das Volk überhaupt noch nach einer Meinung gefragt wird. Der grandiose Wahlsieg der Mrs. Thatcher demonstriert das ebenso wie der knappe Erfolg des Herrn Kohl. Selbstverständlich hätte Mrs. Thatcher mit noch deutlicherem Vorsprung auch jedes Plebiszit über ihren Falkland-Krieg gewonnen. Ein Argument gegen das Mittel Volksentscheid wäre das auch nicht gewesen, sondern nur ein Argument gegen die menschliche Blödsinnigkeit. Aber glaubt irgendeiner wirklich, das Problem könne gelöst werden, indem das dumme Volk einfach nicht mehr zu Abstimmungen über die herrschende Politik zugelassen wird?

Wer soll anstelle des Volkes entscheiden?

Wir hatten uns vorgestellt, daß die Forderung nach Einführung von plebiszitären Elementen in das bundesdeutsche System, also die intensive Heranziehung der Bevölkerung zu politischen Entscheidungen, in der Linken und in den progressiven politischen Bewegungen breite Zustimmung finden müßte. Haben denn nicht alle linken Programme und Forderungskataloge immer wieder gerade auch dies impliziert? Offensichtlich ein Irrtum! Begeisterung herrschte jedenfalls überhaupt nicht. Und daß das Volk zwar gefragt werden soll, aber keinesfalls entscheiden darf, scheint für

viele Linke nicht bloß ein kampflos und diskussionslos akzeptierter Sachzwang zu sein, sondern ein echtes Herrschaftsbedürfnis. Da greift man auch gern in die Klamottenkiste der herrschenden Gegner, um sich mit Argumenten auszurüsten.

Wir werden belehrt — mit gleichen Argumenten in der „taz“ und in Springer „Welt“ —, daß Volksabstimmungen keine demokratische Qualität hätten, weil sie stark von Emotionen geprägt seien. Damit endet der Gleichschritt natürlich schon: Die „taz“ verweist auf die Verzerrung des Ergebnisses durch Manipulation der Herrschenden, während die „Welt“ verzerrende Faktoren in den kommunistischen unterwanderten Medien und in der Einschüchterung durch sowjetische Drohungen sieht. Auch in diesem Fall gilt Alles, was an Argumenten gegen das Plebiszit ins Feld geführt wird, könnte ebenso auch gegen Parlamentswahlen angeführt werden.

Das Problem ist real vorhanden, wir wollen das nicht bestreiten. Das System der Mehrheitsentscheidung führt nicht per se zu „richtigen“ Entscheidungen, was immer unter „richtig“ verstanden werden mag. Die Mehrheit hat nicht automatisch „recht“; sie kann sich irren, und sie kann sich sogar ganz fürchterlich irren. Drum nehmen wir uns gegebenenfalls auch als Minderheit das „Recht“, für unsere Vorstellungen und praktischen Alternativen zu kämpfen.

Es gibt aber, das ist die andere Seite des Dilemmas, kein System, das per se „besser“ wäre als das der Mehrheitsentscheidung. Es mag sein, daß das Volk zu dumm ist, um selbst entscheiden zu können. Aber WER soll STATTDIESSEN entscheiden dürfen? Für die Herrschenden ist diese Frage sehr leicht zu beantworten: Sie selbst sind natürlich diejenigen, die ALLES zu entscheiden haben, weil sie geschult, kompetenter und nüchterner sind als der Rest der Menschheit. Das Volk kann immerhin alle vier Jahre „wählen“, denn dabei sind die Konstellationen von vornherein so, daß es mit seiner Inkompetenz und Emotionalität keinen Schaden anrichten kann. Soll heißen, die Leute können wählen, was sie wollen, aber es ändert an der herrschenden Politik kaum etwas.

Für die Linke beantwortet sich die Frage nach einer Alternative zu Mehrheitsentscheidungen des Volkes sehr viel schwieriger. Die gradlinigste Möglichkeit einer Antwort müßte auf Formen von stalinistischer „Erziehungs“diktatur hinauslaufen, d.h. Minderheiten entscheiden zum Besten des Volkes. Daß diese Konsequenz von kaum jemand gewollt und zünde gedacht wird, ist klar. Im Übrigen fehlen zu jeder Art von Linksdiktatur herzuholende sämtliche Mittel und Voraussetzungen. Das heißt für die Praxis, daß alle Kritik am Mittel der Mehrheitsentscheidung nur auf Bestätigung der heute herrschenden Form des Entscheidens und Regierens hinausläuft.

Für die Linke sollte es „eigentlich“ kein mit Bauchschmerzen verbundenes Problem sein, sich offensiv für mehr direkte Entscheidungsmöglichkeiten des Volkes einzusetzen, statt furchtlos den status quo zu pflegen. Und die Forderung nach mehr direkten Entscheidungsmöglichkeiten des Volkes in der „großen Politik“ muß naturgemäß bedingungslos sein, wenn sie glaubwürdig sein soll.

Das heißt, wir können diese Forderung nicht an die Bedingungen knüpfen, daß das Volk gefälligst erst einmal klüger, besser informiert, weniger manipuliert werden müsse, um dann eines ferneren Tages von uns für vernünftig und entscheidungsfähig erklärt zu werden. Das ist übrigens ein traditionelles Dilemma in der Linken, beispielsweise auch in der Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts, daß man eigentlich nur dann dafür ist, wenn wünschenswerte Entscheidungen einigermaßen gesichert sind und wenn es in

die eigenen Interessen paßt. Bestes Beispiel: Die wechselvolle Haltung der Sowjetunion und sämtlicher prosozialistischer Parteien zum Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes. Je nach außenpolitischer Konjunktur (Beziehungen der Sowjetunion zu den Heimatländern der Kurden — Irak, Iran und Türkei).

Noch wenn die Linke der politischen Oppositionsbewegung „demokratisch-sozialistische“ Ziele andichtet, folgt sie im Grunde derselben Logik. Daß es sich bei dieser Opposition vor allem um eine im reaktionärsten Sinn stockkonservative und prowestliche Bewegung handelt, d a r f einfach nicht wahr sein, weil man sonst Schwierigkeiten hätte, demokratische Rechte für diese Opposition zu fordern. Daß ein Volk auch das Recht hat, autonom seine eigene Dummheit zu machen — soweit es nicht direkt auf Kosten anderer geht — soll offenbar nicht sein dürfen.

Und wann wir verlieren?

Zum Teil sind die linken Einwände gegen einen Volksentscheid wohl von der Furcht motiviert, daß er als Alternative zum aktiven Widerstand in Überstand werden könnte und daß das Ergebnis — falls nicht in unserem Sinne — uns die Hände binden würde. Diese Furcht kann Stoff finden in einzelnen Äußerungen von Volksbefragungs-Befürwortern, die diese geradezu als totalitären Rezept gegen eine Radikalisierung des Widerstands empfehlen und die schon jetzt versichern, daß man ein eventuelles negatives Ergebnis der Befragung „selbstverständlich akzeptieren“ werde.

Wer so etwas verspricht, spricht nur für sich selbst. Logisch ist eine solche Schlußfolgerung keineswegs. Bei jeder Entscheidung behält die unterlegene Minderheit das Recht, ihre eigene Position weiter zu vertreten und auch eine Revision der Entscheidung anzustreben. Beispiel aus der Praxis: Nach dem Volksentscheid in Österreich gegen das AKW Zwentendorf haben die Herren des Landes nicht ihre Absicht aufgegeben, das AKW doch noch zu bauen und zu diesem Zweck das alte Ergebnis durch eine neue Volksbefragung zu kippen.

Nachdem dies sollte nicht vergessen werden: Im Prinzip stellt jede normale Wahl eine Art von Plebiszit, von Volksentscheid dar. In diesem Fall ist bisher wohl noch niemand von uns auf den Gedanken gekommen, man müßte das Ergebnis „akzeptieren“ und spekulieren.

Ein Volksentscheid stellt also die heikle Aufgabe, eine zählbare Mehrheit für die eigenen Ansichten und Forderungen überzeugen und mobilisieren zu müssen. Das ist ungewöhnlich und kann schon Grund für Bauch- und Kopfschmerzen sein. Weit hin geht der Linken bis zum heutigen Tag das praktische Verständnis dafür ab, daß sie in keinem einzigen Punkt erfolgreich sein wird, wenn sie nicht Mehrheiten gewinnt. Die Linke

geht der Linken bis zum heutigen Tag das praktische Verständnis dafür ab, daß sie in keinem einzigen Punkt erfolgreich sein wird, wenn sie nicht Mehrheiten gewinnt. Die Illusion ist immer noch, als aktive Minderheit irgendwas bewirken oder aufhalten zu können. Tatsache ist aber, daß alle politischen Bewegungen seit Gründung der BRD mit Niederlagen der Linken geendet haben, z.T. sogar trotz vorhandener Mehrheit im Volk für ihre Ziele und Forderungen. Mehrheiten zu gewinnen, ist also nicht ausreichend, aber es ist die zentrale Voraussetzung für den politischen Erfolg. Wenn diese Mehrheit nicht gewonnen ist oder wird, ist der Kampf gegen die „Nachrüstung“ erst einmal verloren — ganz gleich, ob eine Volksbefragung stattfindet oder nicht.

Kt., Hamburg

Info des KB für einen Volksentscheid

Kommunistischer Bund

Begrüßend:
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
postfach 7683
2000 Hamburg 19

Preis: DM 1,-

Info des KB für einen Volksentscheid Nr.2

Nachrichten zur Volksbefragungskampagne

Bundesweites Treffen in Hannover

Am 12.6. fand mit 350 Anwesenden ein bundesweites Treffen zur Frage einer Kampagne zur Volksbefragung/Volksentscheid statt. Eingeladen hatte das Sekretariat des Bonner Koordinationskreises, der diese Aufgabe auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung im April übernommen hat. Beschlissen wurde eine Resolution und eine Unterschriftensammlung unter Gruppen und Organisationen (nicht als Einzelunterschriftensammlung, die die MLPD als Ersatz des Krefelder Appells im Auge hatte). (s. die Text-Abdrücke in diesem AK). Obwohl die MLPD die Mehrheit im

Saale stellte, wurde schließlich eine Kampagne zu einer Volksbefragung beschlossen, für einen Volksentscheid waren nur der KB bzw. die MLPD eingetreten. Die MLPD wollte dabei insbesondere eine Unterschriftensammlung „an der Basis“ in Form eines Volksbegehrens haben. In einer Resolution wurde zwar die Absicht der Grünen begrüßt, einen Antrag zur Volksbefragung in den Bundestag einzubringen, aber erklärt, sie solle diesen verschieben, bis sich eine entsprechend breite Kampagne entwickelt habe. Ein Zeitpunkt dazu wurde nicht festgelegt.

Interfraktionelles Treffen ausgefallen

Am 23.6. sollte (neben anderem) die Volksbefragung auf einem „interfraktionellen Abgeordneten-Treffen“ besprochen werden. Küchenhoff, Daubler und Narr waren als Referenten geladen (s. den Brief des Komitee für Grundrechte dazu). Das Treffen fiel dann aus, vordergründig heißt es, die Parlamentarier seien mit dem Grundsatz „Ausrutscher“ und anderen hektischen Parlamentsaktivitäten zu sehr beschäftigt gewesen. Hintergrund heißt es, daß die SPD-Spitze (insbesondere Frau Daubler-Gmelin und das nun zum 2. Mal) gegen eine Volksbefragungsinitiative Sturm gelaufen sei (s. Glotz-Argumentation dazu). Mehrere der geladenen Outfitter seien ins Wanken geraten und die Sache sei geplatzt. Das Treffen ist jetzt für September vorgesehen.

SPD-Saar/Bremen; Jusos

Positive Beschlüsse zur Volksbefragung gibt es neben der saarländischen Landtagsfraktion der SPD (s. Abdruck in diesem AK) noch von den Jusos, die sich auf dem bundesweiten Treffen in Hannover für die Kampagne einsetzen und vom Bremer Unterbezirk. Am 200 Delegierte verabschiedeten einstimmig eine Resolution, in der es u.a. heißt: „Außer dem Recht ihrer Betroffenheit haben Betroffene das Recht, in Massenbewegungen und plebiszitären Formen der Willensäußerung die Regierenden zur Rückkehr zu politischen Lösungen zu zwingen, die den Nuklearkrieg verhindern“.

IG Druck und Papier Baden-Württemberg

In einer Resolution des 13. Landesbezirkskongresses von Anfang Juli heißt es: „Unsere Regierung spricht viel von Demokratie, besonders, wenn es um den Osten geht. Das Demokratieverständnis der Herrschenden muß sich aber in der Bereitschaft messen lassen, das Volk über sein Schicksal selbst entscheiden zu lassen. Im Sinne einer solchen volkssouveränen Entscheidung muß unsere Regierung mit demokratischem Anspruch darüber hinaus die Finanzierung und den Zugang zu den Medien für die Durchführung der Abstimmung sicherstellen.“

Aus den Erfahrungen mit Volksabstimmungen in Norwegen, Schweden und Österreich ist deutlich geworden, daß die Fragestellung, also ein klares JA oder ein klares NEIN eine äußerst wichtige Rolle spielt. Jegliche andere Art der Fragestellung birgt die Gefahr einer Manipulation in sich. Eine Friedenskampagne zum Volksbegehren ist die einzige gewaltlose Aktionsform, die in der Lage ist, die breite Mehrheit gegen die Raketen zu mobilisieren.“

Die IGM-Vertreterversammlung Lärach

stimmte einstimmig für eine Resolution, wo es u.a. als Antrag an den Gewerkschaftstag heißt: „Der Gewerkschaftstag spricht sich für ein Volksbegehren für eine Volksabstimmung aus. In einer soich schwierigen, für unser aller Zukunft entscheidenden Frage muß jeder Arbeitnehmer seine Stimme erheben!“ (Rote Fahne, 4.6.83)

Der Bezirksverband Frankfurt der IG Bau, Baume, Erdbe stimmte ebenfalls einstimmig für einen Volksentscheid: „Zur dritten Aufklärung der Mitglieder und Kollegen im Betrieb soll ein Volksbegehren für einen Volksentscheid unterstützt werden.“ (Rote Fahne, 4.6.)

In der Krebshauskonferenz der ÖTV Neuß

wurde die Aufforderung an den Kreisvorstand gerichtet: „...sich für einen Volksentscheid einzusetzen mit dem Ziel, daß die betroffene Bevölkerung in dieser lebenswichtigen Frage selbst entscheiden soll, wie dies in ähnlicher Weise schon vom 3. ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV 1958 gefordert worden ist.“ (Rote Fahne, 4.6.83)

Holmar von Dittfurth hat angekündigt, auf dem Kongreß der Naturwissenschaftler gegen die „Nachrüstung“ Anfang Juli, auf dem 1200 Wissenschaftler erwartet werden, die Forderung nach einer Volksbefragung einzubringen, in einem Spiegel-Essay (vom 6.6.83) schreibt er dazu:

SPIEGEL Essay

Real ist nur die eigene Angst

von Holmar v. Dittfurth

Holmar v. Dittfurth ist Professor für Psychiatrie und Neurologie. Er wurde bekannt als Buch- und Fernsehautor („Querschnitt“).

SPIEGEL Essay

Real ist nur die eigene Angst

von Holmar v. Dittfurth

Holmar v. Dittfurth ist Professor für Psychiatrie und Neurologie. Er wurde bekannt als Buch- und Fernsehautor („Querschnitt“).

Der Entschluß zum Widerspruch mag nicht leichtfallen. Das haben wahre Eigenschaftsdienste so an sich. Aber unsere Regierung konnte ihn sich ja, unter Berufung auf ihr demokratisches Selbstverständnis, jederzeit durch eine Volksbefragung erleichtern.

Jeder weiß, daß unser Grundgesetz diese Möglichkeit nicht vorsieht. Solche Väter schen es ausreichend, den Wähler in den Abständen festgelegter Legislaturperioden um sein Votum zu bitten. Das hatte allerdings zur stillschweigenden Voraussetzung, daß sich politische Entscheidungen demokratisch stets auch wieder korrigieren lassen. In der kurzen Geschichte der Bundesrepublik ist das bisher auch immer so gewesen.

Es bedarf keiner Begründung, daß und warum diese Voraussetzung im Falle der „Nachrüstung“ nicht gegeben ist. Es handelt sich um eine Entscheidung, von der die Weiterexistenz der Bundesrepublik abhängen kann.

Treibsand (Bremen): Interview mit Ulrich Probst

In dem ausführlichen Interview zu rechtlichen und politischen Fragen einer Volksbefragung erklärt Probst u.a.: „Mit einer Forderung nach einer Volksbefragung beschränkt man sich nicht darauf, einfach nur eine Meinung zu äußern, d.h. sich kommunikativ zu verhalten durch Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Petitionsfreiheit, was im Grundgesetz alles vorgesehen ist, sondern im Grunde genommen wird erstmals der Schritt von einer reinen Meinungsäußerung zum sozialen Druck vollzogen. Das ist in der Tat eine qualitative Veränderung des Verständnisses von politischer Demokratie.“

Hier wird tatsächlich sozialer Druck erzeugt, der sich keineswegs darauf beschränkt, nur eine Meinung kund zu tun, sondern der die Handtende zwingt, darauf zu reagieren. Die Tatsache, daß die Parteien einem nachhaltig oder vielleicht sogar mehrheitlich im Volke geäußerten Willen nicht folgen, wird natürlich ganz erhebliche Legitimationsprobleme für die Ausübung von Macht nach sich ziehen. Und das ist es eigentlich auch, was hier mit solchen Formeln, wie „Anhang auf die Demokratie“ instinktiv begriffen wird. Sozialer Druck ist aber im Grunde genommen für eine Demokratie etwas Selbstverständliches. Nur diejenigen,

Fortsetzung nächste Seite

Grüne:

Nach Beschlüssen der Landesverbände Niedersachsen, Baden-Württemberg und Saar beschloß die Bundesversammlung der Grünen am 5.6. in Hannover, einen Antrag auf Volksbefragung in den Bundestag einzubringen. Am 7.6. behandelte die Grüne Bundestagsfraktion, wo sie den Antrag in den Bundestag einbringen sollte, Jürgen Reents, Otto Schily (als ursprünglicher Gegner eines solchen Antrags) und Henning Schierholz sprachen sich dafür aus, den Antrag sofort in den Bundestag einzubringen. Dies geschah vor dem Hintergrund, daß verschiedene Kräfte bei den Grünen interveniert hatten, dies nicht vor dem bundesweiten Treffen am folgenden Wochenende zu tun bzw. nicht ohne Sozialdemokraten Gelegenheit zu geben, diesen Antrag mitzuentwerfen (s. a. Abdruck des Briefes des „Komitees für Grundrechte“ in diesem AK dazu). Eine weitere außerparlamentarische Mobilisierung sei „nicht mehr notwendig“ (Schierholz), sonst bestehe „die Gefahr“, daß noch „im Oktober“ an dem Gesetzentwurf verhandelt werde (Schily) (Angaben des Protokolls). Es sei „Quatsch zu warten: Erstens sei der Zeitraum zwischen Einbringung des Gesetzes und dessen Behandlung lang genug für außerparlamentarische Initiativen und Debatten mit der Bewegung, zweitens könnten noch vor der Sommerpause Gespräche mit anderen Fraktionen geführt werden, um zu einer gemeinsamen Friedenskoalition zu kommen“. „Soll die SPD sich uns doch

anschießen“ (Schily nach taz, 9.6.83). Andere warnten „vor einem isolierten Vorgehen“, man solle das vom Komitee für Grundrechte, Aktion Sühnezeichen und Gustav-Heinemann-Initiative angeleitete interfraktionelle Parlamentarier-Treffen am 23.6. abwarten, um die Sache dann unmittelbar vor den Parlamentarier einzubringen. Für den Antrag Reents (sofortige Einbringung) stimmten 19, für den Antrag von Heinz Suhr und Antrag von Norbert Mann, die beide nach Konsultationen dem Entwurf in der letzten Parlamentswoche einbringen wollten, stimmten 3 bzw. 17. Bei der 2. Abstimmung erhielt der Antrag von Norbert Mann 20 Stimmen, der von Jürgen Reents noch 17.

Auf dem bundesweiten Treffen erfolgte dann auf Antrag von Jo Leinen, der fürchtete, daß die Grünen mit diesem Verfahren die Kampagne torpedieren würden, eine indirekte Verurteilung der Grünen, sich die MLPD mit ihrer „Basisargumentation“ gerne anschloß. Von der DKP und später von Teilen im Koordinationsausschuß wurde diese öffentliche Schelte der Grünen gerügt, so etwas solle man „intern“ aushandeln.

Am 14.6. kam es dann zum Gespräch von Grünen Vertretern und aus dem Bonner Koordinationskreis (s. taz-Bericht dazu). Als Ergebnis wurde die Einbringung des Antrags ins Parlament auf einen Zeitpunkt nach der Sommerpause vertagt.

SPD

Auf Grundlage einer internen Beratung erklärte die SPD, sie fordere im Bundestag eine namentliche Abstimmung über die „Nachrüstung“, zudem - so Vogel und Ehmske - „gebe es Überlegungen, die Bevölkerung könne sich über eine Petition an den Bundestagsgemeinsam ist vermutlich dessen Petitionsausschuß und auf diesem Umweg an die Regierung in der Nachrüstungsfrage wenden. Gegen eine konsultative Volksbefragung bestünden dagegen Bedenken. Ehmske sagte mit Hinweis auf das Bundesverfassungsgericht, die SPD-Fraktion werde erörtern, daß „Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der Nachrüstung stattfinden müssen“. Die SPD als Ganzes aber müsse die Frage nicht zu einem Justizproblem machen, sondern politisch vorgehen“ (taz nach taz, 4.6.83).

Peter Glotz

„Der Verfassungsrichter Helmut Simon hat eine konsultative Volksbefragung vorgeschlagen, um die Legitimität der Entscheidung zu untermauern und dadurch einem gewaltsamen Widerstand den Boden zu entziehen. Wenn der Bundestag eine solche Befragung mit Zweidrittel-Mehrheit beschloße, dürften die rechtlichen Bedenken dagegen in sich zusammenfallen. Die SPD greift diesen Vorschlag aus politischen Gründen nicht auf. Der Grund dafür liegt nicht in grundsätzlichen Bedenken gegen Volksbefragungen, von denen zwar einige Sozialdemokraten bewegt werden, die sich aber aus Programmatik und Geschichte der SPD nicht schließen lassen. Viele Landesverfassungen kennen dieses Instrument, die bayrische Sozialdemokratie hat, aus einer ausschließlichen Minderheitsposition heraus, ihre größten Erfolge mit Volksbegehren erlangt, die Tradition von Männern wie Hoegner und Linn ist unvergessen. Aber es wäre falsch, der Verfassungswirklichkeit ein neues Handlungsinstrument ad hoc einzufügen, zur Lösung eines - noch so wichtigen - Konflikts. Man muß sich auch die Frage stellen, ob der konsultative Charakter nicht eine Fiktion wäre - könnte das Parlament gegen eine Mehrheit des Volkes entscheiden? Und vor allem: Wer befragt das Volk? Wenn Volksbefragungen nicht das Instrument einer Minderheit sind, das gegen die Mehrheit unter qualifizierten Bedingungen durchgesetzt wird, sondern wenn die Parlamentsmehrheit ihr Volk schlicht so befragt, wie sie es für richtig hält - kann das Instrument dann seinen Sinn erfüllen?“

Peter Glotz

„Der Verfassungsrichter Helmut Simon hat eine konsultative Volksbefragung vorgeschlagen, um die Legitimität der Entscheidung zu untermauern und dadurch einem gewaltsamen Widerstand den Boden zu entziehen. Wenn der Bundestag eine solche Befragung mit Zweidrittel-Mehrheit beschloße, dürften die rechtlichen Bedenken dagegen in sich zusammenfallen. Die SPD greift diesen Vorschlag aus politischen Gründen nicht auf. Der Grund dafür liegt nicht in grundsätzlichen Bedenken gegen Volksbefragungen, von denen zwar einige Sozialdemokraten bewegt werden, die sich aber aus Programmatik und Geschichte der SPD nicht schließen lassen. Viele Landesverfassungen kennen dieses Instrument, die bayrische Sozialdemokratie hat, aus einer ausschließlichen Minderheitsposition heraus, ihre größten Erfolge mit Volksbegehren erlangt, die Tradition von Männern wie Hoegner und Linn ist unvergessen. Aber es wäre falsch, der Verfassungswirklichkeit ein neues Handlungsinstrument ad hoc einzufügen, zur Lösung eines - noch so wichtigen - Konflikts. Man muß sich auch die Frage stellen, ob der konsultative Charakter nicht eine Fiktion wäre - könnte das Parlament gegen eine Mehrheit des Volkes entscheiden? Und vor allem: Wer befragt das Volk? Wenn Volksbefragungen nicht das Instrument einer Minderheit sind, das gegen die Mehrheit unter qualifizierten Bedingungen durchgesetzt wird, sondern wenn die Parlamentsmehrheit ihr Volk schlicht so befragt, wie sie es für richtig hält - kann das Instrument dann seinen Sinn erfüllen?“

Leiten wollte gerne, daß eine Volksbefragung durchgeführt wird, auch im November, und er möchte gerne eine möglichst breite Bewegung für die Konsultierung der von populär. Die Grünen hingegen gehen davon aus, daß diese unsere Regierung das Volk nicht fragen wird und möchten mit dieser Weigerung der gewaltsamen Widerstand zur Hilfe treten. So möchten die Grünen den parlamentarischen Weg des Gesetzesfrühgegners beibehalten, um mobilisieren zu können. Langen möchte Leiden erst eine mögliche Mobilisierung für die Befragung. Die Grünen Vertreter bekamen ein wenig Angst vor der eigenen Courage und ließen ihren ersten Entwurf noch nicht hinreichend sorgfältig glauben, daß die Regierung bei der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses nicht mehr zu bewerkstelligen sei und dann mache es so gut wie keinen Unterschied mehr, wenn der Gesetz erst im Herbst auf der parlamentarischen Ebene gelte.

Das wurde der Fraktion vorgelesen. Sie stimmte nach einem Streben mit einer kleinen Mehrheit zu - einige äußerten sich etwas verärgert, daß die Grünen die Weichen der Wandlung nicht und langsam dagegen.

DIE ZEIT - Nr. 26 - 24. Juni 1983

bildung sei „nicht mehr notwendig“ (Schierholz), sonst bestehe „die Gefahr“, daß noch „im Oktober“ an dem Gesetzentwurf verhandelt werde (Schily) (Angaben des Protokolls). Es sei „Quatsch zu warten: Erstens sei der Zeitraum zwischen Einbringung des Gesetzes und dessen Behandlung lang genug für außerparlamentarische Initiativen und Debatten mit der Bewegung, zweitens könnten noch vor der Sommerpause Gespräche mit anderen Fraktionen geführt werden, um zu einer gemeinsamen Friedenskoalition zu kommen“. „Soll die SPD sich uns doch

der Grünen, sich die MLPD mit ihrer „Basisargumentation“ gerne anschloß. Von der DKP und später von Teilen im Koordinationsausschuß wurde diese öffentliche Schelte der Grünen gerügt, so etwas solle man „intern“ aushandeln. Am 14.6. kam es dann zum Gespräch von Grünen Vertretern und aus dem Bonner Koordinationskreis (s. taz-Bericht dazu). Als Ergebnis wurde die Einbringung des Antrags ins Parlament auf einen Zeitpunkt nach der Sommerpause vertagt.

Grüne Fraktion/Volksbefragung

Vorwärts, rückwärts, seitwärts

Bonn (taz) Noch letzte Woche konnte sich die grüne Fraktion nach längerer Diskussion dazu entschließen, einen Gesetzentwurf zur konsultativen Volksbefragung noch vor der Sommerpause auf den parlamentarischen Weg zu bringen. Nach Intervention des Koordinationsausschusses der Fraktionsründe, dem Spitzentreffen von 26 Friedensgruppen, entschied die grüne Fraktion am Dienstagabend: Das Gesetz, welches im Herbst eingebracht.

Am Dienstagmittag hatten die sechs vom Koordinationsausschuß der in großer Zahl erschienenen Prozesskriterien über den Stand der Vorbereitungen für den Herbst 83 auf, über Aktionswoche im Oktober über Gewaltbefreiung und Gewaltfreiheit über Bevölkerungswachstum in der deutschen Bevölkerung und beim 100. und 125. Jahrestag der Freischlagung der deutschen Bevölkerung. Die grüne Fraktion hat eine außerparlamentarische Kampagne zur Durchführung einer Volksbefragung entworfen.

Nachfolgend ein gewaltfreies Gespräch mit Verena, die Grünen-Fraktion. Die Bewegungsschritte waren: erst über grüne parlamentarische Eigenmachtigkeiten Jo Leinen fragte vor. Nach vor längerer Tage hatte man sich getroffen und entschieden, daß man eine außerparlamentarische Kampagne würde, die man es ausdrücklich als zentraler Schritt der grünen Partei, wichtiger als irgendeine andere Sache nach der die SPD vorzuziehen wurde, erachtete. Am 23.6. gab es eine Hearing in Bonn, in der die 20. und 21. Abgeordneten des Bundestages, also auch die von CDU und CSU, eingeladen wurden, mit uns allen Einigungen gemacht zu werden. Es wurde ein parlamentarischer Vorschlag (Frage) diskutiert, im Herbst zu kommen und zwar genau dann, wenn die außerparlamentarische Bewegung bereit und stark genug ist.

Martin Sebaste, grüner Geschäftsführer, und Nachrücker Norbert Mann versuchten die Bedeutung des der Frage vorgeschlagenen Entwurfs zu untermauern. Das sei ein Entwurf, auch lang nicht auf dem parlamentarischen Weg, es sei notwendig, diesen Entwurf noch vor der parlamentarischen Sommerpause einzubringen, damit im Herbst die Regierung darüber parlamentarisch verhandelt werden könne, dann wäre überhaupt konsultative Volksbefragung, dann natürlich bevor irgendwelche Anträge zur Raketenaufrüstung gemacht wurden, man könne nicht warten, bis die SPD sich für irgendwas entschieden hätte, die Volksbefragung könne kein Ersatz für gewaltsamen Widerstand bieten, das Ziel sei die Aufklärung der Raketen zu verhindern, die Volksbefragung sei kein Selbstzweck, sondern bühnen Mobilitätsverhältnis.

Leinen wollte gerne, daß eine Volksbefragung durchgeführt wird, auch im November, und er möchte gerne eine möglichst breite Bewegung für die Konsultierung der von populär. Die Grünen hingegen gehen davon aus, daß diese unsere Regierung das Volk nicht fragen wird und möchten mit dieser Weigerung der gewaltsamen Widerstand zur Hilfe treten. So möchten die Grünen den parlamentarischen Weg des Gesetzesfrühgegners beibehalten, um mobilisieren zu können. Langen möchte Leiden erst eine mögliche Mobilisierung für die Befragung. Die Grünen Vertreter bekamen ein wenig Angst vor der eigenen Courage und ließen ihren ersten Entwurf noch nicht hinreichend sorgfältig glauben, daß die Regierung bei der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses nicht mehr zu bewerkstelligen sei und dann mache es so gut wie keinen Unterschied mehr, wenn der Gesetz erst im Herbst auf der parlamentarischen Ebene gelte.

Das wurde der Fraktion vorgelesen. Sie stimmte nach einem Streben mit einer kleinen Mehrheit zu - einige äußerten sich etwas verärgert, daß die Grünen die Weichen der Wandlung nicht und langsam dagegen.

18

Fortsetzung von vorheriger Seite

die noch der Vorstellung aus dem 19. Jahrhundert anhängen, können darin etwas Unerhörtes sehen. Denken wir nur an das Streikrecht. Der Streik ist ja mehr als die Äußerung des Wunsches der Arbeiter, sie möchten doch bitte einen höheren Lohn haben, sondern ganz massiv Druck bis hin zur Nötigung, das einem notwendigen Element der Durchsetzung von Interessen. Auch im politischen Bereich gilt, daß heute die Meinungsfreiheit als solche überhaupt nicht mehr ausreicht angesichts der Manipulationsmöglichkeit.

ten, die die Regierung durch ihre Informationspolitik hat. Im Grunde genommen ist eine wirklich nachhaltige Demonstration eines dezidierten politischen Willens durch Flugblätter und andere relativ hilflose Formen nicht mehr möglich. Herrschende Massenbeeinflussung muß hier ein Gegengewicht finden durch die Möglichkeit, sozialen Druck auszuüben, wenn es sich um eine ganz zentrale, im weitesten Sinne des Wortes, um eine lebenswichtige Frage handelt."

Einmündiger Beschluß der BIFA Bremerhaven vom 30.5.83

Für einen Volksentscheid/- eine Volksbefragung zur Nachrüstung

1. Trotz des massiven Protestes der Bevölkerung hält die Bundesregierung bisher an ihrem Vorhaben fest, unser Land für die Stationierung der amerikanischen Bruchschlagsraketen zur Verfügung zu stellen. Die Installation dieser Massenvernichtungsmittel, die innerhalb weniger Minuten das Herz der Sowjetunion erreichen können, bringt die akute Gefahr eines atomaren 3. Weltkrieges mit sich. Nach Meinungsumfragen lehnt aber die Mehrheit der Bevölkerung eine weitere Eskalation des Wettlaufes und insbesondere die sog. „Nachrüstung“ ab.

Um diese Mehrheit in politische Aktion umzusetzen, halten wir die Durchführung einer Kampagne für einen Volksentscheid zur Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen für ein geeignetes Mittel. Die Forderung, daß das Volk selbst entscheiden können muß, ist u.E. unmittelbar einleuchtend. Diese Kampagne soll andere Kampfstrategien ergänzen — nicht ersetzen!

Zur Erzeugung des für die Durchführung eines Volksentscheides auf Bundesebene notwendigen öffentlichen Drucks kann die Bremer Friedensbewegung beitragen, indem sie den Senat zur Durchführung einer entsprechenden Volksbefragung im Zusammenhang mit den Bürgerchaftswahlen am 23. September auffordert. Wir wenden uns an die in der Bürgerchaft vertretenen Parteien mit der Aufforderung, unseren Gesetzentwurf umgehend zu behandeln und zu beschließen.

2. Die SPD und insbesondere die „Grüne und Liberale Gruppe“ in der Bremer Bürgerchaft (GUL) werden aufgefordert, einen Gesetzentwurf folgenden Inhalts so schnell wie möglich in die Bürgerchaft einzubringen. „Der Senat wird beauftragt, sich im Bundesrat für die Durchführung eines Volksentscheides über die sog. Nachrüstung einzusetzen.“

Weiterhin wird der Senat beauftragt, im Lande Bremen eine Volksbefragung über die Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen, falls dieser Volksentscheid nicht oder nach dem 23. September stattfindet. Diese Volksbefragung soll in Verbindung mit der Bürgerchaftswahl am 23. September 1983 und in gleicher Weise wie die allgemeinen Wahlen durchgeführt werden. Bei der Befragung sollen folgende Fragen zur Entscheidung gestellt werden:

1. Sind Sie damit einverstanden, daß neue amerikanische atomare Mittelstreckenraketen (Pershing 2 und Cruise missiles) auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden? Ja — Nein

2. Sind Sie der Auffassung, daß in dieser Frage ein bundesweiter Volksentscheid durchgeführt werden sollte? Ja — Nein

3. Sind Sie dafür, daß atomare, biologische oder chemische Waffen durch das Bundesland Bremen transportiert werden? Ja — Nein
Die Volksbefragung soll den Senat als Landesregierung sowie die vom Senat bestellten Mitglieder des Bundesrates über die Meinung der zur Bürgerchaft wahlberechtigten Bevölkerung des Landes Bremen hinsichtlich der oben formulierten Fragen unterrichten."

3. Im Falle einer Ablehnung durch die Bürgerchaft behält auch die GUL vor, im Zusammenwirken mit anderen Gruppen der Friedensbewegung diese Volksbefragung autonom durchzuführen. Sie trifft dazu alle notwendigen Vorbereitungen.

Einmündig beschlossen auf der VV der Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung (BIFA) am 30. Mai 1983

Volksentscheid-Debatte in den Niederlanden

Im niederländischen Komitee gegen die Cruise Missiles („Komitee Kruisraketten Nee“) wird seit einigen Monaten über eine Kampagne für einen Volksentscheid gegen die Stationierung der Nato-Mittelstreckenraketen diskutiert.

Das Komitee, das u.a. die für den 29. Oktober in Den Haag geplante Demonstration gegen die Nato-„Nachrüstung“ vorbereitet, bezieht aus Vertretern von sieben Friedensorganisationen, Vertretern der sechs im Parlament vertretenen mehr oder weniger linken Parteien und des Gewerkschaftsdachverbandes FNV sowie der Soldatengewerkschaft VVDK. Das Komitee hat eine sechsköpfige Kommission eingerichtet, die die Möglichkeiten eines Volksentscheides untersucht und einen eigenen Vorschlag erarbeiten soll.

Im Komitee wie auch in der Kommission und die Auffassungen über die politischen Möglichkeiten und die konkrete Gewalt einer solchen Kampagne sehr unterschiedlich. Die Debatte hierüber findet jedoch bisher ausschließlich hinter verschlossenen Türen statt.

Aus „gut unterrichteten Kreisen“ verlautet, daß die Kommission vorgeschlagen hat, eine „Volkspetition“ ge-

gen die Stationierung der Cruise Missiles zu organisieren. Eine Kampagne für ein Referendum (Volksentscheid) wird nicht vorgeschlagen, da Referenda in der niederländischen Verfassung nicht vorgesehen sind (im Gegensatz zu Volkspetitionen), und die Forderung um Einspruch der sozialdemokratischen PvdA im Komitee scheitern würde. Die PvdA habe, heißt es, bereits wissen lassen, daß sie die Forderung nach einem Referendum als „unrealistisch“ ansehe.

Offen bleibt im Kommissions-Vorschlag, zu welchem Zeitpunkt die Kampagne gestartet werden soll. Die Befürworter der Aktion vor dem Parlamentsbeschluß am 29.10. (u.a. der IKV-Vertreter in der Kommission) sehen hierin ein effektives Mittel, das Parlament unter Druck zu setzen. Die Befürworter eines Aktionsbeginns nach dem Parlamentsbeschluß (vor allem der Vertreter des real-kommunistischen CPN) naheliegender Kommissar Stoppit die Neutronenbombe) wollen die Volkspetition als „letztes Mittel“ einsetzen, um die Stationierung zu verhindern, falls Regierung und Parlament der „Nachrüstung“ zustimmen sollten.

Interessanter als dieser Streit ist, daß die Kommissionsmitglieder mit 2:1 gegenwärtigen Argumenten für eine Volkspetition plädieren. Während die einen mit der Volkspetition die Basis

für eine breitere Radikalisierung des Widerstands schaffen und Aktionen eliten Ungehorsams legitimieren wollen, sehen sowohl die Vertreter des IKV wie der des Komitees Stoppit die Neutronenbombe die Volkspetition gerade als Mittel, eine solche Radikalisierung zu vermeiden. Der Vertreter des Komitees Stoppit die Neutronenbombe sieht in der Volkspetition erst nach einem Stationierungsbeschluß des Parlaments „Vorteil, daß man dann einen Bruch in der Gesellschaft verhindern kann“.

Der IKV-Vertreter hingegen will die Volkspetition „in einem Stadium, in dem die Atmosphäre noch nicht verdorben und die Polarisierung noch nicht auf die Spitze getrieben ist“.

Der Komitee-Vorstand hat am 15.6. aufgrund des Kommissionsvorschlages beschlossen, dem Komitee die Durchführung einer Kampagne für eine Volkspetition zu empfehlen. Die Erörterung der konkreten Durchführung steht allerdings noch bevor, zudem will der Vorstand die Kampagne erst nach der Demonstration am 29. Oktober starten. Da somit ein Konsens noch nicht geschaffen ist und das Komitee, wenn schon im Inneren zersplittert, so doch „einheitlich“ vor's Friedens-Volk treten will, sollen die für eine Petition zu aktivierenden Massen vorerst vom Beschluß des Vorstands nichts erfahren.

Niederlande-Kommission

Hessisches Volksbegehren für den Frieden

Bereits zum 2. Mal fand am 25.6. in Frankfurt ein Treffen statt, um über ein Volksbegehren zu beraten. Die hessische Verfassung bietet die Möglichkeit, Gesetze über Volksbegehren und Volksentscheid zu erlassen, was bereits im Startbahnkonflikt genutzt worden war. Außerdem enthält sie einen sehr weitgehenden Artikel 69, der nicht nur den Angriffskrieg sondern den Krieg schlechthin und alle Maßnahmen, die der Kriegsvorbereitung dienen, achtet. Die anwesenden Vertreter von Basisinitiativen, Grünen, Liberalen Demokraten, DFU, Jusos, KB, SDAJ, u.a. waren sich im Grundsatz einig, diese Möglichkeiten im Rahmen der bundesweiten Volksbefragungskampagne einzusetzen. Einzig die MLPD beharrte auf einer bundesweiten Unterschriften-sammlung. Der schließlich mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß lautet:

„Die in Frankfurt am 25.6. versammelten Friedensinitiativen und Organisationen der Friedensbewegung bitten die hessischen Friedensgruppen, über ein hessisches Volksbegehren für den Frieden zu diskutieren. Das Volksbegehren geht aus von der Achtung des Krieges durch die hessische Landesverfassung“

den zu diskutieren. Das Volksbegehren geht aus von der Achtung des Krieges durch die hessische Landesverfassung (Artikel 69). Der dem Volksbegehren zugrundeliegende Gesetzentwurf soll die Ablehnung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ausdrücken. Eventuell kommen mehrere Gesetzentwürfe in Betracht. Das hessische Volksbegehren für den Frieden ist Bestandteil der Kampagne für eine bundesweite Volksbefragung über die NATO-„Nachrüstung“.

Das nächste Treffen findet am Sonntag, den 17.7., ebenfalls in Frankfurt um 15 Uhr im Bürgerhaus Westend (Ulmestraße) statt.

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

„Das Zentrale Komitee sieht für den BWK nicht die Notwendigkeit, gegen die bekanntgewordenen Bemühungen, einen Volksentscheid gegen die Raketenstationierung zu erwirken, generell zu polemisieren. Eine Kampagne für Volksentscheid stellt die Aufgabe, die Kritik der Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie zu verbreiten und ihre Politik der Populierung kapitalistischer Kriegsziele zu bekämpfen.“

Dieser Beschluß ist abgedruckt in der Zeitung des BWK, „Politische Berichte“ vom 18.6., in der zudem die Hannoveraner Resolution und ein Interview mit dem KB zur Volksentscheidfrage abgedruckt ist.

Roter Morgen

Der Rote Morgen (vom 17.6.83) druckt die Hannoveraner Resolution ab und erklärt:

„Der Rote Morgen wird aber die weitere Entwicklung berichten. Die KPD unterstützt die Durchführung einer Volksbefragung.“

Graswurzelrevolution

Eine scharfe Ablehnung erteilt ein „Ja“ in der „Graswurzelrevolution“ vom Juni 83. Der Vorschlag eines Volksentscheides faule hinter das wachsende Bewußtsein einer scharfen Konfrontation mit den Herrschenden zurück. Der andeutungsweise Zwangscharakter von Standortaktionen werde zugunsten von Appellationen zurückgedrängt. Es würde zu einer Propaganda-Schlacht auferufen, die weitverbreitet „Apparate der Friedensbewegung“ und des Staates führen würden. Die Kampagne würde Energie verschwenden, wo es doch jetzt auf direkten Widerstand und nicht auf Unterschriftensammler ankomme. Mit einem Volksentscheid werde das Repräsentativsystem anerkannt, es sei ein „Nachhallen des parlamentarischen Gehabes“. Eine Volksbefragung werde dennoch an der Pershing-Stationierung nichts ändern, erst wenn die Republik unbeherrschbar werde, gebe es keine. Deshalb sollte an der Notwendigkeit der direkten, gewaltfreien Aktionen festgehalten werden.

taz, 9.6.83

taz, 9.6.83

Basisdemokratie oder Volksbefragung

Die Befürworter einer Volksbefragung halten, daß die Sozialdemokraten („Friedensinitiativen“) sich dieser Forderung anschließen sollten die Verhandlungen in Genuß schenken. Zu glauben, die SPD helfe sich darauf ab, ist eine grobe politische Fehleinschätzung, denn die deutschen Sozialdemokraten haben in ihrer Mehrheit einen sehr engen Parlamentarismusbegriff, der zumindest einen Volksentscheid ausschließt. Die Frage ist in der SPD bereits in anderen Zusammenhängen (Atomenergie, § 219) mehrfach diskutiert worden. Zudem lehnt an eine Volksbefragung bzw. einen Volksentscheid vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Erfahrung der Instrumentalisierung von Volksentscheiden durch feindselige Staaten zu Recht ab.

Es stellt sich die Frage nach der demokratischen Qualität einer Volksbefragung in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit. Wer meint, daß eine Volksbefragung unter den Bedingungen und Verhältnissen der BRD Gesellschaft etwas mit Basisdemokratie gemein hat, der hat diesen essential demokratischen Begriff sehr richtig verstanden oder es ist einer politischen Pubertät als Dogma, das sich zu sehr verhält, daß es mit diesem Begriff was aus einer sinnvollen Wort-

wahl macht. Basisdemokratie ist in der Bewegung und in gesellschaftlichen Nischen als Vorwegnahme einer zukünftigen Gesellschaft praktizierbar. Basisdemokratie ist eine politische Utopie, die eine Leitlinie unseres politischen Handelns sein muß. Konkret: CDU/CSU/DFP werden gemeinsam mit allen an der Ausnutzung unterworfenen Kreisen und den bürgerlichen Massenmedien viel Geld für eine Kampagne aufbringen, der die Friedensbewegung nichts Adäquates entgegenzusetzen haben wird. Man wird alle Mittel der Manipulation einsetzen, um die Friedensbewegung um gesellschaftliche Absicht zu drängen, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse werden eine starke Gegenöffentlichkeit nicht zulassen können lassen.

Das Ergebnis einer Volksbefragung hat juristisch keine Konsequenzen, dient lediglich zur Legitimation politischen Handelns. In einer stark emotional geprägten politischen Stimmung und Situation verkennt das Instrument der Volksbefragung zu einer Legitimation „per postumum“, Konrad Kohl wird die Bundesbürger wie Fernschüler in ihren Wohnzimmern anrufen: Wollt ihr die totale sowjetische Überlegenheit?

Jörg Bodemann

Bremen, den 2. Juni 83

ZUSTIMMUNGSKLÄRUNG

Die heutige Versammlung des Betrieblichen Alternativen Bündnisses (BAB) Bremen erklärt hiermit ihre Zustimmung, sich nach Kräften für ein Volksbegehren für einen Volksentscheid gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Europa einzusetzen. Die Anwesenden fordern die Teilnehmer der Friedenskonferenz am 12. Juni 83 in Hannover auf, einen eindeutigen dahingehenden Beschluß zu fassen.

Die vor der geplanten Stationierung verbleibenden Monate müssen genutzt werden, die Raketenstationierung politisch undurchführbar zu machen. Das ist möglich!

Entscheidend dabei ist, ob es der Friedensbewegung gelingt, die deutliche Mehrheit der Bevölkerung für ein entschlossenes NEIN gegen die Raketenstationierung zu gewinnen.

Die Kampagne VOLKSBEGEHREN FÜR EINEN VOLKSENTSCHEID ist ein entscheidendes Mittel, den Friedenskampf zu verbreitern und zu vertiefen.

schärfen. Sie ist die richtige Antwort auf die psychologischen Kriegsvorbereitungen der Herrschenden und bietet über zur aktiven Widerstandsbewegung.

Einmündig angenommen.

Bremen/Bremerhaven

Inzwischen ist von Peter Willers (Grüne) ein Antrag für eine Volksbefragung parallel zu den Landtagswahlen in Bremen eingebracht worden. Es ist in Bremen/Bremerhaven noch umstritten, ob für den Fall der Ablehnung durch die SPD-Mehrheit (die 1981 ein Volksbefragungsgesetz verabschiedet hatte) ein (in der Bremischen Verfassung vorgesehenes) Volksbegehren (20% der Wahlberechtigten müssen unterschreiben) oder eine autonome Volksabstimmung vor den Wahllokalen durchgeführt werden soll, wie es die BIFA vorschlägt.



Wenn taz Redakteure schon in Kommentaren sich über eine politische Kampagne so austoben, kann die taz-

Leiterschaft sicher sein, daß sie entsprechend „begründet“ informiert wird.

Dokumente

Atomwaffen - Nein! Volksbefragung - Ja! Der atomaren Bedrohung widerstehen!

Verabschiedeter Text der
Versammlung am 12.6. in Hannover

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

An die Grünen
im Bundestag
Bundestag, 5300 Bonn
dem Bundesvorsitzenden der Grünen zur
Kenntnisnahme

SPD-Fraktion im Landtag des Saar-
landes
Saarbrücken, den 13. Juni 1983
(Bav) Nr. 189/83.

SPD für konsultative Volksbefragung über Raketenstationierung

Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, dann sollen ab Ende dieses Jahres 108 Pershing II-Raketen und ein Teil der 472 Cruise Missiles in unserem Land stationiert werden. Diese neuartigen Atomwaffen bringen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Die Bundesrepublik wird sowohl Start- als auch Zielscheibe für den Atomkrieg. Das kann zum Ausbruch eines atomaren III. Weltkrieges führen, der die Existenz der gesamten Menschheit gefährdet.

Die neuen Atomwaffen sind für einen atomaren Erstschlag gegen die Sowjetunion geeignet. Im Falle der Stationierung muß damit gerechnet werden, daß vergewaltigte Raketen in den osteuropäischen Ländern stationiert werden. Die beiden deutschen Staaten drohen ein atomares Schlachtfeld zu werden.

Die Bundesregierung behauptet, die neuen Atomwaffen sollen uns schützen. Was ist das für ein Schutz, wenn mit der Stationierung die Gefahr eines Atomkrieges größer wird? Wo bleibt unsere Sicherheit, wenn bei dem Einsatz dieser Atomwaffen unser Land der vollständigen Vernichtung preisgegeben und Europa zu einer unbewohnbaren Wüste wird? Die Bundesregierung versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob in Genf ernsthaft verhandelt wird. Trotz der Genfer Verhandlungen gehen die Vorbereitungen für die Stationierung und die Produktion der neuen Raketen weiter. Nach allen Erfahrungen der letzten 30 Jahre mit sogenannten „Abrüstungsverhandlungen“ ist ein berechtigtes Mißtrauen angebracht, daß die Regierungen auf diesem Wege die Atomwaffen abschaffen werden. Gegen die atomare Bedrohung ist deshalb ein weltweiter Widerstand der Völker notwendig.

Alle Meinungsumfragen zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist, in zahlreichen Appellen, Demonstrationen und anderen Formen des Protestes haben

Bundesregierung hat deshalb kein Mandat und keine Legitimation, gegen den Willen eines großen Teils unserer Bevölkerung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zuzustimmen. In dieser existenziellen Frage muß der Wille der Bevölkerung mehr gelten als die militärischen Pläne einiger Politiker.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, über die geplante Stationierung von neuen Atomwaffen eine Volksbefragung durchzuführen.

Die Volksbefragung muß auf der Unmißverständlichkeit und klaren Fragestellung beruhen.

„Ich lehne die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ab. Ich fordere die Bundesregierung auf, eine Volksbefragung über die Stationierung neuer Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen.“

Wir rufen alle BundesbürgerInnen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, des Berufs oder der Religion auf, der Gefahr eines Atomkrieges entgegenzutreten. Unser Ziel ist ein atomwaffenfreies Europa sowie ein weltweites Verbot für alle atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen. Fangen wir durch die Verhinderung der Stationierung bei uns damit an!

Unterstützt die Kampagne für eine Volksbefragung gegen diese neuen Atomwaffen! Wir fordern alle Kräfte der Friedensbewegung und den Koordinierungsausschuß auf, mit uns gemeinsam eine breite Kampagne für diese Volksbefragung durchzuführen.

Auskunft und Materialien sind zu erhalten bei:

Auskunft und Materialien sind zu erhalten bei:
Koordinierungsausschuß „Volksbefragung“
Estermannstr. 179, 5300 Bonn 1

Die Initiatoren des Krefelder Appells
— Gert Bastian, Petra Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Bräuer, Gösta von Uexküll und Josef

Weber — richteten am 9. Juni 1983 an die Fraktionen des Deutschen Bundestages folgenden Brief:

Volksbefragung

„Sehr geehrte Damen und Herren, in wenigen Monaten sollen in unserem Land neue amerikanische Mittelstreckenraketen stationiert werden. Dies ist für die US-Regierung eine beschlossene Sache, und Verteidigungsminister Weinberger legte bei seinem letzten Besuch in Bonn einen genauen Stationierungsplan vor. Die damit verbundene Bedrohung des Friedens kann und darf nicht hingegenommen werden. Bundeskanzler Kohl mag sich zwar durch den US-Präsidenten Reagan in die Pflicht genommen sehen, mit der Zustimmung unserer Bevölkerung kann er nicht rechnen.“

Millionen Menschen in unserem Land haben gegen die Stationierung protestiert und warnend ihre Stimme erhoben. Die bereits jetzt vorliegenden rund vier Millionen Unterschriften unter den Krefelder Appell legen Zeugnis von dem tatsächlichen Willen der Bevölkerung ab, ebenso die entsprechenden Beschlüsse von Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Kirchen und aus vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Alle bekanntgewordenen Meinungsäußerungen und die Kenntnis von der Situation, die 61 Prozent Raketengegner ausweist, berechtigen zu der Feststellung, daß die Bundesregie-

rung kein Mandat für die Stationierung besitzt. Nur das Volk selbst kann in einer so fundamentalen Frage entscheiden.

Wir fordern deshalb von Ihnen in dieser ernsten Stunde: Ergreifen Sie unverzüglich die parlamentarische Initiative oder unterstützen Sie entsprechende Vorhaben für eine konsultative Volksbefragung! Damit wären die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die im Krefelder Appell erhobene Forderung auf administrativem Weg der gesamten Bevölkerung zum Abstimmungsvorgang vorgelegt wird. Die Initiative für die Befragung sollte noch vor der Sommerpause erfolgen, damit nicht immer mehr vollendete Tatsachen alles wieder in Frage stellen.

Wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit lauten heute die Akzente: Abrüstung oder Weltvernichtung? Deshalb werden wir unsere Volksbefragung mit dem Krefelder Appell fortsetzen.

Wir hoffen, daß Sie Ihren sich aus dem Wahlerauftrag und dem Friedensgebot des Grundgesetzes ergebenden Verpflichtungen entsprechen und in der Existenzfrage unseres Volkes verantwortungsbewußt entscheiden.“

Liebe Freundinnen und Freunde, mit großer Zustimmung haben wir zur Kenntnis genommen, daß auch der Bundestag der Grünen eine Volksbefragung gefordert hat. Damit ist auch von den Grünen ein wesentliches Zeichen gesetzt worden, das die Mobilisierung für diese Forderung entscheidend unterstützt.

Wir können uns wie eine Reihe weiterer Gruppen der unabhängigen Friedensbewegung die Sache nur im Wege des Versuchs vorstellen, eine „Konsultative Volksbefragung“ per Gesetz im Bundestag beschließen zu lassen, wobei wir auch bei einer „konsultativen Volksbefragung“ davon ausgehen müssen, daß die Wahrscheinlichkeit, daß der Bundestag ein entsprechendes Gesetz beschließt, gering ist. Eine Orientierung auf Referendum oder Volksentscheid halten wir für politisch falsch, weil diese Möglichkeiten in der Verfassung nicht vorgesehen sind. Ein Volksentscheid wäre grundrechtsdogmatisch gesehen verfassungswidrig, d.h. er wäre nur denkbar, wenn die Verfassung vorher mit 2/3 Mehrheit geändert wird. Wir halten es angesichts der bevorstehenden Auseinandersetzungen für wichtig, daß aus der Friedensbewegung keine Forderungen aufgestellt werden, die mit den Grundrechten nicht vereinbar sind, vor allem auch deshalb, weil wir ja in Bezug auf das Demonstrationsrecht ebenfalls grundrechtsdogmatisch argumentieren, d.h. die Demonstrationsfreiheit so weit auslegen, daß sie z.B. gewaltfreien Widerstand einschließt und die bereits praktizierten Maßnahmen (Polizeimassengas, Kostenbescheide, Schubart-Urteil u.ä.) und vor allem die Verletzung des Versammlungsgesetzes als grundgesetzwidrig beklumpfen.

Zurück zur konsultativen Volksbefragung. Wir möchten auch dringend ersuchen, nicht voreilig als grüne Fraktion einen Gesetzentwurf einzubringen. Wir bitten euch, alles zu unternehmen und werden euch dabei von außerparlamentarischer Seite unterstützen, daß ein Gesetzentwurf von einer möglichst großen Abgeordnetengruppe eingebracht wird, also von Grünen, Sozialdemokraten und vereinzelt CDU- und FDP-„Dissidenten“. Es mußte al-

les versucht werden, auch wenn wir im vorherigen noch nicht wissen, ob dies gelingt, daß sich über den Antrag für ein „Gesetz für eine konsultative Volksbefragung eine Art „Friedensfraktion“ im Deutschen Bundestag präsentiert.

Desweiteren meinen wir, daß der Antrag nicht zu früh eingebracht werden darf. Es kommt jetzt erst einmal auf eine außerparlamentarische Mobilisierung an.

Wie ihr bereits wißt, laden Aktion Suhrzechen/Friedensdienste, BBU, Gustav-Heinemann-Initiative und unser Komitee für Donnerstag, 23. Juni, 17 Uhr alle Bundestagsabgeordneten und die Bonner Presse zu einem Hearing ein, bei dem Gutachter (Küchenhoff, Daubler, Nann) die zentralen Argumente für eine konsultative Volksbefragung in der Stationierungsfrage referieren und den Abgeordneten und der Presse Rede und Antwort stehen. Als nächsten Schritt planen wir eine Petitionskampagne an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages. Das wird erheblich zur außerparlamentarischen Mobilisierung beitragen.

Entweder sollte ein Gesetzentwurf vom Bundestagsabgeordneten eingebracht werden (etwa Mitte August), damit er relativ bald nach den Parlamentsferien im Bundestag diskutiert werden kann. Selbstverständlich läuft auch dann die Petitionskampagne weiter.

Nochmals kurz und im Klartext. So wichtig und richtig der Beschluß eures Bundestags war, so problematisch und im gewissen Sinne demobilisierend würde es wirken, wenn die Fraktion der Grünen im Bundestag noch vor der Sommerpause im Alleingang einen Gesetzentwurf einbringen würde.

Dies ist nicht lediglich meine persönliche Meinung, sondern sie wird nach vielen Diskussionen am Rande der Ulmer Aktionskonferenz und Telefonaten, die ich mit fast allen Vertretern von Gruppen, die für die Kampagne konsultative Volksbefragung sind, geführt habe, geteilt.

Klaus Vack

Bundesregierung muß sich dem Votum der Bevölkerung stellen! Bundesregierung muß sich dem Votum der Bevölkerung stellen! Die Kampagne für atomwaffenfreie Städte zeigt Wirkung (Stellungnahme der DFG-VK)

In über 300 Orten der Bundesrepublik Deutschland führen Gruppen der Friedensbewegung Aktionen mit dem Ziel durch, ihre Stadt zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. In mehr als 40 Städten sind bereits dahingehende Beschlüsse von Stadträten gefaßt worden. Mehr noch als die Zahl der atomwaffenfreien Städte zeigen die Reaktionen der Raketenbefürworter im Innenministerium der CDU/CSU die Angst vor der Wirkung der Kampagne.

Gemeindebeschlüsse zu Atomwaffen sollen mit Verboten verhindert bzw. aufgehoben werden, selbst dann, wenn sie nur eine politische Meinungsäußerung sind. Behauptet wird, sie seien rechtswidrig, weil für friedenspolitische Fragen ausschließlich Bundesorgane zuständig seien. Mit politischer Diffamierung und durch Verbote soll darüber hinweggetäuscht werden, daß man sich einer demokratischen Auseinandersetzung und Mitentscheidung der Bevölkerung nicht stellen will. Stattdessen wird der Anspruch erhoben, daß selbst über eine Frage von solch existenzieller Bedeutung wie die geplante Raketenstationierung Parlament und Regierung gegen den bekundeten Mehrheitswillen entscheiden darf.

Mit der Kampagne für atomwaffenfreie Städte und Regionen ging es

der DFG-VK dagegen um eine demokratische Bürgerbeteiligung in der Frage, ob neue US-Atomraketen in unserem Land stationiert werden sollen. Deshalb wurden „Straße für Straße — Stadt für Stadt“ bereits zigtausende von Menschen informiert und befragt. In diesem Sinne begrüßen wir die Idee einer konsultativen Volksbefragung. Wir wissen ebenso wie die Bundesregierung, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Stationierung der Atomraketen nicht will. Das Parlament unseres Landes muß durch ein entsprechendes Gesetz die Voraussetzung schaffen, damit ein Votum aller Bundesbürger vor einer Stationierung erfolgen kann. Diesem Votum muß sich die Bundesregierung stellen und dementsprechend handeln, wenn sie demokratisch legitimiert sein will.

Wir sind der Meinung, daß eine konsultative Volksbefragung eine politische richtige und notwendige Erweiterung aller Kampagnen ist, die darauf abzielen, eine demokratische Bürgerbeteiligung in der Stationierungsfrage zu erreichen. In diesem Sinne streben wir eine außerordentliche Diskussion in der Friedensbewegung an, mit dem Ziel:

- daß alle Teile der Friedensbewegung mit dieser Weiterentwicklung bisheriger Kampagnen einverstanden sind und sie mittragen;
- daß die Volksbefragung eine eindeutige Aussage herbeiführt, ob sie die bereits von mehreren Millionen Menschen erhobene Forderung unterstützen, daß die Bundesregierung ihre Zustimmung zum NATO-Raketenbeschluß und damit zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zurückziehen soll;
- daß es auf dieser Grundlage zu einer gemeinsamen Gesetzesinitiative der parlamentarischen Opposition kommt.

Um den außerparlamentarischen Druck weiter zu entfalten, werden wir mit neuen Initiativen die Kampagne für atomwaffenfreie Städte verstärken und weiterführen. Aufgrund der Kampagne werden sich in den nächsten Tagen und Wochen weitere Städte und Gemeinden zu atomwaffenfreien Zonen erklären und damit zum Ausdruck bringen, die Bevölkerung will keine neuen Atomraketen!

Essen, den 29. Mai 1983
Bundesvorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft-Verenigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

Interview mit Peter Grohmann, ESG-Sprecher, nach dem Kirchentag

Wird die Friedensbewegung immer zahnloser?

Peter Grohmann ist Pressereferent der ESG, hat die Aktivitäten der ESG zum diesjährigen Kirchentag mit vorbereitet und war 1982 einer der Sprecher der Organisatoren der Bonn-Demo vom 10.6.

AK: Der evangelische Kirchentag ist zu Ende. Wo steht die Friedensbewegung jetzt?

Peter: Gegenüber dem Kirchentag in Hamburg 1981 war es zweifellos ein Rückschritt. Zwar waren die Veranstaltungen beherrscht von einem Meer von lila Tüchern. Aber die politische Schärfe hat doch deutlich nachgelassen. Fast konnte man den Eindruck gewinnen, der „drive“ sei ein Stück weit raus aus

stimmen die Kirche, und man muß doch schließlich auch Rüstungsbefürwortern und Bundeswehr Raum zur Selbstdarstellung geben.

In der Zusammenchau vom ZDF von der Abschlusskundgebung überwog das Lila, bezeichnenderweise waren die Inhalte vollkommen ausgeblendet, beispielsweise war der Text auf dem riesigen Spruchband „Für ein Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungswaffen“ nicht zu sehen, stattdessen aber zigtausende wedelnde lila Tücher. So wurde schon rein optisch der Eindruck vermittelt: Für den Frieden sind doch eigentlich alle

AK: Das Motto „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ hätte wohl besser gepaßt ...

Peter: So kam das rüber. Es kam nicht mehr raus, daß wir jetzt eigentlich ein bedingungsloses Nein sagen müssen. Fallen wir nicht deutlich hinter Aktionen der amerikanischen Kirche, der amerikanischen Friedensbewegung zurück, beispielsweise hinter die militänten und aufsehenerregenden Aktivitäten der Brüder Berigan? Oder auch hinter die Positionen von Dorothy Sölle, die angesichts der Größe der Gefahr radikalen zivilen Ungehorsam zum Gebot der Stunde macht, selbst wenn das Berufsverbot und Knaus nach sich zieht.

Leider ist diese Kompromißbereitschaft und dieses Integrität-Sein-Wollen nicht auf die christliche Friedensbewegung beschränkt. Diese Tendenz gibt es auch bei den Grünen, wenn ich mir anschau, was Bahro auf dem Hannoveraner Parteitag gesagt hat. Wir müßten der CDU-Wahlerschaft beweisen, daß wir doch zu dieser Gesellschaft gehören, daß wir

Diskussion um atomwaffenfreie Zonen. Dieser Gedanke wird doch wirklich auf den Hund gebracht, wenn jedes Kilo zur atomwaffenfreien Zone erklärt wird. Damit wird unser Anliegen ins Lächerliche gezogen.

Eigentlich müßte man eine entgegengesetzte Verbindung knüpfen: Unsere Straße ist atomwaffenfrei, also werden wir sie blockieren, wenn die Bombentransporte kommen. Oder unser Bahnhof ist atomwaffenfrei, und

zung und Ausgrenzung nimmt das herrschende System vor. Aber schon vorher eine Gruppe auszugrenzen und sich auf das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit festnageln zu lassen, führt dazu, daß die Herrschenden und die herrschende Meinung immer ein Stück mehr vom Selbstbewußtsein der Friedensbewegung abschneiden.

Ich habe das in der innerkirchlichen Diskussion erlebt. Manche Kirchenleute haben das Blockieren von Militärstützungen für Gewalt. Da müßte man dann eigentlich — wenn man gewaltfrei sein will — darauf eingehen und die Blockade auflösen, zurückziehen, auf den Gehweg gehen. Sobald man sich auf diese Diskussion einläßt, ist man permanent in der Defensive. Die Stärke der Bewegung liegt in ihrer Vielfalt, ohne jede Ausgrenzung. Das spricht natürlich nicht gegen eine konkrete und gut abgesprochene Aktionsplanung.

AK: Was können wir tun?

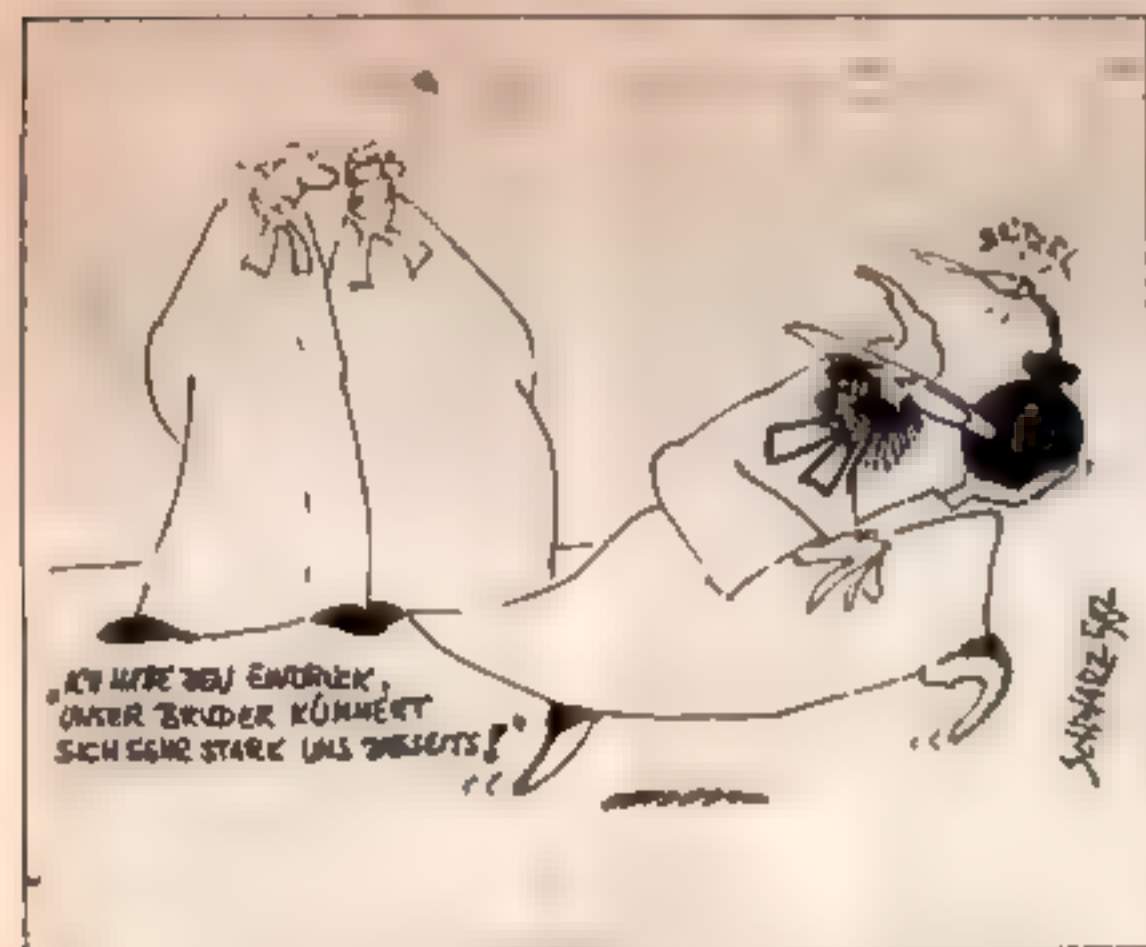
Peter: Die Problemstellung von Dorothy Sölle muß Allgemeingut werden: Mehr für den Frieden riskieren! Das ist noch viel zu wenig diskutiert, durchdacht. Warum nicht Demos wie die unter dem Motto „Bürger besuchen den Frankfurter Flughafen“ im November 1981? Warum nicht so selbstbewußt handeln wie in Wyhl, Brokdorf, Gorleben, Kalkar? Hierbei sind natürlich die Stationierungsorte Kristallisationspunkte des Widerstands.

Der Widerstand muß alltäglich werden! Was können die Menschen im Betrieb, im Büro, in der Schule, in den Stadtteilen tun? Widerstand wird subversiv sein müssen, zersetzend, klug, überlegt. Für mich war zum Beispiel in dieser ganzen hocherfreuten Volkszahlungsboykott-Bewegung frapierend, wie sehr die Leute Angst vor Irzahlungsboykott-Bewegung frapierend, wie sehr die Leute Angst vor irgend einem komischen Paragraphen hatten. Immer wieder die Frage: Was kann uns passieren, was ist das juristisch? Was droht nun — der Krieg oder der Paragraph? Welche Formen, welche Mittel sind die effektivsten, welche und der Bedrohung am angemessen. Und hier hat die Bewegung in den letzten Jahren im Verhältnis zur galoppierenden Kriegsgefahr ganz klar Boden verloren.

Der einzige Weg, um hier aufzuholen, ist mit dem Prinzip der „Einheit um jeden Preis“ Schluß zu machen. Sicher müssen und werden wir lauter

Vom „großen historischen Kompromiß“ mit der Kirchenleitung

der Friedensbewegung. Es wurde der „große historische Kompromiß“ geschlossen, zwischen kirchlicher Friedensbewegung und Amtskirche. Z.B. Ausdruck dieser Entwicklung war der „Kuhhandel“ zwischen der Mehrheit der Friedensgruppen und Organisationen und der Kirchentagsleitung. In Punkto lila Tücher: Da wurde doch tatsächlich angeboten: Wir nehmen die Tücher beim Abendmahl auf der Schlußveranstaltung ab, wenn wir im Gegenzug unser persönliches „Nein ohne jedes Ja“ zu den Massenvernich-



lungswaffen kurz begründen dürfen. Diese Tendenz zum „lieben Kompromiß“ ist ein ganz großer Unterschied zu Hamburg gewesen und zeigte sich auch noch in anderen Punkten:

— Während in Hamburg die Friedensbewegung aus dem Kirchentagsgelände auszog, hinein in die Stadt zu den Menschen, war es in Hannover umgekehrt. Die liebe lila Demonstration verlief von der Stadt hin zum Kirchentag, zum Teil auch zu den gottesdienstlichen Veranstaltungen, man und frau sangen auch schon mal fromm-fröhliche Lieder aus dem Kirchentagsliederbuch. Dafür gab's dann auch eine Grußadresse der Kirchentagsleitung an die Bewegung und die offizielle Lautsprecheranlage, soweit ich weiß.

— Während in Hamburg die Demonstration unter sehr starker Beteiligung der Linken, der Spontis, der Bevölkerung abließ, waren in Hannover Transparenzen nur ganz selten zu sehen. Rot ist halt irgendwie unangenehm.

— Vor zwei Jahren gab es sehr „aufmüpfige“ Aktivitäten, u.a. die Störung einer Apfel-Veranstaltung. Dieses Element fehlte diesmal.

Unserm Strich kann man sagen, daß das Konzept der Kirchentagsleitung unter Erhard Lippert voll aufgegangen ist. Nämlich die kirchliche Friedensbewegung verliert sich einzuordnen. Das starke Motto „Ja in Nein ohne jedes Ja“ wurde durch ein Ja ausgehöhlt. Pluralität und Friedensbewusstheit be-

keine Außenseiter sind. Richtig, Rudi. Aber: Die anderen sind die Außenseiter.

AK: Habt ihr von der ESG hier vermischt, gegenzuschießen?

Peter: Natürlich gibt es dazu auch in der ESG geteilte Ansichten. Wir haben uns aber sofort gegen das Abnehmen der lila Tücher beim Abendmahl gewandt, und auch in einigen anderen Punkten ein offensiveres Vorgehen gefordert. Damit stießen wir jedoch weniggehend auf Unverständnis.

AK: Mit solchen „friedlichen Großveranstaltungen“ allein können wir wohl kaum genügend Druck gegen die „Nachrüstung“ entwickeln.

Peter: Solange sich der Widerstand in einer undemokratischen Gesellschaft

In einer undemokratischen Gesellschaft nicht an „demokratische Spielregeln“ halten

an die „demokratischen Spielregeln“ hält, bleibt es wirklich beim Spiel. Wir müssen im Sinne von Sölle und der Berigan radikaler werden, wir müssen persönliche Opfer einkaufieren, angriffen handeln. Nehmen wir mal die

AK: Können wir diesen Trend im Herbst auflockern?

Peter: Die Bewegung muß die Zähne zeigen, die sie hat. Großdemonstrationen allein können die Mächtigen kalt. Schade, daß dies auf den Vorbereitungskonferenzen für den Oktober großteils nicht erkannt wurde. Zudem sind radikale Kriegsgegner oft dort unterrepräsentiert gegenüber der agilen und majorisierenden DKP mit Anhang. Wir dürfen diese Grenzen nicht dem Kofaz-Spektrum überlassen. Für den Herbst wünsche ich mir zweierlei: Einerseits, daß wir ihn nicht verabsolutieren. Die Vorrüstung geht auch 1984 weiter, unser Widerstand muß ebenfalls weitergehen.

Andererseits erhoffe ich mir eine Zunahme von Aktionen des zivilen Ungehorsams. Ich will hier nicht unbedingt das große Wort vom Generalstreik in den Mund nehmen. Aktionen von recht kleinen Gewerkschaften wie der IG Druck und Papier mit der djv (Journalistenunion) oder der Gewerkschaft Kunst hätten vermutlich Signalwirkung. Nehmen wir nur mal die Journalisten, die zu 70-80% gewerkschaftlich organisiert sind. Sieh Dir vor, was die in den Funkhäusern machen könnten, vom Ansaß, der „alternative“ Nachrichten verliert bis hin zum Moderator der Jugendsendung, der zum Schulstreik auffordert. Ich kann niemandem Ratschläge erteilen. Aber eigentlich ist das nur die logische Konsequenz, wenn die Beschlüsse, die es z.B. in der Drupa gibt, ernst genommen werden.

Ein anderes Beispiel: Die Friedensbewegung hat mittlerweile eine solche Breite erreicht, daß sie auch Leute umfaßt, die im Apparat und in der Bürokratie drin sitzen. Warum öffnen sie nicht die Treue? Warum veröffentlichen sie nicht die Stationierungspläne, Krisenpläne, Notstandsmaßnahmen? Die Öffentlichkeitswirkung wäre enorm! Das könnte den Boden schaffen für ein größeres Selbstbewußtsein auch in der Bevölkerung.

AK: Ein Problem ist auch, daß das Spektrum, das gerade dies will, in sich unklar ist. Zu erinnern wäre an die Frankfurter Konferenz „Ziviler Ungehorsam“ im Februar dieses Jahres, die am Bekenntnis zur „Gewaltfreiheit“ geplättelt ist.

Peter: Zur „Gewaltfrage“ habe ich schon öfter betont, daß es nicht Aufgabe der Friedensbewegung sein kann, sich immer wieder von dieser oder jener Aktionsform abzugrenzen. Abgren-

„Der radikalere Flügel muß selbständig weitergehen“

wieder große gemeinsame Manifestationen machen. Aber der radikalere Teil der Bewegung muß selbständig weitergehen, muß versuchen durch eigenständiges Vorgehen auch den Rest mitzureißen. Wir können uns nicht immer an den Langsamten und Harmlosen orientieren.

So haben die selbstbewußten Teile der Friedensbewegung letztes Jahr in Bonn gesagt: Wir demonstrieren am linken rheinischen Ufer, weil dort die NATO ist, und davon kann uns niemand abhalten, weder Aktion Sühnezeichen, noch die DKP, noch die Jusos. Und siehe da, es hat geklappt, und das Kofaz-Spektrum mußte diesem Drängen schließlich nachgeben (freilich nicht ohne Störmanöver). Ein klein bißchen sollten wir uns an die Geschichte der APO zurückerkennen. Wie groß war das Gezerter der Medien über die Radikalität der Aktionen und über den Ungehorsam, wie er sich z.B. in den Blockaden gegen Springer äußerte. Hatten wir damals darauf verzichten sollen, nur weil „die Mehrheit“ oder „die Kollegen“ da nicht mitgemacht haben? Oder umgekehrt gefragt: Hat nicht die APO Gewalttätiges erreicht, gerade weil sie auf bestimmte legalistische Spielregeln keine Rücksicht genommen hat?

Diese Dimensionen sind uns ein Stück weit verloren gegangen. Wollen wir erfolgreich sein, kommen wir nicht drum herum, an den damaligen Erfahrungen anzuknüpfen.

Das Interview führte Gerson aus dem K.B. Stuttgart 14.6.83

Bundesweite Arbeitsgruppe gebildet:

Zusammenhang von „ziviler“ und militärischer Nutzung der Atomenergie

Auf der letzten Atommüllkonferenz wurde beschlossen, eine bundesweite Arbeitsgruppe zum Zusammenhang von ziviler und militärischer Nutzung von Atomenergie zu bilden.

Erste Aufgabe dieser AG soll sein, ein vierseitiges Faltblatt über diese Thematik zu erstellen, um damit im Herbst u.a. gezielt in die Friedensbewegung hineinarbeiten zu können.

Diese Faltblatt soll bis zur nächsten Atommüllkonferenz erarbeitet werden, sie am 10./11. September in Ahaus stattfinden wird.

Das erste Treffen dieser AG fand am 22. Mai in Schwandorf statt, ein Tag nach der dort stattgefundenen Großdemo gegen die geplante WAA. Folgende Fragestellungen wurden erarbeitet, gemeinsam Material dazu zusammengetragen und als Arbeitsaufträge unter den Anwesenden aufgeteilt:

- 1) Die Frage des bombenfähigen Materials: für welche Art von Bomben wird welches Material benötigt und wo kommt es her?
- 2) Plutonium-Kreislauf: Was läuft bisher und die nächsten 10 Jahre mit PU? Was ist langfristig mit PU geplant?
- 3) Mit Uranwasserstoffangereichertes PU geplant?
- 4) Der Atomwaffenperrvertrag
- 5) Erfahrungen in anderen Ländern:
 - a) USA
 - b) Frankreich
 - c) Großbritannien
- 6) Die Problematik des Atomexperts:
 - a) Argentinien
 - b) Brasilien
 - c) Südafrika
- 7) Verquickung zwischen der Atommafia und den Nazis, den Begründern der Atomforschung

Zu diesen sechs Bereichen sollen ausführliche Papiere erarbeitet werden. Sie werden über das ANTI-ATOMBÜRO (Tel. 03694/137) für alle erhältlich sein, die auf der nächsten Atommüllkonferenz vorhaben, in dieser AG mitzuarbeiten.

Auf der Grundlage dieser Arbeitspapiere wird auf dem nächsten Treffen der AG das Faltblatt erarbeitet werden. Eine weitergehende Überlegung war, eine umfassende Broschüre zu diesem Bereich zu erstellen mit dem dann vorliegenden ausführlichen Material.

Mitterand isoliert

Ergebnis einer Umfrage in Frankreich zwischen dem 26. und 31. Mai: Die Franzosen sind mehrheitlich Gegner der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa, wünschen sich Verhandlungen mit der Sowjet-Union und meinen, schlecht informiert zu werden.

70% der Befragten fühlen sich schlecht informiert (46% schlecht und 33% sehr schlecht). Insbesondere die Jugendlichen zwischen 18 und 34 Jahren beklagen ein starkes Informationsdefizit (zu 84%).

Ob ausreichend informiert oder nicht und jedenfalls 44% der Franzosen für einen Verzicht der USA auf ihre geplante Stationierung (34% der Befragten) — auch wenn die SU ihre SS-20-Raketen aufrechterhalten würde. Die Hälfte der Befragten (59% bei den Jugendlichen) unterstützt „parlamentarische Demonstrationen“ gegen die geplante Stationierung der US-Waffen (nach „Liberation“ vom 15.6.83).

Nachdruck: Frankreich-Kommission

Wenn heute die Frage eines Generalstreiks gegen die Raketenstationierung in die Diskussion gebracht wird, dann erscheint es sinnvoll, sich eine in mancher Hinsicht ähnliche Situation in der Geschichte der BRD zu vergegenwärtigen, den Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr 1958. Damals stand nämlich auch — zumindest in vielen Resolutionen — der Generalstreik „auf der Tagesordnung“.

Bis zum Jahre 58 hatte die Forderung nach einem Generalstreik — jedenfalls im Zusammenhang mit militärpolitischen Fragen — praktisch keine Rolle gespielt. Selbst in den Jahren der Wiederaufrüstungsdebatten und der Diskussionen über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) (1950-55) bekam diese Forderung keine Relevanz, wenn sie auch wiederholt in einigen DGB-Landesverbänden und einzelnen Industriegewerkschaften als Kampfmittel gegen die EVG auftauchte.

Bis 52 hatte der DGB-Bundesvorstand sogar eine wesentlich freundlichere Haltung zu den Wiederaufrüstungsplänen Adenauers eingenommen als die SPD. Aktivitäten führte der DGB im Jahre 1952 ausschließlich gegen das von der CDU geplante Betriebsverfassungsgesetz (BVG) durch. Selbst nachdem am 11. Mai 52 auf einer antimilitaristischen Demonstration in Essen zum ersten Mal in der BRD ein Demonstrant von der Polizei erschossen, zwei weitere verletzt und 260 Teilnehmer verhaftet worden waren, war auf der nur vier Tage später stattfindenden großen Kundgebung des DGB gegen das BVG kein Wort gegen die Militarisierung zu hören.

Es gab dann zwar einzelne Arbeitsniederlegungen aus Protest gegen die Militärverträge, aber sie fanden keine Unterstützung in den Gewerkschaften. Der Unmut an der Gewerkschaftsbasis über die unklare und opportunistische Rhetorik des DGB-Vorstands in der Wiederaufrüstungsfrage war zwar groß, innerlich so groß, daß im Oktober der DGB-Vorsitzende Fette und sein Adjutant vom Hof ihren Hut nehmen mußten, allerdings nicht groß genug, um auf dem gleichen Gewerkschaftskongress klare Beschlüsse gegen die Remilitarisierung durchzusetzen.

Als im März 1953 der Vertrag über die EVG vor der Verabschiedung durch den Bundestag stand, schlugen die Vorgesetzten des DGB wieder hoch. Der DGB — der im übrigen zu den geplanten Verträgen keine inhaltliche Stellungnahme abgegeben hatte — war voll und ganz damit beschäftigt, Generalstreikgerüchte zu dementieren, so das Gerücht, wonach „linksergerichtete Kräfte im DGB mit der Vorbereitung eines großangelegten Generalstreiks beschäftigt seien, dessen Ziel die Zerschlagung der Krönungsarbeit der Koalition, nämlich die Ratifizierung der Verträge, sei und die Regierung zu Neuwahlen zwingen solle. Der Bundesvorstand des DGB teilte hierzu mit, daß es sich bei diesen Verlautbarungen offenbar um böswillige Zweckmeldungen handelt, die gegen die Gewerkschaften und zur Schädigung ihrer Einheit in die Öffentlichkeit getragen werden. Von Generalstreiks-Plänen „linksergerichtete Kräfte im Deutschen Gewerkschaftsbund“ ist ihm nichts bekannt. Der Bundesvorstand des DGB würde sich mit allen Mitteln gegen derartige Absichten wenden, wenn sie irgendwo bestünden. Sollten außergewerkschaftliche, respektive ungewerkschaftliche Kräfte mit dem Gedanken eines politischen Streiks spielen, so können sie sich dabei keinesfalls auf eine Mitbeteiligung oder Mitwirkung der Gewerkschaften berufen. Der Bundesvorstand des DGB richtet an alle gewerkschaftlichen Organe und an die Gewerkschaftsmitglieder die Bitte, sich an einem frivolsten Spiel mit dem Generalstreik keinesfalls zu beteiligen und darüber zu wachen, daß evtl. Vorbereitungsmaßnahmen unterbleiben.“ (nach Pirker 2)

In den Jahren 53/54 wuchs an der Gewerkschaftsbasis wieder der Mißmut über die laue Politik der Gewerkschaftsführung, die bei allen öffentlichen Anlässen das Thema Remilitarisierung lieber gar nicht zur Sprache brachte. Als dann beim dritten ordentlichen DGB-Kongress im Oktober 54 in Frankfurt der DGB-Vorsitzende Freitag genauso vorging und das Thema nicht erwähnte, erregte er von fast allen Diskussionsrednern scharfen Protest. Schließlich verabschiedete der Kongress einheitlich eine Erklärung gegen die Wiederaufrüstung, eine Erklärung allerdings, die von Otto Brenner u.a. eingebracht wurde, um einen radikaleren Antrag, für den auf dem Kongress Unterschriften gesammelt wurden, zu stoppen. Die schließlich verabschiedete Erklärung lautete am Schluß: „Der Bundestag lehnt jeden Wehrbeitrag ab, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind mit dem Ziele, eine Verständigung der

Zur Geschichte von Streiks gegen atomare Aufrüstung

Soziale Sicherheit statt Kanonen



Völker untereinander herbeizuführen, und die Einheit Deutschlands wiederhergestellt ist.“

Die Wiederaufrüstungsgegner unter den Delegierten mußten das Gefühl haben, wenigstens einen kleinen Erfolg errungen zu haben. Wieviel diese Resolution dann wirklich wert war, zeigte sich dann schon auf der folgenden Sitzung des DGB-Bundesvorstands, auf dem der DGB-Bundesvorstand erklärte: „Der Beschluß von Frankfurt trägt den Charakter einer reinen Demonstration und verpflichtet uns nicht zur Aktivität!“

Alle Proteste aus Gewerkschaftslogen gegen die Mißachtung der Frankfurter Beschlüsse fruchteten nichts. Einzige Ergebnisse waren blutleere Appelle der DGB-Führung an die Bundesregierung nach dem Motto „Wir sind in tiefer Sorge...“ usw.

Als dann am 27.2.55 die Pariser Verträge vom Bundestag ratifiziert wurden, kommentierte die gewerkschaftliche „Welt der Arbeit“: „Die Entscheidung ist, da sie durch ein demokratisch gewähltes Parlament gefällt wurde, verpflichtendes Gesetz.“

Die Zeiten ändern sich: Generalstreik gegen Atomrüstung?

Die Zeiten ändern sich: Generalstreik gegen Atomrüstung?

Ähnlich lapidare Äußerungen konnten sich Gewerkschaftsführer drei Jahre später nicht mehr leisten. Innerhalb der Gewerkschaftsgrenzen, aber auch auf Betriebs- und Vertrauensleuteebene war die Diskussion über die geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen mürbe.

Anlaß war ein von 44 Professoren unterzeichneter Aufruf, der sich besonders an die Gewerkschaften richtete: „Wir wenden uns besonders an die Gewerkschaften als größte berufsständische Organisation. Die Gewerkschaften sind politisch neutral. Als Organisation freier Staatsbürger haben sie sich jedoch das Recht vorbehalten, zu entscheidenden Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen. Uns scheint, dieses Recht ist jetzt zu einer Pflicht geworden. Jetzt geht es nicht mehr allein um Tarifverhandlungen. Was nützen höhere Löhne und besserer Lebensstandard, wenn die friedlichen Voraussetzungen hierfür nicht politisch gesichert werden. Die Fortsetzung und die Steigerung des Westlagers aber untergräbt unvermeidlich die Grundlagen des sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs.“

Dieser Appell brachte geradezu eine Legende von Entschlüssen und weiteren Appellen ins Rollen. Zustimmungserklärungen gaben ab: der Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden, der Hauptvorstand der DAG, die Bundeskonferenz der Hauptfachabteilung II K, sowie die Bezirkskonferenz NRW II der ÖTV, der Bezirksleitung Niedersachsen der IG Chemie-Papier-Keramik und zahlreiche DGB-Orts- und Kreisverbände. Das DGB-Funktionärsorgan „Die Quelle“ brachte in seiner März-Ausgabe einen Leitartikel des Chefredakteurs Kurt Brumlop unter dem Titel „Dem Atomtod den

Kampf!“ Dort hieß es: „Der Bundesvorstand des DGB nimmt diese Mahnungen von hochangesehenen Vertretern der Wissenschaft sehr ernst. Papierne Proteste reichen nicht mehr aus, um dem Ernst der Lage zu begegnen.“

Eine ganze Reihe von Gewerkschaftskonferenzen und -versammlungen ließ es indes bei Zustimmung- und Solidaritätsbekundungen nicht bewenden, sie erhoben Forderungen nach „gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen“. So forderte die erwähnte Bezirkskonferenz NRW II der ÖTV den DGB auf, „den 44 Universitätsprofessoren, jede gewerkschaftlich mögliche Form der Unterstützung zuteil werden zu lassen, einschließlich der Stilllegung von Betrieben, wenn die Bundesregierung auf anderem Wege von der Atomwaffnung nicht abgehalten werden kann“ und erhebt hierzu wenige Tage später selbst Schutzanhilfe vom Bundesvorsitzenden der ÖTV, Adolph Kummerow. In vielen Erklärungen (eine Auflistung siehe Kasten) wurde der Einsatz „aller gewerkschaftlichen Mittel“ „aller gewerkschaftlichen Machtmittel“ oder direkt „Generalstreik“ gefordert.

Einen Monat nach der Veröffentlichung des Appells der 44 kam es im Bundestag zu einer in der gesamten Bevölkerung vielbeachteten mehrstündigen Debatte um die Atomwaffnung.

Se gab der außerparlamentarischen Mobilisierung neuen Schub. Fast unmittelbar nach Ausgang der bis über Mitternacht andauernden Debatte kam es am folgenden Tag zu Arbeitsniederlegungen, zu Streikzettelaktionen und Protestkundgebungen. So versammelten sich in Bielefeld am Mittag 2.500 Arbeiter der dortigen Anker-Werke zu einer spontanen Protestkundgebung, legten in Mölke 250 Arbeiter einer Eisengeleise eine Stunde vor Arbeitsende die Arbeit nieder und formierten sich unter Führung des Betriebsratsvorsitzenden zu einem Demonstrationzug durch die Stadt. Am folgenden Tag gab es Arbeitsniederlegungen im Hamburger Hafen.

Auf der großen zentralen Kundgebung „Kampf dem Atomtod“ in Frankfurt, die am Wochenende zwischen der Bundestagsdebatte stattfand, und auf der die gesamte SPD- und DGB-Prominenz redete, wurden wieder Generalstreik Forderungen laut. In der ganzen bürgerlichen Presse wurde besorgt darüber berichtet, daß es bei den Reden Willi Richters (DGB-Vorsitzender), Robert Jungks und Erich Ollenhauers (SPD-Vorsitzender) zu „Generalstreik“-Rufen aus dem Auditorium kam. Willi Richter wußte offenbar gar nichts auf diese Zwischenrufe zu sagen und reagierte überhaupt nicht. Ollenhauer antwortete auf die Zurufe: „Wir müssen unsere Stimme in Stadt und Land erheben — heute und morgen —, auch auf in Kundgebungen nach dem Generalstreik rufen, sondern im Alltag die Umsetzung bekunden!“ (nach Kupp)

Angesichts der spontanen Kampfsammlung an der Basis beschloß die DGB-Spitze, nicht erst bei der nächsten Routine-Sitzung am 1. April die Situa-

tion in der Atomwaffenfrage zu beraten, sondern schon für den 28. März den gesamten Bundesvorstand eigens zu einer Sondersitzung nach Hamburg einzuberufen. Die eintreffenden Telegramme und Meldungen aus den DGB-Untergliederungen und Betrieben schienen darauf hinzudeuten, daß die Beunruhigung von Teilen der Industriearbeiterschaft ihren bisherigen Höhepunkt überschritten hatte.

Als nun der DGB-Bundesvorstand am 28.3. zusammentrat, erreichte die Welle der Protestaktionen einen neuen Aufschwung. Die ca. 3.000 Arbeiter des Braunschweiger Volkswagen-Werkes trafen am Vormittag, ohne daß die örtliche Gewerkschaftsorganisation dazu aufgerufen hatte, für eine Stunde in den Ausstand, ebenso ein nicht unbeträchtlicher Teil der 25.000 im Wolfsburger Hauptwerk Beschäftigten. Zur gleichen Zeit trafen in Hamburg Briefe, Telegramme und Fernschreiben ein, die vom Bundesvorstand den Beschluß von „Kampfmaßnahmen“ forderten.

Der Bundesvorstand aber beschloß eindeutig gegen diese Stimmung an der Basis und orientierte in eine ganz andere Richtung: „Der Bundesvorstand des DGB ist von tiefer Sorge über die möglichen Folgen dieser Bundestagsbeschlüsse erfüllt. Er ist davon überzeugt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes diese Beschlüsse nicht billigt. ... Der Bundesvorstand hält die Durchführung einer Volksbefragung über die atomare Bewaffnung für erforderlich, er wird prüfen (!), ob die Gewerkschaften eine Befragung ihrer Mitglieder durchführen sollen, wenn keine amtliche Volksbefragung erfolgt. ... Der Bundesvorstand behält sich (!) notfalls weitere Schritte vor.“

Das bedeutete, keine eigene außerparlamentarische Initiative wurde ergriffen, geschweige denn Streiks oder sogar ein Generalstreik angepeilt. Es ist nicht bekannt, wie die Diskussion innerhalb des Bundesvorstands am 28.3. verlaufen ist, sicherlich spielte aber für die Streikfrage eine unverhohlene Drohung der CDU-Sozialausschüsse eine Rolle, in welcher es hieß: „auch der geringste Versuch, die Verteidigungspolitik der Bundesregierung durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu beeinträchtigen, stöße auf den entschlossenen Widerstand der christlich-demokratischen Arbeitnehmererschaft. Das würde unweigerlich das Ende der gewerkschaftlichen Einheit bedeuten.“ Diese Drohung lieferte natürlich allen Gegnern des Generalstreiks innerhalb des DGB ein wunderbares Argument: „wäre unweigerlich das Ende der gewerkschaftlichen Einheit bedeuten.“ Diese Drohung lieferte natürlich allen Gegnern des Generalstreiks innerhalb des DGB ein wunderbares Argument für die Ablehnung entsprechender Aktivitäten.

Drei Tage nach der DGB-Vorstandssitzung empfing Adenauer eine Delegation des DGB unter Führung von Willi Richter. Es kam wieder zu Arbeitsniederlegungen. Überhaupt riß bis Ostern die Kette der Resolutionen aus Betrieben und unteren Gewerkschaftsbedeutungen nicht ab. Sie mündeten immer wieder in die Forderung an die DGB-Spitze, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen einzuleiten, ja — wenn nichts anderes fruchtete — den Generalstreik auszurufen.

Wie sehr sich die DGB-Führung mit ihrer laichen Haltung über die herrschende Stimmung hinwegsetzte, zeigt auch eine Meinungsumfrage des Allensbacher Instituts (das schon damals der CDU nahestand und keineswegs im Verdacht steht, Sympathien für die Atomwaffengegner gehabt zu haben). Nach dieser Erhebung befürworteten 52 % der gesamten erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik einen Streik zur Verhinderung der Atomrüstung der Bundeswehr. Nur 31 % lehnten einen Streik in dieser Frage ab. Das Ergebnis war umso bemerkenswerter, als bei derselben Umfrage sich nur 44 % für die Erforderlichkeit eines Streiks zugunsten von Lohnniederlegungen aussprachen.

In einzelnen Erklärungen schlossen sich führende Sozialdemokraten dieser Stimmung an. So erklärte Ollenhauer auf einer Preskonferenz, daß auch Arbeitsniederlegungen als verfassungsmäßige Mittel in der politischen Auseinandersetzung um die Atomwaffenfrage kämen. Helmut Schmidt sprach sich für den Fall des Mißlingens der sozialdemokratischen Volksbefragungspläne für einen auf zwei bis drei Tage befristeten „Generalstreik“ aus.

Auch von offizieller DGB-Seite wurde natürlich weiter mit dem Streik-Gedanken jongliert, obwohl jedem aufmerksamem Beobachter nach der Vorstandsitzung vom 28.3. klar sein mußte, daß es die DGB-Führung damit nicht ernst nahm. So wurden auf den folgenden Mai-Kundgebungen viele radikale Medien geschwungen, in denen die Streik-Forderung häufig auftauchte. Der schon erwähnte Chef-Redakteur der „Quelle“ überschrieb seinen Kommentar in der April-Ausgabe mit der Überschrift „Widerstand!“ und schloß mit dem Passus:

„Die Älteren unter uns in den Gewerkschaften wie in den politischen Parteien quält die Erinnerung an das Versagen des demokratischen Widerstands gegen den Verfall der Demokratie mit der Folge des Herinbrechens der Diktatur und der Kriegskatastrophe. Mit diesem geschichtlichen Beispiel vor Augen gibt es kein Zögern und Abwarten, bis das Gift der finanzstarken Propaganda den Volkskörper gelähmt oder ohnmächtig zum demokratischen Widerstand gemacht hat. In Frankfurt erlitt am 23. März der Ruf nach dem Generalstreik. Unter den gewerkschaftlichen Mitteln ist der unbefristete Generalstreik das äußerste, das letzte Mittel. Es gibt viele andere, von der einfachen Massenkundgebung über den Demonstrations- und Warnstreik bis zum befristeten Generalstreik.“

Nach dem Beschluß des Bundesvorstands steht der DGB jetzt rückhaltlos hinter der Bewegung „Kampf dem Atomtod“. „Er fordert eine Volksbefragung und wird Protestdemonstrationen im ganzen Land zusammen mit der Volksbewegung „Kampf dem Atomtod“ durchführen. Ob die „notfalls“ vorgesehenen weiteren Schritte, zu denen auch Warnstreiks gehören können, gegangen werden, wird einmal von dem Verhalten der Bundesregierung bestimmt. Die weiteren Entscheidungen hängen aber auch von der Entscheidung der Gewerkschaftsmitglieder und der Entwicklung des Volkszustandes ab, zu dem jeder an seinem Platz und nach seinem Gewissen beitragen kann und muß.“ (nach Pirker 2)

Daß das reine Sprücheklopferei war, zeigte sich schon drei Wochen später, als der Ausschuß „Kampf dem Atomtod“ an den DGB-Vorstand mit dem Plan herantrat, zu Beginn der folgenden NATO-Konferenz im Mai in der ganzen BRD eine fünfstündige Arbeitsruhe durchzuführen. Der Bundesvorstand lehnte ab, und zwar mit der Begründung, das Volk sei für eine derartige Aktion noch nicht reif. Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Hans Jahn, erklärte zu dem Vorschlag, die vorgeschlagene Arbeitsruhe gefährde die Verkehrssicherheit. Als Ersatzaktion schlug dann Reuter (2. DGB-Vorsitzender) die Absendung eines Protesttelegramms (!) an die NATO-Konferenz vor, was schließlich auch geschah.

Im Mai 1958 kam es im Zusammenhang mit den 1. Mai-Feiern zu den größten Demonstrationen in der politischen Geschichte Deutschlands. Aber weder die SPD-Führung noch die Führung des DGB und erst recht nicht Repräsentanten des gewerkschaftlichen Aktivismus waren willens, einen Schritt weiter zu gehen. Letzten Endes hatten sich die Gewerkschaften in dieser Frage der Atomrüstung wieder einmal als die wirklichen Verräter des Volks-Unwillens erwiesen.

So lautet das Urteil eines Zeitgenossen, des ehemaligen Sozialdemokraten Theo Pirker.

Das beeindruckendste Phänomen dieser Auseinandersetzungen — das letztlich auch für heutige Beurteilungen und Diskussionen eine Rolle spielt — war der offensichtliche Widerspruch zwischen der deutlich artikulierten Kampfbereitschaft zumindest von Teilen der organisierten Arbeiterschaft einerseits und der totalen Stillhaltepolitik der DGB-Führung andererseits.

Die sich daran knüpfenden Fragen wollen heute ausführlich diskutiert werden, bevor leichtfertig die „Tradition des politischen Streiks in der BRD“ (GIM) beschworen wird. Die Schlußfolgerungen aus dem 58er Kampf dürfen sich nicht darauf beschränken, daß diese Tradition zwar schwach, aber im Kern richtig sei und daß es heute darauf ankomme, schlicht mehr für den Gedanken des politischen Streiks zu tun, wie es die GIM vorschlägt, sondern daß auch die Mechanismen und Zusammenhänge untersucht werden müssen, die damals eine stärkere Streikbewegung verhindert haben.

KB/Gruppe Nürnberg

Literatur:
Theo Pirker, Die linke Macht, Teil I u. 2, Berlin 1979
Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der ARS Adenauer, Köln 1970
Die Quelle, Funktionärsorgan des DGB, Jahrgang 1958

Generalstreik gegen die "Nachrüstung"

Eine Debatte kommt in Gang

Nach Oskar Lafontaine's Vorschlag, in den Gewerkschaften über einen Generalstreik gegen die „Nachrüstung“ nachzudenken, häuften sich vor allem in den Gewerkschaften Drupa, GfW, IG-M und Kunst die Beschlüsse, in denen vom IMB die Vorbereitung eines Generalstreiks für den Fall der Stationierung gefordert wird. Aufgrund dieser Debatte sehen sich auch SPD- und DGB-Führer gezwungen, sich mit dem „Generalstreik“ auseinanderzusetzen. Wie nicht anders zu erwarten, halten sie Lafontaine's Vorschlag für völlig abwegig, vor allem deshalb, weil er sich nicht mit unserer Verfassung vereinbaren lässt.

Lafontaine's Vorschlag ...

Schon auf einer Vertrauensabstimmung bei Mannesmann im Dezember letzten Jahres hatte Lafontaine die Idee eines Generalstreiks ins Gespräch gebracht. Auch war von einem Produktstreik die Rede, d.h. eine Verweigerung der Arbeit in Rüstungsabteilungen, aber auch auf den Bauplätzen, auf denen die Stationierung vorbereitet wird (1). Was die SPD angeht, äußerte sich Lafontaine auf der besagten Vertrauensabstimmung

SPD angeht, äußerte sich Lafontaine auf der besagten Vertrauensabstimmung hoffnungsvoll. Er hätte den Eindruck, „die SPD sei dabei, die Idee der Friedensbewegung aufzunehmen“ (1) — was immer das heißen mag... Auf dem Juno-Bundeskongress forderte Lafontaine sogar den Austritt aus der NATO, da die „US-Regierung die Geschäftsgrundlage der NATO verlassen habe“ (2).

Es ist Lafontaine hoch anzurechnen, daß er die Friedensdiskussion im DGB dahingehend belebt, daß endlich einmal über wirkungsvollere Aktionsformen diskutiert wird.

...und die Reaktion der SPD-Spitze

Auf der Konferenz für europäische atomare Abrüstung wiederholte Lafontaine seinen Vorschlag. Von da an wurde er auch in den Medien stärker aufgegriffen, was darin begründet ist, daß sich in der ersten Jahreshälfte 83 die Beschlüsse einzelner Gewerkschaftsgremien in Richtung Generalstreik gehäuft haben. Die auf der Konferenz in Westberlin anwesende SPD-Politikerin Renate Schmidt verwahrte sich gegen den Generalstreiksvorschlag, weil diese Art Widerstandsform kein „Angebot“ für den durchschnittlichen Arbeiter sei. Der außenpolitische Sprecher der SPD, Volpert, hatte eine noch kinnigere Begründung: Die SPD könne nicht aus der Opposition heraus in dieser Form gegen eine Mehrheitsentscheidung vorgehen. Sie könne auch nicht den Gewerkschaften eine Empfehlung geben, die sie selbst zu befolgen nicht bereit seien (3).

Kurz nach der Konferenz in Westberlin tagt das SPD-Präsidium und spricht sich gegen einen „politischen Streik“ und „eine weitere Emotionalisierung“ aus (4). Auch bei der Abrüstungsfrage müßten „die Grenzen respektiert werden“, die das Grundgesetz „der Einwirkung auf die Entscheidungen von Parlament und Regierung“ ziehe. „Diesem Mußstuh wurden Brörungen über Streikmaßnahmen im Zusammenhang mit dem General-Rüstungskontrollverhandlungen nicht gerecht“, so der Vorstandssprecher Clement (5). Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau bezeichnete die Überlegungen Lafontaine's als „nicht nachvollziehbar“ (6).

Nicht verschwiegen werden sollte natürlich, daß es auch parnasche Sozialdemokraten gibt, die den Vorschlag von Lafontaine unterstützen. So z.B. Günter Oran, der an die Gewerkschaften appellierte — unter Hinweis auf ihren unterlassenen Widerstand im Dritten Reich — die Frage eines Generalstreiks zu diskutieren (8). Oder der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Horst Isola, der die Ansicht vertritt, daß ein Generalstreik legitim sei (5).

Auch die Gewerkschaftsführer: In der Raketenfrage kein Widerstandrecht

Besonders hervorgetreten haben sich bei der Meinungsbildung in der SPD-

Spitze die DGB-Führer. Die SPD-Führung hatte zur Frage, wie die Partei sich zu den Aktionen der Friedensbewegung verhalten sollte, eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Mitglieder der Arbeitsgruppe waren Wichniewski, Ehmeke, Vili, von Oertzen, Bahr und Oloiz. Das Papier, das von dieser Arbeitsgruppe vorgelegt wurde, wurde aus von den meisten Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, die auch SPD-Mitglieder sind, in mehreren Punkten verschärft.

So wurde eine kritische Stellungnahme gegen den Gedanken einer „konsultativen Volksbefragung“ in das Papier aufgenommen. Denn gegen eine „Volksbefragung bestanden durchgreifende politische und verfassungsrechtliche Bedenken.“ Weiter heißt es: „Eine Berufung auf das Widerstandsrecht nach Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz im Zusammenhang mit einer eventuellen Raketenstationierung ist ebenso abzulehnen wie Überlegungen, die einen Generalstreik zur Diskussion stellen.“ (7). Soweit die Änderungen im Arbeitspapier der SPD.

Inzwischen liegen weitere Äußerungen einzelner Gewerkschaftsführer vor

Doch die klare Absage des DGB an einen Streik im Zusammenhang mit der Nachrüstung reicht bürgerlichen Kommentatoren immer noch nicht. So kritisierte Hugo Müller-Vogg von der „Frankfurter Allgemeinen“ (FAZ) in einem Kommentar vom 26.5.83, daß eine klare Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes fehle, „die jedem einfachen Mitglied und dem unteren Funktionär deutlich macht, welche Gefahren in diesen Ratschlägen (Generalstreik) stecken: für den DGB als Einzelgewerkschaft wie für den demokratischen Gemeinwesen.“ Nach Meinung der „FAZ“ wird die Generalstreikdiskussion von den Gewerkschaftsführern, die sich dazu äußern, noch zu sehr heruntergespielt. Und die „FAZ“ weist die Generalstreikdiskussion immer weiter in die Ferne. „In diesem Stadium bleibt den Gewerkschaftsführern nur noch die Wahl, sich dieser Bewegung offen entgegenzustellen oder so zu tun, als sei das alles keiner erhöhten Aufmerksamkeit wert. Offene Auseinandersetzungen über den politischen Kurs der Gewerkschaften bergen für die Führung die Gefahr der Niederlage in sich. Möglichst lange

Bundesregierung und Bundestag überlassen bleiben.“ (9).

„Mittelposition“ von Hensche (Drupa) und Benz (IGM)

Als „Mittelposition“ kann man die Äußerungen von Georg Benz bezeichnen, als sie aus ihrer Sympathie für den Generalstreik zwar keinen Hehl machten, in ihren Äußerungen jedoch die nötige Schärfe und Konsequenz fehlten ließen, wie sie z.B. in den Beschlüssen der einzelnen Gewerkschaftsgremien zu finden ist.

Georg Benz hat sich dafür ausgesprochen, die Diskussion um den Generalstreik intensiv zu führen, statt sie abzuwürgen. Er, Benz, habe zwar nicht, wie ihm unterstellt — vom Generalstreik im Falle der NATO-„Nachrüstung“ gesprochen, unter bestimmten Voraussetzungen sei aber über das Widerstandsrecht nachzudenken. Angesichts der sich „abzeichnenden bedrohlichen Entwicklungen“, zu denen Benz die Raketenstationierung, die soziale Verelendung und die Ausweitung des

wortung den Gewerkschaften zuschreibe (12). „Der Generalstreik ist eine so ernste Frage, daß Außenstehende nicht befugt sind, sie von außen in unsere Organisation zu fragen. Hier haben sie sich gefälligst zurückzuziehen, dieser Ruf gilt auch für Lafontaine.“ Auf die Feststellung des Interviewers, daß Steinkühler selbst ein prominenter Mitglied der Partei Lafontaine sei, antwortet Steinkühler, er sei in erster Linie Gewerkschaftler (immerhin ist er stellvertretender Landesvorsitzender der SPD). Interessant ist, daß Steinkühler's Argumentation zumindest was diesen Punkt angeht mit der Argumentation des rechten IG Chemie-Führers Rappe deckt, der Lafontaine in der „Bild am Sonntag“ aufforderte, „seine Vorschläge im Parteivorstand der SPD zu besprechen und uns Gewerkschaftler damit zu verschonen“. (9) Mit dem Hinweis auf die SPD stoßen sich Rappe und Steinkühler als Gewerkschaftsführer aus der politischen Verantwortung, mögliche und wirksame Schritte gegen die „Nachrüstung“ zu diskutieren und umzusetzen.

Daß er den Generalstreiksvorschlag momentan für „dumm“ hält, begründet Steinkühler auch damit, daß er die Arbeiterschaft z.Zt. noch für zu unaufgeklärt hält. Die Arbeiterschaft ist —

so Steinkühler — „ganz bestimmt nicht als progressiver Teil“ der Bevölkerung anzusehen. „Sie tendiert, wie stets in der Geschichte, politisch nach rechts.“

Zur SPD befragt, meint Steinkühler, daß die SPD ja wohl „mit dazu beigetragen hat, daß auch die Gewerkschaften eine Loyalitätsgründe eine Position eingenommen haben, die dazu geführt hat, daß sie in der Friedensbewegung lange Zeit nicht vorne dranstanden.“ Hier wird versucht, die sozialdemokratische SPD-Führung von der Verantwortung freizusprechen, daß sie lange Zeit alles versucht hat, die Gewerkschaften und ihre Jugendbereiche mit administrativen Maßnahmen von der Friedensbewegung abzuschotten, bequem wird die Schuld dafür der eigenen Partei in die Schuhe geschoben, in der es die Führer der Einzelgewerkschaften waren und sind, die in der praktischen SPD-Friedenspolitik die „rechte“ Linie mitbesorgen (s.o.).

Zu anderen Aktionen als Generalstreik meint Steinkühler: „Wir werden an Massendemonstrationen und Kundgebungen nicht vorbeikommen. Wenn der DGB zu erkennen gibt, daß er ernsthaft gegen die Nachrüstung antreten will, dann werden in unserer Organisation eine Vielfalt von Widerstandsformen erwachsen.“ Steinkühler weiß natürlich ganz genau, daß „der DGB“ nicht ernsthaft gegen die „Nachrüstung“ antreten will. Insofern stiehlt er sich auch hier wieder aus der Verantwortung. Geradezu lächerlich wird es, wenn Steinkühler vorschlägt, daß anstatt der Kollegen besser „Spitzenfunktionäre der Einzelgewerkschaften auf der Straße“ vor den Kasernen sitzen sollten. Die IGM in seinem Bezirk sieht sich bisher nämlich nicht in der Lage, „normalen Kollegen“ in solchen Fällen Rechtsschutz zu geben.

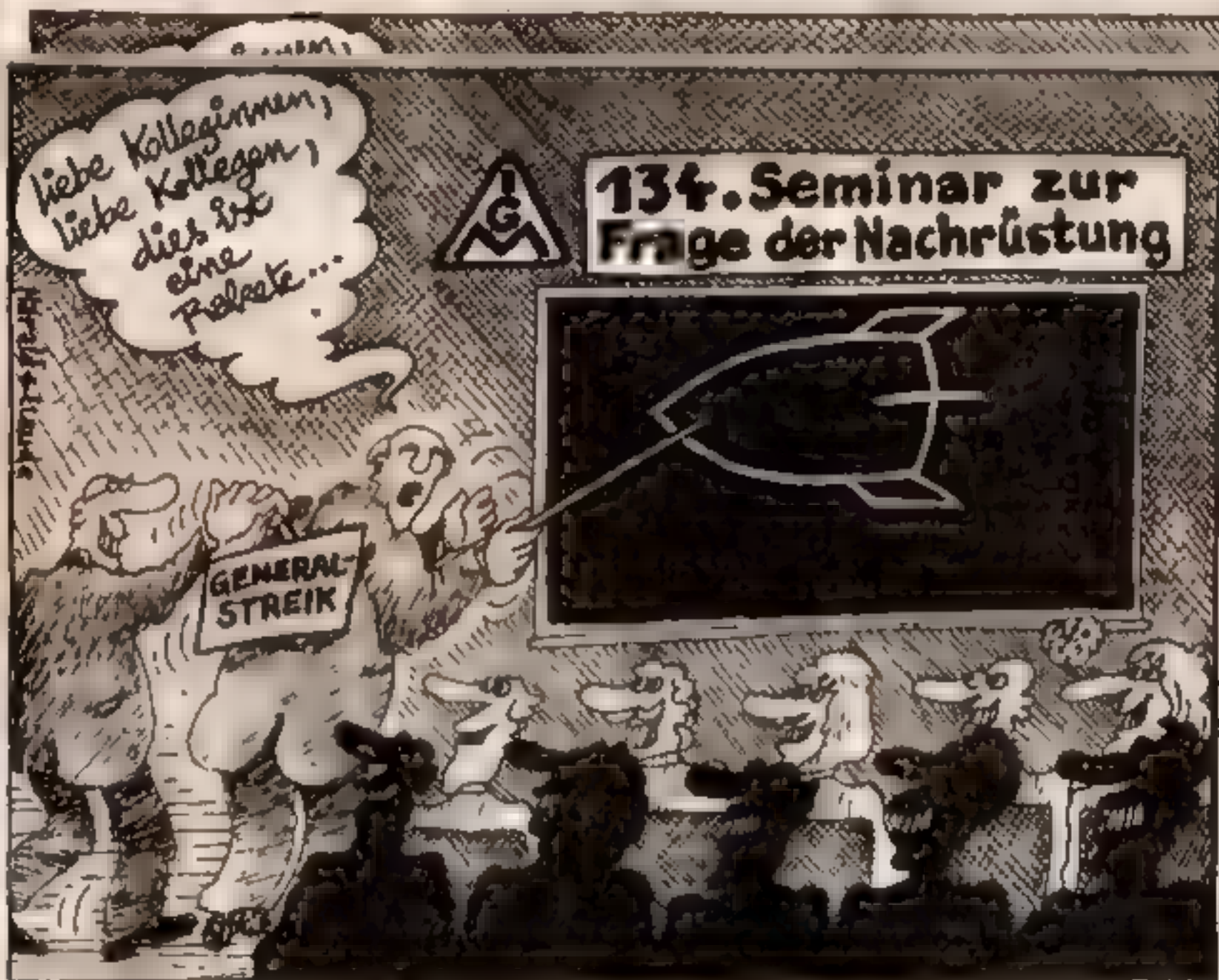
Das Meinungsspektrum in der IG Metall ist, wie man sich leicht, recht bunt. Da gibt es den Beschluß der IGM Jugendkonferenz für den Generalstreik, da gibt es einen Georg Benz, der es für möglich hält, daß der „Generalstreik als letztes Mittel provoziert wird“, da gibt es einen Steinkühler, der den Streiksvorschlag für „dumm“ hält und schließlich gibt es da die IGM Mitgliederversammlung, „metall“, die in einem Artikel auf der Linie der eingangs zitierten rechten Gewerkschaftsführer argumentiert: „Für die Gewerkschaften ist der Generalstreik wesentliches Mittel zur Verteidigung der Demokratie. Er ist kein Ersatz für politischen Widerstand gegen falsche Aufrüstungspolitik“ (13). Damit hat sich die „metall“-Redaktion, zumindest indirekt, gegen das Widerstandsrecht in Bezug auf die „Nachrüstung“ ausgesprochen. Denn darum geht es ja in der laufenden Debatte.

Steinkühler: Heute von Generalstreik zu reden ist dumm und gefährlich

In einem Interview, das der Bezirksleiter der IGM Baden-Württemberg, Steinkühler, Ende Mai der „TAZ“ und der „Hamburger Rundschau“ gab, spricht er sich klar gegen einen Generalstreik aus. Nicht weil er ihn wie die Rechten für nicht legitim hält, sondern weil mit diesem Vorschlag die SPD in der Friedensfrage die Verant-

Heftige Kontroverse im Landesvorstand der GEW-Nordrhein-Westfalen

Gerade auf der mittleren Funktionärebene der Gewerkschaften treffen die Meinungsverschiedenheiten zum Generalstreik hart aufeinander. Das wurde



aus: "Hamburger Rundschau", 2. Juni 1983

So meinte Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie Papier Keramik, daß „zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Situation vorstellbar (ist), die die Frage des Generalstreiks aufwerft.“ Die Frage des Widerstandsrechts und des Generalstreiks sei nur unter Beachtung unserer demokratischen Verfassung zu sehen. Günter Schröder, der Vorsitzende der Polzeigewerkschaft ist der Meinung, daß „das Recht auf Widerstand, das auch den Generalstreik einschließt, erst dann anzuwenden (ist), wenn die Demokratie in Gefahr ist.“ Die Führung der Eisenbahngewerkschaft äußerte sich dahingehend, daß sie parlamentarische Mehrheitsentscheidungen respektiere. „Insofern ist für die Bahn-Gewerkschaft gegenwärtig ein Generalstreik kein Thema.“ Berthold Keller, der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil und Bekleidung: „Solange politische Entscheidungen im Rahmen des Grundgesetzes getroffen werden, kommt für die Gewerkschaft Textil-Bekleidung der Generalstreik nicht in Frage.“ (11)

Angesichts dieser Argumentation sollte man sich noch einmal vergegenwärtigen, daß für die DGB-Führer politische Aktionen in anderen Zusammenhängen ganz und gar nicht abwegig sind. So rief z.B. der DGB Bayern am 23.12.81 zu einer fünfminütigen Arbeitsniederlegung aus Solidarität mit Solidarnosc auf. Und als die Solidarnosc für den 10. November 1982 zu Streiks gegen das Militärregime aufrief, wurde das von der ÖTV, der Post- und Eisenbahngewerkschaft unterstützt. An diesem Tag wurden alle Lieferungen von und nach Polen angehalten.

alles laufen zu lassen scheint demgegenüber verlockend.“ Die DGB-Führer haben sich dann so entschieden, wie es von der „FAZ“ gefordert wurde: ein klarer Beschluß gegen die Möglichkeit eines Streiks.

Nach Angaben des DGB-Vorsitzenden Breit werde es einstimmig abgelehnt, sich bei der Aufstellung neuer Aktionen „auch wenn dies von manchen als Erhöhung der Kriegsfähigkeit beurteilt wird“, auf das Widerstandsrecht der Verfassung zu berufen. Wenn man sich Breit glauben darf, dann ist dieser Beschluß gegen einen Generalstreik auch mit dem Stimmens der Gewerkschaften gefaßt worden, bei denen einzelne Gliederungen (Drupa, KfM, GfW...) oder gar der Gewerkschaftskongress (Kunst) Beschlüsse zur Einleitung eines Generalstreiks verabschiedet haben.

Bisher ist uns aus vom Landesbezirksrat der Drupa in Baden-Württemberg bekannt, daß dieser offensichtliche Widerspruch zwischen den Beschlüssen der Basis und dem, was die Gewerkschaftsführer beschließen, offen kritisiert worden ist. Allerdings auch nicht an dem Vertreter der eigenen Gewerkschaft (Drupa) in den DGB-Bundsgremien, sondern an einem Vertreter der IG Metall (Loderer).

Abgerundet wird das Bild der rechten Gewerkschaftsführer durch den DAO-Vorsitzenden Hermann Brandt, der in „Bild am Sonntag“ erklärte, „daß ein Streik sich gegen rechtsgerichtete Entscheidungen richtet, die Verantwortung der Frage, in welchem Maße zur Sicherung des Friedens militärische Abschreckung notwendig sei, müsse

Rechtsextremismus zählt — könnte für ihn „tatsächlich ein Generalstreik als letztes Mittel provoziert werden.“

Eine deutlichere Sprache spricht die 14. IGM-Jugendkonferenz. Dort wurde am 17.5.83 beschlossen, daß die „Nachrüstung“ „mit aller Kraft, zum Beispiel durch Kundgebungen, Protestmärsche bis hin zu Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen unter dem Motto „Ein Stundenlohn für den Frieden“ verhindert werden sollte (10). Auch Hensche ist für die Idee eines Generalstreiks und er hält ihn auch für legitim, aber gleichzeitig erklärt er, daß dieser Generalstreik „nicht zum Dreh- und Angelpunkt oder gar zum Testfall für den gewerkschaftlichen Einsatz gegen die Atomraketen werden“ könne. Hensche spricht sich dafür aus, daß der Generalstreik nur umgesetzt werden könne, wenn vorher Demonstrationen und Veranstaltungen als notwendige „Zwischenschritte“ dem Streik selber vorausgingen (11).

Am Beispiel der 10 Metall bereits erläutert. Im Landesvorstand der GfW-Nordrhein-Westfalen hat sich diese Kontroverse jedoch in einer Art zugespitzt, die in der innergewerkschaftlichen Diskussion zu diesem Thema bisher einmalig ist.

Was war passiert? Der GfW-Landesvorstand schickte einen Bescheid an den Hauptvorstand der GfW, in dem der politische Streik „als ein Mittel gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen und gegen die wachsende Kriegsgefahr“ für legitim erklärt wird. Der stellvertretende Landesvorsitzende Belke, der gegen diesen Bescheid stimmte, hat den Mitgliedern des Landesvorstandes daraufhin schriftlich mitgeteilt, daß er prüfen werde, „ob ich angesichts dieses Beschlusses noch als ein Repräsentant dieses Landesverbandes zur Verfügung stehen“ könne. Belke hält den Bescheid des Landesvorstandes angesichts der Beschlüsse im DGB für „unrealistisch und illusionär“. Außerdem würden durch den Bescheid „in der innergewerkschaftlichen Diskussion mühsam überbrückte Risse und Gräben wieder aufgerissen“, so daß eine neue Austrittswelle und damit eine Schwächung der GfW zu befürchten ist.

Schließlich, so argumentiert Belke, werde durch den Bescheid die Toleranz vieler Mitglieder der Einheitsgewerkschaft überfordert. Den Generalstreikbefürwortern im Landesvorstand wirft Belke vor, sie hätten sich als „Avantgarde“ bezeichnet, deren Aufgabe es sei, die im politischen Bewußtsein zurückgebliebenen Kollegen „abzuholen“. Dies — so Belke — sei eine „zynisch-perverse“ Argumentation. Er sei sich sicher, „daß sich viele GfW-Mitglieder von einer solchen Argumentation auch nicht „abholen“ lassen werden, zumal wenn sie daran denken, welches atomare Rüstungsprogramm die französischen Sozialisten vor kurzem mit Zustimmung der KPF beschlossen haben.“

Belke argumentiert hier ähnlich wie Stiehkühler. Bloß daß er nicht der SPD die Schuld für den Bewußtseinsstand der Kolleg/innen in die Schuhe schiebt, sondern u.a. den französischen Sozialisten und Kommunisten. Hauptsache, die eigene Gewerkschaft muß nicht aktiv werden...

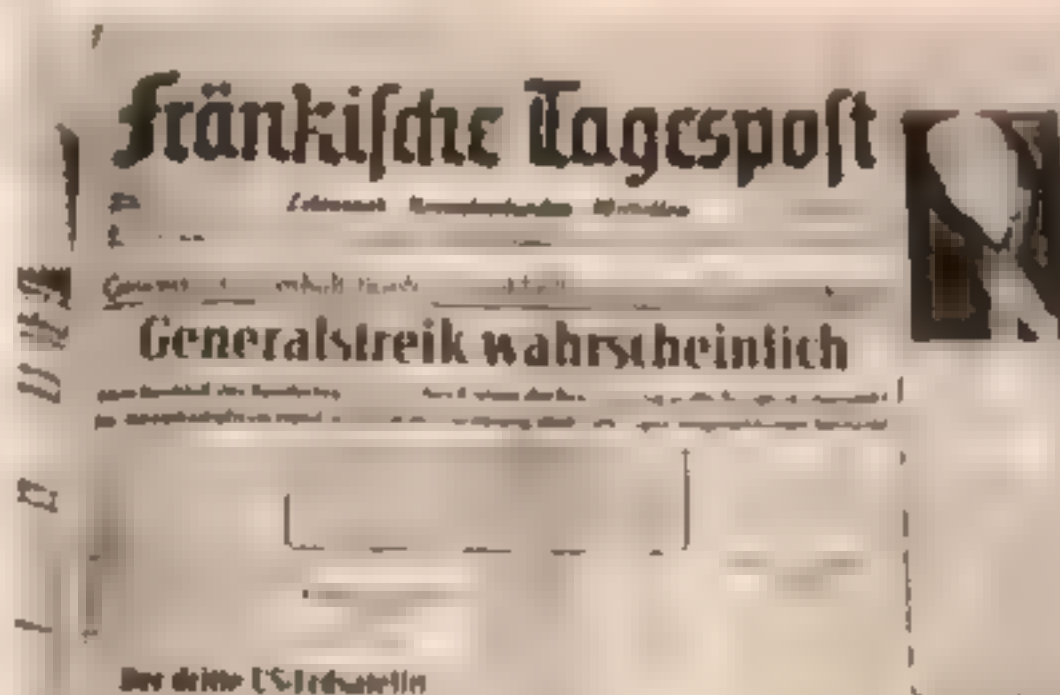
Belkes Kritik zeigte jetzt offensichtlich auch beim Landesvorsitzenden Hammeirath ihre Wirkung. Er entdeckte an dem Bescheid plötzlich formale und sprachliche Mängel und regte eine Neufassung des Beschlusses an, in der die Gewerkschaften aufgefordert werden, „die Bedingungen genau zu beschreiben, unter denen sie das Widerstandsrecht des Art. 20,4 Grundgesetz wahrnehmen werden. Auch das Mittel des Generalstreiks muß dabei offengehalten werden.“ Im übrigen versicherte Hammeirath, daß er den beschlossenen Antrag dem Hauptvorstand bereits als gültigen Antrag übermittelt habe (21).

Nähert sich der DGB der Friedensbewegung oder die Friedensbewegung dem DGB an?

Nähert sich der DGB der Friedensbewegung oder die Friedensbewegung dem DGB an?

Der DGB-Bundesvorstand beschloß Anfang Juni, unter gewissen Voraussetzungen zur Teilnahme an den Volksversammlungen gegen die Nachrüstung in Bonn, Stuttgart und Hamburg aufzurufen. Die Voraussetzungen, unter denen der DGB sich beteiligen will, sind: klare Gewaltfreiheit und die Möglichkeit für den DGB, eigene Positionen, d.h. gleichmäÙige Abrüstung in West und Ost, einzubringen. Die „U2“ schreibt dazu am 10.6., dies sei „ein positiver Schritt nach vorn“. Das Ziel, gemeinsam für den Frieden zu kämpfen, rückt ein Stück näher.“ Ist dieser Jubel berechtigt? Noch im Oktober '81, anläßlich der ersten Bonner Friedensdemo, untersagte der DGB-Bundesvorstand es der DGB-Jugend, mit zur Demo aufzurufen. Damals meinten noch Leute wie der NCG-Vorsitzende Günter Döding: „Wir brauchen keine neue Friedensbewegung. Wir brauchen noch mehr Kraft für die älteste Friedenskraft: die Gewerkschaften.“ (14) Diese Meinung entsprach durchaus der Meinung der gesamten DGB-Führung, von einigen Ausnahmen abgesehen.

Gleichzeitig grenzte sich der DGB vom Krefelder Appell ab und startete einen eigenen Aufruf, der sich dadurch auszeichnete, daß die Politik der Sowjetunion als mindestens ebenso friedensgefährdend wie die der USA beschrieben wurde. So heißt es in dem Aufruf: „Die Besetzung Afghanistans, verweist der Entspannungspolitik einen schweren Schlag. Weitere militärische Aktionen dieser Art können das Ende jeder Verständigungsbereitschaft



Die SPD-eigene "Fränkische Tagespost"



Die SPD-eigene "Fränkische Tagespost" am 27. März 1983, einen Tag vor der außerordentlichen Bundesvorstandssitzung des DGB

bedeuten.“ Hieraus läßt sich leicht schließen, daß nicht die USA am Zerbrechung des „Entspannungspolitik“ schuld seien, sondern die SU.

Außerdem fehlt in dem DGB-Aufruf eine klare Aussage gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. So heißt es nur, daß „eine weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West“ verhindert werden solle.

Bekanntlich wurde dieser „Beitrag des DGB zur Friedensbewegung zum Flop. Obwohl selbst der DKB-Parteivorstand mit großen Getöse seine Unterstützung des Aufrufs bekanntgab, blieb die Zahl der gesammelten Unterschriften weit unter der des Krefelder Appells. Heute mag von dem DGB-Aufruf kaum noch einer reden. Die Friedensbewegung auch in den Gewerkschaften ist heute politisch weiter,

Auch in den Einzelgewerkschaften mangelt es an klaren Stellungnahmen gegen den „Doppelbescheid“

Klare Stellungnahmen gegen die Stationierung der Nato-Mittelstreckenraketen sind leider auch in den Einzelgewerkschaften rar oder Beschlüsse an-

Klare Stellungnahmen gegen die Stationierung der Nato-Mittelstreckenraketen sind leider auch in den Einzelgewerkschaften rar oder Beschlüsse gegen die Nachrüstung gibt es von der HBV, der Dupa, der GHK (Holz und Kunststoff), dem Verband deutscher Schriftsteller (VS) und der DGB-Bundesfrauenkonferenz. Oft wird in diesem Zusammenhang auch die 10 Metall genannt. Doch sieht mensch auch den Bescheid des IGM-Gewerkschaftstages von 1980 genau an, so stellt mensch fest, daß von einer klaren Aussage gegen die Nachrüstung keine Rede sein kann. Es heißt zwar „Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt den Beschluß des Nato-Rates zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen“. Etwas weiter im Text heißt es dann aber: „Die Sowjetunion wird aufgefordert, die Produktion und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen, damit die Nato ihren Nachrüstungsbeschluß annullieren kann.“

Rechteschwenk beim DGB — Abteilung Jugend

Am 10. März 1981 veröffentlichte die DGB-Jugend einen Friedensaufruf, der auf Marken Protest rechter Gewerkschaftsführer stieß. In dem Aufruf heißt es, daß die Abrüstungsvorschläge der SU genau geprüft werden sollten. „Eine pauschale Ablehnung dieser Vorschläge stellt unserer Meinung nach eine weitere Belastung der bisherigen Entspannungspolitik dar.“ Neben der Kritik an dem Afghanistan-Einmarsch der SU wird die Hauptkritik an den USA geübt. Die Pläne für eine internationale Eingreiftruppe, der Bau der Neutronenbombe sowie der Nato-Doppelbescheid werden als Indizien

tionen des „Komitees für Frieden und Abrüstung“ aus und untersagte seinen Mitgliedern jegliche Unterstützung unter Bezeichnung der Gewerkschaftszugehörigkeit.

Mit dem Wachsen der Friedensbewegung ändert sich die DGB-Taktik

Seit der ersten Bonner Friedensdemonstration hat sich die Friedensbewegung erheblich verbreitert. Außerdem besteht für die Herrschenden die Gefahr, daß die Friedensbewegung sich radikalisiert und den legalistischen Weg zumindestens teilweise verläßt. Vor diesem Hintergrund erscheint es der DGB-Führung sinnvoll, in der Friedensbewegung direkt politisch einzugreifen.

Die „FAZ“ schreibt am 28. März: „Hinter diesem Kurswechsel steckt eine sehr pragmatische Überlegung. Nachdem weder administrative Maßnahmen noch Konkurrenzveranstaltungen die Anziehungskraft der Friedensbewegung auf junge Gewerkschaftler mildern konnten, dreht der DGB einfach den Spieß um. Jetzt soll die Friedensbewegung so beeinflußt werden, daß eine Mitwirkung dort nicht mehr im Widerspruch zu gewerkschaftlichen Beschlüssen steht.“

Bevor der DGB-Bundesvorstand aber der DGB-Jugend grünes Licht für die Friedensbewegung gab, haben die Rechten im DGB die friedenspolitischen Aussagen des Bundesjugendausschusses erheblich nach rechts geschoben. Die DKP, die ja in der DGB-Jugend nicht einflußlos ist, hat diesen Rechteschwenk still geduldet. Für die DKP war es politisch bedeutsamer, daß die DGB-Jugend ihre Mitglieder zur Beteiligung an den Ostermärschen aufruft, und nicht mit welchen politischen Inhalten.

So fehlt in dem Aufruf der DGB-Jugend zu den Ostermärschen 1983 die besondere Charakterisierung der US-Kriegspolitik. Es fehlt eine klare Verurteilung der Nato-„Nachrüstung“. Stattdessen heißt es: „Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art (Mittelstreckenwaffen) müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben.“ (Eine ähnliche Formulierung findet sich auch im DGB-Aufruf.)

Außerdem werden stark nationalistische Töne angeschlagen. So heißt es: „Wir erwarten deshalb von der (CDU/CSU-geführten) Bundesregierung, daß auch sie in der NATO die Interessen Europas und die besonderen Interessen der Bundesrepublik Deutschland als Teil einer geteilten Nation an der Nahtstelle zwischen den beiden großen Militärblöcken nachhaltig vertritt.“ Außerdem ist der Bundesjugendausschuss der Meinung, daß die Ostermärsche 1983 „zugleich sowohl eine Solidaritätsaktion mit den Friedensinitiativen in der DDR und anderen Staaten des Warschauer Paktes, als auch mit den Friedensbewegungen in den USA und Israel“ seien.

Bei all dieser scheiternden „Ausgrenzung des Warschauer Paktes, als auch mit den Friedensbewegungen in den USA und Israel“ seien.

Bei all dieser scheiternden „Ausgrenzung“ wundert es einen dann auch nicht mehr, daß alle Konflikttherde außerhalb der BRD (also von Polen

über Mittelamerika bis Israel) völlig undifferenziert in einen Topf geworfen werden. So heißt es zum Beispiel zum Libanon-Feldzug der Israelis: „Ebenso sprechen wir uns aus gegen ... israelischen Vergeltungsangriffe im Libanon und die Besetzung dieses Landes durch israelische, syrische und palästinensische Soldaten.“ (16) Das uñht zwar recht ausgewogen aus, heißt doch aber in letzter Konsequenz, daß die Palästinenser ihr Existenzrecht im Libanon nicht militärisch verteidigen dürfen. Wie verkommen muß ein DGB-Bundesjugendausschuss sein, wenn er das Selbstverteidigungsrecht der Palästinenser mit dem israelischen Großmachtsstreben auf eine Stufe stellt?

Friedenskongreß der DGB-Jugend: Voll in der Hand der DGB-Oberen

Nachdem die politischen Positionen der DGB-Jugend in der beschriebenen Art geändert worden waren, hielten die DGB-Oberen die Zeit für gekommen, sich mit großem Trara der Friedensbewegung vorzustellen. Dazu wurde kurz vor Ostern ein Friedenskongreß der DGB-Jugend in Köln veranstaltet. Auf diesem Kongreß sollte „die Eigenständigkeit (der DGB-Positionen) unterstrichen werden sowie die Teilnahme an sonstigen Friedensaktivitäten vorbereitet werden“ (16).

Einladungen waren ja 200 ältere und jüngere Funktionäre der Gewerkschaften sowie ein ausgesuchtes Spektrum der Friedensbewegung. Ausgesucht insofern, da wichtige Vertreter der Friedensbewegung von den DGB-Führern einfach wieder von der ursprünglichen Rednerliste gestrichen wurden. So z.B. Gunnar Matthiesen, Geschäftsführer des Komitees für Abrüstung und Zusammenarbeit (17). Der Frankfurter Hochschullehrer Andreas Buro wurde ebenfalls von der Rednerliste gestrichen, da er Mitglied des Sozialistischen Bures ist (18). Bei der Plenumsdiskussion saßen auf dem Podium schließlich Ehmke (SPD), Wulf-Mathies (OTV), Mertens und Ruth (CDU und Regierung) sowie ein Vertreter der Ärzteinitiative, Mechtensheimer und H.B. Richter für die Friedensbewegung.

Kritische Stimmen wurden auf dem Kongreß jedoch nur vereinzelt laut. So z.B. als der DGB-Vorsitzende Breit in seiner Rede mit keinem Wort darauf einging, wie der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen konkret begegnet werden soll (19). In ihrem Eröffnungsreferat kritisierte das für Jugendfragen zuständige Mitglied im Bundesvorstand — Ilse Bruns — den Krefelder Appell wegen seiner Einzelgänger und forderte von der Friedensbewegung, unabhängig von den militärischen Machtblöcken zu bleiben und sich parteipolitischer Einnahme zu widersetzen. Zum Zweiten müsse die Friedensbewegung mit den Friedensbewegungen in anderen Ländern zusammenarbeiten, vor allem mit der Friedensbewegung in der DDR (20). Um das zu unterstützen, trat im Laufe des Kongresses ein offiziell eingeladenes

menarbeiten, vor allem mit der Friedensbewegung in der DDR (20). Um das zu unterstützen, trat im Laufe des Kongresses ein offiziell eingeladenes ex-Bausoldat aus der DDR auf Podi-

Fortsetzung nächste Seite



Friedensfreunde und falsche Hasen

Gewerkschaftliche Beschlüsse für die Vorbereitung eines Generalstreiks gegen die "Nachrüstung"

Im folgenden bringen wir eine Übersicht, in welchen gewerkschaftlichen Gremien schon überall Beschlüsse in Richtung Generalstreik gefaßt wurden. Die Beschlüsse zum Generalstreik sind in den meisten Anträgen eingebettet in friedenspolitische Gesamteinrichtungen. Aus Platzgründen geben wir nur die Beschlüsse zum Generalstreik wieder.

IG Druck und Papier

Landesbezirkstag Nordrhein-Westfalen 28./29. Mai in Dortmund
Die 105 Delegierten „unterstützen die Forderung nach einem Verbot der Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper“ und fordern den DGB und alle Einzelgewerkschaften auf, „geeignete Maßnahmen, nötigenfalls den Generalstreik zur Verhinderung des fortwährenden Sozialabbau, des Aufrüstens und der kriegstischen Auseinandersetzung anzuwenden“ (1).
Landesbezirkstag Hessen 14./15. Mai in Frankfurt
Die 123 Delegierten bekräftigen den Beschluß des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD „Um den entschlossenen Widerstand der Gewerkschaften gegen den NATO-Raketenbeschluß unmissverständlich deutlich zu machen, muß das Gegenstand von Betriebsversammlungen, Kundgebungen während der Arbeitszeit und notfalls auch Streiks bis hin zum Generalstreik“ sein (1).

Landesbezirkstag Baden-Württemberg 4./5. Juni in Göttingen
Der neugewählte Bezirksvorsitzende Werner Pfeiffing erklärte, er halte „Streikmaßnahmen der Gewerkschaft gegen die Raketenstationierung für legitim und notwendig“. Allerdings müsse sich vorher in den Betrieben und bei den Gewerkschaften noch einiges bewegen. Auch der neugewählte zweite Landesvorsitzende Lohs sprach sich für das Widerstandsrecht und notfalls auch den Generalstreik aus. Er kritisierte dabei Aussagen des IGM-Vorsitzenden Eugen Loderer, der den Generalstreik abgelehnt hatte (2).
Landesbezirkstag Bayern 7./8. Mai in Ansbach
Die Delegierten forderten mit großer Mehrheit den Hauptvorstand der IG Druck und Papier und den

DOB auf, „gegen die noch 1983 zu erwartende Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der BRD von dem im Grundgesetz in Artikel 20 vorgesehenen Widerstandsrecht kollektiv Gebrauch zu machen und entsprechende Aktionen unter Einbeziehung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel vorzubereiten“ (3).

Ortsvereine Bremen

23. Januar

In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wird betont, im Kampf gegen die neuen Erbschlagraketen seien „Streikmaßnahmen bis hin zum Generalstreik“ für den Fall notwendig, daß mit der Stationierung der Raketen begonnen werde. Außerdem schlägt der Bremer Ortsverein allen Gewerkschaften vor, eine Kampagne gegen die atomare Hochrüstung einzuleiten (4).

8. Bundesjugendkonferenz

4./6. März in Hagen

Die 46 Delegierten der Bundesjugendkonferenz der DruPa beschlossen u. a., daß, „falls andere Mittel versagen, auch mit dem Mittel der Streiks“ gezeigt werden soll, daß die Gewerkschaften „einer Politik der atomaren und konventionellen Aufrüstung ihren Widerstand entgegenbringen“ (18).

Und der Unternehmensverband der Druckindustrie ...

Inzwischen liegt auch eine Reaktion von Kapitalistenseite vor. Der Unternehmensverband der Druckindustrie warnte die DruPa davor, „politische Auseinandersetzungen in die Betriebe zu tragen“. Der IG Druck-Vorstand sollte sich vom Beschluß des besuchten Landesbezirkstages distanzieren (17).

IG Metall

13. Jugendkonferenz

14./15. Mai

Die 200 Delegierten beschlossen einen Antrag, in dem der IGM-Vorstand aufgerufen wird, gegen die verfassungswidrige Stationierung von Mittelstreckenraketen — sollten Verhandlungsverläufe in Genf ausbleiben — „auch die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel wie Streik zu überprüfen und in Betracht zu ziehen“ (5).

Vertrauensleute von VAW Leichtermetall in einem Antrag an den IGM-Gewerkschaftstag
„Daher fordern die Delegierten

des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages den Vorstand auf, neben Demonstrationen auch die gewerkschaftlichen Kampfmittel wie Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen anzuwenden, um die Stationierung zu verhindern“ (6).
Ortsverwaltung Nürnberg in einem Antrag an den IGM-Gewerkschaftstag
„Die bevorstehende Stationierung der Erbschlagraketen ... steht nicht im Einklang mit dem Grundgesetz Artikel 20 Abs. 2“ (Angriffskrieg).

„Wegen der damit verbundenen Gefahr für Leben und körperliche Unversehrtheit der Bürger der BRD fordert der Gewerkschaftstag den Vorstand auf, notfalls auch von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, die in § 2 unserer Satzung aufgeführt ist“ (Verteidigung der demokratischen Grundrechte u. a. durch Arbeitsniederlegungen) (7).
Krupp Vertrauensleute in einem Antrag an den IGM-Gewerkschaftstag
„Nur mit einer breiten Massenbewegung, Demonstrationen, Streiks kann der Druck ausgeübt werden, um die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa zu verhindern“ (8).

Vertreterversammlung Döhring
Es lagen Anträge betrieblicher Vertrauenskörper (u. a. Krupp) vor, die sich für Streiks und Demonstrationen unter Berufung auf das Widerstandsrecht aussprachen. Die Ortsverwaltung hatte die betrieblichen Anträge zusammengefaßt und verwahrt. So fehlte in dem OV Antrag jeder Hinweis darauf, wie die Stationierung verhindert werden soll. Nach langer Diskussion wurden die Anträge der betrieblichen Vertrauenskörper angenommen (9).

Delegiertenversammlung der Verwaltungsmittel Heilbronn/Nackental

In einem Beschluß fordern die Delegierten den Vorstand auf, „gezielte Aktionen gegen die Stationierung zu initiieren und entsprechende Arbeitsniederlegungen zu unterstützen“ (10).

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst

„Um die Verwirklichung des sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern, fordert der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst alle Gewerkschaften auf, gegen den 1983 zu erwartenden Stationierungsbeginn ... alle notwendigen

Aktionsformen wie Streikmaßnahmen bis hin zum Generalstreik vorzubereiten und im Zusammenhang mit dem Stationierungsbeginn durchzuführen“ (11).

Deutsche Postgewerkschaft

14. Bundesjugendkonferenz

12./14. Mai in Osnabrück

Die 133 Delegierten forderten den DGP-Hauptvorstand auf, sich dafür einzusetzen, daß „die Bundesregierung ihre im NATO-Doppelbeschluß gegebene Zusage zur Stationierung von Mittelstreckenraketen, Marschflugkörpern und sonstigen Atomwaffen auf dem Boden der BRD zurückzieht“. Ein weiterer Beschluß plädiert für die „Nutzung aller gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten, einschließlich Kampfmaßnahmen zur Sicherung des Friedens“ (12).

GEW

Landesvertreterversammlung Weiberlin

Die Landesvertreterversammlung beschloß einen „symbolischen Streik“ gegen die bevorstehende Stationierung. Der Beschluß sieht eine Arbeitsniederlegung am 20. Oktober, also während der bundesweiten Aktionswoche, vor. Der Streik soll 30 Minuten dauern und nur dann ausgerufen werden, wenn sich vorher mindestens tausend Lehrer mit ihrer Unterschrift dazu bereit erklärt haben. Vorsorglich hat die Landesvertreterversammlung allen von Repressalien bedrohten Lehrern Rechtsschutz zugesagt (13).

Landesvorstand Nordrhein-Westfalen

Nach einer heftig geführten Debatte verabschiedete der Landesvorstand den Beschluß, in dem der politische Streik „als ein Mittel gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen und gegen wachsende Kriegsgefahr für legitim“ erklärt wird. Durch diesen Beschluß, der auch dem GEW Hauptvorstand mitgeteilt wurde, führte sich der stellvertretende Landesvorsitzende Belke derart überheben, daß er zur Zeit mit seinem Rücktritt droht. Daraufhin sind auch dem Landesvorsitzenden Hammeltrath ernste Zweifel an dem Beschluß gekommen. Er hat jedoch versichert, daß er den gültigen Antrag an den Hauptvorstand

übermittelt hat (19).

ÖTV

Kreisfrauenkonferenz Friedberg
Die Konferenz sprach sich dafür aus, die Stationierung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verhindern. Unter Berufung auf Odeorg Benz wurde von den Frauen auch der Generalstreik als eine Aktionsmöglichkeit angesprochen (14).

DGB Kreise

Kreisvorstand Bayreuth
Der Kreisvorstand forderte den DGB-Bundesvorstand auf, alle erdenklichen Mittel einzusetzen, um die Stationierung zu verhindern. Auch das Mittel des Generalstreiks dürfe „nicht länger tabu sein“. Der Generalstreik sollte als „letzte Möglichkeit“ angewendet werden. In der Entscheidung wird hervorgehoben, daß damit weder die Bundeswehr noch die Zugehörigkeit zur NATO in Frage gestellt werde (15).
Kreisvorstand München 17. Mai
„Der DGB-Bundesvorstand soll unverzüglich alle erdenklichen Maßnahmen diskutieren, die den Gewerkschaften zur Verhinderung neuer Mittelstreckenraketen in Europa zur Verfügung stehen. Dabei darf auch der gezielte Einsatz von Arbeitsniederlegungen und gewaltfreien Blockade-Aktionen nicht von vornherein ausgeschlossen werden“ (16).



Quellen

1. „Druck und Papier“ (DruPa-Zentralorgan), 12.8.83
2. „UZ“, 9.6.83
3. „UZ“, 9.6.83
4. „LZ“, 21.1.83
5. „Welt“, 17.6.83
6. „UZ“, 30.5.83
7. „UZ“, 6.6.83
8. „Rote Fahne“, 23.4.83
9. „Revier“, Juni 1983
10. „UZ“, 10.6.83
11. „UZ“, 14.5.83
12. „UZ“, 17.5.83
13. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 7.6.83
14. „UZ“, 4.6.83
15. „UZ“, 4.6.83
16. „UZ“, 30.5.83
17. „UZ“, 17.6.83
18. „UZ“, 12.6.83
19. „Frankfurter Rundschau“, 22.8.83

Fortz. von vorheriger Seite

Fortz. von vorheriger Seite

um. Schließlich erklärte Bruns, daß der Nato-Doppelbeschluß eine Antwort auf die Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen sei. An dieser Stelle soll es vernünftigen Widerspruch im Publikum gegeben haben... vermerkt das „ÖTV Magazin“.

Ausonaten blieb der Kongreß voll in der Hand der DGB-Oberen, was zum einen an der strengen Auswahl der Teilnehmer, zum anderen an dem Opportunismus der Linken lag. So wurde z. B. in der Arbeitsgruppe „Möglichkeiten und Grenzen von Friedensaktivitäten“ die Idee des Generalstreiks als „unrealistisch“ verworfen (20).

Von einer inhaltlichen Annäherung kann, wie mensch sieht, keine Rede sein.

Ein Genosse der BAC-Kommission
Quellen

- (1) „Revier“ 1983, S. 33
- (2) „Rote Fahne“, 23.4.83
- (3) „FAZ“, 13.6.83
- (4) „Welt“, 19.6.83
- (5) „FR“, 18.6.83
- (6) „Welt“, 18.6.83
- (7) „FAZ“, 15.6.83
- (8) „FAZ“, 1.6.83
- (9) „Hamburger Abendblatt“, 17.6.83
- (10) „UZ“, 18.6.83
- (11) „Druck und Papier“, Zentralorgan der DruPa, 13.6.83
- (12) „Hamburger Rundschau“, 2.6.83, „FAZ“, 1.6.83
- (13) „Metall“, Mitgliederzeitung der IGM, 10.6.83
- (14) „einigkeit“, Mitgliederzeitung der NIG, 1982
- (15) „Gewerkschaften und Frieden“, Abendroth, Günter, Bruns u. a., Nachrichten Verlag, S. 26
- (16) „Grunder“, Publikationszeitung der DGB-Jugend, 1/2-83
- (17) „FR“, 12.7.83
- (18) „TAZ“, 9.7.83
- (19) „Druck und Papier“, 18.6.83
- (20) „ÖTV Magazin“, Mitgliederzeitung der ÖTV, 6.83

Nochmals: "Der Traum vom Generalstreik"

Ein bißchen Widerspruch und Unverständnis hat mein Kommentar im AK 232, S. 5, ausgelöst, bei dem es um den Versuch der ortschaftlichen Gruppe GIM ging, Streiks der Arbeiter und Angestellten als DIE Perspektive im Kampf gegen die Raketenstationierung zu empfehlen. Zu oberflächlich fanden manche den Kommentar, was wohl zutrifft. Die Position der GIM sei von mir falsch dargestellt worden, was keineswegs zutrifft. Und an einer Debatte über das Kampfmittel des politischen Streiks sei doch nichts schwächen, was allerdings auch gar nicht der Inhalt und Sinn meines kurzen Kommentars war. Um die Debatte besser zu fundieren, sollen hiermit einige Überlegungen nachgereicht werden.

Zunächst ist es offensichtlich nicht überflüssig, die Argumentation der GIM genau nachzuvollziehen, um dem Vorwurf zu begegnen, so wie von mir unterstellt sei es von der GIM überhaupt nicht gemeint. Also, es geht als erstes um die „was tun“ (GIM-Zeitung) vom 28.4. Der Artikel dort, der den Anstoß zu meinem Kommentar gab, geht von der kurz zuvor stattgefundenen Kölner Beratung der Friedensbewegung aus. In dem Artikel wird resümiert, daß von den in Köln heftig diskutierten Aktionsmodellen (Großdemo in Bonn oder Blockade an den Standorten) im Grunde die Perspektive seien. Dann wird eine Zwischenüberschrift „Streiks eine Alternative“. Nämlich eine Alternative sowohl zum Großdemo-Mittel wie zu den Blockaden. Vor allem aber zu letzteren, die die GIM anscheinend höchst bedenklich findet, ohne offen und ehrlich mit ihrer

Kritik herauszukommen. Stattdessen wird eine Schein-Polemik an einem Einzelausspruch hochgezogen, nämlich: man müsse die „Konfrontation“ mit dem Staat „suchen“. Da geht der Zeigefinger während in die Höhe. „Unter diesen Bedingungen zur Konfrontation aufzurufen, ist politisch hochgradig unverantwortlich“. Hier würden Aktionen in die Wege geleitet, von denen „der Übergang zu terroristischen Verweilungsaktionen fließend ist“. Ist der GIM denn etwa völlig entgangen, daß so eindeutig wie noch niemals in den letzten 10 Jahren keine einzige Strömung in der Bewegung etwas anderes anstrebt als absolut gewaltfreie Aktionen?

Der Artikel der „was tun“ fährt fort: „Es gibt nur ein Mittel, die Mehrheiten, die die Ziele der Friedensbewegung unterstützen, in die Aktion einzubeziehen. Durch Streikaktionen am Arbeits- und Ausbildungsplatz“. Und er schließt mit dem Satz: „So kann in der Aktionswoche der Grundstein für die weitere, jetzt noch fehlende Perspektive gelegt werden“ (Hervorhebungen vom Verf.). Also: der Kampf gegen die „Nachrüstung“ ist bisher perspektivlos, erst Streiks schaffen eine Perspektive. Folgerichtig schließt in derselben Ausgabe der „was tun“ ein Artikel an, der schon in der Hauptüberschrift aussteht: „Streik — die Kampfperspektive“. Nicht eine Kampfform also, sondern die Kampfform überhaupt. Explizit wird in diesem Artikel behauptet: Streiks seien „das einzige, wirklich zwingende Mittel, die Stationierung zu verhindern“. Es läßt sich demnach nicht gut daran

zweifeln, daß die GIM die von ihr empfohlene „Kampfperspektive“ Streik alternativ zu anderen Kampfformen setzt, sie gegen diese auszuspielen versucht.

Vor allem mit den direkten Aktionen an den Stationierungsorten hat die GIM wenig im Sinn, sondern favorisiert, wenn schon denn schon, die traditionellen Großdemos. In diesem Sinne sprach die GIM sich vor dem Kölner Treffen ausdrücklich für eine Großdemonstration aus — ganz im Sinne des SPD/DKP-KOFAZ-Spektrums —, während gegen Blockade Aktionen allerlei Einwände vorgebracht wurden, ohne sich frontal gegen sie zu stellen (vgl. „was tun“ vom 7.4., S. 6).

Auch gegen die Initiative für Volksentscheid/Volksbefragung versucht die GIM, ihre „Kampfperspektive“ Streik auszuspielen. Dazu hebt es in der „was tun“ vom 12.5., nachdem einige Einwände gegen eine Kampagne für Volksentscheid/Volksbefragung vorgebracht wurden: „... Das Setzen auf Streikaktionen ist deshalb der richtigere Weg ...“.

Die Argumentationsweise der GIM ist übrigens nicht neu. Es sei nur daran erinnert, daß sie in dem Brokdorf/Litzke-Konflikt Anfang 1977 gegen den Versuch einer Demonstration zum Bauplatz und für die von SPD- und DKP-Kreisen organisierte Kundgebung in Litzke eintrat. Und das praktisch mit den gleichen Argumenten wie heute: Man muß die Gewerkschaften in den Kampf einbeziehen und dafür eignet sich eben nur eine ordentliche, friedliche Kundgebung, die von vornherein keinerlei Risiken der Konfrontation mit der Polizei enthält.

Mein Kurzkommentar im AK 232 möge also nicht als Polemik gegen das Einbringen des Themas „politischer Streik“ in die Debatte mißverstanden werden. Es ging und geht mir um nichts anderes als um Kritik an dem nur allzu bekannten und abgedroschenen Versuch, die Einbestellung der Gewerkschaften in den Kampf gegen die realisierten Kampfformen auszuspielen und mit einer Schein-Perspektive die Debatte beeinflussen zu wollen.

Handelt es sich, konkret bezogen auf den Kampf gegen die „Nachrüstung“, bei dem Hinweis auf mögliche Streiks um etwas anderes als eine Schein-Perspektive? Oder, anders herum gefragt: Gibt es eine realistische Chance, daß Streiks im Kampf gegen die „Nachrüstung“ noch eine Rolle spielen könnten? Ich kann es mir nicht vorstellen und hatte der GIM diesbezüglich schon im AK 232 eine Weile über 500 Mark angeboten, die dem Aufbau in Nicaragua zugute kommen sollten. Die GIM hat darauf leider bisher nicht reagiert, aber das Angebot steht selbstverständlich weiter. Nicaragua könnte das Geld sicher gebrauchen.

Man muß sich klar machen, daß der politische Streik in der BRD zwar durchaus eine Tradition hat, die aber im Wesentlichen schon in den späten 50er Jahren zu Ende ging. Seither ist dieses Kampfmittel so total aus der Mode gekommen, daß die DGB-Spitze einhellig behaupten kann, die bloße Erörterung des Themas sei „völlig abwegig“, und das Kampfmittel dürfte über-

Fortsetzung nächste Seite

Fortf. von vorheriger Seite

haupte nur in einem einzigen Fall angewendet werden, nämlich bei akuter Gefahr für die Demokratie.

Um einen politischen Streik (e a l) führen zu können, sind mehrere Voraussetzungen notwendig: Das Thema, um das es geht, muß aus sich selbst heraus in der Arbeiterklasse bereits eine hochgradige Kampfbereitschaft ausgelöst haben, und es muß ein sehr hochprozentiger Konsens zum Thema in der Arbeiterklasse bestehen. Bekanntlich ist schon die Einleitung normaler wirtschaftlicher Streiks an die Voraussetzung gekoppelt, daß sich mindestens Dreiviertel der organisierten Arbeiterschaft für Streik aussprechen. Diese Klausel gibt oft Spielraum für bürokratische Manipulationen, macht aber im Prinzip dennoch guten Sinn. Einmal vorausgesetzt, daß wirklich mindestens 75% der Arbeiterschaft gegen die Raketenstationierung wären — was mir jedoch überhaupt nicht gesichert erscheint —, ist das ja noch längst nicht gleichbedeutend mit aktiver Kampfbereitschaft.

Selbst wenn der DGB von heute an ganz offiziell für Streiks gegen die „Nachrüstung“ mobilisieren würde — er tut aber das genaue Gegenteil — wäre es wohl sehr fraglich, ob daraus eine geschlossene und eindrucksvolle Aktion, oder aber eine peinliche Pleite werden würde. Die Situation ist ja durchaus nicht so, daß es in der Arbeiterklasse schon vor Einpöhrung und Kampfbereitschaft kocht und gärt, und bloß noch die DGB-Bürokratie draufhockt wie der Korken auf der Sektglocke.

Sicher, es gibt einige vereinzelte Resolutionen, die sich für Streiks aussprechen bzw. zumindest die „Prüfung“ dieses Mittels fordern. Solche Resolutionen kommen fast ausschließlich aus Bereichen des DGB, die traditionell für ihr Vorpreschen bekannt sind: IG Druck und Papier, GEW, HBV und Jugend. Von einem wirklichen Basisdruck aus der organisierten Arbeiterschaft, der die DGB-Spitze zumindest in Verlegenheit und Argumentations-schwierigkeiten bringen könnte, ist aber weit und breit nichts zu erkennen. Dieser Druck wird — behaupte ich — auch nicht mehr rechtzeitig entstehen. Der Kampf gegen die Raketenstationierung ist vor allem eine akute Sache des vor uns liegenden halben Jahres. Selbst wenn es so sein sollte, daß in den Gewerkschaften eine Debatte über das Kampfmittel „politischer Streik“ begonnen hat, sind die Zeiträume viel zu kurz, als daß diese Debatte für den Kampf gegen die Raketenstationierung noch praktische Bedeutung gewinnen könnte.

Die Zeiträume viel zu kurz, als daß diese Debatte für den Kampf gegen die Raketenstationierung noch praktische Bedeutung gewinnen könnte. Daß das Thema überhaupt erstmals seit sehr vielen Jahren wieder unmittelbar Diskussionsgegenstand ist, ist zweifellos nützlich und wichtig. Eine „Kampfperspektive“ für den jetzt konkret anstehenden Kampf gegen die Stationierung ergibt sich daraus nicht. Und schon gar nicht eine zentrale Perspektive, die alternativ gegen andere Kampfstrategien ausgespielt werden darf.

K.L., Hamburg

Antimilitaristischer Widerstand in Österreich

Im Wiener „Forum Alternativ“, einem Zusammenschluß mit schwerpunktmäßig entwicklungs- und friedenspolitischer, antikapitalistischer Zielsetzung, ist das Buch „Widerstand gegen Krieg und Militarismus in Österreich und anderswo“ erschienen.

In einem historischen Überblick durch das 20. Jahrhundert und Stärken, Phantasie und Ziele des antimilitaristischen Widerstandes aufgearbeitet: Widerstand im 1. und 2. Weltkrieg, Kampf gegen Wiedermilitarisierung und atomare Bewaffnung in den 30er Jahren, Österreichbewegung der 60er Jahre, Friedensbewegungen in Ost und West, Kriegsgefahr und Ausbeutung der Dritten Welt, neue Militärstrategie der NATO, im politischen Spektrum der Friedensbewegung: Soldaten im Widerstand, Zivilisten sowie ein Kapitel zu „Gewalt und Gewaltfreiheit oder aber zu seiner Zeit“. Besonders gut gelungen fand ich das Kapitel „Weiblicher Widerstand gegen Gewalt, Militarismus und Krieg“.

Aus der Fülle der Informationen möchte ich einen Aspekt herausgreifen, der mir für die Debatte um erreichbare oder angestrebte Ziele der Friedensbewegung wichtig erscheint: die Verdrängung von Atomwaffen aus der Zone in Mitteleuropa und Neutralismus.

Österreich — ein Staat mit „Immerwährender Neutralität“

Österreich schloß 1955 nach zehnjähriger Besatzungszeit einen Friedensvertrag mit den Alliierten Mächten USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion, mit dem es seine nationale Unabhängigkeit erhielt und seine „Immerwährende Neutralität“ erklärte. Das politische Interesse der UdSSR an einer Neutralität entsprang der — berechtigten — Befürchtung, daß der Westen und ein wiedererstarktes Deutschland bald gemeinsam gegen sie offensiv werden könnten.

Voraussetzung für den Friedensvertrag war jedoch Österreichs ökonomische und ideologische Integration in den von US-amerikanischen Interessen beherrschten Weltmarkt, sowie die Ausrichtung seiner Wirtschaftsstruktur nach US-amerikanischen Bedürfnissen. Mittel zu dieser Eingliederung war in Österreich — wie auch für die BRD — die US-Wirtschaftshilfe und der Marshallplan.

Neutralität heißt für Österreich, keinem Militärbündnis anzugehören sowie keine Parteinahme oder Unterstützung kriegsführender Staaten.

Neutralität, Bundesheer und NATO

Neutralität, Bundesheer und NATO

Kompetenz und Kapazität des 1955 gegründeten österreichischen Bundesheeres waren auf die Erhaltung innerer Stabilität sowie die Verteidigung der Neutralität beschränkt. Dennoch erfüllt das Bundesheer gewisse Aufgaben im Rahmen der NATO:

1. Die Verteidigungsstrategie ist wie selbstverständlich gegen einen Angriff aus dem Osten ausgerichtet.
2. Die Bundesheer-Übungen sind so strukturiert, daß sie geeignet wären,

unter dem Oberbefehl der NATO gestellt zu werden.

3. Österreichische Offiziere nehmen an Generalstabskursen in den USA teil (US-Army Command and General Staff Course), umgekehrt nehmen an den Generalstabskursen des Bundesheeres auch Offiziere aus Frankreich, Italien, Schweiz und USA teil.

4. An den Grenzen zur CSSR und zu Jugoslawien stehen Radarstationen, die die von Norwegen bis in die Türkei reichende Kette von Funk- und Radarstationen der NATO zur Überwachung des Ostblocks schließen.

5. Die Stärkung der mit Panzern und schwerem Gerät ausgerüsteten zentralen Heeresverbände sowie das starke Bedürfnis nach eigenen Abfangjägern (bei der Kleinheit des Landes völlig unnötig, wenn diese Flugzeuge auf Österreich beschränkt werden sollen) deuten auf diese de-facto-Integration des Bundesheeres in den NATO-Verband hin. (Anm. Ein moderner Flugzeug legt die längste Strecke durch Österreich in 15 Minuten zurück; ein Abfangjäger braucht 4 Minuten allein zum Starten).

Mit dem Wahlsieg der SPÖ (Sozialdemokraten) 1970 wurden von Seiten kritischer Offiziere neue Militärkonzepte erarbeitet und vorgeschlagen. Es gelang jedoch erst Armeekommandant Spanocch, diese neuen Ideen, wie den Aufbau eines sogenannten „demokratischen Milizheeres“ und eines neuen Raumverteidigungskonzeptes, im Bundesheer durchzusetzen. Im Herbst 1982 fand erstmals eine Bundesheer-Übung in Tirol statt, deren Ablauf auf der Simulation eines Angriffs aus dem Westen basierte. Dieses Manöver, das von der Annahme einer Verletzung der Neutralität Österreichs durch NATO-Truppen ausging, mußte erst von Verteidigungsminister Rosch gegen den massiven Widerstand seiner Generale durchgesetzt werden.

Erarbeitet und vorgeschlagen. Es gelang jedoch erst Armeekommandant Spanocch, diese neuen Ideen, wie den Aufbau eines sogenannten „demokratischen Milizheeres“ und eines neuen Raumverteidigungskonzeptes, im Bundesheer durchzusetzen. Im Herbst 1982 fand erstmals eine Bundesheer-Übung in Tirol statt, deren Ablauf auf der Simulation eines Angriffs aus dem Westen basierte. Dieses Manöver, das von der Annahme einer Verletzung der Neutralität Österreichs durch NATO-Truppen ausging, mußte erst von Verteidigungsminister Rosch gegen den massiven Widerstand seiner Generale durchgesetzt werden.



Es fragt sich angesichts der de-facto-Integration des Heeres in die NATO-Strategie, was nach der Regierungsbildung durch die Konservativen (ÖVP und FPÖ) vom Frühjahr 1983 wohl aus dem „Demokratisierungsbewegungen“ im Heer wird.

Das neutrale Österreich — Rüstungsproduktion und Rüstungsexport

Das hier zitierte Buch verfolgt in vorbildlicher Weise die Waffenproduktion der drei größten österreichischen Rüstungswerke von 1830 bis heute: Steyr-Daimler-Puch; Böhler-Werke, VOEST-Alpine. In den 70er Jahren stieg Österreichs Industrie wieder verstärkt in die Rüstungsproduktion ein. Die Hoffnung auf Absatzmärkte und profitable Geschäfte hat diesen Sektor in neuer Qualität aufleben lassen.

Das Bundesheer spielt als Waffen-einkäufer eine nicht so große Rolle, wie von den Befürwortern der Waffenproduktion mit dem Argument der Eigenversorgung gern behauptet wird.

Eine weitaus wichtigere Rolle spielt das Bundesheer bei der Erprobung, Entwicklung und Vorführung von militärischen Produkten. Zusätzlich stellt es bei eiligen Aufträgen verschiedene Güter leihweise zur Verfügung und greift damit der Industrie helfend unter die Arme. Rüstungsaufträge zu sichern und auszuweiten.

Auch der Staat ist in Rüstungsgeschäften involviert. Die verstaatlichte VOEST ist inzwischen zu einem der größten Rüstungsproduzenten angewachsen. (VOEST = Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahl-Werke; nach dem 2. Weltkrieg verstaatlichte Stahlindustrie. Die Vorgängerin, die Hermann-Göring-Werke, waren die größten Panzerproduzenten des Dritten Reiches).

Von den Steyr-Daimler-Puch-Werken fallen 30% des Umsatzes von 13,3 Mrd. Schilling auf den Waffensektor; Mehrheitsbesitzerin ist die verstaatlichte Creditanstalt-Bankverein (CA), der Rest befindet sich in Streubesitz. Ebenso kontrolliert der Staat die Exportgeschäfte. Die Institution, die das Funktionieren der Exportförderung — sei es nun unter „begünstigten Entwicklungskreditlinien“ oder unter herkömmlichen „kommerziellen Kreditbedingungen“ — ermöglicht, ist die österreichische Kontrollbank. Es ist die Aufgabe des Staates, die Vorwertungsbedingungen der Wirtschaft zu sichern, indem er die Risiken von Exportgeschäften einerseits durch Garantieverträge, andererseits durch die direkte Finanzierung des Exports übernimmt.

Im Übrigen heißt das, daß das jeweilige Exportunternehmen nach Erfüllung eines Vertrags teils (= Lieferung der Geräte) sofort sein Geld bekommt. Die Republik übernimmt die Haftung im Falle der Nichtbezahlung, und der Kontrollbank obliegt es, vom jeweiligen Importeur das Geld einzutreiben. 40% aller österreichischen Exportgeschäfte sind garantiert, d.h. die Steuerzahler haften für diese Exporte. (1977 zahlten die Steuerzahler dafür 689 Mio. Schilling. Auch eine Art, wie der Aufschwung der Industrie dem Volk zugute kommt schließlich erhalten dafür 3000 Ingenieure und Techniker sowie 20 000 Arbeiter/innen direkt in der Rüstungsproduktion sowie weitere 20 000 eng an diese Produktion angegliedert einen Arbeitsplatz).

Die österreichische Industrie spezialisiert sich auf die Produktion von „leichten Waffen“, worunter v.a. Munition aller gängigen Kaliber, Handgranaten, Granatwerfer, Sturmgewehre, Scharfschützengewehre, Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Schützenpanzer und der Jagdpanzer Kräussler verstanden werden. Diese „leichten Waffen“ stoßen in Ländern der Dritten Welt auf großen Interesse, weil sie unter anderem für die Verteidigung der „inneren Ruhe und Ordnung“ geeignet sind.

Das Kriegsmaterialgesetz, dessen Novellierung am 1.1.83 in Kraft trat, verhindert durch seine dehnbaren Formulierungen sowie etliche Lücken das Verbot des Waffenexports sowie der Auslagerung von Rüstungsproduktion. Von diesen Zweipartnern in Ländern, die auf neutralitätsrechtliche und völkerrechtliche Bestimmungen keine Rücksicht zu nehmen brauchen, kann dann problemlos in Drittländer, etwa Chile, oder kriegsführende Länder exportiert werden.

Ich denke, die oben beschriebenen Tatsachen sollte mensch im Auge behalten, wenn im Kampf gegen die Kriegsgelahr ein von Polen bis Portugal neutrales, atomwaffenfreies und „defensiv“ bewaffnetes Europa vorgeschlagen wird, und als positives Beispiel für eine solche Lösung das neutrale Österreich (nebst Schweiz und Schweden) angeführt wird.

Österreich ist ein Industriestaat, der wirtschaftlich, ideologisch und militärisch dem „freien“ Westen zuzurechnen ist. Das Bundesheer ist de-facto in die NATO-Strategie integriert, Industrie und Staat verdienen bestens am Rüstungsexport.

Was unter solchen, kapitalistischen Bedingungen von Neutralität zu halten ist (nebenbei auch von der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, z.B. Stahl), weiß schon die „Wiener



Abendzeitung“ (SPÖ-Organ) zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Friedens- und Neutralitätsvertrags am 1. Mai 1955:

„Wir sind zur Neutralität bereit. Neutralismus lehnen wir ab. Neutralität heißt, mit keiner von beiden Seiten ein militärisches Bündnis zu schließen. Neutralismus heißt, den Unterschied zwischen der freien Welt des Westens und der Welt der kommunistischen Diktatur des Ostens nicht zu sehen.“

H., Tullgarn

Widerstand gegen Krieg und Militarismus in Österreich und anderswo. Wien, Forum Alternativ, Dezember 1982. Ein Buch, das auf keinem Bucherisch fehlen sollte. Zu bestellen bei: Forum Alternativ, Margaretenstr. 99, A-1050 Wien

Ziele österreichischer Rüstungsexporte

Diese Karte bezieht sich nur auf die Exporte Österreichs in die 3. Welt, die jedoch den Großteil des österreichischen Waffenzusatzes ausmachen



Kampf dem Faschismus

17. Juni in Westberlin: 20.000 gegen rechte Provokation

Der 17. Juni hat es in Zeiten der „Wende“ wieder in sich. Die schwarz-braune „Konservative Aktion“ (KA) sah diesen „Tag der deutschen Einheit“ als willkommenen Anlaß an, ihre Bataillone rechts von der CDU zu formieren. Mit ZDF-Löwenthal und Ludek Pachmann an der Spitze sollte in Westberlin vorgeführt werden, was eine richtige rechte Wende ist: mit Fackelzügen an der Mauer, Kranzniederlegungen vor sowjetischen Einrichtungen, vielen Deutschlandfahrten, Provokationen gegen Hausbesitzer und Blümchen für türkische Familien, denen dringend die Rückkehr in ihre Heimat nahegelegt wurde, um die traditionelle deutsch-türkische Freundschaft zu erhalten, wollten diese Herrschaften zeigen, daß Kohl nur eine halbherzige Wende betreibt. In den schwarzbraunen Kreisen rechnete man mit rund 2.000 Teilnehmern vor allem aus dem Bundesgebiet. Schließlich lockte die KA vor allem jüngere Menschen für ganze 30 DM für Fahrt und Unterkunft, für die der Senat ausreichend gesorgt hatte, in die Stadt. Doch das Treiben der KA wurde empfindlich gestört: durch massive Proteste in der Öffentlichkeit, auch seitens des DGB und der SPD, sah sich das Westberliner Abgeordnetenhaus genötigt, sich von der KA zu distanzieren. Nur der berühmte Innenminister Lummer ließ diese Gäste herzlich willkommen. Linke und demokratische Organisationen, die Kreuzberger SPD, die türkischen Linken und die AL machten gegen diese Provokationen mobil und riefen zu einer Großdemonstration am 18. Juni auf — an dem Tag, wo die KA ihren Kreuzzug durch die Türkenviertel in Kreuzberg und vor einem besetzten Haus in Schöneberg starten wollte.

Knap 20.000 Menschen demonstrierten schließlich gegen die rechten Provokationen. Das nahm einen durchaus friedlichen Verlauf, bis Lummers Polizei das Aufhängen eines Transparentes an einer U-Bahnbrücke zum Anlaß nahm, mit Tränengas und Knütteln auf die Demonstranten einzuschlagen. In Kreuzberg gab es wieder einmal die berühmte Randalie, in deren Verlauf 200 Menschen vorübergehend festgenommen und „im Eifer des Gefechts“ auch noch ein besetztes Haus in der Oranienburger Straße geräumt wurde.

Transparente an einer U-Bahnbrücke zum Anlaß nahm, mit Tränengas und Knütteln auf die Demonstranten einzuschlagen. In Kreuzberg gab es wieder einmal die berühmte Randalie, in deren Verlauf 200 Menschen vorübergehend festgenommen und „im Eifer des Gefechts“ auch noch ein besetztes Haus in der Oranienburger Straße geräumt wurde.

Die KA mußte aufgrund dieser Ereignisse ihren Aufmarsch gegen die Türken abblenden.

Die rechte Formierung

Der rechte Aufmarsch fiel insgesamt schwächer aus als erwartet, obwohl nicht nur Löwenthal's KA, sondern auch die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ (im Vorstand: Ludek Pachmann), der CSU-„Bayernkurier“ und neonazistische Kräfte mobilisiert hatten. Am 17. veranstaltete die Pachmann'sche Menschenrechtsgesellschaft einen Schweigemarsch mit rund 1.000 Teilnehmern, die sich zudem noch anhören mußten, wie sich Minister Blum und Ex-Junge-Unions-Chef Wisemann von der KA zaghaft distanzieren. Am späten Abend dann hielt Löwenthal vor einem Fackelzug mit ca. 300 Teilnehmern eine flammende Rede zur Rettung des Vaterlandes.

Am nächsten Tag wagten sich ganze 30 Rechte in die Nähe des besetzten Hauses in der Potsdamer Straße — um 9 Uhr morgens, zu Zwischenfällen kam es nicht, und die ziemlich bedeckten zumeist Jugendlichen suchten schnell wieder das Weite.

Nachdem der Zug durch Kreuzberg auch geplatzt war, blieb den Rechten noch der Trost, am Abend im Kongreß-Zentrum die Gründung der „Konservativen Jugend Deutschlands“ zu vollziehen. Anwesend war viel schwarz-braune Prominenz neben den KA-Gründern Pachmann und Löwenthal auch der Ex-Bild-Reporter Siegrist, der ehemalige Sozialdemokrat Kreuzer und der neugekühte Chef der Jugendorganisation, Michael Lange. Von den 2.000 erwarteten Teilnehmern kamen immerhin noch rund 700. Das rechte Szenario endete mit einem Fias-

ko auf der Abschlußveranstaltung am Sonntag: ganze 150 Menschen hielten sich noch eingefunden, um sich die rechten Pöbeleien nach den Ereignissen in Kreuzberg anzuhören. Erst Kreuzer, dann Löwenthal rechneten mit den „Chaoten“, dem Westberliner DGB-Chef, der SPD und auch der CDU ab, die „völlig versagt“ habe (Kreuzer).

Ob die „Tageszeitung“ mit ihrer Schlagzeile „Konservative Aktion im ersten Anlauf gescheitert“ den Nagel voll auf den Kopf getroffen hat, kommt darauf an, wie der „Anlauf“ insgesamt zu bewerten ist. Sie hat sicherlich recht, wenn man die Quantität der reaktionären Sammlungsbewegung heranzieht und auch, daß die Gegenmobilisierung der antifaschistischen Kräfte einige geplante Provokationen verhinderte. Genauso ist es natürlich kein Zufall, daß die Reaktionen im Zeichen der Wende geradezu ermutigt

sind, öffentliche Provokationen zu starten. Bedenkenswerter ist schon die Tatsache, daß die politische Programmatik der KA nahezu identisch ist mit der der CDU und CSU, nicht nur personelle Verflechtungen bestehen. Diesen Kräften geht es in erster Linie darum, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Reihen der CDU/CSU dafür zu sorgen, daß die innen- und außenpolitische Wende im beschleunigten Tempo vollzogen wird. Für diese Kräfte bleibt Kohl nur ein „Übergangskanzler“.

D./Westberlin

Anmerkungen:

Die Berichte stützen sich auf die Westberliner „TAZ“ vom 18.6. und 20.6., sowie „Tagesspiegel“ und „Berliner Morgenpost“.

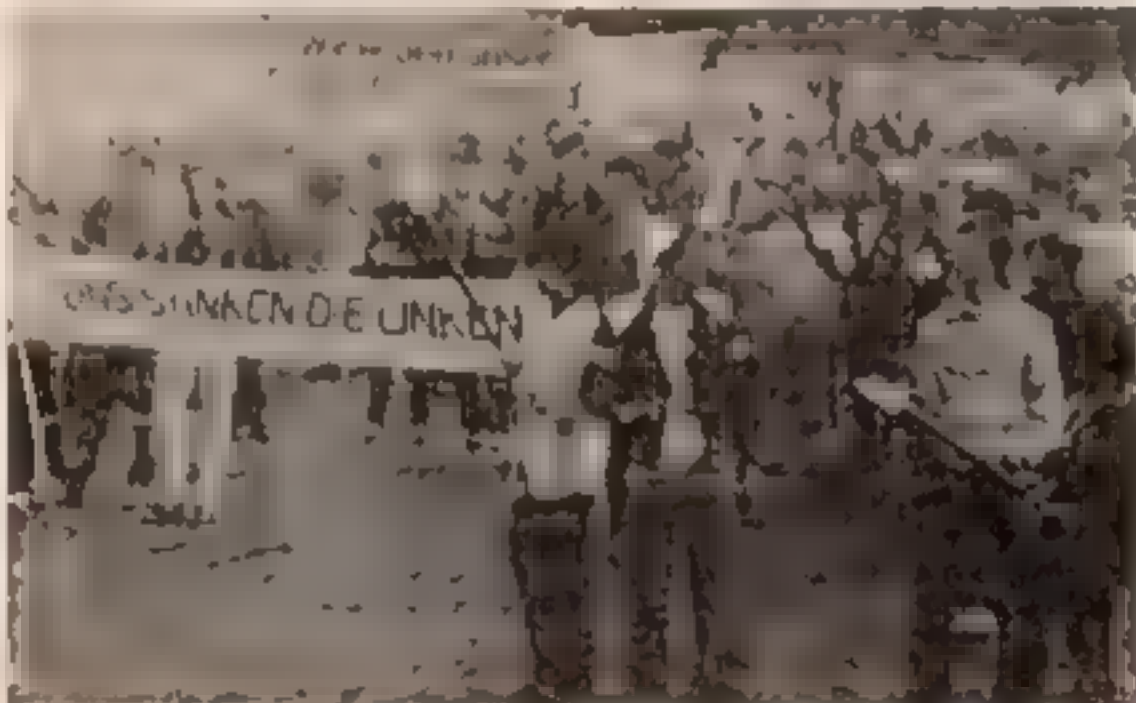


Bild links: Fackelzug an der Mauer in der Bernauer Straße, veranstaltet von der „Konservativen Aktion“



Bild rechts: Etwa 700 Teilnehmer kamen zur Veranstaltung in das Kongreßzentrum

Den 17. Juni "positiv besetzen"?...

Die AL-Westberlin und der 17.6.

Den 17. Juni "positiv besetzen"?...

Die AL-Westberlin und der 17.6.

Was ist die Konservative Aktion?

Im Juni 1981 wurde die KA von etwa 30 Personen unter Führung von Ludek Pachmann in München gegründet. Sie wollte nie „Vierde Partei“ sein, sondern eine „Bewegung zur geistigen Erneuerung in Deutschland“. Mit von der Partie waren Löwenthal, Strauß-Fan Prof. Bösche, der Likörbrannt Ecker, der „Bild“-Journalist Siegrist, Strauß-Anwalt Ossmann und der Westberliner Professor Moleschmann plus Frau. Die KA verstand sich u.a. als Koordinationszentrum für Bürgerwehren, deren Bildung gefördert werden soll, wenn der Staat „versagt“. Die politische Programmatik lieferte Ende letzten Jahres Prof. phil. habil. Klaus Hornung in einem „Umriss freirechtlicher konservativer Politik in den achtziger Jahren“ auf einer Mitgliederversammlung der KA. Darin hieß es u.a., daß die Sowjetunion „seit 1946 47% des Reichsgebietes von 1937 kontrolliert“ und eine „Ausdehnung mit dem Osten“ erst mit Vollaufnahme des „Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen“ möglich sei; in der Friedensbewegung seien die „Parteien Moskau“ aktiv, und Pachmann beschimpfte die Besucher des letzten evangelischen Kirchentages als „pathologische Hysteriker“. Im Bereich des Innenpolitik soll mit einer „inneren Erneuerung“ damit begonnen werden, den „Schult“ der achtziger und abgegangenen Jahre wegzuräumen. Bildung soll wieder Privileg für die „Pantophen“ werden, und der § 218. das Ehe- und Scheidungsrecht sowie das Jugend- und Ausbürgerungsrecht seien „reformbedürftig“. Das Ausbürgerungsrecht müsse zu einer tatsächlichen Vermeidung der Ausbürgerungen führen, und das Vermummungsverbot müsse schneller her (nach „TAZ“, 10.6.).

Axel Caesar Springer's „Berliner Morgenpost“ ereiferte sich in einem Kommentar über ein „schlechtes Gedächtnis beim SFB“; da hatte doch im Rundfunk ein Dr. Braun es als „Geschichtsklitterung“ bezeichnet, daß der nationale Gedenktag als „Tag der deutschen Einheit“ begeben wird. Von Wiedervereinigung sei jedoch nicht die Rede gewesen bei den Arbeitern in der DDR vor 30 Jahren — so Dr. Braun.

„Welch ungeheuerliches Mißverständnis bei einem so intelligenten Mann!“ — zürst der Springer-Kommentator und weiß zu kontorn: „Die sowjetischen Panzer haben den Streikenden und Demonstranten nicht viel Zeit für die Formulierung von Dokumenten für die Nachwelt gelassen. Aber war ihr Wollen deshalb nicht erkennbar?“ (1).

Während der „Morgenpost“-Kommentator noch recht hilflos etwas über das imaginäre „Wollen“ der Aufständischen des 17. Juni 1953 in der DDR dahinstammelt und auch nicht recht weiter weiß, warteten Teile der Westberliner AL mit präzisen Fakten auf. „Arbeitserhebung gegen Ulbricht und Adenauer“ — so hießen die gleichlautenden Schlagzeilen im Juni-„Stachel“ (AL-Zeitung) und einer Anzeige in der „TAZ“ seitens der Abgeordnetenhausfraktion (2). Und obwohl die AL positiv für sich verbuchen konnte, daß sie ein breites Bündnis gegen die schwarz-braunen Provokationen der „Konservativen Aktion“ initiiert hatte, war es die AL, die zwischenzeitlich einen gemeinsamen Aufruf zu einer Großdemonstration gegen die KA inhaltlich nicht mittragen konnte, ehe in letzter Minute der Delegiertenrat für ein Einverständnis auf den gemeinsamen Aufruf sorgte.

Was war geschehen? Einer der Vertreter der AL bei den Bündnisverhandlungen propagierte dort, daß es gelte, den 17. Juni „nicht den Rechten zu überlassen“, sondern ihn „positiv zu besetzen“. Was das heißt bei den anstehenden „blockübergreifenden“ und „deutschlandpolitischen“ Kräften in der AL, dürfte Kennern der Szene schon bekannt sein.

Nicht gerade sehr geschickt und allzu durchsichtig wird die Geschichte des

17. Juni 1953 den eigenen neuen Welt- und Feindbildern untergeordnet. Die dick aufgemachte These vom „Arbeitserhebung gegen Ulbricht und Adenauer“ soll die Leser darüber aufklären, daß die DDR-Arbeiter am 17.6.53 gewissermaßen die Geburtshelfer der heute myifizierten „blockübergreifenden (Friedens-)Bewegung“ gewesen seien, die damals „eine Kritik nach beiden Seiten“ — so die AL-Anzeige — führten. Damit stiehe dieser „Aufstand“ in „den besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung“, heißt es gleich weiter.

Als Beleg für diese gewagte These dient eine weitere Schlagzeile im Juni-„Stachel“: „Räumt Euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus“, wird eine angeblich irgendwo aufgetauchte Parole während der Juni-Ereignisse herbeizitiert. Dann werden die Argumente schon dünner, und es wird nebulös davon gesprochen, daß die „Streikenden und Demonstranten“ eine „gesamtdeutsche Politik“ gewollt hätten. An anderer Stelle des „Stachel“-Artikels sollen die „Aufständischen“ die „Hoffnung“ auf eine „mögliche Absetzung von Ulbricht und Adenauer“ gehabt haben. Der Autor des Artikels schränkt an anderer Stelle allerdings ein, daß „in einigen Zentren auch Wiedervereinigungsforderungen“ laut geworden seien.

Es handelt sich hierbei insgesamt um nicht mehr und nicht weniger als den klassischen Versuch, den „spontanen und unorganisierten Charakter der Ereignisse“ des 17.6.53 — wie der „Stachel“-Autor selbst schreibt — für die eigene Sichtweise auszuschlachten. Da unterscheidet sich ein Teil der AL nicht groß von den StD-Geschichtsschreibern, die des 17. Juni 1953 als den bewußt inszenierten „Tag X“ des Imperialismus zur reaktionären Wiedervereinigung darstellten. Auch für diese These konnte die SED den RIAS aufbahren, der als Informationsträger über die Ereignisse am 16. und 17. Juni 1953 fungierte, oder einigen Gesandten aus dem Westen, die sich an Plünderungen und Brandstiftungen beteiligten, wie das u.a. auch Stephan Heym in seinem Roman „5 Tage im Juni“ beschreibt.

Da unterscheidet sich ein Teil der

AL gleichwohl nicht von jenen eingangs zitierten „Morgenpost“-Kommentator, der das Abingen der bundesdeutschen Nationalhymne während des 17. Juni als Beweis für die gesamtdeutsche Orientierung der Streiks anführte.

Und da konnt's, last but not least, auch die Sozialdemokratie die Revolte vom 17. Juni für sich vereinnahmen und die damals aufgetauchte Parole „Fort mit Ulbricht und Adenauer, wir verhandeln nur mit Ollenhauer!“ anführen, wobei dies — nebenbei bemerkt — auch ein Indiz für die West-Orientierung des

„Aufstands“ wäre. Beliebiger Interpretierbarkeit ist beispielsweise auch die häufiger aufgetauchte Forderung der DDR-Arbeiter nach „freier und geheimen Wahlen“; war damals in erster Linie die DDR gemeint oder womöglich gesamtdeutsche Wahlen? Die hier zitierten Aussagen machen schon deutlich, daß es sich bei den Ereignissen am 17. Juni um eine recht widersprüchliche, spontane Erhebung gehandelt hatte, der eine gemeinsame Orientierung weitgehend fehlte und die daher auch schnell in sich zusammenbrach. Einige Historiker wie Arnulf Baring (3) heften vor diesem Hintergrund nicht den Einsatz sowjetischer Panzer für den entscheidenden Endpunkt des „Aufstands“, sondern den rapiden Niedergang der spontanen Bewegung selbst. Auch Stephan Heym schreibt in seinem Roman „5 Tage im Juni“, daß nach der ersten Streikwelle Plünderungen und Brandstiftungen um sich griffen und andere Demagogen und Systemfeinde an die Oberfläche gespült wurden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Klassifizierung des 17. Juni als „Arbeitserhebung“ mehr der Glorifizierung zu dienen. Heute weiß man — und selbst bürgerliche Historiker räumen dies ein — daß etwa 350.000 Menschen an den damaligen Streiks teilgenommen haben, daß es zu einem großangelegten Generalstreik mit bis dahin nicht gekanntem Ausmaß gekommen ist, wenngleich in den DDR-Betrieben nicht gearbeitet wurde. Dafür spricht auch die allgemein bekannte und anerkannte Tatsache, daß die Forderung nach Rücknahme der 10%igen Norm-

erhöhungen der eigentliche Anlaß waren, zu dem sich im Verlaufe der sich überschlagenden Ereignisse alle möglichen Forderungen hinzunüddierten.

Nicht so sehr im „Stachel“, dafür aber in der erwähnten Anzeige der AL in der „TAZ“ wird der 17. Juni als eine „verpaßte Chance“ eingestuft, um die man „lieber Trauer bekunden“ sollte. Kritisiert wird der Westen, weil der Juni-Aufstand „im Zeichen eines Kurswechsels der Sowjetunion stand, der für die deutsche Frage Chancen geboten hat, die vom Westen überhaupt nicht genutzt worden sind“. Adenauer sei damals vom Aufstand „irritiert“ gewesen und habe den Arbeitern geraten, sich vor „unbedachten Handlungen (zu) hüten“.

Die These der „verpaßten Chance“, die auch von manchen sozialdemokratischen Politikern vertreten wird, ist in dieser Form nicht haltbar. Ein behaupteter „Kurswechsel“ in der Deutschlandpolitik seitens der damaligen sowjetischen Machthaber Berija, Malenkov und Chruschtschow ist jedenfalls nicht nachweisbar, sondern beruht nur auf weitlichen Spekulationen und Vermutungen (4). Zum Zeitpunkt des 17. Juni 1953 war die Remilitarisierung der BRD schon längst beschlossene Sache und unter dem Eindruck des Kalten Krieges und Koreakrieges auch vollziehbar, wenngleich die damalige Aufnahme der BRD in die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ am Widerstand Frankreichs zunächst scheitern sollte.

Eher schwimmt bei der AL-Anzeige ein Hauch des Bedauerns mit, daß Adenauer angesichts der Streiks in der DDR nur „irritiert“ gewesen sei. Weiteres Indiz für diese „Irritationen“ sei auch, daß der RIAS damals nicht zum Generalstreik aufgerufen habe, wie im gleichen Tenor der Autor im „Stachel“ konstatiert. Was denn der Imperialismus damals stattdessen hätte tun sollen, darüber schweigen sich die AL-Autoren aus und stellen eher resignierend fest, daß die „Vertreter der Blockinteressen in beiden deutschen Staaten“ den „Aufstand“ ganz „gut überlebt“ hätten. Folgt man dieser Logik der historisch „verpaßten Chance“ eines wiedervereinigten, einmilitarisierten Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ten und neutralen Deutschland etwa nach österreichischem Vorbild, also der „verpönten Chance“ einer Veränderung von Jalta in der damaligen Zeit des „roll-back“ und des strammen Antikommunismus, so hatte nach Lage der Dinge eine „Wiedervereinigung“ anders als unter imperialistischen Vorzeichen damals keine Chance gehabt, andere als die revanchistische Lösung kamen für das gesamte imperialistische Lager gar nicht in Betracht. Was eine solche „Destabilisierung“ der Blöcke damals wie heute gebracht hätte, liegt auf der Hand.

Reiner Dummfänger wird von der AL betrieben, wenn in der Anzeige damit geworben wird, daß auch die AL „im Unterschied zu den etablierten Parteien an der Teilung Deutschlands nicht gewöhnt“ habe. Wie groß dieser Unterschied zu den etablierten Parteien tatsächlich nicht nur in der Frage der „gespaltenen Nation“, sondern auch hinsichtlich der Frage der „Überwindung der Spaltung“ ist, mag unser Bundespräsident bekunden, der just zum 17.6. im Bundestag eine Gedenkrede hielt. Da heißt es: „Wir vertrauen darauf, daß die unatürliche Teilung unseres Vaterlandes keinen Bestand haben wird ... Die Deutschen lassen sich auf Dauer nicht trennen. Ihr Weg wird früher oder später zu einer neuen Verbindung im Rahmen einer europäischen Friedensordnung führen.“ (5) Und gar nicht mehr logisch erklärbar ist die in der Anzeige der AL erhobene Forderung nach Abschaffung des 17. Juni und stattdessen der Einführung eines gesamtdeutschen Feiertags am 18. März; wenn die AL einerseits die Abschaffung des 17. Juni als „Gedenktag“ fordert, so widerspricht das der Praxis von Teilen der AL, ausgerechnet diesen Tag „positiv besetzen“ zu wollen. Da war die Bundestagsfraktion der Grünen vergleichsweise konsequent.

Der „neue Antifaschismus“ der AL

Bei den maroden Positionen von Teilen der AL war es nur logisch, daß die AL aus dem gemeinsamen Bündnis gegen die KA zeitweilig ausstieg, da es ein „schwerer politischer Fehler“ sei, zur Enthaltenshaltung zu „reaktionären Ausbeutungen“ des 17. Juni an den Tag zu legen. (6) AL-Pressesprecher Rainer Eiche bezeichnete den antifaschistischen „Minimalkonsens als Knäuel, der die Wahrheit erschlägt“ (6).

Die Jungdemokraten kritisierten diese Haltung in einem Offenen Brief an die AL, wobei sie darauf hinwiesen, daß sie in der Sache der Positionen der AL nicht abweichend gegenüberstünden, aber daß daraus keine Spaltungslinie gemacht werden dürfe. Es sei im übrigen darauf hingewiesen, daß die Westberliner „Falken“ die antifaschistische Demonstration nicht unterstützten, und daß stattdessen in einem Flugblatt der Neuköllner „Falken“ ebenso Dichtungen über die Kämpfe der Arbeiter „für die Einheit Deutschlands“ verbreitet wurden.

Im Kampf gegen die reaktionäre Wende sah es wahrscheinlich nicht gut aus, wenn folgende im „Stachel“ der AL vertretene „antifaschistische“ Positionen Anklang finden sollten: da werden die Kräfte der „Konservativen Aktion“ nämlich bezichtigt, von „etnem so undifferenzierten Schwarzweißbild der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse“ zu leben, „wie es die eingefleischtesten Dogmatiker im Osten nicht besser können“. Honecker und die DDR-Propagandisten „können sich ob solcher Schätzenshilfe die Hände reiben, die oppositionellen und demokratischen Kräfte in der DDR werden sich bedanken“ (2).

Bei so viel Ost-West-Ausgewogenheits-Fanatismus wundert es schon gar nicht mehr, wenn man damit beim reaktionären „rot gleich braun“-Schema landet; Honecker braucht „Schützenhilfe“ von der „Konservativen Aktion“ — das ist nicht nur blanke Zynismus, sondern auch eine neue Form des Antikommunismus und einmal mehr ein Beitrag zur „wertkonservativen“ Wende im grün-alternativen Spektrum.

Daß der Delegiertenrat der AL im letzten Minute mit deutlichen Mehrheiten doch noch Aufruf und Demonstration gegen die schwarzbraunen Provokationen unterstützte, ist nicht nur dem Zustand zu verdanken, daß andere Teile der AL mehr oder weniger offen Front machten gegen den „neuen Kurs“, sondern auch eines weiteren Feindes: in einem — inzwischen eingestampften — eigenen Aufruf-Flugblatt wird für 1983, vier Jahre nach Gründung der DDR, immer noch von der „demaligen SED“ gesprochen — ein Lapsus, der den doch sonst so bewanderten Deutschland-Kennern eigentlich nicht mehr unterlaufen sollte.

Und auch dort taucht der neue Antikommunismus, das neue Schwarzweißbild einiger AL-Mitglieder auf, wo das Denken von schwarzbraunem Gesindel mit dem der „eingefleischtesten Dogmatiker im Lager des „realen Sozialismus““ gleichgesetzt wird.

Die gleichen Leute, die sich sonst immer so gern auf die blockübergreifende Friedensbewegung berufen und ihre Herzen insbesondere für die „unabhängige Friedensbewegung“ in der DDR höher schlagen lassen, können sich jedenfalls nicht auf den zwangsweise ausgebürgerten Roland Jahn, Mitglied der „Jenauer Friedensgemeinschaft“, berufen. Dieser sagte vor der Bundestagsfraktion der Grünen am 17. Juni, daß in der DDR sehr ungern über diesen Tag geredet werde, da die BDK dieses Datum als „Tag der deutschen Einheit“ bezeichne. „Das bringt den berechtigten Arbeiterprotest in ein ganz falsches Licht“ (7).

D./Westberlin

Anmerkungen:

- 1) „Berliner Morgenpost“, 19.6.
- 2) „Stachel“, Zeitung der AL Westberlin, Juni, und Anzeige der AL Abgeordnetenhausfraktion in der „TAZ“, 18.6.
- 3) Über den 17. Juni 1953 ist aus aktuellem Anlaß sehr viel geschrieben worden. Lesenswert sind neben Stephan Heyms Roman „5 Tage im Juni“ auch: Der 17. Juni 1953 von Armin Baring, Beiträge in der „Zeit“ (17.6.) und in der „FR“ (18.6.).
- 4) Wie wenig von der These des „Arbeiteraufstandes“ gegen Ulbricht und Adenauer“ zu halten ist, beweist die Berichterstattung der „FAZ“ vom 18.6. Die immer wieder vorgebrachten Forderungen des 17.6. lauten: so die FAZ: „Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Senkung der Preise um 50%, Abschaffung der Arbeitsnorm, Freilassung der politischen Gefangenen im nazi-faschistischen Kommentar mit der Überschrift „Aufbruch“ jedoch heißt es in großschreibungstischer Manier: „Daß Berlin immer noch die eigentliche Hauptstadt des Reiches ist und daß sie den Anspruch hat, es eines Tages wieder ganz zu werden, hat ihre Bevölkerung durch keine Tat mehr bekundet als durch die Erhebung der Ost-Berliner Arbeiter“.
- 5) Nach der Entmachtung Berles im Juli 1953 warf das ZK der KPSU diesem u.a. „Kapitulantentum“ vor und fachte eine Agentenstory auf was im Neuen Deutschland“ nachträglich dazu diente Berles das Auserkauf der DDR an den Imperialismus zu bezichtigen. Wie weit, wie politische Widersprüche in der Partei der Sowjetunion ausgeglichen werden, kann sich schließlich auf diese Aussagen zur Untermauerung der damaligen deutschlandpolitischen Abgetragen werden, kann sich schließlich auf diese Aussagen zur Untermauerung der damaligen deutschlandpolitischen Abgetragen werden.
- 6) Carstena nach „FAZ“, 18.6. Bemerkenswert ist daß sich Carstena außerpolitische Konzeption kaum von Konzeptionen einer „Europäisierung Europas“ seitens einiger AL Mitglieder unterscheidet, die die „Lösung der deutschen Frage“ in ähnlichem Kontext sehen. Die Differenz liegt nur auf innenpolitischem Gebiet.
- 7) Die AL von einer europäischen Großmacht abgrenzt.
- 8) „TAZ“, 18.6.
- 9) Nach Berliner Morgenpost und „Tagesspiegel“, 19.6.

Tabelle 3

Situative Aspekte des Todeschusses 1976 - 1981

Zahl der Fälle zu:	
a)	b)
Polizeieinsatz- zeiten/Geschehnisse	Erreichte bevollzogen
9	23
Geschehnisse (mit tödlichem Todes- schuß)	3 (1)
Geschehnisse-Verbrei- ter/Verbreiter/Verbreiter	4
Initieller Fest- nahme bzw. Kon- trolle	7
ad-hoc-Straßten- verbreitung	14
Füchterschuss	2
verbreitete Fest- nahme	19
Insgesamt	66 Fälle

aus: CILIP 12/82, S. 11

Diskussionsgegenstand Todesschüsse:

Wertneutrale oder linke Polizeikritik?

Eine besonders dichte Folge von Todesschüssen sorgte in den letzten Monaten wieder einmal für eine erhebliche Beunruhigung der Öffentlichkeit. Die linksbürgerliche Presse — allen voran die FR — trat mit kritischen Kommentaren hervor. Ein Abgeordneter der SPD monierte öffentlich in der FR, daß ihm der Bonner wissenschaftliche Apparat auf sein Verlangen nach näheren Informationen keine offiziellen Statistiken zum Thema beschaffen konnte — außer dem Hinweis auf eine Dokumentation des KB aus der Russell-Reihe (Nr. 4) von 1977: „Jeder kann der nächste sein.“ (1). Grund: Bei der Polizei würden keine oder nur unvollständige Statistiken zum Thema polizeilicher Schußwaffengebrauch mit Todesfolge geführt. Jedenfalls werden sie nicht für parlamentarische oder sonstige öffentliche Kontrolle verfügbar gemacht.

Ausgerechnet in dieser Situation — auch vor dem Hintergrund, daß polizeilicher Schußwaffengebrauch gegen Menschenmengen in einigen Bundesländern schon Gesetz ist und die Schußkommandos der PKAs, MEKs und St-Ks, polizeilicher Alltag sind, — bemüht sich die in Fachkreisen bekannte linke polizeikritische Zeitschrift CILIP darum, den „blinden Dokumentationen“, „Dramatisierungen“ und „Skandalisierungen“ der linken Polizeikritik entgegenzutreten. In CILIP 12/82 erschien ein Aufsatz „Blut ist ein ganz besonderer Saft — polizeilicher Schußwaffengebrauch im Wandel“, in dem nachgewiesen werden soll, daß das „geschriebene Wissen einer polizeikritischen Öffentlichkeit, daß die Polizei schußwaffengebrauch immer häufiger von der Waffe Gebrauch macht“ (falsch) sei. In CILIP 13/82 (Anfang '83 erschienen) werden diese Ansätze unter dem Titel „Die blutige Polizeikritik“ noch genereller ausgebaut.

Bei aller Hochachtung vor der bisherigen wertvollen Arbeit der CILIP-Redaktion erscheinen uns doch diese Positionen für eine linke Polizeikritik außerordentlich fragwürdig. Im Folgenden ein paar Hinweise zur Auseinandersetzung.

Nichts genaues weiß man nicht

Nichts genaues weiß man nicht

In der Einleitung des Artikels „Schußwaffengebrauch im Wandel“ aus CILIP 12/82 heißt es: „Gemeinen an der Vielzahl tagtäglich polizeilicher Gewalttätigkeiten, in die Zahl der Fälle, in denen die bundesrepublikanische Polizei Schußwaffen einsetzt oder unmittelbar gegen Menschen einsetzt, gerät“. Aber schon in der Einleitung wird eingegrenzt: „Da die seit Jahren erhobenen früheren internen Statistiken über den polizeilichen Schußwaffengebrauch auf Bundes- und Landesebene nur sporadisch veröffentlicht werden, gibt es für die Öffentlichkeit kaum eine Chance, Tendenzen des Schußwaffeneinsatzes der bundesrepublikanischen

Polizei zu beurteilen“. Die ganze Untersuchung stützt sich dann auf (unvollständige) offizielle Polizeistatistiken aus nur zwei Bundesländern für die Jahre 1963 bis 1981. Außerdem liegt für die Jahre 1976 bis 1979 noch eine offizielle Bundesstatistik vor — gemessen an dem hochgeschätzten Anspruch eine recht wichtige Grundlage! Um die Befähigung mit diesen mageren Statistiken noch als Untersuchung mit Beweiswert verkaufen zu können, jagt dann im folgenden ein inhaltlicher oder methodischer Vorbehalt den nächsten (Das Material aus zwei — nach CILIPs Meinung repräsentativen (woher diese Einschätzung genommen wird, bleibt unklar) — Bundesländern lasse „eine erste vorsichtige Interpretation über Häufigkeit und Ergebnis polizeilichen Schußwaffeneinsatzes“ zu Oder an anderer Stelle: „Der bisher präsentierte Material ist zu dünn (wie wahr!“, um Aussagen darüber zu machen, ob der Strukturwandel der Polizei in den sechziger Jahren“ Einfluß auf die Anlässe des Schußwaffengebrauchs hatte. — Oder: „Die Bewertung der situativen Momente tödlichen Schußwaffeneinsatzes steht unter einem für uns nicht löslichen methodischen Vorbehalt“.

Auf dieser Grundlage kommt CILIP dann zu seiner „vorsichtigen(?) Interpretation“: „Auf der Ebene dieses Materials läßt sich die These nicht untermauern, daß die bundesdeutsche Polizei in den letzten zwanzig Jahren immer häufiger und mit immer härteren Folgen für den Bürger zur Schußwaffe geiffen hat“. Beendet wird der Artikel mit einem Resümee von wahrhaft salomonischer Bedeutung: „Es ist erstens festzustellen (wieder unter methodischem Vorbehalt, Anm. AK), daß eine Tendenz zum immer häufigeren Schußwaffeneinsatz mit einer wachsenden Zahl von Todesfällen nicht erkennbar ist. Umgekehrt ist aber auch festzustellen, daß eine bessere apparative Ausrüstung mit tödlichen und sogenannten unschädlichen Waffen () sowie die verbesserte Ausbildung im sicheren Umgang mit Schußwaffen und die Spezialisierung von Beamten in Form von SEKs und MEKs nicht zu einem Rückgang von Todesfällen als Folge polizeilichen Schußwaffeneinsatzes geführt hat“.

Mal abgesehen davon, daß an anderer Stelle des Artikels behauptet wird, daß „der Einsatz dieser Spezialagenten mit besonders trainierten Schießfähigkeiten () die tödliche Lösung von Konflikten“ vorprogrammiert, zeigt CILIP mit dieser diplomatischen Zusammenfassung der Untersuchung zweier magerer Statistiken nichts, — außer, daß auch CILIP aus einem Futz keine gelbe Farbe machen kann!

Aufgaben linker Polizeikritik

Ehrlicher wäre es bestimmt gewesen, zuzugeben, daß auch CILIP keine konkreten, ausgeklüffelte Untersuchung vorlegen kann. Daß aber in dem ganzen Artikel an keiner Stelle der Versuch unternommen wird, die (unvollständigen) Polizeistatistiken zu überprüfen, geschweige denn der Polizei nachzuweisen, daß die Statistiken bewußt vor der Öffentlichkeit zurückgehalten werden und in ihrer Dürftigkeit allein schon ein Indiz für Verschleissgebahren sind, empört uns schrecklich!

In dieser Beziehung ist nämlich selbst die Polizeiverkettung (dP) in ihrer Kritik radikaler, wenn sie in der Mai-Ausgabe '83 von „Deutsche Polizei“ schreibt: „In einer Demokratie hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf zu wissen, wie die Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols ihre Machtmittel einsetzt. Hier setzt die erste Kritik an, nur an wenigen Stellen veröffentlicht die Landesverwaltungsstellen von sich aus solche Statistiken. () Warum aber kommt die Innenministerkonferenz, die mindestens vierjährlich tagt, nicht auf die Idee von sich aus jedes Jahr die Zahlen auch ungefragt auf den Tisch zu legen?“

Warum ist ausgerechnet CILIP mit so viel Blödsinn geschlagen, daß es aus dem Nichts „vorsichtige Interpretationen“ und „methodische Vorbehalte“ hervorzaubert, anstatt auf das Nach-

liegende zu kommen, nämlich zur Kritik der immer weitergehenden Unkontrollierbarkeit der Polizei?

Wie in dem Artikel festgestellt wird, gibt es „große Erhebungsprobleme“, was Ermittlungsverfahren oder Verurteilungen von polizeilichen Todeschüssen betrifft. Auch an diesem Punkt hat bei CILIP der Groschen fallen müssen!

Wie weit der Grad an Unkontrollierbarkeit der Polizei in der Frage des Schußwaffeneinsatzes schon entwickelt ist, das wäre doch ein lohnenderes Untersuchungsthema gewesen, wenn CILIP schon die Rahmenbedingungen für den polizeilichen Schußwaffengebrauch untersucht (und zur konkreten Schußwaffengebrauchs-Entwicklung mangelnde Materiallage eh nichts sagen kann).

Für eine elementare Aufgabe fundierter und vor allem linker Polizeikritik halten wir darüber hinaus, daß nicht nur bruchstückhafte offizielle Polizeistatistiken untersucht werden, sondern auch linke Publikationen zu diesem Thema. Die sind zwar zugespandenermaßen dünn gestreut, aber wir hätten doch zumindest erwartet, daß CILIP zur Überprüfung der Polizeistatistiken unsere Dokumentation „Jeder kann der Nächste sein“ (1) heranzieht, in der die polizeiliche Todeschusspraxis von 1971 bis 1978 dokumentiert und kommentiert ist.

„Verbaratung betreibt, was sich nur auf (polizeiliche) Veröffentlichungen stützt — ohne Mißbrauchsmöglichkeiten aufzuzeigen. Solche (Unterbreitung trägt dazu bei, daß sich im Dunkel der Legitimation rechtswidrige Praktiken entwickeln, ohne daß es einer kritischen Öffentlichkeit möglich ist, rechtzeitig für Korrekturen zu sorgen.“ (Jochen Bölsche: Der Weg in den Überwachungsstaat. - Reinbek, 1979. - zitiert nach: CILIP (1) 13/82)

Wem nützt es, wenn CILIP — wohl in Abgrenzung zur „Dramatisierung von Einzelfällen“ — betont: „So erfolgt jährlich hunderttausende vorbereitete Festnahmen, die ohne Schußwaffeneinsatz ablaufen, so gibt es hunderttausende Verkehrskontrollen ohne Todesfälle ...“ (Gibt's vielleicht noch ungenauere Zahlen?? Anm. AK)? Mensch sollte denken, daß eine vorbereitete Festnahme oder eine Verkehrskontrolle grundsätzlich kein Anlaß für einen polizeilichen Todeschuss sein darf, oder hat, sich die Gewöhnung an den Todeschussbau auch schon in den CILIPischen Gemütern breit gemacht?

Ebenso daneben ist der Schluß des Artikels: „In letzter Zeit mehren sich in der Bundesrepublik wieder Stimmen, die den Einsatz von Schußwaffen bei Demonstrationen zur Diskussion stellen oder gar fordern. Zwar läßt das Politbüro der Länder unter spezifischen Bedingungen den Schußwaffeneinsatz gegen Demonstrationen zu. Der letzte Fall des angeordneten Schußwaffeneinsatzes gegen Demonstrationen in der Bundesrepublik liegt jedoch immerhin 30 Jahre zurück“ (Es folgt ein Hinweis auf die spanische Schußwaffenpraxis) — Von einer linken Polizeikritik erwarten wir, daß sie (auch) auf die Bedingungen eingeht, die hier und heute für den Schußwaffeneinsatz gegen Demonstrationen bestehen, anstatt einen Ausflug in die spanische Schußwaffenpraxis oder in die westdeutsche Geschichte von 1952 zu machen.

1) Antifaschistische Russell Reihe Bd.4, „Jeder kann der nächste sein“, Dokumentation der polizeilichen Todeschüsse seit 1971 und ihre Legitimation. — Hamburg, Reinte, 1978. Zum Thema Polizeientwicklung empfehlen wir CILIP-Informationen: Bürgerrechte und Polizei Verlag CILIP Winterstr. 4a 1000 Berlin 30

Antifa-Kommision/KE Gruppe Ham-



Die "Alten Herren" der jungen Kameraden

Sie würden von „alten Kameraden“ gefördert — so beantwortete Michael Kühnen immer wieder die Fragen nach Unterstützern seiner „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten“ (ANS/NA). Daß die ANS/NA ihre Aktivitäten aus Beiträgen der Mitglieder nicht kaum bestreiten kann, scheint klar, zumal Kühnen im internen Rundbrief „Innerer Front“ sogar einen Rücktritt angedroht hatte für den Fall, daß er weniger als 1 000,- DM pro Monat aus der Organisationskasse erhalte. Einige der alten Herren könnten solche Beiträge sicher „mit rechts“ locker machen. Doch es wäre falsch, diese Herren nur unter dem Gesichtspunkt der Geldfrage für die ANS/NA zu betrachten. Zumindest einige von ihnen scheinen die ANS/NA und ihr Konzept aus eigenen politischen Erwägungen heraus für unterstützenswert oder zumindest denkbar zu halten. Sehen wir uns also einige dieser „Alten Herren“ etwas genauer an.

Carlus Baagoe

90 Jahre alt, wohnhaft in Hamburg 60, Weeslyring 53, Hauptmann a.D.

Bei Baagoe fand Michael Kühnen nach seiner Haftentlassung zumindest offiziell Unterschlupf. Schon bei Kühnens erster Bande, 1977/78, war Baagoe der Mann im Hintergrund, der bei verschiedensten Anlässen „den Jungs“ nach vollzogener Provokation die Bierre bezahlte.

In der neueren neofaschistischen Vergangenheit machte Baagoe Anfang der 70er Jahre von sich reden, als er im „Hamburger Abendblatt“ per Annonce sogenannte „Vergasungszeugen“ suchte; zusammen mit dem ehemaligen SS-Mann in Auschwitz, Thies Christophersen, wertete Baagoe die fehlende Resonanz auf diese Annonce als Beweis dafür, es habe keine Vergasungen gegeben.

Anfang 1982 suchte Baagoe als Mitglied eines „Weltbundes gegen Geschichtsfälschung“ auf und verbreitete ein Pamphlet, das an die Nazi-Agitation gegen die „jüdische Weltvergiftung“ erinnert. Der „Weltbund“ beabsichtigte damals die Herausgabe einer Monatschrift „Der neue Beobachter“.

Der „Weltbund gegen Geschichtsfälschung“ ist Mitglied des im Januar vom Alt-Nazi Erwin Schönborn ins Leben gerufenen „National-Deutschen Senats“ (NDS), in dem außer dem „Weltbund“ sämtliche Schönborn-Vereine vertreten sind, so u.a. die „Arbeitsgemeinschaft nationaler Europa“ (ANE), der „Kampfbund Deutscher Soldaten“, die NSDAP („Nationalsozialistische Demokratische Arbeiterpartei“), der „Flieger-Club Hanna Reitsch“, die „Gesamtdutsche Arbeitsgemeinschaft“ (GdA), die „Grüne Aktion Deutschland“ des Schönborn-Freundes Eberhard Engelhardt, die „Unabhängigen Freundeskreise aller Waffengattungen“, die „Bl für die Todesstrafe gegen Pornographie und Sittenverfall“, die „Unabhängigen Freundeskreise“, der „Stahlhelm“-Landesverband Rheinland-Pfalz sowie Dr. Robert Dollinger, Chef der „Bl zur Rettung des deutschen Volkes“ und Walter Duhl, Mitinitiator der „Initiative für Ausländerbegrenzung“ des von National-Zeitungs-Chef Dr. Frey propagiert wird.

Baagoe hat bislang vier antisemitische Bücher veröffentlicht, die vom „Orden vom Reichsbekennungskreuz“ (hervorgegangen aus dem alten „Bund der Aufrechten“) verlegt wurden. Diesen Chef J. V. Stolzenhagen und weitere Mitglieder traten als Leserbriefschreiber des öfteren in Christophersens „Bauernschaft“ in Erscheinung. Baagoe gehört also als Förderer Kühnens und der ANS/NA zum ganz harten Kern des alten Nazismus, der in Kühnens Bande seine Nachfolger sieht.

Anfang Januar 1983 schließlich fanden sich in Hannover/Langenhagen antisemitische „Holocaust“-Flugblätter, für die Carlus Baagoe verantwortlich zeichnete. Über ihn heißt es in den Schmierblättern, er sei „Förderndes Mitglied der Deutschen Bürgerinitiative gegen Kriegsverbrechen und Vergasungszeugen“, verantwortlich Edgar Geiss, 2151 Heckelhof. Und eben bei diesem Geiss zu wohnen, im Baagoes Untermieter Kühnen bei Strafe verboten. Fragt sich nur, ob der alte Tatterteufel Baagoe tatsächlich selbst die Flugblätter verfaßt hat oder ob er seinen (mumifizierten) „Jagdweihen“ als juristische Rücken-deckung für die jüngeren Kameraden eingesetzt hat.

Baagoe gehört also als Förderer Kühnens und der ANS/NA zum ganz harten Kern des alten Nazismus, der in Kühnens Bande seine Nachfolger sieht.

Anfang Januar 1983 schließlich fanden sich in Hannover/Langenhagen antisemitische „Holocaust“-Flugblätter, für die Carlus Baagoe verantwortlich zeichnete. Über ihn heißt es in den Schmierblättern, er sei „Förderndes Mitglied der Deutschen Bürgerinitiative gegen Kriegsverbrechen und Vergasungszeugen“, verantwortlich Edgar Geiss, 2151 Heckelhof. Und eben bei diesem Geiss zu wohnen, im Baagoes Untermieter Kühnen bei Strafe verboten. Fragt sich nur, ob der alte Tatterteufel Baagoe tatsächlich selbst die Flugblätter verfaßt hat oder ob er seinen (mumifizierten) „Jagdweihen“ als juristische Rücken-deckung für die jüngeren Kameraden eingesetzt hat.

Otto Franz Rieth

Von offenbar ähnlichem Kaliber ist Otto Franz Rieth, Ritterkreuzträger und Taxiunternehmer in Frankfurt (Finanzen 40). Er zeichnete als Vorsitzender eines „Freundeskreises Deutsche Politik“ verantwortlich für den Aufruf zur Nazi-Provokation am 30.4./1.5.83

in Bad Bergzabern/Pfalz, wo sich unter Führung Kühnens etwa 50 Nazis trafen, um die Gründung einer „ANS-Beiratsorganisation“ und eines „Mädeibundes“ bekanntzugeben.

Otto Franz Rieth, der schon 1968 für die NPD bei den Frankfurter Kommunalwahlen kandidierte, war u.a. auch Kontaktperson für Schönborns „NSDAP“, und ist Mitglied der „Hilfsorganisation Nationaler Gefangener“ (der HNG gehören alle ANS-Kader automatisch an).

Willy Krämer

Anfang 1983 gesteuerte durch einige Presseberichte die Nachricht, Kühnen wolle nach Göttingen umziehen. Kühnen selbst bestätigte Kontakte zu einem Mitarbeiter von Goebbels nach Göttingen, besitzte aber Umzugsabsichten. Dieser „Alte Herr“ ist Willy Krämer, Alt-Mitglied der NSDAP und dort bis zum Adjutanten von Goebbels im Reichspropagandaministerium aufgestiegen. Seine Lebenserinnerungen über seine Nazi-Vergangenheit werden in der „Inneren Front“ allen ANS/NA-Kadern wärmstens ans Herz gelegt, wobei ein nicht unerheblicher Teil des Kaufpreises an die ANS/NA-Kasse abgeführt wird.

Krämer, der mittlerweile sogar zum Ehrenvorsitzenden der ANS/NA avancierte, war Anfang der 50er Jahre Göttinger Kreisvorsitzender der „Nationalsozialistischen Reichspartei“, die 1952 verboten wurde. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der SRP spielte u.a. ein Brief von Willy Krämer eine Rolle, in dem er die NSDAP als die „große Vorgängerin der SRP“ bezeichnete (es sei hier nur am Rande angedeutet, daß die ANS/NA bis heute all das offen betreiben kann, was bei der SRP fürs Verbot ausreichte).

Dr. Ernst Sellnau

Dr. Ernst Sellnau

Arzt aus Lübeck; Praxis: Moitlinger Allee 22, 2400 Lübeck; privat: Schloß Ronsdohagen, 2401 Ronsdohagen.

Auf die Spur Sellnau führte eher ein Zufall: Anfang Juni trafen in Lübeck zum ersten Mal ca. 40 Nazis auf, die über zwei Tage hinweg ANS/NA-Flugblätter verteilten, nachdem sie tags zuvor dasselbe schon in Hamburg-Bergedorf getan hatten. Unter den in Lübeck Anwesenden waren auch ca. 10 Lübecker Jungnazis, von denen Michael Jorda schon beim Nazi-Treff in Bad Hersfeld aufgefallen war; er wird gemeinsam mit Jens Friese und Holger Evers beschuldigt, antisemitische und ausländerfeindliche Parolen geschrien zu haben. Auf dem in Lübeck verteilten Flugblatt der ANS/NA wurde ein Postfach in Krummesse bei Lübeck als Kontaktadresse des „Stützpunkts Lübeck“ der ANS/NA angegeben. Dieses Postfach gehört Dr. Ernst Sellnau, der bequem zwischen Praxis und Wohnung dort vorbeifahren kann.

Bei der Landtagswahl 1954 kandidierte Dr. Sellnau für die Deutsche Reichspartei. 1964 kaufte er von seinem ehemaligen Parteifreund Adolf Siegel das Schloß Ronsdohagen, in dem in den letzten 14 Jahren für ca. 1 Million DM renoviert wurde. Seit 1971 agiert Dr. Sellnau führend für die „Deutsche Volksgemeinschaft“ des Dr. Frey, als dessen Vertreter ihn sogar der schleswig-holsteinische Verfassungsschutzbericht einmal namentlich erwähnte.

Otto-Ernst Remer

Zeitgleich mit der antifaschistischen Demonstration in Bad Hersfeld gegen das Pfingsttreffen der Waffen-SS, wo auch Kühnen unter dem Schutz der Polizei mehrere Stunden Flugblätter verteilte, versammelten sich in Schönau bei Freiburg ca. 90 Faschisten zur traditionellen „Schlageter-Gedenkfeier“. Ursprünglich von der NPD für ein Wochenende später angekündigt, hatte jetzt ein „Bund deutscher Nationalisten“ die Initiative für

das vorverlegte Treffen ergriffen.

Schlageter, der in Schönau begraben ist, wurde nach 1933 von der NS-Propaganda zum Märtyrer hochstilisiert; er war Freikorps-Mitglied und wurde während der Ruhrkämpfe 1923 von den französischen Truppen als brennender Terrorist erschossen.

30 Jahre nach 1933 und 60 Jahre nach Schlageters Tod versammelten sich also 1983 nicht nur die Nazis der örtlichen NPD wie all die Jahre zuvor, sondern es kamen, wie einer der Organisatoren vermerkte, Funktionäre „aller wichtiger nationalistischen Gruppen und Organisationen“, darunter u.a. Otto-Ernst Remer, der für seine Rede besonders viel Beifall erhielt. Remer, ehemals Generalleutnant und Kommandeur des Berliner Wachbataillons, hatte maßgeblichen Anteil an der Verfolgung der Männer vom 20. Juli 1944. Nach 45 war Remer 2. Vorsitzender der Sozialistischen Reichspartei und setzte sich nach deren Verbot nach Syrien ab. Seit 1981 lebt Remer in einem Dorf im Allgäu.

Am 14.2.82 gründete Remer gemeinsam mit Lisbeth Grolitsch von der „Deutschen Kulturgemeinschaft“ in Österreich einen „Freundeskreis Ulrich von Hutten“, der in den „Huttenbriefen“ — Für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ für Remers Bücher und Ansichten wirbt. Im Rahmen des „Freundeskreises“ soll binnen 2 Jahren eine „Führungsmannschaft“ aufgebaut werden, „die im charakteristischen, wehranschaulichen und politischen Sinne Elite sein muß“.

Europa sei der „Lebensraum der arischen Rasse“ und die „Rassenfrage“ der „Schlüssel zur Weltgeschichte“.

Remer, der die „Wende der politischen Verhältnisse“ herbeiführen will und dabei an der Regierung Kohl keinen braunen Faden laßt, war in den letzten 18 Monaten Redner bei den verschiedensten rechtsradikalen Vereinen, so u.a. am 21.11.82 bei der „Deutschen Volksgemeinschaft“ in Lübeck (Dr. Sellnau, ich hör dir trapen!), am 27.11.82 bei der Wiking-Jugend in Wilhelmshaven und Ende März '83 in Hannover vor Mitgliedern von NPD, DVU, „Deutschem Kulturwerk Europäischen Geistes“ und der Rassen-„Gemeinschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“. Offenbar ist Remer, der vor allem den Beifall der jungen Teilnehmer findet, heute einer der jüngsten Nazi-Figuren, die quer über die Bundesrepublik verstreut sind. Bei der jüngsten Teilnehmer findet, heute einer der jüngsten Nazi-Figuren, die quer über die Bundesrepublik verstreut sind.

Ein erstes offizielles Treffen zwischen Remer und Kühnen hat auch schon stattgefunden: Am 29.3.83 in Lübeck.

Aus für gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen werden derzeit die Kühnen-Bande und Remers Verein (der auch als „Bund der Bismarck-Deutschen“ firmiert) als wichtigste Vertreter eines sogenannten „Anti-Hukemus“ in der Nazi-Szene bezeichnet. Hierbei meint „Anti-Hukemus“ lediglich eine stärkere Betonung des sozialdemagogischen Aspektes der alten NSDAP, der sich propagandistisch mit den Personen Röhm und der Brüder Strasser verbindet. Hinzu kommt bei diesen Gruppen eine moderne Variante des klassischen „Anti-Amerikanismus“ der wehrdeutschen Rechten sowie ein militanter Rassismus (Wobei mensch sich natürlich fragt, warum die Prähistoriker eines Teils der Linken angestrebt solcher Programmatik Mißgeschickern bekommen, wenn es um angebliche „Verwechslungsmöglichkeiten“ zwischen rechts und links geht).

Bemerkenswert an diesen neueren Entwicklungen ist, daß offenbar größere Teile der etablierten Rechten (NPD, DVU, DKEG, usw.) die in den vergangenen Jahren Zeier und Mordoschrien, wenn sie mal Kühnen in einen Topf geworfen wurden, heute ganz offen Fragen diskutieren, wie sie eben u.a. auch von Kühnen gestellt werden. Denn daß es so wie bisher für die Nazis nicht weitergehen kann und daß sie sich einiges werden gefallen lassen müssen, um politisch wieder Gewicht zu erlangen, das muß mittlerweile auch dem verblödeten Rechtsradikalen klar geworden sein.

Antifa-Kommission
K.B. Hamburg

Die Parole "Aufhebung des NSDAP-Verbots" ist verfassungsfeindlich

„Der Nationalsozialismus, auf dem die NSDAP fußt, negiert die Grundprinzipien einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wer für ihn verbodene tritt (z.B. „Aufhebung des NSDAP-Verbots“), stellt damit zugleich die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Frage (vgl. EOVG Berlin 5,59).“

Dies ist einer der Kernsätze aus der Verbotungsverfügung gegen die Volkshilfliche Bewegung Deutschlands vom 14. Januar 1982, erlassen vom damaligen Innenminister Baum und als ein Beispiel der „demokratischen Wehrmacht“ im neuen Verfassungsschutzbericht 1982 herausgestellt.

Es ist geradezu erstaunlich, wie wenig politische Staatsanwälte doch offenbar lesen, denn in den vergangenen Monaten wurden mehrfach Verfahren gegen Kühnens ANS/NA eingestellt mit der Begründung, die Forderung nach „Aufhebung des NSDAP-Verbots“ sei nicht strafbar.

Nicht nur wegen dieses Satzes ist das VSBD-Verbot interessant. Faßt mensch zusammen, was alles an Begründung für das Verbot einer neonazistischen Gruppierung benutzt wird, so wird schlagend deutlich, daß entgegen allen anderslautenden Erklärungen nahezu jede Nazi-Gruppe verboten werden könnte und mußte. Es wird umgekehrt daraus aber auch deutlich, daß die Tatsache, daß z.B. die ANS/NA nicht verboten wird, eben nicht aus verfassungsrechtlichen Gründen, sondern allein von politischen Überlegungen her begründet ist.

So zählen im Einzelnen zu den Verbotsbegründungen gegen die VSBD (dieselbe Begründung könnte in allen wesentlichen Gründen auf die ANS/NA angewandt werden):

1. Das Bekenntnis zum Nationalsozialismus, insbesondere zum 25-Punkte-Programm der NSDAP (Eben dieses 25-Punkte-Programm ist auch Grundlage der ANS/NA);
2. Die Übernahme von NS-Symbolen, der Hakenkreuzfahne nachempfundenen Fahne, die schwarze Uniformierung, die Feier von NS-Gedenktagen etc.; dies alles begründet die Aussage: „Die VSBD-PDA ist in Zielsetzung und öffentlichem Auftreten der früheren NSDAP wehrverwandt“ (Anderes ließe sich über die ANS/NA auch nicht sagen).
3. Die VSBD setzt das Ansehen der Organe der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Träger systematisch herab; den Parteien wird ein „erheblich gestörtes Verhältnis zu Recht und Gesetz vorgeworfen“. Interessant ist, daß zur Begründung dieses Vorwurfs an die VSBD folgender Satz beigegeben wird: „Das Parteienspektrum sichert die Erreichung des deutschen Volkes und schließt Freiheitskämpfer in den Kerker“ — vergleichsweise harmlos gegenüber dem, was Kühnen an Terror ankündigt, falls die NSDAP nicht zugelassen werden würde;
4. Der Rassismus und Antisemitismus der VSBD;
5. Ebenso zu den Verbotsgründen wird gerechnet, daß führende Mitglieder der VSBD schon mehrfach einschuldig verurteilt sind;
6. Auch die VSBD hatte in ihrem Sta-

atut den Passus stehen, daß sie die „bestehende Gesellschaftsordnung mit demokratischen Mitteln“ verändern will. Lapidar bemerkt die Verbotungsverfügung, daß sich die VSBD von dieser Aussage gelöst habe; angeführt werden Äußerungen von Mitgliedern, in denen sie sich für gewalttätige Mittel aussprechen. Außerdem wird gegen die VSBD ins Feld geführt, daß eine Reihe von Mitgliedern sich schon terroristisch betätigt hatten. (In diesen Punkten verhält sich Kühnen vorsichtiger — bis heute zumindest).

Werden die Punkte 1-6 in der Verbotungsverfügung gegen die VSBD im Wesentlichen angeführt, um die Gesetzmäßigkeit des Verbots zu begründen, enthält der 2. Teil noch die Begründung, warum das Treiben der VSBD nicht länger hingenommen werden könne (Verhältnismäßigkeit).

Hierzu wird besonders gezählt, daß

1. Die VSBD eine Sog-Wirkung im rechten Lager ausübe,
2. Insbesondere die „NSDAP/ÄO“ in der VSBD arbeite;
3. Sie intensive Kontakte zu Neonazis ins Ausland unterhalte;
4. Weniger einschneidende Maßnahmen gegen Funktionäre und Mitglieder keine Erfolgsaussichten hätten.

Was diesen letzten Punkt betrifft, so sei hier daran erinnert, daß Kühnen in dem internen Rundbrief der ANS/NA, „INNERE FRONT“, schon detaillierte Richtlinien für das Weiterarbeiten nach einem Verbot erlassen hat. Bei der VSBD hat diese Überlegung natürlich auch eine Rolle gespielt. In der Verbotungsverfügung gegen die VSBD allerdings wurde die Gefahr des „Abtauchens“ dafür herangezogen, die Auflösung ohne Aufschub auch durchzuführen; unmittelbar nach der Zustellung der Verfügung an VSBD-Chef Busse wurde sämtliches bekannte VSBD-Material beschlagnahmt, Wohnungen durchsucht, internes Material sichergestellt etc.

Und noch eins: Der VSBD ist es verboten, Ersatzorganisationen zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen. Immerhin ist der Frankfurter ANS/NA-boten, Ersatzorganisationen zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen. Immerhin ist der Frankfurter ANS/NA-Verband eine nahtlose Fortsetzung erst der WSO-Hoffmanns und dann der VSBD.

(Der Text der Verbotungsverfügung gegen die VSBD ist abgedruckt in „Innere Sicherheit“, Heft 61, 17.2.82, herausgegeben vom Bundesinnenministerium).

Antifa-Kommission Hamburg

Antisemitisches "Mensch ärgere Dich nicht"

Nach 6 Monaten nun endlich Ergebnisse?

Am 20. Juni war die Überraschung perfekt: Auf einer Pressekonferenz wurde bekanntgegeben, daß nunmehr gegen zwei bislang nicht weiter auffällig gewordene Rechtsradikale Anklage erhoben werden soll, weil sie ein antisemitisches Würfelspiel verbreitet hätten. Dieses „Spiel“ „hude ärgere Dich nicht“ war in den letzten Monaten anonym an jüdische Einrichtungen, Altenheime, Rathäuser etc. verschickt worden. Der Herstellungsort war fälschlich als „Druck und Verlag Original Brotbürger“ angegeben.

Wie ebenfalls bekannt wurde, soll das „Spiel“ vor allem im Raum Köln und Bonn insbesondere an zwei Privatschulen durch Mitglieder der „Wiking-Jugend“ und ehemalige (?) Angehörige der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ verbreitet worden sein. Für Fotokopien soll in Schülertreffen bis zu 50,- DM gezahlt worden sein. Die Spielanleitung ist oberster Antisemitismus. Die gelben Spielsteine für die gläubigen Juden, die roten für die politischen Juden, rosa für die Schwulen, und die grünen für die „Leute bescheiden“ (der Grüne Winkel war Kennzeichen der sogenannten „Berufsverbrecher“ in den Nazi-KZ's). Ziel des Spiels ist es, möglichst schnell von der Ausgangsstellung (6 Nazi-KZ's) in das Zentrum (Die Kammer) zu ge-

langen. Ganz entgegen den Meldungen von Mitte Juni, wo der Eindruck erweckt wird, das Spiel sei gerade jetzt erst bekannt geworden und nur in wenigen Exemplaren verschickt worden, steht die Tatsache, daß diese Provokation seit dem 30. Jahrestag, also knapp 6 Monate lang, verbreitet worden ist. Empfänger waren dabei nicht „nur“ — schlimm genug — jüdische Einrichtungen (davon gibt's ja nicht viele), sondern eine große Zahl von jüdischen Einzelpersonen; spätestens seit Februar liegen diverse Anzeigen gegen „Unbekannt“ vor.

Vom Bundesjustizminister sind ausdrücklich dieser Schweinerei erneut neue Gesetze gegen Nazi-Propaganda angekündigt worden. Wie wäre es mal abwechselungsweise mit Taten, beispielsweise mit dem Verbot der „Wiking-Jugend“, die ja offenbar in die Verbreitung des „Spiels“ einbezogen war? Oder hält der Justizminister diese Art von Jugendarbeit, in der Aufstachelung zum Rassenhaß, Antisemitismus und Anleitung zum Terror zwar nicht in der Satzung verankert ist, dennoch nachweisbar zur täglichen Praxis gehört, nach wie vor für „gesetzmäßig“?

Antifa-Kommission

Bereits 1981 wurden die ersten Weichen gestellt, um den Widerstand gegen die WAA rechtzeitig unter Kontrolle zu bekommen: Der Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ im Münchner Innenministerium (I), Karl Krampol, wurde zum Oberpfälzer Regierungspräsidenten ernannt. Die Koordination zwischen Innenministerium und Regierungspräsidium sollten offensichtlich von vornherein gewährleistet sein.

Strauß: Auch Einsatz von CS-Gas!

Im Sommer 1982 wurde bekannt, daß Strauß „unter dem Eindruck der stark frequentierten Demonstrationen gegen die geplante WAA im Gebiet Schwandorf“ (NT, 4.8.82) genau diesem Regierungspräsidenten Krampol die Weisung erteilt hat, künftig „durch hartes Durchgreifen für absolute Ruhe zu sorgen“ (s.o.). Dabei hat Strauß ausdrücklich den Einsatz von CS-Gas erwähnt.

Diese Äußerungen, die Krampol einem BI-Vorstandsmitglied gegenüber wiederholt hatte, wollte er im Nachhinein nicht mehr kennen: „Solche Weisungen gibt es nicht, und sie wären auch entbehrlich“.

Doch bevor Repressionen mittels des Polizeiklappnetzes Verwendung finden sollten, wurden zunächst andere Ebenen ausgeschöpft.

BGS-Werbekampagnen

Seit langem sind in den örtlichen Zeitungen seitenlange Berichte über die Arbeit des BGS zu finden. Der BGS selbst wird gezielt zu eigenen Veranstaltungen Vertreter der Behörden, Schulen, Industrie und Politik ein, „um falsche Vorstellungen zu korrigieren“ (NT, 29.11.82). „Von der schwierigen und überaus gefährlichen Aufgabe der BGS erfährt man im Bild von den Einsätzen der Schwandorfer Truppe in Brokdorf, an Bohrstellen, beim Ausbau der Störbahn West und bei Einsätzen nicht leichter Art in Gorleben“, so die Berichterstattung.

„Erste Stufe des Terrors“

Ende September 1982 konnte man als Schlagzeile die Äußerung des „Umwelt“-Ministers Dick lesen: „Erste Stufe des Terrors“. Gemeint waren damit Zwischenrufe von WAA-Gegnern bei einer CSU-Veranstaltung und speziell des ersten Sprechers der BI Schwandorf, Familienrichter und CSUler Fritz Burkhardt, der wegen seiner gezielten Zwischenfragen handgreiflich aus dem Saal befördert wurde.

Maulkorbberlaß in Bayern — „Wie unter Hitler“?

Maulkorbberlaß in Bayern — „Wie unter Hitler“?

Ab 1. Mai gibt es jetzt in Bayern schriftlich verordnete Repressionen: Die neue Richtlinie verbietet Bayerns Beamten und Richtern „Kritik an den Verfassungsorganen in gehässiger, agitatorischer und aufhetzender Weise“. Sie verpflichtet die Staatsanwälte sogar, „Entscheidungen der Regierung im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit zu unterstützen und zu fördern sowie alles zu unterlassen, was die Durchführung dieser Entscheidungen behindert.“ (NT, 7.4.83). Diese Verhaltensmaßregeln seien auch bei der Beteiligung in Bz zu beachten.

Genau auf diesen letzten Punkt hat es die Staatsregierung abgesehen, nachdem sich in den Bz in SAD und Mitterteich (Geplantes Zwischenlager für leicht- und mittelschwermetallhaltige Abfälle) auch der CSU angehörende Beamte teilweise sogar maßgebend engagierten (s.o.).

Weiter heißt es in der Verordnung: „Das kann auch die Pflicht umfassen, sich im gegebenen Fall von Kräften zu distanzieren, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbare Ziele verfolgen!“

Weder im Bund noch in anderen Ländern wurden bisher so weitgehende Verhaltensbeschränkungen erlassen. Gerade im Januar war ein Urteil des Münchner Verwaltungsgerichts rechtskräftig geworden, wonach einem in der OEW organisierten Lehrer das Recht zugestanden wurde, im Rahmen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit „Kritik in politischer Form“ zu üben.

Hier soll per Verordnung das Gerichtsurteil aufgehoben werden, auf daß sich keine engagierten Richter und Beamte mehr darauf stützen können.

Einzelne Schulkollegen haben inzwischen bereits ihre Direktoren angewiesen, alle Lehrer auf den Erlaß aufmerk-

Repression gegen den WAA- Widerstand in der Oberpfalz Erst mundtot machen - Dann zuschlagen



Mit Nagelbrettern, MP's und Diensthunden gegen ein Brecheisen, eine Reitpeltische und sechs Fichtenknüppeln

Personen- und Fahrzeugkontrollen auf dem Weg nach SAD

sam zu machen. „Niemand soll sagen können, er habe von der Bekanntmachung nichts gewußt“, so der für das Beamtenrecht zuständige Finanzminister Sirebl. Die Verordnung sei vor dem Hintergrund zu sehen, „was uns im Herbst noch bevorsteht“, so der Bau der WAA und die mögliche Reaktantionierung.

Herbert Huber von der CSU: „Das Recht auf freie Meinungsäußerung hat seine Grenzen“ (NT, 11.5.83) — Strauß wird schon wissen wo! Er kann immerhin auf eine 200-jährige Tradition von Beamtenerrufen aus dem Kaiserreich, der Weimarer Republik und im Dritten Reich zurückblicken.

Inzwischen gibt es jedoch auch ein breites Widerstandsspektrum: vom DOB zur DAG, vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerversand bis zum Richterverein, von den GRÜNEN bis zur FDP. Einige Richter und die GEW wollen Klage erheben.

der Baugesetze ... Das Holzgerüst wird durch die Polizei abgebrochen. Diese Maßnahme dient der Gefahrenabwehr“ (NT, 21.5.83)

Ausführlicher war die Begründung des Innenministeriums. „Die Aufhebung der sofortigen Vollziehung der baurechtlichen Besitzungsanordnung durch das Verwaltungsgericht ... stand der polizeilichen Maßnahme nicht entgegen, ... mit der angekündigten Großdemonstration gegen die WAA muß davon ausgegangen werden, daß der Turm als Kern eines Häftendorfes und als Kommandozone im Stil der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Gorleben und am Frankfurter Flughafen dienen soll. In diesem Sinne ist bereits ein Teilnahmestruß in der ... TAZ veröffentlicht worden. ... Eine für CB-Funk verwendbare Stabantenne wurde in der Nähe des Bauwerks bereits aufgefunden. Nach den polizeilichen Erfahrungen der jüngsten Zeit muß daher davon ausgegangen werden, daß der Turm Kristallisationspunkt gewalttätiger Auseinandersetzungen mit der Polizei ... wird“ (MBZ, 21.5.83).

Der illegale Abriss des Turms rief insbesondere die SPD-Vertreter mit lautstarken Protesten auf den Plan, die ursprünglich selbst auf Beseitigung des Turms bestanden hatten. Plötzlich erinnerte sich Landrat Schnierer daran, zum Abriss des Turms mit einer 24-Stunden-Frist „von oben“ angewiesen worden zu sein. Ihn erinnere der Polizeieinsatz an die Verhaftung eines Vaters im Dritten Reich, denn dabei sei auch „eine Hundertschaft eingesetzt worden“ (NT, 21.5.83). Er sagte weiter: „Ich frage mich, ob solche Dinge noch mit der Rechtsstaatlichkeit in Einklang zu bringen sind, wenn das Recht, das die Justiz spricht, durch Polizeieinsatz ersetzt wird.“ (s.o.)

Gut für die SPDler, daß das Gericht so und nicht anders entschieden hat, und sie jetzt mit radikalen Worten sich an die Spitze der WAA-Gegner stellen können. Der Rechtsanwalt der BI SAD, auch ein SPDler, hat inzwischen Strafanträge gestellt gegen den leitenden Polizeidirektor und „unbekannt“. Mit letzterem sind die verantwortlichen Herren im Innenministerium gemeint. „Wir dürfen gespannt sein, wie radikal die Stellungnahme der SPDler dann ausfällt, wenn die „unabhängigen“ Gerichte sich gegen die Interessen der WAA-Gegner entscheiden werden.“

Andern, als nach der Nacht- und Nebelaktion eines gewissen Herrn Stokenberg im Oktober 76 in Brokdorf riefen nach dieser staatlichen Provokation SPD-Politiker sowie der BI-Sprecher Fritz Burkhardt zur „absoluten Gewaltfreiheit“ auf und boten die Demonstranten, „auch anständig zu verhalten“. Die einflußreiche Lokalpresse schrieb in ihrem Leitkommentar am Tage der Demonstration: „Friedlich und im Vorgehen sauber, muß die Parole lauten. Auch nach allem, was gestern vorfiel. Dieser Polizeieinsatz darf



die Stimmung nicht entheizen, er muß von den Demonstranten — so wie es BI-Sprecher forderten — ignoriert werden“ (NT, 21.5.83).

Die Polizei — unser Freund?

Einen Tag vor dem Turmabris wurde die Einsatzleitung für die Großdemo vom Innenministerium neu bestimmt: Die Amberger Polizeidirektion, die sich bei bisherigen Demos auf die Verkehrslenkung beschränkt hatte (und sich ansonsten zurückgehalten hatte), wurde kurzfristig ihrer Aufgabe entbunden. Es geht das Gerücht um, daß sie zum angeordneten Vorgehen Widerstände hatte. Mit ihnen hatte die Demoleitung auch vereinbart, daß sich die Polizei zurückhält, und auch nicht irgendwo versteckt Polizeieinheiten aufwarten.

Das paßt natürlich nicht in das Konzept des Bayerischen Innenministeriums.

Die neue Polizeieleitung in Regensburg macht in einem Gespräch durch ihr aggressives und kompromißloses Verhalten deutlich, daß sie durchaus an einer Konfrontation Interesse hat. — Wie der Turmabris und die Kontrollen auf der Fahrt zur Demo dann auch gezeigt haben.

Mit Nagelbrettern, MP's und Diensthunden

Dies war eine der Schlagzeilen in der örtlichen Presse nach der Großdemo am 21.5.83: die Bundesstraßen und Autobahnen nach SAD waren hermetisch

lich abgeriegelt und mit Polizeisperrn versehen. Sämtliche Autos wurden gestoppt, durchsucht, alles Mögliche sichergestellt und eine Personalkontrolle vorgenommen. Einzelne wurden erkrankungsdienstlich behandelt. Ein Großaufgebot an Bereitschaftspolizei mit Hunden, mit Maschinenpistolen im Anschlag und mit schußsicheren Westen und mit Nagelbrettern besorgten den Oberpfälzer Bürgern einen Anblick, der „nicht einmal bei der Terroristenfahndung zu beobachten war“. (NT, 24.5.83) Begründet wurde der Einsatz damit daß ja Waffen u.ä. hätten mitgeführt werden können.

Das offizielle Sicherheitsregister enthielt: 1 Brecheisen, 1 Reitpeltische, 6 Fichtenknüppel, Bambusstöcke, 11 Hardstöcke, eine Gewehrtrappe. Einem Demonstranten wurde aus dem im Bus mitgeführten Fahrrad die Fahrradkette entfernt und sichergestellt — man weiß ja nie! Sämtliche Transparenten, und waren sie auch noch so dünn, wurden sichergestellt (für die Demo selbst gab es vom Landratsamt SAD keinerlei Auflagen!).

Auf Nachfrage, was die gesetzliche Grundlage dieses Vorgehens sei, erhielt man, wenn überhaupt, den Hinweis auf Polizeiaufgabengesetz! (Dieses wurde 1978 als Reaktion auf die großen Anti-AKW-Demos verabschiedet)

Insgesamt waren 1000 Polizisten im Einsatz und ein riesiger Fahrzeugpark mit mehreren Wasserwerfern.

Zur Einschüchterung sind alle Mittel recht

Die Oberpfälzer CSU rechtfertigte zwei Wochen nach der Demo mit Lügenmühen immer noch die Notwendigkeit der massiven Polizeieinsätze: Der Einsatz habe mit der Sicherstellung von „Waffen, Flammenwerfern und Abschussapparaten“ verbunden, daß „gewalttätige Truppen“ auf dem WAA-Einschneidung treten könnten (NN, 10.6.83). Das Polizeipräsidium konnte dies jedoch nicht bestätigen: Sie korrigierten, daß es sich z.B. bei dem angeblichen Flammenwerfer um einen Lötkolben handelte (MBZ, 10.6.83).

Inzwischen wird gegen einen Demonstranten, der eine Gewehrtrappe aus Pappmaschee in seinem Auto hatte, ermittelt wegen Moll-Bau: Er hatte einen Benzinkanister und leere Flaschen im Auto!

So kommt das Innenministerium mürrisch wegen Moll-Bau: Er hatte einen Benzinkanister und leere Flaschen im Auto!

So kommt das Innenministerium doch noch zu den erwünschten Werten!

Die stufenweise Eskalation der Verleumdung, Diffamierung und Einschüchterung von WAA-Gegnern in der Oberpfalz ist auf jeden Fall auf vollen Touren angelaufen

„Von Volkerverhetzern gesteuert“

Auch die Gerichte ziehen mit. So wurde jetzt vom Oberlandesgericht München das Urteil des Landgerichts aufgehoben, das dem damaligen Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Gustl Lang, die Behauptung unterlag, die BI in Mitterteich werde „von Volkerverhetzern gesteuert“. (NN, 31.5.83)

Verleumdungen jedweder Art gegen die BI sind Tür und Tor geöffnet.

Auch in Bayern Demogebühren

Noch vor der Sommerpause soll außerdem das Bayerische Polizeiaufgabengesetz geändert werden, das dann Gebühren für Teilnehmer an „gewalttätigen“ oder „rechtswidrigen“ Demos vorsieht, nach dem Motto Wer traut sich was?

Darüberhinaus dürfte der bayerische Einpeitscher in der Bundesregierung, Innenminister Zimmermann, hinlänglich bekannt sein, der mit allen Mitteln die Verschärfung des Demonstrationsrechts anpeilt, um bayerische Verhältnisse in der gesamten BRD zu gewährleisten.

Der schwache Widerstand in der Oberpfalz gegen die WAA wird auf jeden Fall noch einiges an Kraft zulegen müssen, um diesen Repressionen standhalten zu können.

Das Genosse aus Nürnberg

Parteitag der Grünen in Hannover: "Direkter Übergang von Schwarz zu Grün" oder umgekehrt?

Unkonventionell und offen wollten die Grünen ihren Parteitag zur politischen Vorbereitung des Wahlergebnisses vom 6. März gestalten. Die Debatte sollte — frei vom Druck abschließender Beschlüsse — „gemeinsam mit möglichst vielen Interessierten aus den sozialen Bewegungen, denen wir unseren Einzug in den Bundestag verdanken“, zu einem „möglichst umfassenden Konsens zur Einschätzung der Situation, ihren Gefahren und Möglichkeiten“ geführt werden, die grüne „Befindlichkeit als alternative Kraft“ eingeschlossen. Wo Konsens nicht zu erzielen ist, müsse man auch „klare werden über die Substanz und die Realisierbarkeit unserer dabei auftretenden Meinungsverschiedenheiten“ (Zitate aus dem Kreisrundbrief 8/83 der Bundesgeschäftsstelle; die Formulierungen sind von Rudolf Bahro).

Wenn auch keines dieser Ziele — weder der Austausch mit den Bewegungen noch der „umfassende Konsens“ und auch nur in Ansätzen die deutliche Markierung der Meinungsverschiedenheiten — erreicht wurde und mangels eines Schlüsseldokuments, einer Hauptresolution o.ä. die Konsequenz der Konferenz nur schwer greifbar ist, kann der Parteitag dennoch nicht einfach als politisch bedeutungsloses Ereignis abgehakt werden, bei dem außer Spesen nichts gewesen wäre.

Die grüne „Bewegungspartei“ hat sich in Hannover auf den angeblich „außerhalb des tradierten Links-Rechts-Schemas“ beheimateten Ökologismus zubewegt. Von Bahro und der ihn tragenden Strömung ging nicht nur die Initiative zur Durchführung des Parteitags aus mit der Forderung nach Orientierung der Grünen auf die konservative Bevölkerungsmehrheit — Ziel ist der „direkte Übergang von Schwarz zu Grün“ (Bahro-Thesen) — lieferten sie auch die politischen Vorgaben, zu denen sich der Rest der Partei zu verhalten hat. Auch die Linken tun das notgedrungen bewahrend, ungewollt immer wieder in der Rolle des „weichen Gesamtgrünen“ (R. Trampert), der gegen alle stürmischen Drängen auf ein ganz „neues politisches Profil“ (Bahro) der Grünen den bisher erreichten Konsens, darunter so mangelhafte und zwiespältige Parteibeschlüsse wie das Sündenregister „Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau“, verteidigt. Wer sich heute mit dem Schicksal der grünen Partei beschäftigen will oder sie wird gar nicht mehr sein“ (MdB Jürgen Reents nach der 30er Bundestagswahl) in den hannergrünen Meinungstreif stürzen wollen, wäre heftig missbilligt.

„Direkter Übergang von Schwarz zu Grün“

„Direkter Übergang von Schwarz zu Grün“

Grundlage der Diskussion über die aus dem Bundestagswahlergebnis abzuleitenden Aufgaben grüner Politik war ein vorab an alle Kreisverbände verschicktes Thesenpapier von Rudolf Bahro. Für Bahro „lässt die strategische Frage nach dieser Wahl: Wie erreichen wir den direkten Übergang von Schwarz zu Grün?“. Er schließt damit an seine schon vor über zwei Jahren (in Anlehnung an Edward P. Thompsons „Ernteterminus“-Theorie) entwickelte klassenübergreifende Politik an, „die

den Spalt zwischen den zwei Seelen in jeder Brust anzuheben“ und die Beschränktheit einer „kleinen, eher scheinradikalen und mitunter selber destruktiven Protestbewegung“ überwinden sollte. Schon damals hat Bahro die Konsequenzen für die praktische grüne Politik offen ausgesprochen: „Das heißt zum Beispiel, auch solche vergleichsweise harmlosen Sachen zu lassen wie das Spektakel „Brecht statt Strauß“. Wir werden nie dazu kommen, mit dem altbayrischen Pfarrer und seiner Gemeinde darüber zu sprechen, daß sie nicht davonkommen werden mit „Brot für die Welt“, wenn wir den Mann vorher zwingen, das Kreuz gegen uns zu schwingen. Vielmehr müssen wir uns in die Lage versetzen, selbst einen Franz Josef Strauß einzuladen, anzuhören und ohne persönliche Diffamierung mit ihm zu streiten. In diesem Sinne in jeder Stadt, in jedem Dorf“ (R. Bahro: „Übergängen zu einem Neuanfang der Friedensbewegung in Deutschland“, dokumentiert in „Eintracht auch — Analysen zur atomaren Bedrohung. Wege zum Frieden“, herausgegeben vom Bundesvorstand der Grünen, vgl. auch AK 205/67 81 „Rudolf Bahro auf der Suche nach dem Bösen in uns selbst“).

Bahros Aufsatz von 1981 ist innerhalb wie außerhalb der Grünen Partei ohne praktische Wirkungen geblieben. Mit seinem jetzt so heiß diskutierten Thesenpapier ist es ihm auf jeden Fall gelungen, seinen abgestandenen zweiten Aufzug als brandaktuelle Analyse der politischen Situation nach dem 6. März auszugeben. Ausführlich beschäftigt er sich dann zunächst mit der „wesentlichen Lehre“ der Bundestagswahl, „daß es so etwas wie einen „rot-grünen Reformblock“ weder gestern gab noch heute oder gar morgen gibt“. In These 7 kommt er zu seinem eigentlichen Anliegen: „Für uns ist die Frage: Wollen wir die Neugruppierung der Kräfte jenseits des bisherigen Links-Rechts-Schemas, das sich auflöst und uns keine echte Chance bietet, befördern oder behindern? Wir behindern sie, wenn wir weiter an der Orientierung auf eine Mehrheit gegen rechts festhalten, sei es auch unter der Formel des „Reformblocks“, die uns mit der SPD in einem Boot sieht. Links von der SPD in einem Abseits von der übrigen Gesellschaft zu verharren, würde bedeuten, unseremits nur weiter um die Division innerhalb ein und derselben 45 Prozent der Bevölkerung streiten zu wollen. Auf der anderen Seite müßten wir es der SPD überlassen, Menschen von der CDU zurückzuholen“. Der „direkte Übergang von Schwarz zu Grün“ könne nur gelingen durch einen „neuen Radikalismus, der offen an die Wurzeln der ökologischen und zivilisatorischen Krise geht. Anstatt über „Birne“ zu spotten, sollten wir die Auseinandersetzung mit dem, wofür er steht, gerade auf der wertkonservativen Basis aufnehmen. Dabei werden wir die Sprache finden, die auch der konservativen Mehrheit der Bevölkerung zu Herzen geht“.

Für eine grüne Traditionsparität

Welches die von Bahro nur angedeuteten „wertkonservativen“ Gemeinsam-

keiten von Grünen und CDU/CSU-Wahlerbasen sein sollen, an die die Grünen anzuknüpfen hätten, erklärt uns Thomas Schmid in seinem ebenfalls mit den Delegiertenunterlagen versehenen Aufsatz „Schwarz-rot grün über eine scheinbare und eine mögliche Wende. Zur Bundestagswahl 1983 und den Folgen“. Schmid, als langjähriger Linksradikaler u. a. zeitweise in den Redaktionen von „Wir wollen alles“ und „Autonomie“ tätig, ist heute Chefredakteur des als Konkurrenzunternehmen zur Alternativen Liste in letzter Zeit gegründeten Landesverbandes Westberlin der Grünen. Für ihn enthält der Wahlerfolg der CDU/CSU „mehr Grün, als manchem, der mangels sozialistischer Parteialternative bei den Grünen gelandet ist, lieb sein kann“. Das grüne Element dieses Wahlerfolgs seien die in den 13 Jahren unter sozial-liberaler Regierung durch die „graue Nüchternheit, die sozialdemokratische Vernunft“ vernachlässigten Gefühls- und Werte. „Die CDU/CSU wurde nicht ihres Programms wegen gewählt, sondern, weil sie erfolgreich Wärme und Hoffnung verbreitete, weil sie mit Werten daherkam, die 13 Jahre lang im sozialistischen Alltag keine Rolle gespielt hatten“.

Nun, nach dem „endgültigen Ende der SPD als einer potentiell majoritären Partei“, müsse die vom „parakommunistischen Flügel innerhalb der Grünen“ betriebene Standortbestimmung links von der SPD endgültig aufgegeben werden zugunsten der Orientierung auf die wertkonservative, Wärme und Hoffnung suchende Bevölkerungsmehrheit. Wie das zu geschehen hat, veranschaulicht Schmid am Beispiel Bayerns, „das schon so fest in den Händen der Reaktion liegt“. Entgegen der gängigen linken „Fehlannahme der CDU“ () „als ein dummlischer, wenn auch schlagkräftiger Trachtenverein, als ein Hort der Reaktion“, müsse deren „Doppelcharakter“ erkannt werden: „einerseits war und ist sie die härteste und rückwärtigste Partei des industriellen Wachstums, andererseits stellt sie sich erfolgreich als Partei der Tradition, der Bewahrung und eines regionalistischen eigenen Weges dar“. Für die grüne Politik in Bayern folge daraus: „Die gängige Kritik an der CDU konzentriert sich auf deren Trachtengewand. Das umgekehrte ergäbe Sinn, der erbarmungslose Modernismus dieser Partei wäre anzugehen, das Abonnement auf Tradition und Erhalten wäre ihr streng zu machen. Die Nachricht, daß die CDU in Wahrheit das Geschäft der Sozis betreibt, stieße in Bayern sicher auf interessierte Ohren“.

Wer hat die Mehrheit?

Wer hat die Mehrheit?

Das Presseecho auf den Parteitag war sehr uneinheitlich. Daß der „Vorwärts“ der SPD Bahro als den Triumphator von Hannover ausbildet, ist noch leicht aus dem sozialdemokratischen Interesse zu erklären, die latente Konkurrenz auf den Bonner Oppositionsbänken insgesamt als unsat, arbeitend und rückwärtig zu diskreditieren. Ebenso im Rahmen des Gewöhnlichen bleibt auch die „FAZ“ — „Die Grünen taktieren um Inhalte herum“ — deren Redakteur Friedrich Karl Fromme „das von manchen Delegierten gern so empfundene Rechts-Links-Gefälle zwischen Bahro und Trampert“ als „nur scheinbar“ diagnostiziert. Dagegen kommentiert „F.R.“ Korrespondent Eckart Spoo den Parteitag aus links-grüner Sicht: „Grüne widersprechen Bahro — Wenig Neigung für eine Hinwendung zu den Konservativen“ ist sein Bericht überschrieben. Spoo beobachtet, die Mehrheit der Diskussionsredner — übrigens nicht nur im Plenum, sondern auch in der Arbeitsgruppe „Rot-grüner Reformblock / Radikalisierung der Mitte“ — habe gegen Bahros These Stellung bezogen, ist allerdings nur ein Indiz. Ob diese Mehrheit Diskussionsredner einfach auf die Mehrheit der Delegierten hochgerechnet werden kann, ist jedenfalls zweifelhaft. Einmütige Jubelstürme haben weder Bahro noch Trampert entfallen. Beide wurden mit etwa gleich starkem, freundlichen Beifall bedacht. Ungeteilte Zustimmung hat Bahro ohnehin nur bei der kleinen Kerngruppe seiner eingeschworenen Fans gefunden. Es darf aber nicht übersehen werden, daß ein erheblicher Teil seiner Kritiker Bahro lediglich vorhält, seine Politik des „di-

rekten Übergangs von Schwarz zu Grün“ sei zum Scheitern verurteilt, weil die Zeit dafür noch nicht reif sei, sein Hauptfehler wäre demnach eine falsche, zu positive Einschätzung der CDU/CSU-Wahlerbasen. Nicht gesehen wird von diesen Kritikern, daß die des Grünen empfohlene Neuorientierung den Verzicht auf Inhalte, die die „Wertkonservativen“ schockieren und Bahros imaginären „altbayrischen Pfarrer“ gegen die gottlosen Grünen aufbringen könnten, notwendigerweise erfordert. Herauskommen würde eine angepaßte „grüne FDP“ oder eine bedeutungslose Sekte wie Herbert Grubbs ÖDP.

Was Bahro vor allem zugute kommt, ist das ausgeprägte Bedürfnis vieler Gröner nach Harmonie, friedlichem Miteinander und nicht zuletzt christlicher Feindesliebe, die Wilfried Heide vom Achberger Kreis ausdrücklich

auch als „neuen parlamentarischen Stil“ im Bundestag verwirklichen will:

„Allein schon gegenüber dieser heillos erswerten, armen CDU bedienen wir uns der Spröde- und Empfindungsweisen des Kalten Kriegs (Kantler unseres tiefsten Mißtrauens). (...) Gerade Herrn Kohl müssen wir doch anders herausfordern, wenn unsere Reden im Parlament ein konstruktiver Beitrag sein sollen zu dem „direkten Übergang von Schwarz zu Grün“. Denn der Bewußtseinswandel in der Öffentlichkeit gerade im Lager bisheriger CDU-Wähler wird in den nächsten Jahren meiner Ansicht nach durch emotionale Polemik gegen die Regierung nicht optimal gefördert werden“ (,,Überlegungen zum weiteren Weg der Grünen im Anschluß an die Bahro-Thesen zur

Fortsetzung nächste Seite

Rede

von Rainer Trampert

auf dem

Hannoveraner Parteitag

(Auszüge)

() Ich habe wahrlich nichts dagegen, wenn die Grünen aus ihrer Enge heraus die Mehrheit in der Bundesrepublik erreichen würden, meinestwegen auch im direkten Übergang von schwarz zu grün. Aber ich befürchte, daß in die Wahl der CDU/CSU zwei Positives hineinmollert wird und zuwenig in Frage gestellt wird, daß die gewünschte Wärme und Stabilität auch Behütetsein in einem allgegenwärtigen Staatswesen heißen kann. Und mir wird bang bei dem Gedanken, wie sich denn die Grünen wandeln müssen, um auf wertkonservativer Basis in erster Linie konservative Wähler ansprechen zu können. Wie müßte denn unser neues Profil aussehen?

() In einem der Papiere zur heutigen Versammlung wird speziell den Grünen in Bayern geraten, die eigentlich Konservativen zu sein — der CDU den Rang abzulaufen, indem die Grünen das Abonnement auf Tradition und Erhaltung buchen und die CDU wegen „erbarmungslosen Modernismus“ geizen. Natürlich müssen die Grünen einnisslos Großprojekte und Naturzerstörung bekämpfen — wie überall so auch in Bayern. Aber unkritisch „Tradition“ verkörpern — das heißt doch wohl auch die Rolle der Kirche akzeptieren, die Rolle der Frau als Untertan des Mannes ohne Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper, die Härte in der Jugendzucht, die Hierarchie der dörflichen Struktur. Nein — auch unsere bayrischen Freunde sollen die mutige Rebellion gegen diese Aspekte von Tradition verkörpern. Und wenn es da oder dort ein recht mageres Wahlergebnis gibt, dann gibt es trotzdem keinen Grund, sich an alte CDU-Werte anzupassen, da müssen sie durch und dafür gebührt ihnen der Respekt davor, die es in einem anderen sozialen Milieu etwas leichter haben, Wahlerfolge zu erzielen.

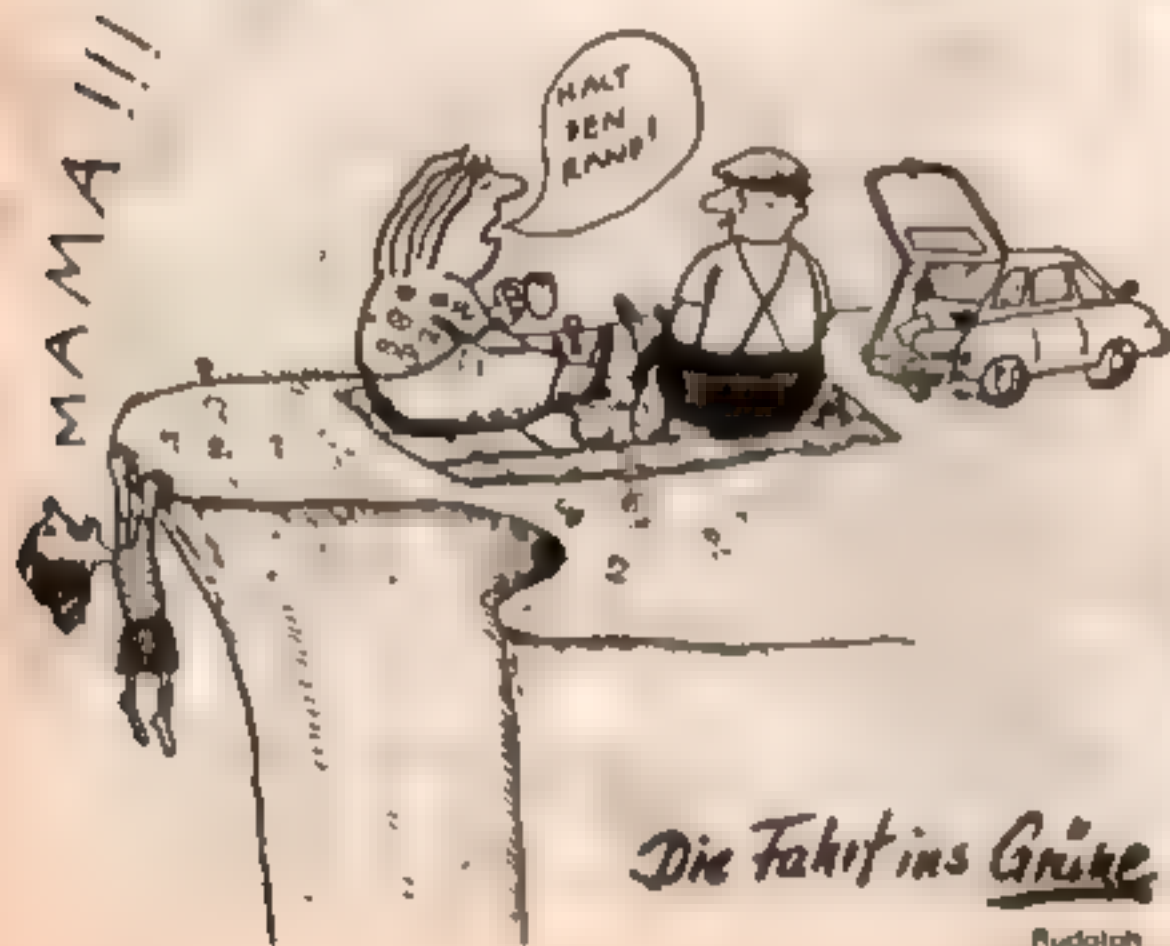
(Im folgenden skizziert Trampert die Folgen der konservativen „Wende“ für die Betroffenen, für Kinder und Jugendliche, Frauen, Ausländer und für diejenigen, die gegen den CDU Staat opponieren; an zwei „Wir setzen alle in gleichen Boot“-Aussprüche von Helmut Kohl — „Die Marktwirtschaft ist dem Menschen gemäß“ etc. — und Norbert Blum — „eine

Druckwelle des Gemeinsinns erzeugen ...“ — schließt er ein Hitler-Zitat über die Aufgaben der nationalsozialistischen „Arbeitsfront“ an und fährt dann fort: „Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich sage nicht, CDU und Nazis sind identisch. Ich will deutlich machen, daß ein Kernstück nationalsozialistischer Ideologie in der wirtschaftlichen Krisenpolitik, die Volksgemeinschaft, die Laugnung gegensätzlicher Interessen, den Nationalsozialismus überdauert hat und heute wieder stärker hervorgeholt wird.“

Volksgemeinschaft hat immer zwei Seiten. Sie vermittelt dem Teil, der sich einblenden läßt, ein gewisses Gefühl von Wärme, Zusammengehörigkeit, Geborgenheit. So etwas muß sich nicht als Lagerfeuerkammeradschaft abgeben, das kann sich auch ereignen aus Anlaß eines schlichten Eishockeyspiels gegen die DDR, wo Menschen, die durchaus zu den rechtschaffenen abippen das kann sich auch ereignen aus Anlaß eines schlichten Eishockeyspiels gegen die DDR, wo Menschen, die durchaus zu den Ausgesprochenen dieses Systems und zu den sozial Deklassierten gehören, als Deutsche gemeinsam den Feind verteideln. Ich war erinnert an Bilder der ersten Kriegstage zu Kaisers Zeiten.

Die andere Seite der Volksgemeinschaft ist allerdings immer der Haß und tendenziell der Terror gegen den Fremdkörper, den Außenseiter oder den Nicht-Deutschen. Laßt uns an der CDU/CSU-Verheißung von Wärme durch Volksgemeinschaft wirklich nicht einen Zipfel guthießen. Und noch eins am Rande: Laßt uns immer mit den Interessen von Menschen argumentieren — niemals mit Deutschland. Laßt uns den Adler nur als Karrikatur benutzen, die Farben schwarz-rot-gold niemals, und in der Friedenspolitik sollte jedes Wettstreiten mit Sozial- und Christdemokraten unterbleiben, wer am besten „deutsche Interessen“ vertritt. Wir wollen leben, wir wollen einwillig leben, das ist Motiv genug. Wir brauchen keine höhere Weihe durch die „Nation“. Und wenn man uns Vaterlandlose Gesellen nennen sollte, dann bitte nicht demütigen. So etwas kann niemandem beileiden, der wie wir internationalistisch denkt und der gerade jetzt beginnen will, die Solidarität mit der 3. Welt in den Mittelpunkt seiner Arbeit zu rücken

()



Fortsetzung von vorheriger Seite

Vorbereitung der Offenen Bundes-Delegiertenkonferenz zur Diskussion gestellt von Wilfried Heide, Altkreis Wanger im Allgäu; enthalten in den Delegiertenunterlagen.

Zwar ist diese Kritik an Marie-Luise Beck-Oberdorfs nun wirklich sehr gemäßigte Entgegnung auf die Regierungserklärung („emotionelle Polemik“) mit Sicherheit bei den Grünen keineswegs mehrheitsfähig. Es ist auch unerheblich, ob es — wie Reinhard Hesse in seinem „faz“-Kommentar über „Die neuen grünen Philosophen“ („faz“ vom 7.6.83) schreibt — „eine leichte Mehrheit“ der Delegierten war, „die sich vom pastoralen Duktus durchaus ergriffen fühlte, der den Ruf nach „Reformation“ im wahren konservativen Geiste begleitete“. Die Ergriffenen und jedenfalls so zahlreich, daß die vom pastoralen Gehabe abgegrenzten, primär an die Vernunft appellierenden streitbaren Linken — speziell natürlich „die Hamburger“ — in ihrer Mitte schnell wie Störenfriede und Exoten wirken.

In einem solchen Klima — man diskutiert „in einer menschlich verbindlichen, vielleicht sogar liebevollen Form“ (W. Heide) — werden Bahro und Schmid natürlich ständig gegen „Unterstellungen“ und „gewollte Mißverständnisse“ in Schutz genommen: nichts liegt ihnen ferner, als sich den Konservativen anzupassen oder taktisch auf unpopuläre politische Inhalte zu verzichten. Wer die gar nicht mißzuverstehenden Zitate (s.o.) aus ihren Papieren entgegenhält, macht sich unbeliebt: das ist kein grüner Still Grüner Stil ist es dagegen, vielschneidigen Predigten der verschrobensten Geistesrichtung über die grüne Politik als „Politik der Liebe“ oder über die ge-

Jahr den massenhaften „Auszug aus dem Industriesystem“ nannte, firmiert bei ihm jetzt als „breite kommunale Bewegung“, deren Aufgabe es sein soll, „umkehrbare soziale Tatsachen zu schaffen. Die Kommune ist die Keimzelle der Gesellschaftsformation, die die bestehende ablösen wird, die Grundeinheit des neuen sozialen Netzes“. Hier trifft sich Bahro mit dem Baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU), dessen Fähigkeit, „Kleinartertheit und Arbeitsucht des Musterländle mit unkonventionellen Seitensprüngen und strategischer Weitsicht zu verbinden“, Thomas Schmid kritisch bewundert. Der gemeinsame Nenner ist die „Anti-Staatlichkeit“, die dem CDU-Ministerpräsidenten ganz munter angedichtet wird.

2. Vonnöten sei — so Bahro — ein „Grüner Deutschlandplan“, der die grüne „Konzeption zur atomaren und konventionellen Abrüstung, zum Herausdrücken aus den Militärblöcken und zur Neutralisierung der beiden deutschen Staaten zusammenfassen und akzentuieren“ soll. Die in der Grünen Partei weit verbreitete Begeisterung über die Alexanderplatz-Aktion läßt dieses Unterfangen nicht unrealistisch erscheinen. In Hannover wurde bereits die Gründung einer Bundes-Arbeitsgruppe „Deutschlandpolitik“ beschlossen, deren Initiatoren auch gern ein Büro in der Hauptstadt der DDR eröffnen möchten (als Keimzelle der grünen „Sektion DDR“). Fast sämtliche Vorgaben für diesen „neuen Schwerpunkt grüner Politik“ stammen von der AL Westberlin, in deren Namen u.a. die erfahrenen Deutschlandpolitiker aus der aufgelösten „KPD“ bundesweit agieren.

Wie ein Fisch in der Jauche

Bahro versucht es immer wieder, trägt hartnäckig seine Grundthesen vor, ständig sich wandelnde Form mit immer dem gleichen Inhalt: Die Grünen dürfen sich nicht als Partei links von der SPD verstehen, die Grünen dürfen nicht auf ein Bündnis mit dem Reformpotential in der Gesellschaft setzen, die Grünen müssen sich auf die „konservative Mehrheit“ orientieren. Mehrheiten für seine Programme hat Bahro eigentlich bei den Grünen noch nie gefunden. Aber immerhin schafft er es, der ganzen Partei immer wieder seine Themenvorgaben als Diskussionszentrum aufzuzwingen. Diesem beachtenswerten Phänomen liegt der in der Grünen Partei quer durch alle Strömungen gepflegte Irrtum zugrunde, Bahro sei auf jeden Fall ein Denker und Analytiker, der Interessantes zur „Strategiefrage“ beizutragen habe. — Nein, er hat ganz und gar nicht! Der Kaiser ist nackt. Bahro ist ein Beschwörer, ein Visionär, ein Prophet, ein Magier und Scharlatan — aber niemals, niemals ein Analytiker und Theoretiker. Gerade das macht vermutlich seine anhaltende Faszination auf fast alle Strömungen in der Grünen Partei aus.

Schon wenn man zu finden versucht, was Bahro nun eigentlich genau sagen will, greift man ins Schamane. Bereits den Grundbegriff, von dem er ausgeht — „konservative Mehrheit“ — gebraucht er in mindestens zwei sehr verschiedenen Bedeutungen: Erstens eine Mehrheit von 94%, die Bahro als

„systemkonservativ“ bezeichnet — also vermutlich sämtliche Wahlerstimmen, die nicht für die Grünen abgegeben wurden. Zweitens eine „konservative Dreiviertelmehrheit“, der Bahro das Attribut „lebenskonservativ“ zuteilt. Sie setzt sich zusammen aus den Wählern der Regierungskoalition plus ca. der Hälfte der SPD-Wähler.

Der erste der beiden Begriffe — „systemkonservativ“ — hat im

Der erste der beiden Begriffe — „systemkonservativ“ — hat immerhin den Vorteil der Eindeutigkeit und inneren Logik. Der zweite Begriff — „lebenskonservativ“ — ist purer Schamane und nichts weiter. Dreiviertel der Wähler (also nicht etwa 60% oder 80%) zu einem Block zusammenzufassen, ist eine völlig beliebige Manipulation, zumal Bahro für seine Rechnerie keinerlei Kriterien und Anhaltspunkte nennt. Warum Bahro das diesen Block einigende Band ausgerechnet als „lebenskonservativ“ definiert und was er damit aussagen will, bleibt völlig unerklärt.

Es gibt riesige Unterschiede zwischen dem „Konservativismus“ z.B. eines 40jährigen großstädtischen Facharbeiters einerseits und eines stockkatolischen 70jährigen Kleinstadt-Katholiken andererseits — um nur zwei Typen aus dem Spektrum der „konservativen Mehrheit“ herauszugreifen. Aber NICHTS gibt zu der Vermutung Anlaß, ihrem unterschiedlichen „Konservativismus“ müsse irgendein gemeinsames, verbindendes positives Motiv unterliegen, das Ansatzpunkte für grüne Politik bietet.

Diesen unverzeihlichen Irrtum hat Thomas Schmid noch deutlicher als Bahro formuliert: „Der Erfolg der CDU/CSU ist nicht einfach Ergebnis plumper Wählermanipulation. Er enthält mehr Grünes, als manchem, der mangelnde sozialistischer Parteiinitiative bei den Grünen gelaßt ist, lieb sein kann.“

So direkt mag Bahro es nicht sagen. Aber er meint offensichtlich dasselbe, wenn er behauptet, das Wahlergebnis vom 6. März sei „die günstigste Lösung nicht nur für die innere Entwicklung unserer Partei, sondern auch für unsere Sache“.

Woher dieser Irrtum nun eigentlich kommt und welche (Fehl-)Interpretationen ihn nähren, wird weder bei Bahro noch bei Schmid durchschaubar. Jedenfalls gibt es ABSOLUT NICHTS im Erscheinungsbild und in der Selbstdarstellung der CDU/CSU, das Stoff für den Irrtum geben könnte, das Wahlergebnis drückt zwar irreguläre, aber im Kern „richtige“ Ansichten und Absichten ihrer Wähler aus. Ganz anders als bei der NSDAP vor 1933 enthält das programmatische Angebot der CDU/CSU überhaupt keine „Zivilisationskritik“, keine Kritik an der industriellen Großproduktion usw. Die CDU/CSU ist die Partei mit den besten Beziehungen zum Großkapital. Und dieser Zusammenhang wird durch keinerlei Demagogie verkleidet: er gehört zur Selbstdarstellung der CDU/CSU und macht einen wichtigen Teil ihrer Attraktivität aus. Kaum jemand, der die CDU/CSU gewählt hat, wird das in der irrigen Hoffnung getan haben, diese Partei werde mehr als die SPD ökologischen Interessen Rechnung tragen. Deshalb gibt es gerade in dieser Beziehung auch überhaupt keine Erwartungen, die enttäuscht werden könnten und die dann ein „Abholen“ durch die Grünen zulassen würden. Daß die CDU/CSU neben ihrer reaktionären Ideologie eine absolut moderne Partei ist — im Sinne der größtmöglichen Förderung der Großindustrie und Großtechnologie — das wissen ihre Wähler längst. Gerade diese Eigenschaft wird an der CDU/CSU besonders geschätzt, weil sie als Garantie und Voraussetzung für die Bewahrung von Wohlstand und Stabilität erscheint. „Konservativ“ ist die CDU/CSU gerade in dem Sinn, daß sie verspricht, daß sich an den wesentlichen Voraussetzungen der bundesdeutschen Gesellschaft — kapitalistisch organisierte Industrieproduktion; Ökonomie vor Ökologie und Sozialem; Kriegsrüstung und NATO-Einbindung — garantiert nichts ändern wird.

Wäre man sich grünerseits wirklich an die „konservative Mehrheit“ heranmachen wollen, so wäre der Verzicht auf bloße Provokationen gegen die Lieblingssymbole der Industriegesellschaft — bestimmt weitaus wichtiger als die formale Mäßigung des Umgangs gegenüber CDU/CSU-Politikern und katholischen Pfaffen, worauf Bahro besonders Wert legt. Es ist zu befürchten, daß von den meisten Grünen diese Problematik noch nicht einmal gesehen wird, weil der Begriff „konservativ“ bei ihnen in vielerlei ganz unterschiedlichen Bedeutungen gebraucht, aber niemals klar und differenziert definiert wird.

Die innere Logik von Bahros Programm müßte eigentlich dafür sprechen, als Bündnispartner in erster Linie das Reformpotential zu sehen, das er mit rund 25% veranschlagt, und mit der SPD in einen Wettbewerb um die geistige Führung dieses Reformpotentials einzutreten. Also genau das, was Bahro so vehement ablehnt und was von seinen sozialistischen Kontrahenten in der Grünen Partei befürwortet wird. Aber wo liegt die Logik einer Orientierung auf die „konservative Mehrheit“? Geht es am Ende nur darum, der SPD einen Gefallen zu erweisen, nämlich ihr die Konkurrenz mit den Grünen um dasselbe Potential zu ersparen? Beabsichtigen wird Bahro das wohl nicht. Es läuft aber auf diesen Effekt hinaus.

Mag sein, aber ausgerechnet die Grünen können diese Alternative bestimmt nicht sein, denn die Rettung des „Modells“ (also der kapitalistisch organisierten Industriegesellschaft) ist ja nun wirklich nicht ihr Programm.

Was an vermeintlicher innerer Logik hinter Bahros Grübe-

leien stecken mag, bleibt rätselhaft. Er müßte doch registrieren, daß der „Konservativismus“ der heutigen Mehrheit das absolute Gegenteil dessen ist, was ihm selbst unter dem Stichwort „werkonservativ“ vorschwebt. Bahros Programm ist ja in Bezug auf die real existierenden Verhältnisse keineswegs „konservativ“, also bewahrend, sondern vielmehr „revolutionär“ im Sinne des totalen Umsturzes. Von diesem Programm führen überhaupt keine denkbaren Verbindungslinien zur „konservativen Mehrheit“. Oder aber, Bahro und seine Freunde müßten einmal offenlegen, wo sie Verbindungslinien sehen.

Ein einfaches Beispiel aus der grünen Praxis zeigt das Dilemma: Beschlossen haben die Grünen, zwei autofreie Sonntage im Monat, also 24 im Jahr, zu fordern. Das mag „werkonservativ“ sein im Sinne von Heimat, Natur etc. Aber für die „konservative Mehrheit“ ist das weit eher eine Provokation, die antigrüne Aggressionen weckt, oder schlichtweg Spinnkram. Denn ihr „Konservativismus“ bezieht sich auf die Bewahrung einer Zivilisation, die im Auto einen ihrer Zentralpunkte hat (das Gleiche gilt für weitere typische Maßstäbe des „authentischen Ökologismus“, wie Waschmaschinen, Spülmaschinen, Fernseher, Video-Recorder, überhaupt „Energie-Fresser“). Bahros Gesellschaftsmodell (dezentrale Kleinstadtelgemeinden auf vorindustriellem Produktionsniveau) ist für die „konservative Mehrheit“ nichts weiter als das Schreckgespenst eines Irrsinn.

Wäre man sich grünerseits wirklich an die „konservative Mehrheit“ heranmachen wollen, so wäre der Verzicht auf bloße Provokationen gegen die Lieblingssymbole der Industriegesellschaft — bestimmt weitaus wichtiger als die formale Mäßigung des Umgangs gegenüber CDU/CSU-Politikern und katholischen Pfaffen, worauf Bahro besonders Wert legt. Es ist zu befürchten, daß von den meisten Grünen diese Problematik noch nicht einmal gesehen wird, weil der Begriff „konservativ“ bei ihnen in vielerlei ganz unterschiedlichen Bedeutungen gebraucht, aber niemals klar und differenziert definiert wird.

Die innere Logik von Bahros Programm müßte eigentlich dafür sprechen, als Bündnispartner in erster Linie das Reformpotential zu sehen, das er mit rund 25% veranschlagt, und mit der SPD in einen Wettbewerb um die geistige Führung dieses Reformpotentials einzutreten. Also genau das, was Bahro so vehement ablehnt und was von seinen sozialistischen Kontrahenten in der Grünen Partei befürwortet wird. Aber wo liegt die Logik einer Orientierung auf die „konservative Mehrheit“? Geht es am Ende nur darum, der SPD einen Gefallen zu erweisen, nämlich ihr die Konkurrenz mit den Grünen um dasselbe Potential zu ersparen? Beabsichtigen wird Bahro das wohl nicht. Es läuft aber auf diesen Effekt hinaus.

Kt., Hamburg

Klar kenn ich Sie! —
Hab schon jede Menge
über Sie gelesen!



gesellschaftsverändernde Bedeutung des freien Unternehmers als „im eigenen

gesellschaftsverändernde Bedeutung des freien Unternehmers als „im eigenen Risiko Werte schaffenden Menschen“ aufmerksam zu lauschen und freundlich zu beklatschen.

Die Grüne Partei wird auf absehbare Zeit sicherlich nicht Bahros Thesen als verbindliche Grundlage ihrer Politik beschließen. Sie wird auch nicht — wie Ernst Hopfmeier forderte, der in Hannover Bahro auf die Spitze trieb — zur ökologischen Ein-Partei-Partei werden. Hopfmeiers Kritik, man hätte schon im Bundestagswahlkampf das Waldsterben zum allein anderen übergeordneten Thema machen sollen, mag „kleinkarierte Diskussionsüber die „35-Stunden-Woche“ zu führen, wird bei den Delegierten ebenso auf mehrheitliche Ablehnung wie seine Forderung — im Sinne des Einbruchs in konservative Wählerkreise — an die beispielhafte „Zweitwegwahlkampagne“ der baden-württembergischen Grünen anzuknüpfen.

Eher denkbar ist ein langwieriger Anpassungsprozeß in der praktischen Politik insbesondere der Bundestagsfraktion als der medienwirksamen Gruppierung der Partei. Dafür hat wiederum Bahro drei Schwerpunkte vorgeschlagen, die, vorgetragen in einer „Sprache, die auch der konservativen Mehrheit der Bevölkerung zu Herzen geht“ (Theater 7), eine solche allmähliche Neuorientierung ermöglichen würden.

1. „Innerpolitisch ist unser wichtigstes Interesse auf lange Sicht nicht die Heranziehung einer Stammwählerschaft, sondern der Ausbau eines möglichst autonomen Netzes von alternativen Arbeits- und Lebenszusammenhängen, das das ganze Land überzieht und all denen, die aussteigen wollen oder keinen Platz mehr in der formalen Ökonomie finden, Rückhalt und Perspektive bietet“. Was Bahro letztes

3. Unter Berufung auf das Sündflut-Sofortprogramm erinnerte Bahro

3. Unter Berufung auf das Sündflut-Sofortprogramm erinnerte Bahro an den Beschluß der Grünen, sich 1983 „gründlich mit dem Stellenwert der Dritten Welt oder besser, mit dem Verhältnis zwischen ausbeuterischen Metropolen und abhängigen Peripherien des kapitalistischen Weltsystems zu befassen“. Lernziel soll sein, daß auch der letzte Grüne Abschied vom Proletariat nimmt — nachdem er sich nämlich klargemacht hat, „welche internationalen Konsequenzen es hat, wenn man sich unmittelbar an den vorgefundenen sozialen Interessen, Erwartungen und Werten der metropolitären Unterklasse (Unsere „Lohnabhängigen“ und „Betroffenen“ bis hin zu den Beziehern mittlerer Einkommen) orientiert ...“ Eine so angepackte „alternative Dritte-Welt-Politik“ (Sündflut-Sofortprogramm) bietet zweifellos günstige Ansatzpunkte für die Sympathisierung unter mittelständischen Spielern, denen schon vor der geistig-moralischen Wende der CDU/CSU das Anspruchsdenken der heutigen Unterklasse nicht gepaßt hat.

P.S.: Fast vergessen und hoffentlich nicht richtungsweisend: Kurz vor dem Ende ihres Parteitag beschlossen die Grünen noch einen Beitrag zur Ideologie des: „Jeder kann/muß mithelfen, damit es (ökologisch) wieder aufwärts geht“: Tempo 100 auf der Autobahn und autofreie Samstage als Sofortprogramm gegen das Waldsterben — ein Programm, das 1. das Problem verharmlost; 2. parlamentarisch sicher nicht durchsetzbar ist, zumindest nicht „sofort“; 3. gegen das Waldsterben fast nichts bewirken würde, und damit 4. allein von seinem „geistig-moralischen“ Element (s.o.) lebt! Aber wahrscheinlich war das beabsichtigt.

Ja., Hamburg

Die CDU, der „Parakommunist“ Ebermann und der „neue parlamentarische Stil“

Natürlich wieder dieser Ebermann vom „parakommunistischen Flügel der grünen“ (Th. Schmid), der es — ganz dem Klassenkampfdenken des vorigen Jahrhunderts verhaftet — immer noch nicht verstanden hat, gerade der „bedauernswerten CDU“ (W. Heidt) in einer „liebervollen Form“ (derselbe) zu begegnen und eine Sprache zu finden, „die den Konservativen zu Herzen geht“ (Bahro). So wird der „direkte Übergang von Schwarz zu Grün“ nicht zu bewerkstelligen sein!

Wir dokumentieren die Reden der Bürgerschaftsabgeordneten Boysen (CDU) und Ebermann (GAL) zu einem Antrag der SPD, in Hamburg einen Platz in „Salvador-Allende-Platz“ umzubenennen:

Rede des CDU-Bürgerschafts-abgeordneten Gert Boysen - 16. Juni 1983

Oder von Sie hier auch immer gesprochen haben mögen. Dr. Salvador Allende war es jedenfalls nicht. Denn er ist verantwortlich für zahlreiche Versäße gegen die chilenische Verfassung, für die rasche Ruinierung der chilenischen Wirtschaft und für eine Innenpolitik, die Chile an den Rand eines Bürgerkrieges brachte. Seine Regierungszeit ist gekennzeichnet durch undemokratischen Regierungsstil, Mißwirtschaft, wachsender Abhängigkeit vom radikalen Linksextremismus und zunehmender Annäherung an die Sowjetunion. (...)

Allende und seine sozialistische Partei stehen für politische Grundüberzeugungen, die mit den unseren nicht vereinbar sind. Ein Beispiel: Die sozialistische Partei Allendes faßt 1967 den folgenden Parteibeschluß: „Die revolutionäre Gewalt ist unvermeidlich und legitim und entspricht dem repressiven und bewaffneten Charakter des Klassenstaates. Sie ist der einzige Weg, der zur Überwindung der politischen ökonomischen Macht sowie zu ihrer späteren Verteilung und Säkularisierung führt. Die sozialistische Revolution ist notwendig die Zerstörung des bürokratischen und militärischen Apparates des bürgerlichen Staates zu konsolidieren. Die friedlichen und legalen Kampfmethoden — führen als solche nicht zur Macht.“

Das war die Sprache, das war das Bekenntnis, das war die Politik des Dr. Salvador Allende. Sie sind mit dem, was wir unter Freiheit und Rechtsstaatlichkeit verstehen, unvereinbar. Mit der beachtlichen Ehrung des Dr. Allende wird die Legende erneuert, die Unschuld Populäre habe eine Regierung geführt, unter der die verfassungsgemäßen Rechte uneingeschränkt weiter galten und beachtet wurden. (...)

Allendes Regime war gekennzeichnet durch dauernden Verfassungsbruch durch Zulassen paramilitärischer bewaffneter Organisationen, durch Eingriffe in die Pressefreiheit.

Allende hatte zu keiner Zeit durch freie Wahlen die Mehrheit des chilenischen Volkes auf seine Seite gebracht. Er kam an die Macht, weil ihm auch die Christlichen Demokraten ihre Stimme gaben, aus Respekt vor dem Umstand, daß es mit 36 Prozent unter drei Präsidentschaftsbewerbern die relativ meisten Stimmen erhielt. (...) Bleibt die Legende, daß es diesem Präsidenten gelungen sei, mit seiner radikalen sozialistischen Politik den Lebensstandard der breiten Massen zu heben. Auch das, wie gesagt, eine Legende — bei einer Inflationsrate von 1972 210 Prozent bei Lebensmitteln und wachsender Verknappung der lebenswichtigen Konsumgüter und am Ende erheblicher Einkommensverluste der Armen.

Nein, Allende hat den evolutionären Reformprozeß der Christlichen Demokraten zum Nachteil des chilenischen Volkes abrupt unterbrochen. Er war ein Wegbereiter dessen, was auch ihm kein die totale Diktatur. Er hat sich für seine Politik die höchsten Ehrungen der Sowjetunion erworben, wurde postum mit dem großen Orden für Völkerrückständigkeit der Deutschen Demokratischen Republik ausgezeichnet. (...)

Was hier in Hamburg geschehen soll, ist in Dresden schon Wirklichkeit. Da hat die SED den Münchner Platz in Dr. Salvador-Allende-Platz umbenannt. Wer sich in dieser Stadt auskennt, weiß, daß die meisten Dresdner demonstrativ an dem alten Namen festhalten. Man darf annehmen, es waren weshalb.



Die zwei Gesichter der SPD: Werner Lorenz: „Das ist Rechtfertigung von Massenmord, Herr Boysen“

Heinrich Hüner und Hans-Peter Pies und Potachen der Heuchelei oder die demagogischen Rhetorik „entscheidender“ parlamentarischer Umgangsformen beim Thema Massenmord.

Rede des GAL-Abgeordneten Ebermann am 16. Juni 1983 in der Bürgerschaft

(Dr. Bucher, CDU: Haben Sie noch mal die Rede zum 17. Juni?) Ebermann GAL: Quatsch mich nicht damit an jetzt, das sag ich Dir aber; quatsch mich nicht damit an jetzt noch.

(Glocke - Tumult - Pflöge-Rufe und Gelächter bei der CDU) So sehen die Leute aus, die in wenigen Wochen den Einmarsch der USA in Nicaragua rechtfertigen.

(Beifall bei der GAL - Putschisten CDU: Schamlos!) So sehen die Leute aus, die Verbrechen für die Zustimmung zum hiesigen Ermordungsgesetz haben. (Putschisten, CDU: Schamloskommission!) So sehen die Leute aus, die die positiven Aspekte am Nationalsozialismus hervorheben. (Tumult) - So sehen die Leute aus, die heute noch sagen, was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein. (Zurufe von der CDU) - So sehen die Leute aus, die große Sympathien (Tumult) für das Rassistensystem in Südafrika haben. (Beifall bei der GAL - CDU-Abgeordnete verlassen den Saal - Theo Bock GAL: Bleibt bloß drauß!)

So sehen die Leute aus... (Gürtner GAL: Gels doch raus; kommt bloß wieder rein!) - So sehen in der Tat die Leute aus... (Theo Bock GAL: Kommt bloß nicht mehr rein!) - Ich fühle mich wohler, wenn die draußen sind. (Tumult) - Es kommt mir vor wie der Abtritt zu der übermorgen stattfindenden Demonstration des Mobs in Berlin am 17. Juni. (Glocke - Tumult - Dr. Salchow CDU: Haben sie ein Zäpfchen für den Redner?) - Mach 'ne Fliege, Mann. (Tumult - Glocke) - Du mußt die einmal vorstellen, da wird in Chile noch, nur ein Präsident umgebracht... (Dr. Salchow CDU: Geben Sie dem Redner ein Zäpfchen! - Zurufe von CDU-Abgeordnete: Herr Präsident, was wollen Sie uns eigentlich noch zuweisen?) - Mach doch 'ne Fliege endlich, Mann. (Weitere CDU-Abgeordnete haben den Saal verlassen - Putsch SPD: Wir sind doch keine Kadervermensung!) Vizepräsident Saalfeld (unterbrechend): Herr Ebermann, ich bitte Sie, sich in Ihren Äußerungen der Situation des Hauses anzupassen, daß es möglichst zu denartiger Demonstrationen nicht kommt.)

Ich möchte mich auf das Äußerste hier, das ist ja wohl deutlich! Ich meine, wenn so etwas doch in Ruhe... (Glocke - Herr Ebermann,) Ich komme hier überhaupt nicht zum Reden! - (Herr Ebermann, ich wollte Sie fragen, ob Sie Herrn Klemm eine Zwischenfrage gestatten?) Ja, mache ich! - (Sie haben das Wort, bitte.) (Zwischenfrage von Klemm CDU: Herr Ebermann, jeder hat ein eigenes 'Sie fragen, ob Sie Herrn Klemm eine Zwischenfrage gestatten?) Ja, mache ich! - (Sie haben das Wort, bitte.) (Zwischenfrage von Klemm CDU: Herr Ebermann, jeder hat ein eigenes Verständnis von Würde. - Theo Bock GAL: Wir auch! - Sind Sie sicher, daß Sie das, was Sie eben gemacht haben, mit der Würde eines Menschen gegenüber dem anderen vereinbaren können? - Ich danke Ihnen. - Die CDU-Abgeordnete haben inzwischen den Saal verlassen)

Ich meine, ich reagiere adäquat im Moment; ich meine, ich reagiere so, wie das noch ein bißchen angemessen sein könnte. Wenn man nur ein Viertel von dem weiß, was in Chile geschehen ist nach der Ermordung von Salvador Allende, dann halte ich das für parlamentarisch unwürdig, hier stanzubringen, als habe eine normale Debatte. (Beifall bei der GAL) - Ich halte es für unwürdig, wenn man weiß, was für Blaupläne diejenigen gebracht haben, die diesen Weg des demokratischen Sozialismus in Chile beschreiten wollten und auch für unwürdig, nicht darüber dann Worte zu verlieren, die zum Ausdruck bringen, daß das, was in Chile geschehen ist, Massenmord einer Tyrannis ist. Und das, was hier abgelaufen ist, ist aus meiner Sicht mehr gewissermaßen als all das, was Franz-Josef Strauß auf seiner berüchtigten Chile-Reise gesagt hat. Das war das Lobbed auf die quasi notwendige Ermordung eines demokratisch gewählten sozialistischen Führers. Das war das Verständnischreiben von Putschismus, der in Chile von den Generälen, aber nicht von den Generälen allein, sondern von den Generälen unter Mithilfe der USA durchgeführt wurde.

Und wenn so etwas hier morgen trocken langgezogen wird, als handele es sich um den Sturm, ob irgendeine Straße umbenannt wird und wenn nicht, auch zum Ausdruck gebracht wird, daß aus diesem Holz diejenigen geschätzt sind, die Faschismus und Diktatur überall in der Welt - jedenfalls wenn es sich in der westlichen Hemisphäre abspielt - rechtfertigen, dann glaube ich, liegt alles andere unterhalb der notwendigen Reaktionen.

Ich möchte trotzdem, obwohl das fast nicht mehr angebracht ist, lieber W. G. Makowski, zu Ihnen et was sagen. Obwohl es fast nicht mehr angebracht ist, das gebe ich zu, denn die Prämissen dessen, was Bernd Vogel „demokratisches Moral“ genannt hat, setzen sich auch hier, Selbstverständlichkeit auch wir dafür, daß ein Platz nach Salvador Allende genannt wird, aber wäre es nicht sinnvoll, daß die Bundesrepublik Deutschland keine U-Boote in der jetzigen Chile-Diktatur entsende? Wäre es nicht unnötig, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht eine dermaßen blühende Handelsbeziehung zum Beispiel mit Kuba hätte? Wäre das nicht sinnvollere Maßnahmen (Hans SPD: Es wird mit wem Lande verhandelt?) zugunsten der Leidenden, Unterstützung und im Moment ihre Opposition neu formierenden, als sich zu beschäftigen in die Umbenennung von Plätzen?



Gert Boysen, CDU-Bürgermeister und Brandstifter



Es gab einmal ein unheimlich bedrückendes Bld, was hier wieder ein Stück Wirklichkeit wird. Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Makowski, sich erinnern, daß die Bundesrepublik Deutschland einmal der mosambikanischen Befreiungsbewegung FRELIMO aus Zeit des portugiesischen Kolonialismus Medikamente und Vorräte und auch frisches Getreide angeboten hat und zum gleichen Zeitpunkt Kämpfer für den Kaderkennsatz nach Portugal geliefert hat.

Ich denke, daß leider so etwas heute immer noch vorliegt, daß man in Revolution und Benennung von Straßen oder Plätzen, der wir selbstverständlich zustimmen, auch ein Stück schlechtes Gewissen oder ein Stück demokratische Reputationsverlust erwirbt, ohne eine wirkliche Bekämpfung (Putsch SPD: Heuchler!) von Terrorregimes vorzunehmen. (Hans SPD: Du bist genau so ein Kasper; ich sag auch mal Du, so wie Du die anderen ansprichst!)

„Der Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.“

Heiner Geißler, 15.6.83

Ich weiß, daß Sie sehr ruhstehen, (Hans SPD: Kasper!) und ich weiß, daß gerade dieses Thema aus Ihrer Sicht lieber im Rahmen einer normal gepflegten Debatte ablaufen sollte. Das habe ich schon geschaut, und das muß ich einfach zur Kenntnis nehmen. - Ich wollte noch sagen, es gibt in Hamburg schlimme Straßennamen. Hans SPD: Redler Hofschmapple, lert! - Theo Bock GAL: Sagt doch mal was zu den U-Booten! Ich weiß, daß Sie sehr gut passen würden auf eine Demonstration zugunsten von U-Booten für Chile, nur ich will da nicht gesehen werden und will das hier auch zum Ausdruck bringen. Ich weiß auch gut, daß Sie sehr gut passen würden zu denjenigen, die zur Beschönigung solcher Regimes neigen, nur ich will nicht dazugehören. (Hans SPD: Sie sind doch derjenige, der immer wieder sagt, daß es in der Bundesrepublik keine U-Boote gibt und will das hier auch zum Ausdruck bringen. Ich weiß auch gut, daß Sie sehr gut passen würden zu denjenigen, die zur Beschönigung solcher Regimes neigen, nur ich will nicht dazugehören. (Hans SPD: Sie sind doch derjenige, der immer wieder sagt, daß es in der Bundesrepublik keine U-Boote gibt, das auch nicht wollen, denn es können noch Zeiten auf uns zukommen, wo es noch wichtig ist, daß Sozialdemokraten, die für die Demokratie einstehen - Grüne, Alternative und Linke - trotz allem Germents im Parlament zusammenstehen müssen. Ich denke, das sollte zumindest eine Lehre sein aus dem, was 1933 passiert ist.

Ich wollte sagen. Es gibt genug schlimme Straßennamen in Hamburg. (Glocke) - Vizepräsident Saalfeld (unterbrechend): Gestatten Sie Herrn Holz eine Zwischenfrage, Herr Ebermann? - Ja! - (Hans SPD: Herr Ebermann, können Sie sich vorstellen, daß Ihre Beleidigungen auch noch irgendwelche Grenzen kennen? - Theo Bock GAL: Sehen Sie sich doch an, wie man uns beleidigt hat! - Hans SPD: Es wird Zeit, daß Sie verschwinden! Ich finde solche Zwischenrufe "Es wird Zeit, daß Sie verschwinden", nachdem man aus der sozialdemokratischen Fraktion... (Hans SPD: Bei dem Benehmen ganz bestimmt!)

Bei dem Benehmen ganz bestimmt.

Bei der Empörung über die Verherrlichung... (Putsch SPD: Das ist das, was Sie den Faschisten verwerft, so benehmt Ihr Euch!)

- Ja, daß wir uns benehmen.

- Protokollmangel -

„Er (Allende, d. Red.) war ein Wegbereiter dessen, was auch ihm kein: die totale Diktatur.“

CDU-Bürgerschaftsabgeordneter Gert Boysen, 16.6.83

Es scheint typisch der Konsum demokratischer Debatte, in der es selbstverständlich dann auch erlaubt sein muß, so zu argumentieren, wie es die CDU eben gemacht hat, von uns verletzt worden zu sein, und auf diese Verletzung und wir einigermaßen stolz und bekennen uns dazu.

Ich wollte noch ein letztes sagen, aber ich bin überhaupt nicht dazu gekommen. Ich wollte sagen, es wäre schön, wenn im Rahmen dieser Debatte auch eine Diskussion darüber stattfinden könnte, ob nicht nur der Salvador-Allende-Platz oder eine Straße so benannt werden sollte, sondern ob es nicht auch richtig wäre, einige schändliche Straßennamen aus dem Stadtbild Hamburgs zu entfernen. Ich rate einmal gerade sozialdemokratischen Abgeordneten, an der Hohenluft auszusitzen und durchzugehen, was da für Generäle von Terrorregimes mit viel Unterstützung von Sozialistengesetzten verabschiedet und ich denke, daß eine Stadt, die für sich in Anspruch nimmt, Tradition der Demokratie jetzt verkörpern zu wollen, solche Straßennamen nicht haben sollte.

Und ein letztes. So gut wie der Vorschlag mit dem Salvador-Allende-Platz auch finden, müssen wir feststellen, daß andere Oppositionelle aus der dritten Welt und aus der Geschichte Deutschlands und der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor keinen Platz haben, wenn es um Ehrenmale, um Straßennamen oder um Plätze geht.

Es ist schade, wenn sich die Respektierung gegenüber Indien und demokratischen Führern in der dritten Welt nur auf diejenigen beschränkt, die Mitglieder der 2. Internationale sind. Ich glaube, es wäre gut, wenn aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion ein Antrag käme, der auch denjenigen Verdienste zuweist, die nicht der 2. Internationale angehört haben, wohl aber für Emanzipation und Selbstbestimmungsrecht der Völker in der dritten Welt gekämpft haben. (Anhaltender Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Saalfeld: Das Wort hat Herr Dr. Fauchner - Gürtner GAL: Jetzt reicht es halt!

Frage: Oliver, du gehörst der AL-Verhandlungskommission an, die einen AL-Beschluß entsprechend mit der grünen Bundespartei einen Vertrag über die engere Verbindung beider Organisationen ausarbeiten soll. Willst du doch hier noch mal kurz dar, warum dieser Beschluß von der AL gefaßt wurde.

Antwort: Wir arbeiten ja praktisch seit Gründung der Grünen mit ihnen auf Bundesebene sehr eng zusammen, hatten aber aufgrund einiger Differenzen struktureller Art in der Gründungsphase darauf verzichtet, eine institutionelle Verbindung mit ihnen einzugehen. Wir wollten das jetzt ein bisschen ändern, damit diese Verbindung nicht so beliebig läuft, sondern damit von beiden Seiten eine gewisse Verpflichtung dahinter steht. Es gab bei uns auch Leute, die wollten direkt Landesverband werden; es gab andererseits Leute, die sagten, wir wollen erst mal überhaupt keine feste institutionelle Verbindung, weil wir die Grünen noch nicht genug kennen. Diese Vertragslösung war eigentlich der Kompromiß zwischen allen Strömungen.

Frage: In Westberlin gibt es seit langem einen grünen Landesverband. Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen AL und grünem Landesverband?

Antwort: Wir haben diesen grünen Landesverband 1980 mehr oder weniger mitbegründet, um auf den grünen Bundestagepartei tagen reden und dabei sein zu dürfen. Wir haben ihn hier in Berlin immer nur als schriftlich existierenden Verband akzeptiert, aber nicht als politische Kraft. Nachdem jetzt bei uns die Entscheidung gefallen war, daß wir einen Vertrag mit den Grünen machen wollen, haben einige Leute, die das verhindern wollten, unter anderem Ernst Hopfischek, diesen grünen Landesverband wiederbelebt. Sie versuchen, ihn zu einer politischen Kraft aufzubauen, um den Einfluß der AL auf Bundesebene zu schmälern und damit auch die wirtschaftspolitische Strömung innerhalb der Grünen zu treffen, die sich mit dem Sindelfinger Programm identifiziert.

Frage: Was strebt deiner Meinung nach der jetzt reaktiverte Landesverband hier in Berlin in seinem Verhältnis zur AL an?

Antwort: Dieser Landesverband ist überhaupt keine einheitliche politische Kraft. Da gibt es Leute, die wollen in Berlin eine Verbindung zwischen AL und grünem Landesverband im Sinne einer GAL-Lösung, und es gibt andere Leute, die lehnen eine Zusammenarbeit mit der AL zwar nicht offen ab, orientieren aber mehr Ansicht nach auf eine Gegenkandidatur bei den nächsten Wahlen.

Zusätzlich gibt es noch eine Strömung, die davon ausgeht, daß die AL sich entscheidet, grüner Landesverband zu werden und sich dann 'Alternative Liste - Grüner Landesverband Berlin' nennt. Sie betrachten den Landesverband als Druckmittel, um die AL zu dieser Entscheidung zu zwingen.

Frage: Gibt es schon irgendwelche programmatischen Änderungen dieses grünen Landesverbandes?

Antwort: Es gibt ein 3-seitiges Papier des grünen Landesverbandes mit der Überschrift „Programmatische Erklärung“. Uns ist es aber überhaupt nicht gelungen, darauf zu antworten, weil dieses Papier so allgemein ist, daß man es eigentlich als programmatische Erklärung nicht akzeptieren kann.

Frage: Kann sich der jetzt reaktivierte grüne Landesverband tatsächlich als grüner Landesverband bezeichnen, oder ist es nicht eher so, daß er eigentlich grüne Positionen gar nicht vertritt?

Antwort: Das letzte ist sicherlich etwas zu hart ausgedrückt. Es gibt in diesem Landesverband sehr viele verschiedene Strömungen. Diejenigen, die im Moment die Politik bestimmen, sagen ganz offen, daß sie hinter einigen grünen Bewußtsein in Bezug auf Rotation, Diktum, basisdemokratische Anbindung, aber auch in Bezug auf das Sindelfinger Wirtschaftsprogramm nicht stehen.

Es gibt 'ne zweite Gruppe, die auch Ursula Schaar und Helmut Horst umfaßt, die eigentlich auch Politik in der AL machen könnte, die aber in einer für sie sehr wichtigen Frage, der Gewaltfrage, Probleme mit der AL hat. Mit denen müssen wir im Gespräch bleiben und konstruktiv zusammenarbeiten. Eine konstruktive Zusammenarbeit mit der anderen Gruppe um Ernst Hopfischek wird sehr schwierig werden.

Frage: Nun hat der Bundesvorstand im Gespräch mit euch abgelehnt, daß der grüne Landesverband in Berlin eine Differenz zur AL schriftlich darlegen soll. Wie ist das zu erklären?

Antwort: Ich glaube, da gibt es ein sehr großes Informationsdefizit beim Bundesvorstand. Es ist uns auf der Sitzung nicht gelungen, dem Bundesvorstand

Interview zum Stand der Dinge: Vertrag zwischen AL-Westberlin und Grüner Bundespartei

Oliver Schraffenberger ist Mitglied der AL-Westberlin seit ihrer Gründung; seit Dezember 1982 vertritt er die AL im Bundeshauptauschuß der Grünen und gehört einer Verhandlungskommission der AL an, die mit der Grünen Bundespartei einen Vertrag über eine engere Zusammenarbeit beider Organisationen ausarbeiten soll, bei Wahrung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der AL. Der Kommission gehören neben Oliver noch 4 weitere AL-Mitglieder an. Sie wurde eingesetzt, nachdem die AL im Januar 83 den Beschluß faßte, ihr Verhältnis zur Grünen Bundespartei auf vertraglicher Basis zu klären. Die Kommission setzt sich aus Befürwortern und Skeptikern des Vertragsbeschlusses zusammen. Über die Gründe für einen solchen Vertrag, die bisherigen Schritte der Verhandlungskommission, Hindernisse und Perspektiven für eine Vertragslösung sprach der AK am 1.6.83 mit Oliver.

klarzumachen, daß wir seit zweieinhalb Monaten in Berlin versuchen, eine inhaltliche Debatte mit dem grünen Landesverband anzustrengen, und es gelingt uns nicht, weil dieser Landesverband überhaupt nicht dazu bereit ist, inhaltliche Positionen zu bezeichnen und konstruktiv mit uns zu diskutieren. Das wollten wir mit diesem Antrag erreichen im Bundesvorstand. Der Bundesvorstand ist aber davon ausgegangen, daß das schon von allein machen würden, wenn sie politisch sein wollen, und hat dabei sicherlich die Taktik dieses grünen Landesverbandes völlig falsch eingeschätzt.

Frage: Welche Schritte habt ihr als Verhandlungskommission der AL bisher unternommen?

Antwort: Wir haben uns an den Bundesvorstand gewandt, der seinerseits auch eine Verhandlungskommission gewählt hat, und haben uns ein erstes Mal mit dem gesamten Bundesvorstand vor etwa 4 Wochen getroffen und erstmalig nur den Informationsstand ausgetauscht. Konkrete Verhandlungen hat's bis jetzt noch nicht gegeben.

Stimmungswandel zugunsten der AL. **Frage:** Es hat auf einer Bundesvorstandssitzung der Grünen einen Vorschlag gegeben, AL'er sollten auf dem Wege der Doppelmemberschaft Mitglieder der Grünen werden. Diese Doppelmemberschaften dürften dann auch Delegierte zu grünen Versammlungen entsenden. Beide Gruppierungen, AL-Grüne und Grüner Landesverband, würden dann quasi den Status von zwei gleichberechtigten Gruppen. Wie ist das zu beurteilen?

Antwort: Es gibt da zwei völlig verschiedene Interpretationsmöglichkeiten. Die eine Möglichkeit wäre, zu sagen, die AL-Mitglieder müssen einzeln in die Grünen eintreten und existieren dann in einem Berliner Kreisverband neben dem Berliner Kreisverband der Grünen, was der jetzige Landesverband ist. Diese Interpretationsmöglichkeit finden wir nicht so schön, weil sie Einzelmitgliedschaft bedeuten würde und die AL als Organisation erst einmal abhinken würde. Die zweite Möglichkeit ist, zu sagen, die AL als ganzes ist grüner Kreisverband. Das würde

durch, daß die AL dann offiziell in allen Gremien der Grünen mit gleichen Rechten vertreten wäre, in Berlin die aktive Politik macht, würde auch bei den Grünen sehr schnell die Einsicht bei allen durchkommen, daß in Berlin die AL die politisch wichtigere Kraft ist.

Frage: Johanna Mayr, die ebenfalls der Verhandlungskommission angehört, hat in einem der letzten Delegiertenratifos der AL über ihre Verhandlungserfahrungen mit dem Bundesvorstand berichtet und behauptet dort, daß der Bundesvorstand mit ganz wenigen Ausnahmen überhaupt nicht an politischen Fragen interessiert sei, daß er gegenüber der AL-Verhandlungskommission kaum politische Fragen gestellt habe, und sie glaubt insgesamt, daß es beim Bundesvorstand gegenüber der AL ein erhebliches Informationsdefizit gibt. Wie würdest Du das einschätzen?

Antwort: Im Prinzip ist das sicherlich richtig. Man kann das aber nicht den einzelnen Bundesvorstandsmitgliedern anlasten. Man muß auch aus der Berliner Warte sehen, daß gerade im letzten halben Jahr, wo diese Frage aktuell geworden ist, der Bundesvorstand und

im halben Jahr, wo diese Frage aktuell geworden ist, dieser Bundesvorstand vollkommen überfordert war, einerseits mit dem Wahlkampf, andererseits mit den sich daraus ergebenden strukturellen Problemen der Grünen, die überhaupt nicht vor diskutiert waren. Dann kam noch die Kontroverse um den Bundesgeschäftsführer Beckmann dazwischen, und von daher war dieses Berliner Problem für den Bundesvorstand schon irgendwo nebensächlich. Man muß auch sehen, daß im Bundesvorstand die Meinung vorherrscht, das werde sich schon ähnlich wie in Schleswig-Holstein, je näher es auf die Wahl zugeht, mehr oder weniger von alleine lösen. Viele Leute im Bundesvorstand sehen im Moment noch nicht Aktualität dieses Problems.

Frage: Du bist vorher mal gewisse Differenzen angesprochen zwischen der AL und dem grünen Landesverband in Bezug auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Könnte nicht das Zögern des grünen Bundesvorstandes und, so wie mir scheint, die Tendenz dort, sich gerade nicht zwischen AL und grünem Landesverband zu entscheiden, ebenfalls Ausdruck solcher Differenzen sein, der Befürchtung, die AL könnte den linken Flügel der Grünen stärken, was von der Mehrheit im Bundesvorstand nicht gern gesehen würde?

Antwort: Wenn man davon ausgeht, daß für die Grünen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der wichtigste Bereich wäre, wäre dieser Verdacht richtig. Ich glaube aber, daß es neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik auch noch sehr wichtig die Friedenspolitik und diese ganzen basisdemokratischen Grundsätze für die Grünen gibt, und wenn man das mit einbezieht, kann man von diesen politischen Differenzen nicht mehr sprechen, denn unsere Bundespartner in den drei verschiedenen Fragen sind wirklich in jeder Frage auf eine andere Strömung der Grünen verteilt, und wir können eigentlich in den verschiedenen Fragen mit verschiedenen sehr gut zusammenarbeiten.

Die Verzögerung des Bundesvorstandes beruht zum großen Teil meiner Ansicht nach auf mehr psychologischen Problemen im Umgang mit dem Landesverband. Einige Mitglieder des Landesverbandes sind seit Jahren auf Bundesebene im Auftrag der AL sehr aktiv gewesen. Sie sind bekannt, sie haben im Bundesvorstand gearbeitet, und es gibt natürlich gewisse Hemmschwellen, wie jetzt mehr oder weniger fallen zu lassen von seiten des Bundesvorstandes, weil sie auch in der Basis recht gut

verankert waren und teilweise noch sind, oder zumindest einen Namen haben — Beispiel Helmut Horst.

Frage: Wie sollte deiner Meinung nach die AL jetzt weiter verfahren?

Antwort: Unsere Strategie muß jetzt auch darauf hinauslaufen, so zu tun, als ob wir schon gleichberechtigt wären, uns in allen Gremien und Arbeitsgruppen inhaltlich einzubringen, mitzudiskutieren, die Grünen nicht nur mit unseren Berliner Problemen zu nerven, sondern uns auch intensiver mit den politischen Problemen der Grünen zu befassen, dort konstruktiv mitarbeiten, uns dadurch selber auch in diesen Grünen verankern, und dann werden sich die Vertragsverhandlungen wesentlich erleichtern. Wir dürfen dabei nicht nur auf den Bundesvorstand orientieren, sondern müssen uns auch sehr stark auf die Gremien Bundeshauptauschuß, Bundesversammlung sowie auf die verschiedenen Landesverbände und ihre Landesversammlungen etc. konzentrieren.

Frage: In diesem Zusammenhang hat es auch Kritik an Dir und an Deiner Arbeit im Bundeshauptauschuß gegeben. Die Kritik bezog sich darauf, daß Du die Positionen der AL dort nicht offen genug vertrittst. Wie steht Du zu dieser Kritik?

Antwort: Sie ist richtig, wenn man von der Verhandlungsstrategie ausgeht, wir müssen im Bundeshauptauschuß das Berliner Problem diskutieren. Ich habe, als der Landesverband das versucht und ein 20-minütiges Statement dazu abgegeben hat, unter dem Tagesordnungspunkt „Einschätzung der Bundestagswahlen“ relativ kurz gesagt, daß das wohl nicht das wichtigste Problem der Grünen im Moment sei und mich dann lieber an der inhaltlichen Diskussion beteiligt. Ich halte das für wesentlich wichtiger und auch für nützlicher für die AL, wenn man sich in den Gremien offiziell um die Inhalte kümmert und mit denjenigen, die wirklich an der Berliner Problematik interessiert sind, anschließend in geordneten Arbeitsgruppen oder in privaten Gesprächen die Differenzen und die Positionen in Berlin klarmacht.

Frage: Würdest Du es für sinnvoll halten, die Frage der Vertragslösung zwischen Grünen und AL auf einer Bundesdelegiertenversammlung der Grünen zur Sprache zu bringen, dort auch gegebenenfalls zur Abstimmung zu stellen, und welche Erfolgsaussichten gäbe es bei einem solchen Verfahren einzuräumen?

Antwort: Wenn wir den Vertrag haben wollen, ist es die einzige Möglichkeit, das auf einer Bundesdelegiertenkonferenz durchzusetzen, denn das ist das Entscheidungsorgan. Ich gehe davon aus, daß wir das im Herbst auf der Bundesdelegiertenkonferenz tun werden. Wenn wir bis dahin in den gerade gegründeten Bundesarbeitsgruppen der Grünen und in den anderen Gremien gut mitarbeiten, sehe ich da sehr große

Frage: Könntest Du Dir vorstellen, daß der Vertragsschluß der AL-Berlin mit den Grünen so etwas wie eine Signalwirkung bundesweit haben könnte?

Antwort: Es gibt da, glaube ich, zwei verschiedene Möglichkeiten von Signalwirkungen. Einerseits kann man davon ausgehen, daß viele kleinere alternative, bunte Listen, die im Moment Berührungspunkte zu den Grünen haben, diese dadurch verlieren oder abbauen, weil die AL-Berlin immer noch als Vorbild angesehen wird, und sie die Konsequenz ziehen, selber in die Grünen einzutreten. Ne andere Möglichkeit wäre, daß auch andere AL's solche Verträge fordern, wie es die Hamburger AL zur Zeit tut. Für uns ist aber völlig klar, daß die AL-Berlin hier als AL-Berlin auftritt und nicht als Vertreter für andere AL's und andere Listen. Das muß jedesmal neu diskutiert werden, und wir haben schon etwas Probleme damit, wenn sich andere Gruppen ständig auf uns berufen, aus einem ganz anderen politischen Diskussionszusammenhang heraus. Ich halte auch nicht so viel von den Versuchen, bundesweite AL's aufzubauen und dann einen Vertrag mit den Bundesgrünen zu schließen. Ich glaube, der Hans Herrbert (Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen) hat das sehr richtig gesagt, daß man Bundesweite auf kommunaler Ebene mit AL's etc. von den Grünen aus schließen sollte, wenn es funktionierende AL's oder bunte Listen gibt, wie z.B. in Bielefeld oder Hannover, und arbeitende Listen; daß man sich aber nicht darauf einlassen sollte, jetzt irgendwelche Gruppen, die sich jetzt als Gegenregierung zu den Grünen konstituieren, daß man dann mit denen in Bundesverhandlungen eintritt und denen damit irgendwelche Positionen sichert. Das wäre sicherlich genauso falsch, als wenn die AL in Berlin jetzt mit dieser Gegenregierung Grüner Landesverband in solche Verhandlungen eintreten würde.



Bremer Entscheidung:

Wie sollen sich die Linken zu den Bürgerschaftswahlen verhalten?

Die Lage zu den Bremer Bürgerschaftswahlen am 25.9.83 ist der von 1979 ähnlich. 1979 kandidierte eine im grünen Wind befindliche „Bremer Grüne Liste“ (BGL) gegen eine schwache AL. Die bundesweite Grünen-Unterstützung, eine bundesweite Kampagne „Links für Grün“ (Starrredner: Rudi Dutchke) und eine indifferente Linke trugen zum Ergebnis von knapp über 5 % für die BGL und zur Niederlage für die AL (1,4 %) bei. Die aktiven BGL-Unterstützer aus der Linken zogen sich nach und nach stillschweigend von dieser zurück, die Indifferenten von damals waren im nachhinein empört. Denn: Die BGL erwies sich in ihrer politischen Entwicklung als genau das, was ihr die AL vorgeworfen hatte: eine grüne Strömung mit erheblichem und unberechenbarem Rechtsdrift. Längst vor Bahren hatte die BGL die konservative Orientierung entdeckt, publizierte in CDU-Zeitungen, betete dort gegen „linke Chaucen“, unterstützte eine „Bürgerwehr“ gegen dieselben, profilierte sich als eine den Verzicht und die Sparpolitik im Sozial- und Bildungsbereich predigende Kraft. — Das war 1979 und danach.

Und 1983? Da steht eine Konkurrenz-kandidatur des Bremer Landesverbandes der Grünen Partei und der neu gegründeten BAL (Betrieblich Alternative Liste) bevor. Die einen segeln im grünen Erfolgswind auf dem rechten ökologischen Rand der grünen Partei und sind sich ihres Sieges sicher. Die anderen tun sich schwer im Zusammenschluß, sind gescheitert im Bündnisbemühen mit den Grünen, sind entstanden aus der Abgrenzung zu diesen und stehen unter enormem zeitlichen Entscheidungsdruck: Kandidieren wir, ja oder nein? Angesichts des wesentlich von Bahren getakelten konservativen Profils der Bremer Grünen verweist sich in der BAL die Meinung von der Notwendigkeit der Konkurrenz-kandidatur.

1983 alles wie 1979 gehabt?

Bremer Grüne auf den Spuren der BGL?

Es ist von Interesse zu untersuchen, ob und was die Bremer Grünen aus der

MLern aus „KPD“ und KBW (z. B. Fucks auf Platz 5). Das Programm hat nicht Bahren geschrieben, wenigstens in vielen Teilen inspiriert.

Dennoch bleibt, daß wir es bei den Bremer Grünen mit einer rechten Strömung bei den Grünen zu tun haben, die eine längerfristig fortschrittliche Rolle der Grünen gefährdet. Wesentliche politische Vorstellungen der Hamburger GAL hätten in Bremen keinen Platz, so daß Bahren zu recht von einer Konfrontation zwischen der „Bremer Linke“ und der „Hamburger Linke“ bei den Grünen spricht.

Ökologie kontra Ökonomie

Deutlicher als in einer umfassenden Programmkritik wird die grüne Grundorientierung in Aussagen, was nicht gewollt wird, und im Verhältnis zu den Interessen der Mehrheit der Industriearbeiter und Angestellten. Auch hier hat Bahren in der Vergangenheit Vorurteile geäußert („Ausstieg aus dem Industriesystem“).

und was die Bremer Grünen aus der BGL-Entwicklung gelernt haben. Ihr Spitzenkandidat ist Peter Willers, ehemaliger Abgeordneter der BGL, der alle beschriebenen Entwicklungen dieser Liste mitgemacht hat und erst das grüne Pferd gewechselt hat, als die Isolation der BGL und ihr Scheitern absehbar war und er sich mit seinem Partner Olaf Dinné überworfen hatte. Mit Kußhand fand er Unterschlupf beim Landesverband der grünen Bundespartei. Heute sagt der grüne Spitzenkandidat zur konservativen Orientierung: „Wir folgen Bahren, allerdings nicht unter Preisgabe des linken Wahlstamms“ („Stern“, 13.6.).

Erste Lehre der Bremer Grünen: Oben Rückhalt in der Szene und der Basisbewegung halten wir nicht durch. Die BGL hat zwar 1979 auf die linken Stimmen nicht verzichtet, sondern, im Gegenteil, nur durch diese die fünf Prozent erreicht, aber sie hat danach die Szene restlos verprellt.

Die BGL hat 1979 jede basisdemokratische Anbindung abgelehnt; Entscheidungen traf ihre verkörperte Parlamentarier. Die Bremer Grünen führen einen differenzierteren Kurs: Sie gründeten Programmforen („Grün 83“), in denen Programmdiskussionen unter Einbeziehung anderer Kräfte geführt wurden, und sie unterwarfen sich grünen Regeln wie Rotation (wenigstens Spitzenkandidat Willers trotz vier Jahren Bürgerschaft, davon mehr als die Hälfte in der BGL, hervorgehoben ist) und Imperatives Mandat. Die Ausgrenzung bei Entscheidungen erfolgte durch die Struktur des Landesverbandes, durch einen Konsens von Willers und Bahren-Positionen mit Ex-KBWlern und Ex-„KPD“lern, die nicht einmal der MOZ-Strömung die Luft zum Atmen ließen.

Zweite Lehre: Ein blickloses Hin- und Her gegen die „Traditionallisten“ und ihrer reformpolitischen Orientierung.

Anders als bei der BGL nimmt der grüne Landesverband in seine programmatischen Vorstellungen sehr wohl die unterschiedlichen Forderungen und Bedürfnisse aus der Basisbewegung auf, gibt Minderheiten und „Randgruppen“ (für die die BGL nur Verachtung hatte, die für die konservative Orientierung als störend empfunden wurden) Raum.

Dritte Lehre: Die Verbindung zu Teilen der linken Basisbewegung herstellen.

Anders als bei der BGL ist das Programm der Bremer Grünen nicht überwiegend rechts, schmeißt sich ihre Kandidatenliste mit bekannten Alternativen

der AG halt den vollen Lohnausgleich auch für die mittleren Einkommen für unverzichtbar. Wohlgeachtet: All das ist maßgeblich von jenen ausgestaltet, die sich dem Hörensagen nach linke Grüne nennen und die zum Teil eine jahrelange Vergangenheit als selbsternannte „Avantgarde der Arbeiterklasse“ hinter sich haben.

Krauser als das ausformulierte Programm hat Spitzenkandidat Willers grüne Zielorientierung in Absage an jeden Ansatz klassenmäßiger Widerspruchsvorstellung entwickelt. Statt „fortschrittlicher Kräfte“ will er „Menschen“ ansprechen, einzige Voraussetzung: „Ehrlichkeit“. Grüne Ziele will er jedoch von Gegensätzen definiert wissen:

- Freude statt kleiner Befriedigungen
- Persönlichkeit anstelle von egoistischer Individualität
- Spiel statt monotoner Arbeit
- gegenseitige Hilfe statt Konkurrenz
- Schönheit statt Strenge
- eine neue Einheit mit der Natur
- Abschaffung von Hierarchie und Herrschaft
- die Fülle der Spontaneität und den Reichtum des Unschwachs

Hier ist alles in Richtung konservativer Orientierung angelegt. Vordergründig Harmoniebedürfnisse gekoppelt mit Antimaterialismus werden zur Grundlage grüner Politik gemacht: eine im Grunde dogmatische Orientierung, die jeden Konsens mit linken Strömungen verweigert, die mit linkem Pluralismus in der grün-alternativen Wahlbewegung nicht vereinbar ist. Dies muß jeder, der sich mit dem teilweise beschallenden Bild der Bremer Grünen beschäftigt, beachten, wenn er die Frage nach den Alternativen in der schwierigen Bremer Situation stellt.

mal, daß hier auf der Ebene praktischer und betrieblicher Erfahrungen trotz bestehender Differenzen (was angesichts der unterschiedlichen Strömungen nicht verwundern dürfte) ein gemeinsamer Arbeitszusammenhang versucht wird. Zum zweiten, daß dies nicht auf die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit beschränkt, sondern auf landespolitische Ambitionen, sich einzumischen und wirksam zu werden, erweitert wird (was zwar einzelne von ihnen im Zusammenhang ihrer Organisation auch schon erfolgreich versucht) und zum dritten, daß der Versuch gemacht wurde, sich gegenüber den sozialen Bewegungen und Basisinitiativen offen zu zeigen.

Das BAB hat vor der BAL-Gründung sein Verhältnis zur Mitarbeit von DKP-Mitgliedern so geklärt, daß Fragen der Politik, die nicht unmittelbar den Zweck des BAB betreffen und die Streitpunkte werden könnten, ausgelassen werden. Dies zu akzeptieren, hat das BAB zur Bedingung bei den nachfolgenden Diskussionen um die BAL-Gründung gemacht.

Die Stärke „traditionell“ linker Strömungen im BAB, die von verschiedenen Seiten beklagt wird, hat schließlich ihre Ursache darin, daß diese Strömungen über Jahre hinaus eine kontinuierliche Basisarbeit in Betrieben und Gewerkschaften geleistet haben, im Unterschied zu Grünen und Alternativen, die hier eklatante Schwächen haben, sich aber an anderer Stelle sonst gern ihrer Basisbezogenheit rühmen.

Die Bremer ALer und andere Teile der Basisbewegung haben den Versuch der Zusammenarbeit gewagt, gerade auch im Hinblick auf die Bedeutung der Entwicklung von Basiszusammenarbeit in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereichen. Demgegenüber haben sich die Bremer Grünen ignoraant und ablehnend gegen diese Entwick-

lungsprozesse und die Angst, unter DKP-Einfluß zu geraten, verstärkt hat. Nicht zu unrecht besteht die Befürchtung, daß bei einem Verfahren, wo im Vorfeld ausgehandelte Kompromisse die notwendige offene Diskussion ersetzen, ein ständiger Kompromißdruck entsteht, der in wichtigen Fragen nicht zur Klärung, sondern zu unvermeidbaren Kompromissen führen kann. Diejenigen Alternativen, die dies Spiel mitgespielt haben, verkennen dabei, daß sich eine Zusammenarbeit mit DKP-ern eben nicht unproblematisch gestalten läßt, daß sie nur dann erfolgreich gestaltet werden kann, wenn inhaltlicher Druck auf DKP-Positionen gemacht wird, die im linken grün-alternativen Lager von wesentlicher Bedeutung für die Herausbildung einer Alternative zu rechter grüner Politik sind. Letztere haben liebend gerne diesen Fehler zum Anlaß besonderer Betonung und Hochspielens der „DKP-Problematik“ genommen. Letztlich würde bei Fortführung dieser Praxis die mit dem Kommunalpolitischen Kongreß entwickelte Dynamik der BAL-Gründung ins grün-kritische alternative Lager gebremst. Damit würde aber auch die Position der Alternativen in der BAL geschwächt, und möglicherweise könnten Befürchtungen, daß von Experiment BAL letztlich die DKP profitiert, Wahrheit werden. Diese Schwäche scheint aber bei Veränderung der Praxis angesichts der kritisch-abstehenden Haltung großer Teile der Basisbewegung gegenüber den Grünen mit Erfolg überwindbar. Hier Unterstützung zu leisten, sollte Aufgabe der grün-alternativen Sympathisanten des BAL-Experiments nicht nur in Bremen sein. So läßt sich das mögliche „DKP-Problem“ am ehesten bewältigen.

Schwierig gestaltet sich der Umgang mit der DKP-Beteiligung mit Sicher-



JUNI 83

NR. 4

Bärenstark: jetzt gibt's die BAL!

Seit dem 25. Mai 1983 gibt es die Betrieblich Alternative Liste (BAL). Der Name Programm. Die BAL ist ein Zusammenschluß von aktiven Gewerkschaften, Betriebsräten und anderen.

Das BAB ist ein politischer Bund der ALer in Bremen, der sich vor allem für die Interessen der ALer einsetzt.

BAL und Grüne. Die BAL ist eine Initiative der BAL für die ALer in Bremen und ist eine Initiative der ALer.

Alternative: die BAL?

In Konkurrenz zum Bremer Grünen-Verband hat sich die BAL entwickelt, die sich im wesentlichen aus den Restbeständen der AL von 1979 und aus dem BAB (Betrieblich Alternatives Bündnis) zusammensetzt. Beide haben über längere Zeit durch Mitarbeit bei „Grün 83“ und durch Versuche der Organisation gemeinsamer Diskussionsprozesse Anstrengungen unternommen, mit den Grünen zusammenzuarbeiten. Die haben das — teilweise mit leichten Schwankungen — abgelehnt. Ende Mai erklärten die Grünen kategorisch: „Es wird in Bremen keine gemeinsame grün-alternative Liste geben ... und zweitens sind es die Grünen, die in ihrer großen Mehrheit den „breiten Bündnis“ nicht wollen“. Begründet wird diese zum einen mit dem „traditionellen“ Politikverständnis der BAL und des BAB (Arbeiterpolitik), zum anderen mit der Unvereinbarkeit grüner Positionen mit der innerhalb der BAL angeblich dominierenden DKP.

Zum Verständnis der BAL einiges zu ihrem Hintergrund. Das Betrieblich Alternative Bündnis ist ein Zusammenschluß verschiedener linker Oppositionsgruppen in Bremen. Im BAB arbeiten neben einzelnen Sozialdemokraten wesentlich Mitglieder linker Organisationen oder ehemaliger Organisationsgruppen (u. a. aus der DKP, Gruppe Arbeiterpolitik, sogar aus der RGO der KPD/ML). Eine neue Qualität stellt das BAB in mehreren Hinsichten dar: ein-

lung verhalten und vor allem auf ihre grüne Fahne der Erkenntnis gepocht.

Die Fehler der Alternativen

Das gemeinsame Vorgehen von BAB und AL und die Angebote an eine solche Gemeinsamkeit in Richtung Grünen haben eine positive Dynamik in Bremen entwickelt, die zu Diskussions- und Arbeitszusammenhängen verschiedener Strömungen geführt hat. Ergebnis war u. a. ein kommunalpolitischer Kongreß unter großer Beteiligung, dessen Eindruck auch die Grünen sich nicht einfach entziehen konnten. Die auf dem Kongreß gemachten Anfänge inhaltlicher Diskussion und Zusammenarbeit standen im weiteren allerdings unter dem ungünstigen Druck sowohl der Konkurrenz zu den Grünen als auch des Näherrückens des Wahltermins. In dieser Situation beherrschte der Gründungsdruck für die BAL die nachfolgenden Diskussionen und führte meines Erachtens zu Fehlern, die — soll das Experiment BAL glücken — korrigiert werden müßten. Der Gründungskongreß der BAL und die Verabschiedung der Gründungsdeklaration waren geprägt von im Vorfeld gelaufenen Konsensformulierungen, die gerade an brisanten Punkten (Friedenspolitik, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Abschaffung der AKWs) Widersprüche glätteten und Diskussion ersetzten. Problematisch und dabei weniger die einzelnen Formulierungen in der Erklärung, als vielmehr ihr Zustandekommen, was im alternativen Lager das Mißtrauen in zukünftige Diskus-

sion, auch wenn das Problem in Bremen bisher nicht deren Majorisierungsversuche sind. Konflikte wie die auf den Vorbereitungen zu den Herbstaktionen der Friedensbewegung sichtbar gewordenen mit dem KOFAS-Spektrum sind für das BAL nicht unproblematisch. Da andererseits die Bremer Grünen eher den spaltenden Gegenpol bilden, hat die BAL auch eine Chance in solchen Konflikten, wenn sie von den Alternativen anders als in Teilen der Programmdiskussion offensiv aufgegriffen werden. Die BAL könnte hier „blockübergreifend“ Vereinnahmungs- bzw. Spaltungsversuche überwinden.

Die bundespolitische Bedeutung der Bremer Wahl

1979 haben Teile der Linken die Konkurrenz-kandidatur der AL gegen die BGL für notwendig angesehen, nachdem Versuche einer gemeinsamen Liste gescheitert waren, um ein linkes Gegengewicht gegen rechte grüne Politik zu schaffen. Dies endete mit einer Niederlage für die Linken. Rechte grüne Politik hat sich am Beispiel Bremens wegen der nachfolgenden Isolation der BGL, allerdings nur bedingt durchsetzen können. Nun steht in Bremen wieder nur die Alternative zwischen einer rechten grünen Linke und einer Konkurrenz-kandidatur. Verzichtet die BAL wegen der Gefahr einer Niederlage auf ihre Kandidatur, kommt dieser Verzicht mit Sicherheit erneut den Grünen

Fortsetzung nächste Seite

Keine GAL-Organisation für Hamburg?

Auf getrennten Mitgliederversammlungen berieten die Grünen Hamburg und die Alternative Liste über die Zukunft des Hamburger Bundesverbandes GAL und über das Verhältnis einer möglichen GAL zur Bundespartei die Grünen. Ergebnis dieser Versammlungen: es bleibt beim Status quo. Der heißt: Die GAL besteht aus den beiden getrennten Organisationen, die jeweils zu 50% die Gremien besetzen und in wichtigen Fragen autonom entscheiden.

Diese Regelung war im März 1982, gut drei Monate vor den Hamburger Bürgerhaushaltsabstimmungen, nach langen Auseinandersetzungen zustande gekommen. Seitdem hat diese GAL insgesamt drei Wahlen gemeinsam bestritten, ist in den meisten Arbeitsprozessen und den Organisationsstrukturen an der Basis verschmolzen, so daß eine Überprüfung der alten 50:50-Regelung angesagt erschien, zumal der GAL-Zusammenschluß die Aufhebung getrennter Organisationen ausdrücklich für den Fall gefordert hatte, daß die Zusammenarbeit erfolgreich gestaltet wird.

AL beschließt Vertragvorschlag

Der nebenstehende Vorschlag einer Hamburger GAL als einer gemeinsamen Organisation, die ihr Verhältnis zu den Bundes-Grünen per Vertrag regelt und der GAL einen besonderen Autonomiestatus zubilligt, wurde in der AL mit großer Mehrheit angenommen. Vorausgegangen waren dem mehrere Mitgliederversammlungen seit der Diskussion um die Bundestagswahlteilnahme der AL, die von teilweise heftigen Kontroversen um das Verhältnis der AL zur grünen Partei gekennzeichnet war. Die Pole der Diskussion waren zum einen eine Minderheitsströmung in der AL, die nach Verabschiedung des Sindelfinger Programms eine „Neubewertung“ der Grünen vornahm, es hätten sich die linken Positionen durchgesetzt und die inhaltlichen Grenzen zwischen Bundes-Grünen und AL seien nicht mehr gravierend. Demgegenüber vertrat die Mehrheit, daß die Differenzen in der Wirtschaft- und Sozialpolitik, der Friedenspolitik und dem Ver-

hältnis zum Staat und zur Gewalt (neben dem Maß an Übereinstimmungen in anderen Fragen) kein Aufgehen in die grüne Partei ermöglichen. Auf der anderen Seite wurde die vielfach fortgeschrittene gesellschaftspolitische Rolle der Grünen anerkannt und die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit, insbesondere mit den linken Grünen, betont. Die verabschiedete Vertragslösung ist ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Strömungen.

Hamburgs Grüne werfen der AL taktisches Verhältnis zu den Grünen vor

Einstimmig lehnten die Hamburger Grünen diesen AL-Beschluß ab. Fast übereinstimmend wurde großen Teilen der AL vorgeworfen, sie hätten nur ein taktisches Verhältnis zu den Grünen (was innerhalb der Grünen ja auch viele — zumindest in der Vergangenheit — der Z-Fraktion vorgeworfen haben). Dabei sei die mit dem AL-Vorschlag verbundene Auflösung des grünen Landesverbands (und der AL) abzulehnen. Stattdessen beschlossen die Grün-

en: — Aufrechterhaltung des eigenen Landesverbands; — Ziel sei, daß die GAL Landesverband der Grünen werde, wenn — die AL inhaltlich positiv sich zu den Grünen definiert, — Versuche einer bundesweiten AL-Zusammenarbeit aufgegeben werden, — die Existenz aller Strömungen gesichert sei.

Über eine GAL für Hamburg und demokratische Strukturen solle „nachgedacht“ werden. Zusätzlich wollen die Hamburger Grünen eigene stimmberechtigte Delegierte der AL auf grünen Bundestagparteitagen fordern.

Die Einmütigkeit des grünen Beschlusses gegen ein mögliches, eventuell auch modifiziertes Vertragsmodell kam überraschend. Sie wurde übereinstimmend sowohl von Vertretern der Z-Fraktion und ihrem Umfeld, als auch von der bei den Grünen stärker werdenden Gruppe „Herzensbildung“ vertreten (Diese Gruppe fordert einen stärkeren grünen Pluralismus im Sinne der Bundespartei („von Bahro bis Trampert“), ganz selbst aber eher durch Inhaltismus, Auslöser dieser Strömung gibt es auch in der AL.) Beide entschlossen sich mit dieser Abstimmung zu einer Blockade gegenüber der SPD. Kurzfristige Spekulationen auf Erhalt von bundespolitischen Positionen bei den Grünen haben die Z-Fraktion (weder einmal) zu einem Zusammengehen mit einer Strömung veranlaßt, die ihr politisch fern sei als die meisten Strömungen in der AL. Möglicherweise hat sie sich damit einen Bären dienst erwiesen. Das Angebot auf autonomes Stimmrecht der AL mag als Totschritzer wirken, erscheint aber angesichts der Schwierigkeiten bei den Vertragsverhandlungen mit der Westberliner AL wenig realistisch.

Trotz dieses negativen Ausgangs der Vertragsdiskussion laufen in der GAL ernsthafte Bemühungen, zumindest für die Ebene der Hamburger Politik den Zusammenschluß praktisch werden zu lassen und die sachpolitischen GAL-Strukturen zu demokratisieren.

Seltene Intervention der AL Westberlin

Flankenschutz für ihre Entscheidung erhielten die Hamburger Grünen von der AL Westberlin, die auf dem Hannoveraner Bundeskongress der Grünen einen offenen Brief an die AL Hamburg verließ. In diesem Brief verwahrt sich der Delegiertenrat der Westberliner AL dagegen, daß die AL Hamburg eine Gemeinsamkeit zum Westberliner Bund sein soll. Der Bundestag hat die AL Hamburg hergeleitet.

Vorschlag der AL-Hamburg an die Grünen

1. Anstelle der bisherigen getrennten Organisationen Grüne und AL wird eine gemeinsame Organisation mit Einzelmitgliedschaft unter dem Namen GAL gegründet. Arbeitende Einheiten der GAL sind die Bezirks-, Stadtteil- und Fachgruppen. Höchstes Organ der GAL ist die Mitgliederversammlung. Für die Bildung eines Delegiertenrats und Geschäftsführenden Ausschusses muß eine Detailregelung erarbeitet werden.

2. Die GAL regelt ihre Beziehungen mit der Bundespartei die GRÜNEN in einem Vertrag:

§ 1 Die Grün Alternative Liste (GAL) nimmt als selbständige politische Organisation in Hamburg auch die Interessen der Partei Die GRÜNEN wahr. Bei Wahlen kandidiert allein die GAL. Damit übernimmt sie einen Landesverband der Grünen und der AL.

§ 2 Die GAL ist auf Bundesversammlungen und im Bundesausschuss mit stimmberechtigten Delegierten nach dem in der Satzung der Grünen festgelegten Schlüssel vertreten. Ebenso können sich ihre Mitglieder an den Wahlen zu den übrigen Gremien beteiligen und arbeiten in den Fachgruppen mit.

§ 3 Die Finanzregelung ist gleich den grünen Landesverbänden.

§ 4 Die Kündigung des Vertrages erfolgt, wenn eine der beiden Seiten dies wünscht.

3. Die GAL regelt für Hamburg zusätzlich:

— Jede/r, die/der dies wünscht, kann in die GAL eintreten und gleichzeitig erklären, sie/er möchte nicht, daß ein Teil ihrer/seiner Beiträge an die Bundespartei abgeführt wird. Entsprechend wird für Mitglieder auch nicht auf Bundesebene delegiert.

— Die GAL regelt ihre Politik autonom wie bislang auch. Bundesbeschlüsse gelten für die GAL, sofern sie keine Einmischung in die autonome gestaltete Politik des Landesverbandes bedeuten und sofern nicht eine Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit etwas anderes beschließt.

— Die GAL regelt ihre Außenbeziehungen autonom. Das heißt auch, daß sie neben der Mitarbeit in der Grünen Partei auch Bemühungen in anderen Bundesländern unterstützen wird, die engere Beziehungen zu alternativen Gruppen und Listen im Sinne einer Erweiterung der Wahlbewegung herstellen wollen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

und damit rechtsgrüner Politik zugute. Dies gehört zu einem Kalkül Bahros und anderer in Bremen, die sich von einem sauren Wahlergebnis zusätzlichen Rückenwind für die Verbreitung der „Bremer Linie“ in der Bundespartei erwarten. Ein Verzicht der BAL würde zudem Enttäuschungen auf eine Veränderung der Bremer Wahl-Szenarie nach links auf lange Zeit fördern. Auf der anderen Seite steht die BAL in dem Dilemma, gegenüber dem Bekanntheitsgrad der Grünen eine ungünstige Ausgangssituation zu haben. Es gibt einen Grünen-Bonus bei vielen Wählern, der in der kurzen Zeit bis zur Wahl auch durch sehr guten und intensiven Wahlkampf kaum aufzuholen sein dürfte. Wahlsieg dürfte daher kaum die Perspektive sein in dieser Konkurrenz-Kandidatur. Wo liegt sie dann?

Bremen wird von rechter grüner Seite als Exempel gegen linke Strömungen bei den Bundesgrünen erhofft und soll die in Hannover von Bahro und anderen gestartete Offensive gegen die linken, „reformistischen“ Grünen positiv krönen. So gesehen kann ein grüner Wahlsieg die Isolation der Linken bei den Grünen fördern. Eine Nicht-Kandidatur der BAL kann das nicht verhindern, sondern das könnte nur ein Wahlsieg der BAL. Erfolg sollte da-

bei nicht im Überspringen der 5 %-Hürde angelockt werden, sondern bei einem Ergebnis, das sichtbar macht: Es gibt eine aufstrebende alternative Möglichkeit zur Durchmarschrichtung rechter grüner Strömungen. In diesem Sinne ist die BAL auch Hoffnungsträger außerhalb Bremens für all jene, die eine Perspektive für die Entwicklung alternativer Wahlbeteiligung in einer engeren Zusammenarbeit von grünen, alternativen und sozialistischen Strömungen sehen. Dies ist im Hinblick auf bevorstehende Kommunalwahlen im nächsten Jahr in verschiedenen Bundesländern auch eine der Wirkungen des Bremer Wahlausgangs.

Eine Unterstützung der BAL von grün-alternativer Seite bundesweit müßte sich die Aufgabe setzen, klarer als bisher in die inhaltlich-programmatische Auseinandersetzung durch Ausformulierung einer Alternative zum Rechtsradikalismus bei den Grünen bzw. zu hilflosen Versöhnungsversuchen von Positionen, die miteinander nicht versöhnbar sind (z. B. „Bahro-Linie“ kontra „Hamburger Linie“) beizutragen und damit den Flügel zu stärken, der die politische Hauptaufgabe in den nächsten Jahren darin sieht, der SPD die Führungsrolle im gesellschaftlichen Reformpotential streitig zu machen.

hr.

Zum Verhältnis BAB-BAL

Beschluß des BAB Plenums vom 2. Juni 83

In unserer Plattform haben wir deutlich gemacht, warum wir uns im BAB zusammengeschlossen haben.

„Die Politik der einzelnen Parteien vorläßt demgegenüber unsere Lebenswirklichkeit, daß es notwendig geworden ist, eine Alternative zur Politik der herrschenden Kräfte zu schaffen.“

Wir sind dieser Alternative darin, uns selber politisch zu vertreten. Die Bürgerhaushaltswahl in Bremen sehen wir als Anlaß, in diesem Sinne öffentlich einzugreifen. Zugleich werden wir mit allen Kräften und Gruppen des Bündnis zu sehen, die erkannt haben, warum die Politik des Kapitals und der etablierten Parteien fehlerhaft ist.“

BAB ist ein eigenständiger politischer Zusammenschluß von betrieblich und gewerkschaftlich aktiven Kollegen. Auch nach Gründung der BAL, für deren Zustandekommen die Existenz und politische Kräfte des BAB von entscheidender Bedeutung gewesen ist, bleibt der Schwerpunkt unserer politischen Arbeit das BAB, seine Arbeitsgruppen, seine Verordnungen und die regelmäßigen Treffen im großen Kreis.

Um der BAL in unserem Sinne zu Anziehung und Durchsetzungskraft zu verhelfen, ist es nötig, gerade die bisherigen Ansätze der spezifischen BAB-Aktivitäten noch zu vertiefen.

Das muß jedoch so geschehen, daß das BAB unabhängig vom Wahlerfolg und den möglichen parlamentarischen Aktivitäten der BAL Bestand haben wird. So muß die Kompetenz der BAB für die Vertretung der Arbeitsbereiche Betrieb und Wirtschaftspolitik der BAL zum Ausdruck kommen.

Die politische Verzahnung der Arbeit des BAB mit der Arbeit der BAL wird seitens des BAB zum Ausdruck gebracht durch die Wahl der Kollegen aus dem BAB, die in der BAL Funktionen übernehmen, im Plenum bzw. in den Arbeitsgruppen des Betrieblich Alternativen Bundesverbandes (Kandidaten, Delegierte).

Außerdem betreibt sich das BAB an der organisatorischen Arbeit der BAL insbesondere mit der Übernahme der Aktivitäten im betrieblichen Arbeitsbereich. Darüber hinaus steht es jedem BAB-Mitglied frei, auch BAL-Mitglied zu werden.



In Westberlin sei der Grund für diese Vertragsdiskussion, „daß die politi-

ge, während in Westberlin die fast unversöhnliche Differenz zwischen AL

in Westberlin sei der Grund für diese Vertragsdiskussion, „daß die politischen Gemeinsamkeiten zwischen der Bundespartei der Grünen und der AL-Berlin immer mehr zunehmen. Ihr dagegen habe in der Begründung, warum ihr keine engere Verbindung mit den Grünen wolle, gerade das Gegenteil, insbesondere in Fragen der Friedens- und Deutschlandpolitik, vertreten.“ — letzteres ist kaum die entscheidende Differenz zwischen Grünen und AL in Hamburg, befinden sich die Hamburger Grünen in diesen Fragen doch viel stärker in Übereinstimmung mit der AL Hamburg als mit ihrer eigenen Partei.

In seiner Antwort auf dieses ungewöhnliche Vorgehen der Westberliner schreibt der Geschäftsführende Ausschuss der AL Hamburg, daß der wesentliche Unterschied der Hamburger Vertragsdiskussion zur Westberliner der sei, daß es um die angestrebte organisatorische Gemeinsamkeit

gehe, während in Westberlin die fast unversöhnliche Differenz zwischen AL und grünem Landesverband das Geschehen bestimmt. Weiter heißt es: „Es wundert uns auch, daß ihr für unseren Versuch, zu einer Vertragslösung zu kommen, kein gutes Wort findet, angesichts der Tatsache, daß ihr ja auch eure Organisation nicht zum alten Eisen werft. Gabe es in der AL-Berlin keinerlei Vorbehalte mehr gegen eine Mitgliedschaft in der grünen Partei, wäre es uns hier völlig unverständlich, wieso ihr über Vertragslösung diskutiert, nicht aber geschlossen als AL-Berlin zu den Grünen übertreter? Zumindest in diesem Punkt scheint es Parallelen zur Hamburger AL zu geben. Wir kommen nicht ganz darum herum, in eurem Brief eine Art Vorbeugung vor manchen Bundesgrünen auf unsere Kosten zu sehen.“

Eine Antwort steht bislang aus.

hr.

Ein Telegramm von Petra Kelly

Zum Artikel „5 Grüne in Ostberlin“ hat die grüne Bundestagsabgeordnete Petra Kelly uns durch Telegramm mitgeteilt: „eure Berichterstattung 5 grüne in Ostberlin ist unklar. Ich habe mich nie fuer regame null-lösung ausgesprochen, war eine der ersten aus friedembewegung, die nach bekanntgabe der null-lösung diese in allen medien als heuchelei sofort zurueckwies. hoffe ihr kennt resultate des von mir initiierten tribunals in suernberg februar 83“.

Der genaue Wortlaut des von Petra Kelly beanstandeten Satzes im AK 234 lautet: „Der Ausgewogenheitsideologie

entsprechend haben sich prominente Grüne wie Petra Kelly mehrfach für Regame 'Null-Lösung' ausgesprochen (SS 20 muß weg), ohne selbstverständlich wirklich die Konsequenzen dieser Politik zu wollen“. Der letzte Halbsatz war eigentlich dazu gedacht, Mißdeutungen auszuschließen, reicht dazu aber offensichtlich nicht aus. Berechtigt ist Petra Kelly's Kritik insofern, als wir im AK 234 einen Sachverhalt stark verkürzt dargestellt haben, auf den wir

Fortsetzung von vorheriger Seite

allerdings in vielen früheren AKs schon ausführlich eingegangen waren. Überhaupt ist es ein Mangel der Artikel „J Grüne in Ostberlin“, daß er zu wenig die sehr positive Einschätzung deutlich gemacht hat, die wir von vielen anderen Aktivitäten Petra Kelly's und Gert Bastian's haben. Das gilt vor allem für ihr bei den Grünen teilweise sehr heftig angefeindetes Engagement zugunsten des Krefelder Appells, zu dessen Initiatoren beide gehören. Nicht vergessen werden soll auch, daß beide wiederholt gegen die Lüge von der Bedrohung durch die Sowjetunion und eben in der Tat auch gegen Reagan's „Null-Lösung“ Stellung genommen haben.

Warum wir speziell Petra Kelly so oft kritisierten, sie habe die Fakten die NATO-„Null-Lösung“ unterläßt, ist ausführlich nachzulesen insbesondere in den Artikeln „Offener Brief an den Bundesvorstand und die Partei Die Grünen“ (AK 211, Okt. 81), „Breite Einheitsfront gegen Brezhnev“ (AK 212, Nov. 81), „Zwischenbilanz nach der Anti-Brezhnev-Demonstration“ (AK 214, Dez. 81) und „Wir entwerfen die Sowjetunion!“ (AK 216, Jan. 82). Wir wollen das hier nicht in allen Einzelheiten wiederholen. Im Wesentlichen geht es um die Politik von großen Teilen der Grünen Partei - und dabei an führender Stelle eben auch Petra Kelly - irgendeine Art von Gleichsetzung zwischen sowjetischer SS 20 und NATO-„Nachrüstung“ zu konstruieren. Auf dieser Basis sollte die Forderung nach Unterlassung der NATO-„Nachrüstung“ engstens mit der Forderung nach Verankerung der SS 20 verbunden werden. So heißt es beispielsweise im „Friedensmanifest“ der Grünen, die SS 20 stelle „eine verstärkte Bedrohung Westeuropas“ dar, und: „Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf“.

Das unterstützt genau genommen die NATO-Version von der sowjetischen „Vorrüstung“ und schiebt der Sowjetunion die Hauptverantwortung für die entstandene Situation zu (vgl. dazu AK 211). Übrigens wurde unser Offener Brief mit der Kritik am „Friedensmanifest“ von den Grünen niemals beantwortet. Und wenn in der Resolution der Grünen, eine Demonstration außerhalb des Besuches von Brezhnev in der BRD (Nov. 81) zu initiieren, wird gefordert: „Für das sofortige Abzug der SS-20-Raketen, die Europa bedrohen. Für die Verhinderung europäischer Waffen in Westeuropa (Fernzug II, Cruise Missiles)“. Das war für uns unmittelbarer Anlaß für die Feststellung, daß das in der Tat 100%ig der Inhalt der offiziellen NATO-Propaganda und der „Null-Lösung“ ist. Im Aufruf eines breiten Bündnisses (von Jusos bis ML; unter Einschluss der Grünen) zur Anti-Brezhnev-Demonstration am 22.11.81 wurde daraus die Forderung, die Sowjetunion müsse „die sowjetischen Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abbauen“. Und weiter: „Sowjetische Mittelstreckenraketen sind heute auch auf diejenigen westeuropäischen Länder gerichtet, in denen keine Atomraketen stationiert sind, die die UdSSR erreichen. Dadurch wird es der NATO erleichtert, die Psychologie des Westbürgers aufrechtzuerhalten. Atomare Abrüstung einzeln zu beginnen, gilt in Ost und West...“ (vgl. dazu AK 212).

Wir haben es, offen gesagt, immer für eine uns unerklärliche politische Schizophrenie gehalten, einerseits in der Tat gegen die NATO-„Null-Lösung“ Stellung zu nehmen, andererseits aber einen Forderungszusammenhang zu formulieren, der im Endzustand 100%ig auf die „Null-Lösung“ hinauslaufen würde. In diesem Punkt unterscheidet sich die Logik der meisten Grünen sehr von der unsrigen. Wir würden z.B. auch sagen, daß die Forderung nach einseitiger Abrüstung des Westens ad absurdum geführt wird, wenn sie mit der Forderung gekoppelt wird, auch der Osten müsse einseitig mit der Abrüstung beginnen. Das sehen selbstverständlich die meisten Grünen ganz anders als wir, sie sehen darin gar keinen Widerspruch.

Es bleibt abschließend festzustellen, daß die Grünen allem Anschein nach - und zwar seit ihrem mißglückten Spaltungsvertrag von der Bonner Anti-Reagan-Demo (10.6.82) - den Versuch aufgegeben haben, einen Zusammenhang zwischen der Unterlassung der NATO-„Nachrüstung“ und der Verankerung der sowjetischen Mittelstreckenraketen herzustellen. Falls das nicht bloß auf taktischen Kalkülen, sondern auf Einsicht in einen gemachten politischen Fehler beruht, wäre es vielleicht sinnvoll, das mal öffentlich klarzustellen.

AK-Redaktion

Nach dem „Fall Vogel“: Alles wieder vergessen?

Der „Fall Vogel“ vor ein paar Monaten provozierte eine ebenso lebhaft wie kurzlebige Diskussion in der Grünen Partei über emotionale Themen wie Faschismus und Antifaschismus, die eigentlich mit den großen Lebensfragen der Ökologie nichts zu tun haben. Aber man mußte sich wohl mit der Sache befassen, nachdem die Öffentlichkeit aufmerksam geworden war und sämtliche Gegner der Grünen hierauf gewiesen, daß sich diese einen Fehltritt leisten würden. Für solche Debatten gibt es bei den Grünen inzwischen ein feststehendes Ritual: Vor allem muß starke Aufgeregtheit, persönliche Betroffenheit und selbstverständliche Lernfähigkeit zur Schau gestellt werden. Daneben braucht man dann in hohem Maße eigentlich kaum etwas zu sagen - und etwas lernen muß man auch nicht unbedingt. Man kann ungelesen wieder zur Tagesordnung übergehen.

Mit der Opferung der Figur Vogel ist das eigentliche politische Problem mehr unter den Teppich gekehrt als auf den Weg der Klärung gebracht worden. Daß es in Wirklichkeit „an der Basis“ viel Verdruss über die vermeintliche Hezernjagd auf den neuen alten Mann und über das „Hochapeten“ der Faschismus-Problematik gegeben hat, blieb der Öffentlichkeit verborgen und ist allem Anschein nach auch nicht Diskussiongegenstand. Es ist schon ein (begrüßenswerter!) Ausnahmefall, wenn man rechtsgrünem Oegrunz zur Vogel-Debatte so hübsch dokumentiert bekommt wie im Mitgliederrundbrief der Grünen Schleswig-Holstein, Ausgabe vom Mai 83. Dort teilt beispielsweise der Landesvorsitzende Brar Røwert seine Empörung mit: „Was die Angelegenheit Werner Vogel betrifft, so muss ich, daß Fraktion, Bundesvorstand und weitere Parteigremien sich wie ein Mann hinter diesen Abgeordneten stellen müssen. Was hier passiert ist, beschämt mich zurecht! W.V. war 1933 noch nicht wahlberechtigt und ist jener Personengruppe zuzurechnen, die mit Methoden, deren Anwendung nur Faschisten unbedenklich sein können, in den Parteipapieren hingetragene worden ist, wofür diese Personen später dann auch noch schwer haften müssen. (Einsatz von ihnen so schwer, daß ihnen das Amt des Bundespräsidenten aufgebahrt wurde - Anm. AK) Solchen Leuten heute noch wegen „NS-Vergangenheit“ Fußfährte zu verleiern, ist das Erdbebenbeispiel, was ich mir vorstellen kann. Davon profitieren allenfalls Etablierte!“

Grünen-Mitglied Helga Fritzsche meint, Vogel habe „nichts Unrechtes getan“ und außerdem für das, was er gar nicht getan hat, „8 bittere Jahre in Rußland gebüßt“. „Sach vor ihn zu stellen, vor die von ihm eingeschneite und in 40 Jahren verarbeitete Verfehlung, hätte den GRÜNEN Mut abgefordert, und es hätte sie menschlichkeit gemacht. Wir haben eine Chance verpaßt, Solidarität mit einem Mann zu üben, der beispielhaft Folgen aus seiner Vergangenheit gezogen und gelebt hat.“ Und schließlich sei jemand, der an Hitler geglaubt hat, auch nicht schlechter als jemand, der an Stalin oder Lenin geglaubt hat.

Grünen-Mitglied Edmund Schlömer hält den Umgang mit Vogel für eine „Tragödie in höchster Vollendung“. „Einen schlimmen Psychoterror kann ich mir nun wirklich nicht mehr vorstellen.“ Die Grünen seien doch angestrebt für „mehr Menschlichkeit und Vertrauen in der Politik“, und „dazu gehört auch das Vergeben von Fehlern und Entgleisungen der Vergangenheit“. Der arme alte Mann habe doch nichts Schlimmeres getan als „so viele andere Zeitgenossen und Politiker (!) der damaligen Zeit auch. Sie haben alle in ihrem Sinn gelebt, zwangsläufig wie wir jetzt in unserem Sinn existieren!“

Es wäre interessant, wie die Vogel-Debatte in anderen Landesverbänden weitergeführt worden ist, nachdem erst einmal die Notwendigkeit weg war, auf die Öffentlichkeit Rücksicht zu nehmen. In einem zweiten Fall mit ähnlicher Problematik wurde jedenfalls von Anfang an dafür gesorgt, die Geschichte nicht „hochzuspielen“, sondern schnellstens zu beenden. In diesem Fall ging es um Gustine Johannsen aus Hamburg, Mitglied des Bundesvorstands der Grünen Partei. Frau Johannsen war seit 1939 Mitglied der

NSDAP; in den letzten Kriegsmonaten war sie Aufsichtin von dienstverpflichteten Arbeiterinnen in einer Munitionsfabrik. Aufgeführt wurde die Sache im direkten Zusammenhang mit der Vogel-Debatte durch den grünen Bundestagsabgeordneten Siratmann (NRW). Das höchste Entscheidungsgremium der Grünen zwischen den Partensagen, der Bundeshauptauschuss (BHA), lehnte es sogleich ab, Frau Johannsen zum Rücktritt aufzufordern. Damit war, abgesehen vom Hamburger Landesverband, das Problem für die Grüne Partei schon erledigt. In Hamburg kam nach einigen Hin und Her ein Offener Brief des Landesvorstands zustande, mit dem Frau Johannsen aufgefordert wurde, ihren Posten im Bundesvorstand aufzugeben (Wortlaut in der „Iaz“ Hamburg, 27.5.). Auf diesen Offenen Brief hin sprach Bundesvorstandsmitglied Marion Maren-Griesbach: „Was sich da in Hamburg ereignet, ist unglücklich. Das ist eine hybride Hezernjagd auf eine alte, verdienstvolle Frau“ („Iaz“, 30.5.). Bahro führte den Umgang mit Frau Johannsen zusammen mit der Behandlung des „Fall Vogel“ als negativen Beispiel unemenschlicher Umgangsformen bei den Grünen an. Weitere

Reaktionen auf den Vorgang sind nicht bekannt. Offensichtlich besteht bei den meisten führenden Grünen nicht das geringste Interesse, die Debatte öffentlich wieder aufzunehmen.

Sehr erleichtert wird dieses Verhalten dadurch, daß der Behandlung von Frau Johannsen in der Tat etwas sehr Unappetitliches anhängt. Die jetzt so vehement kritisierte Einstellung der 75-Jährigen zu ihrer „Vergangenheit“ war vielen Grünen, darunter speziell auch die in Hamburg dominerende Z-Fraktion, seit 1980 bekannt. 1981 gab es grünen-intern ein Flugblatt eines Mitglieds, das erstmalig die Problematik aufführte. Der Verfasser habe, so hieß es dort, Gustine Johannsen auf den Umstand angesprochen, daß sie einen Haufen von alten Nazi-Schwärzen im Bücherschrank hat. Daraufhin habe er von ihr Antworten bekommen, die erkennen ließen, daß ihre „Bewältigung der Vergangenheit“ jedenfalls nicht gerade perfekt ist. Über die Reaktionen auf das Flugblatt berichtete der Verfasser jetzt der „Iaz“: „Gerade von den Linken in den Grünen, der Gruppe Z, wurde ich wegen meines Vorgehens als unhöflich und abwegig kritisiert“ (17.5.). - Das hing (womit auch Marion Maren-Griesbach argumentiert)

damit zusammen, daß Frau Johannsen damals für die Gruppe Z eine wichtige Verbündete war: Sie machte - mehr aus menschlicher Sympathie denn aus politischer Einsicht - die damals laufenden Kampagnen zur Ausgrenzung der Gruppe Z aus der Grünen Partei nicht mit. 1981 wurde sie vorgeschickt, als die Gruppe Z versuchte, die Bildung der Hamburger GAL zu verhindern und speziell den KB aus einem Wahlbündnis herauszuhalten. Es gab damals - aber daran erinnern sich nur noch sehr boshafte und nachtragende Menschen - eine schriftliche Erklärung, daß kein Bündnis unter Beteiligung des KB möglich sei. Gemeinsam unterschrieben von Gustine Johannsen und vom jetzigen GAL-Abgeordneten Thomas Ebermann.

So sind die Chancen der Hamburger Grünen nicht sehr gut, sich zur Person von Gustine Johannsen glaubwürdig zu verhalten. Formal erliegt sich das Problem sowieso von selbst, wenn im Herbst das Bundesvorstandsmandat von Frau Johannsen ausläuft. Und so ist es inzwischen wieder totensstill um die ganze Angelegenheit geworden. Das war's? Ja, das war's!

Nürnberg: Grüne für Strompreiserhöhungen

Die grüne Kommunalpolitik in Nürnberg teilt für gewöhnlich das Schicksal aller ortsparlamentarischen Aktivitäten von Grünen und Alternativen: sie findet im Alltagsgeschäft wenig Beachtung.

Dies änderte sich schlagartig am 3.3.83, als den „Nürnberger Nachrichten“ zu entnehmen war, daß die Grünen zusammen mit CSU und SPD der von EWAG (Elektrizitätswerke AG) und Stadtverwaltung beantragten Strompreiserhöhung zugestimmt hätten.

Nur der DKP-Vertreter im Stadtrat hatte dagegen gestimmt. Gerade auch der eindeutige Mehrheitsverhältnisse wegen mußte dem Verhalten der Grünen Aufmerksamkeit zukommen, hätten sie doch auch gegenstimmten können, ohne am Ergebnis der Abstimmung etwas zu ändern. Es ging ihnen also anscheinend gar nicht in erster Linie um ein bestimmtes Abstimmungsergebnis, sondern viel mehr um einen demonstrativen Akt, die beiden grünen Stadträte wollten offenbar Zeichen setzen.

Vor allem die Begründung der Grünen für dieses Abstimmungsverhalten löste in der linken und alternativen Szene erhebliche Entrüstung aus und hatte turbulente Diskussionen und Briefwechsel zur Folge und das auch innerhalb des Grünen Kreisverbandes.

Die Zustimmung zur Strompreiserhöhung der beiden Stadträte, die übrigens vom kommunalpolitischen Arbeitstisch der Grünen mit nur einer Gegenstimme getragen wurde, wurde auf folgender Argumentation begründet: „1. Wir stimmen der Stromerhöhung zu, weil eine Verteuerung der Stroms den Verbraucher so wirksam wie keine andere Maßnahme dazu bewegt, seinen Stromverbrauch einzuschränken und sich damit energie- und umweltschädlich zu verhalten.“

2. Wir stimmen auch deswegen zu, weil die EWAG keine andere Möglichkeit hat, als den erhöhten Lieferpreis ihres Lieferanten Großkraftwerk Franken AG zu bezahlen. (...) Wurde der Stadtrat die Tarifhöhung nicht beschließen, müßte der höhere Lieferpreis trotzdem bezahlt werden. (...) das aber ging zu Lasten anderer geplanter Vorhaben der EWAG und damit vor allem der Fernwärme (...)

3. Mit Verteuerung nehmen wir zur Kenntnis, daß das Großkraftwerk Franken AG vor einer Woche öffentlich seine Freude verkündete seinen Aktionären wieder höhere Dividenden ausschütten zu können und die Bayernwerke zu um 10% zu erhöhen. (...) 4. An dieser Stelle erinnern die beiden Stadträte an ihre Forderungen, z.B. die

nach einer progressiven Strompreisgestaltung und nach Vorrangpriorisierungsmöglichkeiten für Energiesparmaßnahmen. Denn sagen sie weiter: „Wer durch höhere Strompreise den Verbraucher zu einer nachhaltigen Senkung seines Stromverbrauchs bewegt, leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Kernkraftwerken und Kalkern (...“ (zitiert aus einer Erklärung der Stadträte).

Der Hauptprotest gegen Abstimmungsverhalten und Begründung kam von außen. In zwei offenen Briefen, von der BI Schwandorf und der Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen zum einen, der Frauengruppe der ehemaligen AL zum anderen, wurde eine erneute Diskussion gefordert. Die in den Briefen und Diskussionen formulierte Kritik richtete sich vor allem auf die Tatsache, daß die Zustimmung der Grünen zur Strompreiserhöhung auch eine Zustimmung zur Einführung eines Kalkarpreises bedeute, da mit dem heutigen Mehrheitsbeschluss der EWAG ein Kalkarpreis festgelegt wird. Angegriffen wurden weiterhin die von den Grünen verordneten Erziehungsmaßnahmen zu einem „energie- und umweltschädlich verunsicherten“ Verbraucherverhalten. So wurde der „Weg zu staatlich verordnetem Zwangsökologismus“ als falsch bezeichnet, da sich grüne, ökologische und alternative Bewegungen gegen staatliche Zwänge und nicht durch sie entwickelt hätten. Zudem sei es zynisch, in einer Situation, die geprägt ist von massivem Sozialabbau, auch noch die Einschränkung von Grundbedürfnissen zu fordern.

In einer Grünen Mitgliederversammlung am 24.5. wurde das Thema Strompreiserhöhung aufgrund der heftigen Reaktionen noch einmal auf die Tagesordnung genommen und ebenso kontrovers weiterdiskutiert. Die Diskussion führte zu einem erstaunlichen Ergebnis: Ein Meinungsbild unter den grünen Mitgliedern ergab schließlich 14/14 Stimmen jeweils für und gegen Strompreiserhöhung. Angesichts der Tatsache, daß z.B. zum Sondereffekt Programm solche Forderungen wie „Anhebung der Mineralölsteuer“ mit saiten Mehrheiten bei höchstens 3 oder 4 Gegenstimmen reibungslos über die Bühne gingen, lie oben erwähntes Meinungsbild ein erfreuliches Zeichen dafür, daß das Bewußtsein innerhalb des grünen Kreisverbandes darüber gewachsen ist, was eine politische Linie, wie sie extrem von Bahro seit längerem propagiert wird und sich ansatzweise im Sindelfinger Programm im allgemeinen Formulierungen wiederfinden läßt, in der konkreten Alltagspolitik praktisch bedeutet.

Eine grüne Frau äußerte schriftlich im Mitgliederrundschreiben ihre Kritik

an der Zustimmung. Sie stellte fest, daß diese nicht mit den Grundsätzen grüner Politik zu verträglich sei, vor allem nicht mit einem glaubwürdigen Kampf der Grünen gegen die Atompolitik. Diese Frau, die Mitglied des Kreisverbandes war, wurde bei den Vorstandswahlen vier Wochen später als einzige nicht gewählt. Einige Tage nach der MV der Grünen erschien im Nürnberger Stadtmagazin „Plärrer“ vom Juni ein Interview mit einem der beiden Stadträte Klaus-Peter Murawski, unter dem Titel „Sind die Grünen verrückt?“, in dem er Gelegenheit erhielt, seine Argumente für die Strompreiserhöhung darzulegen. Die Kritik, daß grüne Abstimmungsverhalten sei unsozial und arbeitfeindlich, bezeichnete er als „wütigen Blödsinn“. Außerdem hatte er sich zur „Bedürftigung“ linker Kritiker etwas Neues einfallen lassen: „Unzumutbare Einschränkungen sozial schwacher Haushalte bei Strompreiserhöhungen“ und „von der Sozialhilfe ausgeglichen - doch dieser Art“ sei „ohnehin relativ klein“.

Diese Rechtfertigung markiert eine eigenartige Wende in der Argumentation der Stadtratsgruppe, die sich bereits nach den ersten öffentlichen Protesten abzeichnete: In einem von ihnen nachgeschobenen Papier wurde z.B. vorgerechnet, daß es für den einfachen Bürger höchstens eine Mehrbelastung von 1,30 DM im Monat ausmache und daß jene unzumutbare Erhöhung schließlich von unserem wunderbaren sozialen Netz aufgefangen werde. Damit wird die Argumentation für das Abstimmungsverhalten im Stadtrat völlig widersprüchlich. Denn wenn man ernsthaft vertritt, daß die Leute auf „marktwirtschaftlichem“ Wege, d.h. durch den Griff in den Geldbeutel, zum sparsamen Energieverbrauch gezwungen werden müssen, dann muß man natürlich eine Strompreiserhöhung fordern, die die Leute spüren. Also wenn jetzt nachträglich von dem Stadtrat argumentiert wird, die Erhöhung sei ja gar nicht so schlimm, da würde man voraussetzen gar nichts vom merken, dann widersprechen sie damit ihrer eigenen Intention. Diese Inkonsistenz spiegelt letztlich den nach wie vor nicht gelösten Streit innerhalb der Grünen Partei wider, macht aber auch die Unmöglichkeit deutlich, eine offene und massenfeindliche Politik zu betreiben, ohne offene Proteste aus dem oder letztlich sogar Einbrüche in das grüne Wahlpotential zu provozieren. Das ist wohl auch der entscheidende Hintergrund für ein offenes Vorgehen dieser Sitzung.

KB/Gruppe Nürnberg

Zur Bilanz des Ost-West-Handels Teil II

Vom Wandel zur Waffe

Unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen, dem Abschied von der Ära der Entspannung und der Neuauflage des Kalten Krieges gegen die Länder des „realen Sozialismus“ (und den dazugehörigen konkreten Kriegsvorbereitungen), werden im Westen Kontroversen über den Osthandel geführt, der im Rahmen der neuen Ostpolitik einen wichtigen Bestandteil der Strategie des „Wandels durch Annäherung“ darstellen sollte. Ohne Zweifel unterliegt der Osthandel dem Primat der Politik, war schon immer den politischen Absichten und Zielen untergeordnet; sei es als Mittel des Wirtschaftsboykotts in den 50er und 60er Jahren, als sich der Westen einen wirtschaftlichen Zusammenbruch des RgW erhoffte, oder sei es die Forcierung des Handels in den 70er Jahren, wovon man sich die Heranführung einzelner RgW-Staaten an den Weltmarkt und ein schrittweises Durchdringen der Ozeane der kapitalistischen Ökonomie in den RgW-Ländern erhoffte.

Spätestens seit Anfang der 80er Jahre hat parallel mit der Aufgabe der Entspannungspolitik eine erneute Auseinandersetzung in den kapitalistischen Hauptländern begonnen, wie der Osthandel als politisches Instrument eingesetzt werden soll. Seit dieser Zeit haben die Großmächte des Westens einen Katalog von Wirtschaftsmassnahmen und Sanktionen zusammengestellt, um die Wirtschaftsbeziehungen als Druckmittel gegen den RgW zu gebrauchen. Darüber hinaus wird innerhalb der Reagan-Administration über Wirksamkeit oder Unwirksamkeit von noch weitergehenden Sanktionen gegen die Sowjetunion debattiert. Das Spektrum der Meinungen reicht auf der einen Seite bis zur Einschätzung, der wirtschaftliche Zusammenbruch der Sowjetunion stehe bald bevor; der Westen solle mit einer Kombination von Totrüssen und scharfen Handelsbeschränkungen das erhoffte Desaster beschleunigen. Auf der anderen Seite hat ausgerechnet der CIA (ebenso wie eine Studie des amerikanischen Kongresses) das Mittel der Wirtschaftssanktionen als „völlig untauglich“ und „unwirksam“ eingestuft (1).

Doch neben dieser Kontroverse sind die Großmächte des Westens zu einer Politik der Handelsrestriktionen übergegangen, vor allem im Zusammenhang mit Afghanistan und Polen.

Zum Teil sind diese Maßnahmen sehr umstritten, wie beispielsweise das Getreide-Embargo gegen die Sowjetunion; Präsident Carter hatte im Zusammenhang mit der sowjetischen Afghanistan-Intervention ein beschränktes Getreide-Embargo verhängt; es begrenzte die Ausfuhr auf 6 Mio. Tonnen, nachdem die Sowjetunion ein Jahr zuvor noch 15 Mio. Tonnen Weizen und Mais bezogen hatte. Das Embargo hob Reagan, vor allem aufgrund von erheblichen Protesten der Farmer, kurz nach seinem Amtsantritt wieder auf. Der Sowjetunion hatten diese Sanktionen nicht getan. Weizen und Mais bezogen hatte. Das Embargo hob Reagan, vor allem aufgrund von erheblichen Protesten der Farmer, kurz nach seinem Amtsantritt wieder auf. Der Sowjetunion hatten diese Sanktionen nicht getan. Weizen und Mais bezogen hatte. Das Embargo hob Reagan, vor allem aufgrund von erheblichen Protesten der Farmer, kurz nach seinem Amtsantritt wieder auf. Der Sowjetunion hatten diese Sanktionen nicht getan.

In den USA wird heute offen eingestanden, daß das Getreide-Embargo nicht der Sowjetunion, sondern nur den wirtschaftlichen Interessen der US-Farmer geschadet hat.

Eine weitere Niederlage mußten die USA einstecken, nachdem sie versucht hatten, das Erdgas-Embargo einiger EO-Staaten mit der Sowjetunion zu torpedieren. Mit dem Argument, insbesondere die BRD würde durch das Erdgas-Abkommen in eine zu große Energie-Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten, ließ die Reagan-Administration die Auslieferung wichtiger Geräte und Maschinen zum Bau der Erdgas-Pipeline verbieten und versuchte, diesen Boykott auch gegenüber westeuropäischen Firmen durchzusetzen, die auf US-Lizenz Anlagen für den Pipeline-Bau (z.B. Turbinen) bauen. Die EO lehnte geschlossenen Widerstand, und inzwischen haben die USA an diesem Punkt nachgegeben. Auf einer Sitzung der Internationalen Energie-Agentur (IEA) verpflichteten sich die EO-Staaten lediglich in unverbindlicher Form, nicht in Energieabhängigkeit von der Sowjetunion zu geraten, wobei die USA auf präzise Zahlen, ab wann denn diese angebliche Abhängigkeit einträte, verzichtet hat (3). Damit wurde im Vorfeld der Gipfeldiplomatie von Williamsburg ein sensibler Streitpunkt zwischen den USA und der EO beigelegt.



Das waren noch Zeiten: Chruschtschow trinkt Cola mit Papal-Cola-Chef Kendall (l.) und dem damaligen US-Vizepräsidenten Nixon

Westliche Mikrochips für sowjetische Raketen?

Auf einem anderen Gebiet der Wirtschaftssanktionen gegen den RgW haben sich die kapitalistischen Großmächte zumindest im Grundsatz verständigt: dem Stopp der Ausfuhr „strategischer Güter“.

Mit dem üblichen penetranten Getöse startete Casper Weinberger wieder eine seiner berüchtigten Kampagnen und konnte „enthüllen“, daß die Sowjetunion dank der Lieferung hochwertiger westlicher Technologien 150 neue Waffensysteme eingeführt habe; der Westen selbst solle also für die sowjetische Aufrüstung. Die USA praktizieren bereits seit geraumer Zeit ein Ausfuhrverbot von „strategischen Gütern“. Das Technologie-Embargo umfaßt bereits so hochwertige „strategische Güter“ wie Schach-Computer und sogar Toaster, deren Mikrochips sich angeblich auch für sowjetische Raketen eignen würden. Die Technologie-Sanktionen scheinen in den USA derzeit zum Hauptinstrument der Osthandelspolitik zu gehören, denn auf dem Williamsburger Gipfel war dies der einzige Punkt und die einzige Aussage zum Thema Ost-West-Handel überhaupt: „Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen müssen mit unseren Sicherheitsinteressen vereinbar sein“, heißt es lapidar (4).

Die Behauptung, daß die Sowjetunion nur dank westlicher Mikroprozessoren ihre Raketen bauen könne, wird selbst in den USA und auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zurückgewiesen; gerade auf militärischem Gebiet verfüge die SU — so das DIW — über eine autonome und autonome Struktur, so daß das Embargo westlicher Technologie eher die Bevölkerung treffe (5). Bei der US-Kampagne geht es im Grunde um Technologie-Ausfuhrverbot um eine chauvinistische Propaganda der westlichen Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion, die angeblich aufgrund ihrer „kommunistischen Planwirtschaft“ um Jahrzehnte zurückliegt.

Zentrales Instrument der Ausfuhrbegrenzung für hochwertige Technologien in den RgW ist das Coordination Committee, kurz COCOM genannt. Das COCOM, dem alle Nato-Staaten und Japan angehören, wurde bereits 1949 ins Leben gerufen zu dem Zweck, alle international gehandelten Waren zu registrieren und als „strategisch“ definierte Güter mit einem Ausfuhrverbot zu belegen. In den 50er Jahren wurden rund 30% der 7000 international gehandelten Waren auf die Exportverbotsliste gesetzt; das Embargo bei Industriewaren war fast lockenlos. Hinzu kam in der Periode des Kalten Krieges der „Baltic Act“ der USA, der wäh-

rend des Korea-Krieges erlassen wurde und verfügte, daß nur die Staaten von den USA Waren- und Finanzhilfen erhielten, die sich den Embargos gegen die Sowjetunion anschlossen. Mit dem „Baltic Act“ sicherten die USA ihre Wirtschaftssanktionen wasserdicht ab, so daß die SU die gesparten Waren nicht anderweitig beziehen konnte (6). Erst im Rahmen der Entspannungspolitik wurden die Embargo-Listen des COCOM fast völlig zurückgestrichen; sogar „strategische Güter“ konnten exportiert werden, soweit sie nicht die beiden ersten COCOM-Warenlisten betrafen: die Listen für Kern-militärische Waren wie Panzer, Gewehre, Zubehör usw. Ziel der USA ist es derzeit, die dritte COCOM-Liste (über die ersten beiden besteht unter den kapitalistischen Staaten weitgehend Einigkeit) zu durchforsten, nach „strategischen Gütern“ Ausschau zu halten und die Liste entsprechend zu revidieren. Auf einem „hochrangigen Treffen“ des COCOM in Paris am 1. Mai dieses Jahres einigten sich alle beteiligten Staaten auf diese Prozedur (7). Mit schneller Einigung in den konkreten Details ist trotzdem nicht zu rechnen, da erstens alle Boykottmaßnahmen einstimmig beschlossen werden müssen und zweitens unter den westlichen Staaten sehr umstritten ist, was die USA alles als „strategische Güter“ bezeichnen. Nicht einmal in den USA selbst besteht darüber Einigkeit.



Geschäft in Sicht? Chefökonom Mittag (DDR) mit Berthold Beltz (l.) und Wilhelm Schnelder (r.), beide Krupp-Manager, sowie Leisler-Klop und Breuel (CDU) beim Besuch der diesjährigen Hannover-Messe

Wenn die von der US-Regierung geforderten Maßnahmen überhaupt einen Sinn haben, was schon umstritten ist, dann vor allem diesen: alle RgW-Staaten sind bestrebt, ihre Industrien zu effektivieren und zu modernisieren. Dafür sollen westliche Technologien, Industrieanlagen und Maschinen zur Modernisierung verschiedener Sektoren ihrer Volkswirtschaften herangezogen werden. Wenn an diesem Punkt wirtschaftliche Sanktionen ergriffen werden, so zielen sie in erster Linie darauf ab, die Modernisierung und Rationalisierung in einigen Bereichen des RgW zu bremsen. Vorhinder lassen sich die Modernisierungen nicht, allerhöchstens verzögern. Nachteilig für die RgW-Staaten würde sich ein Technologie-Stopp vor allem dadurch auswirken, daß sie auf beträchtliche Eigenmittel und Investitionen zurückgreifen müßten, die zum Teil weit teurer sind, als die Nutzung westlicher Produkte.

Problematisch und umstritten sind die amerikanischen Pläne und Maßnahmen auch deshalb, weil sie einer Grundforderung des Westens widersprechen: die OECD-Länder haben immer wieder verlangt, daß die RgW-Länder nur dann handels- und kreditwürdig sein könnten, wenn sie sich in die Lage bringen, in den Westen weltmarktgerechte und konkurrenzfähige Industriewaren abzusetzen, um vor allem die hohen Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen. Würde der gesamte Westen sich auf eine gemeinsame Technologie-Embargo-Politik verständigen, so stünde das im Widerspruch zu ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen.

Über die politische Wirksamkeit und die Praktizierung einer Embargo-Politik bestehen selbst in den USA Widersprüche. So kommt die bereits erwähnte CIA-Studie zu dem Ergebnis, daß ein Verbot der Ausfuhr selbst vereinbarter „strategischer Güter“ in den Ostblock „praktisch undurchführbar“ (8) sei, da der Handel immer noch über Drittländer oder in Form von Lieferungen der Einzelteile und durch mancherlei andere Tricks abgewickelt werden könne. In der gleichen Studie wird sogar festgestellt, daß der Schaden der von der US-Regierung geforderten Sanktionen größer wäre als der Nutzen wirtschaftlich wegen verlängerter Aufträge und militärisch wegen einer „Verstärkung“ (9) der EO. Die ebenfalls erwähnte Studie des DIW kommt zu dem gleichen Resultat und hält das Zusammenschließen der COCOM-Listen für völlig „unmöglich“ (5).

Allergische Reaktionen beim Grafen Lambdorsff löste eine weitere geplante Maßnahme aus: die USA beabsichtigen die Verabschiedung eines „export administration act“ — eine Neuauflage

eines Außenhandelsgesetzes, das am COCOM vorbei die Ausfuhrverbote bestimmter Industriewaren regelt und diese Bestimmungen auch auf Firmen anderer kapitalistischer Staaten erweitert, die entweder in US-Hand sind oder auf Lizenz produzieren. Graf Lambdorsff warnte die USA in diesem Zusammenhang vor „einer Wiederholung der Pipeline-Geschichte mit Eingriffen in die souveränen Rechte anderer Regierungen“ (9). Eine Verschärfung der Außenhandelsgesetzgebung in den USA durch Anwendung auf westeuropäische Lizenznehmer sei „völlig unakzeptabel“ (9).

Der „Zeit“ jedoch war zu entnehmen, daß die USA auch ohne dieses Gesetz seit Beginn der 80er Jahre schon strikte Exportauflagen für „strategische Güter“ praktizieren, was von den BRD-Kapitalisten nicht gern gesehen wird (10).

Alles in allem kann davon gesprochen werden, daß es in den Fragen des Osthandels unter den Kapitalisten noch erhebliche Differenzen gibt und an den bisher skizzierten Maßnahmen kein einheitliches Vorgehen gegenüber dem RgW ausgemacht werden kann. Das betrifft auch den Bereich der politisch-staatlichen Subventionierung des Osthandels; während sich US-Außenminister Shultz gegen staatliche Bürgschaften, Kreditvergütungen und Förderungen aussprach, räumte Außenminister Genscher auf einer OECD-Tagung in Paris nur ein, daß es keinen „Konditionenwettbewerb“ geben dürfe (11). Damit ist gemeint, daß um lukrative Ost-handelsverträge konkurrierende Firmen sich zum Beispiel bei den Bedingungen der Kreditvergabe und der zu zahlenden Zinsen nicht mehr gegenseitig unterbieten sollten, weil so die RgW-Länder vielfach durch Ausnutzung der kapitalistischen Konkurrenz günstige Kreditkonditionen erhalten. Doch auch hier ließ Shultz auf taube Ohren, denn ohne staatliche oder quasi-staatliche Verbürgung von Krediten bei Ostgeschäften hätte es auch keinen so umfangreichen Osthandel gegeben. Die BRD-Industrie beispielsweise läßt ihre Ostgeschäfte über die „Hermes“-Bürgschaftskreditanstalt abwickeln — ein privat geführtes bankähnliches Unternehmen, bei dem die Firmen einen gewissen Prozentsatz des Gesamtwertes des Handelsgeschäfts gewissermaßen als „Versicherungsbeitrag“ einzahlen und im Falle des Scheiterns des Geschäfts den Gesamtwert des Handels aus Steuergeldern zurückermittelt bekommen. Was in der BRD die „Hermes“-Gesellschaft leistet, erfüllt in anderen Ländern (Frankreich, Italien, Großbritannien) direkt der Staat. Auch beim neuesten Handelsvertrag über mehrere Milliarden DM zwischen der BRD und der Sowjetunion über eine Kohleverflüssigungsanlage wird es zu staatlich sanktionierten Kreditvergäben kommen.

Auch im Osthandel: der Markt soll wirken

Auch im Osthandel: der Markt soll wirken

Den vielleicht wirksamsten Hebel einer Sanktionspolitik gegenüber den RgW-Ländern kann der Westen jedoch nicht so sehr auf dem Gebiet des Warenaustauschs, sondern der Zirkulationsphäre der Kapitalis ausüben. Genauer: man macht sich die hohe Verschuldung der meisten RgW-Länder zunutze. Auf der schon erwähnten OECD-Konferenz im Mai dieses Jahres einigten sich alle kapitalistischen Staaten darauf, daß „der Warenaustausch und die Kreditvereinbarungen mit den Ländern Osteuropas unter Marktgerechtsprinzipien behandelt“ werden müssen (11). Das heißt, daß die RgW-Länder „keine Vorzugsbehandlung“ (11) bei Kreditierungen von Ostgeschäften erhalten sollen, sondern die im Westen derzeit üblichen hohen Zinssätze zu zahlen haben. Bereits vor über einem Jahr fing die Politik der Zins-Sanktionen gegen die Sowjetunion an; damals bereits beschlossen die OECD-Staaten eine Erhöhung der Exportkreditzinsen und ordneten seither die SU in die Kategorie der Industrieländer ein mit wie bisher in die Gruppe der „mittleren Länder“, was ihr günstigere Kreditbedingungen gebracht hatte. Eine Kreditvergütung ohne Meistbegünstigung, sondern nach den üblichen hohen Zinskonditionen trifft bewußt und gezielt nur die Sowjetunion; die übrigen osteuropäischen Länder werden aus politischen Gründen und aufgrund ihrer Verschuldungsmisere ausdrücklich davon ausgenommen.

Bevor auf die Kredit- und Zinsrestriktionen genauer und differenzierter eingegangen wird, soll die Entwicklung des Osthandels aus kapitalistischer Sicht dargestellt werden.

Forts. von vorheriger Seite

„business as usual“

Die Märkte des RgW sind auch nach Einleitung der Neuen Ostpolitik für die kapitalistischen Staaten recht klein geblieben. Der Anteil des Warenaustauschs der OECD-Staaten mit dem RgW am Gesamtaußenhandel ist nach wie vor sehr gering, wie aus folgender Übersicht hervorgeht:

	1970	1975	1980
Import	3,3%	3,5%	3,4%
Export	3,4%	3,1%	3,8%

(Prozentangaben = Anteile am Gesamt Ex- und Import) (12)

Für die BRD als der mit Abstand größte Handelspartner im Osthandel lagen die Prozentanteile an der Gesamtausfuhr 1970 bei 3,8%, kletterten 1975 auf 7,2%, lagen 1980 bei 4,9% und im letzten Jahr bei 4,3% (10). Andere Länder wie beispielsweise die USA haben einen noch geringeren Anteil am Osthandel.

In absoluten Zahlen ausgedrückt exportierten die OECD-Staaten im letzten Jahr Waren im Gesamtwert von 36,2 Mrd. Dollar; mit 10,2 Mrd. Dollar lag die BRD weit an der Spitze vor Japan (4,5 Mrd.), Finnland (3,8 Mrd.) und den USA (3,6 Mrd.). Italien, Frankreich, Kanada, Großbritannien und Österreich exportierten zusammen so viel wie die BRD alleine (13).

Bei den Waren a b s e h e n im RgW liegt die Sowjetunion mit einem Warenimport aus der OECD von 18,7 Mrd. Dollar weit an der Spitze; ihr Anteil am Westhandel des RgW beträgt 60%, gefolgt von der DDR, die dank der besonderen Wirtschaftsbeziehungen zur BRD Waren im Wert von 3,4 Mrd. Dollar einführt und mit knapp 10% den zweiten Rang im RgW einnimmt (13).

Aus diesen Zahlen folgt zunächst, daß der Osthandel nicht annähernd die Bedeutung für den Westen hat wie umgekehrt für den RgW, der für seinen Westhandel durchschnittlich Anteilsquoten von 30% des gesamten Außenhandels aufweist (13). Das schließt nicht aus, daß einige Branchen des Westens sehr stark auf die östlichen Märkte angewiesen sind; das trifft insbesondere für die westdeutsche Werkzeugmaschinenindustrie zu, die im letzten Jahr einen Außenhandelsumsatz allein mit der Sowjetunion von 11% am Gesamtexport zu verzeichnen hatte.

Einige spezielle Branchen im Bereich des Werkzeugmaschinenbaus weisen einen Exportanteil von 50% auf, und die Sowjetunion ist für diesen Bereich der Industrie der wichtigste Außenhandelspartner überhaupt (10).

Untersucht man das Wachstum des Osthandels in den letzten 13 Jahren, so kommt man zu einem sehr ernüchternden Ergebnis. Wie im letzten AK dargestellt, gab es aus der Sicht des RgW nur von 1972 bis 1974/75 einen raschen Ausbau des Warenaustausches mit extremen Wachstumsraten, wobei die damaligen Preissteigerungen infolge der sogenannten „Ölkrise“ diese Wachstumsraten in schwindelerregende Höhen verfälschten. Aber seit 1976 sank der Osthandel absolut wie auch relativ, gemessen am Gesamtexport der OECD-Länder. Schon 1976 orientierten die RgW-Länder ihre Importpolitik an ihrer Zahlungsbilanzlage und versuchten, ihre Einfuhren aus dem Westen zu dämpfen. Der Osthandel pendelte sich auf ein Niveau ein, das sich nach den östlichen Exporterlösen und den Zahlungsverpflichtungen aus früheren gewährten Krediten richtete. Preisbereinigt existiert seit dieser Zeit ein Minimumwachstum im Osthandel (14). Allein im letzten Jahr schrumpften die OECD-Exporte in den RgW um 8% (15). Demgegenüber konnte der RgW seine Exporte in den Westen etwas steigern, so daß sich insgesamt bei stark sinkenden Einfuhren und gestiegenen Ausfuhren im Jahre 1982 die Situation ergeben hat, daß die OECD ein Handelsbilanzdefizit von 4 Mrd. Dollar gegenüber dem RgW aufweist (15). Diese Tatsache liegt an der hohen Verschuldungslage der meisten RgW-Länder, da die Handelsüberschüsse des RgW für Zinszahlungen draufgehen.

Daß der Osthandel im Westen schon frühzeitig eher problematisch eingeschätzt wurde, läßt sich aus einem Beitrag des Grafen Lambdorff ableiten, den er 1976 verfaßte (16). Der Graf enthielt, daß die BRD bereits 1950 immerhin 3% ihres gesamten Außenhandels mit den osteuropäischen Staaten einschneidend der Sowjetunion abwickelte, wenigstens die offiziellen Statistiken null Prozent aufwiesen. In Zeiten des Kalten Krieges und der Boykottpolitik des Westens lief dieser Handel auf und kehrte über den „Ostauschub“ der bundesdeutschen Wirtschaft. Erst 1972 sei ein „Tendenzumschwung“ eingetreten, und die Ausfuhren seien enorm gestiegen. Von den 7141 Waren auf der COCOM-Liste seien 6.625 „liberalisiert“ worden. Schon damals beklagte der Graf die „mangelnde östliche Lieferfähigkeit“, da die BRD nur zu 25% Fertigwaren erhalte. Die Folge sei die hohe Verschuldung des RgW Lambdorffs Forderungen waren entsprechend: „Unsere Investitionsgüter können auf Dauer nicht nur mit östlichem Gemüse, östlichen Textilien und Schuhen und ausschließlich mit Rohstoffen bezahlt werden. So wie im Verhältnis zu unseren großen westlichen Partnern muß sich der Handelsaustausch vor allem in industriellen Bereich bewegen“. Dies setze eine „Industrialisierung im Osten voraus“.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma sah der Graf zum einen in stärkeren Einfuhren von Energie-Rohstoffen, was allerdings nur die Sowjetunion betrifft. Als weitere „Notlösung“ kommen für ihn die Kompensationsgeschäfte in Frage, wenigstens sie für die bundesdeutsche Wirtschaft auch nachteilig seien. Kompensations- oder „Switch“-Geschäfte sind Abkommen, bei denen der Westen Industriewaren ausführt und dafür Kredite gewährt, da der RgW zumeist nicht in westlichen, also konvertierbaren Währungen bezahlen kann. Zugleich verpflichtet sich das westliche Unternehmen, später eine dem Exportvolumen entsprechende Anzahl von Waren, Rohstoffen etc. aus dem RgW einzuführen. Es wird also so mit Waren bezahlt.

Lambdorff sieht darin Probleme, da sich westliche Firmen langfristig verpflichten müßten, östliche Waren einzukaufen, die in der Zwischenzeit auf dem Weltmarkt besser und billiger zur Verfügung stünden. Der Graf bemängelt, daß die Form von Kompensationsgeschäften nur für die RgW Vorteile bringe, da es den Warenexport in den Westen genau kalkulieren kann. Fürs Kapital verlockender sind nach Lambdorff nur die Kooperationsgeschäfte; das heißt, direkte Handelsbeziehungen zwischen östlichen und westlichen Unternehmen herzustellen. Die Form dieser Kooperationsgeschäfte liegt einmal in der Vergabe von Lizenzen und technischem know-how an den östlichen Betrieb, der dann die gewünschten westlichen Waren in den Westen liefert. Der Graf preist dieses System als Maßnahme der „Lohnveredelung“ an; das heißt, daß das westliche Kapital aufgrund der niedrigeren Lohnkosten im RgW Extraprofite herauswirtschaften kann. Als lohnenden Bereich nennt Lambdorff insbesondere die Textilindustrie, die teilweise in den Osten verlagert werden könne. Extraprofite lassen sich noch vorteilhafter erzielen, wenn sich einzelne Unternehmen direkt mit Kapital an östlichen Firmen beteiligen und „gemischte Gesellschaften“ bilden; diese existieren vor allem mit Rumänien, Ungarn, Polen und Jugoslawien.

Alles in allem sieht Lambdorff das Hauptproblem des Osthandels darin, daß die „Anpassungsfähigkeit“ des RgW an den Weltmarkt sehr gering sei und die Warenexportstruktur nicht sehr viel hergebe.

Vergleicht man Lambdorffs Aussagen über den Osthandel vor acht Jahren mit heutigen Analysen und Einschätzungen westlicher Institute und Politiker, so sind diese — bis auf das hohe Ausmaß der Verschuldung — nahezu identisch. Erschwerend kam Ende der 70er Jahre die Weltwirtschaftskrise hinzu, die die Absatzschwierigkeiten östlicher Waren zusätzlich erhöhte, sowie der Druck der negativen Zahlungsbilanzen, der die RgW-Länder zu einer Rücknahme der OECD-Importe zwang. „Unter diesen Umständen beurteilt der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels die weitere Entwicklung des Osthandels ohne Illusionen. Das gegenwärtige Niveau zu halten, wäre schon ein Erfolg“ (17).

Auch ohne westliche Sanktionen ist also festzuhalten, daß der gesamte Osthandel seit etwa 1976 aus den oben genannten Ursachen rückläufig ist. Die zum Teil drastischen Importkürzungen westlicher Waren seitens der meisten RgW-Staaten, die aufgrund der Verschuldungslage in den letzten Jahren ergriffen werden mußten, lauten für die weitere Zukunft — auch unabhängig von westlichen Sanktionen — eher noch einen weiteren Rückgang des Warenaustausches erwarten. US-Außenminister Shultz hatte nicht unrecht, wenn er auf der letzten OECD-Konferenz erklärte, die Märkte würden auch ohne politischen Zettel wegen „geringer Exportfähigkeit des RgW“ den Osthandel reduzieren (11).

Die „Kreditwaffe“

Um zu beurteilen, inwieweit die Absichten und Ziele des Osthandels den erhofften „Wandel“ in einzelnen Ländern des RgW bewirkt oder wirtschaftliche Abhängigkeiten geschaffen haben, die der Westen als politisches Druckmittel nutzen kann, muß auf die besonderen Handelsbeziehungen der einzelnen Länder des RgW eingegangen werden.

Im Mittelpunkt steht dabei die Nutzung der zum Teil extrem hohen Auslandsverschuldung der RgW-Staaten, die im letzten AK dargestellt wurde (13). Die großen US-Banken wie u. a. Chase Manhattan oder Morgan Guaranty Trust haben sich bereits Mitte der 70er Jahre aus der östlichen Kreditvergabe zurückgezogen, als sich die hohe Verschuldung abzuzeichnen begann (18).

Alarm geschlagen wurde bei den Banken aber erst am 26.3.81 beim Eintrudeln eines Telex vom polnischen Außenhandelsministerium: Polen könne künftig weder die fälligen Rückzahlungsraten noch die Zinsen aufbringen. Der zweite Schlag kam am Juni des gleichen Jahres, auch Rumänien ließ bei 24 Mrd. DM Auslandsverschuldung die Wechsel plätzen und meldete Zahlungsunfähigkeit an. Der „Spiegel“ wußte bereits von einem Zusammenbruch des östlichen Pumpsystems zu berichten und meldete: „Der Bruch ist da, im Osten läuft nicht mehr viel. Das Geschäft droht auf das Niveau der fünfziger und der sechziger Jahre zurückzufallen“ (18).

Die erschrockenen Bankiers, darunter auch der bundesdeutsche Bankenchef Kühn, gaben die Parole aus: „keine Risiken mehr einzugehen“. Die westlichen Banken, die sich wie die Geier beim Aufschwung des Osthandels zu Beginn der 70er Jahre auf den profitablen und staatlich verbürgten Markt warfen, zogen sich seit 2 Jahren mehr und mehr aus diesem Geschäft zurück. Daß sich jedoch sehr wohl politisch an der Verschuldungsschraube drehen läßt, kann anhand einiger RgW-Länder belegt werden.

Das trifft vor allem auf die Länder des RgW zu, die den Gang zu Umschuldungsverhandlungen beim Internationalen Währungsfonds (IWF) antreten mußten. Das sind zur Zeit Jugoslawien (19), Rumänien (seit 1973) und Ungarn (seit 1982). Polen hat bereits beim IWF angeklopft, ist aber nicht Mitglied in diesen Kreisen geworden.

Bevor auf die Lage in den einzelnen RgW-Ländern eingegangen wird, kann die Bedeutung und der Umfang der Rolle des Ost-West-Handels für den RgW aus neberschauender Tabelle abgelesen werden (Tabelle I). Da die Verschuldung der einzelnen RgW-Länder gegenüber westlichen Banken Auswirkungen auf den Ost-West-Handel hat, gibt eine weitere Tabelle Auskunft darüber, wieviel Devisen die östlichen Länder vom gesamten Außenhandel bereits aufbringen müssen, um Zinsen und Kredite abzurufen (Tabelle II).

Auf die Einmischung des Imperialismus über den IWF auf die wirtschaftliche Lage in Jugoslawien ist bereits im letzten AK eingegangen worden. Ein westliches Bankenkonsortium hat Anfang dieses Jahres einen weiteren Umschuldungskredit von 3 Mrd. DM gewährt, wobei der federführende IWF auf einem „radikalen Sanierungskonzept“ der jugoslawischen Wirtschaft besteht (20). Im Mai wußte die „FAZ“ zu berichten, daß Jugoslawien dabei sei, eine „radikale Reform“ in Angriff zu nehmen, die auf eine weitere Restauration der Marktgesetze hinauslaufe (21). Unter „Sanierung“ ist in Jugoslawien bisher bereits verstanden worden, die Löhne zu senken und die Preisstruktur an den Weltmarkt anzupassen sowie die Währung drastisch abzuwerten — ein Konzept, das in Ländern der Dritten Welt üblich ist, mit den entsprechenden Folgen für die dortigen Unterdrückten. Die Verschuldungsmaschine hat jedoch die jugoslawischen Machthaber dazu bewogen, nicht einseitig dem westlichen Druck nachzugeben, als Gegenmaßnahme wurde der Handel mit der Sowjetunion wieder intensiviert, der ohnehin die wichtigste Rolle einnimmt. Daß diese Entwicklung dem Westen nicht gerade erwünscht ist, versteht sich von selbst, daher wird die Kredit- und Zinschraube nicht allzu sehr angezogen.

Neben Jugoslawien ist die Situation Rumäniens besonders problematisch. Seit Ende 1981 ist dieses Land praktisch zahlungsunfähig und die westlichen Banken sind nicht mehr bereit, die fälligen Zinszahlungen zu stunden. Die rumänische Regierung gestand daraufhin offen das Scheitern

des Westhandels ein (22). Nachteilig wirkt sich für dieses Land aus, daß es über keine nennenswerten „traditionellen“ Exportwaren wie Rohstoffe verfügt, um seine Zahlungsbilanzdefizite zumindest auf diese Weise auszugleichen. Daher drohte Rumänien am Rigostrasse die Westimporte. Die „FAZ“ meldete einen „tiefen Einbruch“ im Handel mit Rumänien; die BRD-Ausfuhren sind im letzten Jahr um 39,5% zurückgegangen (23). Im Verlaufe der erfolgreichen Umschuldungsverhandlungen beim IWF forderte dieser als Gegenleistung die „Rücknahme subventionierter Preise“ und damit faktisch die Orientierung von „realen Preisen“ am Weltmarktniveau. Anfang 1982 kam Rumänien diesen Forderungen teilweise nach; die landwirtschaftlichen Aufkaufpreise und die Preise für Grundnahrungsmittel wurden kräftig erhöht, letztere um 35% (24). Zufrieden äußerte sich die „FAZ“ Rumänien wurde einen „stärkeren Realismus“ an den Tag legen und sei zu „einer generellen Umgestaltung seines Wirtschaftssystems bereit“ (24).

Nun fragt man sich, warum der IWF den Hebel ausgerechnet an der rumänischen Landwirtschaft ansetzt. Der erste Punkt ist, daß der Verbrauch von Grundnahrungsmitteln eingeschränkt werden soll, die materielle Lage der Arbeiterklasse sich also verschlechtert, vorteilhaft ist auf jeden Fall, daß Rumänien nicht so viel Lebensmittel einführen braucht, um auf diese Weise die Zahlungsbilanz zu entlasten. Zweiter Punkt ist, daß der Imperialismus darauf setzt, daß es aufgrund der von ihm verordneten Maßnahmen zu erwünschten Unruhen, Streiks etc. kommt, zu „polnischen Verhältnissen“, um die Auflösung des sowjetischen Machtbereichs voranzutreiben. Drittens wird der rumänische Finanzhaushalt durch Einsparungen an Lebensmittelsubventionen entlastet, es werden also Akkumulationsquellen freigelegt, die für Investitionen in anderen Sektoren verwendet werden können, insbesondere in den Bereichen, die zur Steigerung der Westexporte beitragen können.

Trotz dieser Maßnahmen auf Druck des IWF waren für Rumänien im letzten Jahr „Devisenfalligkeiten“ von 2,3

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle II
Zinszahlungen in % der Jahreswerte der Westausfuhren

	1978	1979	1982
Bulgarien	46	35	-
CSSR	14	16	-
DDR	26	33	-
Polen	33	39	30-60
Rumänien	14	17	-
Ungarn	34	35	31
UDSSR	12	9	-

Tabelle III

Verschuldung 1983
geschätzte Schuldenlast in Mrd. Dollar

	Summe Ende 1982 (Tilgung u. Zinsen)	Schuldendienst 83 Anteil d. Schuldendienstes am Export (in %)
Polen	26,0	7,8
UDSSR	23,0	12,2
Jugoslawien	19,0	6,0
DDR	14,0	6,3
Rumänien	9,9	5,5
Ungarn	7,0	3,5

(Quelle: „Time Magazin“, Jan. 1983)

Entwicklung und Regionalstruktur des Außenhandels der RgW-Länder

		Insgesamt	Sozialistische Länder 1)	OECD- Länder 2)	Entwick- lungs- länder 3)	Insgesamt	Sozialistische Länder 1)	OECD- Länder 2)	Entwick- lungs- länder 3)
		Mrd. TRB 4)	Anteil i. v. H.			Mrd. TRB 4)	Anteil i. v. H.		
Bulgarien	1970	1,81	79,3	14,2	6,5	1,65	76,2	19,1	4,7
	1975	3,49	80,1	10,1	9,8	4,03	72,3	23,8	3,9
	1980	6,06	70,5	20,3	9,2	6,33	79,0	17,0	4,0
CSSR	1970	3,41	70,6	20,6	3,8	3,33	69,4	24,8	5,8
	1975	5,83	71,5	20,0	3,5	6,32	70,1	24,8	5,1
	1980	10,03	69,6	21,8	3,6	10,19	70,2	24,4	5,4
DDR	1970	4,12	73,9	21,9	4,2	4,36	69,4	26,7	3,9
	1975	7,52	73,2	22,4	4,4	8,41	66,6	29,1	4,3
	1980	12,33	68,7	24,2	7,1	13,48	64,4	29,8	5,9
Polen	1970	3,19	63,8	28,5	7,7	3,25	68,6	25,9	4,5
	1975	7,69	59,9	31,5	8,6	9,37	45,8	49,5	4,7
	1980	11,68	53,7	34,4	9,9	12,97	55,5	55,0	9,3
Rumänien	1970	1,09	58,1	32,2	9,7	1,76	54,0	39,6	8,4
	1975	3,96	46,0	35,0	19,0	3,98	43,6	42,2	14,2
	1980	8,20	41,0	39,0	20,0	8,85	39,0	35,0	36,0
Ungarn	1970	2,09	65,6	28,5	5,9	2,36	64,6	29,6	5,8
	1975	4,27	71,7	22,3	6,0	4,97	64,4	28,4	7,2
	1980	7,93	67,7	22,2	10,1	8,25	64,0	28,5	7,6
ROW(6)	1970	16,28	69,2	24,0	6,8	16,60	67,6	27,2	5,3
	1975	32,78	67,0	24,3	8,7	37,08	59,8	34,2	6,0
	1980	56,93	62,3	27,3	10,4	60,07	61,2	29,2	9,6
UdSSR	1970	11,52	65,4	19,7	15,4	10,59	65,1	24,3	10,6
	1975	24,03	60,7	25,7	13,6	26,61	52,4	36,6	11,0
	1980	49,66	54,2	32,6	13,2	44,47	53,2	33,6	11,2
RGW(7)	1970	27,80	67,6	22,0	10,4	27,18	66,6	26,3	7,3
	1975	56,81	64,3	24,9	10,8	63,75	56,7	35,2	8,1
	1980	106,98	58,5	29,7	11,8	104,54	57,8	31,9	10,3

1) Albanien, Bulgarien, CSSR, DDR, Kuba, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, UDSSR, Ungarn, Vietnam und VR China 2) Für die DDR: sog. kapitalistische Industrielländer 3) Resposten 4) 1 Transferfibel entspricht 1,11 US \$ (1970), 1,39 US \$ (1975) und 1,53 US \$ (1980)

Quellen: Außenhandelsstatistiken und Sozialistische Monatshefte sowie Planerfüllungsberichte der ROW-Länder, Angaben für 1980 vorläufig bzw. Schätzungen.



Nixon, Vermittler Ceausescu: "Er hat ganz schönen Mumm."

len. Eine Gegenstudie der „Stiftung für Wissenschaft und Politik“ mit dem Titel „Die Bedeutung des Technologietransfers in den Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion“ kommt allerdings zu dem Schluß, „daß ein Technologie-Embargo die Sowjetunion in einzelnen ziviltechnologischen Bereichen trifft, sich aber auf den rüstungstechnologischen Bereich wohl kaum nachweisbar auswirken dürfte.“ Und eine weitere amerikanische Studie kam zu dem wohl zutreffenden Ergebnis: „Die Fähigkeit der sowjetischen Wirtschaft, ohne Importe lebensfähig zu bleiben, ist größer als die der meisten, möglicherweise aller industrialisierten Länder. Die Anfälligkeit der Sowjetunion für ein ökonomisches Aushebeln ist begrenzt“ (10). Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch Matthias Schmitt, ehemaliges Vorstandsmitglied der AEG-Telefunken, bereits vor 6 Jahren: „es sei ein „fataler Irrtum zu glauben, daß man durch Einstellung oder Einschränkung der westlichen Lieferungen auf technischem Gebiet zum Beispiel die Sowjets irgendwie zwingen könnte, ihre Rüstungen wesentlich einzuschränken. Dies ist eine typische Fehleinschätzung, die man im Westen leider immer wieder trifft, es ist eine Fehleinschätzung des Systems und seiner Reaktionsmöglichkeiten ...“ (6).

Zieht man eine vorläufige Bilanz des Osthandels, so läßt sich auf wirtschaftlichem Gebiet feststellen, daß er seit 1976 — abzüglich der Preissetzungsrate — zurückgegangen ist und sich auf ein bestimmtes, den östlichen Möglichkeiten entsprechend beschränktes Niveau eingefahren hat, bis die immer mehr anwachsenden Schuldenberge und die Reaktionen der westlichen Banken darauf alle osteuropäischen Länder zwang, ihre Einfuhren aus dem Westen drastisch zu drosseln. Halten die westlichen Kreditrestriktionen weiter an und wird zu „normalen“ Geschäftspraktiken zurückgekehrt, das heißt, ohne den RgW-Ländern spezielle Handels- und Kreditvergünstigungen einzuräumen, so wird in Bankkreisen damit gerechnet, daß sich der Osthandel in Zukunft noch einmal hal-

bieren würde (35). Ein beachtlicher „Wandel“ mittels der imperialistischen Osthandelspolitik in einigen Ländern des „realen Sozialismus“ ist in der Tat eingetreten: der entscheidende Punkt dabei ist jedoch nicht die versuchte Anpassung der östlichen Warenexportstruktur und der Preise an den Weltmarkt (auch wenn dieser Faktor Veränderungen in Rumänien, Jugoslawien und Ungarn bewirkt hat), sondern die Tatsache, daß die RgW-Länder etwa seit 1976 einen zahlungsbilanzorientierten Handel betreiben mußten. Die hohe Verschuldung, ein wesentliches Resultat des Osthandels, ist derzeit ein entscheidender Hebel des Imperialismus. Druck und Einfluß auf die östliche Wirtschaftspolitik ausüben zu können. In Rumänien, Jugoslawien und Ungarn wurden Sanierungsmaßnahmen ergriffen auf Kosten der materiellen Lage der Arbeiterklasse, verbunden mit einer weltmarktorientierten Umwälzung der Preisstrukturen. Das Diktat der Zinszahlungen zwang Polen dazu, hauptsächlich die eigenen dringend benötigten Rohstoffe zu exportieren und die Investitionen auf diesen Bereich zu konzentrieren, zu Lasten der Förderung und Entwicklung der Industrie und vor allem der Landwirtschaft.

Aufgrund der Verschuldungslage einerseits, der mangelnden Konkurrenzfähigkeit östlicher Waren auf den Weltmärkten andererseits (die nicht nur qualitätsbedingt ist, sondern auch mit der Weltwirtschaftskrise zusammenhängt), hat die Bedeutung des Osthandels insgesamt abgenommen — auch ohne Zutun westlicher Sanktionsmaßnahmen. Unter den gegebenen politischen Bedingungen wird es in Zukunft kaum zu einer Neuaufgabe des fast vollständigen Handelsembargos

seitens des Imperialismus kommen. Zum einen aus rein wirtschaftlichen Gründen, da bestimmte westliche Unternehmen vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ein Interesse am östlichen Markt haben. Zum anderen besteht der Osthandel notwendig, da die westlichen Banken ihr verpumptes Geld — zumindest langfristig — zurückhaben möchten. Das betrifft vor allem die westeuropäischen Kapitalgeber, da die US-Banken sich schon weitgehend aus dem Kreditgeschäft mit dem Osten zurückgezogen haben. Angesichts eines schrumpfenden, primär zahlungsbilanzorientierten Osthandels in einer Zeit, in der der Imperialismus auf Konfrontation setzt, werden die Versuche des Imperialismus eher zunehmen, den Osthandel mit politischen Drohungen, Erpressungen und sowjetischem „Wohlfühlen“ zu verknüpfen, wie die Auseinandersetzungen um das Erdgas-Geschäft und um die Ausfuhren hochwertiger Technologien bereits gezeigt haben.

D., Westberlin

Anmerkungen

- (1) siehe FAZ, 31.5.83; FR, 9.4.83
- (2) FAZ, 1.8.83
- (3) FR, 10.5.83
- (4) FR, 1.8.83
- (5) FAZ, 11.3.82
- (6) W. Fuchs, „Finanzierungen im Ost-West-Geschäft“, 1979, S.23 f
- (7) FAZ, 2.5.83
- (8) FR, 9.4.83
- (9) FR, 4.5.83
- (10) „Die Zeit“, 13.5.83
- (11) FR und FAZ, 11.5.83
- (12) J. Bethkenhagen, „Außenwirtschaftliche Verflechtung der RgW-Länder in der DDR und Osteuropa — Ein Handbuch“, Lanke-Verlag, 1981
- (13) siehe AK 234, S.37-39
- (14) A. Kanas/Lewicki, „Die Wirtschaft der RgW-Länder in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre“, Mai 1978 vom „Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche“, S.218 f
- (15) FR, 26.5.83
- (16) „Osthandel“, Herausgegeben von Hans-Herbert Karry, Kohlhammer Verlag, 1977, S.218 f
- (17) FR, 26.5.83
- (18) „Osthandel“, Herausgegeben von Hans-Herbert Karry, Kohlhammer Verlag, 1977, S.30 f
- (19) Jahresbericht 1980-81 des „Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels“, S.40
- (20) „Der Spiegel“, 4/1982
- (21) Jugoslawien ist nur assoziiertes Mitglied des RgW
- (22) FAZ, 21.1.83
- (23) FAZ, 2.5.83
- (24) „Die Zeit“, 11.12.81
- (25) FAZ, 10.2.83
- (26) FAZ, 11. und 18.2.82
- (27) FAZ, 22.1.82
- (28) siehe Anm. 12
- (29) siehe FR, 7.3.83 und FAZ, 12.3. und 25.5.83
- (30) „Der Spiegel“, 6.6.83 und FR, 6.6.83
- (31) „Tagesschau“ der ARD, 4.6.83
- (32) „Der Spiegel“, 3.1.83
- (33) „Der Spiegel“, 27.12.82; FAZ, 20.11.81 und 7.8.82; FR, 6.4.83
- (34) FR, 23.3.82
- (35) FAZ, 7.5.82
- (36) „Neues Deutschland“, 28.2.82, Kommentar des Moskauer Rundfunks
- (37) FAZ, 27.6.82
- (38) „Der Spiegel“, 1979
- (39) „Die Zeit“, 22.4.83 und „Volksblatt Berlin“, 1.5.83
- (40) FAZ, 16.3.83
- (41) FAZ, 8.7.83
- (42) FAZ, 25.5.83
- (43) FAZ, 13.11.81
- (44) FR, 6.4.83
- (45) FR, 12.4.83
- (46) „Tagesspiegel“, 17.4.83

Wie die Banken und der Imperialismus überleben können, geht aus einem Vergleich der Tabellen II und III hervor; die hohen Schuldensummen in Tabelle III kommen dadurch zustande, daß alle Verbindlichkeiten einfach zusammenaddiert wurden, also zum Beispiel auch Kredite langfristiger Art, wo die Möglichkeit der kompensatorischen Rückzahlungen außer Acht gelassen wird.

Krise im Weltschiffbau

Wirtschaftlicher Boom, starke Expansion auf den internationalen kapitalistischen Märkten sowie die stark anwachsende Nachfrage nach Energie, besonders nach Erdöl, führten Anfang der 70er Jahre auf dem Weltschiffbaumarkt zu einem sprunghaften Kapazitätsausbau.

Die große zahlungskräftige Nachfrage auf dem Gebiet des Großschiffbaus — und hier verstärkt noch durch die Schließung des Suez-Kanals 1973 die Nachfrage nach Supertankern — löste eine allgemeine Schiffbaueuphorie aus. In den Jahren 1970-75 war ein Anstieg der Schiffbauproduktion von weltweit 65 Prozent zu verzeichnen. Reeder und Schiffbauer, die sich rechtzeitig auf diese neue Situation einstellten, erzielten in aller kürzester Zeit Profite in Milliardenhöhe ab; fast alle Schiffbau- und Schiffahrtsnationen der kapitalistischen Welt konnten die Blüte ihrer Existenz feiern.

Ab 1976 begann die Talfahrt. Die Schiffbauproduktion sackte bis 1979 auf 40 und 1980 bis auf 38 Prozent des Standes von 1975 ab. Die kapitalistischen Schiffbaunationen reagierten, nachdem ein Wiederaufschwung nicht mehr in Sicht war und die weltweite Nachfrage nach großen Frachtschiffen — und hier wieder insbesondere nach Erdöltankern — unauffällig zurückging, mit einem rigiden Abbau der Kapazitäten. Hunderte von Werft-Konkursen und Massenentlassungen größeren Stils standen auf der Tagesordnung. Bis heute hält diese Krise an. Obwohl es in den Jahren 1980 bis 1982 zu einer leichten Belebung der Nachfrage und einem zwischenzeitlichen Anwachsen der Werftkapazitäten gekommen ist, gehen einschlägige Prognosen von einer eher leicht rückläufigen bis stagnierenden Marktentwicklung bis Mitte der 80er Jahre aus und rechnen danach wieder mit einem leichten Anstieg.

Die Phase der Umstrukturierung der Werften, der Abbau von Überkapazitäten, Stilllegungen und Entlassungen ist noch keineswegs abgeschlossen. Früher oder später mußte die unkontrollierte, an kurzfristigen Profitinteressen ausgerichtete Kapazitätsaufblähung bis Mitte der 70er Jahre zum Knall führen. Obwohl sich eigentlich schon seit der Ölkrise 1973 mit der schlagartigen Vervielfachung des Rohöls ein nachhaltiger Rückgang der Nachfrage abzeichnete, die von der 1974 einsetzenden Krise verstärkt werden sollte, wurde die Schiffbauproduktion auf einem extrem hohen Niveau gehalten. Schiffe wurden weiterproduziert, obwohl klar war, daß sie nach dem Stapellauf auf Halde liegen würden; beispielsweise wurde bei HDW in Kiel in der Hektik des Booms ein Großdeck gebaut, ohne daß nach seiner Fertigstellung auch nur ein Großschiff vom Stapel lief.

Öl- und Wirtschaftskrise waren die äußeren Faktoren, die den gezielten Niedergang der Schiffbauproduktion beschleunigten. Die Ursache der noch 1976 einsetzenden Entwicklung ist die Anarchie der kapitalistischen Produktion, wie sie kaum krasser als im Schiffbau zum Ausdruck kommt.

Hier unterscheiden wir uns von der — auch von Gewerkschaften immer wieder vorgetragenen — tendenziell chauvinistischen Krisenargumentation, die die Hauptschuld der Ölkrise und damit der Politik der OPEC-Länder in die Schuhe schiebt.

Nachfolgende Maßnahmen kapitalistischer Krisenlösung erscheinen in diesem Licht als unabwendbare, von außerhalb erzwungene und daher letztlich zu akzeptierende Maßnahmen. Die Verankerung dieser Konstruktion in den Köpfen der Bevölkerung ist heute eine wesentliche politische Stütze zur Durchsetzung kapitalistischer Rationalisierungsstrategien auf den Werften.

Ergebnisse der „Reinigungskrise“ ab 1975

Japan: Die Schiffbaunation Nr. 1, Japan, die ihre Schiffbaukapazitäten insbesondere auf den Großschiffneubau ausgerichtet hat, mußte von der Krise am nachhaltigsten erfaßt werden. In einem atemberaubenden Tempo halbierte Japan von 1979-1982 seine Werftkapazitäten, 40 Werften gingen bankrott, der Personalbestand wurde im Zeitraum von 1974-1982 von ehemals 270.000 auf 160.000, also um 110.000 abgebaut. Japan erlebte zwischenzeitlich einen absoluten Tiefpunkt: Konnte es 1974 noch 50 Prozent Anteil am Weltschiffbau vorweisen, sackte dieser 1979 auf ganze 33 Prozent ab. Das Ergebnis einer brutalen Sanierungspolitik ist verblüffend: 1983 erreichte es wieder Anteile von 49 Prozent mit einer noch steigenden Tendenz.

Süd-Korea: In der Boomzeit als Schiffbaunation noch gänzlich unbekannt, schob sich das faschistische Südkorea 1982 an die zweite Stelle der Welttrangliste vor. Bis 1986 sollen die Werftkapazitäten bis auf 6 Mio. Bruttoregistertonnen (BRT) ausgebaut werden, der Hälfte der derzeitigen weltweiten Schiffbaunachfrage! Maßgeblich vom Seiten der Japaner wurde hier binnen kürzester Zeit mit der Werftindustrie eine für unterentwickelt gebildene Länder-typische Monokultur

aufgebaut, die gleichzeitig praktisch völlig abhängig ist. Der japanische Werftkonzern Hyundai Heavy Industries Co. kontrollierte 1983 rund 50 Prozent der südkoreanischen Werften und ist Teil des größten südkoreanischen Konzerns.

Die Schiffwerften entsprachen modernen Anforderungen, praktisch alle Schiffstypen, aber auch Meerwasserentwässerungsanlagen oder Bohrinseln können hier gebaut werden, ergänzt durch den Faktor relativ geringen Lohnniveaus. Dieser Aufbau enormer Überkapazitäten war auf durch immense Auslandsschulden möglich: Ende 1981 lag diese bei 31 Mrd. Dollar, Ende 1982 waren es bereits 36 Mrd. Die Tilgung dieser Auslandsschulden frist 1982 bereits 54 Prozent der Exporteinnahmen auf.

Zur Auslastung dieser Überkapazitäten wird Südkorea seine jetzt schon aggressive Verkaufspolitik noch verstärken. Gegenmaßnahmen einer heiligen Allianz zwischen der BRD und Japan werden nicht lange auf sich warten lassen. Über protektionistische Maßnahmen war bis dato nichts zu hören, möglicherweise wird hier der internationale Währungsfond Auswege bieten...

Absehbar jedenfalls ist, daß der südkoreanische Ausfluß auf die Weltmeere nur von kurzer Dauer sein wird. Der dann folgende Zusammenbruch seiner Werften wird verheerende Folgen und wirtschaftliche Not für die Bevölkerung mit sich bringen.

Zunächst ist Südkorea der Gewinner der Schiffbaukrise und dies insbesondere auf Sektoren, in denen auch die westeuropäischen Werften engagiert sind.

Westeuropa: Die Schiffbauproduktion der Länder Westeuropas lag 1956 noch um das Dreifache über der Japaner. 1979 lag der japanische Anteil bereits 25 Prozent über dem europäischen, in den Krisenjahren 1977-1979 kam es wieder zu einer pari-pari-Situation, seit 1980 erreicht Westeuropa nicht einmal die Hälfte japanischer Produktionszahlen.

Großbritannien: 1956 noch Schiffbaunation Nr. 1 auf der Welt, setzte — allerdings mit erheblich weniger Erfolg — auf vergleichbar brutale Sanierungskonzepte wie Japan. Seit 1977 sank die Zahl der Beschäftigten im gesamten britischen Schiffbau um ca. 25 Prozent (von 175.000 auf 133.000), wobei der britische Schiffbau um knapp 30 Prozent

britischen Schiffbau um ca. 25 Prozent (von 175.000 auf 133.000), wobei der diese Branche dominierende Konzern British Shipbuilders um knapp 30 Prozent abbaute (von 88.000 auf 63.000). Neun Werften wurden stillgelegt, lediglich auf dem Gebiet des Kriegsschiffbaus wurden noch nennenswerte Gewinne erwirtschaftet. 1977 wurden 19 britische Werften in der staatlichen Gesellschaft British Shipbuilders zusammengefaßt, heute befinden sich 99 Pro-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

zent des britischen Schiffbaus in staatlicher Hand.

Die französischen Werften sind in diesem Jahr nur noch zu 40 Prozent ausgelastet, obwohl die Produktion von 1974 um die Hälfte reduziert und die Zahl der Beschäftigten von 30.000 auf nunmehr 24.000 abgebaut wurde.

Nicht wesentlich anders ist die Situation der sich mittlerweile zu 90 Prozent in der staatlichen Gesellschaft IRJ befindlichen italienischen Werftindustrie. Bei drastischer Reduzierung der Schiffbaukapazitäten ging die Zahl der Beschäftigten von 1975 bis heute um ein Drittel (von 25.000 auf 17.000) zurück. Lediglich die staatliche Werftengruppe CNR konnte in den letzten Jahren einen Aufschwung verbuchen, sie arbeitet auf dem Kriegsschiffbau-Sektor und hat sich zwischen den von den USA und der UdSSR beherrschten Einflußbereichen eine beträchtliche Marktnische sichern können. Sie kann auf diesem Sektor mehr als ein Drittel aller Aufträge abheben und tritt damit auch als ernsthafter Konkurrent der westdeutschen Kriegsschiffbau-Industrie (mit Entwicklung des neuen U-Boot-Typs „Sauro“) gegen den HDW in Kiel Aufträge abgefragt werden.

Mit Ausnahme der finnischen wurden die skandinavischen Werften im besonderen Maße von der 1975 einsetzenden internationalen Werftkrise betroffen. An erster Stelle ist hier Schweden zu nennen, das 1975 mit 7 Prozent Weltmarktanteilen noch knapp vor der BRD und hinter Japan an zweiter Stelle im Weltschiffbau lag. Schweden hatte sich im wesentlichen auf Tanker und Massengutfrachter spezialisiert und konnte auch durch einschneidende Sanierungskonzepte seinen Niedergang kaum noch aufhalten. Durch eine weitgehende Umstellung der Produktion (Spezialisierung auf Ro-Ro-Schiffe, Kombitanke für Erz und Öl, sowie kleinere Tanker) konnten hier die Anteile auf drastisch geringem Niveau in Zukunft stabilisiert werden.

Die norwegischen Werften waren vom Einbruch nach 1975 fast ebenso betroffen, wie die schwedischen. Bis 1981 wurden hier die Kapazitäten um ca. 30 Prozent abgebaut, die Produktion sank um ganze 70 Prozent.

In Dänemark, wo sich die Werften überwiegend im Reederbesitz befinden, gelang eine Spezialisierung (u.a. auf Fähren, Brückenkomponenten, Off-shore-Lieferungen) vergleichbar frühzeitig. Der Kapazitätsabbau konnte so in Grenzen gehalten werden, die Zahl der Beschäftigten sank hier von 17.000 auf 11.500 in den Jahren 1975-1982. Eine eindeutige Ausnahme bietet hier Finnland, die Entwicklung auf den Werften ist denen der kapitalistischen Länder völlig entgegengesetzt: In der Zeit der Krise konnte Finnland seine Produktionszahlen leicht steigern und damit angesichts der weltweit absolut fallenden Tendenz seinen Anteil auf dem Weltmarkt erheblich ausbauen: von 0,7 Prozent in 1975 auf immerhin zwei Prozent 1979, bei 1,6 Prozent Anteilen heute. Finnland hat sich nicht dem internationalen Trend zum Massengutfrachter angeschlossen, sondern beharrt an der Spezialisierung auf Eisbrecher, Passagier- und Kreuzfahrtschiffe, Bohrinseln etc. festgehalten. 1983 orderte die UdSSR 60 Prozent des gesamten Auftragsbestands der finnischen Werften.

Eine vergleichbare Entwicklung der Schiffbauanteile trifft auch auf die Länder Osteuropas zu. Ihre Anteile von 4,9 Prozent in 1975 wuchsen auf 8 Prozent (1982) nach sogar 11,8 Prozent in 1980. Schon dieser zahlenmäßige Vergleich beweist, daß entgegen der bürgerlichen Krisenpropaganda die Werftkrise nicht das Ergebnis allgemeiner Marktlösung, der allgemein zurückbleibenden Nachfrage, etwa im Sinne fehlender Bedürfnisse auf diesem Sektor, schlechtem Bedarf und Nachfrage gibt es durchaus, insbesondere — wie man weiß — in Osteuropa, aber auch in den Ländern der sog. III. Welt und durchaus in vielen kapitalistischen Ländern.

Überproduktionskrise und fehlende k auf kräftige Nachfrage und die Merkmale der Schiffbaukrise, die keineswegs eine weltweite Krise ist, sondern die sich aus der spezifisch kapitalistischen Produktionsform ergibt.

Japan geht aus der 1975/76 in den kapitalistischen Schiffbauländern eingetretenen Reinigungsphase glücklicherweise hervor und hat nach einigen Rückschlägen seine dominante Stellung wiedererlangt. Westeuropa als Ganzes betrachtet mußte schwere Einbrüche hinnehmen, der Fortbestand der einzelnen Werftindustrien ist ohne massive staatliche Intervention und Dauersubventionen heute undenkbar.

Europa unter Ausklammerung des

BRD-Schiffbaus betrachtet ließe aber, ein unvollständiges Bild zu malen; hier liegen die Dinge etwas anders.

BRD-Schiffbau in der Krise?

Die BRD-Werftindustrie ist auch in der Krise nach Japan der bedeutendste Schiffbauproduzent geblieben und wurde erst 1982 vom Senkrechtsarter Süd Korea vom zweiten Platz verdrängt. Heute nimmt die BRD sowohl nach „absoluten“ Zahlen (Bemessungsgrundlage sind Bruttoregistertonnen, BRT) als auch bei den genauer gewichteten Zahlen (GBRT, Bemessungszahl, die neben der Schiffbaugröße z.B. auch die Anzahl der Fertigungsstunden angibt) Platz drei in der „Welt Rangliste“ ein (s. Tabelle 1).

Gemessen in BRT hatte sie nach dem Boom 1975 (7,3 Prozent Weltanteil) ihre Talsohle 1979/80 (2,9 Prozent), erreichte 1981 wieder ein recht beachtliches Ergebnis (4,1 Prozent), während sie 1982 knapp darunter lag (3,7 Prozent). Bei den wesentlich aussagekräftigeren Angaben in GBRT hat die BRD-Schiffbaugruppe ihren Anteil in der Krise konstant bei ca. 6 Prozent halten können.

Dies schlägt sich auch in den offiziellen Zahlen über die Umsatzentwicklung nieder (s. Tabelle 2 und 3): Auf dem Gebiet des Schiffbaus ist seit 1979 ein Aufwärtstrend zu erkennen.

Bezogen auf die Gesamtumsätze westdeutscher Werften ist das Bild noch um einiges deutlicher: Obwohl die Weltmarktanteile 1978 noch bei 4,6 Prozent lagen, waren die Werftumsätze 1982 um 1,2 Mrd. Mark höher, obwohl die Schiffbaugruppe in diesem Jahr nur mit 3,7 Prozent bedient waren. Dieses Beispiel sollte ausreichend zeigen, wie irreführend die der Öffentlichkeit präsentierten Zahlen über die Weltmarktanteile der BRD-Schiffbau sind, die immer wieder nur in BRT angegeben werden. Außen vor gelassen wird ebenso die Tatsache, daß der Schiffsbau heute überhaupt nur noch knapp 50 Prozent am Gesamtumsatz ausmacht.

Auch was die Zukunftserwartungen westdeutscher Werften anbelangt, sieht es gar nicht einmal so schlecht aus. Immerhin lagen am Ende des Jahres 1982 Auftragsbestände allein im Schiffsbau in Höhe von 4.966 Mrd. Mark vor — das entspricht etwa dem einzehnfachen der Vorjahresproduktion. Im Weltmarkt gesehen, selbst auf Basis von BRT, hat die BRD-Schiffbaugruppe den geringsten Auftragsrückgang zu verzeichnen. (s. Tabelle 4).

Von einer allgemeinen Krise des BRD-Schiffbaus kann also überhaupt keine Rede sein, zumindest nicht von einer Krise der Profite. Vorübergehend galt von BRD, hat die BRD-Schiffbaugruppe den geringsten Auftragsrückgang zu verzeichnen. (s. Tabelle 4).

Von einer allgemeinen Krise des BRD-Schiffbaus kann also überhaupt keine Rede sein, zumindest nicht von einer Krise der Profite. Vorübergehend galt bzw. gilt diese in unterschiedlichem Maße lediglich für die drei Großwerften HDW, Bremer Vulkan und die AG Weser Bremen/Bremerhaven — also vornehmlich für die Werften, die zur Boomzeit z.T. besonders abschnitten konnten. Die Nordseewerke Thyssen, Blohm und Voos sowie die große Zahl kleinerer und mittlerer Werften schreiben bis heute satte schwarze Zahlen und weisen damit zugleich auf eine im Vergleich mit vielen Industriezweigen erstaunliche Stabilität dieser Branche hin.

Hingegen wurden von 1975 bis 1980 20.000 Arbeitsplätze verlor und selbst während der Boomzeit (1970 bis 1975) schrumpfte ihre Zahl um 2.500; weitere 9.000 sollen in der nächsten Zeit folgen, vorwiegend auf den drei o.g. Werften, um auch diese wieder in die Gewinnzone zu manövrieren. Die vielzitierte Krise des BRD-Schiffbaus war und bleibt damit eine „Reinigungs- und Strukturkrisis“ im Sinne sozialer Beschäftigungskrisis. Die vergleichsweise „stabile“ Lage der BRD-Werftindustrie ergibt sich aus einer Reihe Faktoren, die in ihrer Geschichte begründet liegen.

Zur Struktur und Entwicklung der BRD-Werftindustrie

Mit dem „großen Sprung“ Japans Mitte der 60er Jahre (von 1963-66 erhöhte Japan seine Weltmarktanteile von 25 auf 46 Prozent) wurden Grenzen für die Entwicklungsmöglichkeiten der meist wesentlich älteren und z.T. überalterten Werftbranchen anderer kapitalistischer Länder gesetzt. Wegen der extremen Abhängigkeit des Inselstaates vom eingehenden Transport kommt dem japanischen Schiffbau eine ganz andere Bedeutung für die nationale Volkswirtschaft zu. Die starke Wettbewerbsposition lag und liegt v.a. im Großschiffbau. Diese Schwerpunktstellung und die fortgeschrittene Konzentration der japanischen Schiffbaugruppe ermöglichte frühzeitig eine verstärkte Standardisierung und damit den Bau von

großen Serien mit sehr rationalen, arbeitssparenden Techniken.

Die westdeutschen Großwerften haben sich Ende der 60er Jahre nicht in einem ihrer Größe entsprechenden Anteil am Großschiffbau beteiligt, sondern vorrangig den Bau von Containerschiffen, hochwertigen Frachtschiffen und Spezialschiffen betrieben. Vor Ausbruch des Tankerbooms war die Programmpolitik der westdeutschen Großwerften darauf gerichtet, traditionellen Schiffbau auf hohem technischen Niveau, ergänzt durch eine umfangreiche Schiffneubau- und Reparaturfertigung, zu betreiben (bei Ro-Ro-, Container- oder Kühlschiffen nahmen sie sogar eine marktführende Stellung ein). Die kleineren und mittleren Werften, die damals wie heute ca. 40 Prozent der Beschäftigten stellten, boten in der Regel eine breite Palette von Spezialschiffen an. Sie konnten u.a. durch ihre größere Flexibilität und Reagibilität auf Marktschwankungen bis in die Gegenwart durchgehend gute bis sehr gute Erträge erwirtschaften. Auf diesem von den Japanern nicht dominierten Marktsektor konnte sich die westdeutsche Werftindustrie ihre internationale Position bis heute weitgehend behaupten: Ihr gegenwärtiger Weltmarktanteil an den — in der Regel sehr profitablen — technisch höherwertigen Schiffen liegt bei 30 Prozent und diese machen auch 50 Prozent des Gesamtumsatzes der BRD-Schiffbaugruppe aus.

Diese allgemeine Entwicklung wurde durch den Tankerboom mit der zwischenzeitlichen Umstellung einiger Großwerften auf den Großschiffbau unterbrochen. Der Grund war, daß die weltweite Nachfrage auf diesem Sektor sogar die enormen Schiffbaukapazitäten Japans überschritt und dadurch auch einiges für die westdeutsche Werftindustrie abfiel. Bei diesem Wettlauf der Nationen waren der BRD-Werftindustrie allerdings Grenzen gesetzt. Die kleineren und mittleren Werften waren schon aufgrund ihrer Größe auf den Bau bestimmter Schiffstypen begrenzt. Und von den Großwerften wiesen eigentlich nur drei (HDW-Kiel, AG-Weser Bremen/Bremerhaven sowie die Bremer Vulkan) günstige Bedingungen für eine rasche Umstellung ihrer Produktion auf, während die übrigen Großwerften, bedingt durch widrige Standortgegebenheiten (Nordseewerke Thyssen in Emden durch eine vorgeschaltete Schleuse) oder ihre Produktionsstruktur (für die HDW-Hamburg sowie Blohm & Voos wurde eine Umstellung für zeitlich und finanziell zu aufwendig erachtet), diesen Weg gar nicht erst einschlugen. Vor diesem Hintergrund wurde im Werftgutachten 1970 folgende Empfehlung ausgegeben:

„Keine Ausweitung der Kapazitäten (tonnagenmäßige Ausbringung) als Primärziel“, stattdessen: „Investitionsmäßige Abrundung der Anlagen und der Anpassung vorhandener Baupläne an die Entwicklung der Schiffstypen“, um „das vorhandene Potential so leistungsfähig wie möglich zu machen“ (aus: „Gedanken über die Lage der deutschen Werftindustrie“, 1970). Dieser eher vorsichtigen Maßgabe lag offenbar die Überlegung zugrunde, einen Einbruch in die japanische Domäne gar nicht erst zu versuchen, zumal dieser viel zu kostspielig und riskant erschien. Die Orientierung der westdeutschen Werftindustrie lag also darin, während des Tankerbooms so viel als möglich abzubauen, ohne dabei ihre Struktur wesentlich zu verändern. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß es einen rechtlichen Einbruch der BRD-Werftindustrie nie gegeben hat und sie sich recht frühzeitig umstrukturiert haben konnte. Ein weiterer Grund liegt in der allgemeinen wirtschaftlichen Stabilität der BRD und ihrer vergleichsweise zahlungskräftigen Nachfrage. Der weltweite Nachfragerückgang konnte durch eine Ausdehnung der Inlandsnachfrage so zum erheblichen Teil kompensiert werden. 1975, auf dem Höhepunkt des Booms, betrug die Inlandsnachfrage 25 Prozent der Gesamtproduktion, in den Jahren 1979 und 1980 hingegen waren es 72,4 bzw. 71 Prozent (1982 lag sie bei 57,2 Prozent). Eine solche Entwicklung wäre ohne staatliche Intervention durch hohe Subventionszahlungen (wie erreichten in diesen Jahren Rekordhöhen) kaum denkbar gewesen.

„Keine Ausweitung der Kapazitäten (tonnagenmäßige Ausbringung) als Primärziel“, stattdessen: „Investitionsmäßige Abrundung der Anlagen und der Anpassung vorhandener Baupläne an die Entwicklung der Schiffstypen“, um „das vorhandene Potential so leistungsfähig wie möglich zu machen“ (aus: „Gedanken über die Lage der deutschen Werftindustrie“, 1970). Dieser eher vorsichtigen Maßgabe lag offenbar die Überlegung zugrunde, einen Einbruch in die japanische Domäne gar nicht erst zu versuchen, zumal dieser viel zu kostspielig und riskant erschien. Die Orientierung der westdeutschen Werftindustrie lag also darin, während des Tankerbooms so viel als möglich abzubauen, ohne dabei ihre Struktur wesentlich zu verändern. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß es einen rechtlichen Einbruch der BRD-Werftindustrie nie gegeben hat und sie sich recht frühzeitig umstrukturiert haben konnte. Ein weiterer Grund liegt in der allgemeinen wirtschaftlichen Stabilität der BRD und ihrer vergleichsweise zahlungskräftigen Nachfrage. Der weltweite Nachfragerückgang konnte durch eine Ausdehnung der Inlandsnachfrage so zum erheblichen Teil kompensiert werden. 1975, auf dem Höhepunkt des Booms, betrug die Inlandsnachfrage 25 Prozent der Gesamtproduktion, in den Jahren 1979 und 1980 hingegen waren es 72,4 bzw. 71 Prozent (1982 lag sie bei 57,2 Prozent). Eine solche Entwicklung wäre ohne staatliche Intervention durch hohe Subventionszahlungen (wie erreichten in diesen Jahren Rekordhöhen) kaum denkbar gewesen.

„Keine Ausweitung der Kapazitäten (tonnagenmäßige Ausbringung) als Primärziel“, stattdessen: „Investitionsmäßige Abrundung der Anlagen und der Anpassung vorhandener Baupläne an die Entwicklung der Schiffstypen“, um „das vorhandene Potential so leistungsfähig wie möglich zu machen“ (aus: „Gedanken über die Lage der deutschen Werftindustrie“, 1970). Dieser eher vorsichtigen Maßgabe lag offenbar die Überlegung zugrunde, einen Einbruch in die japanische Domäne gar nicht erst zu versuchen, zumal dieser viel zu kostspielig und riskant erschien. Die Orientierung der westdeutschen Werftindustrie lag also darin, während des Tankerbooms so viel als möglich abzubauen, ohne dabei ihre Struktur wesentlich zu verändern. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß es einen rechtlichen Einbruch der BRD-Werftindustrie nie gegeben hat und sie sich recht frühzeitig umstrukturiert haben konnte. Ein weiterer Grund liegt in der allgemeinen wirtschaftlichen Stabilität der BRD und ihrer vergleichsweise zahlungskräftigen Nachfrage. Der weltweite Nachfragerückgang konnte durch eine Ausdehnung der Inlandsnachfrage so zum erheblichen Teil kompensiert werden. 1975, auf dem Höhepunkt des Booms, betrug die Inlandsnachfrage 25 Prozent der Gesamtproduktion, in den Jahren 1979 und 1980 hingegen waren es 72,4 bzw. 71 Prozent (1982 lag sie bei 57,2 Prozent). Eine solche Entwicklung wäre ohne staatliche Intervention durch hohe Subventionszahlungen (wie erreichten in diesen Jahren Rekordhöhen) kaum denkbar gewesen.

„Keine Ausweitung der Kapazitäten (tonnagenmäßige Ausbringung) als Primärziel“, stattdessen: „Investitionsmäßige Abrundung der Anlagen und der Anpassung vorhandener Baupläne an die Entwicklung der Schiffstypen“, um „das vorhandene Potential so leistungsfähig wie möglich zu machen“ (aus: „Gedanken über die Lage der deutschen Werftindustrie“, 1970). Dieser eher vorsichtigen Maßgabe lag offenbar die Überlegung zugrunde, einen Einbruch in die japanische Domäne gar nicht erst zu versuchen, zumal dieser viel zu kostspielig und riskant erschien. Die Orientierung der westdeutschen Werftindustrie lag also darin, während des Tankerbooms so viel als möglich abzubauen, ohne dabei ihre Struktur wesentlich zu verändern. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß es einen rechtlichen Einbruch der BRD-Werftindustrie nie gegeben hat und sie sich recht frühzeitig umstrukturiert haben konnte. Ein weiterer Grund liegt in der allgemeinen wirtschaftlichen Stabilität der BRD und ihrer vergleichsweise zahlungskräftigen Nachfrage. Der weltweite Nachfragerückgang konnte durch eine Ausdehnung der Inlandsnachfrage so zum erheblichen Teil kompensiert werden. 1975, auf dem Höhepunkt des Booms, betrug die Inlandsnachfrage 25 Prozent der Gesamtproduktion, in den Jahren 1979 und 1980 hingegen waren es 72,4 bzw. 71 Prozent (1982 lag sie bei 57,2 Prozent). Eine solche Entwicklung wäre ohne staatliche Intervention durch hohe Subventionszahlungen (wie erreichten in diesen Jahren Rekordhöhen) kaum denkbar gewesen.

„Keine Ausweitung der Kapazitäten (tonnagenmäßige Ausbringung) als Primärziel“, stattdessen: „Investitionsmäßige Abrundung der Anlagen und der Anpassung vorhandener Baupläne an die Entwicklung der Schiffstypen“, um „das vorhandene Potential so leistungsfähig wie möglich zu machen“ (aus: „Gedanken über die Lage der deutschen Werftindustrie“, 1970). Dieser eher vorsichtigen Maßgabe lag offenbar die Überlegung zugrunde, einen Einbruch in die japanische Domäne gar nicht erst zu versuchen, zumal dieser viel zu kostspielig und riskant erschien. Die Orientierung der westdeutschen Werftindustrie lag also darin, während des Tankerbooms so viel als möglich abzubauen, ohne dabei ihre Struktur wesentlich zu verändern. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß es einen rechtlichen Einbruch der BRD-Werftindustrie nie gegeben hat und sie sich recht frühzeitig umstrukturiert haben konnte. Ein weiterer Grund liegt in der allgemeinen wirtschaftlichen Stabilität der BRD und ihrer vergleichsweise zahlungskräftigen Nachfrage. Der weltweite Nachfragerückgang konnte durch eine Ausdehnung der Inlandsnachfrage so zum erheblichen Teil kompensiert werden. 1975, auf dem Höhepunkt des Booms, betrug die Inlandsnachfrage 25 Prozent der Gesamtproduktion, in den Jahren 1979 und 1980 hingegen waren es 72,4 bzw. 71 Prozent (1982 lag sie bei 57,2 Prozent). Eine solche Entwicklung wäre ohne staatliche Intervention durch hohe Subventionszahlungen (wie erreichten in diesen Jahren Rekordhöhen) kaum denkbar gewesen.

„Keine Ausweitung der Kapazitäten (tonnagenmäßige Ausbringung) als Primärziel“, stattdessen: „Investitionsmäßige Abrundung der Anlagen und der Anpassung vorhandener Baupläne an die Entwicklung der Schiffstypen“, um „das vorhandene Potential so leistungsfähig wie möglich zu machen“ (aus: „Gedanken über die Lage der deutschen Werftindustrie“, 1970). Dieser eher vorsichtigen Maßgabe lag offenbar die Überlegung zugrunde, einen Einbruch in die japanische Domäne gar nicht erst zu versuchen, zumal dieser viel zu kostspielig und riskant erschien. Die Orientierung der westdeutschen Werftindustrie lag also darin, während des Tankerbooms so viel als möglich abzubauen, ohne dabei ihre Struktur wesentlich zu verändern. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß es einen rechtlichen Einbruch der BRD-Werftindustrie nie gegeben hat und sie sich recht frühzeitig umstrukturiert haben konnte. Ein weiterer Grund liegt in der allgemeinen wirtschaftlichen Stabilität der BRD und ihrer vergleichsweise zahlungskräftigen Nachfrage. Der weltweite Nachfragerückgang konnte durch eine Ausdehnung der Inlandsnachfrage so zum erheblichen Teil kompensiert werden. 1975, auf dem Höhepunkt des Booms, betrug die Inlandsnachfrage 25 Prozent der Gesamtproduktion, in den Jahren 1979 und 1980 hingegen waren es 72,4 bzw. 71 Prozent (1982 lag sie bei 57,2 Prozent). Eine solche Entwicklung wäre ohne staatliche Intervention durch hohe Subventionszahlungen (wie erreichten in diesen Jahren Rekordhöhen) kaum denkbar gewesen.

„Keine Ausweitung der Kapazitäten (tonnagenmäßige Ausbringung) als Primärziel“, stattdessen: „Investitionsmäßige Abrundung der Anlagen und der Anpassung vorhandener Baupläne an die Entwicklung der Schiffstypen“, um „das vorhandene Potential so leistungsfähig wie möglich zu machen“ (aus: „Gedanken über die Lage der deutschen Werftindustrie“, 1970). Dieser eher vorsichtigen Maßgabe lag offenbar die Überlegung zugrunde, einen Einbruch in die japanische Domäne gar nicht erst zu versuchen, zumal dieser viel zu kostspielig und riskant erschien. Die Orientierung der westdeutschen Werftindustrie lag also darin, während des Tankerbooms so viel als möglich abzubauen, ohne dabei ihre Struktur wesentlich zu verändern. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß es einen rechtlichen Einbruch der BRD-Werftindustrie nie gegeben hat und sie sich recht frühzeitig umstrukturiert haben konnte. Ein weiterer Grund liegt in der allgemeinen wirtschaftlichen Stabilität der BRD und ihrer vergleichsweise zahlungskräftigen Nachfrage. Der weltweite Nachfragerückgang konnte durch eine Ausdehnung der Inlandsnachfrage so zum erheblichen Teil kompensiert werden. 1975, auf dem Höhepunkt des Booms, betrug die Inlandsnachfrage 25 Prozent der Gesamtproduktion, in den Jahren 1979 und 1980 hingegen waren es 72,4 bzw. 71 Prozent (1982 lag sie bei 57,2 Prozent). Eine solche Entwicklung wäre ohne staatliche Intervention durch hohe Subventionszahlungen (wie erreichten in diesen Jahren Rekordhöhen) kaum denkbar gewesen.

Rangfolge der Schiffbauländer nach der Höhe der Ablieferungen im Jahre 1982

Land	1.000 BRT	%	Land	1.000 GBRT	%
1. Japan	8.162,9	48,5	1. Japan	5.811,1	39,8
2. Korea	1.400,5	8,3	2. Korea	880,3	6,0
3. BR Deutshl.	815,4	3,7	3. BR Deutshl.	767,3	5,2
4. Spanien	557,0	3,1	4. Spanien	587,4	4,0
5. Norwegen	500,3	3,0	5. Norwegen	447,8	3,1

Die Ablieferungen des Jahres 1982 spiegeln im wesentlichen die Nachfrage des Jahres 1981 wider. Entsprechend ist der Anteil der Massengutfrachter an den Ablieferungen auf über 50 % gestiegen.

Schiffbauproduktion in Mio. DM 1978 — 1982

	1978	%	1979	%	1980	%	1981	%	1982	%
Neubau	4.220	88,5	2.576	70,8	3.480	87,8	2.084	86,1	2.280	70,8
Reparatur	762	15,0	884	25,3	1.038	26,3	1.117	25,1	1.086	29,7
Umsatz	75	1,5	104	2,1	188	4,3	303	6,8	310	6,5
Gesamt	5.057	100,0	3.564	100,0	4.706	100,0	3.504	100,0	3.676	100,0
Beschäftigte	84.477		97.678		96.688		96.688		87.488	

Gesamtumsätze in Mio. DM 1978 — 1982

	1978	%	1979	%	1980	%	1981	%	1982	%
Inland	3.214	68,5	2.783	61,8	3.181	61,2	3.421	61,3	4.487	58,2
Ausland	1.278	26,8	1.781	39,4	1.525	29,8	2.083	40,7	2.289	41,8
Gesamt	4.492	100,0	4.564	100,0	4.706	100,0	5.504	100,0	6.776	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Westfalen
Münster, 1982, S. 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886,

die zur Erfüllung dieser (Herv. d. Verf.) Aufgabe erforderlich sind. Die bestehenden Strukturen sind auf diese Ziele auszurichten."

Diese politische Prämisse macht die besondere Bedeutung dieser Branche aus und „rechtfertigt“ Irrsinnige Subventionen, die unter rein ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet keinen ausreichenden Sinn ergeben. Schiffe werden anderswo billiger gebaut (nicht ohne Grund kaufen westdeutsche Reeder zahlreiche Schiffe im Ausland, fahren über 50 Prozent der BRD-Flotte unter ausländischer Flagge), und die westdeutschen Schiffbauindustrien können durch eine Auslandsverlagerung ihrer Produktion vielleicht auch ohne Subventionen ausreichend Gewinne machen (wie dies z.T. auch schon geschieht). Staatliche Subventionen dienen so vorrangig dem Ziel, Schiffbau- und Schiffbaukapazitäten in ausreichendem Maße im eigenen Land zu halten und das bedingt — soll dieser Sektor privatwirtschaftlich weiterbetrieben werden —, den Kapitalisten ihren Verbleib attraktiv genug zu gestalten.

In diesem Zusammenhang zieht der Verweis auf die möglicherweise sogar noch aufwendigeren Subventionszahlungen anderer Länder überhaupt nicht. Der VDS errechnet, daß beispielsweise bei den verstaatlichten Werften in Italien, Großbritannien und Schweden „die öffentliche Hand über die Verlustabdeckung mittlerweile bis zu 85 Prozent der gesamten Personalkosten trägt“. „Längst sind mancherorts“, schreibt der VDS weiter, „die staatlichen Zahlungen zum Verlustausgleich weit höher als die ohnehin schon üppigen Schiffbaubsubventionen.“ Wenn der VDS heute feststellt, daß „um uns herum“ diejenigen Werften die meisten Subventionen bekommen, die am meisten am Boden liegen, so trifft das genau den Kern der Sache: Trotz massiver Subventionen, trotz Verstaatlichung sollte es besser

Es ist blanke Demagogie, angebliche Wettbewerbsverzerrungen allein aus der Subventionshöhe anderer Schiffbauländer herzuleiten und dabei zu verschweigen, daß viele dieser Schiffbauindustrien sich nicht einmal mehr in Privatbesitz halten lassen, weil hier kaum mehr etwas zu holen ist, und über Verstaatlichung und Subventionierung praktisch eine Sozialisierung der Verluste vorgenommen werden muß.

Der Hinweis auf die anderen Ländersubventionen ist in erster Linie politisches Hilfsargument der Werflobby mit Hinblick auf die Zustimmung- und Opferbereitschaft der Bevölkerung und der Werftbeschäftigten für eine staatliche Sanierung privater Profite.

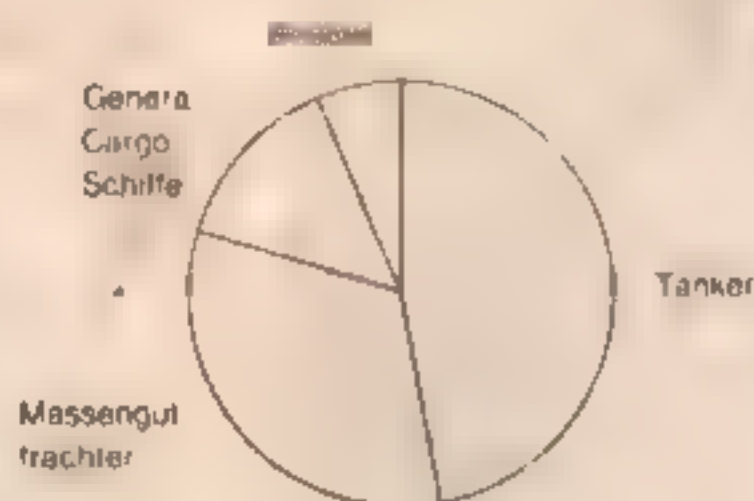
IGM — mit Chauvinismus und mittelmäßiger Unternehmensberatung

IGM — mit Chauvinismus und mittelmäßiger Unternehmensberatung

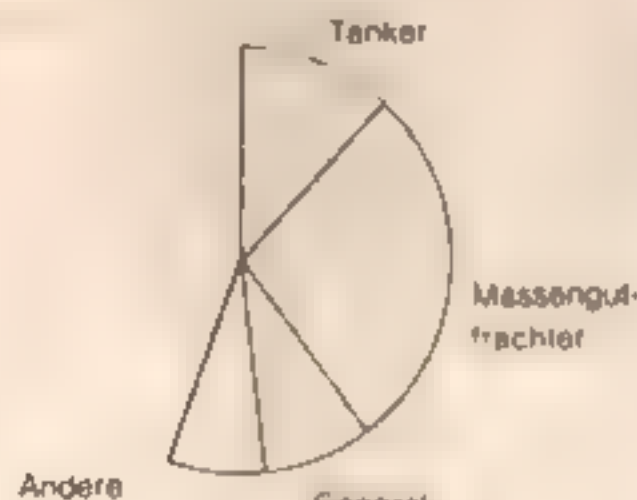
Von Seiten der Werftkapitalisten wird die IGM heute wesentlich in der Rolle des „nützlichen Idioten“ zur Entlastung von noch mehr Staatssubventionen gesehen. Tatsächlich beziehen sich die einzigen konkreten Forderungen der IGM auf eine Ausweitung der Subventionspolitik. Im Anschluß an die Hamburger Werftkonferenz wurden sie nochmals bekräftigt: Aufstockung der Reederhülle von 12,5 auf 17,5 Prozent, zusätzlich eine Exportauftragsförderung von 7,5 Prozent. Zur Finanzierung sollten zusätzliche 232 Mio. Mark an Steuermitteln aufgebracht werden. Hiermit solle, so verspricht die IGM, sichergestellt werden, „daß deutsche Reeder vermehrt in der Bundesrepublik ordern, und daß auch ausländische Reeder Aufträge in der Bundesrepublik vergeben.“ Die auf der Werftenkonferenz von Regierungseite in Aussicht gestellten Subventionen (u.a. auch die neue Exportförderung von 5 Prozent) wurden, wie von Kapitalistenseite zu hören war, als zu gering kritisiert.

Auch in der Begründung ihrer Forderungen hat die IGM nichts anderes anzubieten als den Hinweis auf den angeblich so wettbewerbsverzerrenden Subventionismus anderer Länder. Zudem fordert die IGM „verstärkte Anstrengungen der Werften zur Diversifikation, sowie öffentliche Auftragsprogramme in Bereichen, die gesellschaftlich nützlich sind“ (Ingenieurwesen, Wohnungsbau etc.). Weiter wird die Verschärfung von Sicherheits- und Umweltschutzbestimmungen für den Schiffbau gefordert, da hierdurch „ein erhebliches Auftragsvolumen“ entstehen könne. Hört sich insgesamt gar nicht mal so schlecht an — nur wäre es eigentlich das Naheliegendste, die IGM würde ihren Ruf nach Ausdehnung der Subventionen wenigstens an die Erfüllung dieser Forderungen und den Er-

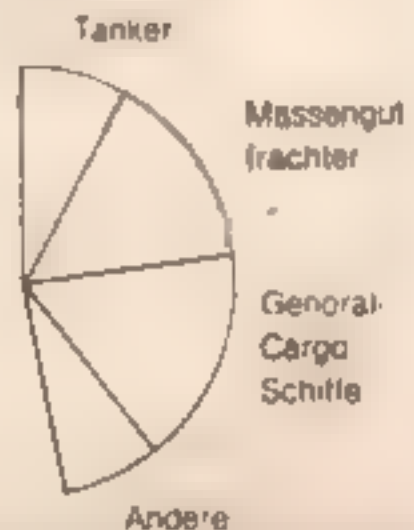
Weltschiffbauproduktion
1973 = 30,4 Mio. BRT



Weltschiffbauproduktion
1982 = 16,8 Mio. BRT



Weltschiffbauproduktion
1982—1980 = 14,3 Mio. BRT



halt der Arbeitsplätze knüpfen; aber genau darauf verzichtet sie. Adressat scheint die IGM diesen Teil ihrer Forderungen nicht zu nehmen, aber es ist wohl auch mehr als Bonbon in Richtung entsprechender betrieblicher Forderungen gedacht.

Seit dem Ausbruch der Schiffbaukrise kann die IGM mit Lösungsvorschlägen gar nicht mehr zurückhalten. Seit 1976/77 tritt sie für ein „nationales Schiffbauprogramm“ ein mit der Empfehlung, „den auf die Bundesrepublik entfallenden Kapazitätsabbau so gering wie möglich zu halten und unvermeidliche Kapazitätsüberschüsse zu koordinieren.“ „Nicht das kapitalistische Krisenlösungskonzept wird kritisiert, sondern daß diese eigentlich überhaupt gar kein richtiges hätten. Da müssen erst die Schlaumeier der IGM ran: Hier müsse „ein überzeugendes Konzept der Neuordnung der deutschen Werften“ und zwar so eines, „das einen ausreichenden Überblick über den anzustrebenden Grad an Rationalisierung durch Kooperation oder — soweit erforderlich — durch Fusion bieten würde“ („der Gewerkschafter“ 1/77). Die Gewerkschaft möchte wenigstens rechtzeitig informiert werden, um sich so schon frühzeitig Gedanken zur sozialen Abfederung machen zu können.

Nun liegen über fünf Jahre Umstrukturierung und Massenentlassungen dazwischen, da melden sich genau dieselben Schlaumeier zu Wort und kritisieren, daß „die Modernisierung der Werften ... in der Vergangenheit nicht mit dem Nachdruck erfolgt, die der krisenhaften Entwicklung im deutschen Schiffbau angemessen gewesen wäre.“ Wie es sich die IGM eigentlich vorgestellt hatte, erläutert sie am Beispiel der Automobilindustrie: „Die deutsche Automobilindustrie ist ebenfalls in der Vergangenheit von der japanischen Automobilindustrie herausgefordert worden. Sie hat auf diese Offensive zwar mit Verzug, jedoch massiv reagiert. Die Ausgangslage wurde umfassend analysiert und dann wurden Maßnahmen zur Verteidigung der hiesigen Standorte eingeleitet. Das riesige Investitionsprogramm, das gegenwärtig in der Automobilindustrie gefahren wird, ist Ausdruck dieser Strategie“ und bereitet — könnte man hier geneigt sein zu ergänzen — eine neue Überproduktionskrise vor, die die Werftindustrie nur so in den Schatten stellen wird! Peinlich kann es schon im Verlauf dieses Jahres werden, in dem VW damit beginnen will, 20.000 Arbeitsplätze zu vernichten, aber dann waren auch hier

pital spricht nicht nur blanke Chauvinismus (bekanntlich geht eine solche Strategie im Kapitalismus nur auf Kosten anderer Schiffbaunationen und der dortigen Arbeitsplätze). Sie sind auch hinsichtlich ihrer Versprechen auf angeblichen Arbeitsplatz-erhalt im eigenen Land äußerst fragwürdig. Der Weg der japanischen Werftindustrie zur Wiedereingliederung ihrer Position ist nur über Massenentlassungen erfolgt, auch die Festigung der westdeutschen Konkurrenzposition ging und geht den Weg über den Rücken der Lohnabhängigen.

Zur aktuellen Situation und Diskussion

Anfang dieses Jahres trat der VDS (Verband der Deutschen Schiffbauindustrie) mit seinen Vorstellungen über die zukünftige Struktur der westdeutschen Werften an die Öffentlichkeit. Die ca. 29 Mio. Fertigungsstunden, die 1982 im Handelschiffbau geleistet wurden, sollen zur Anpassung „an den rückläufigen Markt bei Aufrechterhaltung des bisherigen Marktanteils“ auf 20 Mio. Fertigungsstunden reduziert werden. Aus diesem Grund müßten — so der öffentliche Begründungszusammenhang — weitere 9.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Dieser Argumentation schlossen sich auch die Ministerpräsidenten und Wirtschaftschefs der norddeutschen Küstenländer an, die auf ihrer Werftkonferenz in Hamburg am 21.4. das VDS-Konzept befürworteten und zur Umsetzung weitere Subventionen zusagten. Aber auch von Seiten aktiver Gewerkschafter wird um Gründe der Notwendigkeit eines Kapazitätsabbaus nicht in Frage gestellt und stattdessen allerlei Vorstellungen entwickelt, auf welchen alternativen Sektoren die dadurch freigesetzten Arbeitskräfte auch in Zukunft auf den Werften sinnvoll untergebracht werden können.

Die Entwicklung solcher Alternativvorstellungen wird teilweise mit dem Prädikat einer angeblich neuen Qualität linker Politik versehen, die eben darin bestünde, sich „objektiven Gegebenheiten“ (rückläufige Weltnachfrage im Schiffbau) zu stellen und gleichzeitig die Fähigkeit zu besitzen, griffige Gegenvorstellungen einzubringen. Linke Politik wäre allerdings besser gestellt, „objektive Gegebenheiten“ nicht zu übernehmen, sondern erst einmal zu hinterfragen und dann ihre Positionen darauf auszubauen. Dann läuft diese nicht Gefahr, bei dem bloßen Schlagwort „Krise“ einer Branche sich auch für diesen Bereich gleich neue Alternativen auszudenken und schließlich politisch in der Sackgasse zu enden.

Diese Gefahr ist bezogen auf die Werften gegeben, weshalb an dieser Stelle noch einmal genauer auf die eigentlichen Pläne des VDS eingegangen werden soll.

Diese Gefahr ist bezogen auf die Werften gegeben, weshalb an dieser Stelle noch einmal genauer auf die eigentlichen Pläne des VDS eingegangen werden soll.

Hierzu ist es zunächst noch einmal wichtig, die Tabelle 4 anzusehen: Aus dieser geht hervor, daß die BRD-Werftindustrie allein auf den Gebieten Massengutfrachter und besonders General-Cargo Schiffe (Frachtschiffe incl. Containerschiffe) den überwiegenden Anteil der Aufträge erhält und dagegen nur einen (Mini-)Anteil verbuchte. Dazu muß man wissen, daß die weltweiten Auftragsbestände 1982 im Vergleich zum Vorjahr bei genau diesen Schiffstypen jeweils gestiegen sind und zwar von 38,9 auf 44,7 bzw. von 13,6 auf 20,1 der gesamten Schiffbauproduktion. Bei den Aufträgen hingegen lag 1982 ein Rückgang bei den Massengutschiffen zu verzeichnen (von 44,1 Prozent 1980 über 36,7 1981 auf 36 Prozent

1982), bei den General-Cargo Schiffen allerdings mehr als eine Verdopplung der Aufträge (von 12,1 über 16,9 auf 36,8 Prozent 1982). Einschlägige Untersuchungen gehen von einem weiteren Nachfragerückgang bei Massengutfrachtern und Oiltankern aus (s. Tabelle 5). Danach gehört die Zukunft den General-Cargo Schiffen, dem Sektor also, der weit über 50 % der Aufträge der BRD-Schiffbauindustrie ausmacht.

Zusammenfassend: Auf dem Sektor mit dem größten Nachfragerückgang, dem Tankerbau, ist die BRD praktisch seit Jahren nicht mehr vertreten. Einem Rückgang der Nachfrage bei Massengutschiffen steht ein noch stärkerer Nachfragerückgang bei General-Cargo Schiffen gegenüber. Dieser Schiffsektor ist vergleichsweise profitär, woraus sich auch der enorme Auftragsbestand — gemessen in Mio. Mark (s. Tabellen 2 und 3) — erklären läßt. Vor diesem Hintergrund will der VDS nun die Werftkapazitäten herunterfahren. Unter Kapazitätsabbau versteht der VDS — und das wurde in der Öffentlichkeit ebenso wenig wie bei den Plänen zur Neuordnung der Stahlindustrie gesehen — zunächst erst einmal und in erster Linie den Abbau von Arbeitsplatzkapazitäten. Das Herunterfahren von Fertigungsstunden sagt nichts über die Produktionskapazitäten aus, sondern über die Produktivität, die mit diesen Entlassungen erreicht werden soll. Schließlich will der VDS an den für die BRD-Schiffbauer keineswegs so „rückläufigen Markt bei Aufrechterhaltung des bisherigen Marktanteils“ weiterhin teilhaben.

Das schließt (Teil-)Stilllegungen von Werften (wie der HDW in Hamburg) keineswegs aus, wenn die Produktion gleichzeitig auf die kostengünstigsten Anlagen konzentriert wird; das eine bedingt das andere. Weiterhin stellt das VDS-Konzept auf eine zielstrebige Senkung betrieblicher Personalkosten (in punkto Abbau von Sonderzahlungen, sozialer Leistungen ist das HDW-Konzept ja auch für den VDS richtungweisend).

Die neue Entlassungswelle auf den Werften steht — und das will heute einfach gesehen werden — in einem ganz anderen Zusammenhang, als die hinter uns liegende „Reinigungskrise“, wo es tatsächlich in erster Linie um den Abbau von Überkapazität und dementsprechenden Arbeitsplätzen ging. In der jetzigen Stabilisierungsphase der Werftindustrie geht es um die Optimierung der Produktion bei konstanten Produktionsauslastungen, d.h. bei etwa gleich großen Kapazitäten. Es handelt sich jetzt also um eine ganz „normale“ kapitalistische Rationalisierung, die die Werftindustrie mit Hilfe staatlicher Subventionen durchführen will.

Von daher stellt sich uns auch nicht in erster Linie die Frage, welche Lösungsmöglichkeiten die Linke für „objektive Gegebenheiten“ entwickeln will.

Von daher stellt sich uns auch nicht in erster Linie die Frage, welche Lösungsmöglichkeiten die Linke für „objektive Gegebenheiten“ entwickeln soll, sondern welche Abwehrmöglichkeiten es gegen die kapitalistischen „Lösungs“wege gibt. Die Suche nach alternativen Produktionsfeldern kann von dieser Aufgabe eher ablenken auf abstrakte Formen, denn auf Kampfformen, die auf eine massenhafte Einbeziehung der Betroffenen zur Verteidigung ihrer Existenz hinzielen.

Die Genosse der Kommission Betrieb und Gewerkschaft



Frankreich

Die Rechte besetzt die Straße

Nicht 1983 schreiben wir, sondern 1958. So vertraute es der ehemalige französische Staatschef Giscard der brasilianischen Zeitung „O Globo“ vom 6. Juni an: „Ich vergleiche Frankreichs Situation nicht mit derjenigen von 1968, sondern mit der von 1958, als ein Teil der französischen Bevölkerung, aufgrund zahlreicher Enttäuschungen, sich die Frage einer Erneuerung des politischen Systems und der Institutionen stellte“. 1958 setzte de Gaulle.

Nicht erst seit den diesjährigen Kommunalwahlen, sondern bereits im April '82 forderte Chirac RPR den Rücktritt Mitterrands. Chirac fordert heute ein Referendum zur Ausweitung der PS/KPF-Regierung. Anders im Lage der rechten Opposition propagieren vorgezogene Neuwahlen. Barre, ehemaliger Finanzminister in der vorherigen Regierung, bezeichnet die Wahl vom 10. Mai 1981 als „marginal“. Die vereinigte Opposition, so oder so, wirft die Frage der „Legitimität“ dessen, was sie das „aktuelle Experiment“ nennt, auf. Die jüngsten rechten bis faschistischen Polizisten-Demonstrationen, laut Chirac eine „ernsthafte Warnung“, haben die rechte Kritik an der Regierungspolitik weiter verschärft.

Die Opposition kann sich dabei auf die Enttäuschung in breiten Teilen der Bevölkerung stützen. Laut jüngsten Umfragen („SOFRES“, zit. nach „Libération“ vom 13.6.83) sind 37% der Mitterrand-Wähler enttäuscht; 16% von diesen Enttäuschten bekunden Sympathien für die Rechten der Opposition RPR (Chirac) und UDF (Giscard). Die Enttäuschung geht quer durch die Bevölkerungsschichten: 37% Arbeiter, 40% Angestellte, 45% höhere Angestellte, 60% Kleinrentner, 39% Landarbeiter.

Ein umgekehrter Mai '68?

Ein umgekehrter Mai '68?

Zum ersten Mal seit dem letzten studentischen Generalstreik 1976 tauchten im Mai dieses Jahres die Studenten wieder auf der politischen Szene auf. 1981/82 hatte es keinen einzigen Streik oder Kampf an den französischen Unis gegeben.

Es gibt heute über eine Million Studenten/innen in Frankreich. Auch ihre Situation verschärfte sich im Einklang mit der allgemeinen Krise; immer mehr müssen nebenbei arbeiten, die soziale Auslese verstärkt sich zunehmend. Darum hatte auch die überwiegende Mehrheit der Studenten im Mai '81 für die „Wende“ votiert.

Ihre Hauptangelegenheit ist es, der allgemeinen Arbeitslosigkeit zu entgegen. Die Reformen der PS/KPF-Regierung wollen ausgehend von der Arbeits-



„Und ich dachte, alle Franzosen wären Kommunisten!“
„Das beruhigt!“ („Le Monde“)

marktsituation die Universitäten transformieren. Suchwort dabei: Professionalisierung.

Wenig hat sich indessen real seit dem 10. Mai verändert, dafür aber die Studentenbewegung. Bis 1981 konfrontierte sich notwendigerweise jede studentische Mobilisierung mit einer von allen als reaktionär empfundenen Regierung; Bündnispartner waren demgemäß logischerweise die anderen Sektoren der Gesellschaft, die ebenfalls im Widerspruch zur Regierungspolitik standen.

Gegenüber den Reformvorschlägen von Bildungsminister Savary gab es jetzt weder ein einheitliches Vorgehen noch einheitliche Interpretationen. Zu Professionalisierung und Auslese haben angebende Juristen oder Wirtschaftswissenschaftler naturgemäß ein anderes Verhältnis als zum Beispiel Lehrerstudenten.

Gleich nach den Kommunalwahlen in diesem Frühling begann die Rechte ihre Offensive an den Unis. In ihren Medien kam alles, was sich an Reaktionsnären, an „Mandarin“, an den Unis rühmte zu Wort, um das sogenannte „marxistische Projekt“ anzugreifen und um das Elitenprinzip und die Auslese zu verteidigen.

Die verschiedenen giscardistischen und chiraquistischen Ableger an den Unis (C.E.F., U.N.I., C.N.E.F.) gewannen wieder eine Gefolgschaft. Sie bauten eine „nationale Koordination“ auf, organisierten Demonstrationen und Ordnerdienste. Mit einem Wort, die Rechten und die extremen Rechten haben versucht, die Studentenbewegung zu organisieren und zu leiten. Angesichts ihres Aktionismus hat sich die Linke als gespalten und entmobbilisiert erwiesen. Während die UNEF-SE (KPF-naher Studentenverband) ohne jede Kritik die Regierungspolitik voll unterstützte, hat die UNEF-ID (demokratisch-unabhängig) einzelne Aspekte der Reformen kritisiert, ohne

aber zu Mobilisierungen und Ähnlichem aufzurufen. Die Jugendabteilung der KPF, die JCR (Kommunistische revolutionäre Jugend) ist in Worten entschieden gegen Auslese und Professionalisierungsprojekte jeder Art eingetreten.

Kurz gesagt: das Terrain ist den Rechten und Faschisten überlassen worden.

Gestreikt und demonstriert haben jetzt hauptsächlich die Jura- und Medizinstudenten. Nun sind ihre größten Demonstrationen beileibe nicht an die vom Mai '68 rangekommen: sie bewegten sich zwischen 6.000 und 8.000. Die Präsenz rechtsextremistischer Militanten setzt aber beunruhigende Akzente. Dasselbe gilt für die politische Stillehrung.

Das Haupttransparent auf der 2. nationalen Demo, Ende April, lautete: „Auferstanden, ihr Krebse, das Meer erhebt sich“. Während man sich gern apolitisch „Weder links, noch rechts — gegen Reform“, oder national: „Wir sind französische Studenten“ gibt, ist die Leitparole der „neuen Studenten“: „Wir sind wütend“.

Welcher Art das Demo-Potential ist, läßt eine (nicht ironische!) Empfehlung des Ordnerdienstes der Jura-Fakultät von Assas (berühmtes Zentrum der extremen Rechten) erahnen: „Bei den Demos keinen Schmuck, keine Handtaschen mitnehmen. Kopfstück in der Tasche mitnehmen, insgesamt leichte Kleidung“. Auf den Demonstrationen konnte man zum Teil die bizarre Beschimpfung hören: „CRS-Gauchistes!“ (CRS: nationale Polizei; Gauchistes, Linksradikale). In Lyon, wie wohl auch in anderen Städten, ist es die faschistische PFN (Parti des forces nouvelles, Partei der neuen Kräfte von Jean Marie Le Pen), die den Ordnerdienst gewählte. In einem Interview mit „Libération“ (5.3.) erläuterte der Regionalverantwortliche der PFN, ein 22-jähriger Politik-Student, seine Ansichten hierzu: „Frage: Wie hat die Bewegung in der Jura-Fakultät begonnen und welche Rolle haben Sie dabei gespielt? Antwort: Die „Corpo“ war es, die Initiative zu Vollversammlungen nahm. Die „Corpo“ ist ein Verband von Schlappschwanzdemokraten, von gemäßigten rechten Studenten... Sie hatten bei einer nationalen Versammlung des CNEF (gemäßigt-rechte Studentenorganisation) einen Streik in allen Jura-Fakultäten beschlossen. Aber solche Leute können ja keinen Streik entfachen. Ich selber hatte noch 15 Tage Vorlesungen, bevor ich mein Diplom machen sollte. Ich habe alles liegen gelassen, um mich um die Aktion zu kümmern. Die Gemäßigten waren unfähig, sich gegen die „Bolchos“ (Bolschewisten, Schimpfnamen für Linke) durchzusetzen, die hervorragend strukturiert sind, und die es geschafft hatten, die Bewegung nach ihrem Geschmack zu kanalisieren. Frage: Wie haben die Studenten in Lyon auf Ihre Ankündigung reagiert, wo Sie doch eine bekannte Figur der extremen Rechten sind? Antwort: Einige dieser braven liberalen Studenten haben gemeint: Jetzt haben wir die Faschos auf dem Hals, aber sie haben sich schon gefreut, daß wir da sind, um die Bewegung zu organisieren. Eine Kontrolle der Bewegung war eben schon notwendig, da all diese jungen Menschen nicht wissen, was eine Demo ist. Nun kümmere ich mich um den Ordnerdienst; ich habe 40 entschlossene Männer, die über ein klares politisches Engagement verfügen. 40 — das reicht, um 600 Menschen zu halten.“

Im übrigen haben alle die Wirksamkeit unseres Ordnerdienstes anerkannt. Um Konfrontationen mit den CRS zu verhindern, wo die Demos nicht darauf vorbereitet waren, mußten wir diese liberalen Studenten halten, die zwar nichts mit uns zu tun haben wollen, sich aber das prickelnde Gefühl holen, wenn sie Gegenstände auf die Bullen werfen. Man merkt, daß sie von Konfrontationen keine Ahnung haben.

Wenn sie auch vorsichtig gegenüber dem „Faschos“ sind, so freuen sich die Leute doch, daß wir da sind (...). Frage: Sie sind ein „Politiker“. Welche Ziele verfolgen Sie mit diesem Streik? Antwort: Wir sind nicht wie diese jungen Idioten von der UDF oder von der APR, die nur Politik machen der Karriere wegen.



Text des „Sandwich“: „Frankreich ist aufgebracht“;

Wie die Landarbeiter haben die Studenten diese Regierung satt. Der Beweis dafür ist, daß zum ersten Mal auch der Sumpf der Jura-Studenten im Streik ist. Das Wichtigste ist für uns, die Regierung zum Rückzug zu zwingen. Was aber heute geschieht, ist nur eine Probe, ein Test für das, was im Herbst '83 oder '84 geschehen wird, wenn die Reform in Kraft tritt... Wir sagen das deutlich. Wir kämpfen gegen das Regime; die Gemäßigten haben die Bewegung lanciert, wir werden sie aber für uns instrumentalisieren. Während dieser Streiks gehen wir viele Leute; es wird unsere Aufgabe sein, mit denen in Kontakt zu bleiben.“

Neben den Studenten traten im Mai auch die Kleinrentner in Aktion. Eine

ihrer Zeitungen („Assurance“) gibt den Ton an: „In 40 Jahren haben die Steuerrentner genauso viele ermordet wie Klaus Barbie in einem Jahr“ (zit. nach „Libe“, 17.3.83). Ihr Mann im Georges Nicoud, der nicht müde wird, zum Kampf gegen die „Steuer-Gesalpe“, gegen das Bildungssystem, gegen „markutisch“ Paulsen-Müller und vor allem gegen die „Fürsorge“ aufzurufen. „Diejenigen, die arbeiten, haben es satt, für alle möglichen Sozialfälle zu zahlen“. Dem Aufruf der „Allgemeinen Konföderation der Klein- und Mittelbetriebe“ folgend demonstrierten sie am 5. Mai zu 15.000 in Paris. Parolen waren: „CRS/Mit uns!“, „Mitterrand: hau ab!“, „Rücktritt von Mauroy“. Ihre Proteste richteten sich gegen Preiskontrollen.

In manchen Städten demonstrierten sie gemeinsam mit den „neuen Studenten“, z.B. in Rennes (Bretagne), wo sich die Jura- und Zahnmedizinstudenten dazu gesellten.

Parallel wuchs die Unruhe unter den französischen Landarbeitern. Gemäß ihren Traditionen reagierten die französischen Landarbeiter auf das Scheitern der EG-Verhandlungen zur Festsetzung der Landwirtschaftspreise mit einer Serie von Aktionen. Mehrere Stunden lang blockierten sie Ende April zahlreiche Grenzposten zwischen Frankreich und Belgien und zwischen Frankreich und der BRD. Am 28. April blockierten 400 Landarbeiter die Hauptverkehrsstraßen der Bretagne; in Lannion (ebenfalls Bretagne) versuchten sie, in die Präfektur einzudringen. Im südfranzösischen Gard-Departement hielten sie 14 spanische Lastwagen auf; 12 von ihnen, die Obst und Gemüse transportierten, wurden



Die Begleiter der „neuen“ Studenten;

Fortsetzung nächste Seite



"In 40 Jahren hat die Steuer-Gestapo genauso viele Menschen umgebracht wie Klaus Barbie in einem Jahr." Nationale Versammlung von Kleinhändlern in Paris; das Motiv der "Sandwiches" bedeutet "A wie Aktion" und "V wie Victory"

Fortsetzung von vorheriger Seite

Knallwächter und der Chef-Adjutant der Gendarmerie in Chateaulin, wohin die Demonstrationen zogen, mußten einstweilen ins Krankenhaus.

Und nun die Bullen...

Anlaß zu den jüngsten Bullen-Demos war der Tod zweier Pariser Polizisten, ermordet durch irgendwelche Gangster.

Am 3. Juni gingen sie dann auf die Straße, diejenigen „Flics“, die ihren Haß auf die „Roten“ und die „Kanacken“ endlich mal Luft machen wollten, die den Justizminister Badinter („Dieser Ausländer“, meinte ein Bulle in Anspielung auf Badinters Jude-Sein) endlich sonntags haben möchten. Jean-Marie Le Pen, Chef der faschistischen PFN (s.o.), war mit von der Partie. Als sie dank der Komplizenschaft ihrer Kollegen bis kurz vom Elyseum kamen, grüßten sie mit den bekannten gestreckten Armen, hiefen „Flicman“ (KPF-Transportminister) „ab nach Moskau!“, oder auch „Badinter: raus aus Frankreich!“ Noch einige Tage zuvor hatte Innenminister Deferre der mit der „Neuen Rechten“ illierten Illustrierten „Paris-Match“ anvertraut, er glaube nicht „an ein Komplott der Rechten“.



3. Juni in Paris, die Bullen rufen "Badinter au cimetière" ("Badinter auf den Friedhof")

Kommunalwahlen gewählt worden. Hierzu kommt noch die „Unabhängige Berufsföderation“ (FPIP), deren Verbindungen zur faschistischen Bewegung „Legitime Verteidigung“ und zum PFN-Front National von Le Pen bekannt sind.

Obwohl bekannt war, daß nur noch ein Vorwand gesucht wurde für eine Aktion des Schillages vom 3. Juni, ist im Vorfeld absolut nichts von der Regierung unternommen worden. Schon seit Monaten riefen die „Liga für die Menschenrechte“ und die FASP (s.o.) zur Wachsamkeit gegen das Treiben der Rechten und Extremen Rechten in der Polizei auf. Das (rechte) Mitglied der „Académie Française“, J. Dutourd, hatte zum Beispiel in der aufgabenstarken „France-Soir“ die CRS zu Demonstrationen aufgerufen.

Sanktionen sind jetzt nach den Demonstrationen getroffen worden: der Polizeipräsident von Paris, Chef der Nationalen Polizei, und der Verantwortliche für die „öffentliche Sicherheit“ in der Hauptstadt mußten ihren Hut nehmen. Sieben Verantwortliche für die gefälligen Polizeieinheiten, die die Demo bis zum Elyseum passieren ließen, und vom Dienst suspendiert; schließlich sind die Chefs von SPC und FPIP abgesetzt worden.

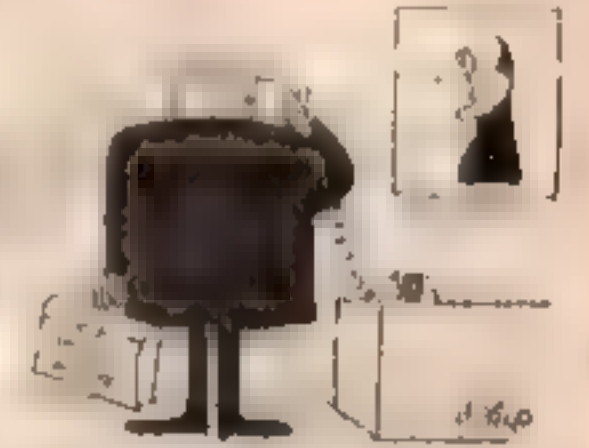
Gewiß hat die Opposition darüber aufgeschrieben: „Die Franzosen können diese Disziplinarmaßnahmen nicht akzeptieren, denn sie stellen den schärfsten Angriff auf gewerkschaftliche Rechte (1) seit 25 Jahren dar“; so steht es in einem Presse-Communiqué der RPR (Dabei werden übrigens etwas locker die Gewerkschaftsausschlüsse von Polizisten zur Zeit des Algerienkrieges oder auch unter Innenminister Marcelin vergessen).

Glaubt man der RPR, so handelt es sich bei dem gerechten Armgruß um „Churchills (Victory-) Gruß“. Wahrscheinlich wollten die Polizisten ihren gemeinsamen Kampf mit Badinter damit zum Ausdruck bringen, so in dem Sinne „Gemeinsam bis zum (End-)Siege“. Halbway klagt den „Totalitarismus“ der Regierung an, der in diesen Sanktionen manifest werde. Ur-

sprünglich für den 16.6. geplant, ist eine erneute Polizisten-Demonstration erstmalig verboten worden.

Verbindungen der RPR...

Im Juli letzten Jahres wurden die bislang existierenden Parallelpolizeien in Frankreich, die SACs („Dienst der Bürgeraktion“), aufgelöst. Chronisch neuer „Schuldiens“ heißt nun „Service d'ordre républicain“ („Republikanischer Ordnungsdienst“). Chef davon ist ein Claude Dupont, der seine Karriere als Fallschirmjäger begann. Im Juni '61 desertierte er, um sich den Reihen der OAS (faschistische französische Parallelarmee während des Algerienkrieges) anzuschließen. Dort hatte er mit den berüchtigten „Commandos Delta“ zu tun (es gibt heute eine gleichnamige militante faschistische Untergrundorganisation), die besonders mit Attentaten jeder Art vertraut waren. Nach Ende des Algerienkrieges begann Dupont eine etwas friedlichere Karriere bei dem treuesten Finanzier des gaullistischen Regimes, Marcel Dassault. Er bekam einen Posten bei der Frauenzeitschrift „Jours de France“ (Besitzer: Dassault). 1974 wurde er Leiter des Ordnungsdienstes von Oiscard, wo er auf weitere Freunde aus der OAS-Zeit stieß. Unter seine Anleitung wurde Oiscards Ordnungsdienst zur Ansammlung aller möglichen Überreste von „Ordre Nouveau“ (1973 aufgelöste faschistische Organisation): Zum Beispiel gehörte der ehemalige Chef dieser Truppe, Alain Robert, dazu, der heute ebenfalls eine Chef-Position bei der RPR bekleidet. Dupont dürfte auch (offiziell) unter Pomiatowski im Innenministerium tätig sein. Zu seinen Bekannten und Freunden zählt auch der Leiter einer Objektschutz-Gesellschaft, die im Februar '82 von sich reden machte, als verschiedene ihrer Truppe die normannische Kleinstadt Isigny besetzten, um einige tausend Camemberts aus einem besetzten Betrieb zu holen.



- Ist, Dupont, D comme Delta, U comme Uniforme, P comme Poudre, O comme OAS, N comme Nervi, T comme Terror

"Hallo, hier Dupont, D wie Delta, U wie Uniform, P wie Pulver, O wie OAS, N wie Nervi, T wie Terror"

Angesichts der bedrohlichen rechten Offensive scheint die Regierung wie gelähmt. In seiner letzten Fernseh-Ansprache brachte es Mitterrand gerade zum zynischen Spruch: „Ich sehe, daß, wenn einige Berufsgruppen in letzter Zeit sehr stark in Bewegung geraten sind, einige andere sehr viel Geduld aufweisen ... Das Jahr 1982, das Jahr 1983 haben ... eine Arbeiterbewegung gezeigt, die meistens, allermeistens ihre eigenen Forderungen zu überwinden fähig ist.“ („Libe“, 5.6.83).

Allerdings demonstrierten am 18. Mai ca. 5.000 Menschen in Paris gegen Rassismus und Faschismus, auf Initiative der LCR (IV. Internationale).

Ohne Zweifel wird die „Warnung“ vom 3. Juni nicht die letzte bleiben. Bereits jetzt kündigen die Rechten und Faschisten erneute Straßenmobilisierungen an. Das Ziel ist klar: die Regierung zu stürzen.

Frankreich-Kommission

„Keine Ausweisung ausländischer Jugendlicher“

Für den gesetzlichen Schutz ihres Aufenthaltsrechts demonstrierten ausländische, vornehmlich türkische und marokkanische Jugendliche am 28. Mai durch die Utrechter Innenstadt. Anfangs betrug die Anzahl der sehr kämpferischen Demonstranten mindestens 7.000. An der Abschlußkundgebung nahmen ungeachtet des strömenden Regens noch rund 5.000 teil. Die Demonstration bildete den Abschluß des Aktionsmonates, der vom „Nationalen Komitee für das Aufenthaltsrecht ausländischer Jugendlicher“ im Mai organisiert worden war. Dieses im März gegründete Komitee ist ein Verband von 25 örtlichen Komitees und einer großen Anzahl von Organisationen von Ausländern, die sich mit der Position der „zweiten Generation“ ausländischer Jugendlicher befassen, Kinder ausländischer Arbeiter also, die in den letzten Jahren im Rahmen der Familienzusammenführung in die Niederlande gekommen sind. Die Bewegung ist vor allem als Reaktion auf die zunehmende Repression der Fremdenpolizei entstanden und richtet sich ebenso gegen den Dschungel bürokratischer Regelungen und die Unsicherheit, ob diese Jugendlichen überhaupt in den Niederlanden bleiben dürfen.

Nach den geltenden Verfügungen laufen namentlich Ausländer, die 31 Jahre alt werden und in dem Moment noch keine drei Jahre in den Niederlanden sind, Gefahr, in ihr Herkunftsland ausgewiesen zu werden, vor allem, wenn sie arbeitslos sind. Dem „NRK-Handelsblatt“ zufolge wird die Anzahl ausländischer Jugendlicher, die in der nächsten Zeit „für die Rücksendung in Betracht kommen“, auf fünf- bis sechstausend geschätzt.

Die Fremdenpolizei sieht in dieser Situation die Gelegenheit zur Durchführung großangelegter Razzien in Einkaufszentren, Bussen usw., wobei alle „ausländisch aussehenden“ Personen aufgefordert werden, ihren Ausweis zu zeigen.

Die verschärften Kontrollen und die Ausweisungspolitik stehen im Zusammenhang mit dem aufkommenden Rassismus von Teilen der niederländischen Bevölkerung, dem der Beamtenapparat und die Polizei nur zu gerne nachgeben.



Demonstration gegen die Abchiebung jugendlicher Ausländer in Utrecht am 28.5.83 (Foto: Nick de Krom)

Gesetzlos

Die Position ausländischer Jugendlicher ist momentan nicht gesetzlich geregelt, sondern nur über amtliche Verfügungen, die ohne Einwirkungsmöglichkeiten des Parlaments von Tag zu Tag verschärft werden können. Deshalb war die wichtigste Forderung des nationalen Komitees wie auch der Demonstration am 28. Mai die nach einem neuen Gesetz, mit dem gesichert wird, daß die im Rahmen der Familienzusammenführung in die Niederlande gekommenen Jugendlichen ohne weiteres das Aufenthaltsrecht erhalten.

Die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung wird von einem breiten Spektrum politischer Parteien und den Gewerkschaften unterstützt. Auf der Kundgebung war sogar ein Redner der (rechten) Regierungspartei CDA. Die linken Parteien (die sozialdemokratische PvdA und die „kleinen“ linken Parteien) und die Gewerkschaften deuten dies als Anzeichen dafür, daß die Jugendlichen bleiben dürfen. Ob die Regierungsparteien tatsächlich diesen Standpunkt teilen, wird sich zeigen müssen.

Als erstes Resultat des Aktionsmonates wird von der Organisatoren gesehen, daß die immer wieder herausgeschobene Regierungsnote über die Minderheitenpolitik jetzt in diesem Monat erscheinen wird. Sie soll auch die Grundlage einer gesetzlichen Regelung für die Jugendlichen bilden, zu denen sich die Regierung besonders äußern will. Eine weitere Folge der Aktionen ist es, daß sich viel mehr ausländische Jugendliche in den örtlichen Komitees organisiert haben.

Die Notwendigkeit zum Widerstand bleibt groß angesichts der Tatsache, daß die Polizeirazzien auch nach der Demonstration weiter durchgeführt werden. So meldete die Utrechter Initiativ-Zeitung „Springstof“ vom 13.6.83, daß bei Polizeirazzien im Einkaufszentrum, in verschiedenen Stadtteilen und an Bus-Stationen in den vergangenen Wochen mehr als dreißig Türken und Marokkaner festgenommen wurden und in Haft sind, während über ihren Verbleib in den Niederlanden beschlossen wird.

Korrespondentenbericht aus Utrecht

Zur Geschichte des Antisemitismus Teil V

Im Zeitalter der Aufklärung

Hiermit beginnt eine Epoche der jüdisch-deutschen Geschichte, die ihre Anfänge um 1750 hat, im preußischen Emanzipations-Edikt von 1812 gipfelt und im Wiener Kongress, der den Umschwung deutlich markiert, ihr Ende findet. Während eines halben Jahrhunderts wird die jüdische Frage in allen möglichen Verzweigungen diskutiert, und jetzt auf beiden Seiten, seitdem Moses Mendelssohn (1729-1786) an diesem Gespräch teilnimmt. Das war bislang nur in theologischen Disputationen der Fall.

Es geht zum erstenmal in der jüdischen Geschichte in Deutschland um das praktische Problem der „bürgerlichen Aufnahme“, das heißt um die politische Gleichberechtigung und die staatsbürgerliche Emanzipation der Juden. „Alles, was man den Juden vorwirft“, heißt es in der berühmten Schrift des preußischen Archivars und Kriegerats Christian W. von Dohm, „ist durch die politische Verfassung, in der sie jetzt leben, bewirkt“. Und: „Das beste Mittel, den Besitzstand eines Vorurteils kräftig zu unterbrechen, ist, den Mitteln nachzuspüren, wie er erworben worden“ (zit. nach Wanda Kampmann, „Deutsche und Juden“, Fischer, S. 99).

Dohms Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“ erschien 1781 in Berlin. Dohm gehörte zum Freundeskreis Moses Mendelssohns.

Moses Mendelssohn

Mendelssohn, der aus Dessau nach Berlin kam, entwickelte sich dort mit dem Studium der deutschen Sprache und Literatur zum großen jüdischen Schriftsteller und Philosophen der Aufklärung. Mendelssohn war zwar nicht der erste Jude, der sich die deutsche Bildung aneignete, aber wohl der Erste, der die Forderung nach einer besseren Bildung für alle Juden aufstellte. Er setzte sich für die Errichtung von Schulen und die Erteilung von Unterricht für jüdische Kinder ein.

Dazu bemerkte ein christlicher Geliebter: „Das malpropre (frz.: unsaubere) Wesen der Juden, welche größtenteils in der Kleidung und anderen Stücken den Betteljuden, mit welchen sie Umgang nicht vermeiden können, an den Werktagen gleichkommen, verschleift ihnen und nicht mit Unrecht, den Zutritt in die Schultuben der Christen“ (Ismael Elbogen, „Geschichte der Juden in Deutschland“, S. 179 u. 172).

Drei Jahre noch vor der Bekanntheit mit Mendelssohn hatte Lessing sein Lustspiel „Die Juden“ (1751) geschrieben, ein kühner erster Vorstoß gegen althergebrachte Vorstellungen: „Die Juden“ (1751) geschrieben, ein kühner erster Vorstoß gegen althergebrachte Vorstellungen: hier tritt ein edler, gebildeter und selbstloser Jude auf. Kritiker aus der Welt der Literatur meinten sofort, einen solchen Juden gebe es gar nicht. Einige Jahre später bewies Mendelssohn der literarischen Öffentlichkeit, daß es ihn gab. Seine philosophisch-ästhetischen Schriften, vor allem aber der „Phädon“ (1767), das Gespräch über die Unsterblichkeit, erregten ein ungeheures Aufsehen.

Der „Phädon“ wurde in fast alle europäischen Sprachen übersetzt, und sein Verfasser wurde als „deutscher Sokrates“ bezeichnet. Die französische Ausgabe setzte noch „Juiß à Berlin“ (Jude aus Berlin) auf das Titelblatt, um die Sensation zu erhöhen. Mendelssohn wurde 1771 von der Akademie der Wissenschaften in Berlin zu ihrem Mitglied ernannt. Er versuchte, den Vernunftglauben der Aufklärung mit der jüdischen Gesetzesreligion zu vereinigen. In seiner Abhandlung „Jerusalem oder über religiöse Macht und Judentum“ (1783) unterscheidet er zwischen dem geistigen Gehalt der jüdischen Religion und dem Judentum als einem Inbegriff bestimmter Gebote und fixierter Gesetze. Die religiöse Grundüberzeugung beruhe auf den ewigen Wahrheiten „die der menschlichen Vernunft nicht nur begrifflich, sondern durch menschliche Kräfte dargestellt und bewährt werden können“ (ebda. S. 105). Sie könnten nicht als Dogmen gelehrt, sondern nur dadurch angelehrt und verstanden werden, daß die Vernunft fähig ist, sie aus sich selbst hervorzubringen und sie als notwendig einzusehen. Auf Offenbarung hingegen beruhen die Gesetze und Lebensregeln des jüdischen Volkes; sie gingen aus einem einmaligen geschichtlichen Ereignis zurück — die Gesetzesverkündung auf dem Sinai — und seien einem einzigen Volk für alle Zeiten gegeben.

Die Vernunftwahrheit mache die universalistische Richtung der jüdischen Glaubens aus — die Gesetzesoffenbarung gebe ihm seine spezifische, nationale Grundlage: ein Versuch also der Vereinigung zwischen Vernunftreligion und Gesetzestreue, zwischen Assimilation und Bewahrung der alten jüdischen Lebensordnung. Mendelssohn ruft die Nationen und die Herrschenden auf: „Betrachtet uns, wo nicht als Brüder und Mitbürger, doch wenigstens als Mitmenschen und Mitbewohner des Landes. Zeiget uns Wege und gebet uns Mittel an die Hand, wie wir bessere Mitbewohner werden können, und laßt uns die Rechte der Menschheit mit genießen. Von dem Gesetze können wir mit gutem Gewissen nicht weichen, und was nützen Buch Mitbürger ohne Gewissen?“ (ebda. S. 106).

Freund, das bekannte Drama, „Nathan der Weise“, in dem ein Jude die Hauptfigur ist, der die Frage nach der wahren Religion aufwirft.

Christian Wilhelm Dohm

Mendelssohn war von den elisassischen Juden gebeten worden, eine von ihnen verfaßte Schrift über ihre Lage an die französische Regierung zu übergeben. Nachdem Mendelssohn diese Schrift dem preußischen Kriegsrat Ch. W. von Dohm ausgehändigt und mit ihm darüber gesprochen hatte, verfaßte Dohm im Jahre 1781 die bereits erwähnte Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“. Dohm spricht dabei an sich keine neuen Gedanken aus, wendet aber die Grundsätze der euro-

peischen Aufklärung konsequent auf das jüdische Problem an, das bisher unbeachtet geblieben war. Er beginnt mit einer offenen Darstellung der aktuellen Situation der Juden, den vielfältigen Beschränkungen und Diskriminierungen in ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen, den Eingriffen in ihr Privatleben (z.B. Heiratsalter, „Ansetzung“ des 2. Kindes), ihrem Ausschluss von Handwerk und Ackerbau, der Erziehung auf Schulen und Universitäten, den Besteuerungen und ähnlichem mehr. Warum wirft Dohm das alles auf? Weil man behauptet, der „schädliche Charakter“ der Juden mache solche Maßnahmen nötig.

Die Pläne Mendelssohns verfolgte auch David Friedländer, der 1778 die erste „Jüdische Freischule“ in Berlin gründete, in der außer Jiddisch auch Deutsch gelehrt wurde. Dieses Projekt wurde auf die Städte Dessau, Seesen, Wolfenbüttel und Breslau ausgeweitet. 1783 schlossen sich Naftali Herz Wessely, Marcus Herz, David Friedländer und Herz Hombergh zum „Verein der Freunde der hebräischen Sprache“ zusammen und gründeten die Zeitschrift „Hama'asif“ („Der Sammler“), die bis zum Jahre 1811 erschien.

In Berlin entstanden um 1780 Treffpunkte von Juden und Christen zum literarischen und künstlerischen Austausch. Eine besondere Rolle hatten dabei drei von Jüdinnen gebildete Zirkel, initiiert von Henriette Herz, Dorothea Mendelssohn (eine Tochter von M. Mendelssohn) und Rahel Levin (Varnhagen).

Fürth

Zum Beweis dafür, daß die „bürgerliche Verbesserung“ der Lage der Juden durchführbar sei, verwies Dohm auf die Verhältnisse in Fürth (H.G. Adler, „Die Juden in Deutschland“, S. 32). Im Jahre 1719 wurde dort ein „Reglement für gemeine Judentum in Fürth“ durch die Bamberger Domprobstei erlassen. Darin heißt es, daß die jüdische Gemeinde weitgehende Autonomie erhält, ihre Angelegenheiten selbst regeln kann und auch über die Neuaufnahme von Juden mitbestimmen darf. Falls Christen gegen Juden in Prozessen aussagten, mußten die von ihnen angewandten Beweismittel besonders zuverlässig sein. In die städtische Gemeindeversammlung durften auch zwei jüdische Deputierte entsandt werden. Zu Beginn des 18. Jh. wurden die Handelsbeschränkungen für Juden bezüglich Getreide, Hopfen und Luxuswaren aufgehoben. Neben der 1617 in Ansbach erbauten Synagoge wurden weitere errichtet, und die Rabbiner konnten ein Lehrhaus unterhalten (Ismael Elbogen, S. 153 - 156).

Österreich und Italien

Während 1776 in Nordamerika mit der Unabhängigkeitserklärung zugleich die Menschenrechte deklariert wurden und die Juden damit zum erstenmal die rechtliche Gleichberechtigung bekamen, sah die Situation der Juden in Europa nach wie vor fast gleich aus: 1782 erließ Kaiser Joseph II. (1765-1790) ein Toleranzpatent, das auch Auswirkungen auf die Juden in Deutschland hatte, da am Rhein die Bestimmungen über Erziehung, Unterricht und Berufswahl übernommen wurden.

„Zuerst geht Unser höchster Wille keineswegs dahin, der in Wien wohnenden Judentum in Beziehung auf die äußere Duldung eine Erweiterung zu gewähren, sondern es bleibt auch in Zukunft dabei, daß dieselbe keine eigentliche Gemeinde unter einem besonderen Vorsteher ihrer Nation ausmachen, sondern wie bisher jede einzelne Familie für sich des Schutzes der Landesgesetze ... genießen soll, daß ihr kein öffentlicher Gottesdienst, keine öffentliche Synagoge gestattet werde, daß ihr hier eine eigene Buchdruckerei zu ihren Gebet- und anderen hebräischen Büchern zu errichten nicht erlaubt sei ... Es bestehen demnach die Begünstigungen ... Im folgenden: Da wir die jüdische Nation hauptsächlich durch besseren Unterricht und Aufklärung ihrer Jugend und durch Hinwendung auf Wissenschaften, Künste und Handwerke dem Staate nützlicher und brauchbarer zu machen, zum Ziele nehmen, so erlauben und befehlen wir gnädigst den tolerierten Juden in jenen Orten, wo sie keine eigenen deutschen

Schulen haben, ihre Kinder in die christlichen Normal- und Realschulen zu schicken ... gestatten wir ihnen gnädigst, daß sie von nun an alle Gattungen von Handwerken und Gewerben ... bei christlichen Meistern ... erlernen ... können. Wir verleihen weiter hiermit der jüdischen Nation die allgemeine Befugnis, alle Gattungen von Gewerben, jedoch ohne Bürger- und Meisterrecht, wovon sie ausgeschlossen bleiben ... auf freie Hand treiben zu können ... und erlauben den tolerierten Juden eigene Wohnungen sowohl in der Stadt als in den Vorstädten ... zu mieten. Nicht minder heben wir die von fremden Juden bisher entrichtete Leibmaut (Leibzoll) gänzlich auf ... Überhaupt alle bisher gewöhnlichen Merkmale und Unterscheidungen wie das Tragen der Bärte, das Verbot, an Sonn- und Feiertagen vor zwölf Uhr nicht auszugehen, öffentliche Behausungs-orte zu besuchen und dergleichen, aufgehoben ...“ (Ernst Ludwig Ehrlich, „Geschichte der Juden in Deutschland“, S. 77/78). Weiter verordnete Joseph II. im Jahre 1787, daß alle Juden bürgerliche Familiennamen anzunehmen hätten. Entweder wurden ihnen neue Namen aufgesetzt oder die alten wurden umgewandelt: aus Samuel wurde Schmul, aus Isak Isizig, aus Meir Meyer, aus Emanuel Mendel.

Nach der Französischen Revolution wurde die Annahme bürgerlicher Familiennamen von Juden auch in allen anderen Staaten Europas Praxis (Werner Keller, S. 408). Das Vorgehen, aus Juden Nichtjuden werden zu lassen, sollte auf der einen Seite das Judenproblem durch Assimilation leugnen — wenn es keine Juden gibt, gibt es auch kein Judenproblem. Auf der anderen Seite waren Juden nach wie vor Sondermaßnahmen ausgesetzt. Der Zugang zu vielen Städten blieb ihnen auch weiterhin versperrt: In Wien gab es 1804 nur 119 Familien; in Böhmen und Mähren blieb ihre Zahl auf 14.000 beschränkt, wobei nur dem ältesten Sohn zu heiraten erlaubt war. In Galizien bekamen Juden das Zeugnis für eine Ehekonzession erst dann ausgestellt, wenn sie zuvor eine Deutschprüfung vor einer Kommission bestanden hatten. Die Abgabe von Schutzgeldern und Sondersteuern blieb erhalten, und eine Zensur für religiöse Schriften wurde eingeführt.

Dies gehörte im 18. Jh. auch zur üblichen Praxis in Italien. Dort wurden alle 10 bis 15 Jahre die Synagogen nach Schriften durchsucht, die unter dem Verdacht standen, einen „ketzerischen“ Inhalt zu haben. Die verdächtigen Stellen wurden „korrigiert“ und die Bücher entweder zurückgegeben oder zur genaueren Überprüfung einbehalten. Eine Bittschrift der jüdischen Gemeinde von Rom um Rückgabe der ihnen am 28. Mai 1731 weggenommenen Bücher ist ein Beweis dafür, wie solche „Überprüfungen“ sich über Jahre hinzogen. Die Juden waren starken Bekehrungsversuchen von Seiten der Christen ausgesetzt, indem sie beispielsweise von Geistlichen auf der Straße überfallen und ins Kloster gesteckt wurden. Wenn sie sich nach einer Frist nicht bereit erklärten überzutreten, wurden sie freigelassen. Es blieb ihnen aber aufgrund von Drohungen oft nichts anderes übrig, als sich zu unterwerfen. Juden, die zum Christentum übergetreten waren, durften anderen Juden nicht zu nahe kommen; sie mußten in Italien um das Judentum herum wohnen. Verordnet und bekräftigt wurden solche Maßnahmen durch die Veröffentlichung des päpstlichen Edikts von 1775:

„1. Zuerst befiehlt und verordnet seine Heiligkeit, ... daß die Juden auf keine Weise irgendein Buch oder gottlose, talmudische Codices oder sonst verdammte, abergläubische kabbalistische Werke ... bei sich behalten, lesen, kaufen, schreiben, abschreiben, übersetzen, verkaufen, verschenken oder in einer anderen Weise, unter welchem Vorwand oder welcher Begründung und Ausrede auch immer, veräußern dürfen.“

2. Daß die Juden — auch nicht irgend einer von ihnen — es wagen dürfen, die Irrtümer der genannten Bücher irgend einer Person der jüdischen, christlichen oder irgend welcher anderen Religion, auszuhandeln, zu erklären oder sie in denselben zu unterrichten ...

3. Daß kein christlicher Drucker, Buchhändler oder Kaufmann, wie auch keine andere Person ... dieselben schreiben, drucken, übertragen oder übersetzen zu lassen oder gar für die Erwirkung der Erlaubnis, sie lesen zu dürfen ... sich bemühen, nicht nur den-



MOSES MENDELSSOHN.
Des Fürstlichen Friedrich Wilhelms.

MOSES MENDELSSOHN.
Des Fürstlichen Friedrich Wilhelms.

MOSES MENDELSSOHN.
Des Fürstlichen Friedrich Wilhelms.

Mit der Übersetzung der Thora 1783 in die deutsche Sprache bewog Mendelssohn viele Juden dazu, die deutsche Sprache zu lernen; er gab auch die erste jüdische Zeitung in Deutschland heraus: „Kohlen-Musor“ (Sittenprediger). Im Vorwort seiner Übersetzung der Schrift Menaasse ben Isaak „Die Hoffnung Israels“ klagte er die Verbreitung von Lügen über Juden an: „Man führt fort, was von allen Künsten, Wissenschaften und andern nützlichen Gewerben und Beschäftigungen der Menschen zu entfernen, versperrt uns alle Wege zur nützlichen Verbesserung und macht den Mangel an Kultur zum Grund unserer fernem Unterdrückung. Man bindet uns die Hände und macht uns zum Vorwurf, daß wir sie nicht gebrauchen“.

Viele Rabbiner, darunter Rafael Kohn aus Hamburg, wiesen Mendelssohn Ideen scharf zurück. Jüdische Bildung dürfe ihrer Meinung nach nur die Lehren der Rabbiner beinhalten; jede Abweichung von diesen Traditionen sei eine Bedrohung für das Judentum. Zur gleichen Zeit stellte sich der Staat immer mehr gegen das rabbinische Gericht und duldet keine außerstaatliche Gerichtsbarkeit und Strafbefugnis. Nur in Fragen der jüdischen Zeremonien, Testamente, Eheschließungen, Erteilungen, Vormundschaften und ähnlichem durften rabbinische Gerichte Urteile und Entscheidungen fällen (Ismael Elbogen, S. 179 u. 177).

Zum besseren Einblick in das jüdische Gesetz ließ der Staat unter anderem Mendelssohns Buch „Ritualgesetz der Juden“ (1778) drucken. 1779 veröffentlichte Lessing, Mendelssohns

päpischen Aufklärung konsequent auf das jüdische Problem an, das bisher unbeachtet geblieben war. Er beginnt mit einer offenen Darstellung der aktuellen Situation der Juden, den vielfältigen Beschränkungen und Diskriminierungen in ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen, den Eingriffen in ihr Privatleben (z.B. Heiratsalter, „Ansetzung“ des 2. Kindes), ihrem Ausschluss von Handwerk und Ackerbau, der Erziehung auf Schulen und Universitäten, den Besteuerungen und ähnlichem mehr. Warum wirft Dohm das alles auf? Weil man behauptet, der „schädliche Charakter“ der Juden mache solche Maßnahmen nötig.

Der sogenannte „Nationalcharakter“, lehrt Dohm aber, sei keine feste Größe, sondern von vielen veränderlichen Bedingungen und vor allem von der politischen Verfassung abhängig. Die Judenpolitik seiner Zeit sei ein Überbleibsel der mittelalterlichen Barbarei. Dohm gibt weiter einen Einblick in die jüdische Exilgeschichte seit der römischen Kaiserzeit. Er behandelt die wirtschaftlichen Motive des Antisemitismus, schildert den Schacher der Fürsten mit dem Judenprivileg, die königlichen Erpressungen z.B. bei den Vertreibungen aus Frankreich und England, die gefährliche Funktion des polnischen Juden im Pachtsystem des polnischen Adels, und schließt mit den gefälschten Quittungen, die die elisassischen Bauern zu einer Revolte gegen die dort lebenden Juden anstiften sollten — eine Aktion, die der Anlaß seiner Untersuchung war.

Dohms Reformvorschläge: Er fordert zuerst die uneingeschränkte bürgerliche Gleichberechtigung, das heißt

selben Strafen des Verlustes der Bücher, der Confiscation ihrer Güter und anderen sehr schweren körperlichen Strafen ... unterworfen zu sein, sondern auch der Strafe der Exkommunikation ... ohne jede andere Erklärung verfallt. (...)

9. Daß die Juden Hexereien, Zaubereien, Deutungen, Heilungen durch Psalmenverse oder andere Akte, welche Aberglauben bedeuten, weder treiben, noch verfassen oder lehren dürfen ... unter der Strafe von 100 Saeld, Rutenhiebe und lebenslänglicher Galeere ... und dieselben Strafen sollen sich auch diejenigen Christen zuziehen, welche von den Juden die obengenannten abergläubischen Akte lernen möchten oder die zu ihnen Zuflucht nehmen ... (A. Berliner, „Geschichte der Juden in Rom“, Bd. 2, S. 82-88, 94, 106-119; H.C. Adler, S. 46/47).

Frankfurt

Die Juden in Frankfurt mußten zusammengepfercht im Ghetto, in der Judengasse wohnen und waren Demütigungen und Denunziationen ausgesetzt. Als die jüdische Gemeinde in Frankfurt ein von Kaiser Karl VI. gefordertes Darlehen aufgrund ihrer Armut nicht zahlen konnte, verordnete dieser die Sperrung der Synagoge. Die 1728 erfolgte Abschaffung der Judenzeichen änderte die Situation der Juden kaum: Noch gegen Ende des 18. Jh. bestand für Juden ein Größzwang, indem sie bei Zureifen von Christen auf der Straße: „Mach Mores, Jud“ den Hut ziehen mußten (Ismar Elbogen, S. 141 und H.C. Adler, S. 32). Auf dem Weg zur Judengasse war im 15. Jhd. öffentlich vom Frankfurter Magistrat ein Schandbild über Juden auf dem Brückenturm angebracht worden:

Über einem toten Jungen, der mit vielen Wunden voller Schusterpfriemen auf einem Tisch lag, stand geschrieben: „Anweih Rebb Ansel au au Mausch anweih au au“. Unter der sich darunter befindenden Abbildung eines Schweins, welches einen Juden tritt, stand: „Anno 1473 am grünen Donnerstag ward das Kindlein Simon, zweieinhalb Jahre alt, von den Juden umgebracht“. Dieses Schandbild, das 1677 und 1709 erneuert wurde, verschwand erst 1801, als der ganze Brückenturm abgerissen wurde. Die Darstellung antisemitischer Abbildungen auf Skulpturen und Reliefs an Dömen und Rathhäusern war bereits um 1300 in Deutschland aufgetaucht. Dabei befand sich in den Städten Magdeburg, Regensburg, Freising und an der Pfarrkirche zu Wittenberg die vor allem benutzte Abbildung „Judensau“, auf der um das Tier herum Juden abgebildet sind, die dessen Milch und Exkremente zu sich nehmen. In der Deggendorfer Kirche zum Heiligen Grabe befand sich ein Bild über einen angeblichen „Hostienfrevel“ im Jahre 1337, dessen Inschrift erst 1960 durch Überstreichen entfernt wurde (Werner Keller, S. 409-411).

Der Chasidismus

Der Chasidismus

In Polen-Litauen entwickelte sich um die Mitte des 18. Jh. die Bewegung des Chasidismus, deren Anführer Israel ben Elieser, genannt Baal Schem tow (Meister des göttlichen oder guten Namens; 1699-1760) war. Das sonst nur in den Gemeinden verfestigte und verankerte jüdische Leben, das diese auch weitgehend bestimmten, wurde durch den Chasidismus über diese Grenzen hinausgetragen. Umgekehrt gab es eine Einflußnahme auf die Gemeinden von außen. Die Bedeutung der Rabbiner als höchste religiöse Autorität wurde dadurch verringert, daß der Chasidismus eine neue Führungspersonlichkeit hervorbrachte, den „Zaddik“ (Gerechter), der zwischen Gott und Volk vermitteln sollte, indem er zum Volk herabstieg und dieses emporhob. Die Unabhängigkeit von der Gemeinde drückte sich auch im Handeln der Chasidim aus, das sich nicht unbedingt im Rahmen des Interesses der Gemeinden bewegte: Auslösung der Gefangenen, Aufbringung von Geldern für das Heilige Land und Organisation von Widerstand gegen Unterdrückungsmaßnahmen der staatlichen Behörden. Die chasidistische Bewegung breitete sich unter Rabbi Dow Bar (1710-1772) in Galizien, Weißrußland, Litauen und Zentralpolen aus. Obwohl der Chasidismus von vielen Rabbinern, darunter ihrem Führer Gason Elia von Wilna, heftig bekämpft wurde, weil nicht alle Menschen Gott verehren könnten und an den Gesetzen der Thora festgehalten werden müsse, führten die Auseinandersetzungen zur Stärkung der jüdischen Gemeinschaft und Tradition, im Gegensatz zum Einfluß der Aufklärungsbewegung in den westlichen Gebieten („Geschichte des Jüdi-

schen Volkes“ Bd. 3, Hrg. H.H. Ben-Sasson, S. 54-64).

Reformversuche in Preußen

Unter den Nachfolgern des Großen Kurfürsten (Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große) hatte sich die Situation der Juden in Preußen deutlich verschlechtert (siehe Teil IV in AK Nr. 234). Die gesetzlichen Bemühungen zur „bürgerlichen Verbesserung der Juden“ reichen in das Jahr nach dem Tod König Friedrichs des Großen zurück.

Das Toleranzedikt Kaiser Josephs II. von 1782 sowie die sich anbahnende Entwicklung in Frankreich (Abschaffung des Leitzolls 1794) blieben in Preußen vorerst ohne direktes Echo. Nach dem Regierungswechsel (1786) ging die Initiative von der Berliner Jüdischen Gesellschaft aus. Sie wandte sich direkt an König Friedrich Wilhelm II. Ihre zahlreichen Forderungen liefen auf drei Punkte hinaus:

1. Aufhebung der Zwangsgemeinden (in denen alle für die Abgaben, Vergehen, Strafen etc. der anderen solidarisch haften mußten),
 2. Freigabe aller Handelszweige und Gewerbe für die Juden,
 3. Beseitigung aller unter Friedrich II. hinzugekommenen Lasten (Sonderzahlungen, zwangsweise Übernahme unrentabler Manufakturen u.ä.m.).
- Nach zwei Jahren wurde der jüdischen Gemeinde ein Reformplan vorgelegt, der eine lange Reihe verklausulierter „Befreiungen, Rechte und Vergünstigungen“ versprach sowie eine Aufzählung von Pflichten — u.a. die Militärpflicht — enthielt, allerdings aber kein Wort von bürgerlicher Gleichstellung.



(aus dem Katalog der Ausstellung „Juden in Preußen“)

Die Juden formulierten ihre Ablehnung eindeutig: Diese Vorschläge machten sie noch immer „zu geduldeten Fremdlingen, immer gekennzeichnet und immer verachtet“ („Die Juden als Minderheit in der Geschichte“, dtv, S. 141); sie erklärten generell ihre Emanzipationsforderung: Sie wollten

als Minderheit in der Geschichte“, dtv, S. 141); sie erklärten generell ihre Emanzipationsforderung: Sie wollten zu „Eingeborenen mit allen Rechten und Pflichten der übrigen Untertanen“ werden (ebda. S. 141). Im Mai 1793 zog die Regierung ihren Entwurf endgültig zurück. Bis zum Zusammenbruch Preußens haben die Juden noch zwei eigene Vorträge unternommen, ohne jedoch wieder ein so grundlegendes Emanzipationsbegehren wie 1787 zu artikulieren. Um die Jahrhundertwende verschlechterte sich die Situation der Juden eher, als daß sie sich entspannte. Doch die Eroberungen Napoleons und der Zusammenbruch Preußens änderten die Lage grundlegend.

Vor dem Ausbruch der französischen Revolution

Die Aufklärung ist in einer Zeit entstanden, als das Bürgertum nach der politischen Macht strebte. Sie ist theoretischer Ausdruck seines Kampfes. Sie stellt die feudale Gesellschaft, die ständischen Privilegien und die Herrschaft des Königs, dessen Macht auf dem Willen Gottes beruhen sollte, in Frage. Die Forderungen und Angriffe gegen Kirche und Adel waren mit der Bloßstellung der feudalen Herrschaftsverhältnisse verbunden und setzten diese den Grundsätzen der Vernunft, der Wissenschaft und der rationalistischen Naturrechte entgegen. Die politischen Forderungen des Bürgertums in Frankreich nahmen Einfluß auch auf andere europäische Länder. In Deutschland griffen Schriftsteller die Ideen der französischen Revolution auf, obwohl hier das Bürgertum weder ökonomisch noch politisch stark war. In die Diskussion um einen Staat, der dem Wohle al-

ler Bürger dienen sollte, und um Menschenrechte, die jedem angeboren seien, wurde auch der Antisemitismus einbezogen. Freilich äußerte ein Voltaire in seiner Schrift „Dictionnaire Philosophique“ 1796: „Die großen Völker können nicht ihr Gesetz und ihre Kenntnisse von einem kleinen niedrigen und sklavischen Volk beziehen ... Wer behauptet, die Ägypter, die Perser, die Griechen seien von den Juden gebildet worden, der kann gleich sagen, die Römer hätten sich in den Künsten von den Bretonen unterrichten lassen. Der Aufenthalt in Babylonien und Alexandrien, während dessen einzelne sich bilden konnten, hat das Volk nur mit der Kunst des Wuchers vertraut gemacht ... Man findet in ihnen nur ein unwissendes und barbarisches Volk, das seit langem den schmutzigsten Geist mit dem verachtungswürdigsten Aberglauben verbindet und zugleich mit dem unüberwindlichen Haß auf alle Völker, die es dulden und ihm zu Reichtum verhelfen. Dennoch soll man sie nicht verbrennen“ („Geschichte des Jüdischen Volkes“, Bd. 3, Hrg. H.H. Ben-Sasson, S. 25).

1785 wurde in einer öffentlichen Umfrage der „Königlichen Gesellschaft für Wissenschaft und Künste“ folgende Frage aufgeworfen: „Gibt es ein Mittel, die Juden in Frankreich nützlicher und glücklicher zu machen?“ Unter anderem antworteten darauf Abbé Henri Gregoire, der sich für die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Juden einsetzte, des weiteren Adolph Thierry, der schrieb: „Es ist Zeit, Schluß zu machen mit der schändlichen Sklaverei der Juden“, und der Pariser Bibliothekar Skalwind Hurwitz, ein polnischer Jude, der schrieb: „Hört auf, die Juden unglück-

lich und unnützlich zu machen! Gebt ihnen jene Bürgerrechte zurück, die ihr ihnen aller göttlichen und menschlichen Gerechtigkeit zum Trotz und zu eurem eigenen Nachteil geraubt habt!“

1787 sagte Graf Mirabeau in seiner Schrift „Über Mendelssohn und die politischen Reformen der Juden“: „Ihr wollt, daß die Juden nützliche Bürger werden! So verbannt doch aus dem gesellschaftlichen Leben alle erniedrigenden Unterschiede, erschließt den Juden alle Quellen des Erwerbs. Statt ihnen Ackerbau, Handwerk und die mechanischen Künste zu untersagen, spornet sie doch zur Beschäftigung damit an ... Überlaßt ihnen den Genuß der Bürgerrechte, und sie werden in die Reihen der nützlichen Staatsbürger treten“.

Praktische Auswirkungen hatte dies zunächst keine: 1784 wurde im Elsaß zwar der „Leitzoll“ abgeschafft, nachdem Juden sich mit einer Schrift an Ludwig XVI. gerichtet hatten; in Paris blieb jedoch alles beim alten: Alle Juden mußten sich in der Seinstadt bei der „Sonderinspektion für Stroche und Juden“ (Inspection des escrocs et des juifs) melden.

Die Auswirkungen der französischen Revolution

Im Juli 1789 erklärte sich das Bürgertum in Frankreich zur Nationalversammlung, worauf der König mit dem Ausschicken seiner Truppen reagierte. Die Revolution begann am 14. Juli 1789 mit dem Sturm auf die Bastille. Der König mußte die Nationalversammlung anerkennen. Weitere Aufstände im Juli/August 1789 führten zur Abschaffung der Feudalprivilegien und der Feudallasten.

Am 18. August 1789 wurden die Menschen- und Bürgerrechte proklamiert: Die Rechte des Menschen sind ihm eigen, sie sind „natürliche und unwandelbare Rechte“, deren Erhaltung

das Ziel jeder politischen Gemeinschaft ist (Artikel 2). „Die Menschen sind frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es auch“ (Artikel 1). Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung (Artikel 2). Die Freiheit wird als das Recht bezeichnet, „alles zu tun, was keinem anderen schadet“ (Artikel 4). Die Freiheit ist zuerst die Freiheit der Person, die individuelle Freiheit, die gegenüber willkürlichen Anklagen und Verhaftungen (Artikel 7) und durch die unterstellte Unschuld bis zum Gegenbeweis (Artikel 9) garantiert wird.

Als Frauen und Herren ihrer eigenen Person können die Menschen reden und schreiben, drucken und veröffentlichen, soweit die Meinungsäußerungen nicht die bestehende gesetzliche Ordnung stören (Artikel 10). Frei sind die Menschen auch im Erwerb und Besitz. In der Deklaration wird die Gleichheit eng mit der Freiheit verbunden. Das Gesetz ist für alle gleich, alle Staatsbürger sind vor ihm gleich, öffentliche Würden, Stellen und Ämter sind allen ohne Unterschied der Geburt in gleicher Weise zugänglich (Artikel 6). Die Rechte der Nation sind in mehreren Artikeln feierlich verankert: Der Staat ist dabei nicht mehr Selbstzweck, seine einzige Aufgabe ist diejenige, den Staatsbürgern die Ausübung ihrer Rechte zu sichern. Tut er dies nicht, werden die Bürger gegen die Unterdrückung Widerstand leisten (Artikel 2). Die Nation — die Gesamtheit der Staatsbürger — ist souverän (Artikel 3), das Gesetz ist Ausdruck des allgemeinen Willens, alle Staatsbürger haben das Recht, entweder persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Ausgestaltung mitzuwirken (Artikel 6). Der Ausruf der Menschen- und Bürgerrechtserklärung war am 22. August eine erstmalige Debatte um die Judenfrage in der Nationalversammlung.

Mirabeau und der Abbé Gregoire verlangten, daß die Artikel, die sich auf Rechtsgleichheit und religiöse Duldung bezogen, auch konsequent auf die Juden angewandt werden, deren elender Zustand nur die „Frucht der Tyrannei“ sei. Beide hatten dieses Problem bereits vor der Revolution in Flugschriften behandelt und sich dabei auf Mendelssohn und Dohm gestützt. In der Debatte wurde folgender Beschluß gefaßt: „Niemandem sollen wegen seiner Überzeugung, selbst wegen der religiösen, Beschränkungen auferlegt werden“. In der Diskussion hielten Mirabeau und der Pastor Rabaud Saint Etienne Beiträge gegen jede Vorbereitung einer Religion. Mirabeau: „Vorherrschende Religion! Möge doch dieses Tyrannenwort aus unserer Gesetzgebung ganz verschwinden! Die unbeschränkte Religionsfreiheit ist in meinen Augen so heilig, daß das Wort Toleranz mir gewissermaßen tyrannisch klingt!“ Und Rabaud Saint-Etienne: „Für die französischen Protestanten, auch für alle Nicht-Katholiken fordere ich, was ihr für euch beansprucht: Freiheit! Gleiches Recht! Ich fordere dies auch für jenes ... nun schon achtzehn Jahrhunderte umherirrende, verfolgte Volk, das sich unsere Sitten und Gebräuche angeeignet hätte, wenn nur unsere Gesetzgebung ihm Zutritt in unsere Mitte gewährt hätte. Wir haben kein Recht, diesem Volk seine sittlichen Mängel zum Vorwurf zu machen, denn sie sind nichts als die Folge unserer eigenen Barberei, eine Folge jener erniedrigenden Lage, zu der wir es ungerichterweise selbst verdammt haben“. Auf der Sitzung vom 23. Dezember 1789 wurde die Judenfrage nochmals behandelt. Der Abgeordnete Clermont-Tonnerre deutete das weiter bestehende Dilemma an, als er ausrief: „Den Juden als Nation ist alles zu verweigern, den Juden als Menschen aber ist alles zu gewähren“ (zit. nach W. Kampmann, S. 123). Die Konservativen behaupteten, die Juden seien eine Nation, insofern könnten sie auch keine französischen Staatsbürger werden: „Das Wort ‚Jude‘ (frz.: Jude) ist nicht Name einer Sekte, sondern einer Nation, die ihre eigenen Gesetze besitzt, an die sie sich immer gehalten hat und an die sie sich weiter zu halten wünscht. Definiert man Juden als Bürger, so ist dies so, als hätte man gesagt, daß Engländer und Dänen französische Bürger sein könnten, ohne Dokumente und Naturalisierung, und ohne daß sie aufhören würden, Engländer und Dänen zu sein“.

Der Revolutionär Robespierre hielt dem entgegen: „Die üblichen Eigenschaften der Juden gehen auf das Ausmaß an Erniedrigung zurück, der Sie sie unterworfen haben“. „Jeder Bürger, der die Bedingungen der Wahlbarkeit erfüllt, die Sie niedergelegt haben, hat das Recht, ein öffentliches Amt zu bekleiden“. Aufgrund der konservativen Opposition wurde die Beratung eines besonderen Dekrets zur Juden-

emanzipation vorerst verschoben. Andere Umstände verzögerten ebenfalls dieses Dekret: Das war einmal die Bauernbewegung im Elsaß, die sich hier nicht nur gegen den Feudaladel, sondern auch und vor allem gegen die jüdischen Geldverleiher richtete. Gegen die Juden wurde der Vorwurf erhoben, sie gehörten nicht zu den Unterdrückten, sondern zu den Unterdrückern. Als aber die Verfolgung und Ausreibung der armen jüdischen Bevölkerung im Elsaß bedrohliche Ausmaße annahm, griff die Nationalversammlung ein. Erschwerend kam hinzu, daß die französischen Juden sich keineswegs untereinander solidarisch empfanden. So besaßen die gefährdeten Juden aus Bordeaux längst das städtische Bürgerrecht, waren im hohen Grade assimiliert und setzten in geschickten Verhandlungen durch, daß man ihnen allein schon 1790 die volle Gleichberechtigung zugestand. Erst als die Pariser Juden die einzelnen Sektionen und dann den Stadtrat für einen erneuten Antrag an die Nationalversammlung gewonnen hatten, wurde am 28. September 1791 das Dekret erlassen, das alle Ausnahmegesetze aufhob und den Juden Frankreichs alle Rechte und Pflichten französischer Bürger zuerkannte. Frankreich war somit das erste Land in Europa, das den Gedanken der Rechtsgleichheit auch auf die Juden anwandte (die amerikanische Verfassung hatte ihn schon wenige Jahre zuvor angenommen).



Preussische Juden-Edikte

Mit der Besetzung anderer Länder durch die französischen Armeen wurden Juden auch dort die Bürgerrechte zugesprochen. 1795 erhielten die Juden in den Niederlanden und in Belgien volle Bürgerrechte. 1797 erfolgt die Besetzung Italiens, die ein Jahr später die Proklamation der Gleichberechtigung der Juden brachte.

Aber auch andere Stimmen wurden laut: In Siena wurden Juden angegriffen und viele kamen ums Leben.

In Deutschland, wo die Forderung nach gleichen Menschenrechten vom Bürgertum wenig engagiert erhoben

In Deutschland, wo die Forderung nach gleichen Menschenrechten vom Bürgertum wenig engagiert erhoben wurde, bedurfte es erst eines französischen Befehls, um Juden gleiche Bürgerrechte zu sichern.

Nachdem 1792 Mainz, Worms, Speyer und 1794 auch Köln besetzt wurden, wurden 1798 auf französischen Befehl die Ghettos in Mainz entfernt und in Köln, wo sich Juden schon vor dem 5. Jahrhundert ansiedelten und von wo sie 1425 vertrieben worden waren, eine Proklamation erlassen: „Alles, was mit der Sklaverei zusammenhängt, wird aufgehoben ... Gott allein hat ihr Rechenschaft über eure Glaubenslehren zu geben, wohingegen die bürgerlichen Rechte für alle gleich sind.“

Mit dem Einmarsch französischer Truppen in Hamburg im Jahre 1810 wurde Juden auch dort wie in den Hansestädten Lübeck und Bremen gleiche Bürgerrechte erteilt. Die Frankfurter Juden bekamen diese erst zugesprochen, nachdem die jüdische Gemeinde ein „Lösegeld“ von 400.000 Gulden gezahlt hatte, als Entschädigung für die weggefallenen Schutzgelder. In Baden wurden Juden 1808 nur unter der Bedingung, in Zukunft keinen Kleinhandel zu betreiben, als Staatsbürger anerkannt.

Die aufgezwungene rechtliche Gleichstellung der Juden und die Annahme der von Frankreich erlassenen Gesetze überhaupt, wurden z.B. in Westfalen nach dem Sturz Napoleons wieder verworfen, ebenso wie in Teilen Italiens (Werner Keller, Seiten 409 — 423; Ben Sasson, S. 27/28, 44/45; „Grundbuch zur bürgerlichen Gesellschaft“, Rainer Nitsche und Walter Kröber, S. 24 — 44).

En., KB-Gruppe Frankfurt

Man hat sich bei uns Jahrzehntlang schwer getan mit ihr, der Autorin, die von 1952 bis 1978 dem Schriftstellerverband des anderen deutschen Staates vorstand, mit der Kommunistin und Jüdin Anna Seghers. Zwar ging es nicht an, ihr die literarische Bedeutung abzuspüren. Wohl aber hat man unternommen, die Schriftstellerin und die Kommunistin nach dem vom Parteibrecht her zur Genüge bekannten Rezept auseinanderzudividieren. Ein mit kritischen Gaben besonders, sozusagen doppelt reich gesegneter Interpret kam, immer mal wieder, sogar zu dem Schluß, bei ihrem Kommunismus handele es sich um Metaphysik-Ersatz. Sollte heißen: Kommunistin war sie angenommen nicht.

Mag dies für manchen hierzulande der einzige Weg gewesen sein, sich trotz selbstauferlegter politischer Berührungverbote der bedeutendsten Schriftstellerin zu nähern, die in deutscher Sprache bislang geschrieben hat, so hat man drüben in der für das deutsch-deutsche Spannungsverhältnis charakteristischen Konträrreaktion lange Zeit bis zur Ausschließlichkeit betont, was hüben geleugnet wurde: das Bekenntnis zu ihrer Partei, das Anna Seghers mit Leben und Werk abgelegt habe.

Wie meist, so liegt die Wahrheit auch hier nicht in der Mitte, sondern auf einem Felde, das den auf solche Art Streitenden in der Regel unerschließbar zu bleiben pflegt. Einfach ist diese Wahrheit nicht. Sie setzt sich aus Widersprüchen zusammen, von denen sich einige auflösen und klären lassen, andere vorderhand und vielleicht für längere Zeit jedoch noch nicht.

Die Schwierigkeiten bei der Wahrheits- und vorab selbst bei der Tatsachenfindung werden dadurch nicht kleiner, daß Anna Seghers ihre persönliche Existenz völlig hinter das Werk zurückgenommen hat. Nichts da von der Repräsentantenrolle für die Epoche, die Thomas Mann beanspruchte, keine Genie-Attitüde von der Art des jungen Brecht und auch nichts vom Weihegestus des sozialistischen poeta laureatus à la Johannes R. Becher. Als habe ein bewußter Anti-Geniekult sie schweigen geheißen, gibt es von ihr kaum autobiographische Aufzeichnungen. Die wenigen, meist kargen Selbstausagen zum Werk verräteln mehr als sie erklären. Mitunter hat man den Eindruck, der Frager sei von Anna Seghers freundlich in die Irre geführt worden.

Er wurde aber auf sich selbst verwiesen, auf seinen Spürsinn, seine Phantasie — und auf das Werk, dem seine Frage galt. Tatsächlich sind nur in den Romanen und Erzählungen jene Stellungnahmen zu finden, die Anna Seghers als (öffentliche) Person so hart-

Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt..

Zum Tode von Anna Seghers

näckig und listig verweigert hat. Der Vorsitzenden des DDR-Schriftstellerverbandes hat man im Westen unzählige Male mangelnden Mut bei der Konfrontation mit der Kulturpolitik ihres Staates vorgeworfen. Die Autorin indessen hat in der Erzählung „Das wirkliche Blau“ gesagt, was sie von dieser Kulturpolitik hielt.

Für die ersten Exiljahre schrieb Gustav Regler, Anna Seghers habe sich wider besseres Wissen falschen Parteilösungen unterworfen — wörtlich: „Die Seghers gehorchte gegen ihre nicht unbeträchtliche Intelligenz.“ Unterstellen wir einmal, daß sie in den

nicht unbeträchtliche Intelligenz.“ Unterstellen wir einmal, daß sie in den KPD-Zellsitzungen tatsächlich geschwiegen hat, wenn Funktionäre oder Schriftstellerkollegen optimistische Phrasen zum baldigen Sieg über den Faschismus verbreiteten, statt von dem zu sprechen, was notgetan hätte: von den Ursachen der verheerenden Niederlage des Jahres 1933. Aber in den Romanen „Der Kopflohn“ (1933) und „Die Rettung“ (1937) hat sie diese Niederlage der KPD thematisiert und samt ihren Ursachen erzählerisch geklärt. Als sie den „Kopflohn“ vorlegte, war das für die KPD noch nicht, als sie die „Rettung“ schrieb, war es für sie nicht mehr opportun. Der VII. Parteikongress hatte 1935 das zuvor tabuisierte Thema ja angeblich erledigt. Anna Seghers muß das aber anders beurteilt haben, denn selbst in dem unmittelbar vor dem 2. Weltkrieg beendeten Roman „Das siebte Kreuz“ hat sie das Thema noch einmal aufgenommen.

Um das zu erfassen, muß man sich allerdings auf ihre verhaltene Sprache einlassen, muß man die Wege beobachten, die sie ihre Figuren nehmen läßt. In der „Rettung“ ist es nicht der hyperintelligente KPD-Funktionär Albert, auf den sich inmitten der Katastrophe von 1933 die Hoffnungen konzentrieren, sondern ein politisch indifferentes Bergmann namens Bertisch. Und es gehört zur Tragik der historischen Situation wie zu der des Buches, daß dieser „Gebensichte“ (nämlich: Gebenedeite) den Weg zum Widerstand gegen die Nazis nur trotz des so parteitreuen Albert findet, anstatt mit seiner Hilfe.

Nicht viel anders im „Siebten Kreuz“. Unnötig, dieses Buch mit rühmenden Beiworten zu schmücken, sehr wohl nötig, den Blick auf ein hier symptomatisches Detail der Fabel zu lenken. Man weiß es: als einzigem der sieben ausgebrochenen KZ-Häftlinge gelingt Georg Heiser die Flucht ins Ausland. Was ist das aber für ein Mann? Ein Springinsfeld und Bruder Unsöld, der sich um „Parteilinie“, „Kaderarbeit“ und dergleichen den Däbel gekümmert hat, und sich, es sieht sehr zu befürchten, auch künftig,



Anna Seghers in den siebziger Jahren in der DDR

Am 1. Juni 1983 starb Anna Seghers in Berlin, der Hauptstadt der DDR. — Bundesdeutsche Kritiker mochten sich ihrem Werk häufig erst nähern, wenn sie zuvor Anna Seghers Bekenntnis zum Kommunismus als so ernst nun auch wieder nicht gemeint dargestellt hatten; deutsch-demokratische Kritiker hingegen übersahen geflissentlich in ihrem Werk, was realsozialistischer Literaturauffassung widersprach. Hans-Albert Walter setzt sich in seinem Nachruf auf Anna Seghers, der (gekürzt) in der „Frankfurter Rundschau“ am 3.6. erschien, mit dieser Reaktion in den beiden deutschen Staaten auf ihr Werk auseinander; er stellt ihre literarische Verarbeitung der Niederlage der KPD dar, ihre Haltung gegenüber dem Stalinismus und ihre besondere Situation als Jüdin. — Wir danken Hans-Albert Walter für die Überlassung seiner Arbeit zum Abdruck im AK und freuen uns, ihn in den Spalten unserer Zeitung „als Gast“ begrüßen zu können. AG Exil

auch draußen im Exil, recht wenig darum kümmern wird.

Hätte dagegen X den Roman geschrieben — und hier kann man, von Becher und Brecht bis zu Regler und Weiskopf, so ziemlich alle schreibenden KPD-Mitglieder des deutschen Exils einsetzen —, so wäre statt Heiser selbstverständlich der erfahrene Parteiarbeiter Ernst Wallau entkommen. Anna Seghers indes läßt diesen mit allen Regeln der Konspiration vertrauten Funktionär der Gestapo in die Hände laufen. Gewiß stirbt Wallau einen furchtbaren, nur heroisch zu nennenden Tod. Diese Opferglorie ändert aber

nichts daran, daß er es ist, der stirbt, und nicht Heiser. Es ist kein Zweifel möglich: Anna Seghers hat mit dieser Handlungsführung auch über die an der Niederlage von 1933 mitschuldige Kaderpartei KPD ein Urteil gefällt.

Nicht in der Form eines laut hallenden Hammerschlags, sondern genauso sachlich und ruhig, wie sie Georg Lukács das Scheitern seines Literaturkonzepts attestiert hat. Im Nachspiel zu der gespenstischen Debatte über Expressionismus und Realismus hat sie den damals in der Macht Thronenden an Autoren erinnert, die sich „im Vollbesitz der Methoden des Realismus“ dünkten, indem sie nach seinen — Lukács — Methoden verfahren. Aber mit welchem Resultat? „Sie hatten es fertiggebracht, die Welt ganz zu entzaubern.“ Mit der gleichen Selbstverständlichkeit hat sie von Lukács und den Seinen verpönte, sogenannte avantgardistische Techniken auch angewendet, indem sie sie, adäquat zu ihren Inhalten, weiterentwickelte und umfunktionierte. (Auch noch in den beiden, in der DDR geschriebenen Romanen „Die Entscheidung“ und „Das Vertrauen“, Büchern, die ungeachtet dieser Schreibweise ihre besten wahlisch nicht sind).

Dies zum Steuer der Wahrheit für alle, die aus Anna Seghers eine konforme Musterschülerin der Parteiliteratur haben machen wollen. Zugleich weist es jene in die Schranken, die ihr die politische Denkfähigkeit abgesprochen haben — Gläubige pflegen bei Anfechtungen anders zu reagieren, als sie es in ihren Konflikten getan hat. Sie so einzuschätzen heißt, sie mit dem durchschnittlichen parteitreuen Kommunisten ihrer Zeit verwechseln. Bei Anna Seghers verhielt es sich viel komplizierter.

Soviel allerdings ist richtig: politische Theorien, sei es über den Kapitalismus, sei es über den Faschismus, haben in ihrem Werk kaum Niederschlag gefunden. Wäre dies der Prüfstein für die literarische Umsetzung politischer Auffassungen, so wären etwa Gorki und Babel auch keine kommunistischen

Autoren gewesen. Wichtiger ist schon, ob einer in dem voluntaristischen Idealismus verharrt, den seine bürgerliche Bildung ihn gelehrt hat, oder ob er zu einer materialistischen Schwere flacht. Und da ist es klar, wo Anna Seghers gestanden hat. An der Seite von Brecht.

Auch wenn sich das anders ausdrückte als bei ihm. Auch wenn sie in ihrer Bild- und Symbolsprache häufig auf traditionelle Topoi zurückgegriffen hat, auf Antikes, Christliches und Jüdisches, der promovierten Kunsthistorikerin Vertrautes, was zu dieser materialistischen Weltanschauung nicht zu passen schien. Der neue Kontext jedoch, in dem diese Figuren und Symbole auftauchten, der neue Kontext jedoch, in dem sie ihn brachte, hat z.B. auch den religiösen Bildgestus des Segenspendens verändert, der für jene eine so große Rolle spielt, die ihr den politischen Verstand absprechen möchten. Und es paßt nicht schlecht dazu, daß dieser unverwandte Elemente der Kulturüberlieferung drüben meist ignoriert wurden.

Hier mißdeutet, dort am liebsten übergangen, wenn es sich nur hätte machen lassen: bei der Rezeption von „Transit“ kulminiert dieses west-östliche Nichtverstehenwollen und Nicht-verstehenkönnen. Dieses zugleich furioseste und stillste Buch, das Anna Seghers geschrieben hat, den einen war es eine Verlegenheit, wenn nicht ein Greuel, den andern ein häßlicher Triumph. Wie enig man sich da war: Affinität zu Kafka! Affinität zum französischen Existenzialismus!

Zwar kann davon keine Rede sein, und das Grundmuster dieses die Grenzen des Grotesken mehr als einmal

überschreitenden tragischen Wirbels um Pässe und Visa, Flucht und Beharren liegt klar auf Tage. Aber es ist offenbar viel leichter, über Affinitäten (zu deutsch: Verwandtschaften) zu spekulieren, als sich mit dem auseinanderzusetzen, was in dem Buche geschildert ist: mit dem Erfahrungsgang eines Menschen, der reflektierend wiedergewonnen hat, was er unter dem Druck absurd anmutender, in Wahrheit höchst realer Verhältnisse zeitweilig verloren hatte: seine Identität, seine Mündigkeit. Das Motiv ist nicht neu gewesen bei Anna Seghers, nur daß es z.B. in der „Rettung“, im „Siebten Kreuz“ oder in den „Sagen von Artemis“ nicht mit solcher Prägnanz hervortrat. Allein seine Häufigkeit hätte aber vor simplen biographischen Rückschlüssen warnen und zur Vorsicht mahnen müssen.

Es mag ja sein, daß Anna Seghers, im besetzten Frankreich von 1940/41 dem Zugriff der Nazis beinahe schutzlos preisgegeben, eine Krise durchlebt hat. Die allgemeine, an der andere zugrundegegangen sind, Benjamin, Hanselver, Ernst Weiß und zahllose Unbekannte. Dann wäre „Transit“ aber der Beweis, daß diese Krise von ihr schon am Orte des Geschehens schreibend überwunden worden ist. Denn die Struktur dieser vom Edele, von der wiedererlangten Identität her bruchlos erzählten Geschichte ist ja in Marzelle entworfen, ihre makellose Prosa ja zu einer Zeit geschrieben worden, als der glückliche Ausgang für Anna Seghers selbst noch keineswegs feststand. Kurze Beine haben die Triumphe derer, die, das Gleiche meynend, je nach Standort „Abweichung“ oder „Seinskrisen“ gerufen haben. Kurze Beine.

Viel wesentlicher als diese vermeintlichen oder wirklichen Krisen; viel wichtiger als die einzelnen innerparteilichen Konflikte; zentraler und heute allenfalls hypothetisch zu klären ist ein anderer Widerspruch: wie denn die Konflikte mit der Partei innerparteilich haben bleiben, wie Anna Seghers ihr unüberwältigbar humanes kommunistisches Postulat mit der antihumanen stalinistischen Realität zur Deckung hat bringen können.

Sie hat darüber geschwiegen. Der Roman „Das Vertrauen“ (1968), der noch am ehesten eine Antwort geben könnte, behandelte den Stalinismus zwar völlig „zutreffend“ unter jenem Aspekt der Oligarchie, die ihn ebenso mit ermöglicht hat, wie sie von ihm verlangt wurde. Rückschlüsse auf die Haltung der Autorin erlaubt das Buch nicht. Lediglich der ungarische Marxist Ervin Sinkó überliefert eine Äußerung von ihr aus den späten dreißiger Jahren. Aus dem Moskau des Terrors mit Mühe und Not nach Paris entkommen, hatte Sinkó auch mit Anna Seghers über das Erlebte sprechen wollen. Ver-

hatte Sinkó auch mit Anna Seghers über das Erlebte sprechen wollen. Vergeblich. „Sie gestand mir, überlegenermännlich lächelnd, mit einer Vertraulichkeit, die nur unter alten Freunden möglich ist: ‚Meine Methode: Ich verbiete mir mit Erfolg, über derartiges nachzudenken.‘ Und schon gab sie der Unterhaltung eine andere Richtung.“ Eine aphoristische Auskunft. Denn die „Methode“ setzt ja voraus, daß man genau, schmerzhaft genau kennt, wofür nachzudenken man sich verbietet. Die Frage bleibt.

Um einer Antwort näherzukommen, muß man — etwas ausholend — auf die Situation der Jüdin Anna Seghers eingehen. Als sie in den zwanziger Jahren Kommunistin wurde, hatte sie sich nicht nur vom orthodox-religiösen, vom zionistisch-nationalen und vom assimilationistisch-bourgeoisien Weg der Juden distanziert, sondern vom Judentum überhaupt. Die nichtjüdische Umwelt erlaubte gerade dies aber nicht. Der Dissident, der sich vom Judentum emanzipiert zu haben glaubte — für den rassistischen Antisemitismus blieb er Jude. „Ich bin...“ aus dem Judentum ausgetreten, und ich weiß, daß man das gar nicht kann.“ So Kurt Tucholsky im Dezember 1935, wenige Tage vor seinem Freitod. Natürlich hatte auch Anna Seghers in der Mitte der dreißiger Jahre die Erfahrung gemacht, „daß man das gar nicht kann“. Außerdem wußte sie, daß die bourgeoise Assimilation mindestens für die deutschen Juden gescheitert war. Und um zu erfahren, welche Zukunftsperspektive den Zionisten blieb, brauchte sie nur Zeitung zu lesen — in Palästina Bürgerkrieg zwischen Juden und Arabern, von 1936 an.

Der in der UdSSR Stalin sich manifestierende Kommunismus hingegen? Nicht allein, daß der von Hitlerdeutschland bewirkte Solidarierungszwang die Zweifel aller Kommunisten „draußen“ erstickte; für den jüdischen Kommunisten war der Kommunismus mit seinem Emanzipationsversprechen



Anna Seghers mit chinesischer Freundin

Fortsetzung nächste Seite

Hans-Albert Walter, geboren 1935 in Hofheim/Taunus, war nach kaufmännischer Ausbildung und Berufsausbildung seit 1967 als freier Schriftsteller bei Rundfunkanstalten, Zeitungen und Zeitschriften tätig. Seit rund zwanzig Jahren befaßt er sich mit der Erforschung der Exilliteratur. Von 1970-1981 war er Professor und Leiter der Arbeitsstelle für Exilliteratur an der Hamburger Universität. Er kündigte diese Stellung, weil durch die mangelhafte Ausstattung der Arbeitsstelle eine sechsgestrichelte Verbindung von Forschung und Lehre nicht möglich war. Seit 1981 arbeitet er wieder als freier Autor.

Die ersten drei Teilbände seines grundlegenden Werks „Deutsche Exilliteratur 1933-1960“ erschienen 1972 bzw. 1974 in der Sammlung Luchterhand (Bd. 1: Bedrohung und Verfolgung bis 1933; Bd. 2: Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa; Bd. 3: Exilpresse I). Da der Luchterhand-Verlag nicht willens war, die Bedingungen wissenschaftlicher Forschung zu akzeptieren und einen Produktionszwang an die Stelle seriösen (also auch zeitaufwendigen) Arbeitens setzen wollte, sah er sich gezwungen, sein Werk „zur Gänze einem Verlag anzuvertrauen, dessen Arbeits- und Produktionspraxis an den Entstehungsbedingungen wissenschaftlicher Literatur orientiert ist“ (Hans-Albert Walter, 1978).

Die „Deutsche Exilliteratur“ erscheint nun bei der Metzlerschen Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Von dem auf sechs Bände konzipierten Gesamtwerk liegt der Band 4 vor, der ausschließlich der Exilpresse gewidmet ist. Die weiteren Bände behandeln die „Politische(n) Ereignisse und soziale Situation 1933-1939“ (Bd. 1) bzw. „1939-1960“ (Bd. 2), „Arbeitsbedingungen und Selbstverständnis der exilierten Schriftsteller“ (Bd. 3) und „Die Hauptströmungen in der Exilliteratur, Teil I“ (Bd. 4) bzw. „Teil II“ (Bd. 5).

Fortsetzung von vorheriger Seite

ein lebensrettender Damm, der einzige, der ihn noch vom weltweit wachsenden Antisemitismus trennte. Verließ er diesen Schutzwall, so war er in jeder Hinsicht ein Schiffbrüchiger: seiner politischen Gruppenzugehörigkeit verlustig, getrennt von seiner Religions- oder Volksgruppe, völlig auf sich gestellt, total vereinzelt in einer Zeit der totalen Verfolgung. Eben deshalb, so steht zu vermuten, hat sich Anna Seghers „mit Erfolg“ verboten, „über derartiges nachzudenken“. So viel über sie geschrieben wurde, dieses Dilemma wurde verschwiegen in unserem Lande der Verdrängung.

Ihr Kommunismus sei Religionsersatz gewesen? Gerade weil sie ihrer auch-religiösen Herkunft nicht hatte entziehen können, hatte sie die einzige Heimatzeit akzeptieren müssen, die ihr noch geblieben war: Zuflucht, Strohhalm des Ertrinkenden und zage Hoffnung auf eine bessere Zukunft in einem. Aber sie hatte sie so akzeptieren müssen, wie sie war, mit Stalin, mit Terror, mit dem Sumpf von Blut und Lüge. Wer sie tadeln will, weil sie diesen Weg ging und nicht den in die totale Isolierung des Outcasts, der möge den hybriden Mut dafür aufbringen.

Und es war damit ja nicht ausgestanden. Die Zange packte noch schärfer zu. Im „Siebten Kreuz“ war angesichts des Hakenkreuzes tröstend und zuversichtlich von den vielen Fahnen die Rede gewesen, die der Rhein schon durchgespült habe. So bedroht die Existenz der Jüdin war, ihre Identität als Deutsche schien unantastbar. Zwei, drei Jahre später sah es anders aus. „Ein Volk, das sich auf die anderen Völker wirft, um sie auszurotten, ist das noch unser Volk?“ Wem stellte sie im mexikanischen Exil des Herbstes 1941 diese Frage? Sprach sie wirklich nur zu unpolitischen jüdischen Emigranten, zu gescheiterten Assimilanten, die nun haßten, was sie gestern mit gleicher Inbrunst geliebt hatten — sprach sie wirklich nur zu ihnen und nicht auch zu sich selbst, wenn sie, den Deut-

schenhaß abmahnend, mit verzweifelter Eindringlichkeit versicherte: „Nicht unser Land ist wild und barbarisch, wild und barbarisch in unserem Land ist nur der Faschismus.“

Hier war tatsächlich eine Krise — auch sie verschwiegen bei uns —, und sie griff der Schriftstellerin Anna Seghers an den Lebensnerv. Drohte, die deutsche Kultur zu entwerfen, in der sie großgeworden war. Die deutsche Sprache, die einzige Wirklichkeit, in der sie leben und arbeiten konnte. Denn kein Schriftsteller hält es auf Dauer im Sprach-Exil aus, ohne Schaden zu nehmen.

Diese Krise machte die Entscheidung erst recht unabänderlich, die sie in den dreißiger Jahren — trotz Stalin und Terror — hatte treffen müssen. Wie es scheint, ist ihr die Rückkehr ins Land ihrer Sprache, das aus auch ein Land von Massenmördern war, nur möglich gewesen, weil die Partei gewissermaßen für die Deutschen bürgte. „Zurück wollte sie ja nicht zurück nach Deutschland“, hat eine Freundin aus der Exilzeit mitgeteilt, „ihre Eltern waren umgekommen. Das hat sie... sehr mitgenommen.“

Anna Seghers hat auch diesen Konflikt in sich verschlossen, und für die Rückkehr hat sie, in den fünfziger Jahren vor allem, einen Preis gezahlt. Auch mit dem Roman „Die Entscheidung“. Auch mit der Notwendigkeit, statt von Kulturpolitik vom „wirklichen Leben“ sprechen zu müssen. Sie hat diesen Preis gezahlt, und wer wollte sagen, daß sie es nicht auch in dem Bewußtsein tat, sie verdunkelte damit zeitweilig ihre Größe, trübe selbst ihr Bild. Der Akzent liegt auf „auch“. Da nämlich kein Mensch über Jahrzehnte nur aus der Skepsis, nur aus einer bedingten Negation leben kann, sind selbstverständlich Zustimmung und Zukunftserwartung mit im Spiel gewesen, umso stärker wohl, je mehr die Zeit fortschritt. Hätte sie im Ernstfall aber eine andere Wahl gehabt? Anna Seghers, am Zürichsee lebend? Man kann



Anna Seghers 1966, (Foto: M. Liao)

sich das nicht vorstellen. Und nun gar in dem Land, dem ein Hans Globke im Bundeskanzleramt als Staatssekretär „diente“?

So vielleicht ließe sich der Widerspruch erklären, der bei Anna Seghers zwischen Leben und Werk klappt. Dem Leben hat er einen tragischen Zug gegeben. Von ihrem Werk wird genug dauern und auch dann noch gelesen werden, wenn zu den vielen Fahnen, die der Rhein schon durchgespült hat, ein paar Dutzend weitere gekommen sein mögen. Darüber braucht man sich keine Sorgen zu machen.

Hans-Albert Walter

Wo Aktuelles die Seiten sprangt, da muß Geschichte weichen: Der zweite Teil des Artikels zur Bücherverbrennung am 30. Mai 1933 kann am Freitagabend erst im nächsten AK erscheinen.

Anna Seghers

Anna Seghers (Netty Reiling) wurde am 19.11.1900 in Mainz als Tochter eines jüdischen Antiquitätenhändlers und Kunstsachverständigen geboren. Sie studierte u.a. Sinologie und Kunstgeschichte und promovierte über „Jude und Judentum im Werk Rembrandts“. Sie wählte ihr Pseudonym nach dem Namen des niederländischen Zeichners Seghers, eines Zeitgenossen Rembrandts. Nachdem sie erste Erzählungen — so 1927 „Grubetoch“ — in der Frankfurter Zeitung veröffentlicht hatte, erhielt sie für ihre erste Buchveröffentlichung „Aufstand der Flecker von St. Barbara“ 1928 den Kleist-Preis. Im selben Jahr wurde sie — inzwischen von Heidelberg nach Berlin umgesie-

del — Mitglied der KPD und des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller Deutschlands.

1933 floh sie — „unerwünscht“ — aus Berlin, deren Bücher verbrannt wurden — mit ihren Kindern über die Schweiz nach Frankreich, nachdem sie bereits einmal verhaftet worden war und unter ständiger Bewachung gestanden hatte. In Paris wurde Anna Seghers Mitherausgeberin der Exilzeitschrift „Neue Deutsche Blätter“ und arbeitete in der antifaunistischen Volksfront. In Frankreich entstanden u.a. die Romane „Der Kopflohn, Roman aus einem deutschen Dorf im Spätsommer 1932“ und „Die Rettung“, die beide in Amsterdam erschienen. Im französischen Exil entstand auch ihr bekanntester Roman „Das siebte Kreuz“, der allerdings erst 1942 in Mexiko gedruckt wurde. Als die Hitler-Armee in Frankreich einmarschierte, flochtete Anna Seghers von Paris nach Marseille und von dort nach Mexiko. Marseille, die letzte Hoffnung vieler Flüchtlinge im Jahr 1940, und ihren Kampf um Ausreisegenehmigungen schildert der Roman „Transit“, der noch in Frankreich begonnen, erst in Mexiko 1943 veröffentlicht wurde.

Im mexikanischen Exil gab sie mit Unso, Renn und Abusch die Zeitschrift „Freies Deutschland“ heraus. Sie schrieb u.a. die Erzählung „Der Ausflug der toten Mädchen“, die 1946 in den USA veröffentlicht wurde. 1947 kehrte Anna Seghers nach vierzehnjährigem Exil nach Berlin zurück, in die damalige Sowjetzone. Sie wurde Vorsitzende des Schriftstellerverbandes der DDR und vertrat die DDR als Mitglied des Weltfriedensrates auf internationalen Kongressen. In der DDR erschien der noch im Exil entstandene Roman „Die Toten bleiben jung“. Die Wirklichkeit der DDR ist Gegenstand der beiden bekanntesten Romane, die Anna Seghers in der DDR geschrieben hat: „Die Entscheidung“ (1959) und „Das Vertrauen“ (1968). In Erzählungen wie etwa „Das Licht auf dem Galgen“ (1961) greift Anna Seghers noch einmal auf Themen zurück, die sie bereits im mexikanischen Exil beschäftigt hatten, so in den Erzählungen „Die Hochzeit auf Haiti“ und „Wiedererfindung der Sklaverei in Guadeloupe“ (1948): die Befreiung der Schwarzen während der französischen Revolution und die Wiedererfindung der Sklaverei nach dem Sturz der jakobinischen Diktatur.

Der größte Teil der Romane und Erzählungen von A. Seghers sind in der BRD in der Sammlung Luchterhand erschienen und kosten zwischen 8,- und 20,- DM.

G., AG B&B

Fortsetzung von Seite 6

nun. Die AGs trugen in Kurzfassung ihre Ergebnisse vor, und auch Podiumsprachen kamen zu Worte (Dirk Schneider/AL-Berlin und MdB, Ingrid Haller/GEW-Vorstand Hessen, Manfred Coppel/DS, Daniel Cohn-Bendit, Eva Demski/Schriftstellerin, Heidemarie Wiczorek-Zeul).

Das kompakt gefüllte Programm erlaubte naturgemäß keine längeren Plenardiskussionen.

Verschiedene Vorschläge wurden eingebracht und begrüßt:

So soll auf Initiative von Frauen im Herbst noch ein Frauenkongreß stattfinden; ein Stafettenlauf nach Bonn wird fürs Frühjahr '84 ins Auge gefaßt; eine nun kontinuierliche überregionale Koordinierung der verschiedenen Initiativen angestrebt; ein „Frankfurter Appell“ (siehe Abdruck) in Umlauf gebracht.

Manfred Coppel von den „DS“ machte flugs aus der BRD-Frage eine Türkei-Frage, als er neu gemeint sich andere Verhältnisse in der Türkei insbesondere und in der Dritten Welt überhaupt wünschte, sodaß die Frage der türkischen Emigration in die BRD sich erübrigen würde. Leider sagte er ansonsten zur unmittelbaren Politik und Gegenwart hier und heute so gut wie nichts.

Umgekehrt sahen Eva Demski und Cohn-Bendit das Zentrum der Frage ganz intim in uns. E. Demski äußerte couragiert ihr Erstaunen über die Versammlung: „Seid ihr denn alle Heilige?“ Sie artikuliert ihr manchmal aufkommendes Befremden angesichts mancher Ausländer. Beide sprechen offen ihre Ablehnung von Chauvinismus in manch anderer Kultur an und riefen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgerechnet dieses Kongresses auf, ihnen in der Bekämpfung desselben zu folgen. Heidemarie Wiczorek-Zeul — nach einem koketten Hinweis, sie selber stünde, wie jeder wüßte, „ganz, ganz links“ in ihrer Partei (daher habe sie es natürlich auch sehr schwer) — brachte, wie die „Was tun“ vom 9.6. entzückt vermeldete, „die inhaltliche Frage auf den Punkt: Nicht Innenminister Zimmermann, nicht sein Vorgänger im Amt seien verantwortlich für die Vertreibungspolitik, sondern die kapitalistische Krise“. Na dann ...

Ingrid Haller appellierte: „Was wir in der Gewerkschaft brauchen, ist der Druck, der durch die Initiative der Basis in die Öffentlichkeit getragen wird.“

Ein Widerspruch, der sich während des Kongresses und schon vorher angezeigt hatte, konkretisierte sich im nachhinein in Artikeln der „Taz“ und des „Pflasterstrands“: „Wer nach der Wende noch glaubt, mit einer Stafette nach Bonn die satte Mehrheit im diesem Lande an der Durchführung der geplanten repressiven Politik gegen Ausländer und andere Minderheiten zu hindern — ohne zuvor ein politisches Konzept diskutiert zu haben —, handelt mehr als verantwortungslos, denn Pizza, Poella und Kebab alleine symbolisieren noch nicht die multikulturelle Gesellschaft“ („PS“ Nr. 106).

Unter „alternativer Ausländer/Inländer-Politik“ ist der Appell an einen „gemeinsamen Widerstand aller Nichtpartizipierenden“ und die „wechselseitige Kritik Ausländer/Inländer“ bezüglich ihrer jeweiligen Lebensformen gemeint. Zur Verdeutlichung davon hatte D. Cohn-Bendit bei der Podiumsdiskussion ein Zitat von J.F. Sartre etwas umgewandelt: „Ich bin dann kein Rassist oder Antisemit, wenn ich einem Ausländer oder Juden sagen kann, daß er/sie ein Schwein, ein Chauvinist oder eine Hure ist, wenn er/sie es ist.“

Nun ja: es wirkt allerdings etwas daneben, wenn eine solche Erkenntnis den Teilnehmern dieses Kongresses in Abrede gestellt wird. Etwa in der

Form, daß deutsche Frauen dort meinten, Ausländerinnen über den Chauvinismus in ihrer jeweiligen Kultur aufklären zu müssen. Ohne Zweifel ist ein „Grauer Wolf“, egal ob Türke oder nicht, ein „Schwein“, (und vermutlich auch ein Chauvinist). „Wechselseitige Kritik“ ist ganz nett — bloß gehören dazu, wie der Begriff schon sagt, mindestens zwei. Und zwar zwei Gleichberechtigte. Diese Gleichberechtigung in allen Lebens- und Arbeitsbereichen muß politisch erst einmal erkämpft werden. Über den Kampf für eine Gleichberechtigung, die beinhaltet, alle formalen Rechte zu erlangen, mag sich nur derjenige mokieren, der diese Rechte, ob schlecht oder recht, ohnehin genießt.

Ganz abgesehen davon: für die Betroffenen drängt die Zeit. Und auch ein „Stafetten-Lauf“ will diskutiert, geplant, organisiert werden. Soll das aber das Einzige sein, was in der Zeitspanne Sommer '83-Frühjahr '84 gegen die drohende Massenauweisung läuft?

In die Debatte kam der Vorschlag eines „Tags des Ausländers“ inmitten der Friedens-Woche im Oktober; hier sind aber die zeitlichen Voraussetzungen äußerst knapp. Das alles wird Gegenstand des ersten nationalen Treffens nach dem Kongreß sein:

Am 2. Juli (14 Uhr), Mainzer Landstraße 126, 6 Frankfurt/M., Tel. Kontakt + Anmeldung: 0611/ 73 78 98

KB-Gruppe Frankfurt

Frankfurter Appell

Die Unterzeichnenden des „Frankfurter Appells“ fordern eine Ausländerpolitik, die das in der Bundesrepublik lebende Ausländerinnen und Ausländer volle Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen garantiert.

Gleichberechtigung heißt u.a.:

- Das Recht auf einen gesicherten Daueraufenthalt in der Bundesrepublik; keine Ausweisungen mehr; auch keine Ausweisungen von Ehepartnern, wenn sie sich von ihrem Ehemännern getrennt haben.
- Das uneingeschränkte Recht, mit den Familienangehörigen - Ehepartner und Kindern - in der Bundesrepublik zusammenzuleben; die Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung sind aufzuheben.
- Volle rechtliche und soziale Gleichstellung mit den zufällig innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland geborenen Menschen; im Falle der Arbeitslosigkeit Gewährung nicht nur von Arbeitslosengeld, sondern auch von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe; bei Arbeitslosigkeit keine erzwungene Rückkehr ins Herkunftsland; Gleichstellung mit Deutschen bei der Vermittlung in neue Arbeitsstellen.
- Einführung des kommunalen Wahlrechts wie in Schweden, Dänemark und den Niederlanden.

Arbeiterkampf

Abonnement

**für Leser,
die sich etwas mehr
Zeitung zutrauen**

Absender:

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindendamm 4
Postfach 7885
2000 Hamburg 19

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,- ☐ Förderabo DM 50,-
- ☐ Jahresabo DM 60,- ☐ Förderabo DM 100,-
- ☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 170-203
- ☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos.

Kto. Nr. Kto.-Inhaber bei der mittels Laatschrift einzuziehen

BLZ

(Unterschrift)